

1.	Gesamtergebnis	5
2.	Gesamtbilanz	7
3.	Gesamtanhang.....	13
4.	Gesamtlagebericht	
	▪ 4.1 Inhaltsangabe	33
	▪ 4.2 Kennzahlen.....	33
	▪ 4.2.1 Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote).....	33
	▪ 4.2.2 Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)	34
	▪ 4.2.3 Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)	34
	▪ 4.2.4 Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrade.....	34
	▪ 4.2.5 Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad	35
	▪ 4.2.6 Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote).....	36
	▪ 4.2.7 Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote).....	36
	▪ 4.2.8 Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen).....	36
	▪ 4.3 Auszug aus „Lagebericht der Stadt Oberhausen zum Jahresabschluss 31.12.2010“	39
	▪ 4.4 Auszug aus „Lagebericht der Stadtwerke Oberhausen AG“	123
	▪ 4.5 Auszug aus „Lagebericht der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH“.....	135
	▪ 4.6 Auszug aus „Lagebericht des Theater Oberhausen“	145
	▪ 4.7 Auszug aus „Lagebericht der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“	153
5.	Beteiligungsbericht.....	165

Gesamtabschluss der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2010

Der Gesamtabschluss 2010 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

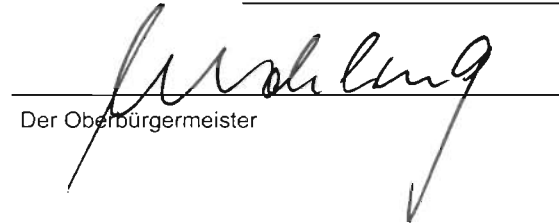
Oberhausen, den 22. FEB. 2012



Stadtkämmerer

Der Gesamtabschluss 2010 wurde von mir gemäß § 116 Abs. 5 in Verbindung mit § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 23.02.2012



Der Oberbürgermeister

1. Gesamtergebnis

31.12.2010

Gesamtergebnis	EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	185.972.766,14
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	168.615.780,27
03 Sonstige Transfererträge	15.430.171,64
04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	92.596.789,10
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.613.622,59
06 Kostenerstattung und Kostenumlagen	14.403.834,29
07 Sonstige ordentliche Erträge	35.738.457,18
08 Aktivierte Eigenleistungen	917.442,45
09 Bestandsveränderungen (-/+)	285.257,04
10 = Ordentliche Gesamterträge (01 bis 09)	553.574.120,70
11 Personalaufwendungen	156.162.438,79
12 Versorgungsaufwendungen	29.775.009,78
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	136.665.040,80
14 Bilanzielle Abschreibungen	70.342.988,47
15 Transferaufwendungen	181.859.435,43
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	103.710.119,58
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen (11 bis 16)	678.515.032,85
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	-124.940.912,15
19 Finanzerträge	14.985.962,48
20 Finanzaufwendungen	43.438.662,48
21 = Gesamtfinanzergebnis (19 + 20)	-28.452.700,00
22 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18 + 21)	-153.393.612,15
23 Außerordentliche Erträge	27.497,00
24 Außerordentliche Aufwendungen	1.714.462,00
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23 + 24)	-1.686.965,00
26 = Gesamtjahresergebnis (22 + 25)	-155.080.577,15

2. Gesamtbilanz

AKTIVA

31.12.2010

	EUR	EUR	EUR
1. Anlagevermögen			2.099.153.511,04
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			14.024.889,99
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Vollkonsolidierung		12.125.346,08	
1.1.2 Sonstige erworbene immaterielle Vermögensgegenstände		1.899.543,91	
1.2 Sachanlagen			1.882.602.332,87
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		191.403.906,89	
1.2.1.1 Grünflächen	108.811.548,83		
1.2.1.2 Ackerland	2.561.695,96		
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.834.263,63		
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	75.196.398,47		
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		564.074.827,26	
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	16.102.648,00		
1.2.2.2 Schulen	270.181.234,83		
1.2.2.3 Wohnbauten	34.615.276,15		
1.2.2.4 Soziale Einrichtungen	28.031.980,00		
1.2.2.5 Sportstätten	29.449.365,73		
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	185.694.322,55		
1.2.3 Infrastrukturvermögen		997.196.679,89	
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	164.430.549,38		
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	48.160.970,00		
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausr. und Sicherungsanlagen	38.432.131,49		
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	302.887.382,00		
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	392.620.227,70		
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	50.665.419,32		

AKTIVA

31.12.2010

	EUR	EUR	EUR
1.2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		6.677.631,39	
1.2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		48.286.839,91	
1.2.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung		22.260.656,85	
1.2.7 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		52.701.790,68	
1.3 Finanzanlagen			202.526.288,18
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		4.017.155,98	
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		80.101.293,44	
1.3.3 Übrige Beteiligungen		25.266.993,63	
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		91.332.418,69	
1.3.5 Ausleihungen		1.808.426,44	
2. Umlaufvermögen			81.830.329,58
2.1 Vorräte			13.697.319,71
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			54.002.326,15
2.3 Liquide Mittel			14.130.683,72
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			7.177.455,13
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			682.108.449,47
4.1 Fehlbetrag Vorjahre			278.550.219,66
4.2 Ergebnisvorträge			248.477.652,66
4.3 Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag			155.080.577,15
			<u>2.870.269.745,22</u>

Gesamtbilanz der Stadt Oberhausen zum 31.12.2010

P A S S I V A		31.12.2010
	EUR	EUR
1. Eigenkapital		0,00
2. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		57.191,60
3. Sonderposten		533.709.942,40
3.1 Sonderposten für Zuwendungen	456.895.970,62	
3.2 Sonderposten für Beiträge	72.674.561,90	
3.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	3.202.203,90	
3.4 Sonstige Sonderposten	937.205,98	
4. Rückstellungen		407.460.637,24
4.1 Pensionsrückstellungen	366.919.357,11	
4.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	600.000,00	
4.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.760.090,00	
4.4 Sonstige Rückstellungen	35.181.190,13	
5. Verbindlichkeiten		1.909.326.855,32
5.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	457.910.780,12	
5.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.407.700.000,00	
5.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.748.135,41	
5.4 Sonstige Verbindlichkeiten	22.967.939,79	
6. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		19.715.118,66
		<u>2.870.269.745,22</u>

3. Gesamtanhang

3.1. Allgemeine Angaben

Die Gemeinden sind gemäß § 2 Absatz 1 des NKF Einführungsgesetzes NRW - NKFEF NRW verpflichtet, bis spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 den ersten Gesamtabschluss nach § 116 der Gemeindeordnung NRW aufzustellen. Dieser besteht aus einer Gesamtbilanz, einer Gesamtergebnisrechnung sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Auf die Darstellung einer Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS2), der eine Ermittlung auf Basis von Vergleichszahlen des Vorjahres vorsieht, wurde aufgrund fehlender Basisdaten zum Geschäftsjahresbeginn für den ersten Gesamtabschluss verzichtet. Erst ab dem ersten Folgeabschluss stehen alle erforderlichen Daten für eine Kapitalflussrechnung zu Verfügung, diese wird dann Bestandteil des Gesamtabschlusses zum 31.12.2011 sein. Für den Gesamtabschluss ist der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW der Gemeinde und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren (§116 Abs. 2 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW).

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sowie Sondervermögen und Eigenbetriebe unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde werden entsprechend der §§ 300 bis 309 HGB in die Vollkonsolidierung einbezogen. Dies bedeutet, dass die Abschlüsse der Einheiten mit ihren gesamten Vermögensgegenständen und Schulden in den Gesamtabschluss übernommen werden. Für diese Einheiten wird eine Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB durchgeführt. Diese erfolgt grundsätzlich nach der Neubewertungsmethode. Abweichend davon wurde gemäß den Vereinfachungsregelungen des Innenministeriums für Sondervermögen auf eine Neubewertung verzichtet und der Wertansatz aus der Eröffnungsbilanz beibehalten. Als Erstkonsolidierungszeitpunkt wurde der 31.12.2010 gewählt. Dabei wird der Beteiligungsbuchwert der Muttergesellschaft mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet. Aktive Unterschiedsbeträge werden in den Folgejahren abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge werden als gesonderter Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ zwischen Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Weiterhin erfolgt eine Schulden- sowie Aufwands- und Ertragskonsolidierung entsprechend der §§ 303 ff HGB. Hierbei werden die wechselseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Aufwendungen und Erträge miteinander verrechnet. Der daraus entstandene Gesamtabschluss stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handle es sich um ein einzelnes Unternehmen und gibt einen Überblick über die gesamte Vermögens- und Ertragslage der Stadt Oberhausen. Die durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Kernverwaltung auf selbständig bilanzierende Organisationseinheiten verlorengegangene Transparenz wird dadurch wieder hergestellt. Der Vollkonsolidierungskreis bei der Stadt Oberhausen setzt sich neben der Stadt Oberhausen wie folgt zusammen:

Verbundene Unternehmen	Beteiligungsanteil
Stadtwerke Oberhausen AG Max-Eyth-Straße 62 46149 Oberhausen	100%
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Bahnhofstraße 66 46145 Oberhausen	100%
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung) Elly-Heuss-Knapp Straße 3, 46145 Oberhausen	100%
Theater Oberhausen Ebertstraße 82 46045 Oberhausen	100%

Die assoziierten Unternehmen werden entsprechend der §§ 311 und 312 HGB nach der Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen. Bei der Stadt Oberhausen erfolgt die Equity-Konsolidierung nach der Buchwertmethode. Hierbei wird der Buchwert des anteiligen Eigenkapitals an dem assoziierten Unternehmen im Gesamtabschluss ausgewiesen. Dieser wird dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Auch hier wird ein eventuell entstehender aktiver oder passiver Unterschiedsbetrag gesondert ausgewiesen. In den Folgejahren erfolgt ein um die anteiligen Jahresergebnisse fortgeschriebener Beteiligungsansatz. Nach der Equity-Methode werden in den Gesamtabschluss folgende Unternehmen einbezogen:

assoziierte Unternehmen	Beteiligungsanteil
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH Buschhausener Straße 149 46049 Oberhausen	51%
FSO GmbH & Co. KG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
FSO Verwaltungs GmbH Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	50%
EVO Energieversorgung Oberhausen AG Danziger Straße 31 46045 Oberhausen	10%

Hinsichtlich der Beteiligung an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH liegt keine einheitliche Leitung sowie keine Mehrheit der Stimmrechte vor, so dass die Voraussetzungen des § 50 Abs. 2 GemHVO NRW nicht gegeben sind. Sie wird im Rahmen einer Equity-Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

Sonstige Beteiligungen werden im Gesamtabschluss mit ihrem Wertansatz aus der Bilanz der jeweiligen Muttergesellschaft fortgeführt. Eine entsprechende Übersicht sowie Detailinformationen sind dem beiliegenden Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3.2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sowohl für die Erstellung des Einzelabschlusses als auch für die Erstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Oberhausen gelten die Regelungen der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB). Für die Tochtergesellschaften fanden bei der Erstellung der Einzelabschlüsse lediglich die Regelungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Sofern sich hieraus unterschiedliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede ergaben wurden diese auf ihre Wesentlichkeit für den Gesamtabschluss hin untersucht. Notwendige Anpassungen von Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften an die Regelungen der Gemeindeordnung bzw. Gemeindehaushaltsverordnung wurden bei der Überleitung in die Kommunalbilanz II durchgeführt. Gemäß den vom Innenministerium NRW herausgegebenen Praxisempfehlungen zu Vereinfachungsregelungen im Gesamtabschluss, wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung Abweichungen die sich durch Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in den Einzelabschlüssen von Tochtergesellschaften ergaben nicht angepasst. Dieses betrifft u.a. Aufwendungen für die Inangsetzung des Geschäftsbetriebs, latente Steuern sowie die Bewertung von Rückstellungen.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände der Stadt Oberhausen sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Die Vermögensgegenstände der Tochtergesellschaften wurden entsprechend der amtlichen Afa-Tabellen unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben. Anpassungen für den Gesamtabschluss waren mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Stadt Oberhausen wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abweichende GWG-Regelungen nach HGB bei den Tochtergesellschaften (Poolbildung) wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden aus dem Einzelabschluss der Stadt Oberhausen entsprechende Sonderposten übernommen. Lediglich für den Einzelabschluss der Stadtwerke Oberhausen AG wurde eine Anpassung der Daten des Einzelabschlusses durchgeführt indem die Meldedaten im Bereich des Anlagevermögens um erhaltene Zuwendungen erhöht wurden und ebenfalls auf der Passiva korrespondierende Sonderposten gebildet wurden. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war, bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

Die Gliederung der Gesamtbilanz erfolgt entsprechend § 49 Abs. 3 GemHVO NRW. Die Meldedaten aus den Einzelabschlüssen der Tochterunternehmen, deren Bilanzgliederung nach § 266 HGB erfolgt, wurden auf die Positionen entsprechend der vorgeschriebenen Gliederung der kommunalen Bilanz übergeleitet.

3.3. Erläuterungen zur Bilanz

3.3.1 Aktiva

3.3.1.1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens ist aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel ersichtlich. Das Konzernanlagevermögen befindet sich zu rd. 88 % im Kernhaushalt der Stadt Oberhausen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem städtischen Infrastrukturvermögen sowie dem Bestand an Grundstücken und Gebäuden.

Gesamtanlagespiegel der Stadt Oberhausen zum 31.12.2010

in EUR	AHK Stand 01.01.2010	AHK Zugänge	AHK Umbuchungen	AHK Abgänge	AHK Stand 31.12.2010	AfA Stand 01.01.2010	AfA Zugänge	AfA Abgänge	AfA Umbuchungen	AfA Zuschreibungen	AfA Stand 31.12.2010	Buchwert 31.12.2010
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	18.770.407,55	456.478,54		52.406,37	19.174.479,72	4.703.756,04	451.023,63	52.406,37			5.102.373,30	14.072.106,42
II. Sachanlagen	2.179.336.983,11	35.002.151,84	0,00	17.588.174,29	2.196.750.960,66	245.790.083,77	69.891.964,84	1.533.420,82	0,00	0,00	314.148.627,79	1.882.602.332,87
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	202.373.968,33	1.434.417,12	862.376,87	9.174.757,47	195.496.004,85	2.945.606,14	1.236.037,61	89.545,79			4.092.097,96	191.403.906,89
1.1. Grünflächen	111.975.834,12	891.809,52	391.612,90	355.609,75	112.903.646,79	2.945.606,14	1.236.037,61	89.545,79			4.092.097,96	108.811.548,83
1.2. Ackerland	2.315.434,23	198.096,73	48.165,00		2.561.695,96							2.561.695,96
1.3. Wald, Forsten	4.713.129,00	3.110,66	118.023,97		4.834.263,63							4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	83.369.570,98	341.400,21	304.575,00	8.819.147,72	75.196.398,47							75.196.398,47
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	619.460.432,48	2.243.412,55	22.270.335,51	3.153.418,59	640.820.761,95	56.137.236,26	20.838.878,53	230.180,10			76.745.934,69	564.074.827,26
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	18.104.421,82	16.158,35		879.779,93	17.240.800,24	792.497,82	383.347,87	37.693,45			1.138.152,24	16.102.648,00
2.2. Schulen	294.368.819,56	691.921,34	60.781,57	59.865,00	295.061.657,47	16.723.072,73	8.160.585,91	3.236,00			24.880.422,64	270.181.234,83
2.3. Wohnbauten	39.815.245,57	84.936,24	8.655,00	2.024.456,00	37.884.380,81	2.408.185,42	1.029.414,24	168.495,00			3.269.104,66	34.615.276,15
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	267.171.945,53	1.450.396,62	22.200.898,94	189.317,66	290.633.923,43	36.213.480,29	11.265.530,51	20.755,65			47.458.255,15	243.175.668,28
3. Infrastrukturvermögen	1.163.829.913,62	1.184.798,38	2.273.402,76	698.039,94	1.166.590.074,82	130.713.360,19	38.712.461,38	32.426,64			169.393.394,93	997.196.679,89
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	165.810.594,07	456.081,48	-1.220.143,58	593.471,94	164.453.060,03	22.510,65					22.510,65	164.430.549,38
3.2. Brücken und Tunnel	50.480.162,75				50.480.162,75	1.541.616,75	777.576,00				2.319.192,75	48.160.970,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausüst. u. Sicherheitsanl.	59.965.554,67				59.965.554,67	19.715.967,57	1.817.455,61				21.533.423,18	38.432.131,49
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	336.716.774,00				336.716.774,00	23.281.477,00	10.547.915,00				33.829.392,00	302.887.382,00
3.5. Straßennetz m. Wegen, Plätzen u. Verkehrslenkungsanl	455.455.718,19	562.532,46	35.625,30	104.568,00	455.949.307,95	42.343.696,19	21.017.810,70	32.426,64			63.329.080,25	392.620.227,70
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	95.401.109,94	166.184,44	3.457.921,04		99.025.215,42	43.808.092,03	4.551.704,07				48.359.796,10	50.665.419,32
4. Bauten auf fremden Grund und Boden												
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	5.485.228,55	1.283.953,86			6.769.182,41	61.217,02	30.334,00				91.551,02	6.677.631,39
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	70.213.037,52	5.499.975,54	4.860.678,77	823.910,73	79.749.781,10	27.234.596,61	4.970.337,35	738.472,82	-3.519,95		31.462.941,19	48.286.839,91
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	52.119.476,66	2.596.609,79	444.264,87	536.986,47	54.623.364,85	28.698.067,55	4.103.915,97	442.795,47	3.519,95		32.362.708,00	22.260.656,85
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	65.854.925,95	20.758.984,60	-30.711.058,78	3.201.061,09	52.701.790,68							52.701.790,68
III. Finanzanlagen	200.705.061,76	597.818,98			189.231,72	201.113.649,02	34.645,10	24.167,04	0,00	1.471.451,30	-1.412.639,16	202.526.288,18
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.514.122,62	558.283,49		55.250,13	4.017.155,98							4.017.155,98
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	78.600.980,00	28.862,14			78.629.842,14					1.471.451,30	-1.471.451,30	80.101.293,44
3. Beteiligungen	25.279.318,91	251,68		12.576,96	25.266.993,63							25.266.993,63
4. Sondervermögen												
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	91.332.247,02	171,67			91.332.418,69							91.332.418,69
6. Ausleihungen	1.978.393,21	10.250,00		121.404,63	1.867.238,58	34.645,10	24.167,04				58.812,14	1.808.426,44
6.1. an verbundene Unternehmen												
6.2. an Beteiligungen												
6.3. an Sondervermögen												
6.4. Sonstige Ausleihungen	1.978.393,21	10.250,00		121.404,63	1.867.238,58	34.645,10	24.167,04				58.812,14	1.808.426,44
Anlagevermögen insgesamt	2.398.812.452,42	36.056.449,36	0,00	17.829.812,38	2.417.039.089,40	250.528.484,91	70.367.155,51	1.585.827,19	0,00	1.471.451,30	317.838.361,93	2.099.200.727,47

3.3.1.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 14.025 TEUR handelt es sich im Wesentlichen (12.125 TEUR) um Geschäfts- oder Firmenwerte, die durch die Kapitalkonsolidierung entstanden. Weiterhin sind 1.900 TEUR bei den Tochterunternehmen bilanzierte EDV-Software und Lizenzen enthalten.

3.3.1.1.2 Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Höhe von 191.404 TEUR betreffen überwiegend die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie Grundstücke mit Erbbaurecht. Weiterhin sind in dieser Position aus der Neubewertung aufgedeckte stille Reserven in Höhe von 19.668 TEUR enthalten.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte in Höhe von 564.075 TEUR betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Diese Position betrifft zu 80 % das Vermögen der Kernverwaltung, zu 12 % das Vermögen der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, mit 5 % den ASO Eigenbetrieb sowie zu 3 % das Vermögen der STOAG. Es handelt sich bei den Töchtern im Wesentlichen um Dienst- oder Betriebsgebäude, ein Betrag von 20.914 TEUR aus der Aufdeckung von stillen Reserven ist darin enthalten.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen in Höhe von 997.197 TEUR betrifft zu rund 92 % Anlagevermögen der Kernverwaltung. Die wesentlichen Positionen des Infrastrukturvermögens sind das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen mit 392.620 TEUR, die städtischen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit 302.887 TEUR, der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens 164.431 TEUR und mit 137.259 TEUR Brücken und Tunnel, Gleisanlagen sowie sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens. Aus der Aufdeckung von Stillen Reserven wurde die Position der Gleisanlagen um 10.553 TEUR erhöht.

Im Bereich des Kanalvermögens und Straßenvermögens wurden für die Jahre 2008 bis 2010 die Zugänge zunächst als Anlage im Bau erfasst. Abschreibungen für diese Zugänge sind somit bisher nicht erfolgt, dieses kann erst nach Aufbereitung der Unterlagen ab dem Haushaltsjahr 2011 erfolgen.

Abgänge der Jahre 2008, 2009 und 2010 wurden ebenfalls noch nicht buchmäßig erfasst.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Kunstgegenstände und Ausstellungsstücke wie Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kunstgegenstände im öffentlichen Raum, Skulpturen und Plastiken sowie Brunnenanlagen in Höhe von 6.678 TEUR betreffen komplett das Anlagevermögen der Kernverwaltung.

Maschinen und technische Anlagen

Die Maschinen und technischen Anlagen in Höhe von 48.287 TEUR betreffen nur zu 14 % das Anlagevermögen der Kernverwaltung, da das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH befindet. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung. Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark und die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Die weiteren Bestände an Maschinen und technischen Anlagen betreffen die operativ tätigen Firmen STOAG mit 71 % und die Bestände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH mit 15 %. Aus Stillen Reserven resultierende 12.677 TEUR sind im Wesentlichen in den Fahrzeugen des ÖPNV enthalten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Das Gesamtvermögen an Betriebs- und Geschäftsausstattung zum 31.12.2010 beläuft sich auf 22.261 TEUR. Hiervon entfallen 12.397 TEUR auf Ausstattungsgegenstände der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Enthalten hierin ist die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung, die sich im Eigentum der OGM GmbH befindet und der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt wird. Bei der im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 4.974 TEUR handelt es sich um Bücher- und Medienbestände der Bibliotheken, um das Mobiliar in öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, um die städtischen Musikinstrumente, um den Bestand an Lernmitteln sowie um Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr und der Volkshochschule. Weiterhin handelt es sich in Höhe von 4.741 TEUR um Vermögensgegenstände der STOAG und in Höhe von 149 TEUR um Vermögensgegenstände des Eigenbetriebs Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen. Aus der Aufdeckung von Stillen Reserven sind 1.806 TEUR in der BGA enthalten.

Anlagen im Bau / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Bei den Anlagen im Bau/Geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau in Höhe von 52.702 TEUR handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der Kernverwaltung. Sie betreffen im Wesentlichen mit 27.902 TEUR Kanalbaumaßnahmen der Stadt Oberhausen, mit 19.097 TEUR Straßenbaumaßnahmen und Infrastruktur sowie mit 5.022 TEUR Baumaßnahmen städtischer Gebäude und Einrichtungen.

Die der Stadt Oberhausen von der WBO GmbH in Rechnung gestellten Werte für Neubau und Unterhaltung von Kanalanlagevermögen und Straßen für das Jahr 2008, 2009 und 2010 wurden zunächst als „Anlage im Bau“ erfasst. Eine detaillierte Prüfung der Schlussrechnungen der drei Geschäftsjahre mit entsprechender Aufbereitung der Werte für das Kanalvermögen und das Straßenvermögen muss noch erfolgen.

3.3.1.1.3 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von 202.526 TEUR werden zu 95% bei der STOAG gehalten, der Kernhaushalt bilanziert lediglich 5 % der gesamten Finanzanlagen. Die Finanzanlagen setzen sich zusammen aus:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Rubrik werden Anteile an Gesellschaften mit Mehrheitlicher Beteiligung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde ausgewiesen, die i.d.R. zum Vollkonsolidierungskreis gehören. Der Einbezug ist für diese Anteile nach § 116 Abs. 3 GO NRW unterblieben, da sie von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile von 4.017 TEUR werden zu 100% im Kernhaushalt gehalten.

Anteile an assoziierten Unternehmen

Bei den assoziierten Unternehmen handelt es sich um die in § 50 Abs. 3 GemHVO NRW genannten Betriebe unter maßgeblichen Einfluss der Gemeinde, an denen die Gemeinde eine Beteiligung im Sinne von § 281 Abs. 1 HGB hält. Die Anteile in Höhe von 80.101 TEUR werden zu 100% von der STOAG gehalten, darin sind Stille Reserven in Höhe von 67.671 TEUR aus der Neubewertung enthalten.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an verselbstständigten Aufgabenbereichen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu diesen verselbstständigten Aufgabenbereichen zu dienen. Beteiligungen in Höhe von 25.267 TEUR werden überwiegend bei der STOAG (93 %) gehalten. Die übrigen 7% hält der Kernhaushalt.

Sondervermögen

Die Anteile an Sondervermögen sind im Rahmen der Kapitalkonsolidierung vollständig eliminiert worden.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die im Gesamtabschluss ausgewiesenen Wertpapiere in Höhe von 91.332 TEUR werden zu 97 % bei der STOAG gehalten und betreffen überwiegend Aktien der RWE AG (Anteil aus stillen Reserven: 68.856 TEUR). Die übrigen Wertpapiere (2.816 TEUR) sind Pensionsfonds die vom Kernhaushalt gehalten werden.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen (1.808 TEUR) sind im Wesentlichen beim Kernhaushalt bilanziert und betreffen kleinere Darlehen.

3.3.1.2 Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte in Höhe von 13.697 TEUR betreffen zu 56 % Vermögen der Kernverwaltung, mit 39 % Vermögen der OGM GmbH sowie mit 5 % Vermögen der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Werten um zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke (6.989 TEUR), Aufwendungen für noch nicht schlussgerechnete Baumaßnahmen (2.871 TEUR) sowie geleistete Anzahlungen für noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen (2.059 TEUR).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der offenen Forderungen in Höhe von 54.002 TEUR stammt zu 69 % aus Forderungen der Kernverwaltung, zu 23 % aus Forderungen der STOAG und zu 8 % aus Forderungen der OGM GmbH. In diesem Betrag sind lediglich 36 TEUR Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung enthalten.

Liquide Mittel

Im Gesamtabchluss zum 31.12.2010 waren liquide Mittel in Höhe von 16.709 TEUR vorhanden. Sie betrafen mit 7.746 TEUR Guthaben der STOAG, mit 3.370 TEUR Guthaben der Kernverwaltung, mit 3.226 TEUR Guthaben des Theaters Oberhausen, mit 1.885 TEUR Guthaben des ASO Eigenbetriebs sowie mit 482 TEUR Guthaben der OGM GmbH.

3.3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 7.177 TEUR betreffen zu 96 % die Kernverwaltung. Hierin enthalten sind im Wesentlichen in Höhe von 3.203 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für den Januar 2011, in Höhe von 2.269 TEUR geleistete Investitionskostenzuschüsse mit Gegenleistungsverpflichtung sowie in Höhe von 1.444 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2011.

3.3.1.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgt als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo in Höhe von 682.108 TEUR auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen und es konnten dementsprechend keine Rücklagen gebildet werden.

Das negative Eigenkapital resultiert aus der Bilanz des Kernhaushaltes, auch nach der Konsolidierung mit den anderen verselbständigten Aufgabenbereichen verbleibt der Ausweis des Eigenkapitals negativ.

3.3.2 Passiva

3.3.2.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.1.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.3.2.2 Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung.

Ein negativer Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung in Höhe von 57 TEUR ist durch den Überhang von Eigenkapital bei Tochterunternehmen gegenüber dem Beteiligungsbuchwert von Mutterunternehmen entstanden.

3.3.2.3 Sonderposten

Der Gesamtbetrag der Sonderposten in Höhe von 533.710 TEUR setzt sich zusammen aus:

Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die der Konzern Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens werden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 456.896 TEUR setzten sich zusammen aus 398.744 TEUR die an die Kernverwaltung geleistet wurden, aus 56.505 TEUR die an die STOAG geleistet wurden sowie aus 1.648 TEUR die die OGM GmbH erhalten hat.

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 72.675 TEUR werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Der Gesamtbetrag betrifft Beiträge die von der Kernverwaltung erhoben wurden.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Die Sonderposten für den Gebührenaussgleich in Höhe von 3.202 TEUR betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz

sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der drei Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Auch dieser Sonderposten im Gesamtabchluss wurde komplett durch die Kernverwaltung eingebracht.

Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten in Höhe von 937 TEUR betreffen in Höhe von 589 TEUR den ASO Eigenbetrieb und in Höhe von 348 TEUR die Kernverwaltung.

3.3.2.4 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 366.919 TEUR wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet und betrifft mit 98% die Kernverwaltung. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe zertifizierter Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck bzw. in den Tochtergesellschaften anhand von Gutachten.

Rückstellung für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR betrifft ausschließlich die Stadt Oberhausen für notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 4.760 TEUR wurden überwiegend für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt. Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Über den Planungszeitraum hinaus liegen keine konkreten Kostenermittlungen für die Sanierung weiterer Hausanschlüsse vor. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten können über die gebildete Rückstellung hinaus weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EURO entstehen. Weiterhin sind in den gebildeten Rückstellungen 300 TEUR für die Wiederherstellung von Grünanlagen an den Alteneinrichtungen enthalten.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 35.181 TEUR und betrifft mit rund 58% den Kernhaushalt, mit 27 % die STOAG, mit 14% die OGM GmbH und mit 1% das Theater.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 16.634 TEUR gebildet. Die Berechnung erfolgte durch versicherungsmathematische Gutachten. Der Anteil des Kernhaushaltes beträgt rund 63 %.

In Höhe von 6.892 TEUR wurden Rückstellungen für übrige Personalkosten (noch nicht genommener Urlaub, Überhang Überstunden/Mehrarbeit, Beihilfeabrechnungen, Reisekosten etc.) gebildet.

Rückstellungen für fehlende Eingangsrechnungen, die Lieferungen oder Leistungen des Jahres 2010 betreffen, wurden in Höhe von 3.986 TEUR gebildet.

Die Risiken für drohende Verluste, Haftpflichtansprüche und mögliche Rückzahlungen von Fördermitteln und Zuwendungen wurde mit weiteren 2.967 TEUR abgebildet.

Ferner wurden für weitere Einzelrisiken und Verpflichtungen sonstige Rückstellungen in Höhe von 4.702 TEUR gebildet.

3.3.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fristigkeiten gemäß dem beigefügten Verbindlichkeitspiegel auf.

Gesamtverbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag am 31.12.2010 EUR	davon mit einer Restlaufzeit von		
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren
		EUR	EUR	EUR
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	457.910.780,12	16.539.988,67	46.888.066,66	394.482.724,79
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.407.700.000,00	672.700.000,00	735.000.000,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.748.135,41	20.748.135,41	0,00	0,00
6. Sonstige Verbindlichkeiten	22.967.939,79	22.891.246,01	76.693,78	0,00
Summe	1.909.326.855,32	732.879.370,09	781.964.760,44	394.482.724,79

Nachrichtliche Angaben:

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Bürgschaften
 Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA
 Verlustausgleichsverpflichtungen LAH/TMO (p.a.)

TEUR
 83.517
 48.225
 1.480

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 457.911 TEUR betreffen zu 74 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 17 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 9 % Verbindlichkeiten der STOAG.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Der Bestand dieser Kreditaufnahmen zum 31.12.2010 in Höhe von 1.407.700 TEUR betrifft komplett Geldaufnahmen der Kernverwaltung.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 20.748 TEUR betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2010 die erst im Folgejahr bezahlt werden. Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 20.748 TEUR betrifft mit 37 % Verbindlichkeiten der STOAG, mit 32 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH, mit 30 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung und mit 1% Verbindlichkeiten des Theaters Oberhausen.

Übrige sonstige Verbindlichkeiten

Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 22.968 TEUR betreffen zu 74 % Verbindlichkeiten der Kernverwaltung, zu 23 % Verbindlichkeiten der OGM GmbH sowie zu 3 % Verbindlichkeiten der STOAG. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Zinsaufwendungen die den Zeitraum bis zum 31.12.2010 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, um erhaltene Anzahlungen, um erhaltene Zuwendungen für Investitionen die noch nicht den damit geförderten Anlagegegenständen zugeordnet werden konnten sowie um Steuerverbindlichkeiten.

3.3.2.6 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2010 in Höhe von 19.715 TEUR betreffen zu 99 % Rechnungsabgrenzungsposten der Kernverwaltung und zu 1 % Rechnungsabgrenzungsposten des Theaters Oberhausen.

Sie beinhalten mit 11.644 TEUR Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 1.812 TEUR bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 2.266 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

2.067 TEUR der passiven RAP betreffen kreditorische Debitoren, mit 1.735 TEUR sind Zuwendungen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2011 erfolgt.

3.4. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

3.4.1 Ordentliche Gesamterträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbsteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst. Die Gesamteinnahmen hierzu in Höhe von 185.973 TEUR wurden durch die Kernverwaltung erzielt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Das Gesamtaufkommen an Zuwendungen in Höhe von 168.616 TEUR betrifft zu 96 % die Kernverwaltung. Neben den genannten Erträgen ist in der Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 24.110 TEUR aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen enthalten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite. Das Ertragsaufkommen aus Transferleistungen in Höhe von 15.430 TEUR wurde ausschließlich durch die Kernverwaltung erzielt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 92.597 TEUR entfallen auf die Kernverwaltung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die konkrete Gegenleistungen der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises erbracht werden, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Verkaufserlöse, Mieten, Pachten sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune. Der Gesamtbetrag in Höhe von 39.614 TEUR wurde in Höhe von 22.201 TEUR durch die STOAG, in Höhe von 10.309 durch die OGM GmbH, in Höhe von 6.349 durch die Kernverwaltung und in Höhe von 755 TEUR durch das Theater erzielt.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Die gesamten Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 14.404 TEUR betreffen Einnahmen der Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen etc.. Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 35.738 TEUR entfallen mit 26.578 TEUR auf die Kernverwaltung, mit 5.930 auf die STOAG, mit 2.640 TEUR auf den Eigenbetrieb Alteneinrichtungen, mit 583 TEUR auf die OGM GmbH und mit 7 TEUR auf das Theater Oberhausen. Der Gesamtbetrag beinhaltet lediglich 54 TEUR verbliebene Differenzen aus der Aufwands-/Ertragseliminierung.

3.4.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit, etc. werden ebenfalls hier erfasst. Die Personalaufwendungen des Jahres 2010 belaufen sich auf 156.162 TEUR. Sie betreffen mit 106.378 TEUR die Kernverwaltung, mit 21.945 TEUR die OGM GmbH, mit 20.911 TEUR die STOAG sowie mit 6.928 TEUR das Theater Oberhausen.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden. Von den gesamten Versorgungsaufwendungen in Höhe von 29.775 TEUR entfallen 21.761 TEUR auf die Kernverwaltung, 6.425 TEUR auf die OGM GmbH sowie 1.589 TEUR auf die STOAG.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 136.665 TEUR betreffen mit 69.059 TEUR die Kernverwaltung, mit 43.838 die OGM GmbH, mit 21.778 TEUR die STOAG, mit 1.951 TEUR das Theater Oberhausen und mit 39 TEUR die Alteneinrichtungen.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagermögens ergebniswirksam. Die Gesamtabschreibungen in Höhe von 70.343 TEUR erfolgten in Höhe von 50.011 TEUR auf Vermögensgegenstände der Kernverwaltung, in Höhe von 10.584 TEUR auf Vermögensgegenstände der STOAG, in Höhe von 5.929 TEUR auf Vermögensgegenstände der OGM GmbH sowie in Höhe von 3.819 TEUR auf Vermögensgegenstände der Alteneinrichtungen.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit. Die Transferaufwendungen in Höhe von 181.859 TEUR betreffen, analog zu den sonstigen Transfererträgen, ausschließlich die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände. Der Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 103.710 TEUR betrifft mit 75.960 TEUR die Kernverwaltung, mit 27.569 die OGM GmbH und mit 181 TEUR die STOAG. Im besonderen Fall der Konsolidierung mit einer Kommune ergibt sich aus der Umsatzsteuerrelevanz, dass Netto-Umsätze der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe den bei der Stadt Oberhausen brutto erfassten Aufwendungen gegenüberstehen, so dass nach durchgeführter Aufwandskonsolidierung zwangsläufig der bestehende Saldo als Aufwand verbleibt. Hierdurch wird der Vorteil des Vorsteuerabzugs, den die Tochterunternehmen bei bezogenen Waren und Leistungen erzielen, eliminiert. Diese Aufwendungen hätte die Kommune ansonsten direkt gegenüber Dritten. Im Gesamtbetrag der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind solche Soll-Differenzen aus der Aufwands-/Ertragseliminierung in Höhe von 15.054 TEUR enthalten.

3.4.3 Ordentliches Gesamtergebnis

Das ordentliche Gesamtergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde und deren Beteiligungsunternehmen des Vollkonsolidierungskreises ergibt. Es wird aus dem Saldo der ordentlichen Gesamterträge und der ordentlichen Gesamtaufwendungen ermittelt. Für das Jahr 2010 ergibt sich hier eine Unterdeckung in Höhe von 124.941 TEUR.

3.4.4 Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen. Die Finanzerträge in Höhe von 14.986 TEUR wurden zu 99 % durch die STOAG erzielt.

3.4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital. Von den gesamten Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 43.439 TEUR betreffen 37.008 TEUR die Kernverwaltung, 3.891 TEUR die OGM GmbH sowie 2.540 TEUR die STOAG.

3.4.6 Gesamtfinanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das

Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst. Im Gesamtfinanzergebnis ergibt sich eine Unterdeckung in Höhe von 28.453 TEUR.

3.4.7 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit

Das ordentliche Ergebnis wird aus dem Ergebnis des ordentlichen Gesamtergebnisses Gesamtfinanzergebnis gebildet. Die Unterdeckungen beider Einzelergebnisse summieren sich zu einem negativen ordentlichen Gesamtergebnis in Höhe von 153.394 TEUR.

3.4.8 Außerordentliches Gesamtergebnis

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht. Sowohl die außerordentlichen Erträge in Höhe von 27 TEUR als auch die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.714 TEUR betreffen Bewertungsanpassungen zum 01.01.2010 nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz bei der STOAG.

3.4.9 Gesamtjahresergebnis

Das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von 155.081 TEUR ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen Gesamtergebnisses zum Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit.

3.5. Sonstige Gesamtanhangsangaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2010 bestanden ausschließlich bei der Kernverwaltung Bürgschaften in Höhe von 83.517 TEUR, Sicherheitsverpflichtungen zu Forderungsabtretungen der GMVA in Höhe von 48.225 TEUR sowie Verlustausgleichsverpflichtungen in Höhe von 1.480 TEUR p.a. .

3.5.2 Sonstige Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing-, Pacht-, Service- und Wartungsverträgen bestehen zum 31.12.2010 Verpflichtungen bei den Tochterunternehmen des Vollkonsolidierungskreises in Höhe von 7.627 TEUR jährlich, davon 89 TEUR innerhalb des Vollkonsolidierungskreises. Ein Bestellobligo aus erteilten Investitionsaufträgen bestand lediglich seitens der STOAG in Höhe von 548 TEUR.

3.5.3 Gesonderte Gesamtanhangsangaben

Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2010 lagen für den Kernhaushalt noch keine festgestellten Jahresabschlüsse der Jahre 2008 bis 2010 vor. Aus der Eröffnungsbilanz der Stadt Oberhausen zum 01.01.2008 sind aus der GPA-Prüfung noch Feststellungen anhängig, deren weitere Abarbeitung mit der Bezirksregierung abzustimmen ist. Der Einzelabschluss zum 31.12.2010 der Stadt Oberhausen befindet sich derzeit noch in der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung. Mögliche Ergebnisse aus diesen Sachverhalten können noch zu Veränderungen der Vermögens- und Schuldenpositionen sowie des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ führen. Diese würden dann im Geschäftsjahr 2011 verarbeitet.

Die Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ beinhaltet auch fertig gestellte Maßnahmen des Kanalanlagevermögens und der Straßen der Stadt Oberhausen. Da zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch keine abschließende Aufbereitung der Abrechnungsunterlagen aus 2008, 2009 und 2010 erfolgt war, kann erst ab dem Haushaltsjahr 2011 eine Umbuchung auf die differenzierten Anlagekonten erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt kann dann erst die Abschreibung für die Zugänge des Haushaltsjahres 2008, 2009 und 2010 erfolgen und in die Ergebnisrechnung einfließen. Durch die Nachholung der bisher versäumten Abschreibungen wird die Ergebnisrechnung der Folgejahre belastet werden. Dieser Verstoß gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung ist der derzeitigen Personalsituation der Stadt Oberhausen geschuldet und hat zu einer Einschränkung des Testats im Einzelabschluss der Stadt Oberhausen geführt.

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für acht Darlehen und die OGM GmbH für ein Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen.

4. Gesamtlagebericht

4.1. Inhaltsangabe Gesamtlagebericht

Der Gesamtabchluss ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen, der den Geschäftsablauf und die Gesamtlage der Gemeinde darstellt und erläutert.

Dies geschieht detailliert durch Abbildung der Lageberichte der voll zu konsolidierenden Einheiten

- Stadt Oberhausen
- Stadtwerke Oberhausen AG
- OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
- Theater Oberhausen
- ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
(Eigenbetriebsähnliche Einrichtung)

Entsprechend der vom Rat der Stadt beschlossenen Gesamtabchlussrichtlinie soll der Gesamtlagebericht im Rahmen seiner Analyse zur Vermögens-, Schulden-, Aufwands- und Ertragssituation mindestens folgende Aussagen/Kennzahlen enthalten:

4.2. Kennzahlen

4.2.1. Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Eigenkapitalquote)

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

Eigenkapitalquote 1=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} =$	$\frac{- 682.108.449 \times 100}{2.870.269.745} =$	- 23,76%
----------------------	---	--	----------

Die Eigenkapitalquote beträgt - 23,76 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

Eigenkapitalquote 2=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} =$	$\frac{(- 682.108.449 + 529.570.533) \times 100}{2.870.269.745} =$	- 5,31 %
----------------------	--	--	----------

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt - 5,31 %.

4.2.2. Relation des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Anlageintensität)

Die **Anlagenintensität** zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

Anlageintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	=	$\frac{2.099.153.511 \times 100}{2.870.269.745}$	= 73,13 %
------------------	---	---	---	--	-----------

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 73,13 %.

4.2.3. Bindung Kommunales Vermögen in der Infrastruktur (Infrastrukturquote)

Die **Infrastrukturquote** verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

Infrastrukturvermögen	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	=	$\frac{997.196.680 \times 100}{2.870.269.745}$	= 34,74 %
-----------------------	---	--	---	--	-----------

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 34,74 %.

4.2.4. Anlagendeckungs- und Liquiditätsgrad

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagendeckungsgrad 2	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge} + \text{Langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	=	$\frac{(- 682.108.449 + 529.570.533 + 762.002.082) \times 100}{2.099.153.511}$	= 29,03 %
-----------------------	---	---	---	--	-----------

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 29,03 %.

Die **Liquidität I. Grades** gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten an und analysiert damit, inwieweit die Gemeinde ihre derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch ihre liquiden Mittel erfüllen kann.

Liquidität I. Grades = vermögen	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	=	$\frac{14.130.684 \times 100}{732.879.370} = 1,93 \%$
------------------------------------	---	---	---	---

Die Liquidität 1 Grades beträgt 1,93 %.

4.2.5. Verbindlichkeitsquote und Verschuldungsgrad

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	=	$\frac{732.879.370 \times 100}{2.870.269.745} = 25,53 \%$
------------------------------------	---	---	---	---

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 25,53 %.

Mit dem **Dynamischen Verschuldungsgrad** lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

4.2.6. Finanzierung der Gemeinde aus eigenen Mitteln (Steuerquote)

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

Nettosteuerquote	=	(Steuererträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung <u>Fonds Deutsche Einheit</u>) x 100	=	(185.972.766 - 5.310.581 - <u>5.462.312</u>) x 100	= 32,28 %
		(Ordentliche Erträge - Gew. St.Umlage - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit)		(553.574.121 - 5.310.581 - 5.462.312)	

Die Nettosteuerquote beträgt 32,28 %.

4.2.7. Abhängigkeit der Gemeinde von Dritten (Zuwendungsquote)

Die **Zuwendungsquote** verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Zuwendungsquote =	Erträge aus <u>Zuwendungen x 100</u> Ordentliche Erträge	=	$\frac{168.615.780 \times 100}{553.574.121}$	= 30,46 %
-------------------	--	---	--	-----------

Die Zuwendungsquote beträgt 30,46 %.

4.2.8. Aussagen zur Intensität der Aufwendungen (Personal-, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Zinsen)

Die **Personalintensität** weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

Personalintensität =	Personalauf- <u>wendungen x 100</u> Ordentliche Aufwendungen	=	$\frac{156.162.439 \times 100}{678.515.033}$	= 23,02 %
----------------------	---	---	--	-----------

Die Personalintensität beträgt 23,02 %.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienst- leistungsintensität =	Aufwendungen für Sach- <u>dienstleistungen x 100</u> Ordentliche Aufwendungen	=	$\frac{136.665.041 \times 100}{678.515.033}$	= 20,14 %
--	--	---	--	-----------

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 20,14 %.

Die **Transferaufwendungsquote** veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwendungsquote	=	Transferaufwendungen <u>x 100</u> Ordentliche Aufwendungen	=	$\frac{181.859.435 \times 100}{678.515.033}$	= 26,80 %
--------------------------	---	---	---	--	-----------

Die Transferaufwandsquote beträgt 26,80 %.

Die **Zinslastquote** zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

Zinslastquote	=	Finanz- <u>aufwendungen x 100</u> Ordentliche Aufwendungen	=	$\frac{43.438.662 \times 100}{678.515.033}$	= 6,40 %
---------------	---	---	---	---	----------

Die Zinslastquote beträgt 6,40 %.

4.3 Auszug aus

„Lagebericht der Stadt Oberhausen zum Jahresabschluss 31.12.2010“

(Die Nummerierung wurde den Originalunterlagen entnommen, die Seitenumbrüche und Formatierungen können abweichen)

4. Lagebericht

4.1 Allgemeines

„Wir stehen in der tiefsten Krise der kommunalen Finanzen seit 80 Jahren.“ Mit diesen Worten beschrieb der Oberbürgermeister Klaus Wehling in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts 2010 die schwierige Situation der Stadt.

Die Sparanstrengungen wurden auch im Jahr 2010 weiterhin forciert, allerdings ist Hilfe von außen unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Konsolidierungsbemühungen.

Das im Mai 2011 beschlossene Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts mit mehr Handlungsfreiheiten und die beschlossene Änderung des § 76 GO NRW (Haushaltsausgleich innerhalb eines von 10 Jahren zur Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes) geben Hoffnung auf eine weiterhin kommunalfreundliche Landespolitik. Durch die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes des Landtages hat die Stadt Oberhausen Nachzahlungen bei Schlüsselzuweisungen, der Allgemeinen Investitionspauschale und der Investitionspauschale für Sozialhilfeträger von insgesamt rund 3,4 Mio. EUR erhalten.

Problematisch ist, dass die städtische Infrastruktur unnötig an Substanz verliert, da keine Eigenanteile für dringende Vorhaben und Maßnahmen mehr über Kredite finanziert werden dürfen und die Stadt somit von vielen nationalen und europäischen Förderprogrammen abgeschnitten ist. Der Substanzverlust ist an der jährlich sinkenden Infrastrukturquote erkennbar.

Trotz aller Sparbemühungen wurden vor allem die Themen Kinder und Bildung nicht vernachlässigt. Mit dem Entwicklungsplan 2010 zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zeigt die Stadtverwaltung Oberhausen Planungen in diesem Themenfeld für die Jahre 2010 bis 2013 auf. Bedeutend sind auch inhaltliche Weiterentwicklungen der elementaren Bildungslandschaft wie z. B. die Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, die Weiterentwicklung der Familienzentren und die integrationsfördernde Arbeit.

Das Jahresergebnis 2009 (Fehlbetrag - 127,87 Mio. EUR) hatte sich gegenüber der Planung durch Einbrüche bei den Steuereinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise und steigenden Soziallasten wesentlich verschlechtert. Der Fehlbetrag des Jahresergebnisses 2010 (- 155,92 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem Jahresergebnis 2009 weiter erhöht, aber es konnte eine Verbesserung von 25,14 Mio. EUR gegenüber dem Planansatz erzielt werden. Diese Verbesserung resultiert hauptsächlich aus gestiegenen Steuereinnahmen und ordentlichen Erträgen, sowie aus Minderaufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen.

4.2 Wesentliche Ereignisse des Haushaltsverlaufs und sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres

Bereits im September 2009 begann der Ausbau der Holtener Str. als eine der meist befahrenen Straßen in Oberhausen. Der Straßenzustand war zuletzt von starken Beanspruchungen geprägt. Zunächst mussten sämtliche Ver- und Versorgungsleitungen erneuert werden. Der Ausbau wurde durch Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. den Förderrichtlinien Stadtverkehr (FöRi-Sta) und durch Anliegerbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) finanziert. Durch die Entscheidung für eine überwiegende Vollsperrung im Jahr 2010, die zwar großräumige Umleitungen erforderte, aber zugleich die Bauzeit verkürzte, konnte die Fertigstellung bereits Mitte März 2011 erfolgen.

Kreatives Sparen wurde durch das im Jahr 2010 abgeschlossene Bäderkonzept bewiesen. Der Aquapark als Familien-Allwetterbad wurde im Dezember 2009 eröffnet. Die im Jahr 2010 erwartete Besucherzahl von 220.000 wurde mit 400.000 Besuchern fast verdoppelt. Die Anzahl der zahlenden Gäste hat sich bei den übrigen Hallenbädern ebenfalls erhöht.

Im Rahmen der Kulturhauptstadt RUHR 2010 haben zahlreiche Projekte und Veranstaltungen auch in Oberhausen stattgefunden. Im März 2010 hat als Bestandteil eines touristischen Informationskonzepts u.a. das Besucherzentrum „Ruhr.Visitorcenter Oberhausen“ im CentrO eröffnet. Auch über das Kulturhauptstadtjahr hinaus soll diese Einrichtung für die Förderung der Stadtentwicklungsziele Freizeitwirtschaft und Tourismus genutzt werden. Unter anderem wurden folgende Projekte in Oberhausen veranstaltet: Projekt Emscherkunst 2010, 56. Internationale Kurzfilmtage, Eröffnung der St. Antony-Hütte als 1. industriearchäologischer Park, Sommerfest Extraschicht, arTwins (Internationaler Kunstwettbewerb für Kinder und Jugendliche), Musiksommernacht (Open-Air-Veranstaltung und in vielen Szene-kneipen in der Innenstadt), Schachtzeichen (große gelbe Heliumballons zur Kennzeichnung stillgelegter Fördertürme), Projekt Kunst im Turm (Hauptbahnhof) und weitere kleinere Projekte. Eine Finanzierung der Gesamtprojekte erfolgte neben Sponsorengeldern aus dem Topf der Kulturhauptstadtmittel (ca. 400.000 EUR/ 2 EUR pro Einwohner). In unmittelbarer Nachbarschaft und unter zahlreicher Anteilnahme auch der Oberhausener Bevölkerung, fand darüber hinaus das viel beachtete Projekt „Still-Leben Ruhrschnellweg“ auf der A 40 statt.

Der Rat der Stadt hat am 30.03.2009 den Umbau des Bert-Brecht-Hauses und des Saporoshje-Platzes mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II (KP II) beschlossen. Ursprünglich war hierfür ein Betrag i.H.v. ca. 3,83 Mio. EUR angesetzt. Mit Ratbeschluss vom 05.10.2009 wurde der ermittelte Mehrbedarf von 1,17 Mio. EUR bewilligt, so dass insgesamt 5 Mio. EUR aus dem KP II zur Verfügung standen. Im Rahmen von Abbruch- und Umbaumaßnahmen am Bert-Brecht-Haus wurden erhebliche bautechnische Mängel, sowie dringend notwendige Brandschutzmaßnahmen festgestellt. Anlässlich eines vorläufigen Baustopps wurde eine gutachterliche Untersuchung zur exakten Feststellung des Sanierungsumfangs und ein Abgleich der Sanierungsarbeiten mit den Fördermodalitäten des Konjunkturpaketes II durchgeführt. Zur Finanzierung der notwendigen Arbeiten zur Gefahrenabwehr ist ein Betrag i. H. v. 5,63 Mio. EUR notwendig, wovon in 2010 ein Betrag von ca. 2,00 Mio. EUR (Beschluss des Rates: 13.12.2010) aus bislang nicht verfügbaren Mitteln der Gebäudeunterhaltung überplanmäßig bereitgestellt wurde. Der fehlende Restbetrag von ca. 3,63 Mio. EUR soll aus dem Gesamtbudget für Gebäu-

deunterhaltung (insg. 22,50 Mio. EUR) des Haushaltsjahres 2011 bereit gestellt werden. Insgesamt hat sich der Finanzierungsbedarf somit auf 10,63 Mio. EUR erhöht, wovon 5,63 Mio. EUR den städtischen Haushalt belasten.

Mit Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 17.11.2010 wurde das Haushaltssicherungskonzept 2010 nicht genehmigt. Zwar wurde die Abarbeitung der Haushaltssicherungskonzepte 2008 und 2009, insbesondere die erzielten Stelleneinsparungen, gelobt, aber die Sparmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 wurden als zu allgemein bezeichnet. Die Bezirksregierung fordert stärkere Konsolidierungsbemühungen sowie eine maßnahmenscharfe Abarbeitung der Haushaltssicherungskonzepte.

Im Rahmen der Einführung des NKF muss spätestens zum Stichtag 31.12.2010 ein Gesamtabschluss aufgestellt werden. Wie bei einem Konzernabschluss in der Privatwirtschaft werden die verselbständigten Aufgabenbereiche und die Beteiligungen mit einbezogen, um somit Rechenschaft über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung aller Organisationseinheiten der Kommune abzulegen. Eröffnungsbilanz und Gesamtabschluss werden den Kommunen erstmals einen vollständigen Überblick über Vermögen, Schulden sowie den Ressourcenverbrauch ermöglichen. Sie bilden somit die methodische Grundlage für eine verbesserte Gesamtsteuerung von Kernverwaltung und verselbständigten Aufgabenbereichen. Nach § 116 I S. 2 GO und § 49 GemHVO NRW besteht der Gesamtabschluss aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz sowie dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht und einen Beteiligungsbericht zu ergänzen. Hierfür wird der Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse aller öffentlich-rechtlichen bzw. privatrechtlichen Betriebe zusammengefasst und interne Verflechtungen werden verrechnet.

4.3 Erläuterungen und Analyse der Haushaltswirtschaft

Um die wirtschaftliche Lage der Stadt Oberhausen fundiert darzustellen und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Jahres zu geben, wurde das vorhandene Datenmaterial methodisch untersucht. Basis der nachfolgenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage stellen die Bilanz sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung dar.

Bei der Analyse der Haushaltswirtschaft handelt es sich um eine Analyse des Geschäftsverlaufs des abgelaufenen Haushaltsjahres. Diese erfolgt durch einen Soll-Ist-Vergleich. Dabei wurden die Plandaten des Haushaltsjahres mit den Ergebnissen des Jahresabschlusses verglichen; daraus resultierende Abweichungen werden im Folgenden erläutert, soweit sie aus Sicht der Stadt wesentlich erscheinen.

4.3.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2010 beläuft sich auf 2.666,89 Mio. EUR und erhöht sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 147,15 Mio. EUR, bzw. 5,84 %. Die Bilanzsumme alleine lässt keine detaillierten Aussagen über die finanzielle Lage der Stadt Oberhausen zu, sondern ermöglicht bestenfalls eine Zuordnung der Kommune zu einer Größenklasse.

Um ein umfassendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage zu bekommen sind weitere Analysen der Bilanz notwendig. An dieser Stelle wird ein Überblick über die wesentlichen Aktiv- und Passivpositionen der Bilanz gegeben. Eine genauere Aufschlüsselung der Zusammensetzung der Beträge ist unter Punkt 3.3 Aktiva und 3.4 Passiva zu finden.

4.3.1.1 Aktivseite der Bilanz

Die Aktivseite der Bilanz stellt die Vermögensverwendung dar, welche sich grob in Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Aktive Rechnungsabgrenzung sowie „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ strukturieren lässt. Wesentliche Bilanzgrößen stellen dabei das Anlage- und Umlaufvermögen dar.

Beim Anlagevermögen werden neben den Sachanlagen von 1.613,33 Mio. EUR die Finanzanlagen mit 319,14 Mio. EUR ausgewiesen; das Umlaufvermögen summiert sich auf 48,81 Mio. EUR.

Unter dem Sachanlagevermögen sind die Werte der unbebauten und bebauten Grundstücke, das Infrastrukturvermögen, Bauten auf fremden Grund und Boden, Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler, Maschinen/technische Anlagen und Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau zu subsumieren. Im Vergleich des Jahresabschlusses zum Vorjahr vermindert sich die Gesamtsumme um 38,35 Mio. EUR.

Der Werteverzehr bezeichnet den bewerteten Sachgüter- und/oder Leistungsverzehr im Leistungserstellungsprozess bzw. eine Wertminderung z.B. durch Ge- und Verbrauch, wirtschaftliche oder technische Entwicklungen und Zerstörung. Buchungstechnisch findet der Werteverzehr seinen Ausdruck in Abschreibungen. Dem Werteverzehr gegenüberzustellen sind Anlagenzugänge sowie die im Bau befindlichen Anlagen. Im Vergleich zur Eröffnungsbilanz hat sich der Wert der im Bau befindlichen Anlagen fast verfünffacht:

Anlagen im Bau

Eröffnungsbilanz	Jahresabschluss 2008	Jahresabschluss 2009	Jahresabschluss 2010
10,36 Mio. EUR	25,58 Mio. EUR	36,64 Mio. EUR	51,22 Mio. EUR

Dies resultiert überwiegend daraus, dass die Zugänge des Haushaltsjahres 2010 für das Kanalvermögen, für Neubauten und Tiefbaumaßnahmen zunächst auf dieser Bilanzposition eingestellt wurden. Erst nach Fertigstellung und erfolgter Aktivierung werden diese den entsprechenden Bilanzkonten zugeordnet und die entsprechenden Abschreibungen erfolgen.

In der Gesamtheit bleibt festzuhalten, dass dem derzeitigen Abschreibungsaufwand (50,01 Mio. EUR) keine Auszahlungen für Investitionen (19,02 Mio. EUR) in entsprechender Höhe entgegenstehen. Das Sachanlagenvermögen kann nur dann erhalten werden, wenn die Investitionen die Summe der Abschreibungen p.a. erreichen (siehe Punkt 4.4.2, 8. Investitionsquote= 35,32 %).

In der Struktur der Bilanz werden als weitere Kategorie die Finanzanlagen auf der Aktivseite dargestellt. Unter den Finanzanlagen werden, gem. Handelsgesetzbuch, Anteile an verbundene Unternehmen sowie Ausleihungen, die an diese gemacht werden, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit welchen man selbst in einem Beteiligungsverhältnis steht, verstanden. Auch Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu den Finanzanlagen gezählt.

Die Finanzanlagen weisen einen Gesamtbetrag von 319,14 Mio. EUR aus und haben sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 um 0,87 Mio. EUR verringert. Die Reduzierung erfolgte durch Tilgung ausgegebener Darlehen.

Das Umlaufvermögen stellt im Gegensatz zu dem Anlagevermögen die Vermögensgegenstände dar, die der Stadt Oberhausen im allgemeinen nur zur vorübergehenden Nutzung dienen und nicht zu den Rechnungsabgrenzungsposten gehören.

Dieses hat ein Gesamtvolumen von 48,81 Mio. EUR und besteht aus

- öffentlich-rechtlichen Forderungen (36,82 Mio. EUR)
(vgl. auch Forderungsspiegel)
- Vorräte (7,65 Mio. EUR)
- Liquiden Mitteln (3,37 Mio. EUR)
- Sonstige Vermögensgegenstände (0,56 Mio. EUR)
- Privatrechtliche Forderungen (0,41 Mio. EUR)

Der erhöhte Wert bei den Vorräten ergibt sich, da hierunter auch erstmalig Grundstücke und Gebäude zur Vermarktung in Höhe von 5,37 Mio. EUR ausgewiesen wurden.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen hat sich der Anteil der Steuern (+ 1,51 Mio. EUR) und der Gebühren (+ 0,42 Mio. EUR) erhöht, dagegen haben sich die Forderungen aus sonstigen Transferleistungen (- 4,34 Mio. EUR) im Vergleich zum Vorjahr vermindert.

Bereits zur Eröffnungsbilanz, unter Berücksichtigung von nachträglichen Berichtigungen, wurde auf der Aktivseite ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von - 273,10 Mio. EUR ausgewiesen. Die Verwaltungstätigkeiten in den Jahren 2008 und 2009 führten zu Jahresfehlbeträgen von - 121,79 Mio. EUR und - 127,87 Mio. EUR. Die Haushaltswirtschaft 2010 führte zu einem Jahresfehlbetrag von - 155,92 Mio. EUR; mithin beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag unter Berücksichtigung etwaiger Korrekturen - 678,68 Mio. EUR.

4.3.1.2 Passivseite der Bilanz

Die Passivseite der Bilanz (Vermögensherkunft) weist die Finanzierung des städtischen Vermögens aus. Die Ermittlung des Eigenkapitals erfolgte für die Eröffnungsbilanz als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten übersteigen, wird der Saldo auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen. Auf Grund dieser Tatsache sind weitere Erläuterungen im Hinblick auf die gesetzlich normierten und zu bildenden Allgemeine Rücklage, Ausgleichsrücklage und der Deckungsrücklage entbehrlich.

Die Sonderposten stellen mit 474,97 Mio. EUR eine wesentliche Bilanzgröße dar; sie liegen mit 23,31 Mio. EUR über dem Bilanzwert 2009. Dies ist wesentlich dadurch bedingt; dass im Jahr 2010 eine Zuordnung von erhaltenen Zuwendungen zu den jeweiligen Anlagepositionen vorgenommen wurde. Vorher wurden die Zuwendungen bis zur endgültigen Zuordnung unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen (Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten rund 1,59 Mio. EUR). Zusätzlich erfolgte eine Korrektur der Eröffnungsbilanz um nachgemeldete Investitionspauschalen der Jahre 1979-1983. Sonderposten werden gebildet für erhaltene Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) für investive Zwecke und für erhobene Beiträge anlässlich durchgeführter Erschließungsmaßnahmen. Die Sonderposten werden grundsätzlich über die gleiche Nutzungsdauer wie das dazugehörige Anlagegut ertragswirksam aufgelöst und verringern dadurch die Belastung durch die Wertminderung (Abschreibung) des Wirtschaftsgutes.

Die Rückstellungen in Höhe von 388,05 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (359,74 Mio. EUR, + 3,41 %) und Sonstigen Rückstellungen (23,25 Mio. EUR).

Die Rückstellungen für Deponien und Altlasten (0,60 Mio. EUR) haben keinerlei Veränderung erfahren. Die Instandhaltungsrückstellungen sind um 0,25 Mio. EUR auf insgesamt 4,46 Mio. EUR gesunken.

Die Verbindlichkeiten (1.784,34 Mio. EUR) haben sich insgesamt um 113,87 Mio. EUR erhöht. Es handelt sich überwiegend um Kredite zur Liquiditätssicherung (1.407,70 Mio. EUR), welche sich im Vergleichszeitraum um 132,30 Mio. EUR erhöht haben. Hinzu kommen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von insgesamt 340,44 Mio. EUR (vom öffentli-

chen Bereich 8,84 Mio. EUR und vom privaten Kreditmarkt 331,59 Mio. EUR). Diese Verbindlichkeiten sind dagegen um 15,20 Mio. EUR gesunken.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um 2,09 Mio. EUR auf 18,09 Mio. EUR gestiegen. Dies resultiert aus Buchungsvorgängen die Aufwand des Jahres 2010 sind, aber aufgrund von z. B. Fristen erst in 2011 zahlungswirksam werden. Diese stellen Verbindlichkeiten dar.

Dagegen haben sich die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten um 1,59 Mio. EUR auf 17,42 Mio. EUR reduziert. Diese Reduzierung kann dadurch erklärt werden, dass Beträge, die nur auf diesem Konto zwischengebucht und nach der endgültigen Zuordnung in einen Sonderposten umgebucht wurden.

4.3.2 Ertrags- und Aufwandssituation

Der Ergebnishaushalt des Jahresabschlusses 2010 ist gekennzeichnet durch eine Einsparung in Höhe von 33,93 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz 2010 (189,85 Mio. EUR) welcher die Bereitstellung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Mittel berücksichtigt. Der vom Rat der Stadt ursprünglich beschlossene Fehlbedarf von 181,06 Mio. EUR wurde somit um 25,14 Mio. EUR unterschritten.

Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen bei den Sonstigen Ordentlichen Erträgen (insbesondere durch die Auflösung von Rückstellungen, Verzinsung der Gewerbesteuer und Bußgelder) und Minderaufwendungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (insbesondere bei Aufwendungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II und Sanierungen von Gebäuden).

(Beträge in Mio. EUR)

<i>Erträge</i>	<i>Originalansatz</i>	<i>Fortgeschriebener Ansatz</i>	<i>Jahresergebnis</i>	<i>Abweichung (Jahresergebnis/Originalansatz)</i>		<i>Abweichung (Jahresergebnis/fortge. Ansatz)</i>	
Steuern und ähnliche Abgaben	181,23	181,23	186,81	+ 5,58	+ 3,07%	+ 5,58	+ 3,07 %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	175,97	175,97	161,84	- 14,13	- 8,03%	- 14,13	- 8,03 %
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94,92	94,92	93,66	- 1,26	- 1,33%	- 1,26	- 1,33 %
Sonstige Ordentliche Erträge	20,28	20,28	26,59	+ 6,31	+ 31,12%	+ 6,31	+ 31,12 %

Aufwendungen	Originalan- satz	Fortgeschrie- bener Ansatz	Jahrese- gebnis	Abweichung (Jahresergebnis/ Originalansatz)		Abweichung (Jahresergebnis/ fortge. Ansatz)	
Personalaufwendungen	106,12	106,16	105,32	- 0,80	- 0,75 %	- 0,84	- 0,79 %
Versorgungsaufwendungen	16,73	16,73	21,76	+ 5,03	+ 27,2 %	+ 5,03	+ 30,07 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	175,46	182,46	160,9	- 14,56	- 8,30 %	- 21,56	- 11,82 %
Transferaufwendungen	206,03	209,73	200,72	- 5,31	- 2,58 %	- 9,01	- 4,3 %
Sonstige ordentlichen Aufwendungen	89,58	87,63	87,58	- 2	- 2,23 %	- 0,05	- 0,06 %

(Beträge in Mio. EUR)

4.3.2.1 Erträge

Nach einem hauptsächlich durch die allgemeine Finanzkrise verursachten Minderaufkommen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben von - 35,27 Mio. EUR im Jahr 2009, wurde der Planansatz 2010 von 181,23 Mio. EUR überschritten (+ 5,58 Mio. EUR). Den weitaus größten Anteil an den Mehrerträgen hat der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 3,70 Mio. EUR), gefolgt von der Vergnügungssteuer (+ 2,08 Mio. EUR wegen zusätzlichen Veranlagungen aus den Vorjahren) sowie Leistungen zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (+ 1,93 Mio. EUR). Mindererträge sind dagegen erneut bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen (- 1,96 Mio. EUR), da sich der wirtschaftliche Aufschwung im Jahr 2010 teilweise erst verzögert auswirkt.

Dennoch stellt die Gewerbesteuer mit 72,05 Mio. EUR das mit Abstand höchste Steueraufkommen dar (Planansatz 74,00 Mio. EUR – Der Ertragsseite stehen Einzahlung der Finanzrechnung in Höhe von 74,7 Mio. EUR gegenüber. Die Einzahlungen berücksichtigen tatsächliche Zahlungen auch aus Vorjahren). Wesentlich geringer fallen in der Folge die weiteren Ertragsarten aus; beispielhaft aufgeführt seien an dieser Stelle der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer mit 58,04 Mio. EUR (Planansatz 54,34 Mio. EUR) und die Grundsteuer B mit einem Gesamtvolumen von 33,25 Mio. EUR (Planansatz 33,51 Mio. EUR).

Erfreulich ist, dass der Planansatz (0,20 Mio. EUR) für die im Jahr 2009 neu eingeführte Besteuerung von sexuellen Handlungen mit dem Ergebnis von 0,22 Mio. EUR um mehr als 11 % überschritten wurde.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (161,84 Mio. EUR) blieben hinter dem Planansatz zurück (- 14,13 Mio. EUR). Dieser Effekt tritt bei zweckgebundenen Zuweisungen quer durch den gesamten Ergebnishaushalt auf, die mangels Förderbewilligung oder wegen des geringen Maßnahmenfortschritts nicht geflossen sind; in diesen Fällen stehen den Mindererträgen auch entsprechende Minderaufwendungen entgegen. Betroffen sind hier vor allem Maßnahmen des Konjunkturpaketes II, welche durch Allgemeine Zuweisungen vom Land finanziert werden und bei welchen die Mittel noch nicht abgerufen werden konnten (- 9,82 Mio. EUR). Mehrerträge sind dagegen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (+ 3,01 Mio. EUR) zu verzeichnen. Diese sind durch die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes der Landesregierung im Dezember 2010 zu erklären.

Im Hinblick auf die Zuwendungen ist zunächst festzuhalten, dass der Großteil der Erträge auf die Schlüsselzuweisungen zurückzuführen ist (105,46 Mio. EUR). Diese werden jährlich vom Land bereitgestellt. Die Zuweisungen ergänzen die eigenen Einnahmen und leisten

damit einen Beitrag zur Finanzierung der eigenen und der durch Gesetz übertragenen Aufgaben der Kommune. Die Stadt Oberhausen erhält Schlüsselzuweisungen (sogen. zweckfreie Zuweisungen), deren Höhe sich nach der durchschnittlichen Aufgabenbelastung und nach der jeweiligen Steuerkraft in der Referenzperiode (jeweils 01.07. bis 30.06.) bemisst. Die durchschnittliche Aufgabenbelastung wird auf der Basis der Einwohnerzahl, der Schülerzahl, der Bedarfsgemeinschaften [früher Arbeitslosenzahl] und der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach speziellen Schlüsseln ermittelt.

Die sonstigen Transfererträge (15,46 Mio. EUR) liegen unter dem Planansatz (- 3,83 % / - 0,62 Mio. EUR). Die Mindererträge sind hauptsächlich bei der Leistungsbeteiligung zu Kosten der Unterkunft (- 0,89 Mio. EUR) zu verzeichnen. Bei den übrigen Ersatzleistungen für Transferaufwendungen im Sozialbereich (bspw. Unterhaltsansprüche gem. BGB / Unterhaltsvorschuss/ Rückzahlungen gewährter Hilfe) wurden dagegen Mehrerträge erzielt (+ 0,30 Mio. EUR).

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (93,66 Mio. EUR) beinhalten u.a. Gebühren für Schmutz- (24,87 Mio. EUR) und Niederschlagswasser (12,81 Mio. EUR) sowie Abfallbeseitigung (28,24 Mio. EUR), Rettungsdienst der Feuerwehr (5,75 Mio. EUR), Straßenreinigung (3,59 Mio. EUR) und Friedhofsgebühren (1,37 Mio. EUR).

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten gingen insgesamt 1,26 Mio. EUR weniger ein. Wesentliche Mindererträge sind bei den Benutzungsgebühren für den Rettungsdienst (- 1,83 Mio. EUR; Rechnungsrückstau im Zuge der Umstellung des automatisierten Abrechnungsverfahrens) entstanden.

Auf privatrechtlicher Basis erbrachte Leistungen werden unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten subsumiert (6,54 Mio. EUR). Dabei stellen die Erträge aus Mieten und Pachten (2,85 Mio. EUR) und die sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte (2,18 Mio. EUR) den größten Anteil dar.

Die Privatrechtlichen Leistungsentgelte schließen mit einem Mehrertrag von + 0,08 Mio. EUR ab. Ursache sind Mehrerträge bei Mieten und Pachten (+ 0,15 Mio. EUR) und beim Verkauf von Vorräten (+ 0,01 Mio. EUR). Den Mehrerträgen stehen wiederum Mindererträge (- 0,08 Mio. EUR) bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten (z.B. im Bereich Öffentliche Bibliothekseinrichtungen, Musikschule und Sinfoniekonzerte) entgegen.

Mit Erstattungen beteiligen sich (ähnlich wie bei den Zuweisungen) Dritte an den Aufwendungen der Stadt (15,46 Mio. EUR). Die Ergebnisverbesserung (+ 3,98 Mio. EUR) resultiert überwiegend aus Erstattungen des öffentlichen Bereiches für Leistungen für die Beteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (+ 1,19 Mio. EUR).

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen setzten sich die wesentlichen Positionen aus den Erstattungen vom Land (3,69 Mio. EUR), Bund (3,09 Mio. EUR), Gemeinden (2,59 Mio. EUR) und von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen (1,76 Mio. EUR) zusammen. Hiervon fällt ein Hauptteil der Erstattungen auf soziale Leistungen wie Hilfen zur Gesundheit, Pflege, Grundsicherung und Lebensunterhalt (5,90 Mio. EUR).

Sonstige Ordentliche Erträge (26,59 Mio. EUR) umfassen neben den Konzessionsabgaben (12,96 Mio. EUR) auch die Verzinsung der Gewerbesteuer (4,03 Mio. EUR), Bußgelder (4,06 Mio. EUR) sowie die Auflösung von Rückstellungen (1,98 Mio. EUR). Insgesamt ist bei den Sonstigen ordentlichen Erträgen eine Erhöhung von 6,31 Mio. EUR entstanden, die vor allem durch die Verzinsung der Gewerbesteuer (+ 2,43 Mio. EUR), Bußgelder (+ 1,27 Mio. EUR) und der nicht planbaren Auflösung von Rückstellungen (+ 1,98 Mio. EUR) begründet ist.

Die Finanzerträge (1,02 Mio. EUR) haben sich um 0,08 Mio. EUR erhöht, was wesentlich durch Mehrerträge bei den Zinserträgen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen /Sondervermögen (+ 0,07 Mio. EUR) zu erklären ist.

4.3.2.2 Aufwendungen

Die Personalaufwendungen (105,32 Mio. EUR) umfassen den gesamten Aufwand für eingesetztes Personal unabhängig davon, ob eine Refinanzierung erfolgt. Die Gesamtsumme gliedert sich im Wesentlichen in Bezüge für Beamte (27,27 Mio. EUR), Tariflich Beschäftigte (49,77 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Sonstige Beschäftigte (7,56 Mio. EUR).

Bei den Personalaufwendungen konnten gegenüber dem Originalansatz Einsparungen realisiert werden (- 0,80 Mio. EUR / Fortgeschriebener Ansatz - 0,84 Mio. EUR). Dies ist wesentlich auf Minderaufwendungen bei den Bezügen der Tariflich Beschäftigten (- 0,49 Mio. EUR) und Beamten (- 0,43 Mio. EUR) zurück zu führen.

Von den Personalaufwendungen getrennt auszuweisen sind die Versorgungsaufwendungen für Beamte / Beschäftigte (21,76 Mio. EUR). Sie fallen um 5,03 Mio. EUR höher aus als im Haushaltsplan ausgewiesen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen durch Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (+ 4,27 Mio. EUR) zu begründen.

Ferner werden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen den Personalaufwendungen (+ 0,62 Mio. EUR) sowie den Versorgungsaufwendungen (+ 5,11 Mio. EUR) zugeordnet.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (160,90 Mio. EUR) bilden zusammen mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen den klassischen „Sachaufwand“ der Kommune ab. Hier ist eine positive Abweichung gegenüber dem Originalansatz in Form eines Minderaufwands von 14,56 Mio. EUR (Fortgeschriebener Ansatz - 21,56 Mio. EUR) festzustellen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen setzen sich aus folgenden wesentlichen Positionen zusammen:

(in Mio. EUR)

Aufwendungen für...	Originalansatz	Fortge. Ansatz	Ergebnis 2010	Abweichungen	
				Originalansatz /	fortge. Ansatz
Einheitspreise OGM GmbH	39,15	41,42	41,58	+ 2,43	+ 0,16
Dienstleistungen WBO GmbH	31,36	31,37	31,25	- 0,11	- 0,12
sonstige Dienstleistungen	16,30	16,33	15,00	- 1,29	- 1,32
Energiemanagement u. Wartungsverträge	9,22	9,22	10,43	+ 1,21	+ 1,21
Nutzungsentgelte	4,48	3,92	3,92	- 0,56	
Schülerbeförderungskosten	4,20	4,20	3,83	- 0,37	- 0,37
Bäderwesen	3,58	3,58	3,58		
im Rahmen des Konjunkturpakets II	11,52	11,20	4,43	- 7,08	- 6,76
IT u. TK Dienste/ Client Server; Software	2,02	5,53	3,02	+ 0,99	- 2,51
Erstattungen an übrige Bereiche	2,54	2,79	2,66	+ 0,12	- 0,13
Erstattungen an Gemeinden	1,35	2,48	2,40	+ 1,05	- 0,08

Ein Minderaufwand ist des Weiteren entstanden bei:

(in Mio. EUR)

Aufwendungen für...	Originalansatz	Fortge. Ansatz	Ergebnis 2010	Abweichungen	
				Originalansatz /	fortge. Ansatz
Hochbaumaßnahmen -U3 Maßnahmen freier Träger-	2,79	2,79	0,06	- 2,73	- 2,73
Unterhaltung Infrastrukturvermögen	1,90	1,91	0,26	- 1,64	- 1,65
Unterhaltung Kanalvermögen WBO	1,00	1,00	0,17	- 0,83	- 0,83
HOAI-Kosten-nicht förderfähig	1,25	1,25	0,48	- 0,77	- 0,77
Lehr-/Lernmittel-/Pädag. Bed.-OGM-	1,47	1,44	0,70	- 0,77	- 0,74
Straßenbauprogramm (inklusive Ingenieurleistungen)	1,25	1,25	0,84	- 0,41	- 0,41

Bei den Baumaßnahmen sind die Minderaufwendungen durch Verschiebungen der Maßnahme in das nächste Haushaltsjahr zu begründen.

Bilanzielle Abschreibungen (50,01 Mio. EUR) bilden den jahresbezogenen Werteverzehr von aktiviertem Vermögen für die Dauer der Nutzung ab.

Den größten Teil der Aufwendungen der Stadt Oberhausen stellen die Transferaufwendungen dar (200,72 Mio. EUR).

Wesentliche Aufwendungen sind:

- Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	46,33 Mio. EUR
<i>davon an den Regionalverband Ruhr</i>	1,81 Mio. EUR
<i>davon an den Landschaftsverband Rheinland</i>	44,52 Mio. EUR
- Aufwendungen für Leistungen der Jugendhilfe an Natürliche Personen in Einrichtungen	20,08 Mio. EUR
- Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	19,95 Mio. EUR
- Aufwendungen für Zuweisungen an Zweckverbände	15,21 Mio. EUR
- Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen u. Sondervermögen	13,78 Mio. EUR

Die positive Abweichung bei den Transferaufwendungen beträgt 5,31 Mio. EUR gegenüber dem Originalansatz und 9,01 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz. Entsprechend der Vielzahl an Transfergründen gibt es vielfältige Abweichungen; die wichtigsten Verbesserungen sind:

(in Mio. EUR)

Transferaufwendungen	Originalansatz	Fortge. Ansatz	Ergebnis 2010	Abweichungen Originalansatz / fortge. Ansatz	
für Zuschüsse an übrige Bereiche (z.B. Betriebskosten KTE, Siedlung Stemmersberg, Riwetho)	23,86	23,87	19,95	- 3,91	- 3,92
innerh. des Deckungsrings Soziales (Sozialhilfe, Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege etc.)	39,57	39,42	37,10	- 2,47	- 2,32
für Zuschüsse aus übrigen Bereichen für Träger KP II	2,11	2,09	0,75	- 1,36	- 1,34
für Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen	14,49	14,54	13,78	- 0,71	- 0,76
innerhalb des Deckungsrings Jugend	39,09	41,74	41,42	+ 2,34	- 0,31

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (87,58 Mio. EUR) ist ein Minderaufwand entstanden (Planansatz - 1,99 Mio. EUR / Fortgeschriebener Ansatz – 0,06 Mio. EUR).

Folgende Einzelaufwendungen sind als bedeutend anzusehen:

(in Mio. EUR)

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Originalansatz	Fortge. Ansatz	Ergebnis 2010	Abweichungen	
				Originalansatz /	fortge. Ansatz
Leistungsbeteiligung Grundsicherung Arbeitssuchende	63,69	60,19	58,01	- 5,68	- 2,18
Beschaffungswesen inkl. Zeitschriften	2,20	2,68	4,89	+ 2,70	+ 2,21
Grundbesitzabgaben	3,54	3,42	3,17	- 0,37	- 0,25
Verlust aus Abgang des Sachanlagevermögens	0	0	2,21	+ 2,21	+ 2,21

Bei den Finanzaufwendungen (37,01 Mio. EUR) fallen die Zinsen schwerpunktmäßig für Kassenkredite (19,65 Mio. EUR) sowie für Zinsaufwendungen an Kreditinstitute (15,54 Mio. EUR) an.

Im Bereich der Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen ist ein Minderaufwand vom Originalansatz festzustellen (- 7,80 Mio. EUR). Hauptschwerpunkt ist der Minderaufwand bei den Zinsen für Kassenkredite (- 6,75 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis (35,99 Mio. EUR) wird im Saldo aus Finanzerträgen (1,02 Mio. EUR) und Finanzaufwendungen (37,01 Mio. EUR) bestimmt.

4.3.2.3 Zusammenfassung Ergebnishaushalt

Das Abschlussergebnis im Ergebnishaushalt liegt mit 155,92 Mio. EUR unter dem Originalbudget 2010 (- 25,14 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der fortgeschriebenen Ansätze ist eine Aufwandsreduzierung (- 33,93 Mio. EUR) festzuhalten.

4.3.3 Finanzlage

4.3.3.1 Übersicht über die Finanzlage

Nach Abschluss des Haushaltsjahres stellt sich die Finanzlage der Stadt Oberhausen inkl. der Fortschreibung der Plandaten 2010 wie folgt dar:

Finanzplan (konsumtiver Teil - in Mio. EUR)

	Originalansatz	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung vom Originalansatz
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	486,22	495,28	487,91	+ 1,69
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	638,47	653,63	610,42	- 28,05
Saldo	- 152,25	- 158,35	-122,51	- 29,74

Finanzplan (Investitionen - in Mio. EUR)

	Originalansatz	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung vom Originalansatz
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	21,03	21,82	17,62	- 3,41
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	31,68	28,84	19,02	- 12,66
Saldo	- 10,65	- 7,02	- 1,4	- 9,25

4.3.3.2 Investitionen und Finanzierung

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit stellen sich folgendermaßen dar (in Mio. EUR):

	Originalansatz	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung vom Originalansatz
Zuwendungen	15,67	16,46	10,78	- 4,89
Veräußerung von Sachanlagen	2,72	2,72	4,49	+ 1,77
Veräußerung von Finanzanlagen	0,12	0,12	0,13	+ 0,01
Beiträge und Entgelte	2,51	2,51	2,21	- 0,30
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0

Der weitaus größte Anteil an den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit entfällt auf die Zuwendungen. Im Haushaltsplan waren hierfür 15,67 Mio. EUR veranschlagt. Beim Jahresergebnis lagen die Werte – im Vergleich zum Originalansatz – um 4,89 Mio. EUR niedriger. Die Differenz kann vor allem durch Maßnahmen des Konjunkturpaketes II erklärt werden, welche wegen Verschiebung oder Verzögerung von Maßnahmen noch nicht zahlungswirksam abgewickelt wurden (- 5,78 Mio. EUR). Dagegen haben sich die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen vom Bund erhöht (+ 0,77 Mio. EUR). Bezuschusst wurden die Maßnahmen Ausbau Holtener Str. und Siegesstr. und das Projekt Soziale Stadt NRW.

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** entwickelten sich wie folgt (in Mio. EUR):

	Originalansatz	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung vom Originalansatz
Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	0,71	0,67	0,31	- 0,40
Baumaßnahmen	28,79	26,13	17,83	- 10,96
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1,61	1,42	0,76	- 0,85
Erwerb von Finanzanlagen	0,09	0,13	0,11	+ 0,02
Auszahlung von Zuwendungen	0,48	0,49	0,01	- 0,47
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit fallen gegenüber der Planung zum Teil deutlich geringer aus.

Bei den Baumaßnahmen blieben die Auszahlungen gegenüber dem Originalansatz von 28,79 Mio. EUR um 10,96 Mio. EUR zurück. Das entspricht einer verringerten Auszahlung von 38,07 %. Dieser Umstand erklärt sich im Wesentlichen durch die Nichtübertragbarkeit von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt. Baumaßnahmen der Stadt sind in der Regel keine Neuinvestitionen sondern Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder Instandhaltung. Diese müssen im Ergebnisplan veranschlagt werden und dürfen - mangels Eigenkapital - nicht in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Daher sind diese Maßnahmen, auch wenn sie im alten Haushaltsjahr begonnen wurden, neu zu veranschlagen.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen wurden in Höhe von 0,76 Mio. EUR getätigt. Gegenüber dem Originalansatz (1,61 Mio. EUR) ergibt sich eine Reduzierung um 0,85 Mio. EUR. Das bewegliche Anlagevermögen wurde in den Bereichen Rettungsdienst/ Notarzteinsatz, Krankentransport und Feuerschutz beschafft.

Bei den Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen kamen 0,01 Mio. EUR (Beiträge und ähnliche Entgelte) zur Auszahlung. Dies entspricht gegenüber dem Planansatz einer Verringerung um 0,47 Mio. EUR oder 98,33 %.

Finanzierungstätigkeit (in Mio. EUR)

	Originalansatz	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	37,78	39,16	30,21
Kredite zur Liquiditätssicherung*	0	0	1.730,00
Tilgung und Gewährung v. Darlehen	44,88	46,31	43,83
Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung*	0	0	1.597,70
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 7,09	- 7,15	118,68

* keine Planung

Beim Originalansatz ergab sich in der Planung ein negativer „Cash Flow“ von – 7,09 Mio. EUR. Im Ergebnis entsteht ein positiver Saldo in Höhe von 118,68 Mio. EUR.

4.3.3.3 Finanzhaushalt (konsumtiver Teil)

Wesentliche Haushaltsdaten (in Mio. EUR):

<i>Einzahlungen</i>	<i>Originalansatz</i>	<i>Fortgeschriebener Ansatz</i>	<i>Jahresergebnis</i>	<i>Abweichung (Jahresergebnis/ fortge. Ansatz)</i>	
Steuern und ähnliche Abgaben	181,23	181,23	188,61	+ 7,38	+ 4,07 %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	160,25	169,19	151,11	- 18,08	- 10,69 %
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	91,55	91,55	89,24	- 2,30	- 2,51 %
Sonstige Einzahlungen	18,24	18,24	20,12	+ 1,88	+ 10,32 %
Personalauszahlungen	106,12	106,30	108,39	+ 2,09	+ 1,97 %
Versorgungsauszahlungen	16,73	16,65	16,65	0	0 %
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	175,04	184,54	167,20	- 17,34	- 9,4 %
Transferauszahlungen	206,03	211,71	203,32	- 8,39	- 3,96 %
Sonstige Auszahlungen	89,44	89,33	78,89	- 11,44	- 12,77 %

Einzahlungen

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben (188,61 Mio. EUR) sind Mehreinzahlungen von 7,38 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese Erhöhung bedingt sich durch Mehreinzahlungen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (+ 3,57 Mio. EUR), Leistungen zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (+ 1,93 Mio. EUR), Sonstige Vergnügungssteuer (+ 1,77 Mio. EUR) und Gewerbesteuer (+ 0,73 Mio. EUR).

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (151,11 Mio. EUR) ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 9,14 Mio. EUR gegenüber dem Originalansatz (fortge. Ansatz – 18,08 Mio. EUR). Hier handelt es sich um eine Vielzahl von zweckgebundenen Zuweisungen durch den gesamten Haushalt, die entweder mangels Förderbewilligung oder wegen eines geringeren Maßnahmenfortschritts nicht eingegangen sind. Die größten Mindereinzahlungen gegenüber dem Originalansatz sind bei Zuweisungen vom Land (- 5,20 Mio. EUR) zu verzeichnen. Dass die Einzahlungen wesentlich von den Erträgen abweichen (Ergebnis 161,84 Mio. EUR) ist zum größten Teil darauf zu-

rückzuführen, dass Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nicht zahlungsrelevant sind und somit keinen Niederschlag in der Finanzrechnung finden.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte liegen mit 89,24 Mio. EUR um 2,30 Mio. EUR unter dem Planansatz für das Haushaltsjahr 2010, was hauptsächlich aus der geringeren Einzahlung bei den Benutzungsgebühren resultiert (- 2,11 Mio. EUR).

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (15,84 Mio. EUR) wurden gegenüber dem Planansatz Mehreinzahlungen von 4,36 Mio. EUR erzielt (fortge. Ansatz + 4,24 Mio. EUR). Diese Erhöhung begründet sich hauptsächlich durch Mehreinzahlungen bei den Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen (+ 1,83 Mio. EUR; u.a. Erstattungen der OGM GmbH im Zuge der Aufgabe diverser Leistungsverzeichnisse/Fremdleistungen gem. Leistungsvertrag) und bei den Erstattungen von Gemeinden (+ 1,27 Mio. EUR; u.a. Erstattungen im Zuge des § 89 SGB IIX – Pflegeleistungen).

Die Sonstigen Einzahlungen (20,12 Mio. EUR) sind gegenüber der Planung um 1,88 Mio. EUR höher ausgefallen. Die Erhöhung ist vor allem auf Mehreinzahlungen bei Bußgeldern (+ 1,05 Mio. EUR) und Säumniszuschlägen (+ 0,69 Mio. EUR) zurückzuführen.

Auszahlungen

Im Auszahlungsbereich ist zu erwähnen, dass die Personalauszahlungen (108,39 Mio. EUR) gegenüber dem Ansatz um 2,27 Mio. EUR (fortge. Ansatz + 2,09 Mio. EUR) höher ausgefallen sind. Die Abweichung resultiert aus einer periodenfremden Buchung aus 12/2009 die erst im Jahr 2010 den Personalauszahlungen zugeordnet wurde und diese entsprechend erhöhen.

Bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (167,20 Mio. EUR) ergeben sich Minderauszahlungen gegenüber dem Ansatz in Höhe von 7,84 Mio. EUR.

Nachfolgend werden die wesentlichen Minderauszahlungen bei den Sach- und Dienstleistungen abgebildet:

(in Mio. EUR)

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Originalansatz	Fortge. Ansatz	Ergebnis 2010	Abweichungen	
				Originalansatz /	fortge. Ansatz
im Rahmen des Konjunkturpakets II	11,52	10,95	4,45	- 7,07	- 6,50
Auszahlung für Hochbaumaßnahmen -U3-Maßnahmen freie Träger	2,79	2,79	1,58	- 1,21	- 1,21
Ausz. für HOAI-Kosten nicht förderfähig	1,25	0,88	0,31	- 0,94	-0,57
Nutzungsentgelte	4,48	3,92	3,90	- 0,58	- 0,02
Auszahlungen für Straßenbauprogramm (inklusive Ingenieurleistungen)	1,25	1,25	0,83	- 0,42	- 0,42
DR Sach- und Dienstleistungen OGM	15,83	19,32	18,49	+ 2,65	- 0,84

Bei den Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen (36,67 Mio. EUR) gibt es gegenüber dem Ansatz eine Verbesserung von 8,13 Mio. EUR. Dies ist vor allem durch eine Minderung bei den Zinsauszahlungen für Kassenkredite zu begründen (- 7,24 Mio. EUR).

Bei den Sonstigen Auszahlungen (78,19 Mio. EUR) wurden gegenüber dem Planansatz 11,56 Mio. EUR weniger ausgezahlt. Diese Verbesserung ist wesentlich durch Minderauszahlungen bei der Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung (- 9,68 Mio. EUR) zu erklären.

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage nach dem NKF-Kennzahlenset

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Kommunen sowie der GPA NRW und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfungen ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen das NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden, anhand dessen eine Analyse der Bilanzen und Jahresabschlüsse erfolgen kann.

Generell ist festzustellen, dass die singuläre Betrachtung der Oberhausener Werte eines Haushaltsjahres nur eingeschränkt aussagefähig ist. Der Vergleich mit anderen Städten sowie Analysewerte im Zeitvergleich erhöhen die Aussagefähigkeit deutlich. Wichtig dafür ist nicht zuletzt die interkommunale Vergleichbarkeit der zu Grunde liegenden Daten. Das Innenministerium hat dazu ein Kennzahlenset vorgegeben, mit dessen Hilfe alle Kommunen vergleichbare Kernanalysedaten erstellen sollen. Nachfolgend werden die entsprechenden Kennzahlen dargestellt.

4.4.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

Die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Herkunft des Kapitals, das zur Finanzierung der auf der Aktivseite ausgewiesenen Vermögenswerte verwendet wurde. Zur Analyse der Schuldenlage bedarf es zuvor der Aufbereitung der Kapitalstruktur in Eigen- und Fremdkapital.

Da die Schulden das Vermögen übersteigen wird auf der Aktivseite unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2010 beträgt - 155,92 Mio. EUR, so dass sich der Fehlbetrag zum 31.12.2010 auf insgesamt - 678,68 Mio. EUR erhöht.

Damit liegt die Eigenkapitalquote 1 bei - 25,45 % und ist als Folge des sich im Haushaltsjahr 2010 ergebenden Jahresfehlbetrages weiter rückläufig (Jahr 2009 -19,5 %).

1. Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden, dass heißt der Aufwandsdeckungsgrad sollte 100 % betragen.

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{506,36 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = \underline{\underline{80,85 \%}}$$

Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 80,85 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 (84,86 %) um 4,01 Prozentpunkte weiter verschlechtert. (Ausblick 2011 – Plandaten: 83,08 %).

Jahr	2008	2009	2010
Aufwandsdeckungsgrad	89,86 %	84,86 %	80,85 %

Die einzelnen Ertragsarten tragen mit folgenden Anteilen zum Gesamtaufkommen der ordentlichen Erträge bei:

	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u> (Ausblick – Plandaten)
Steuern und ähnliche Abgaben	39,85 %	35,71 %	36,89 %	35,38 %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32,39 %	35,06 %	31,96 %	35,50 %
Sonstige Transfererträge	0,68 %	0,70 %	3,05 %	0,53 %
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16,78 %	18,00 %	18,50 %	17,63 %
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1,22 %	1,23 %	1,29 %	1,13 %
Kostenerstattungen und –umlagen	4,87 %	5,02 %	3,05 %	5,79 %
Sonstige ordentliche Erträge	4,21 %	4,28 %	5,25 %	4,02 %

Summe der Erträge 2010: 506,36 Mio. EUR
(2011 – Plandaten: 557,25 Mio. EUR)

Die Anteile der Aufwandsarten an den ordentlichen Aufwendungen:

	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u> (Ausblick – Plandaten)
Personalaufwendungen	17,85 %	18,42 %	16,82 %	16,95 %
Versorgungsaufwendungen	2,78 %	3,45 %	3,47 %	2,73 %
Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	25,09 %	24,97 %	25,69 %	26,77 %
Bilanzielle Abschreibungen	8,65 %	8,46 %	7,99 %	6,94 %
Transferaufwendungen	40,62 %	30,58 %	32,05 %	32,66 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	5,01 %	14,12 %	13,98 %	13,95 %

Summe der Aufwendungen 2010: 626,29 Mio. EUR
(2011 – Plandaten: 670,76 Mio. EUR)

2. Eigenkapitalquote 1

Die **Eigenkapitalquote 1** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher sind die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{- 678,68 \text{ Mio. €} \times 100}{2.666,89 \text{ Mio. €}} = - 25,45 \%$$

Die Eigenkapitalquote beträgt -25,45 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 5,95 Prozentpunkte weiter verschlechtert. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

Jahr	2008	2009	2010
Eigenkapitalquote 1	-15,9 %	-19,5 %	-25,45 %

3. Eigenkapitalquote 2

Die **Eigenkapitalquote 2** misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

$$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{(- 678,68 \text{ Mio. €} + 398,74 \text{ Mio. €} + 7,68 \text{ Mio. €}) \times 100}{2.666,89 \text{ Mio. €}} = -7,77 \%$$

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt – 7,77 % und hat sich bezogen auf die Bilanz zum 31.12.2009 um 6,07 Prozentpunkte verschlechtert.

Jahr	2008	2009	2010
Eigenkapitalquote 2	2 %	-1,7 %	-7,77 %

4. Fehlbetragsquote

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil aus Sonderrücklagen. Da die Stadt Oberhausen weder über eine Ausgleichsrücklage, noch über eine Allgemeine Rücklage verfügt, kann die Quote nicht berechnet werden.

4.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{1.932,47 \text{ Mio. €} \times 100}{2.666,89 \text{ Mio. EUR}} = 72,46 \%$$

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 72,46 % und verringert sich um 5,84 Prozentpunkte zur Vergleichsquote der Bilanz zum 31.12.2009.

Durch Finanzierungsformen wie Leasing reduziert sich die Quote der Anlagenintensität, da das geleaste Anlagevermögen, nicht im Anlagevermögen ausgewiesen wird. Bei der Stadt Oberhausen betrifft dies z. B. das Büromobiliar, welches über Nutzungsentgelte der OGM GmbH abgerechnet wird,

Jahr	2008	2009	2010
Anlagenintensität	81,8 %	78,3 %	72,46 %

5. Infrastrukturquote

Die Infrastrukturquote verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

$$\text{Infrastrukturvermögen} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{919,55 \text{ Mio. €} \times 100}{2.666,89 \text{ Mio. €}} = \underline{34,48 \%}$$

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 34,48 % und liegt damit im Bilanzvergleich 3,22 Prozentpunkte unter dem Wert der Bilanz zum 31.12.2009.

Im Zeitverlauf ist ein fortschreitender Rückgang des Infrastrukturvermögens erkennbar. Im Rahmen der Generationengerechtigkeit und der Erhaltung des Infrastrukturvermögens für künftige Generationen, ist diese Entwicklung zu beachten.

Jahr	2008	2009	2010
Infrastrukturvermögen	39,3 %	37,7 %	34,48 %

6. Abschreibungsquote

Die Abschreibungsquote (Abschreibungsintensität) zeigt an, in welchem Verhältnis zu den gesamten ordentlichen Aufwendungen die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

$$\text{Abschreibungsintensität} = \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{50,01 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = \underline{7,99 \%}$$

Die Abschreibungsintensität beträgt 7,99 % und ist gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 0,47 Prozentpunkte gesunken.

Bei der Deutung dieser Quote ist zu beachten, dass eine geringe Abschreibungsquote auch bedeuten kann, dass das Vermögen bereits größtenteils abgeschrieben ist und dass "altes" Anlagevermögen nicht durch neue Anlagen ersetzt wurde. Entsprechend kann es sein, dass eine niedrige Abschreibungsquote einen Hinweis darauf gibt, dass das Vermögen überaltert ist. Die Quote sinkt ebenfalls, wenn sich die übrigen ordentlichen Aufwendungen erhöht haben, der Abschreibungsaufwand aber gleich geblieben ist.

Jahr	2008	2009	2010
Abschreibungsintensität	8,65%	8,46 %	7,99 %

Die Abschreibungsquote wird sich künftig wesentlich erhöhen, da eine Vielzahl an Anlagen im Bau (AiB) ausgewiesen werden, welche zeitnah in das Anlagevermögen übernommen werden sollen. Derzeit haben die AiB ein Gesamtvolumen von rd. 51,2 Mio. EUR und fallen damit um ca. 14,5 Mio. EUR höher aus als zum 31.12.2009.

7. Drittfinanzierungsquote

Die Drittfinanzierungsquote gibt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus Auflösung von Sonderposten an. Sie gibt Hinweise inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

$$\text{Drittfinanzierungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Auflösungen von Sonderposten} * x 100}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}} = \frac{21,73 \text{ Mio. €} x 100}{50,01 \text{ Mio. €}} = \underline{43,45 \%}$$

*Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (-aus Zuwendungen 18,18 Mio. EUR / aus Beiträgen 3,55 Mio. EUR)

Die Drittfinanzierungsquote beträgt 43,45 % und ist gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 6,65 Prozentpunkte gesunken.

Jahr	2008	2009	2010
Drittfinanzierungsquote	36,6 %	50,1 %	43,45 %

8. Investitionsquote

Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüber stehen. Die Bruttoinvestition setzt sich aus der Summe der Zugänge des Anlagevermögens und der Zuschreibungen auf das Anlagevermögen zusammen.

Der Substanzverlust wird nur zu 35,32 % durch neue Investitionen ausgeglichen.

$$\text{Investitionsquote} = \frac{\text{Bruttoinvestitionen} x 100}{\text{Abgänge des Anlagevermögens} + \text{Abschreibungen des Anlagevermögens}} = \frac{22,78 \text{ Mio. €} x 100}{64,49 \text{ Mio. €}} = \underline{35,32 \%}$$

Jahr	2008	2009	2010
Investitionsquote	36,50 %	35,48 %	35,32 %

4.4.3 Kennzahlen zur Finanzlage

9. Anlagendeckungsgrad 2

Durch die Kennzahl **Anlagendeckungsgrad 2** soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert. Das ist in Oberhausen der Fall. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad II 100 % betragen.

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge} + \text{Langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{(- 678,68 \text{ Mio. €} + 471,42 \text{ Mio. €} + 686,46 \text{ Mio. €}) \times 100}{1.932,47 \text{ Mio. €}} = 24,8 \%$$

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 24,8 % und ist gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 8,6 Prozentpunkte gesunken.

Jahr	2008	2009	2010
Anlagendeckungsgrad 2	38,3 %	33,4 %	24,8 %

10. Dynamischer Verschuldungsgrad

Mit dem Dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung (2.134,97 Mio. EUR) und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Höhe freie Finanzmittel im abgelaufenen Haushaltsjahr zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden können. Da es in Oberhausen keinen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gibt, ist der Ausweis dieser Kennzahl nicht möglich.

11. Liquidität 2. Grades

Die Liquidität 2. Grades gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Eine Liquidität 2. Grades von 100 % bedeutet, dass die liquiden Mittel und die ausstehenden Forderungen mit kurzer Laufzeit ausreichen, um sämtlichen kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken. Sie sollte bei mindestens 100 % liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

$$\text{Liquidität 2. Grades} = \frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 = \frac{(3,37 \text{ Mio. €} + 37,23 \text{ Mio. €}) \times 100}{708,83 \text{ Mio. €}} = 5,73 \%$$

Die Liquidität 2. Grades beträgt 5,73 % und liegt 0,73 Prozentpunkte über dem Wert der Bilanz des Vorjahres.

Jahr	2008	2009	2010
Liquidität 2. Grades	3,75 %	5,00 %	5,73 %

12. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Die **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (siehe Verbindlichkeitsspiegel).

$$\text{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} = \frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{708,83 \text{ Mio. €} \times 100}{2.666,89 \text{ Mio. €}} = 26,58 \%$$

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 26,58 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 7,52 Prozentpunkte verbessert. Die Verbesserung dieser Quote ist mathematisch auf einen Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten (- 150,99 Mio. EUR), aber auch auf eine Erhöhung der Bilanzsumme zurückzuführen (+ 147,15 Mio. EUR).

Jahr	2008	2009	2010
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	46,3 %	34,1 %	26,58 %

13. Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

$$\text{Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{37,00 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = 5,91 \%$$

Die Zinslastquote beträgt 5,91 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 (6,25 %) um 0,34 Prozentpunkte verbessert.
(Ausblick 2011 – Plandaten: 7,43 %).

Jahr	2008	2009	2010
Zinslastquote	10,28 %	6,25 %	5,91 %

4.4.4 Kennzahlen zur Ertragslage

14. Nettosteuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

$$\text{Nettosteuerquote} = \frac{(\text{Steuererträge} - \text{Gew.St.Umlage} - \text{Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{(\text{ordentliche Erträge} - \text{Gew.St.Umlage} - \text{Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit})}$$
$$\frac{(186,81 \text{ Mio. €} - 5,31 \text{ Mio. €} - 5,46 \text{ Mio. €}) \times 100}{(506,36 \text{ Mio. €} - 5,31 \text{ €} - 5,46 \text{ Mio. €})} = 35,52 \%$$

Die Nettosteuerquote beträgt 35,52 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 (34,61 %) um 0,91 Prozentpunkte verbessert.

Jahr	2008	2009	2010
Nettosteuerquote	38,29 %	34,61 %	35,52 %

15. Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}} = \frac{161,84 \text{ Mio. €} \times 100}{506,36 \text{ Mio. €}} = 31,96 \%$$

Die Zuwendungsquote beträgt 31,96 %.

(Ausblick 2011 – Plandaten: 35,50 %).

Jahr	2008	2009	2010
Zuwendungsquote	32,39 %	35,06 %	31,96 %

16. Personalintensität (Personalaufwandsquote)

Die Personalintensität weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{105,32 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = 16,82 \%$$

Die Personalintensität beträgt 16,82 % und ist gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 1,6 Prozentpunkte gesunken.

(Ausblick 2011 – Plandaten: 16,95 %).

Jahr	2008	2009	2010
Personalintensität	17,85 %	18,42 %	16,82 %

17. Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$\text{Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

$$\frac{160,90 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = 25,69 \%$$

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 25,69 %.

(Ausblick 2011 – Plandaten: 26,77 %).

Jahr	2008	2009	2010
Sach- u. Dienstleistungsintensität	25,09 %	24,97 %	25,69 %

18. Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

$$\text{Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{200,72 \text{ Mio. €} \times 100}{626,29 \text{ Mio. €}} = 32,05 \%$$

Die Transferaufwandsquote beträgt 32,05 % und hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2009 um 1,47 Prozentpunkte verschlechtert. Zu beachten ist, dass die Transferaufwandsquote sich außer bei Änderungen der Transferaufwendungen auch in Abhängigkeit zu den ordentlichen Aufwendungen verändert. Sie verbessert sich beispielsweise im Verhältnis bei steigenden ordentlichen Aufwendungen.

(Ausblick 2011 – Plandaten: 32,66 %).

Jahr	2008	2009	2010
Transferaufwandsquote	40,62%	30,58 %	32,05 %

4.5 **Ausblick**

Der Lagebericht stellt einen Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr in zusammengefasster Form dar. Ungeachtet dessen ist - neben der Darstellung über Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind - ein Ausblick über die Chancen und Risiken der Zukunft vorzunehmen.

4.5.1 **Vermögens- und Schuldenentwicklung**

Die bilanziellen Werte des Sachanlagevermögens werden sich durch die planmäßigen Abschreibungen in den folgenden Jahren reduzieren. Zur Erhaltung des Sachanlagevermögens sind Investitionen in entsprechender Höhe notwendig.

4.5.2 **Ergebnisentwicklung**

Die geplanten Aufwendungen der Finanzplanung sehen eine ab dem Haushaltsjahr 2011 eine Reduzierung des Fehlbetrages vor:

Haushaltsjahr	Ordentliches Ergebnis
2010	- 181,06 Mio. EUR (Jahresergebnis 2010 = 155,92 Mio. EUR)
2011	- 162,42 Mio. EUR
2012	- 176,43 Mio. EUR
2013	- 180,42 Mio. EUR
2014	- 176,06 Mio. EUR

Wesentliche Veränderungen in der Finanzplanung sind insbesondere, neben der negative Entwicklung der Steuern (bis 2011; Auswirkung der Finanzkrise), die Reduzierung der Personalaufwendungen durch konsequente Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes sowie der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

<i>Entwicklung der Steuern und ähnlichen Abgaben</i>	2010	2011	2012	2013	2014
Ansatz	181.233.310	197.176.200	208.239.610	219.547.060	229.787.300
Veränderung in %	-	+ 8,8	+ 5,6	+ 5,4	+ 4,7

<i>Entwicklung der Personalaufwendungen</i>	2010	2011	2012	2013	2014
Ansatz	106.120.750	113.673.430	114.186.450	114.492.130	114.579.020
Veränderung in %	-	+ 7,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1

<i>Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen</i>	2010	2011	2012	2013	2014
Ansatz	175.461.667	179.530.167	158.204.761	155.851.261	155.138.061
Veränderung in %	-	+ 2,3	- 11,9	- 1,5	- 0,5

4.5.3 Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Haushaltsentwicklung

Chancen

Konjunkturpaket II

Am 02.03.2009 hat der Bundestag das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland beschlossen. Teil dieses Gesetzes ist im Artikel 7 das „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ – ZuInvG. Ebenso wurde eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung des Gesetzes beschlossen. Förderbereiche sind Investitionen mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur (65%) und Infrastruktur (35%).

Die Chance dieser geförderten baulichen Investitionsmaßnahmen liegt darin, dass § 82 Gemeindeordnung (GO) NRW (vorläufige Haushaltsführung) keine Anwendung findet. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Investitionsmaßnahmen von Gemeinden mit nicht genehmigungsfähigem Haushaltssicherungskonzept künftige Haushalte entlasten sollen. Investitionsmaßnahmen, deren Folgekosten ihre Entlastungswirkung für künftige Haushalte übersteigen, sind in diesen Gemeinden unzulässig. Diese Grundsätze sind von der Stadt Oberhausen aufgrund ihrer Haushaltslage zu beachten. Der kommunale Eigenanteil beträgt 12,5 % der förderfähigen Kosten der jeweiligen Investitionsmaßnahme. Er wird vom Land kreditiert. Zu diesem Zweck ist ein Sondervermögen gebildet worden. Die Errichtung und Auflösung ist im Rahmen des Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfondsgesetz geregelt. Ab 2012 erfolgen hier jährliche Zuweisungen an das Sondervermögen nach Maßgabe des Haushaltsplanes des Landes. An den Zins- und Tilgungszahlungen des Sondervermögens beteiligen sich die Gemeinden durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen (Pauschale Zuweisungen zur Förderung von Investitionen; Investitions-, Schul-/Bildungs- und Sportpauschale) nach Maßgabe des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Insgesamt hat die Bezirksregierung der Stadt Oberhausen 25,45 Mio. EUR im Bewilligungszeitraum (bis zum 31.12.2011) zur Verfügung gestellt.

Bei der Ausführung bzw. bei der Abrechnung der einzelnen Baumaßnahmen kommt es zu Mehr- und Minderkosten. Insgesamt werden diese untereinander ausgeglichen. Es ist darauf zu achten, dass die vorgegebenen Investitionsschwerpunkte in Höhe von 14,82 Mio. EUR Bildungsinfrastruktur und in Höhe von 10,63 Mio. EUR für Infrastruktur eingehalten werden.

Von denen im Jahr 2009 vom Rat beschlossenen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II wird der bisherige Abarbeitungsstand zusammenfassend aufgeführt:

Bildungsinfrastruktur:

- Sanierungsmaßnahmen (u.a. der WC-Anlagen und Fenstererneuerungen) und Wärmedämmung an den Schulen und
- Kindertageneinrichtungen sind zu einem Großteil fertig gestellt, bzw. befinden sich in der Ausführungsphase.

Infrastruktur:

- Die Umfeldgestaltung von Antoniepark, Ruhrpark und Olgapark, die Ergänzung von Spielgeräten bei den Kinderspielplätzen, sowie weitere Einzelmaßnahmen befinden sich in der Ausschreibungs- und Ausführungsphase.
- Sanierungsmaßnahmen (u.a. Erneuerung der Heizungsanlagen) und Wärmedämmung bei den Sportanlagen sowie Neugestaltung des Platzes vor dem Technischen Rathaus (Parkplatz) sind zum Teil fertig gestellt, bzw. befinden sich zu einem Großteil in der Ausführungsphase.

Im Jahr 2010 wurde mit dem Umbau des Bert-Brecht-Hauses, sowie der Neustrukturierung des Saporoshje-Platzes begonnen. Es soll ein attraktives Kultur- und Bildungszentrum unter Einbeziehung der Zentralbibliothek und der VHS entstehen. Bei der Baumaßnahme Bert-Brecht-Haus kommt es zu Mehrkosten in nicht unerheblichem Umfang (5,63 Mio. EUR). Beim Abbruch des hinteren Treppenhauses wurden Mängel an der Fassaden- und Stützenkonstruktion festgestellt. Der Brandschutz muss zusätzlich berücksichtigt werden.

Ausbildung

Noch im Jahr 2009 sahen die Ausbildungssituation und die zukünftige Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung aufgrund des Nothaushaltsrechts und den Vorgaben der Bezirksregierung schlecht aus. Es bestand ein Ausbildungsverbot für die Allgemeine Verwaltung. Über 40 junge Menschen mussten diese Verwaltung verlassen, da ihre Zeitverträge nicht verlängert oder sie nach Abschluss der Ausbildung nicht übernommen wurden. Da zwischenzeitlich Vakanzen im allgemeinen Verwaltungsbereich entstanden sind, wurde der Stadt Oberhausen von der Bezirksregierung genehmigt, 18 Auszubildende im Jahr 2010 nach bestandener Prüfung unbefristet zu übernehmen. Als Erfolg ist auch anzusehen, dass die Ausbildung von 35 Nachwuchskräften für die Allgemeine Verwaltung ermöglicht wurde. Eine spätere Übernahme ist allerdings nicht garantiert.

Haushaltssicherungskonzept

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 22.03.2010 den Haushalt für das Jahr 2010 verabschiedet. Zeitgleich wurde das Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschlossen, welches der Bezirksregierung Düsseldorf zur Genehmigung vorgelegt und mit Verfügung vom 17.11.2010 nicht genehmigt wurde.

Da in den Jahren 2008 und 2009 Haushaltssicherungskonzepte mit einem Volumen von rd. 230 Mio. EUR für den Zeitraum von 2009 bis 2012 beschlossen wurden, reduzierten sich zwangsläufig die Möglichkeiten zur Erschließung weiterer Sparpotenziale. Das Einsparvolumen des HSK 2010 beziffert sich im Haushaltsjahr 2010 auf 0,54 Mio. EUR, im Jahr 2011 auf ca. 1,57 Mio. EUR und in den Jahren 2012-2014 jeweils auf ca. 2,7 Mio. EUR. Das Konsolidierungsvolumen wurde von der Bezirksregierung als zu gering betrachtet und es werden neue Konsolidierungsmaßnahmen gefordert.

Nachfolgend werden einige Maßnahmen aufgegriffen.

Mit dem vorliegenden HSK 2010 ff. und der Fortschreibung des HSK 2008 und 2009 werden folgende Konsolidierungsbeiträge in den Planjahren 2009 bis 2012 erbracht:

2009	62.367.040 EUR
2010	55.394.530 EUR
2011	57.259.140 EUR
2012	59.085.580 EUR

Gesamt **234.106.290 EUR**

Im Schreibdienst sollen 20,5 Stellen in den Jahren 2010 bis 2013 eingespart werden. Hierbei handelt es sich um 50 % der Vakanzen im Schreibdienst, die in diesem Zeitraum entstehen werden (= 41 Stellen). Aufgrund der weiterführenden beruflichen Qualifikationen, umfangreicher Aufgabenumverteilungen sowie des Ausbildungsstopps und des Verbotes externer Einstellungen gibt es kaum noch Mitarbeiter/innen im klassischen Schreibdienst. Die Bezirksregierung kritisierte die geplante Aufrechterhaltung von 48,5 Stellen und forderte eine Überprüfung weiterer Stelleneinsparungen.

Angemietete Raumflächen sollen reduziert werden. Durch die geplanten Stelleneinsparungen (226 Stellen aus den HSK 2008 – 2010 bis voraussichtlich 2017/2018) ergibt sich langfristig ein geringerer Flächenbedarf. Durch räumliche Neuordnung der Nutzer und Änderung der Belegungsstruktur in verschiedenen Verwaltungsgebäuden soll darauf hin gearbeitet werden, eines oder mehrere Verwaltungsgebäude aufzugeben. Der Stellenabbau findet weiterhin im Rahmen natürlicher Fluktuation statt.

Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und den dadurch bedingten Rückgang der überwiegend jungen Nutzer von Sportanlagen ist eine Neugestaltung der Sportlandschaft in Oberhausen geplant. Das Konzept umfasst die Sanierung, Ertüchtigung und den Rückbau von Sportplätzen. Einzelmaßnahmen sind bereits im Haushaltsjahr 2009 erfolgt. Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen können für die Stadt Oberhausen erhebliche Haushaltskonsolidierungspotenziale generiert werden, weil der Schul- und Vereinssport in Oberhausen zukünftig auf weniger Sportanlagen als bisher durchgeführt werden kann.

Weitere Maßnahmen betreffen die Berücksichtigung der demographischen Entwicklung bei Schulen.

Zusätzliche Einnahmen sollen durch die Einrichtung einer/mehrerer stationärer Geschwindigkeitsmessenanlagen an Unfallschwerpunkten erzielt werden. Gleichzeitig wird ein Beitrag für die Verkehrssicherheit erwartet.

Die Realisierungsmöglichkeit interkommunaler Kooperationen soll bei möglichen Kooperationsfeldern überprüft werden. Erfolgreich abgeschlossene Kooperationen erbringen sowohl einen fiskalischen Nutzen als auch eine erhöhte Effektivität durch die Zusammenarbeit.

Ausblick

Das Haushalts sicherungskonzept 2010 ist nach Aufforderung durch die Bezirksregierung zu konkretisieren und auf höhere Einsparpotenziale zu überprüfen. Es soll „Maßnahmenscharf“ aufgestellt werden.

Durch die Novellierung des § 76 GO (Haushaltssicherungskonzept) ist die bisherige Befristung für den zu erzielenden Haushaltsausgleich wegfallen (Zeitraum des Haushaltsausgleichs auf 10 Jahre ausgeweitet). Hierdurch könnte die Stadt Oberhausen bei Genehmigung des HSK einen neuen Handlungsspielraum gewinnen, da sie dann nicht an den engen Vorgaben der Vorläufigen Haushaltsführung (§ 82 GO) gebunden ist.

Risiken

Im Rahmen des HSK ist es möglich, wie von der Bezirksregierung gefordert, weitere Einsparpotenziale zu nutzen. Solche Maßnahmen, z.B. weitere Reduzierung freiwilliger Aufgaben, haben negative Folgen für die Bürger und müssen daher politisch gewollt und vertreten werden.

Wesentliche Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt bestehen in der schlechten Finanzlage, die Oberhausen mit insbesondere etlichen Ruhrgebietsstädten teilt. Darunter sind solche Risiken zu fassen, welche als bestandsgefährdend einzustufen sind oder aber erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Finanz- oder Ertragslage der Stadt haben.

Sonstige Risiken sind in der gesamtwirtschaftlichen Lage zu sehen, da nicht abzusehen ist, ob beispielsweise Gewerbesteuererträge wegbrechen. Auch könnten ggf. erhöhte Aufwendungen im Bereich der Transferzahlungen (Sozialhilfe, Jugendhilfe etc.) entstehen.

Nicht zu unterschätzen sind ebenfalls die Risiken durch wieder steigende Zinsen am Kreditmarkt.

4.6 Ziele und Kennzahlen

Gesetzliche Grundlage und Zielsetzung

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) sollen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 12 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) neben der eigentlichen Umstellung des Rechnungswesens, auch produktorientierte Ziele für die gemeindliche Aufgabenerfüllung sowie Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung bestimmt werden. Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.

Im Vergleich zu bisherigen Ansätzen ist die Steuerung mit Zielen und Kennzahlen ein verpflichtender, integraler und operativ messbarer Bestandteil dieses Steuerungsansatzes (Outputorientierung unter Beachtung des Ressourcenaufkommens und –verbrauchs). Über die Erreichung der Ziele ist den politischen Gremien zu berichten.

Das bisherige Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung war rein inputorientiert. Paradebeispiel hierzu ist der ehemals kamerale Haushalt, wo in größtmöglicher Detaillierung und vor allem verbindlich festgelegt wurde, wie viel Geld die Verwaltung ausgeben darf (Input). Dagegen wurden die konkret zu erbringenden Leistungen / Produkte (Output), die beabsichtigten Wirkungen und die letztlich verfolgten Ziele nur vereinzelt, unsystematisch oder vage (z. B. in Form eines Budgets für die „Stadtbücherei“) festgelegt.

Unter dem Begriff „Outputorientierung“ wird nunmehr der Ansatz zur Überwindung dieses Mangels diskutiert. Mit der Bereitstellung von Ressourcen (Input) soll nunmehr auch möglichst genau festgelegt werden, welche Leistungen / Produkte (Output), in welcher Zahl, mit welcher Qualität und zu welchen Kosten dafür erbracht werden sollen. Je mehr dies gelingt, umso unbedenklicher kann die Umstellung von der traditionellen Inputsteuerung auf eine ergebnisorientierte Vorgabe von Finanzziele, also letztlich auf eine Budgetierung umgestellt werden.

Auf staatlicher Ebene hat diese Art der „Wirkungsanalyse“ bereits Einzug in die öffentliche Verwaltung gehalten. Beispielhaft genannt seien hier die Kriminalitätsstatistik, die versucht den Grad der erreichten öffentlichen Sicherheit darzustellen oder die „Pisa-Studien“, die versuchen den erzielten Bildungserfolg zu greifen.

Durch die Fokussierung auf eine wirkungsorientierte Steuerung soll erreicht werden, dass

- die Wirkung des politischen Handelns in den Vordergrund der Steuerung rückt,
- die Wirkung der Aufgabenwahrnehmung nicht nur im Nachgang kontrolliert wird, sondern die Grundlage für die Haushaltsplanung bildet,
- der Budgetbedarf von Aufgabenbereichen anhand der geplanten Wirkung bemessen wird und
- über Kennzahlen der Grad der Zielerreichung messbar wird.

Zielbildung

Als grundsätzliche Vorgaben bei der Zielbildung kommen verschiedene Faktoren, wie bspw. die allgemeinen Haushaltsgrundsätze, Auswertungen und Analysen der Vorjahre oder Planungen der kommenden Jahre, sowie insbesondere die Vorgaben der Haushaltssicherungskonzepte (HSK) in Betracht.

Sowohl allgemeine als auch spezielle Entwicklungen und Änderungen, demografischer, gesellschaftlicher, technischer, personeller, rechtlicher, organisatorischer und / oder politischer Art können Anlass für eine geänderte Zielvereinbarung sein.

Der Anstoß hierzu wird regelmäßig unmittelbar aus den politischen Gremien oder aus den Bereichen der Verwaltung von den jeweils Verantwortlichen für die Produkte / Produktgruppen und Produktbereiche kommen müssen.

Die Entwicklung neuer Ziele und Kennzahlen ist nur durch die Mitarbeit der politischen Gremien möglich.

Bei der Auswahl der in Frage kommenden Produkte ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob diese ein ausreichendes Maß an Steuerungsmöglichkeiten bieten und möglichst auch eine politische Relevanz entwickeln.

Die Auswahl der Produkte muss jeweils für ein Haushaltsjahr gelten. Die Produktauswahl ist grundsätzlich bei jeder neuen Aufstellung des Haushalts dahingehend zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß ist oder aktualisiert werden muss.

Umsetzung bei der Stadt Oberhausen

Der neuen NKF - Systematik folgend, wurde eine produktbereichsweise Vorgehensweise bei der Implementierung des neuen Steuerungsansatzes gewählt.

Im Haushaltsjahr 2009 wurden Ziele und Kennzahlen im Produktbereich 02/ Sicherheit und Ordnung eingeführt. Für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 wurden in weiteren Einführungsphasen die restlichen Produktbereiche berücksichtigt. Die Einführung von Zielen und Kennzahlen ist somit im Jahr 2011 abgeschlossen.

Die Ziele und Kennzahlen für das jeweilige nächste Haushaltsjahr sollen im Rahmen der Haushaltsanmeldungen mitgeteilt werden.

Neben der Formulierung der jeweiligen Ziele und der zur Messung der Zielerreichung erforderlichen zielorientierten Kennzahlen, werden, soweit vorhanden, auch produktbezogene statistische Kennzahlen abgebildet, z.B. Anzahl der Anträge. Dem Betrachter soll so ein Überblick über die im Produkt zu verrichtenden Tätigkeiten ermöglicht werden.

Im Haushaltsplan der Stadt Oberhausen wird bewusst auf die Abbildung von Teilergebnisplänen/Teilfinanzplänen auf der Ebene der Produkte und Produktgruppen verzichtet. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Erträge und Aufwendungen findet sich in der auf Produktebene geführten Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wieder, die eine Ergänzung zum Haushaltsplan darstellt und eine genaue und im Rahmen des NKF völlig ausreichende Betrachtungsweise der relevanten Kostenarten ermöglicht. Auf dieser Ebene treffen die politisch verantwortlichen Gremien ihre finanzpolitischen Entscheidungen.

Durch die Vorlage der KLR in den jeweils zuständigen Fachausschüssen wird den Mitgliedern, durch die Vereinbarung und die Formulierung der Ziele und der dazu korrespondierenden Kennzahlen auf dieser Ebene, die entsprechende Steuerungsmöglichkeit gegeben. Neben den produktbezogenen Ziel- und Kennzahlenblättern in der KLR werden die zielorientierten Kennzahlen zusätzlich im Haushaltsplan produktbereichsweise in einer Übersicht abgebildet.

Darüber hinaus werden ab dem Haushaltsjahr 2010 in der KLR zu jedem Produkt die fünf Standardkennzahlen „Aufwandsdeckungsgrad“, „Personalaufwandsquote“, „Produktkosten je Einwohner“, „Personalkosten je Einwohner“ und „Zuschussbedarf je Einwohner“ abgebildet.

Die Standardkennzahlen in der Kosten- und Leistungsrechnung werden systemseitig automatisch generiert und stehen in direktem Bezug zu den produktbezogenen Erträgen und Aufwendungen. Ihre Ausweisung soll zunächst lediglich einen komprimierten Überblick über die Kostenentwicklung innerhalb des Produkts ermöglichen.

Die Kennzahl „**Aufwandsdeckungsgrad**“ zeigt an, zu welchem Anteil die Aufwendungen durch die Erträge gedeckt werden können. Die „**Personalaufwandsquote**“ (Personalintensität) gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen des Produkts ausmachen. Die „**Produktkosten je Einwohner**“ stellen das Verhältnis der Aufwendungen zur Einwohnerzahl dar. Bei den „**Personalkosten je Einwohner**“ werden die Personalkosten des jeweiligen Produktes ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt. Beim „**Zuschussbedarf je Einwohner**“ erfolgt eine entsprechende Betrachtung des jeweiligen Produktergebnisses (Saldo aus Ertrag und Aufwand).

Nachfolgend wird der Erreichungsgrad der im Haushaltsjahr 2010 formulierten Ziele dargestellt.

4.7 Berichtswesen Ziele und Kennzahlen Haushaltsjahr 2010

Bei denen mit den zuständigen Fachausschüssen für das Jahr 2010 vereinbarten Zielen kann nach Ablauf des Haushaltsjahres folgendes im Bezug auf die Zielerreichung berichtet werden:

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

Bereich 2-4/ Bürgerservice, Öffentliche Ordnung

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN020101	Allgemeine Gefahrenabwehr	Halten der Jugendschutzkontrolldichte von 1.000 Personaleinsatzstunden (PES) p.a. in Zusammenarbeit mit Polizei und Jugendamt.	Anzahl der PES bei Jugendschutzkontrollen	1.000 STD	1.000 STD	
PN020101	Allgemeine Gefahrenabwehr	Minimierung der Ordnungsverfügungen durch Intensivierung der Sachverhaltsermittlungen und Aufklärung.	Anzahl der Ordnungsverfügungen	350 ST	320 ST	
PN020101	Allgemeine Gefahrenabwehr	Bearbeitungszeit in Erlaubnisverfahren nach dem Tierenschutz-, Landeshunde- und Landesimmissionsschutzgesetz in 95% der Anträge auf unter 10 Tage senken.	Bearbeitete Erlaubnisverfahren unter 10 TG	95%	95 %	
PN020101	Allgemeine Gefahrenabwehr	Kampfmittelanfragen in 60% der Fälle innerhalb von 2 Tagen beantworten, die übrigen innerhalb von 25 Tagen.	Beantwortete Kampfmittelanfragen innerhalb von 2 Tagen	60%	60 %	
PN020101	Allgemeine Gefahrenabwehr	statistische Kennzahlen	Anzahl der Erlaubnisverfahren Anzahl der Kampfmittelanfragen	300 ST 160 ST	263 ST 169 ST	

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN020102	Jagd- und Fischereiangelegenheiten	Durchschnittliche Bearbeitungszeit in 90% der Anträge auf 15 Minuten halten.	Bearbeitete Anträge innerhalb von 15 MIN	90%	90 %	
PN020102	Jagd- und Fischereiangelegenheiten	statistische Kennzahlen	Anzahl der Jagd- und Fischereischeine	1.140 ST	1.063 ST	Leichter Rückgang der beantragten Fischereischeine.
PN020103	Fundangelegenheiten	Nach Einführung des EDV-gestützten Fundsachenverwaltungsprogramm 2009 erhalten Verlierer innerhalb von 3 -4 Tagen den verlorenen Gegenstand wieder zurück.				
PN020103	Fundangelegenheiten	statistische Kennzahlen	Anzahl der Fund- und Verlustmeldungen	1.400 ST	2.028 ST	Anstieg durch Erfassung aller verloren gegangenen Schlüssel im EDV-Programm FUNDUS.
PN020104	Kommunaler Ordnungsdienst	Intensivierung der Repression in den Sommermonaten, bis ein erzieherischer Effekt eingetreten ist.				
PN020104	Kommunaler Ordnungsdienst	Optimierung der Präsenztätigkeit durch permanenten Wechsel der Überwachungsintervalle.				
PN020104	Kommunaler Ordnungsdienst	Durchschnittliche Bearbeitungszeit in 80 % der Anfragen von anderen Behörden, Dienststellen oder Einrichtungen auf 7 Tage halten.	Bearbeitete Anfragen in max. 7 Tagen	80%	80 %	
PN020201	Allgemeine Gewerbeangelegenheiten	Ahndung aller nicht zeitnahen Gewerbemeldungen (außerhalb von drei Monaten) als Ordnungswidrigkeit, um eine Optimierung der tatsächlich ausgeübten Gewerbe in Oberhausen zu erreichen.	Ahndung von Verstößen Anzahl d. Ordnungswidrigkeitverf. / Jahr	100 % 40 ST	55 ST	

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN020201	Allgemeine Gewerbean- gelegenheiten	Halbjährliche Überprüfung sämtlicher Spielhallenbetriebe zur Verhinderung der Aufstel- lung nicht genehmigter Geld- spielgeräte.	Durchgeführte Be- triebsüberprüfungen	100%	95 %	
PN020203	Kirmes	Prüfung von Ausweichflächen für die Fronleichnamskirmes 2010 aufgrund des Wegfalls der Fläche hinter dem techni- schen Rathaus.	Prüfung der Aus- weichflächen	Ja	Ja	Nach Prüfung: Keine Flächen vorhanden.
PN020203	Kirmes	Erhaltung eines attraktiven An- gebots für die Kirmesbesucher.				
PN020203	Kirmes	Kostendeckende Bewirtschaf- tung auch für den Fall verrin- gerter Erträge durch verminder- tes Platzangebot.				
PN020204	Märkte	Bereitstellung eines nachfrage- bezogenen, qualitativ und quantitativ attraktiven Bran- chenmixes auf den Wochen- märkten unter Berücksichtigung des jeweiligen Einzugsgebietes bei gleichzeitiger kostende- ckender Bewirtschaftung.				
PN020204	Märkte	Durchführung einer Besucher- umfrage auf städtischen Wo- chenmärkten um Besucher- wünsche festzustellen und ggf. entsprechende Angebote zu- künftig planen zu können.	Besuchenumfrage durchgeführt	Ja	Nein	Aufgrund von Personalmangel wurde die Besuchenumfrage in das Jahr 2011 verschoben.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN020701	Überw. des ruhenden Verkehrs	Erhöhung der Kontrolldichte, bis in Verkehrsräumen mit einer hohen Zahl an Verstößen ein erzieherischer Effekt eintritt und durch Wiederbesetzung aller freien Stellen in der Verkehrsüberwachung.	Anzahl der Verwarungen	92.000 ST	87.000 ST	Das Ziel wurde wegen Langzeiterkrankungen und verspäteter Wiederbesetzung von fünf Teilzeitstellen nicht erreicht.
PN020702	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	Anpassung der Parkausweisgebühren an die Gebührensätze in den Nachbarstädten. Anstieg durch Ausweisung neuer Anwohnerparkraumzone.	Anzahl der Bewohnerparkausweise	2.400 ST	2.196 ST	Die Gebührenanpassung wird erst zum 01.01.2011 vollzogen. Die Erwartungen sind nach Einrichtung einer 3. Anwohnerparkraumzone nicht eingetreten.

Bereich 6-1/ Feuerwehr

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN021501	Gefahrenabwehr	Erreichen der Einsatzorte innerhalb von 8 Minuten nach Alarmierung mit 16 Einsatzkräften in min. 90% der Fälle. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans.	Erreichen Einsatzort innerhalb v. 8 Min	90%	88%	Da das Organisationsgutachten über den Bereich 6-1 im Jahr 2010 nicht abgeschlossen wurde, war eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans nicht möglich.
PN021601	Rettungsdienst	Eintreffen des ersteintreffenden Rettungsmittels am Notfallort innerhalb von 8 Minuten in min. 90% der Fälle. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans.	Erreichen Einsatzort innerhalb v. 8 Min	90%	85%	Da das Organisationsgutachten über den Bereich 6-1 im Jahr 2010 nicht abgeschlossen wurde, war eine Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans nicht möglich.

Bereich 4-5 / Statistik und Wahlen

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN021301	Statistische Erhebungen im Auftrag	Erhebung von Daten zur Qualitätskontrolle und -sicherung von Produkten / Angeboten der Kernverwaltung und der städtischen Gesellschaften.	Anzahl der Berichte Anzahl der durchgeführten Erhebungen	4 ST 4 ST	5 ST 5 ST	STOAG-Kundenbarometer Befragung der 75-jährigen Besucherbefragung im Gasometer Mitarbeiterbefragung ASO Bewohnerbefragung ASO
PN021302	Eigene statistische Erhebungen	Bereitstellung von Informationen für Rat und Verwaltung zu wichtigen Themen in der Stadt aus Sicht der Bürger/innen.	Anzahl der Berichte Anzahl der durchgeführten Erhebungen	4 ST 1 ST	2 ST 1 ST	Bürgermeinung/ Netzwerke und Nachbarschaft Bericht zu Migrant/Innen in 2011 Familienbericht in 2011 Familienbefragung
PN021303	Statistische Informationen	Erweiterung des kleinräumigen Datenangebots (insbesondere aus Verwaltungsdateien)	Anzahl der Berichte	4 ST	3 ST	Bildungsmonitoring Ergebnisse der Landtagswahl Bevölkerungsprognose in 2011
PN021303	Statistische Informationen	Effektive Nutzung des Datenangebots durch Bereitstellung von Daten im Intranet bzw. Internet	Anzahl der Periodika	5 ST	6 ST	Statistisches Jahrbuch Regionalvergleich 4 Quartalsberichte (Profile)
PN021303	Statistische Informationen	Verringerung der Druckerzeugnisse durch Bereitstellung der Daten in OBIS online	Anzahl der stat. Auswertungen in OBIS	300 ST	307 ST	
PN021303	Statistische Informationen	statistische Kennzahlen	Anzahl der Berichte	800 ST	800 ST	
PN021404	Landtagswahl	Ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Zufriedenheit der Wähler bezüglich der Organisation erlangen	Kosten Honorarkräfte Briefwahl u.a.	30.000 EUR	30.000 EUR	
PN021404	Landtagswahl	statistische Kennzahlen	Anzahl der Briefwähler Anzahl der Wahllokale	20.000 PRS 143 ST	20.000 PRS 143 ST	

Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben

Bereich 1-4 / Schule

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030101 PN030102 PN030103 PN030104 PN030105 PN030106 PN030107	Grundschulen Hauptschulen Realschulen Gymnasien Förderschulen Gesamtschulen Berufskollegs	Einführung eines Programmes in den Schulsekretariaten zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen im Zuge der Gewährung von Schülerfahrkosten.	Einführung Programm Gewährung Schülerfahrkosten bis	31.7.2010		Nach nochmaliger, eingehender Prüfung des angebotenen Programmes musste festgestellt werden, dass entscheidende Einsparungen erst nach ausgiebigen Investitionen erzielt werden. Z.B. müssten alle Sekretariate ans EMA angeschlossen werden, um nachhaltige Effekte ausschöpfen zu können.
PN030101 PN030102 PN030103 PN030104 PN030105 PN030106 PN030107	Grundschulen Hauptschulen Realschulen Gymnasien Förderschulen Gesamtschulen Berufskollegs	Reduzierung der Aufwendungen für Schülerfahrkosten um rund 2,5 % auf insgesamt ca. 4,1 Mio. EUR (bezogen auf alle Schulformen).	Reduzierung Aufwand Schülerfahrkosten um	2,50%	8,00%	Die Aufwendungen konnten durch günstige Ausschreibungsergebnisse um rd. 8% auf 3,83 Mio. EUR reduziert werden.
PN030101	Grundschulen	Umsetzung von 12 Maßnahmen an Oberhausener Grundschulen aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 1.673.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.12.2010 und 30.06.2011	Steinbrinkschule: Abriss erst ab neuem Schuljahr möglich. Luisenschule: witterungsbedingt verzögert. Fertigstellung beider Schulen voraussichtlich April 2011. Brüder-Grimm-Schule: wegen Planungsänderung Baubeginn März 2011 / Rolandschule: Regelungstechnik wurde bemängelt.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030101	Grundschulen	Umsetzung von 12 Maßnahmen an Oberhausener Grundschulen aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 1.183.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030102	Hauptschulen	Umsetzung einer Maßnahme an Oberhausener Hauptschulen aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 58.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030102	Hauptschulen	Umsetzung einer Maßnahme an Oberhausener Hauptschulen aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 37.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030102	Hauptschulen	Neubau von Räumlichkeiten für die pädagogische Übermittagsbetreuung (Mensa, Aufenthaltsräume) an der Hauptschule Eisenheim und der Kath. Hauptschule St. Michael aus dem 1.000-Schulen-Programm bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011.	Neubau Übermittagsbetreuung fertig bis	27.8.2010	27.08.2010 / 31.12.2010	Aufgrund von Bauverzögerungen kam es zu einer späteren Fertigstellung an der Hauptschule St. Michael.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030103	Realschulen	Umsetzung von 2 Maßnahmen an Oberhausener Realschulen aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 165.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030103	Realschulen	Umsetzung von 4 Maßnahmen an Oberhausener Realschulen aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 405.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030104	Gymnasien	Umsetzung von 6 Maßnahmen an Oberhausener Gymnasien aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 919.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	30.06.2010	Fenstererneuerung Elsa-Brändström- und Freiherr-vom-Stein-Gymnasium. Arbeiten ab März 2011 aufgrund von Umpfanungen bzw. schlechten Ausschreibungsergebnissen.
PN030104	Gymnasien	Umsetzung von 4 Maßnahmen an Oberhausener Gymnasien aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 295.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030104	Gymnasien	Neubau von Räumlichkeiten für die pädagogische Übermittagsbetreuung (Mensa/ Aufenthaltsräume) am Bertha-von-Suttner- und Freiherr-vom-Stein-Gymnasium aus dem 1.000-Schulen-Programm bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011.	Neubau Übermittagsbetreuung fertig bis	27.8.2010	31.12.2010 (Bertha-von-Suttner-Gymn.) 01.11.2010 (Freiherr-vom-Stein-Gymn.)	Der Neubau am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium ist aufgrund eines Wassereinbruches später fertiggestellt worden. Am Bertha-von-Suttner-Gymnasium kam es zu einer Umplanung. Ein Umbau statt eines Neubaus wurde umgesetzt. Die Fertigstellung erfolgte deshalb verspätet.
PN030104	Gymnasien	Umbauten im Bestand zur Schaffung von Räumlichkeiten für die pädagogische Übermittagsbetreuung (Mensa/ Aufenthaltsräume) am Elsa-Brändström-, Heinrich-Heine- und Sophie-Scholl-Gymnasium aus dem 1.000-Schulen-Programm bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011.	Umbau Übermittagsbetreuung fertig bis	27.8.2010	31.12.2010 (Elsa-Brändström-Gymn., Heinrich-Heine-Gymn.) 01.09.2010 (Sophie-Scholl-Gymn.)	Die Maßnahmen sind fertiggestellt. Aufgrund vorrangiger Baumaßnahmen am Dach des Elsa-Brändström-Gymnasiums aus dem Konjunkturpaket II hat sich die Fertigstellung verzögert. Planungsänderungen der Schule verlängerten die Bauzeit am Heinrich-Heine-Gymnasium.
PN030105	Förderschulen	Umsetzung von 2 Maßnahmen an Oberhausener Förderschulen aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 339.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.08.2010	Stötznerschule: Verzögerung durch Einwände Denkmalschutz

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030105	Förderschulen	Umsetzung einer Maßnahme an Oberhausener Förderschulen aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 90.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030106	Gesamtschulen	Umsetzung von 3 Maßnahmen an Oberhausener Gesamtschulen aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 436.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.12.2010 und 30.06.2010	Fenstererneuerung Gesamtschule Alt-Oberhausen. Arbeiten ab März 2011. Beide Maßnahmen an der Heinrich-Böll-Gesamtschule sind fertig gestellt.
PN030106	Gesamtschulen	Umsetzung von 3 Maßnahmen an Oberhausener Gesamtschulen aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 210.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	
PN030107	Berufskollegs	Umsetzung einer Maßnahme an Oberhausener Berufskollegs aus dem Konjunkturpaket II - Bildungsinfrastruktur (Beschlussfassung des Rates der Stadt Oberhausen vom 29.06.2009; Vorlage-Nr. B/14/4148-01) mit einem Gesamtvolumen von 332.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Konjunkturpaket II fertig bis	31.12.2010	31.03.2010	Maßnahme am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg steht kurz vor dem Abschluss.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN030107	Berufskollegs	Umsetzung von 3 Maßnahmen an Oberhausener Berufskollegs aus dem Schulbausanierungsprogramm 2010 mit einem Gesamtvolumen von 320.000 EUR bis zum 31.12.2010.	Maßnahmen Schulbausanierungsprogramm fertig bis	31.12.2010	31.12.2010	

Produktbereich 04 – Kultur- und Wissenschaft

Bereich 0-5 / Medien

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040601	Öffentliche Bibliothekseinrichtungen	Verbesserung des quantitativen Bildungsangebotes (Verfügbare Medien pro Einwohner).	Anzahl Bibliotheksmedien je Einwohner	1,1 ST	1,04 ST	Steigerung von 1,02 auf 1,04 ST (Medien pro Einwohner). Durch die komplette Überarbeitung des Bestandes während der Schließzeit der Zentralbibliothek mit dem Ziel der Aktualisierung und damit verstärkten Abgang konnte die Kennzahl nicht ganz erreicht werden.
PN040601	Öffentliche Bibliothekseinrichtungen	Steigerung der Ausleihzahlen um ca. 20% in den Zweigstellen (2010) und für die Zentralbibliothek (2011) im Vergleich zum Jahr 2008.	Anzahl der Ausleihen Zweigstellen	435.000 ST	452.444 ST	Kennzahl konnte deutlich übertroffen werden. Steigerung der Ausleihzahlen um ca. 30% in den Zweigstellen (2010) im Vergleich zum Jahr 2008 (Alternativnutzung zur geschlossenen Zentralbibliothek).

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040601	Öffentliche Bibliothekseinrichtungen	Ausweitung der Öffnungszeiten um 15% während der Umbauphase der Zentralbibliothek in den Zweigstellen und für das Jahr 2011 in der Zentralbibliothek.	Ausweitung Öffnungszeiten Zweigstellen	15%	6%	Gemäß HSK wurden bei der Einführung von RFID (radio-frequency identification) Planstellen im Bereich abgebaut. Dieser Stellenabbau erfolgte zeitlich eher als die flächige Einführung der neuen Technologie. Daher war eine Ausweitung der Öffnungszeiten in den Zweigstellen im geplanten Umfang nicht möglich.
PN040601	Öffentliche Bibliothekseinrichtungen	Steigerung der Bestandsaktualisierung im Vergleich zu 2008.	Quote Bestandsaktualisierung	9%	11%	Ziel konnte durch Bestandsüberarbeitung deutlich übertroffen werden.
PN040602	Schulbibliotheken	Aufstockung des Angebotes an Medienboxen um 10%.	Anzahl Angebot an Medienboxen	51 ST	51 ST	
PN040602	Schulbibliotheken	Einsatz von zwanzig durch die Schulbibliothekarische Arbeitsstelle (sba) für die Arbeit in Schulbibliotheken qualifizierten ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen (Teilnahme an Lesefit oder Einzeleinführung).	Anzahl der ehrenamtl. Mitarbeiter/innen	20 PRS	56 PRS	Die Schulung von Ehrenamtlichen für den Einsatz in Schulbibliotheken konnte deutlich ausgebaut werden; Im Einzelnen wurden 17 Interessenten durch die BASTA-Schulungsreihe und 37 durch die Lesefit-Seminare (Vorleseschulung) qualifiziert; 2 weitere ehrenamtliche Tätige wurden gesondert für die Arbeit in den großen Schulbibliotheken qualifiziert.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040602	Schulbibliotheken	Abschluss von fünf weiteren Kooperationsvereinbarungen mit Schulen zur Stärkung der Leseförderung.	Anzahl Kooperationsvereinbarungen	7 ST	8 ST	Die Anzahl der über eine Kooperationsvereinbarung mit der sba verbundenen Schulbibliotheken konnte leicht übertroffen werden. Im Einzelnen bestehen mit den folgenden Schulen aktuelle schriftliche Vereinbarungen: Brüder-Grimm-Schule, Falkensteinschule (2009), Hartmannschule (2009), Katharinenschule, Osterfelder-Heide-Schule, Robert-Koch-Schule, Rolandschule, Hauptschule Eisenheim.
PN040603	Neue Medien	Anpassung der Projekte der Medienarbeit / Qualifizierungs- und Zertifizierungsprojekte an die zu erwartenden, erschwerten Arbeitsbedingungen.	Anzahl der Teilnehmer / innen	385 PRS	396 PRS	Die anvisierte Zahl von 385 Teilnehmern an Kursen des Bürgerfunkstudios konnte leicht übertroffen werden. Ein Grund dafür war sicherlich die gesetzlich vorgeschriebene Retestierung von Bürgerfunkern, die im letzten Jahr turnusgemäß anstand.

Bereich 0-6 / Musische Bildung

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040701	Musikschule	Verstärkung des Angebotes der musikalischen Grundstufe (elementare Musikerziehung für Kinder im Alter von 1 1/2 bis 4 Jahren) im Vormittagsbereich. Einführung von zwei weiteren Vormittagskursen in 2010.	Anzahl Kurse im Vormittagsbereich	4 ST	2 ST	Zurzeit erfolgt ein struktureller Wandel bei den Unterrichtszeiten. Es ist derzeit eine verstärkte Nachfrage im Nachmittagsbereich bei den Angeboten der musikalischen Grundstufe zu verzeichnen.
PN040701	Musikschule	Anhebung der Gesamtschülerzahl von "Jedem Kind ein Instrument" (JEKI) zum Schuljahresbeginn 2010/2011 (August 2010).	Anzahl teilnehmende Schüler/innen -JEKI-	2.400 PRS	2.280 PRS	Die Sollkennzahl basiert auf Schätzungen. Es ist nicht planbar, wie viele Kinder tatsächlich im 2. - 4. Schuljahr weiter am Projekt teilnehmen. Verpflichtend ist das 1. Schuljahr.
PN040702	Sinfoniekonzerte	Stabilisierung der Besucherzahlen / Platzbelegungen in der Saison 2010/2011 (Basis Saison 2009/2010).	Anzahl der verkauften Eintrittskarten	4.160 ST	3.337 ST	Die Sollkennzahl basiert auf Schätzungen (Grundlage waren 7 Konzerte). Ab der Saison 2009/2010 fanden nur noch 6 Konzerte statt. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 3.337 Eintrittskarten verkauft. Dieses Ergebnis liegt knapp unter 6/7 des 2010er Solls.
PN040703	Kulturbüro	Förderung von mindestens 15 Projekten der freien Kulturszene.	Förderung Projekte der freien Kulturszene	15 ST	28 ST	Es wurden mehr Projekte mit dem vorhandenen Budget unterstützt. D. h. der Einzelförderbetrag fällt geringer aus.
PN040703	Kulturbüro	Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen mit unterschiedlicher Zielgruppenausrichtung auf dem OLGA-Gelände.	Open-Air-Veranstaltungen in der OLGA	2 ST	2 ST	

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040703	Kulturbüro	Durchführung bzw. Begleitung von Projekten zur Kulturhauptstadt Ruhr2010.	Projekte Kulturhauptstadt Ruhr2010	36 ST	36 ST	

Bereich 0-8/ Kunst

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040301	Ludwig Galerie Schloss Oberhausen	Begleitung des Strukturwandels des Ruhrgebietes mit thematischen Ausstellungen, um die konkrete Zukunft dieser Region sichtbar werden zu lassen (4 Ausstellungen und angestrebte 45.000 Besucher).	Anzahl der Ausstellungen Anzahl der Besucher	4 ST 45.000 PRS	4 ST 45.988 PRS	
PN040301	Ludwig Galerie Schloss Oberhausen	Führungen (40 Führungen und angestrebte 400 Teilnehmer) und pädagogische Rahmenprogramme für Kinder, Jugendliche und Erwachsene (10 Veranstaltungen und angestrebte 300 Teilnehmer) sollen einen zielgruppengerechten Zugang zu den thematischen Präsentationen vermitteln.	Anzahl der Führungen Teilnehmer am Rahmenprogramm Teilnehmer an Führungen Veranstaltungen Rahmenprogramm	40 ST 300 PRS 400 PRS 10 ST	344 ST 8.072 PRS 3.613 PRS 24 ST	Im Kulturhauptstadtjahr 2010 waren außergewöhnlich viele kulturinteressierte Menschen im Ruhrgebiet unterwegs. Mit den Projekten "Zwischen Kappes und Zypressen", "Zu[m] Tisch" und "Janosch" wurden drei verschiedene Zielgruppen erfolgreich angesprochen. Die Anzahl der Führungen richtet sich nach der Nachfrage, die unerwartet hoch ausgefallen ist. Die Anzahl der Rahmenprogramme richtet sich nach ihrer Finanzierbarkeit durch die Einwerbung von Drittmitteln.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040302	Artothek	Förderung der persönlichen Bindung der Bürgerinnen und Bürger Oberhausens sowie privater und öffentlicher Institutionen an die Ludwig Galerie mit originalen Kunstwerken. 11 Ausleihtermine jährlich. Angestrebte Anzahl der Ausleiher: 100. Angestrebte Anzahl der ausgeliehenen Arbeiten: 300.	Anzahl der Ausleiher Anzahl der ausgeliehenen Arbeiten	100 PRS 300 ST	134 PRS 316 ST	Das Ziel konnte wegen der starken Nachfrage, auch während der Sommerferien, übertroffen werden.
PN040303	Gedenkhalle Schloss Oberhausen Bunkermuseum	Fertigstellung einer Konzeption für eine Dauerausstellung im Bunkermuseum bis zum Ende des 2. Halbjahres 2010.	Besucher Dauerausstellung Bunkermuseum	2.200 PRS	1.373 PRS	Die "Kennzahl 2010 Soll" ist zu hoch angesetzt worden, da bislang erfahrungsgemäß nicht mehr als ca. 1.200 Besucher/Innen p.a. kommen.
PN040303	Gedenkhalle Schloss Oberhausen Bunkermuseum	Fertigstellung der Neukonzeption und Realisierung der neuen Dauerausstellung in der Gedenkhalle bis Ende September 2010.	Besucher Gedenkhalle	2.400 PRS	577 PRS	Die Ausstellung wurde später als ursprünglich geplant eröffnet, daher war die Gedenkhalle 2010 nur 2 Wochen geöffnet.
PN040303	Gedenkhalle Schloss Oberhausen Bunkermuseum	Angebot von Workshops zu den neu erarbeiteten Themen für Bunkermuseum und Gedenkhalle ab Juni 2010.	Anzahl der Workshops Teilnehmer an Workshops	15 ST 375 PRS	15 ST 447 PRS	
PN040501	Städt. Malerschule	Im Rahmen der öffentlichen Malschule: - eine Teilnehmerzahl von mindestens 200 pro Semester erreichen - ein Angebot von 20 Kursen bereitstellen	Anzahl Teilnehmer / innen: Sommersemester Wintersemester Anzahl der Kurse	200 PRS 200 PRS 20 ST	223 PRS 223 PRS 20 ST	Zurückgewonnene Teilnehmer/ vorher Offener Ganztags Geschwisterkinder Stipendiaten
PN040801	Stadtarchiv	Bearbeitung und Restaurierung der vorhandenen / übernommenen Archivalien.	Bearb. / Restaur. Archivalien / lfd. Met	1 M	12 M 1M	Bearbeitung Restaurierung

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040801	Stadtarchiv	Übernahme aller im täglichen Dienstbetrieb von der Verwaltung nicht mehr benötigten Unterlagen.	Übernahme von Akten / lfd. Meter	15 M	88 M	Übernahme der vom Personenstandsarchiv in Brühl an die Stadt Oberhausen zurückgegebenen Standesamtsakten, Übernahme von Akten von verschiedenen Bereichen der Verwaltung
PN040801	Stadtarchiv	statistische Kennzahlen	Anzahl der persönlichen Benutzungen Recherchen u. Beantwortung v. Anfragen	1.350 PRS 1.150 ST	1.250 PRS 1.280 ST	Im ersten Jahr nach der Öffnung der Personenstandsregister versuchten viele genealogisch Interessierte durch direkte Suche vor Ort die Informationen über die eigenen Vorfahren zu erlangen. Dabei übersahen sie, dass ein solches Vorgehen mit immensen Kosten für Anreise, Suche und ggf. Übernachtung verbunden war. Inzwischen haben die Besucher realisiert, dass sich das Problem auch durch schriftliche Anfragen kostengünstiger lösen lässt. Durch eine Zunahme der schriftlichen Anfragen aller Art kommt es zwangsläufig zu einer Verminderung der Besuche im Stadtarchiv.

Bereich 09 / Volkshochschule

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040401	Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	Erhöhung der Teilnehmerzahl ab dem Arbeitsjahr 2010/2011 um 10 % (außer Fachbereich F "Grundbildung - Nachholen von Schulabschlüssen").	Anzahl der Teilnehmer / innen	7.500 PRS	9.587 PRS	5.643 Teilnehmer aus Kursen und 3.944 Einzelveranstaltungen.
PN040401	Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	Im Jahr 2010 sollen von den 135 Teilnehmer/innen, 79 Personen (dies entspricht 58%) im Bereich Schulabschlüsse erfolgreich abschließen.	Anzahl der erfolgreichen Schulabschlüsse	79 PRS	79 PRS	
PN040401	Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	Gewährleistung der Anzahl durchzuführender Unterrichtsstunden (außer Fachbereich F "Grundbildung - Nachholen von Schulabschlüssen").	Durchgeführte Unterrichtsstunden	18.500 ST	20.473 ST	
PN040401	Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	Erreichung eines durchschnittlichen Honorarkostendeckungsgrades (ermittelt über alle Fachbereiche außer Fachbereich F "Grundbildung – Nachholen von Schulabschlüssen").	durchschnittlicher Honorardeckungsgrad	125%		Die Zielerreichung wird nachgereicht nach Abrechnung der Kurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
PN040401	Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	statistische Kennzahlen	Teilnehmer im Bereich Schulabschlüsse	135 PRS	287 PRS	

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN040402	Weiterbildung im Beruf	Beratung und Qualifizierung zum Erhalt des Arbeitsplatzes und zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, sowie zum Transfer beruflicher Weiterbildung in Unternehmen. Die im Jahr 2009 stark rückläufigen Beratungen zum Bildungsscheck (BS) sollen in 2010 eine 10%-ige Steigerung im betrieblichen und individuellen Bereich erfahren.	Anzahl der Beratungen, davon: betriebliche Beratungen individuelle Beratungen	352 PRS 88 PRS 264 PRS	432 PRS 100 PRS 332 PRS	
PN040403	VHS - Jugendberufsförderung	Mehr als 80% der Teilnehmer, die die Ausbildungsbegleitenden Hilfen (AbH) beenden, sollen die Ausbildungshemmnisse bewältigt haben bzw. die Berufsausbildungsprüfung mit Erfolg abgeschlossen haben.	Ausscheidende Teilnehmer AbH Erfolgreiche Abschlüsse bei den AbH	95 PRS 81 %	95 PRS 83 %	
PN040403	VHS - Jugendberufsförderung	Mehr als 60% der Teilnehmer an den Berufsvorbereitenden Bildungsgängen (BvB) sollen in eine Berufsausbildung, Berufstätigkeit oder weiterführende Schulausbildung vermittelt werden.	Ausscheidende Teilnehmer BvB Erfolgreiche Vermittlung nach BvB	140 PRS 61 %	140 PRS 63 %	
PN040403	VHS - Jugendberufsförderung	statistische Kennzahlen	Ausscheidende Teilnehmer AbH Ausscheidende Teilnehmer BvB	95 PRS 140 PRS	95 PRS 140 PRS	

Produktbereich 07 – Gesundheitsdienste

Bereich 3-4 / Gesundheitswesen

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN070101	Gesundheitsförderung	Zahnbasisprophylaxe aller Kinder von 3-12 Jahren zweimal pro Schuljahr und Zahnintensivprophylaxe in Einrichtungen mit überdurchschnittlich hoher Kariesrate.	Anzahl der Untersuchungen Durch Prophylaxeimpulse erreichte Kinder Fluoridierungsmaßnahmen bei Kindern	17.500 ST 17.500 ST 9.000 ST	10.489 ST 13.427 ST 8.353 ST	Wegen nichtbesetzter Helferinnenstellen war 10 Monate lang nur ein zahnärztliches Untersuchungsteam im Einsatz Im gesamten Kalenderjahr 2010 war eine Prophylaxestelle unbesetzt.
PN070102	Gesundheitsschutz	Erarbeitung von sektorenübergreifenden Standards zum Umgang mit MRSA (MRE) - Multiple Resistente Erreger- mit der mittel- bis langfristigen Perspektive, die Inzidenz und Prävalenz dieser Infektionen in Oberhausen zu verringern. In der ersten Phase sollen Krankenhäuser, Arztpraxen und Seniorenheime für die Teilnahme am MRSA-Programm gewonnen werden.	Anzahl der teilnehmenden Arztpraxen Anzahl der teilnehmenden Krankenhäuser Anzahl der teilnehmenden Seniorenheime.	100 ST 5 St 20 ST	5 ST	Der Aufbau eines Netzwerkes ist ein komplexer Prozess. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, dass das lokale Netzwerk zunächst einem übergeordneten beitrifft und sich mit diesem koordiniert. Deren Vorgaben sieht vor, zunächst den Focus auf die Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern zu legen und erst danach in weiteren Schritten die übrigen Akteure (Arztpraxen, Seniorenheime) mit einzubeziehen.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN070201	Gesundheits-hilfen	Beratung, Unterstützung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen u. Erwachsenen, die wegen ihres körperlichen und/oder geistigen Zustandes und/oder aufgrund sozialer Umstände besonderer gesundheitlicher Fürsorge bedürfen, zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation und Ermöglichung einer angemessenen Teilhabe an der medizinischen und sozialen Versorgung.	Anzahl betreuter u. beratener Klienten	400 PRS	451 PRS	Ziel erreicht, bzw. überschritten trotz personeller Umgestaltung des Fachdienstes.
PN070202	Gutachten und Stellungnahme	Schuleingangsuntersuchungen aller 1.800 Schulanfänger 2010 bis 4 Wochen vor Beginn der Sommerferien.	Anzahl der Untersuchungen	1.800 ST	1.160 ST	Bei den insgesamt 1.733 Schulanfängern wurden 1.160 Untersuchungen bis zum 11.06.10 durchgeführt. Die restlichen 573 Untersuchungen wurden wegen unvollständiger Personaldecke erst nach Beginn des Schuljahres bis zum 08.09.10 erreicht.
PN070202	Gutachten und Stellungnahme	Bearbeitung von 80% der eingegangenen ARGE SODA-Untersuchungsaufträge innerhalb von 6 Wochen.	Bearbeitete Gutachten innerh. 6 Wochen	80%	91%	Das Ergebnis liegt um 11 % über dem Soll

Produktbereich 08 – Sportförderung

Bereich 2-5 / Sport

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN080101	Förderung des Schul- und Vereinssports	Entwicklung von Angeboten im außerunterrichtlichen Bereich.	Anzahl der Angebote im außerunterrichtlichen Bereich	2 ST	10 ST	Mit Beginn des SJ 10/11 wurden zehn neue Allgemeine schulinterne Schulsportgemeinschaften ins Leben gerufen.
PN080101	Förderung des Schul- und Vereinssports	Ausbildung von 30 Schüler/-innen zu Sporthelfer/-innen bzw. Übungsleitern/-innen im Rahmen der Partnerschaft zwischen Schul- und Vereinssport mit beteiligten Sportfachverbänden und Sportvereinen.	Anzahl ausgebildeter Schüler/innen zu Übungsleitern	30 PRS	150 PRS	Das Gemeinschaftsprojekt vom AfS in Kooperation mit 10 weiterf. Schulen und dem SSB wurde im SJ 09/10 (September 2010) begonnen; die ca. 150 teilnehmenden Schüler werden die Ausbildung im Januar 2011 beendet haben.
PN080101	Förderung des Schul- und Vereinssports	Durchführung von 4 Lehrerqualifizierungsmaßnahmen über den Ausschuss für den Schulsport, davon 1 Maßnahme als Grundlage der Ausbildung von Schülern und Schülerinnen zu Schüler - Sporthelfer/-innen.	Anzahl d. Lehrerqualifizierungsmaßnahmen	4 ST	8 ST	Von den insgesamt acht Lehrerqualifizierungsmaßnahmen wurden zwei Lehrerfortbildungen zur Ausbildung von Schüler-Sporthelfern durchgeführt (Februar und Oktober 2010).
PN080101	Förderung des Schul- und Vereinssports	Steigerung der Teilnehmerzahlen bei Schulsportveranstaltungen gegenüber 2009 um 2% bezogen auf die Schülerzahl der Jahrgänge 1-10.	Steigerung Teilnehmer Schulsportveranstaltungen	2%	1%	Vor dem Hintergrund der Schulaufzeitverkürzung und Beeinträchtigungen durch die Freistellung der Lehrer- und Schülerschaft für Schulsportveranstaltungen konnte eine Steigerung von 7.972 teilnehmenden Schülern/innen im SJ 08/09 auf 8.077 im SJ 09/10 erzielt werden.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN080102	Sporthallen und Turnhallen an/ auf Sportplätzen	Erhöhung der Trainingseinheiten (TE) um 14 TE für den Vereinssport durch Neustrukturierung der Belegungspläne (u.a. durch Festlegung von zeitlich begrenzten Trainingseinheiten - 1,5 Std. / TE) u. durch Verlängerung der Nutzungszeit in begründeten Fällen.	Anzahl zusätzlicher Trainingseinheiten	14 ST	16 St	Durch gesamtstädtische Umstrukturierungen in den kommunalen Sportstätten - Begrenzung der Trainingseinheiten auf 1,5 Std. und Verlängerung der Nutzungszeiten z. T. bis 23:00 Uhr - konnten dem Vereinssport 16 neue Trainingseinheiten zur Verfügung gestellt werden.
PN080103	Sportplätze und Freizeitsportanlagen	Sanierung und Umgestaltung von 5 Sportanlagen.	Anzahl umgestalteter / sanierter Sportanlagen	5 ST		Witterungsbedingt konnten die 5 Maßnahmen im Jahr 2010 nicht abgeschlossen werden.
PN080103	Sportplätze und Freizeitsportanlagen	Reduzierung der Aufwendungen für die Betriebskosten der Sportplätze um ca. 32.000 EUR (Beabsichtigte Schließung von 2 Sportplätzen ab 01.09.2010).	Reduzierung Aufwand Betriebskosten um	32.000 EUR		Da die Umgestaltungsmaßnahmen auf den Sportplätzen witterungsbedingt nicht abgeschlossen werden konnten, konnte der geplante Umzug von Sportvereinen und die damit zusammenhängende Schließung von Sportanlagen noch nicht vollzogen werden.
PN080104	Sportplätze und Freizeitsportanlagen	Reduzierung der Aufwendungen der Betriebskosten für die Sportplatzgebäude um ca. 8.000 EUR (Beabsichtigte Schließung von 2 Sportplatzgebäuden ab 01.09.2010).	Reduzierung Aufwand Betriebskosten um	8.000 EUR		Die geplante Reduzierung der Betriebskosten von Sportplatzgebäuden konnte nicht realisiert werden, da die Umgestaltungsmaßnahmen auf den Sportplätzen nicht abgeschlossen werden konnten und demzufolge die zu schließenden Sportanlagen geöffnet bleiben mussten.
PN080105	Hallen- und Freibäder	Stabilisierung der Nutzung von Stunden durch den Schul- und Vereinssport nach Neugestaltung der Bäderlandschaft, Stand 01.01.2010.	Stunden / Woche Vereinschwimmen Unterrichtseinheiten / Woche Schulschwimmen	111,5 STD 133 ST		Die Stabilisierung der Vereinsstunden ist in enger Absprache mit dem Stadtsportbund und der OGM GmbH erfolgt. Einschränkungen bzw. Ausweitungen sind mittelfristig nicht abschätzbar.

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN080106	Veranstaltungsmanagement	Steigerung der teilnehmenden Vereine und Organisationen beim Spiel- und Sportwochenende Sterkrade 2010 um rund 6 % (2009: 52 Vereine und Organisationen, ohne Geschäftsleute).	Anzahl teilnehmender Vereine / Organisationen	55 ST	54 ST	Die Zielvorgabe konnte 2010 nicht ganz erreicht werden; die Steigerungsrate lag bei ca. 4%. Insofern bleibt das Ziel für das 30. Sterkrader Spiel- und Sportwochenende 2011 weiterhin bestehen.

Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus

Bereich 9-5 / Stabsstelle Beteiligungen

Produkt	Beschreibung	Ziele 2010	Bezeichnung Kennzahl	Kennzahl 2010 Soll	Kennzahl 2010 Ist	Zielerreichung/ Abweichung/ Erläuterungen
PN150401	Beteiligungen	Vierteljährliche Berichterstattung über die Entwicklung der haushaltswirksamen Erträge und Aufwendungen der Gesellschaften im Haupt- und Finanzausschuss jeweils zum Quartalsende	Unterjährige Berichterstattung	4 ST	3 ST	Der Bericht über das 2. Quartal 2010 wurde wegen der sitzungsfreien Zeit (Sommerferien vom 15.07. – 27.08.2010) nicht vorgelegt. Die entsprechenden Zahlen waren im Bericht über das 3. Quartal 2010 von 08.11.2010 enthalten.
PN150401	Beteiligungen	Beschlussvorlagen zu den Jahresabschlüssen der Gesellschaften bis zum 30.09.2010.	Beschlussvorlage bis	30.9.2010	30.09.2010	IKF gGmbH wegen des abweichenden Wirtschaftsjahres (07.08. - 31.07.) im Dezember 2010.

4.8 Organe und Mitgliedschaften

Nach § 95 Abs. 2 GO NRW sind am Schluss des Lageberichts für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates neben dem Vor- und Familiennamen anzugeben:

1. der ausgeübte Beruf
2. Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes
3. Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde öffentlich-rechtlicher oder privat rechtlicher Form
4. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes gem. § 95 Abs. 2 GO NRW zum 31.12.2010

Name/Funktion	Gesellschaft/Organisation	Funktion
Klaus Wehling Oberbürgermeister	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Aufsichtsratsmitglied (Vorsitzender)
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsratsmitglied (1. stellv. Vorsitzender)
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft	Aufsichtsratsmitglied (Vorsitzender)
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsratsmitglied
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Aufsichtsratsmitglied (Vorsitzender)

Name/Funktion	Gesellschaft/Organisation	Funktion
	Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH	Aufsichtsratsmitglied (Vorsitzender)
	Provinzial Rheinland Holding AöR	Verwaltungsrat (Mitglied)
	RW Holding AG	Aufsichtsratsmitglied
	RWE Rheinland Westfalen Netz AG	Aufsichtsratsmitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsratsmitglied (stellv. Mitglied)
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	Gesellschaftervertreter
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Gesellschaftervertreter
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Gesellschaftervertreter
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Gesellschaftervertreter
	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschaftervertreter
	FSO (Fahrzeug-Service Oberhausen) GmbH & Co. KG	Gesellschaftervertreter
	FSO Verwaltungs-GmbH	Gesellschaftervertreter
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Gesellschaftervertreter
	RVR Regionalverband Ruhr	Verbandsversammlungsmittglied
	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Verbandsversammlungsmittglied
	Stadtparkasse Oberhausen	Verwaltungsratsmitglied

Name/Funktion	Gesellschaft/Organisation	Funktion
Bernhard Elsemann Stadtkämmerer u. 1. Beigeordneter	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Geschäftsführer
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	Aufsichtsratsmitglied
	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen-Sterkrade e.G.	Aufsichtsratsmitglied (Vorsitzender)
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Gesellschaftervertreter
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Gesellschaftervertreter
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Gesellschaftervertreter
	Stadtsparkasse Oberhausen	Risikoausschussmitglied (stellv. Mitglied)
Frank Motschull Beigeordneter	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsratsmitglied (ab 01.12.2010)
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsratsmitglied
Reinhard Frind Beigeordneter	Revierpark Vonderort GmbH	Geschäftsführer
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Gesellschaftervertreter
	ASO Service GmbH	Gesellschaftervertreter
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Gesellschaftervertreter

Name/Funktion	Gesellschaft/Organisation	Funktion
Apostolos Tsalastras Beigeordneter	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Gesellschaftervertreter
	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH	Gesellschaftervertreter
	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen GmbH & Co. KG	Gesellschaftervertreter
	Gasometer Oberhausen GmbH	Gesellschaftervertreter (ab 01.08.2010)
	Hotel Betriebsgesellschaft Stenden GmbH	Gesellschaftervertreter
	Hotel Verwaltungsgesellschaft Stenden GmbH	Gesellschaftervertreter
	Lokalfunk Verwaltung	Gesellschaftervertreter
Peter Klunk Beigeordneter	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Vorstand
	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsführer
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsratsmitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsratsmitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsratsmitglied
	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Gesellschaftervertreter
	VRR Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	Verbandsversammlungsmitsglied

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2010)

SPD-Fraktion

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Albrecht-Mainz, Elia	Bürgermeisterin	
Dipl.-Kauffrau	Haupt- und Finanzausschuss	1. stv. Vorsitzende
	Ältestenrat	1. stv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	AWO Oberhausen	Vorsitzende
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrates
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Barkowsky, Arndt	Schulausschuss	Mitglied
Beamter	Umweltausschuss	Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Mitglied d. Gesellschaftsversammlung
Bongers, Sonja	Kulturausschuss	Mitglied
Rechtsanwältin	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Sozialausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
Brands, Beatriks	Jugendhilfeausschuss	Vorsitzende
Hausmeisterin	Schulausschuss	Mitglied
	Sozialausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Stadtparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Cordes, Hubert	Sportausschuss	stv. Vorsitzender
Konditormeister	Bezirksvertretung Sterkrade	Fraktionsvorsitzender der SPD
	Kulturausschuss	Mitglied
	Schulausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	Vergabekommission	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
Emmerich, Karl-Heinz	Planungsausschuss	Fraktionssprecher
Informationselektroniker	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Umweltausschuss	Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	Mitglied der Versammlung, Mitglied des Verwaltungsrates
	Emschergenossenschaft	Mitglied der Genossenschaftsversammlung
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 13.12.2010)
	Umlegungsausschuss	Mitglied
Flore, Manfred	Kulturausschuss	Fraktionssprecher
Bezirksschornsteinfegermeister	Umweltausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	Arbeit und Leben DGB/VHS	Vorsitzender (alternierend)

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Grefermann, Jürgen	Beirat für Menschen mit Behinderungen	stv. Vorsitzender
Techniker / Senior Projektleiter	Kulturausschuss	Mitglied
	Umweltausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	Polizeibeirat	Mitglied
Große Brömer, Wolfgang	Fraktionsvorsitzender der SPD	
Mitglied des Landtages	Schulausschuss	Vorsitzender
ltd. Gesamtschuldirektor	Haupt- und Finanzausschuss	Fraktionssprecher
(während des Mandats beurlaubt)	Ältestenrat	Fraktionssprecher
	Regionalverband Ruhrgebiet	Mitglied der Verbandsversammlung und des Planungsausschusses
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrates
	Stadtparkasse Oberhausen	Vorsitzender des Verwaltungsrates
	AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Oberhausen e. V.	Mitglied des Vorstandes
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Trivium GmbH	Mitglied d. Gesellschafterversammlung
	Transfer GmbH	Mitglied d. Gesellschafterversammlung
Janßen, Anne	Umweltausschuss	Vorsitzende
Lehrerin	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	Stadtparkasse Oberhausen	stv. Vorsitzende des Verwaltungsrates
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	Mitglied d. Gesellschafterversammlung
Janßen, Hans-Dieter	Bezirksvertretung Sterkrade	Bezirksbürgermeister
Konstrukteur	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Planungsausschuss	Mitglied

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Vergabekommission	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Jäntsches, Angelika	Kulturausschuss	stv. Vorsitzende
pharmazeutisch-techn. Assistentin	Planungsausschuss	Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied (ab 13.12.2010)
	Beirat für Menschen mit Behinderungen	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Kösling, Klaus	Rechnungsprüfungsausschuss	Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	Schulausschuss	Mitglied
	Sportausschuss	Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen	Fraktionssprecher
	Landschaftsverband Rheinland	Mitglied der Landschaftsversammlung u. d. Finanz- u. Wirtschaftsausschuss, Fraktionssprecher des Bau- und Vergabeausschusses, Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinischen Beamten Baugesellschaft
Loege, Josef (bis 15.05.2010)	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen	Bezirksbürgermeister
techn. Angestellter	Vergabekommission	Vorsitzender
	Sportausschuss	Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Planungsausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrates
	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	2. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
	EVO Energieversorgung Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Sozialausschuss	Vorsitzende
Hausfrau	Schulausschuss	Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Integrationsrat	Fraktionssprecherin
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrates
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
	Trägerversammlung ARGE SODA	Mitglied
Pascheberg, René	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied (bis 13.12.2010)
Student	Sportausschuss	Mitglied
	Umweltausschuss	Mitglied
	Jugendhilfeausschuss	Mitglied (ab 13.12.2010)
	Integrationsrat	Mitglied
Pflugbeil, Karl-Heinz	Bezirksvertretung Osterfeld	Bezirksbürgermeister
Kaufmann i. E.	Vergabekommission	Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Planungsausschuss	Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Mitglied des Verwaltungsrates
	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
Radtke, Dorothee	Sozialausschuss	Mitglied
Kauffrau i. E.	Seniorenbeirat	Vorsitzende

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Real, Ulrich	Jugendhilfeausschuss	Mitglied (bis 13.12.2010) Fraktionssprecher (ab 13.12.2010)
Studiendirektor	Umweltausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Röder, Alfred (seit 01.12.2010)	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied (ab 13.12.2010)
KFZ-Elektriker	Sozialausschuss	Mitglied (ab 13.12.2010)
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Scheffler, Stefan	Planungsausschuss	Mitglied
Rechtsreferendar	Schulausschuss	Mitglied
Stroh, Uily	Kulturausschuss	Mitglied
Projektmanagerin / Pädagogin	Schulausschuss	Mitglied
	Integrationsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Telli, Ercan	Jugendhilfeausschuss	Fraktionssprecher (bis 13.12.2010) Mitglied (ab 13.12.2010)
Geschäftsführer	Sozialausschuss	Mitglied (bis 13.12.2010) Fraktionssprecher (ab 13.12.2010)
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	Kulturausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	Trägerversammlung ARGE SODA	Mitglied
Vöpel, Dirk	Umweltausschuss	Fraktionssprecher
selbst. Kaufmann	Planungsausschuss	Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Vergabekommission	Mitglied
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied (ab 13.12.2010)
	EVO Energieversorgung Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Weingärtner, Helga	Sozialausschuss	Mitglied
Hausfrau	Sportausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Wingens, Ursula	Beirat für Menschen mit Behinderungen	Mitglied
Renterin	Kulturausschuss	Mitglied
ehem. Regierungsangestellte	Sportausschuss	Mitglied (12.07.2010)
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	Stadtsparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrates
Wolter, Horst	Sportausschuss	Mitglied
Industriekaufmann	Planungsausschuss	Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Umweltausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrates

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Zimkeit, Stefan	Wahlprüfungsausschuss	stv. Vorsitzender u. Fraktionssprecher
Dipl.-Sozialwissenschaftler	Bezirksvertretung Osterfeld	Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Landtages	Schulausschuss	Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied (bis 13.12.2010)
	Integrationsrat	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
	Trivium GmbH	Mitglied d. Gesellschafterversammlung
	Transfer GmbH	Mitglied d. Gesellschafterversammlung

CDU-Fraktion

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Bandel, Frank	Planungsausschuss	stv. Vorsitzender
Dipl.-Ing. Landschaftspflege	Umweltausschuss	Fraktionssprecher
	Emschergenossenschaft	Mitglied der Genossenschafts- versammlung
	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Benter, Christian	Rechnungsprüfungsausschuss	Fraktionssprecher
Geschäftsführer	Kulturausschuss	Mitglied
	Schulausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Stadtsparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Broß, Klaus-Dieter	Sportausschuss	Vorsitzender
Polizeibeamter, Bürgermeister	Haupt- und Finanzausschuss	2. stv. Vorsitzende
	Ältestenrat	2. stv. Vorsitzende
	Kulturausschuss	Fraktionssprecher
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
Gäng, Thomas	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
Sparkassenbetriebswirt	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
Hausmann, Wilhelm	Planungsausschuss	Fraktionssprecher
Architekt, Dipl.-Ing.	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen	1. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
	Umlegungsausschuss	Mitglied
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Katholische Kliniken Oberhausen gem. GmbH	Aufsichtsratsvorsitzender
Köhler, Hans-Jürgen	Wahlprüfungsausschuss	Fraktionssprecher
Sparkassenbetriebswirt i.R.	Planungsausschuss	Mitglied
	Vergabekommission	Mitglied
	Seniorenbeirat	Stellv. Vorsitzender
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Müthing, Christa	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorsitzende
freiberufl. Vermietungstätigkeit	Vergabekommission	Fraktionssprecherin

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
Nagels, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen	Beirat für Menschen mit Behinderungen	Vorsitzender
Dipl.-Ing. / Rentner	Sozialausschuss	Fraktionssprecher
	Integrationsrat	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	Trägerversammlung ARGE SODA	Mitglied
Nakot, Werner	Umweltausschuss	stv. Vorsitzender
Kriminalbeamter	Sportausschuss	Fraktionssprecher
	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
Osmann, Denis	Umweltausschuss	Mitglied
Immobilienkaufmann	Sportausschuss	Mitglied
Plitt-Vogt, Marlies	Jugendhilfeausschuss	Mitglied
Erzieherin	Sportausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Rubin, Dirk	Vergabekommission	Stv. Vorsitzender
Dipl.-Sozialpädagoge	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Schulausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Schepers, Hermann-Josef	Sozialausschuss	Mitglied

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Diplom-Ingenieur	Planungsausschuss	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	Beirat für Menschen mit Behinderungen	Fraktionssprecher
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Stadtsparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrates
Schmidt, Georgis	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
Tischlermeisterin	Umweltausschuss	Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Schranz M. A., Daniel	Fraktionsvorsitzender der CDU	
Landesbeauftragter	Kulturausschuss	Vorsitzender
Bildungswerkleiter	Haupt- und Finanzausschuss	Fraktionssprecher
	Ältestenrat	Fraktionssprecher
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Vorsitzender des Betriebsausschusses
	Stadtsparkasse Oberhausen	stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates
	EVO Energieversorgung Oberhausen AG	Mitglied des Aufsichtsrates
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Stehr, Simone-Tatjana	Jugendhilfeausschuss	stv. Vorsitzende
Studiendirektorin	Schulausschuss	Fraktionssprecherin
	Integrationsrat	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
Tscharke, Hans Josef	Schulausschuss	Stv. Vorsitzender
Geschäftsführer Kat. Gv.	Sozialausschuss	Mitglied
	Integrationsrat	Fraktionssprecher

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Willing-Spielmann, Ulrike	Sozialausschuss	stv. Vorsitzende
Dipl.-Sozialarbeiterin	Jugendhilfeausschuss	Fraktionssprecherin
	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates
Wolter, Marita	Seniorenbeirat	Fraktionssprecherin
Lehrerin	Kulturausschuss	Mitglied
	Schulausschuss	Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses

Fraktion - Die Grünen

Name/ Beruf	Gesellschaft/Organisation	Funktion
Gödderz, Sandra	Schulausschuss	Fraktionssprecherin
Lehrerin	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Lorenschat, Dipl.-Ing. Manfred	Bürgermeister	
Dipl.-Ing. /Energietechnik	Haupt- und Finanzausschuss	3. stv. Vorsitzender
	Ältestenrat	3. stv. Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss	Fraktionssprecher

Name/ Beruf	Gesellschaft/Organisation	Funktion
	Sportausschuss	Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss	Fraktionssprecher
	Schulausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
Opitz, Stefanie	Sozialausschuss	Fraktionssprecherin
Erzieherin	Jugendhilfeausschuss	Mitglied
	Integrationsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Pléw, Peter	Rechnungsprüfungsausschuss	Stv. Vorsitzender
Fachwirt Facilitymanagement	Umweltausschuss	Mitglied
	Vergabekommission	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Wilke, Volker	Fraktionssprecher der Grünen	
Dipl.- Sozialwissenschaftler	Planungsausschuss	Vorsitzender
	Haupt- und Finanzausschuss	Fraktionssprecher
	Ältestenrat	Fraktionssprecher
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Riwetho e. G.	Mitglied des Vorstandes
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Stadtsparkasse Oberhausen	stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Wittmann, Regina	Wahlprüfungsausschuss	Vorsitzende
Dipl.-Ing. / Architektin	Kulturausschuss	Fraktionssprecherin
	Planungsausschuss	Fraktionssprecherin
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	STOAG Stadtwerke Oberhausen	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 03.05.2010)

Linke Liste - Fraktion

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Bicici, Zeynep		
Gewerkschaftssekretärin		
Karacelik, Yusuf	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
KFZ-Mechaniker	Integrationsrat	Mitglied
Marx, Petra	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Dipl.-Pädagogin		
Paasch, Dirk	Fraktionsvorsitzender der Linken Liste	
Großhandelskaufmann	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates (ab 08.02.2010)
Schucker, Rainer	Wahlprüfungsausschuss	Mitglied
Anwendungsentwickler	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates

FDP - Fraktion

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
Arlt, Gerd	Kulturausschuss	Mitglied
Studiendirektor i. R.	Theater Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Boos, Regina	Fraktionsgeschäftsführerin	
Augenoptikerinmeisterin	Schulausschuss	Mitglied
	Planungsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
Runkler, Hans-Otto	Fraktionsvorsitzender der FDP	
Geschäftsführer	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Ältestenrat	Mitglied
	Sozialausschuss	Mitglied
	Integrationsrat	Mitglied

Name/ Beruf	Gesellschaft/ Organisation	Funktion
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Mitglied des Vorstandes
	Rheinland Kultur GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Provinzial Rheinland Holding	stv. Mitglied des Verwaltungsrates
	Landschaftsverband Rheinland	Mitglied der Landschaftsversammlung, des Sozialausschusses, des Kulturausschusses, des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Krankenhausausschusses
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Stadtsparkasse Oberhausen	Mitglied des Verwaltungsrats
Schuler, Immanuel	Bezirksvertretung Osterfeld	Bezirksvertretungsmitglied
Soldat außer Dienst	Rechnungsprüfungsausschuss	Mitglied
	Sportausschuss	Mitglied

Ausgeschiedene Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen

SPD Fraktion

Motschull, Frank (bis 13.12.2010)	Sozialausschuss	Fraktionssprecher
Rechtsanwalt	Haupt- und Finanzausschuss	Mitglied
	Migrationsrat	Mitglied (bis 12.04.2010)
	Jugendhilfeausschuss	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Mitglied des Betriebsausschusses
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Mitglied des Aufsichtsrates

4.4 Auszug aus

„Lagebericht der Stadtwerke Oberhausen AG“

(Die Nummerierung wurde den Originalunterlagen entnommen, die Seitenumbrüche und Formatierungen können abweichen)

LAGEBERICHT 2010

DER STADTWERKE OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

1 Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) ist der kommunale Anbieter für Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Schnell und zuverlässig, aber auch sicher, bequem und umweltfreundlich sollen die Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen ihr Reiseziel erreichen. Dieses wird möglich durch ein Team aus 445 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und durch einen modernen Fuhrpark mit 124 Bussen und 6 Niederflurstraßenbahnen.

2 Rahmenbedingungen

Am 03. Dezember 2009 ist die neue EU-Verordnung für den ÖPNV Nr. 1370/2007 (VO 1370) in Kraft getreten. Dieser neu geschaffene europäische Rechtsrahmen erfordert eine Anpassung des deutschen Rechts, insbesondere des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Gleichwohl ist die neue Verordnung seit dem 03. Dezember 2009 geltendes Recht in allen Mitgliedstaaten der EU.

Das Finanzierungssystem des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) wurde auf der Grundlage des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 neu konzipiert und wird seit 2006 angewendet. Es entspricht den Anforderungen des europäischen und deutschen Rechtsrahmens, wird aber auch den spezifischen lokalen Gegebenheiten gerecht. Das Finanzierungssystem sieht einen Ausgleich für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen vor, die über das Finanzierungssystem des VRR von der Stadt Oberhausen getragen werden. Das anhängige Beihilfeprüfverfahren gegen zwei im Finanzierungssystem des VRR integrierte Verkehrsunternehmen hat die Europäische Kommission im Februar 2011 abgeschlossen und insoweit das Finanzierungssystem als konform mit den europäischen Vorgaben beurteilt.

Zum 01. Januar 2011 ist eine Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Kraft getreten. Eine der wichtigsten Änderungen ist die Überführung der bundesgesetzlichen Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr (§ 45a PBefG) in eine eigenständige landesgesetzliche Ausbildungsverkehr-Pauschale (§ 11a ÖPNVG NRW). Zuständig für die Ausreichung der Pauschale sind die Aufgabenträger. Ihnen wird die gleichmäßige Verwendung der Mittel ausschließlich für den Bereich des Ausbildungsverkehrs auferlegt und mit klaren Vorgaben versehen. Mindestens 87,5% der auf einen Aufgabenträger entfallenden Pauschale sind an die Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die im jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Aufgabenträgers den Ausbildungsverkehr betreiben. Maximal 12,5% der Pauschale kann der Aufgabenträger zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie Qualitätsverbesserungen im Ausbildungsverkehr dienen, einsetzen.

Die Mittel dürfen nur an Verkehrsunternehmen weitergeleitet werden, die den jeweiligen Gemeinschaftstarif, die Übergangstarife und den landesweiten Tarif anwenden oder zumindest anerkennen. Die Weiterleitung erfolgt auf Grundlage des jeweiligen angewandten Tarifs. Der angewandte Tarif muss spätestens zum 01. August 2012 eine Rabattierung der Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs um mindestens 20% vorsehen. Zurzeit werden im Bereich des VRR der Schlüssel zur Verteilung der Mittel nach Aufgabenträger (Wagen-km) ermittelt. Die Stadt Oberhausen als Aufgabenträger zu 100% hat gegenüber dem VRR erklärt, dass die Ausbildungsverkehr-Pauschale zu 100% an die STOAG weitergeleitet werden soll.

3 Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Im Vergleich zum Vorjahr entwickelten sich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die Einnahmen positiv - die Anzahl der Fahrten hingegen ging leicht zurück. Diese Entwicklung ist auch bei der STOAG festzustellen. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2010 lagen bei 39,1 Millionen und damit um 2,5% unter dem Vorjahreswert.

Während die Anzahl der Fahrgäste im Bar- und Zeitkartenbereich (incl. ABO) leicht gestiegen ist, sind starke Rückgänge im Ausbildungsverkehr, hier insbesondere beim SchokoTicket, zu verzeichnen. Durch Einführung einer elektronischen Ticketkontrolle (Einstiegkontrollsystem –EKS-) sind die Fahrgastzahlen beim erhöhten Beförderungsentgelt um 50% gesunken.

Die negativen Einflüsse überwiegen und konnten durch die o.g. Fahrgastzuwächse leider nicht aufgefangen werden.

Entwicklung der Fahrgastzahlen:

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	40,1	
2005	40,2	+ 0,25
2006	40,5	+ 0,75
2007	40,6	+ 0,25
2008	40,2	- 1,0
2009	40,0	- 0,5
2010	39,1	- 2,5

Entwicklung der Abonentenzahlen:

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2004	32.331	
2005	33.635	+ 4,0
2006	33.958	+ 1,0
2007	34.531	+ 1,7
2008	35.066	+ 1,5
2009	34.554	- 1,5
2010	34.588	+ 0,1

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung der STOAG in Oberhausen und den benachbarten Stadtgebieten ist im Jahr 2010 leicht zurückgegangen und lag mit 9,89 Mio. Nutzwagenkilometern (Nwkm) um 1,7% unter dem Vorjahreswert von 10,07 Mio. Nwkm. Gründe hierfür waren zum einen die Auswirkungen der Angebotsreduzierung im Sommer 2009 aufgrund der Haushaltskonsolidierung, zum anderen die Mehrleistungen durch den wieder auf 23 Uhr verlegten Beginn des Nachtnetzes.

Entwicklung der Betriebsleistung:

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2004	11.325.183
2005	11.338.306
2006	10.681.616
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509

Die prozentuale Verteilung der Betriebsleistung auf die Verkehrsmittel hat sich nur geringfügig geändert. Der Anteil der Straßenbahn war durch die Baumaßnahmen im Sommer und die witterungsbedingten Störungen im Dezember etwas geringer als im Vorjahr.

Entwicklung der Betriebsleistung je Verkehrsmittel:

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2009 in %	Betriebsleistung 2010 in %
Solobus	54,9	55,0
Gelenkbus	39,1	39,7
Straßenbahn	6,0	5,3

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtwerke Oberhausen AG verlief 2010 erfreulich. Der positive Trend der letzten Jahre konnte fortgesetzt werden.

Bei den Verkaufserlösen war 2010 wiederum eine Steigerung zu verzeichnen. Die Verkaufserlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,4% auf 25,0 Mio. EUR (Vorjahr: 24,4 Mio. EUR). Gründe dafür liegen in der Tarifierhöhung des VRR, bei der zum 1. August 2009 die Beförderungsentgelte um durchschnittlich 3,4 % angehoben wurden, und in der Einführung des ganztägig elektronisch kontrollierten Vordereinstiegs.

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von 24,6 Mio. EUR. Diese lagen damit um 1,87% unter dem Vergleichswert des Vorjahres (25,1 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten gemäß § 45 a PBefG gingen gegenüber 2009 weiter leicht zurück und betragen 0,85 Mio. EUR (Vorjahr: 0,97 Mio. EUR). In den letzten Jahren haben die pauschalen Kürzungen dieser staatlichen Mittel einen deutlichen Rückgang der Zahlungen bewirkt.

Im Jahr 2010 fand die alle zwei Jahre durchgeführte Schwerbehindertenzählung statt. Die Zählung ergab einen Quotienten von 6,41%, der auch für 2011 anzuwenden ist. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um den „Mindestselbstbehalt“ von 1,25 % zu kürzen. Der so ermittelte Anspruch von 5,16 % liegt geringfügig unter dem des Vorjahres (5,65 %).

Die Ausgleichszahlungen für den Einnahmeausgleich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wurden in einer Zählung im Jahr 2010 ermittelt. Das Zählergebnis wird für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 berücksichtigt. Eine endgültige Auswertung der Zählung wird voraussichtlich erst Mitte 2011 vorliegen. Vorläufige Auswertungen zeigen einen höheren Einnahmenanspruch der DB AG gegen die kommunalen Verkehrsunternehmen. Es ist davon auszugehen, dass die geleisteten Abschlagszahlungen für den Übersteigerausgleich nicht ausreichen werden. Entsprechend einer vorläufigen Prognose des VRR wurde eine Rückstellung in Höhe von 0,6 Mio. EUR für mögliche Nachzahlungen für das Jahr 2010 gebildet.

Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich leicht von 0,4 Mio. EUR auf 0,5 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich ebenfalls leicht um 1,1% von 5,9 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR.

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand erhöhte sich von 14,8 Mio. EUR um 0,5% auf 14,9 Mio. EUR.

Die Energiekosten entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr nicht einheitlich. Während sich die Aufwendungen für Fahrstrom und sonstigen Strom von 0,455 Mio. EUR im Vorjahr nur auf 0,450 Mio. EUR im Jahr 2010 leicht verringerten, erhöhte sich dagegen der Aufwand für Diesel von 3,6 Mio. EUR auf 4,2 Mio. EUR.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr von 24,1 Mio. EUR um 6,7 % auf 22,5 Mio. EUR. Die Reduzierung beruhte u.a. darauf, dass in 2010 nach dem Auslaufen der Altersteilzeitregelung keine neuen Verträge mehr abgeschlossen werden und Personalabgänge, insbesondere im Fahrbetrieb, durch erhöhte Fremdadgabe kompensiert wurden.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen im Personalbereich werden auch weiterhin zur dauerhaften Konsolidierung der Personalaufwendungen in den nächsten Jahren beitragen.

Bei den Abschreibungen ist ein Rückgang von 3,4% von 4,8 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Veränderung der Abschreibungen ist u.a. durch die in 2009 vorgenommene Sonderabschreibung des ehemaligen Verwaltungsgebäudes begründet.

Der Mehraufwand von 19,6% bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 7,2 Mio. EUR (Vorjahr 6,0 Mio. EUR) ist fast ausschließlich auf den Abgang der im Rahmen der ÖPNV-Erweiterungstrecken erfolgten Investitionen zurückzuführen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -3,3 Mio. EUR um 2,1 Mio. EUR auf -5,4 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis verminderte sich um 2,2 Mio. EUR von 15,2 Mio. EUR auf 13,0 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen in den reduzierten Dividendenbeträgen begründet.

Im außerordentlichen Ergebnis sind die Beträge aus den Bewertungsanpassungen an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung gemäß BilMoG wurde im Geschäftsjahr in einer Summe (15/15) zugeführt und belastete das Ergebnis mit 1,7 Mio. EUR.

Der Steueraufwand lag mit 0,061 Mio. EUR geringfügig über dem Vorjahreswert in Höhe von 0,055 Mio. EUR und beinhaltet hauptsächlich Grundsteuern.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2010 betrug 126,3 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (130,0 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Sachanlagevermögens um 5,1 Mio. EUR und der Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 0,6 Mio. EUR. Dagegen waren die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. EUR erhöht.

Das Anlagevermögen verringerte sich um 5,1 Mio. EUR auf 105,4 Mio. EUR. Grund hierfür war die Reduzierung des Sachanlagevermögens um 5,1 Mio. EUR auf 48,6 Mio. EUR. Neben den Abschreibungen war dies auf den Abgang der Anlagen im Bau zurückzuführen. Die Anlagen im Bau betrafen Planungen von optionalen Straßenbahnstreckenführungen, die in der Vergangenheit nicht realisiert wurden.

Die Bewertungsanpassung der Jubiläumsrückstellung ist gemäß BilMoG in die Gewinnrücklage einzustellen. Dies führt dazu, dass sich das Eigenkapital um 20 T EUR erhöhte. Es stellt nun 46,5% der Bilanzsumme dar.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse, wie z.B. für die Beschaffung von Hybridbussen, enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 16,5 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (17,7 Mio. EUR) leicht rückläufig. Der Pensionsrückstellung wurden nur geringe Beträge zugeführt. Sie hat einen Stand von 4,1 Mio. EUR. Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf 6,9 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten konnten um 1,6 Mio. EUR reduziert werden. Dies ist insbesondere auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-3,8 Mio. EUR) zurück zu führen.

Die STOAG verfügte im Jahr 2010 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Verkaufserlösen in Höhe von 25,0 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 15,2 Mio. EUR, auf dem Erhalt von Zinserträgen, der Zahlung der Vorhaltekostenförderung sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen für die nächsten Jahre (bis zum 31. Dezember 2019) gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf 6,1 Mio. EUR. Größte Position mit 4,7 Mio. EUR war die Beschaffung von dreizehn Solo- und vier Gelenkbussen. Damit wurde die kontinuierliche Erneuerung der Fahrzeugflotte fortgesetzt. Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge zum Stichtag 31. Dezember 2010 betrug 4,99 Jahre.

Nachdem die Straßenbahnstrecken Ib / III (Mülheim bis Oberhausen HBF), Strecke II (Dorstener Straße bis Sterkrade Bahnhof) und Strecke IIb (Sterkrade Bahnhof bis Neumarkt) bereits in den Vorjahren abgerechnet wurden, ist der Verwendungsnachweis für die Strecke IV (Oberhausen HBF bis Dorstener Straße) im Jahr 2010 eingereicht und vom VRR geprüft worden. Somit ist die ÖPNV-Trasse in Gänze mit dem Zuwendungsgeber abgerechnet.

Das Projekt RBL/DFO I für das rechnergesteuerte Betriebssystem (RBL) und die erste Ausbaustufe der dynamischen Fahrgastinformation an Haltestellen in Oberhausen (DFO) sowie die zweite Ausbaustufe DFO II wurden im Jahr 2010 abgerechnet. Den Verwendungsnachweis für die dritte Ausbaustufe DFO III hat der VRR Anfang 2011 zur Prüfung erhalten. Für RBL und DFO sind weitere Investitionen in den nächsten Jahren geplant, schwerpunktmäßig für die Ersatzbeschaffung der RBL-Bordrechner.

Das Projekt Nachrüstung eines Systems zur elektronischen Einstiegskontrolle (EKS) wurde 2010 beendet, eine Abrechnung erfolgt im Jahr 2011.

Beim niederflurgerechten Umbau der Bushaltestellen wurde der vierte Bauabschnitt 2010 beendet. Der Verwendungsnachweis wird in 2011 erstellt. Für den fünften Bauabschnitt wurden Fördermittel bewilligt, so dass der Umbau der für dieses Projekt vorgesehenen Haltestellen 2011 erfolgen kann. Für 2012 ist ein sechster Bauabschnitt geplant.

Das Projekt EFM für Investitionen im elektronischen Fahrgeldmanagement wird voraussichtlich 2011 durch den VRR abgerechnet.

4 Risikobericht

Um die Unternehmensziele zu sichern, die künftigen Erfolge des Unternehmens nicht zu gefährden und Risikokosten zu senken, müssen Risiken frühzeitig erkannt und bewertet sowie angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Dazu ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. In einer jährlichen Risikoinventur werden alle Risiken durch Risikopaten erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust, wird analysiert.

In der Risikoinventur 2010 wurden 14 Risiken erfasst, davon fünf potenzielle Risiken mit eingeschränkter Risikorelevanz.

Das Risiko „Fahrerlaubnis von Busfahrern“ beinhaltet die Möglichkeit, dass am 10. September 2013 in Summe bis zu 200 Fahrerinnen und Fahrer nicht die für die gewerbliche Personenbeförderung notwendige Qualifikation (als Schlüsselkennzahl im Führerschein) nachweisen können und demzufolge nicht eingesetzt werden dürfen. Mit dem Abschluss einer Betriebsvereinbarung und der Beauftragung einer Fahrschule wurden im Jahr 2010 erste Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen.

Das Projekt Straßenbahnstrecke IV wurde abgerechnet. Da ein Teil der Kosten bei der Prüfung als nicht zuwendungsfähig eingestuft wurde, ist der beantragte Zuschuss nicht in voller Höhe ausbezahlt worden. Das Risiko „Ausstehende Zuschüsse für ÖPNV-Trasse (alt)“ besteht demzufolge nicht mehr und wird bei der nächsten Risikoinventur nicht mehr erfasst.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ besteht weiterhin. Aufgrund der Liniennetzumstellung im Jahr 2011 müssen viele neue Linienkonzessionen beantragt werden. Nach Angaben der für die STOAG zuständigen Bezirksregierung Düsseldorf können die Linien, deren Konzession ausläuft oder die neu geplant werden, weiterhin mit einer Laufzeit von acht Jahren beantragt werden. Der Verlust einer Konzession ist mit einer Nichterfüllung der beantragten Leistung verbunden. Die Neuerteilung hängt mit der Beauftragung der Verkehrsleistung durch die Stadt Oberhausen zusammen. Da die Stadtwerke Oberhausen AG bis 2019 mit der Verkehrsleistung durch die Stadt Oberhausen beauftragt ist, ist das Risiko „Verlust von Konzessionen“ momentan als gering einzustufen.

Das Risiko „Betriebsführungsvertrag Straßenbahn“ besteht durch die erfolgreichen Vertragsverhandlungen zwischen der STOAG und der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH (MVG) nicht mehr. Am 27. Mai 2010 haben Vorstand und Geschäftsführung beider Unternehmen den neuen Betriebsführungsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Die Vertragsparteien konnten somit noch vor dem Wirksamwerden der von MVG ausgesprochenen Kündigung des alten Vertrages zum 31. Dezember 2010 das Vertragsverhältnis neu gestalten und damit eine Grundlage auch für die zukünftige Durchführung des Gemeinschaftsverkehrs auf der Linie 112 / NE 12 schaffen.

Es wurde kein Risiko als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Angebot

Der von der Stadt Oberhausen geforderten Entlastung des städtischen Haushaltes wird durch die Fortführung der Restrukturierung Rechnung getragen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates hat der Vorstand Restrukturierungsmaßnahmen beschlossen, die schwerpunktmäßig die Anpassung des Liniennetzes betreffen. Sie sehen für den Zeitraum von 2008 bis 2012 eine Gesamtersparnis beim Leistungsangebot ab dem Jahr 2011 in einer Höhe von 1,724 Mio. EUR und ab 2012 in einer Höhe von 2,174 Mio. EUR vor. Bis Ende 2010 sind bereits 1,439 Mio. EUR erreicht. Aufgrund der Leistungserweiterung im Abendnetz und dem hieraus resultierenden Aufwand ab Sommer 2010, Beginn des Nachtnetzes wieder ab 23.00 Uhr, sowie den bisher erreichten Einsparungen vor dem Jahr 2010 ergibt sich eine notwendige Leistungsreduzierung um 800 TEUR/Jahr. Diese Summe resultiert aus dem zu erreichenden Ziel für 2012 von 2,174 Mio. EUR abzüglich der erreichten 1,439 Mio. EUR und den Mehrkosten für das Nachtnetz ab Juni 2010. Dies entspricht einem Leistungsvolumen von ca. 400.000 Buskilometer pro Jahr.

Mit dem Fahrplanwechsel im Juni 2011 wird ein neues Tagnetz eingeführt. Um die Qualität des Angebotes weitestgehend zu erhalten, sind Umstellungen der gesamten Buslinien erforderlich. Die Änderungen werden nachfrageabhängig vorgenommen, sodass nur mit einem leichten Fahrgastrückgang zu rechnen ist.

Die Stadt Oberhausen steht vor weiteren Konsolidierungsmaßnahmen und Haushaltsumstrukturierungen. Über das Haushaltskonsolidierungskonzept 2008/2009 mit einem Volumen von rund 240 Mio. EUR über 2012 hinaus müssen weitere Einsparpotentiale generiert werden.

Die finanzielle Anpassung des städtischen Haushalts an den demographischen Wandel und den Einwohnerrückgang in Oberhausen wird auch zur Infrastrukturüberprüfung führen. Auswirkungen auf den Nahverkehr sind grundsätzlich nicht auszuschließen. Die STOAG wird auf diese Entwicklung durch ständige Überprüfung ihres Angebotes an die sich ändernden Bevölkerungsstrukturen und Mobilitätsbedürfnisse reagieren.

Gegenwärtig wird der Nahverkehrsplan, auf dessen Basis die STOAG die Nahverkehrsleistung im VRR erbringt, von der Stadt Oberhausen als Aufgabenträger und der STOAG aktualisiert. Er soll im dritten Quartal 2011 in Kraft treten. Die geplanten Straßenbahnerweiterungsprojekte Strecke Ia und Strecke VI sind trotz unveränderten Sachstands im Nahverkehrsplan enthalten. Beide Strecken wurden nicht in das Förderprogramm nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden aufgenommen, so dass eine Realisierung nicht vor dem Jahr 2015 erfolgen kann.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2011 bis 2015 weist für das Jahr 2011 bei weiter leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2010 erhöhte Planverluste aus. Grund hierfür sind neben geringeren Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten sowie Übersteigerbeträgen an die Deutsche Bahn AG und die Busverkehr Rheinland GmbH die gestiegenen Aufwendungen bei der Wartung und Instandsetzung der Straßenbahnfahrzeuge und deren Infrastruktur.

Die STOAG rechnet für die Jahre 2011 und 2012 mit einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse. Die elektronische Ticketkontrolle sowie der spätere Beginn des Nachtnetzes werden sich über das Jahr 2010 hinaus auswirken. Langfristig betrachtet werden sich die demographische Entwicklung und die Einwohnerentwicklung deutlicher als bisher in den Verkaufserlösen niederschlagen. Im Jahr 2023 wird die Einwohnerzahl in Oberhausen unter die 200.000-Marke sinken. Bis zum Jahr 2018 wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Oberhausen um 14,5 % zurückgehen. Bereits heute ist ein Rückgang der verkauften SchokoTickets um 1.000 Abonnements in den vergangenen zwei Jahren festzustellen. Die sinkenden Schülerzahlen führen zu jährlich ca. 50 TEUR Mindereinnahmen bei den Abgeltungszahlungen.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren leicht zurückgehen und im Jahr 2011 voraussichtlich 14.415 TEUR betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig, da nach einer Änderung der Altersversorgung bei der STOAG in Zukunft keine neuen Ansprüche auf Betriebsrenten bestehen.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geht grundsätzlich von der Einführung eines SozialTickets zum 01. Juni 2011 zu einem monatlichen Preis von 22,50 EUR in der Preisstufe A aus. Die Mindereinnahmen durch das SozialTicket sollen weder zu Lasten der kommunalen Haushalte und Verkehrsunternehmen gehen noch andere Nutzergruppen belasten. Die Einführung des Sozialtickets erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung und in Abhängigkeit der vertrieblichen Umsetzbarkeit. Die Generierung neuer Kunden sowie der Wechsel innerhalb der bestehenden Ticketgruppen mit seinen Auswirkungen auf die Verkaufserlöse sind derzeit nicht abschließend konkretisierbar.

Durch den Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich werden Mehrbelastungen auf die STOAG zukommen.

Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

Die zu erwartenden Kürzungen öffentlicher Mittel für den ÖPNV bleiben ein Risiko bei der künftigen Entwicklung. So führen Änderungen in den Rahmenbedingungen des § 45a PBefG sowie die Reform des ÖPNV-Gesetzes dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge für die Schülerbeförderung reduzieren. Gleichzeitig wird die STOAG mit höheren Ausgleichsbeträgen für den SPNV belastet.

Nachdem die Europäische Kommission das VRR Finanzierungssystem positiv beurteilt hat, werden die übernommenen Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 in das nationale Personenbeförderungsrecht (PBefG) künftig den nationalen Rechtsrahmen bestimmen.

Die Verwendungsprüfung der Jahre 2006 bis 2008 ist durch die VRR AöR in 2010 zum Abschluss gebracht worden. Nach den Regularien des VRR-Finanzierungssystems wurde für die STOAG in dem Betrachtungszeitraum keine Überkompensation festgestellt.

6 Chancen

Die bestehende Betrauung der Stadtwerke Oberhausener AG mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wurde vom Rat der Stadt Oberhausen im September 2009 konkretisiert und ist derzeit bis zum 31. Dezember 2019 befristet. Der VRR hat der STOAG auskömmliche Finanzierungsbescheide für 2010 und 2011 erteilt. So besteht für die STOAG Planungssicherheit und damit die Möglichkeit zur weiteren Gestaltung des ÖPNV-Angebotes in Oberhausen.

Bei den aktuellen Diskussionen über Nachhaltigkeit und die optimale Nutzung von Ressourcen spielt der ÖPNV eine herausragende Rolle. Die Wahl des Verkehrsmittels entscheidet über die Höhe des Schadstoffausstoßes und somit über die Umweltfreundlichkeit. Busse und Straßenbahnen stehen für nachhaltige und umweltbewusste Mobilität. Langfristig betrachtet besteht hier eine besondere Chance auch für die STOAG. In diesem Kontext wird der Mobilitätsmix mit der Möglichkeit, verschiedene Verkehrsmittel zu kombinieren und nach Bedarf flexibel einzusetzen, eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Auch in Oberhausen gibt es hierzu erste Ansätze, von denen die STOAG ebenfalls langfristig profitieren wird.

7 Abhängigkeitsbericht

Die STOAG ist nach herrschender Meinung gegenüber seiner Alleinaktionärin, der Stadt Oberhausen, abhängiges Unternehmen im aktienrechtlichen Sinne. Da kein Beherrschungsvertrag besteht, ist die STOAG nach § 312 AktG zur Aufstellung eines Abhängigkeitsberichtes verpflichtet. Alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die die STOAG mit der Stadt Oberhausen und den Unternehmen, die im Verhältnis zu ihr als verbundenes Unternehmen anzusehen sind, getroffen oder unterlassen hat, sind seitens des Vorstands im Abhängigkeitsbericht aufgeführt. Der Vorstand hat erklärt, dass die STOAG nach den Umständen, die ihm zum Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.

Andere Maßnahmen im Sinne von § 312 Abs. 1 AktG wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht getroffen oder unterlassen. Der Abhängigkeitsbericht ist vom Abschlussprüfer geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

8 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Oberhausen, den 17. März 2011

Stadtwerke Oberhausen Aktiengesellschaft

Peter Klunk, Vorstand

Werner Overkamp, Vorstand

4.5 Auszug aus

„Lagebericht der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH“

(Die Nummerierung wurde den Originalunterlagen entnommen, die Seitenumbrüche und Formatierungen können abweichen)

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, Oberhausen

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

I. Das Geschäftsjahr 2010

1. Allgemeines

Die OGM GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr kann die OGM GmbH auf eine 10jährige operative Tätigkeit zurückblicken.

Mit einem Teil des breiten Aufgabenspektrums der OGM GmbH wird dafür gesorgt, dass die Stadt Oberhausen ihre Aufgaben reibungslos wahrnehmen kann. Hierzu gehört die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen und städtischen Kindertageseinrichtungen, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie und vieles mehr.

Um den immer neuen Anforderungen der Stadt Oberhausen in technischer, organisatorischer sowie wirtschaftlicher Hinsicht gerecht werden zu können, muss die OGM GmbH kontinuierlich ihre internen Strukturen optimieren, Arbeitsabläufe neu organisieren und Konditionen mit Lieferanten und Dienstleistern fortwährend finanziell überprüfen.

2. gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Finanzkrise, allgemeine Preissteigerungen, steigende Energiekosten, tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen, Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Wie in vielen anderen Unternehmen haben sich auch bei der OGM GmbH entsprechende gesamtwirtschaftliche Einflüsse bemerkbar gemacht. Dies gilt u.a. für die gestiegenen Energie- und Treibstoffkosten.

Wesentlich gravierender wirkt sich allerdings die finanzielle Situation der Stadt Oberhausen aus, die seit Jahren den Zwängen der Haushaltskonsolidierung unterliegt und dadurch gezwungen ist, ihr Leistungsangebot an die Bürger und damit auch die Leistungsnachfrage bei der OGM GmbH einer steten kritischen Prüfung zu unterziehen.

Positiv hat sich hier das Konjunkturpaket II ausgewirkt, das zu einer verstärkten Beauftragung zur Durchführung von Baumaßnahmen geführt hat.

3. besondere Projekte

In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 wurden mehrere größere Projekte realisiert (Errichtung des Hallenbades Oberhausen sowie des Familien-Allwetterbades AQUApark, Errichtung von Parkhäusern an der Marina Oberhausen und am Eugen-zur-Nieden-Ring, Errichtung eines Zentralen Betriebshofs). Im Geschäftsjahr 2010 konnten die Bäder und die Parkhäuser erfolgreich am Markt etabliert werden. Der Zentrale Betriebshof hat erwartungsgemäß zur Optimierung der Arbeitsabläufe und der Wirtschaftlichkeit der dort angesiedelten Betriebsteile beigetragen.

Im Übrigen lag im Geschäftsjahr 2010 neben dem Tagesgeschäft ein Schwerpunkt auf der Abwicklung des Konjunkturpaketes II, über das in den Jahren 2009 bis 2011 im Auftrag der Stadt Oberhausen Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 25,4 Mio. € brutto abgewickelt werden.

4. Beteiligungen

Die OGM GmbH hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

5. Risikomanagement

Die OGM GmbH hat bereits im Jahre 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden. Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung unternehmensgefährdender Risiken.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst. Nicht erfasst werden Risiken, die sich grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes ergeben sowie Risiken aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen, sofern nicht konkrete Anhaltspunkte für ein tatsächlich bestehendes Risiko vorliegen.

Die in den im Geschäftsjahr 2010 durchgeführten Risiko-Inventuren aufgelisteten Risiken (im Wesentlichen Schadensersatzansprüche, Reduzierung der Beauftragung von Leistungen durch die Hauptkundin Stadt Oberhausen, Ausscheiden zahlreicher leitender Mitarbeiter/innen in den kommenden Jahren) konnten bis zum Ende des Geschäftsjahres durch Verhandlungen, Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen etc. weitestgehend minimiert werden.

Unternehmensgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

6. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2010 auf 98,05 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 2,7 Mio. € bzw. 2,8 %. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Erlöse aus Baumaßnahmen und Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen sowie der „Eintrittsgelder Bäder“ zurückzuführen.

Positiv auf die Erlöse ausgewirkt hat sich auch das Konjunkturpaket II. Durch die in diesem Rahmen für die Stadt Oberhausen zusätzlich durchgeführten Baumaßnahmen konnten entsprechende Erlöse aus Honoraren generiert werden.

Im Bereich der bezogenen Leistungen ist der Anstieg im Wesentlichen auf die Preissteigerung für den Energiebezug, aber auch auf allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen.

Tarifliche Personalkostensteigerungen konnten durch Fluktuation kompensiert werden.

Durch die Investitionen der letzten Jahre – insbesondere in das bewegliche Anlagevermögen - ist die Abschreibung im Vorjahresvergleich um 672 T€ gestiegen.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 4,96 Mio. € aus. Dies bedeutet im Vergleich zum Geschäftsjahr 2009 einen Rückgang um 0,67 Mio. € bzw. 11,8 %.

Das Finanzergebnis schließt zum 31.12.2010 mit einem Betrag von – 3,78 Mio. € ab; zum 31.12.2009 war ein Finanzergebnis von – 3,29 Mio. € zu verzeichnen.

Da das Bäderkonzept mit der Eröffnung des AQUAparks im Dezember 2009 bereits vollständig umgesetzt wurde und damit auch der entsprechende Kapitaldienst zu leisten ist, andererseits jedoch der von der Stadt Oberhausen zu zahlende Zuschuss für die Nutzung der Bäder durch Schulen und Vereine vertragsgemäß erstmals zum 01.01.2012 auf Selbstkostenbasis angepasst werden kann, erfolgte im Berichtsjahr keine vollständige Refinanzierung des Kapitaldienstes mit der entsprechenden Auswirkung auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 1,18 Mio. €. Im Vorjahresvergleich ist dies ein Rückgang um 1,16 Mio. € bzw. 49,5 % .

Unter Berücksichtigung der Steuerlast ergibt sich für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt ein Überschuss in Höhe von 193.808 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung um 913 T€ bzw. 82,5 %.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2006	2007	2008	2009	2010
Umsatzerlöse (in T€)	91.317	89.606	96.574	95.333	98.054
Materialaufwandsquote	47 %	46 %	51 %	50 %	49 %
Personalaufwandsquote	31 %	30 %	31 %	30 %	27 %
Personalaufwand pro Kopf (in T€)	35	34	36	36	37
Jahresergebnis (in T€)	1.700	-2.367	952	1.107	194
Eigenkapital (in T€)	5.528	3.161	4.113	5.220	6.809
Eigenkapitalquote	11,4 %	4,8 %	5,8 %	5,1 %	6,6 %
Investitionen (in T€)	19.420	16.087	14.952	29.021	5.404
Verschuldungsgrad	88,6 %	92,0 %	92,3 %	93,2 %	91,8 %

Insgesamt ist es erneut gelungen, ein positives Betriebsergebnis zu erzielen. Mit dem nach Steuern verbleibenden Überschuss kann der bestehende Verlustvortrag reduziert und damit eine Stärkung des Eigenkapitals bewirkt werden.

6. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Mit der Instandhaltung und Reinigung der Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäude, der Bereitstellung der Infrastruktur für IT und Telekommunikation, der Unterhaltung und Pflege der kommunalen Grünflächen und Friedhöfe sowie der Sportflächen, dem Betrieb der Bäder sowie der Verwaltung städtischer Mietobjekte ist die OGM GmbH in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2010 trotz erschwelter Bedingungen - geringere Budgets, Reduzierung der Mitarbeiterzahl, Arbeitsverdichtung etc. - in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten zu bieten.

7. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge. Für ein Darlehen wurde im Rahmen einer Prolongation zur Absicherung von Zinsrisiken sowie zur Optimierung der jederzeitigen Möglichkeit von Sondertilgungen ein Zins-Swap abgeschlossen.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2010 nicht aufgetreten.

II. **Ausblick**

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 weist bei einem Umsatzvolumen von 97,3 Mio. € ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,181 Mio. € aus. Investitionen sind in Höhe von 3,6 Mio. € vorgesehen.

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2011 wurden die zu erwartenden Erlöse auf der Basis der Ist-Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2010, der vereinbarten Index-Steigerungen sowie der bekannten Veränderungen im Abruf des Leistungsangebotes der OGM GmbH durch die Stadt Oberhausen berücksichtigt. Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entgeltentwicklung, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preissteigerungen, insbesondere im Energiebereich berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurde davon ausgegangen, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen durch Personalfluktuation aufgefangen werden können.

Das im Wirtschaftsplan 2011 ausgewiesene nur knapp positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit basiert im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Anpassung des Zuschusses für die Bereitstellung der Bäder für das Schul- und Vereinsschwimmen vertragsgemäß erstmals zum 01.01.2012 erfolgen kann, die Zinsen für die entsprechenden Darlehen sowie die Abschreibungen jedoch bereits seit dem Geschäftsjahr 2010 in vollem Umfang ergebniswirksam werden. Nach der Anpassung des Zuschusses zum 01.01.2012 werden sich deutliche positive Auswirkungen auf das Gesamtergebnis der OGM ergeben.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2011, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen sowie ab 2012 die Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Bereitstellung der Bäder für das Schul- und Vereinsschwimmen auf Selbstkostenbasis berücksichtigt.

Angesichts der Laufzeit des Verträge zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen sowie der Tatsache, dass soweit wie möglich Kostenelemente-Klauseln vereinbart wurden, die eine regelmäßige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Entgelte gewährleisten, sieht die Geschäftsführung für die nächsten Jahre hinreichende Planungssicherheit und die Aussicht auf weiterhin positive Ergebnisse, die ab 2012 wieder zu deutlichen Überschüssen führen werden.

Einmalige Ergebnisverbesserungen erwartet die Geschäftsführung in einem der kommenden Geschäftsjahre aus der Veräußerung einiger Grundstücke, die durch den Abriss ehemaliger Bäder sowie durch die Verlagerung von Betriebsstätten zum Zentralen Betriebshof für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung stehen.

Bedingt durch die gemeinderechtlichen Vorschriften kann die OGM GmbH nur sehr eingeschränkt am Markt tätig werden. Damit sind der Möglichkeit, weitere Aufträge zu generieren, enge Grenzen gesetzt. Hauptauftraggeber bleiben weiterhin die Stadt Oberhausen und ihre Tochtergesellschaften. Dies ist mit dem stetigen Risiko verbunden, dass angesichts der Zwänge zur Haushaltskonsolidierung die Nachfrage nach den Leistungen der OGM GmbH sinkt und die Notwendigkeit besteht, die daraus resultierenden Remanenzkosten zu kompensieren.

Seit dem 09.11.2009 ist eine Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2004 – 2007 anhängig. Zum Stichtag 31.12.2010 war diese Prüfung noch nicht abgeschlossen. Zu dem von der Betriebsprüfung beanstandeten Sachverhalt hat die OGM GmbH zahlreiche Gegenargumente dargelegt und diese auch mit umfangreichen Unterlagen belegt. Angesichts der teilweise grundsätzlichen Fragen, die möglicherweise auch Auswirkungen für andere Städte und deren Unternehmen haben könnten, ist mit einer kurzfristigen Entscheidung nicht zu rechnen.

Des Weiteren ist eine Diskussion mit der Energieversorgung Oberhausen AG (EVO) bezüglich der Bilanzierung der Rasenheizung im Stadion Niederrhein anhängig. Diese hat möglicherweise grundsätzliche Bedeutung für eine Vielzahl von Heizungsanlagen in den Gebäuden der Stadt Oberhausen. Hier wird in den nächsten Wochen und Monaten eine abschließende Klärung erforderlich sein, die eventuell zu einer höheren Abschreibung führen kann.

Dass die OGM GmbH in Zukunft erneut durch möglicherweise von der Bezirksregierung gegen die Stadt Oberhausen verhängte Auflagen bzw. einvernehmliche Vereinbarungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung betroffen sein wird und sich eventuell weiteren Prüfungen z.B. auch mit Blick auf die Themen (Teil)-Rekommunalisierung und (Teil)-Privatisierung unterziehen muss, kann nach derzeitigem Kenntnisstand nicht ausgeschlossen werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, den 02. März 2011

Bernhard Elsemann
Geschäftsführer

Hartmut Schmidt
Geschäftsführer

4.6 Auszug aus

„Lagebericht des Theater Oberhausen“

(Die Nummerierung wurde den Originalunterlagen entnommen, die Seitenumbrüche und Formatierungen können abweichen)

Theater Oberhausen

Lagebericht 2009/10

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2009/10 wurden insgesamt 373 (353) Veranstaltungen mit 57.122 (50.151) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 61,2 % (59,3 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 15 (11), im Maltersaal 9 (8) und in Außenspielstätten und Rauchbar 2 (5) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Außerdem fanden 48 (25) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen und 4 (2) eigene Abstecher statt.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.09 <u>EUR</u>	31.07.10 <u>EUR</u>
Eintrittseinnahmen und Abstecher	396.672,72	466.395,65
Betriebl. Nebenerlöse	-,--	-,--
	<u>396.672,72</u>	<u>466.395,65</u>

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 25.455,55 (Vorjahr EUR 47.216,43) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 332 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen mit TEUR 336 insbesondere höhere Landeszuschüsse (134 TEUR) und Sonderzuschüsse, im wesentlichen im Zusammenhang mit Projekten der Ruhr 2010 (TEUR 204).

Auf der Kostenseite haben sich im Bereich der **Personalkosten** Mehrausgaben in Höhe von TEUR 58 ergeben. Diese betreffen spielplanbedingt das künstlerische Personal.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 248) betrafen überwiegend EDV-Kosten (79) und Investitionen (167).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

<u>Zahl der Beschäftigten</u>	1.8.09	31.7.10	<u>Veränderung</u>
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,0	56,4	-0,6
Verwaltungspersonal	9,4	9,1	-0,3
<u>Arbeiter</u>	<u>53,5</u>	<u>49,7</u>	<u>-3,8</u>
	119,9	115,2	-4,7

Der Aufwand betrug TEUR 3.139 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.564 für Beschäftigte nach TVÖD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.224. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2009		31. Juli 2010		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Unfertige Ausstattungen	23	2,4	27	2,4	4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	0,2	5	0,4	3
Forderungen an die Stadt Oberhausen	662	70,2	688	60,8	26
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	201	21,3	288	25,4	87
Kasse / Bank	56	5,9	125	11,0	69
Gesamtvermögen	944	100,0	1.133	100,0	189
Rücklagen	82	8,7	79	7,0	-3
Gewinn	58	6,1	39	3,5	-19
Eigenkapital	140	14,8	118	10,5	-22
Sonstige Rückstellungen	481	51,0	551	48,6	70
<u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	185	19,6	211	18,6	26
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	138	14,6	253	22,3	115
Kurzfristiges fremdkapital	804	85,2	1.015	89,5	211
Gesamtkapital	944	100,0	1.133	100,0	189

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	<u>01.08.2009</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.07.2010</u>
Stammkapital	51.129,19	0,00	0,00	51.129,19
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage	68.001,85	0,00	3.579,04	64.422,81
Gewinn	57.953,55			
Aufl.		3.579,04		
zweckgeb.Rücklage			0,00	
Gewinnausschüttung			47.216,43	
Jahresüberschuss		25.455,55	0,00	
Gewinn				39.771,71
	<u>191.450,61</u>	<u>29.034,59</u>	<u>50.795,47</u>	<u>169.689,73</u>

Entwicklung der Rückstellungen:

	<u>01.08.2009</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.07.2009</u>
Instandhaltung	91.600,00	14.333,87	0,00	14.333,87	91.600,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlußprüfung	20.000,00	20.000,00	0,00	21.500,00	21.500,00
4 Ersatzscheinwerfer	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00
Sanierung Vorbühnenzüge	53.000,00	0,00	0,00	0,00	53.000,00
Sanierung Lüftungsanlage	137.960,96	6.466,09	0,00	0,00	131.494,87
Übrige	90.844,45	72.504,26	4.457,67	97.171,70	111.054,22
	<u>480.905,41</u>	<u>200.804,22</u>	<u>4.457,67</u>	<u>275.505,57</u>	<u>551.149,09</u>

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Risikowahrscheinlichkeit verringert werden. So wird den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet. Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die dramatisch angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2010/11 liegt ein mit Datum vom 03.05.2010 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 7.750 ausweist. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Datum vom 8.9.2008 die Stadt Oberhausen unter Bezug auf § 82 GO unter vorläufige Haushaltsführung gestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Stadt Oberhausen mittelfristig gezwungen sein wird, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen jenseits der 50-Mio Euro-Grenze umzusetzen. Inwieweit damit auch die sogenannten freiwilligen Leistungen (u. a. Theaterzuschuss) betroffen sein werden, ist derzeit offen. Bereits am 23. Juni 2008 hat der Rat der Stadt ein Konsolidierungspaket beschlossen, das u. a. beim Theater Einsparungen in Höhe von TEUR 750 in 2010 und 2011 und 1 Mio. Euro ab 2012 vorsieht. Diese Vorgabe ist ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar.

Oberhausen, den 08. Oktober 2010

Theater Oberhausen, Betriebsleitung

Peter Carp

Jürgen Hennemann

4.7 Auszug aus

„Lagebericht der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“

(Die Nummerierung wurde den Originalunterlagen entnommen, die Seitenumbrüche und Formatierungen können abweichen)

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen, Oberhausen

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebsatzung vom Mai 2006 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der reinen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenvertriebsordnung und Betriebsatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bau-substanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001 über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurden die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neuerrichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichten den ASO-Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten.

Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss sowie aus einem dauerhaften jährlichen Zuschuss. Der einmalige Zuschuss besteht in Höhe von max. netto ca. 514.000,00 Euro für den vom ASO-Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II. Der dauerhafte jährliche Zuschuss ist von der Pächterin in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen zu entrichten.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Mit dem Abriss von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau ggf. verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Wie bereits im letzten Prognosebericht angemerkt, sollte die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien im Frühjahr 2010 getroffen werden. Insoweit erwartungsgemäß wurde vom Rat der Stadt am 03.05.2010 abschließend entschieden, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzu- sehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich im Berichtsjahr nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss freiwerdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Frohnemann Partner/-Gelsenkirchen geklärt werden.

Nach Abarbeitung der Prüfaufträge wurden vom Aufsichtsrat der ASO gGmbH im Dezember 2010 hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gebäudestruktur folgende Entscheidungen getroffen:

- Der Saal der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Die mit dem Abriss vom „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten trägt die ASO gGmbH.
- Die durch den Abriss freiwerdende Fläche soll zum Bau betreuter Altenwohnungen genutzt werden.

Die zuletzt im Aufsichtsrat der ASO gGmbH vorgestellte Nutzungsalternative sieht die Errichtung von zwei sich gegenüber liegenden Gebäuden mit 26 bzw. 24 öffentlich geförderten Wohnungen vor. Von diesen sollen 38 als Ein-Personen-Wohnungen sowie 12 als Zwei-Personen-Wohnungen errichtet werden. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes lässt sich noch nicht sagen, ob das von der ASO gGmbH geplante Projekt die bereits beantragte öffentliche Förderung erfahren wird. Dies wird sich wohl auch erst im Laufe des ersten Halbjahres 2011 abzeichnen. Sollte das Projekt nicht in dem von der ASO gGmbH erhofften Umfange oder nicht in dem erhofften Zeitrahmen gefördert werden, müsste vom Aufsichtsrat entschieden werden, ob mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln des Unternehmens ein kleineres frei finanziertes Projekt realisiert werden soll.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Prüfung des Verwendungsnachweises hinsichtlich des Umbaus des „Louise-Schroeder-Heims“

Im Lagebericht 2009 ist im Rahmen des Risikoberichtes auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen worden, die sich aus einer Prüfung des im Jahre 2004 eingereichten Verwendungsnachweises ergeben könnten. Der Umbau selbst wurde in den Jahren 2001 – 2003 durchgeführt und der damit verbundene Verwendungsnachweis vom staatlichen Rechnungsprüfungsamt Düsseldorf überprüft. Nicht ausgeschlossen werden konnte, dass es aufgrund der damaligen Beanstandungen zu einem Widerruf des ursprünglichen Bewilligungsbescheides kommen könnte.

Die von der Betriebsleitung erarbeitete Stellungnahme konnte im Ergebnis dazu führen, dass der Landschaftsverband an einem Teil seiner Kritik nicht mehr festhielt und nur einen Teilbetrag in Höhe von 312.467,71 Euro widerrufen hatte. Dieser Betrag wurde ebenso wie der darüber hinaus vom Landschaftsverband erhobene Zinsanspruch in Höhe von 67.970,79 Euro seitens des Eigenbetriebs akzeptiert und von diesem getragen.

Rechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Eigenbetrieb und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Aufgrund des Vertrages vom 27.07.2005 und der entsprechenden Ergänzung vom 18.07.2006 ist die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (nachfolgend OGM genannt) für die ordnungsgemäße Instandhaltung und Instandsetzung des vom Eigenbetrieb errichteten „Haus Bronkhorstfeld“ zuständig.

Im Hinblick auf die vertraglich vereinbarte Preisanpassung wurden von den Vertragsparteien zu Beginn des Berichtsjahres unterschiedliche Auffassungen vertreten. Während OGM die Auffassung vertrat, einen Preissteigerungsanspruch gemäß § 4 Abs. 1 GesBerVO zu haben, wurde von der Betriebsleitung der Standpunkt vertreten, die Anpassung müsse sich nach § 4 Abs. 2 GesBerVO richten, zumal es so auch ausdrücklich im Vertrag stehen würde.

Unter dem 31.05.2010 hatte die OGM den fraglichen Vertrag fristlos mit sofortiger Wirkung gekündigt. Die von der Betriebsleitung veranlasste rechtliche Prüfung über eine Düsseldorfer Fachkanzlei hatte die Auffassung der Betriebsleitung hinsichtlich der Preisanpassung bestätigt und zugleich die von OGM ausgesprochene Kündigung für unberechtigt gehalten. Da die OGM an ihrer Auffassung festhielt, wurde der Oberbürgermeister um Vermittlung gebeten. In dieser ihm angetragenen Funktion hatte der Oberbürgermeister sowohl aus Konzerngesichtspunkten als auch zur Vermeidung eines kostspieligen Rechtsstreits den Eigenbetrieb gebeten, dem OGM-Anliegen zu entsprechen und einer Vertragsänderung zuzustimmen.

Der Sozialausschuss als Betriebsausschuss hat die Vertragsänderung am 22.12.2010 beschlossen und den Betriebsleiter beauftragt, die beschlossene Änderung rückwirkend zum 27.07.2005 zu vereinbaren.

Abwicklung des Abbruchvertrages hinsichtlich Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Die OGM hatte im Berichtsjahr aus dem Abbruchvertrag noch einen finanziellen Teilanspruch geltend gemacht. Im Jahre 2006 hatte OGM einen Vertragsstrafenanspruch wegen der verspäteten Fertigstellung von „Haus Bronkhorstfeld“ anerkannt. Seitens der Betriebsleitung sollte nun dieser Anspruch mit dem fraglichen Anspruch aus dem Abbruchvertrag (dessen Leistungen im Jahr 2009 erbracht wurden) aufgerechnet werden. Da die OGM sich insoweit auf Verjährung bzw. Verwirkung berufen hatte, sind der städtische Rechtsbereich und die städtische Beteiligungsverwaltung um Vermittlung gebeten worden. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes liegt noch kein Einigungsvorschlag vor.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2010 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von –2.562 TEUR (Vorjahr –1.668 TEUR).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 6 TEUR von 2.612 TEUR auf 2.606 TEUR und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.586 TEUR sowie Mieterlösen von Dritten mit 20 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Geschäftsjahr um 555 TEUR auf 27 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf den Zuschuss der ASO gGmbH zu den Abbruchkosten mit 15 TEUR (Vorjahr 582 TEUR).

Die Abschreibungen stiegen um 879 TEUR auf 3.819 TEUR. Ursache sind die vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen für Haus I bzw. „Haus am Brunnen“ mit 2.760 TEUR (Vorjahr für Haus II mit 1.776 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 554 TEUR auf 403 TEUR aufgrund der entsprechend niedrigeren Abbruchkosten für Haus II.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich schließlich aufgrund gesunkener Verzinsung von Guthabenkonten um 9 TEUR auf -975 TEUR.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 196 TEUR von 2.669 TEUR auf 2.865 TEUR erhöht. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 84 % nach 85 % am Vorbilanzstichtag zurückgegangen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 731 TEUR (Vorjahr 1.034 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 6,3 Monate (Vorjahr 6,3 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2010 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes im März 2011 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

V. Risikobericht

Die gesamte Gebäudesubstanz ist langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins refinanziert die Erstellungskosten in vollem Umfange. Aufgrund der besonderen Konstruktion des ASO-Verbundes ist die Absicherung der Pächterlöse unmittelbar mit der finanziellen Entwicklung der ASO gGmbH als Betreiberin des operativen Geschäftes verbunden. Im Rahmen des Risikoberichtes kann insoweit positiv auf die hohe Auslastung der teilstationären Einrichtungen sowie auf die hohen Auslastungsquoten von „Haus Bronkhorstfeld“ und der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ und auf die verbesserte Auslastung im Bereich des „Louise-Schroeder-Heims“ hingewiesen werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht zu erkennen.

Mit der Eröffnung eines neuen Pflegeheimes in Oberhausen-Sterkrade wird im Laufe des Jahres 2011 gerechnet. Die Betriebsleitung geht jedoch nicht davon aus, dass sich dadurch die Wettbewerbsposition der ASO gGmbH als Vertragspartnerin wesentlich verändern wird.

VI. Prognosebericht

Aufgrund der bereits dargestellten politischen Entscheidungen wird es auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung zu dem Bau betreuter Altenwohnungen kommen. Es wird seitens der Betriebsleitung damit gerechnet, dass die von der ASO gGmbH benötigte Grundstücksfläche entsprechend ausparzelliert und an diese veräußert wird. Die unter 1.2. dargestellten Vertragswerke müssten dann entsprechend angepasst werden

Oberhausen, den 25. Februar 2011

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker
Betriebsleiter

5. Beteiligungsbericht

Der nach § 117 Abs. 1 GO NRW sowie § 49 Abs. 2 GemHVO NRW dem Gesamtabschluss beizufügende Beteiligungsbericht 2010 lag dem Haupt- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 06.02.2012 sowie dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 13.02.2012 vor.

In Anbetracht des Druckumfanges und der damit einhergehenden Kosten wird der Beteiligungsbericht nur dem Original des Gesamtabschlusses und einer geringen Auflagenhöhe von 30 Exemplaren zur Verwendung gegenüber der Aufsichtsbehörde, im Verwaltungsvorstand, in den Fachdienststellen der Bereiche Finanzen, Rechnungsprüfung sowie Personal und Organisation, zur gesetzlichen Aufbewahrung sowie in den Fraktionen beigefügt.

Darüber hinaus steht die komplette Fassung des Gesamtabschlusses 2010 der Stadt Oberhausen im Ratsinformationssystem ALLRIS in Dateiform zur Verfügung.

Die Rats- und Ausschussmitglieder werden gebeten, die bereits vorliegende Fassung des Beteiligungsberichtes im Rahmen der Beratungen zum Gesamtabschluss 2010 zu verwenden.

BETEILIGUNGSBERICHT
DER STADT OBERHAUSEN
2010

*Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister*

*Bereich 9-5
Stabsstelle Beteiligungen*

Stand: August 2011

Vorwort Beteiligungsbericht 2010

Mit dem nun vorliegenden 17. Beteiligungsbericht wird die kontinuierliche Berichterstattung über die Beteiligungen der Stadt Oberhausen fortgeführt. Der Bericht ermöglicht eine Gesamtschau auf die Vielfalt und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften der Stadt Oberhausen. Die Beteiligungsunternehmen der Stadt Oberhausen tragen in einem ganz erheblichen Maße zur guten Lebensqualität und zur öffentlichen Infrastruktur in unserer Stadt bei. Dabei sind die Unternehmen gehalten, angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte einerseits erstklassige Dienstleistungen zu bieten und auf der anderen Seite den notwendigen Sparkurs der Stadt aktiv zu unterstützen.

Die Stadt Oberhausen kommt mit dem Bericht der Vorgabe aus der Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Einführungsgesetz zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) nach.

Der Beteiligungsbericht 2010 enthält wesentliche Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der mittel- und unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Oberhausen, ihrer eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und über die Trägerschaft der Stadtparkasse Oberhausen. Er enthält die Jahresabschlüsse des Jahres 2010 und wird nunmehr erstmals dem Gesamtabchluss der Stadt Oberhausen beigelegt (gemäß §§ 116 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen).

Der Bericht zeigt, wie wichtig und wie leistungsfähig öffentliche Daseinsvorsorge ist. Kommunale Unternehmen sind der Garant für Leistungen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort erbracht werden und über die auch vor Ort entschieden wird.

Der vorliegende Beteiligungsbericht stellt durch umfassende Informationen Transparenz her. Er kann als solide Grundlage Diskussionen unterstützen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung vorbereiten.

Oberhausen, im August 2011


Wehling
-Oberbürgermeister-

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	5
<i>Gründungshistorie</i>	7
<i>Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen</i>	9
<i>Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen</i>	11
<i>Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2010</i>	14
<i>Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2010</i>	16
<i>Einzelberichterstattung</i>	17
<i>Ver- und Entsorgung</i>	19
<i>OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH</i>	22
<i>STOAG Stadtwerke Oberhausen AG</i>	32
<i>WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH</i>	44
<i>PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH</i>	52
<i>OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH</i>	58
<i>evo Energieversorgung Oberhausen AG</i>	62
<i>evo Energie-Netz GmbH</i>	68
<i>Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG</i>	72
<i>Biostrom Oberhausen Management GmbH</i>	76
<i>Quantum GmbH</i>	80
<i>strasserauf GmbH</i>	90
<i>KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG</i>	94
<i>KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH</i>	96
<i>FSO GmbH & Co.KG</i>	98
<i>FSO Verwaltungs- GmbH</i>	114
<i>RWE Aktiengesellschaft</i>	116
<i>RW Holding Aktiengesellschaft</i>	118
<i>GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH</i>	120
<i>VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH</i>	130
<i>RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH</i>	132
<i>Wirtschaftsförderung</i>	141
<i>WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH</i>	144
<i>TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH</i>	152
<i>Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO</i>	158
<i>VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH</i>	166

Freizeit und Tourismus	171
Gasometer Oberhausen GmbH	174
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	178
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	186
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	196
Revierpark Vonderort GmbH	206
Wohnungsgenossenschaften	213
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	214
Sonstige Gesellschaften	217
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	220
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	226
ASO Service GmbH	234
ARGE SODA (Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt)	240
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	244
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	248
Public Konsortium d-NRW GbR	254
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	258
Stadtsparkasse Oberhausen	262
Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	285
Theater Oberhausen	288
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	296
Besetzung der Gesellschaftsorgane	303
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen	303
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.	304
Besetzung der Betriebsausschüsse	307
Anlagen	309
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	309
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung	318
Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen	323
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	334
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis	337

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH (Gesellschaft wurde im Jahr 2000 liquidiert)	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1995	Landesgartenschau Oberhausen GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)
1997	TheatrO. CentrO. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(WF)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis)	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom-Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom-Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)

V Ver- und Entsorgung
 F Freizeit und Tourismus
 S Sonstige

WF Wirtschaftsförderung
 WB Wohnungsgenossenschaften
 EB Eigenbetriebe

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2010 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2010 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befinden sich die nachfolgenden ehemaligen städtischen Beteiligungen im Liquidationsverfahren:

- FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.
- TheatrO. CentrO. GmbH i.L.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2008 - 2010 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2010 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2010 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, soll auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht für die Zukunft verzichtet werden.

[Kennzahlen](#)

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass die Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

[Beteiligungen](#)

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2010).

[Besetzung der Gremien](#)

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2010).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 01.08.2011) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:
$$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Umsatz}}$$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:
$$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuführen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:
$$\text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} (-\text{Zuschreibungen})$$

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}^*)}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

*) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote:
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote:
$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2010

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsabgeben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										
ARGE SODA (Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt)										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						373.477,50				601,71
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										18.981,72
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	501.312,78									324.418,00
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH ENO	434.600,00									
evo Energie-Netz GmbH										
evo Energieversorgung Oberhausen AG								5.785.632,35	9.801.138,95	
FSO GmbH & Co.KG										
FSO Verwaltungs- GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								2.066.000,00		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH										
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				6.341.318,37				
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	786.357,00					5.441.438,45				

	Ertrags-/Betriebs- kostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Darlehens- gewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinn- abführung	Konzessions- abgeben	Übrige Zahlungen an die Stadt
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						9.454.298,18				
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Public Konsortium d-NRW GbR										
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								336,70	3.160.661,35	
Stadtparkasse Oberhausen										
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG						36.042.705,48				37.500,44
strasserauf GmbH										
Theater Oberhausen										
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	33.350,00	376.824,60								
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH						25.864.788,03				
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH										
SUMME	2.053.219,78	1.552.804,60	0,00	0,00	0,00	83.518.026,01	0,00	7.851.969,05	12.961.800,30	381.501,87

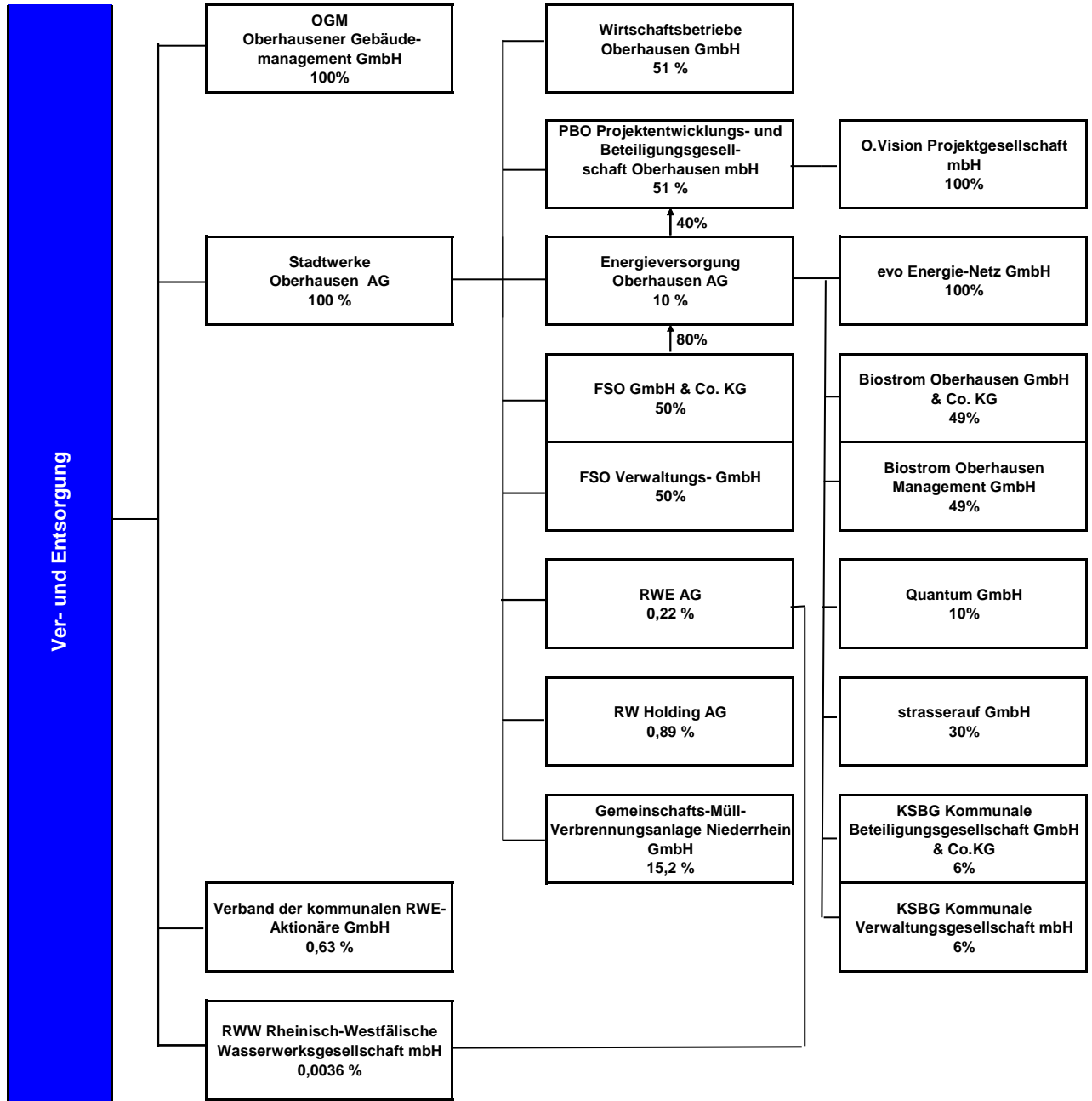
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2010

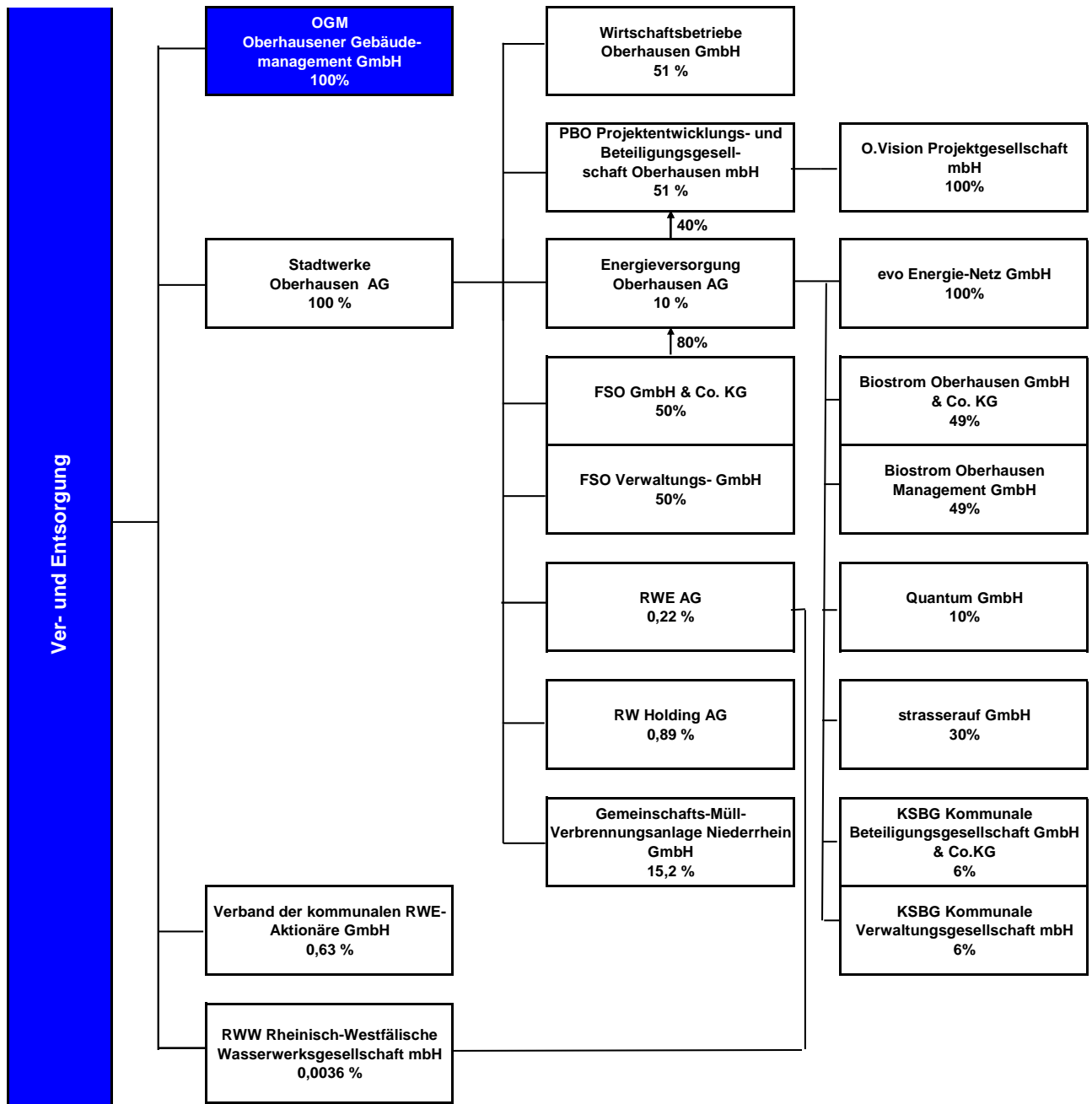
Geschäfts- und Ertragslage

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	99.014,96	98.053,46	193,81	102.616,44	76.125,31	6.808,58	6,6	709	35
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	30.827,68	24.612,20	7.208,88	126.307,03	105.444,55	58.750,15	46,5	450	14
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	42.697,86	41.746,75	2.884,61	26.197,80	15.523,35	4.471,27	17,1	368	23
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	222,95	39,5	-529,13	7.884,31	0	0	0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,82	8,82	-248,78	10.801,65	0	0	0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	233.680,38	227.630,55	11.571,26	170.140,59	91.920,29	30.304,99	17,8	444	24
evo Energie-Netz GmbH	82.946,72	82.395,47	1.130,18	23.011,72	18,96	1.142,48	5	7	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	91.115,75	90.929,17	15.608,26	229.255,05	164.116,23	20.963,90	9,1	188	11
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	2.070,08	2.259,27	5.248,43	8.414,47	3.302,95	3.213,90	38,2	12	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.278,40	709,45	78,3	12.019,34	8.174,66	0	0	0	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	246,78	28,99	-1.091,54	1.107,79	8,66	851,67	76,9	2	0
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	3.762,55	3.726,17	239,06	30.227,01	29.452,14	0	0	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	2.648,29	2.142,23	151,75	2.666,62	33,72	2.202,36	82,6	2	0
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	1.262,76	666,93	-397,51	786,33	388,66	56,4	7,2	18	2
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.325,56	126,15	14,32	332,83	10,89	99,06	29,8	8	1
Revierpark Vonderort GmbH	2.700,59	1.860,82	-737,8	3.495,22	3.228,72	2.182,31	62,4	27	1
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	135,29	134,34	20,99	1.499,98	1.324,09	467,29	31,2	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	6.432,43	6.431,21	-1,55	1.160,53	40,19	183,22	15,8	221	1
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	24.058,24	21.008,68	371,23	10.735,37	998,81	4.327,43	40,3	411	0
ASO Service GmbH	645,13	645,13	0	37,23		25	67,1	19	0
Public Konsortium d-NRW GbR	0,32		-2,74	1.321,28	1.250,00	1.318,30	99,8	1	0
Stadtparkasse Oberhausen			1.071,13	2.400.337,33		105.795,75	4,4	517	38
Theater Oberhausen	9.309,89	466,45	25,46	1.184,52		169,69	14,3	121	0
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.651,43	2.606,42	-2.562,24	30.065,61	148,89	4.488,90	14,9	0	0
SUMME	639.042,86	608.228,16	40.246,38	3.201.606,05	501.511,07	247.822,65		3.525	150

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung





OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 594-5
Fax 0208 / 594-7070
e-Mail ogminfo@ogm.de
Internet <http://www.ogm.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM GmbH vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005
Stadt Oberhausen	Rahmenleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000

	(gültig an 01.01.2001), zuletzt modifiziert am 27.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Elsemann, Bernhard
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzende (AN)	Broll, Marianne
	stellv. Vorsitzender	Nakot, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Klunk, Peter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Jäntsches, Angelika
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Lorenschat, Manfred
	Mitglied	Paasch, Dirk
	Mitglied (AN)	Bosserhoff, Ralf
	Mitglied (AN)	Hansmeier, Udo
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
Mitglied (AN)	Zwick, Andrea	
Prokura:	Prokurist	Kalthoff, Horst
	Prokurist	Könings, Reinhard

c) Beteiligungen

unmittelbar

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

T€ %

12,50 4,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes			389,19	0,4	291,90	0,3	-97,29	-25,00
Anlagevermögen	55.077,13	74,1	77.435,46	75,2	76.125,31	74,2	-1.310,15	-1,69
Umlaufvermögen	19.036,42	25,6	25.014,10	24,3	26.099,59	25,4	1.085,49	4,34
Rechnungsabgrenzungsposten	177,55	0,2	67,42	0,1	99,64	0,1	32,22	47,79

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.112,88	5,5	5.219,54	5,1	6.808,58	6,6	1.589,04	30,44
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.927,98	2,6	1.787,76	1,7	1.647,54	1,6	-140,22	-7,84
Rückstellungen	2.648,92	3,6	3.847,66	3,7	5.041,17	4,9	1.193,51	31,02
Verbindlichkeiten	65.601,32	88,3	92.051,21	89,5	89.119,14	86,8	-2.932,07	-3,19

Bilanzsumme

	74.291,10	100,00	102.906,17	100,00	102.616,44	100,00	-289,73	-0,28
--	------------------	---------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	----------------	--------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	96.574,91	95.333,47	98.053,46
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.427,15	1.197,94	284,44
andere aktivierte Eigenleistungen		389,19	0,00
sonstige betriebliche Erträge	562,21	829,73	677,06
Materialaufwand	47.684,22	46.212,74	47.744,21
Personalaufwand	28.977,52	27.592,97	26.960,08
Abschreibungen	5.040,49	5.257,00	5.929,26
sonstige betriebliche Aufwendungen	12.174,67	13.062,81	13.422,43
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	164,42	160,89	113,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.780,67	3.448,04	3.891,37
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.071,13	2.337,68	1.181,12
außerordentliche Aufwendungen		64,73	
außerordentliches Ergebnis		-64,73	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	804,99	840,57	693,29
sonstige Steuern	314,35	325,72	294,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	951,79	1.106,66	193,81
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-6.107,91	-5.156,12	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.156,12	-4.049,46	193,81

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,99	1,16	0,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,27	11,94	2,93	%
Cash-Flow:	5.992,28	6.363,66	6.123,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	127,67	129,13	139,65	T€
Personalaufwandsquote:	29,40	28,23	27,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,97	74,52	73,37	%
Eigenkapitalquote:	5,54	5,07	6,63	%
Fremdkapitalquote:	94,46	94,93	93,37	%

e) Lagebericht**I. Das Geschäftsjahr 2010**1. Allgemeines

Die OGM GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr kann die OGM GmbH auf eine 10jährige operative Tätigkeit zurückblicken.

Mit einem Teil des breiten Aufgabenspektrums der OGM GmbH wird dafür gesorgt, dass die Stadt Oberhausen ihre Aufgaben reibungslos wahrnehmen kann. Hierzu gehört die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen und städtischen Kindertageseinrichtungen, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie und vieles mehr.

Um den immer neuen Anforderungen der Stadt Oberhausen in technischer, organisatorischer sowie wirtschaftlicher Hinsicht gerecht werden zu können, muss die OGM GmbH kontinuierlich ihre internen Strukturen optimieren, Arbeitsabläufe neu organisieren und Konditionen mit Lieferanten und Dienstleistern fortwährend finanziell überprüfen.

2. gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Finanzkrise, allgemeine Preissteigerungen, steigende Energiekosten, tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen, Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Wie in vielen anderen Unternehmen haben sich auch bei der OGM GmbH entsprechende gesamtwirtschaftliche Einflüsse bemerkbar gemacht. Dies gilt u.a. für die gestiegenen Energie- und Treibstoffkosten.

Wesentlich gravierender wirkt sich allerdings die finanzielle Situation der Stadt Oberhausen aus, die seit Jahren den Zwängen der Haushaltskonsolidierung unterliegt und dadurch gezwungen ist, ihr Leistungsangebot an die Bürger und damit auch die Leistungsnachfrage bei der OGM GmbH einer steten kritischen Prüfung zu unterziehen.

Positiv hat sich hier das Konjunkturpaket II ausgewirkt, das zu einer verstärkten Beauftragung zur Durchführung von Baumaßnahmen geführt hat.

3. besondere Projekte

In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 wurden mehrere größere Projekte realisiert (Errichtung des Hallenbades Oberhausen sowie des Familien-Allwetterbades AQUApark, Errichtung von Parkhäusern an der Marina Oberhausen und am Eugen-zur-Nieden-Ring, Errichtung eines Zentralen Betriebshofs). Im Geschäftsjahr 2010 konnten die Bäder und die Parkhäuser erfolgreich am Markt etabliert werden. Der Zentrale Betriebshof hat erwartungsgemäß zur Optimierung der Arbeitsabläufe und der Wirtschaftlichkeit der dort angesiedelten Betriebsteile beigetragen.

Im Übrigen lag im Geschäftsjahr 2010 neben dem Tagesgeschäft ein Schwerpunkt auf der Abwicklung des Konjunkturpaketes II, über das in den Jahren 2009 bis 2011 im Auftrag der Stadt Oberhausen Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 25,4 Mio. € brutto abgewickelt werden.

4. Beteiligungen

Die OGM GmbH hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

5. Risikomanagement

Die OGM GmbH hat bereits im Jahre 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden. Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung unternehmens-gefährdender Risiken.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst. Nicht erfasst werden Risiken, die sich grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes ergeben sowie Risiken aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen, sofern nicht konkrete Anhaltspunkte für ein tatsächlich bestehendes Risiko vorliegen.

Die in den im Geschäftsjahr 2010 durchgeführten Risiko-Inventuren aufgelisteten Risiken (im Wesentlichen Schadensersatzansprüche, Reduzierung der Beauftragung von Leistungen durch die Hauptkundin Stadt Oberhausen, Ausscheiden zahlreicher leitender Mitarbeiter/innen in den kommenden Jahren) konnten bis zum Ende des Geschäftsjahres durch Verhandlungen, Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen etc. weitestgehend minimiert werden.

Unternehmensgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

6. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2010 auf 98,05 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 2,7 Mio. € bzw. 2,8 %. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Erlöse aus Baumaßnahmen und Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen sowie der „Eintrittsgelder Bäder“ zurückzuführen.

Positiv auf die Erlöse ausgewirkt hat sich auch das Konjunkturpaket II. Durch die in diesem Rahmen für die Stadt Oberhausen zusätzlich durchgeführten Baumaßnahmen konnten entsprechende Erlöse aus Honoraren generiert werden.

Im Bereich der bezogenen Leistungen ist der Anstieg im Wesentlichen auf die Preissteigerung für den Energiebezug, aber auch auf allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen.

Tarifliche Personalkostensteigerungen konnten durch Fluktuation kompensiert werden.

Durch die Investitionen der letzten Jahre – insbesondere in das bewegliche Anlagevermögen - ist die Abschreibung im Vorjahresvergleich um 672 T€ gestiegen.

Das Betriebsergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 4,96 Mio. € aus. Dies bedeutet im Vergleich zum Geschäftsjahr 2009 einen Rückgang um 0,67 Mio. € bzw. 11,8 %.

Das Finanzergebnis schließt zum 31.12.2010 mit einem Betrag von – 3,78 Mio. € ab; zum 31.12.2009 war ein Finanzergebnis von – 3,29 Mio. € zu verzeichnen.

Da das Bäderkonzept mit der Eröffnung des AQUAparks im Dezember 2009 bereits vollständig umgesetzt wurde und damit auch der entsprechende Kapitaldienst zu leisten ist, andererseits jedoch der von der Stadt Oberhausen zu zahlende Zuschuss für die Nutzung der Bäder durch Schulen und Vereine vertragsgemäß erstmals zum 01.01.2012 auf Selbstkostenbasis angepasst werden kann, erfolgte im Berichtsjahr keine

vollständige Refinanzierung des Kapitaldienstes mit der entsprechenden Auswirkung auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 1,18 Mio. €. Im Vorjahresvergleich ist dies ein Rückgang um 1,16 Mio. € bzw. 49,5 %.

Unter Berücksichtigung der Steuerlast ergibt sich für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt ein Überschuss in Höhe von 193.808 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung um 913 T€ bzw. 82,5 %.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2006	2007	2008	2009	2010
Umsatzerlöse (in T€)	91.317	89.606	96.574	95.333	98.054
Materialaufwandsquote	47 %	46 %	51 %	50 %	49 %
Personalaufwandsquote	31 %	30 %	31 %	30 %	27 %
Personalaufwand pro Kopf (in T€)	35	34	36	36	37
Jahresergebnis (in T€)	1.700	-2.367	952	1.107	194
Eigenkapital (in T€)	5.528	3.161	4.113	5.220	6.809
Eigenkapitalquote	11,4 %	4,8 %	5,8 %	5,1 %	6,6 %
Investitionen (in T€)	19.420	16.087	14.952	29.021	5.404
Verschuldungsgrad	88,6 %	92,0 %	92,3 %	93,2 %	91,8 %

Insgesamt ist es erneut gelungen, ein positives Betriebsergebnis zu erzielen. Mit dem nach Steuern verbleibenden Überschuss kann der bestehende Verlustvortrag reduziert und damit eine Stärkung des Eigenkapitals bewirkt werden.

7. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Mit der Instandhaltung und Reinigung der Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäude, der Bereitstellung der Infrastruktur für IT und Telekommunikation, der Unterhaltung und Pflege der kommunalen Grünflächen und Friedhöfe sowie der Sportflächen, dem Betrieb der Bäder sowie der Verwaltung städtischer Mietobjekte ist die OGM GmbH in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2010 trotz erschwelter Bedingungen - geringere Budgets, Reduzierung der Mitarbeiterzahl, Arbeitsverdichtung etc. - in dem vertraglich vereinbarten Umfang erledigt und haben dazu beigetragen, den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten zu bieten.

8. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge. Für ein Darlehen wurde im Rahmen einer Prolongation zur Absicherung von Zinsrisiken sowie zur Optimierung der jederzeitigen Möglichkeit von Sondertilgungen ein Zins-Swap abgeschlossen.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2010 nicht aufgetreten.

II. Ausblick

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 weist bei einem Umsatzvolumen von 97,3 Mio. € ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,181 Mio. € aus. Investitionen sind in Höhe von 3,6 Mio. € vorgesehen.

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2011 wurden die zu erwartenden Erlöse auf der Basis der Ist-Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2010, der vereinbarten Index-Steigerungen sowie der bekannten Veränderungen im Abruf des Leistungsangebotes der OGM GmbH durch die Stadt Oberhausen berücksichtigt. Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entgelt-entwicklung, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preissteigerungen, insbesondere im Energiebereich berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurde davon ausgegangen, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen durch Personalfluktuationsaufgefangen werden können.

Das im Wirtschaftsplan 2011 ausgewiesene nur knapp positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit basiert im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Anpassung des Zuschusses für die Bereitstellung der Bäder für das Schul- und Vereinsschwimmen vertragsgemäß erstmals zum 01.01.2012 erfolgen kann, die Zinsen für die entsprechenden Darlehen sowie die Abschreibungen jedoch bereits seit dem Geschäftsjahr 2010 in vollem Umfang ergebniswirksam werden. Nach der Anpassung des Zuschusses zum 01.01.2012 werden sich deutliche positive Auswirkungen auf das Gesamtergebnis der OGM ergeben.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2011, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen sowie ab 2012 die Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Bereitstellung der Bäder für das Schul- und Vereinsschwimmen auf Selbstkostenbasis berücksichtigt.

Angesichts der Laufzeit der Verträge zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen sowie der Tatsache, dass soweit wie möglich Kostenelemente-Klauseln vereinbart wurden, die eine regelmäßige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Entgelte gewährleisten, sieht die Geschäftsführung für die nächsten Jahre hinreichende Planungssicherheit und die Aussicht auf weiterhin positive Ergebnisse, die ab 2012 wieder zu deutlichen Überschüssen führen werden.

Einmalige Ergebnisverbesserungen erwartet die Geschäftsführung in einem der kommenden Geschäftsjahre aus der Veräußerung einiger Grundstücke, die durch den Abriss ehemaliger Bäder sowie durch die Verlagerung von Betriebsstätten zum Zentralen Betriebshof für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung stehen.

Bedingt durch die gemeinderechtlichen Vorschriften kann die OGM GmbH nur sehr eingeschränkt am Markt tätig werden. Damit sind der Möglichkeit, weitere Aufträge zu generieren, enge Grenzen gesetzt. Hauptauftraggeber bleiben weiterhin die Stadt Oberhausen und ihre Tochtergesellschaften. Dies ist mit dem stetigen Risiko verbunden, dass angesichts der Zwänge zur Haushaltskonsolidierung die Nachfrage nach den Leistungen der OGM GmbH sinkt und die Notwendigkeit besteht, die daraus resultierenden Remanenzkosten zu kompensieren.

Seit dem 09.11.2009 ist eine Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2004 – 2007 anhängig. Zum Stichtag 31.12.2010 war diese Prüfung noch nicht abgeschlossen. Zu dem von der Betriebsprüfung beanstandeten Sachverhalt hat die OGM GmbH zahlreiche Gegenargumente dargelegt und diese auch mit umfangreichen Unterlagen belegt. Angesichts der teilweise grundsätzlichen Fragen, die möglicherweise auch Auswirkungen für andere Städte und deren Unternehmen haben könnten, ist mit einer kurzfristigen Entscheidung nicht zu rechnen.

Des Weiteren ist eine Diskussion mit der Energieversorgung Oberhausen AG (EVO) bezüglich der Bilanzierung der Rasenheizung im Stadion Niederrhein anhängig. Diese hat möglicherweise grundsätzliche Bedeutung für eine Vielzahl von Heizungsanlagen in den Gebäuden der Stadt Oberhausen. Hier wird in den nächsten Wochen und Monaten eine abschließende Klärung erforderlich sein, die eventuell zu einer höheren Abschreibung führen kann.

Dass die OGM GmbH in Zukunft erneut durch möglicherweise von der Bezirksregierung gegen die Stadt Oberhausen verhängte Auflagen bzw. einvernehmliche Vereinbarungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung betroffen sein wird und sich eventuell weiteren Prüfungen z.B. auch mit Blick auf die Themen (Teil)-Rekommunalisierung und (Teil)-Privatisierung unterziehen muss, kann nach derzeitigem Kenntnisstand nicht ausgeschlossen werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

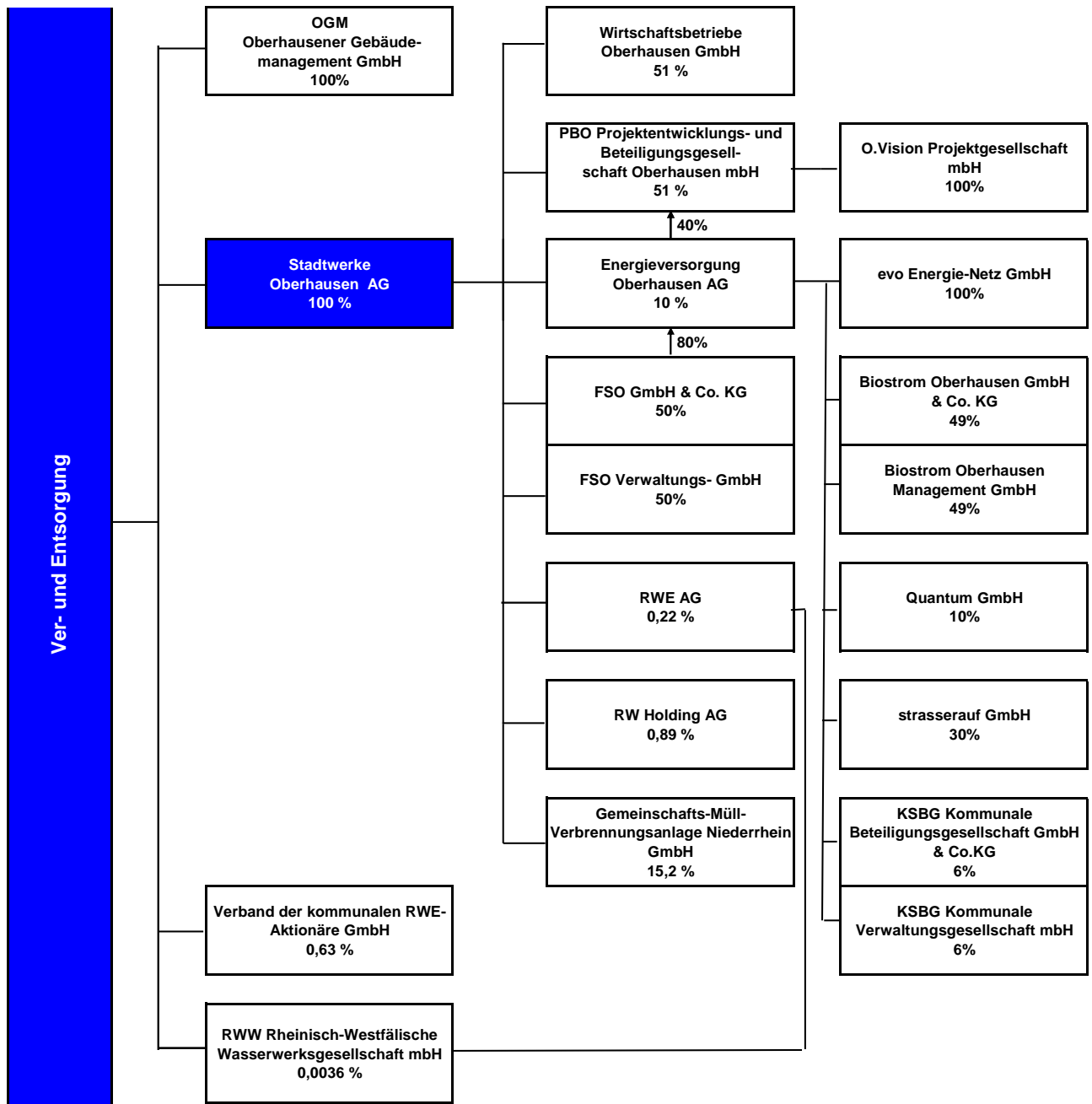
Oberhausen, den 02. März 2011

gez.

Bernhard Elsemann
Geschäftsführer

gez.

Hartmut Schmidt
Geschäftsführer



STOAG Stadtwerke Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5000
Fax 0208/ 835 5009
e-Mail h.worch@stoag.de
e-Mail w.overkamp@stoag.de
Internet <http://www.stoag.de/>

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der EVO vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsdurchführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmeverteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vorstand:	Mitglied	Klunk, Peter	
	Mitglied	Overkamp, Werner	
Hauptversammlung:		Der/die Vertreter/in der Stadt in der Hauptversammlung wird jeweils vom Rat der Stadt benannt.	In der ordentlichen Hauptversammlung 2010 hat der Stadtverordnete Herr Werner Nakot die Stadt Oberhausen vertreten.
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus	
	1. stellv. Vorsitzender	Hausmann, Wilhelm	
	2. stellv. Vorsitzende (AN)	Schneider, Detlef	
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	
	Mitglied	Janßen, Dieter	
	Mitglied	Müthing, Christa	
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
	Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz	
	Mitglied	Wolter, Marita	
	Mitglied	Wittmann, Regina	
	Mitglied	Carstensen, Jens	
	Mitglied (AN)	Kozlik, Peter	
	Mitglied (AN)	Kriebel, Carsten	
	Mitglied (AN)	Maubach, Horst	
Mitglied (AN)	Röder, Alfred		
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe	

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs- GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,21
RW Holding Aktiengesellschaft	661,83	0,89
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00

mittelbar	T€	%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	245,00	24,50
Biostrom Oberhausen Management GmbH	6,13	24,50
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,04
evo Energie-Netz GmbH	15,00	50,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,00
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	116.091,50	86,5	110.548,00	85,1	105.444,55	83,5	-5.103,45	-4,62
Umlaufvermögen	18.055,97	13,5	19.292,00	14,9	20.831,58	16,5	1.539,58	7,98
Rechnungsabgrenzungsposten	24,14	0,0	39,00	0,0	30,91	0,0	-8,09	-20,74
Passiva								
Eigenkapital	62.114,95	46,3	58.731,00	45,2	58.750,15	46,5	19,15	0,03
Sonderposten mit Rücklagenanteil	667,01	0,5	1.258,00	1,0	561,80	0,4	-696,20	-55,34
Rückstellungen	18.356,83	13,7	17.739,00	13,7	16.488,22	13,1	-1.250,78	-7,05
Verbindlichkeiten	53.032,81	39,5	52.151,00	40,2	50.506,87	40,0	-1.644,13	-3,15
Bilanzsumme	134.171,60	100,00	129.879,00	100,00	126.307,03	100,00	-3.571,97	-2,75

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25.831,25	25.081,12	24.612,20
sonstige betriebliche Erträge	7.923,07	6.151,02	6.215,49
Materialaufwand	15.265,09	14.832,16	14.900,35
Personalaufwand	24.108,13	24.148,03	22.532,43
Abschreibungen	4.311,20	4.822,81	4.657,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.491,44	5.990,75	7.164,63
Erträge aus Beteiligungen	7.490,95	11.223,41	10.177,72
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.512,78	6.443,83	5.019,89
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	379,96	40,82	296,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.234,67	2.471,04	2.527,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.272,53	-3.324,59	-5.461,28
außerordentliche Erträge			27,50
außerordentliche Aufwendungen			1.714,46
außerordentliches Ergebnis			-1.686,97
sonstige Steuern	52,79	54,31	60,63
Erträge aus Verlustübernahmen	5.325,32		7.208,88
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	-3.378,90	0,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-3.384,00	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	5,10	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-20,62	-13,47	-29,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,57	-5,75	-12,27	%
Cash-Flow:	-1.014,12	1.443,91	-2.551,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	69,88	67,17	68,51	T€
Personalaufwandsquote:	71,42	77,32	73,09	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,44	41,34	38,48	%
Eigenkapitalquote:	46,30	45,22	46,51	%
Fremdkapitalquote:	53,70	54,78	53,49	%

e) Lagebericht

1 Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) ist der kommunale Anbieter für Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Schnell und zuverlässig, aber auch sicher, bequem und umweltfreundlich sollen die Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen ihr Reiseziel erreichen. Dieses wird möglich durch ein Team aus 445 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und durch einen modernen Fuhrpark mit 124 Bussen und 6 Niederflurstraßenbahnen.

2 Rahmenbedingungen

Am 03. Dezember 2009 ist die neue EU-Verordnung für den ÖPNV Nr. 1370/2007 (VO 1370) in Kraft getreten. Dieser neu geschaffene europäische Rechtsrahmen erfordert eine Anpassung des deutschen Rechts, insbesondere des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Gleichwohl ist die neue Verordnung seit dem 03. Dezember 2009 geltendes Recht in allen Mitgliedstaaten der EU.

Das Finanzierungssystem des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) wurde auf der Grundlage des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 neu konzipiert und wird seit 2006 angewendet. Es entspricht den Anforderungen des europäischen und deutschen Rechtsrahmens, wird aber auch den spezifischen lokalen Gegebenheiten gerecht. Das Finanzierungssystem sieht einen Ausgleich für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen vor, die über das Finanzierungssystem des VRR von der Stadt Oberhausen getragen werden. Das anhängige Beihilfeprüfverfahren gegen zwei im Finanzierungssystem des VRR integrierte Verkehrsunternehmen hat die Europäische Kommission im Februar 2011 positiv abgeschlossen und insoweit das Finanzierungssystem als konform mit den europäischen Vorgaben beurteilt.

Zum 01. Januar 2011 ist eine Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Kraft getreten. Eine der wichtigsten Änderungen ist die Überführung der bundesgesetzlichen Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr (§ 45a PBefG) in eine eigenständige landesgesetzliche Ausbildungsverkehr-Pauschale (§ 11a ÖPNVG NRW). Zuständig für die Ausreichung der Pauschale sind die Aufgabenträger. Ihnen wird die gleichmäßige Verwendung der Mittel ausschließlich für den Bereich des Ausbildungsverkehrs auferlegt und mit klaren Vorgaben versehen. Mindestens 87,5% der auf einen Aufgabenträger entfallenden Pauschale sind an die Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die im jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Aufgabenträgers den Ausbildungsverkehr betreiben. Maximal 12,5% der Pauschale kann der Aufgabenträger zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie Qualitätsverbesserungen im Ausbildungsverkehr dienen, einsetzen.

Die Mittel dürfen nur an Verkehrsunternehmen weitergeleitet werden, die den jeweiligen Gemeinschaftstarif, die Übergangstarife und den landesweiten Tarif anwenden oder zumindest anerkennen. Die Weiterleitung erfolgt auf Grundlage des jeweiligen angewandten Tarifs. Der angewandte Tarif muss spätestens zum 01. August 2012 eine Rabattierung der Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs um mindestens 20% vorsehen. Zurzeit werden im Bereich des VRR die Schlüssel zur Verteilung der Mittel nach Aufgabenträger (Wagen-km) ermittelt. Die Stadt Oberhausen als Aufgabenträger 100% hat gegenüber dem VRR erklärt, dass die Ausbildungsverkehr-Pauschale zu 100% an die STOAG weitergeleitet werden soll.

3 Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Im Vergleich zum Vorjahr entwickelten sich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die Einnahmen positiv - die Anzahl der Fahrten hingegen ging leicht zurück. Diese Entwicklung ist auch bei der STOAG festzustellen. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2010 lagen bei 39,1 Millionen und damit um 2,5% unter dem Vorjahreswert.

Während die Anzahl der Fahrgäste im Bar- und Zeitkartenbereich (incl. ABO) leicht gestiegen ist, sind starke Rückgänge im Ausbildungsverkehr, hier insbesondere beim SchokoTicket, zu verzeichnen. Durch Einführung einer elektronischen Ticketkontrolle (EinstiegKontrollSystem –EKS-) sind die Fahrgastzahlen beim erhöhten Beförderungsentgelt um 50% gesunken.

Die negativen Einflüsse überwiegen und konnten durch die o.g. Fahrgastzuwächse leider nicht aufgefangen werden.

Entwicklung der Fahrgastzahlen:

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	40,1	
2005	40,2	+ 0,25
2006	40,5	+ 0,75
2007	40,6	+ 0,25
2008	40,2	- 1,0
2009	40,0	- 0,5
2010	39,1	- 2,5

Entwicklung der Abonnentenzahlen:

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
2004	32.331	
2005	33.635	+ 4,0
2006	33.958	+ 1,0
2007	34.531	+ 1,7
2008	35.066	+ 1,5
2009	34.554	- 1,5
2010	34.588	+ 0,1

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung der STOAG in Oberhausen und den benachbarten Stadtgebieten ist im Jahr 2010 leicht zurückgegangen und lag mit 9,89 Mio. Nutzwagenkilometern (Nwkm) um 1,7% unter dem Vorjahreswert von 10,07 Mio. Nwkm. Einflussfaktoren waren zum einen die Auswirkungen der Angebotsreduzierung im Sommer 2009 aufgrund der Haushaltskonsolidierung, zum anderen die Mehrleistungen durch den wieder auf 23 Uhr verlegten Beginn des Nachtnetzes.

Entwicklung der Betriebsleistung:

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2004	11.325.183
2005	11.338.306
2006	10.681.616
2007	10.622.042
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509

Die prozentuale Verteilung der Betriebsleistung auf die Verkehrsmittel hat sich nur geringfügig geändert. Der Anteil der Straßenbahn war durch die Baumaßnahmen im Sommer und die witterungsbedingten Störungen im Dezember etwas geringer als im Vorjahr.

Entwicklung der Betriebsleistung je Verkehrsmittel:

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2009 in %	Betriebsleistung 2010 in %
Solobus	54,9	55,0
Gelenkbus	39,1	39,7
Straßenbahn	6,0	5,3

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtwerke Oberhausen AG verlief 2010 erfreulich. Der positive Trend der letzten Jahre konnte fortgesetzt werden.

Bei den Verkaufserlösen war 2010 wiederum eine Steigerung zu verzeichnen. Die Verkaufserlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,4% auf 25,0 Mio. EUR (Vorjahr: 24,4 Mio. EUR). Gründe dafür liegen in der Tarifierhöhung des VRR, bei der zum

1. August 2009 die Beförderungsentgelte um durchschnittlich 3,4 % angehoben wurden, und in der Einführung des ganztägig elektronisch kontrollierten Vordereinstiegs.

Die STOAG erzielte im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von 24,6 Mio. EUR. Diese lagen damit um 1,87% unter dem Vergleichswert des Vorjahres (25,1 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten gemäß § 45 a PBefG gingen gegenüber 2009 weiter leicht zurück und betragen 0,85 Mio. EUR (Vorjahr: 0,97 Mio. EUR). In den letzten Jahren haben die pauschalen Kürzungen dieser staatlichen Mittel einen deutlichen Rückgang der Zahlungen bewirkt.

Im Jahr 2010 fand die alle zwei Jahre durchgeführte Schwerbehindertenzählung statt. Die Zählung ergab einen Quotienten von 6,41%, der auch für 2011 anzuwenden ist. Zur Berechnung des Anspruchs ist dieser Wert um den „Mindestselbstbehalt“ von 1,25 % zu kürzen. Der so ermittelte Anspruch von 5,16 % liegt geringfügig unter dem des Vorjahres (5,65 %).

Die Ausgleichszahlungen für den Einnahmeausgleich im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wurden in einer Zählung im Jahr 2010 ermittelt. Das Zählergebnis wird für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 berücksichtigt. Eine endgültige Auswertung der Zählung wird voraussichtlich erst Mitte 2011 vorliegen. Vorläufige Auswertungen zeigen einen höheren Einnahmenanspruch der DB AG gegen die kommunalen Verkehrsunternehmen. Es ist davon auszugehen, dass die geleisteten Abschlagszahlungen für den Übersteigerenausgleich nicht ausreichen werden. Entsprechend einer vorläufigen Prognose des VRR wurde eine Rückstellung in Höhe von 0,6 Mio. EUR für mögliche Nachzahlungen für das Jahr 2010 gebildet.

Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich leicht von 0,4 Mio. EUR auf 0,5 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich ebenfalls leicht um 1,1% von 5,9 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR.

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand erhöhte sich von 14,8 Mio. EUR um 0,5% auf 14,9 Mio. EUR.

Die Energiekosten entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr nicht einheitlich. Während sich die Aufwendungen für Fahrstrom und sonstigen Strom von 0,455 Mio. EUR im Vorjahr nur auf 0,450 Mio. EUR im Jahr 2010 leicht verringerten, erhöhte sich dagegen der Aufwand für Diesel von 3,6 Mio. EUR auf 4,2 Mio. EUR.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr von 24,1 Mio. EUR um 6,7 Mio. EUR auf 22,5 Mio. EUR. Die Reduzierung beruhte u.a. darauf, dass in 2010 nach dem Auslaufen der Altersteilzeitregelung keine neuen Verträge mehr abgeschlossen werden und Personalabgänge, insbesondere im Fahrbetrieb, durch erhöhte Fremdagabe kompensiert wurden.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen im Personalbereich werden auch weiterhin zur dauerhaften Konsolidierung der Personalaufwendungen in den nächsten Jahren beitragen.

Bei den Abschreibungen ist ein Rückgang von 3,4% von 4,8 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Veränderung der Abschreibungen ist u.a. durch die in 2009 vorgenommene Sonderabschreibung des ehemaligen Verwaltungsgebäudes begründet.

Der Mehraufwand von 19,6% bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 7,2 Mio. EUR (Vorjahr 6,0 Mio. EUR) ist fast ausschließlich auf den Abgang der im Rahmen der ÖPNV-Erweiterungsstrecken erfolgten Investitionen zurückzuführen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit veränderte sich von -3,3 Mio. EUR um 2,1 Mio. EUR auf -5,4 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis verminderte sich um 2,2 Mio. EUR von 15,2 Mio. EUR auf 13,0 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen in den reduzierten Dividendenbeträgen begründet.

Im außerordentlichen Ergebnis sind die Beträge aus den Bewertungsanpassungen an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung gemäß BilMoG wurde im Geschäftsjahr in einer Summe (15/15) zugeführt und belastete das Ergebnis mit 1,7 Mio. EUR.

Der Steueraufwand lag mit 0,061 Mio. EUR geringfügig über dem Vorjahreswert in Höhe von 0,055 Mio. EUR und beinhaltet hauptsächlich Grundsteuern.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2010 betrug 126,3 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (130,0 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Sachanlagevermögens um 5,1 Mio. EUR und der Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 0,6 Mio. EUR. Dagegen waren die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. EUR erhöht.

Das Anlagevermögen verringerte sich um 5,1 Mio. EUR auf 105,4 Mio. EUR. Grund hierfür war die Reduzierung des Sachanlagevermögens um 5,1 Mio. EUR auf 48,6 Mio. EUR. Neben den Abschreibungen war dies auf den Abgang der Anlagen im Bau zurückzuführen. Die Anlagen im Bau betrafen optionale Straßenbahnstreckenführungen, die in der Vergangenheit nicht realisiert wurden.

Die Bewertungsanpassung der Jubiläumsrückstellung ist gemäß BilMoG in die Gewinnrücklage einzustellen. Dies führt dazu, dass sich das Eigenkapital um 20 T EUR erhöhte. Es stellt nun 46,5% der Bilanzsumme dar.

Im Sonderposten mit Rücklagenanteil sind erhaltene Zuschüsse, wie z.B. für die Beschaffung von Hybridbussen, enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 16,5 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (17,7 Mio. EUR) leicht rückläufig. Der Pensionsrückstellung wurden nur geringe Beträge zugeführt. Sie hat einen Stand von 4,1 Mio. EUR. Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf 6,9 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten konnten um 1,6 Mio. EUR reduziert werden. Dies ist insbesondere auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-3,8 Mio. EUR) zurück zu führen.

Die STOAG verfügte im Jahr 2010 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Verkaufserlösen in Höhe von 25,0 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 15,2 Mio. EUR, auf dem Erhalt von Zinserträgen, der Zahlung der Vorhaltekostenförderung sowie auf sonstigen Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen für die nächsten Jahre (bis zum 31. Dezember 2019) gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf 6,1 Mio. EUR. Größte Position mit 4,7 Mio. EUR war die Beschaffung von dreizehn Solo- und vier Gelenkbussen. Damit wurde die kontinuierliche Erneuerung der Fahrzeugflotte fortgesetzt. Das Durchschnittsalter der Fahrzeuge zum Stichtag 31. Dezember 2010 betrug 4,99 Jahre.

Nachdem die Straßenbahnstrecken Ib / III (Mülheim bis Oberhausen HBF), Strecke II (Dorstener Straße bis Sterkrade Bahnhof) und Strecke IIb (Sterkrade Bahnhof bis Neumarkt) bereits in den Vorjahren abgerechnet wurden, ist der Verwendungsnachweis für die Strecke IV (Oberhausen HBF bis Dorstener Straße) im Jahr 2010 eingereicht und vom VRR geprüft worden. Somit ist die ÖPNV-Trasse in Gänze mit dem Zuwendungsgeber abgerechnet.

Das Projekt RBL/DFO I für das rechnergesteuerte Betriebssystem (RBL) und die erste Ausbaustufe der dynamischen Fahrgastinformation an Haltestellen in Oberhausen (DFO) sowie die zweite Ausbaustufe DFO II wurden im Jahr 2010 abgerechnet. Den Verwendungsnachweis für die dritte Ausbaustufe DFO III hat der VRR Anfang 2011 zur Prüfung erhalten. Für RBL und DFO sind weitere Investitionen in den nächsten Jahren geplant, schwerpunktmäßig für die Ersatzbeschaffung der RBL-Bordrechner.

Das Projekt Nachrüstung eines Systems zur elektronischen Einstiegskontrolle (EKS) wurde 2010 beendet, eine Abrechnung erfolgt im Jahr 2011.

Beim niederflurgerechten Umbau der Bushaltestellen wurde der vierte Bauabschnitt 2010 beendet. Der Verwendungsnachweis wird in 2011 erstellt. Für den fünften Bauabschnitt wurden Fördermittel bewilligt, so dass der Umbau der für dieses Projekt vorgesehenen Haltestellen 2011 erfolgen kann. Für 2012 ist ein sechster Bauabschnitt geplant.

Das Projekt EFM für Investitionen im elektronischen Fahrgeldmanagement wird voraussichtlich 2011 durch den VRR abgerechnet.

4 Risikobericht

Um die Unternehmensziele zu sichern, die künftigen Erfolge des Unternehmens nicht zu gefährden und Risikokosten zu senken, müssen Risiken frühzeitig erkannt und bewertet sowie angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Dazu ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im

Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. In einer jährlichen Risikoinventur werden alle Risiken durch Risikopaten erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust, wird analysiert.

In der Risikoinventur 2010 wurden 14 Risiken erfasst, davon fünf potenzielle Risiken mit eingeschränkter Risikorelevanz.

Das Risiko „Fahrerlaubnis von Busfahrern“ beinhaltet die Möglichkeit, dass am 10. September 2013 in Summe bis zu 200 Fahrerinnen und Fahrer nicht die für die gewerbliche Personenbeförderung notwendige Qualifikation (als Schlüsselkennzahl im Führerschein) nachweisen können und demzufolge nicht eingesetzt werden dürfen. Mit dem Abschluss einer Betriebsvereinbarung und der Beauftragung einer Fahrschule wurden im Jahr 2010 erste Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen.

Das Projekt Straßenbahnstrecke IV wurde abgerechnet. Da ein Teil der Kosten bei der Prüfung als nicht zuwendungsfähig eingestuft wurde, ist der beantragte Zuschuss nicht in voller Höhe ausbezahlt worden. Das Risiko „Ausstehende Zuschüsse für ÖPNV-Trasse (alt)“ besteht demzufolge nicht mehr und wird bei der nächsten Risikoinventur nicht mehr erfasst.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ besteht weiterhin. Aufgrund der Liniennetzumstellung im Jahr 2011 müssen viele neue Linienkonzessionen beantragt werden. Nach Angaben der für die STOAG zuständigen Bezirksregierung Düsseldorf können die Linien, deren Konzession ausläuft oder die neu geplant werden, weiterhin mit einer Laufzeit von acht Jahren beantragt werden. Der Verlust einer Konzession ist mit einer Nichterfüllung der beantragten Leistung verbunden. Die Neuerteilung hängt mit der Beauftragung der Verkehrsleistung durch die Stadt Oberhausen zusammen. Da die Stadtwerke Oberhausen AG bis 2019 mit der Verkehrsleistung durch die Stadt Oberhausen beauftragt ist, ist das Risiko „Verlust von Konzessionen“ momentan als gering einzustufen.

Das Risiko „Betriebsführungsvertrag Straßenbahn“ besteht durch die erfolgreichen Vertragsverhandlungen zwischen der STOAG und der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH (MVG) nicht mehr. Am 27. Mai 2010 haben Vorstand und Geschäftsführung beider Unternehmen den neuen Betriebsführungsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Die Vertragsparteien konnten somit noch vor dem Wirksamwerden der von MVG ausgesprochenen Kündigung des alten Vertrages zum 31. Dezember 2010 das Vertragsverhältnis neu gestalten und damit eine Grundlage auch für die zukünftige Durchführung des Gemeinschaftsverkehrs auf der Linie 112 / NE 12 schaffen.

Es wurde kein Risiko als existenzbedrohend eingestuft.

5 Ausblick und Prognose

Angebot

Der von der Stadt Oberhausen geforderten Entlastung des städtischen Haushaltes wird durch die Fortführung der Restrukturierung Rechnung getragen. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates hat der Vorstand Restrukturierungsmaßnahmen beschlossen, die schwerpunktmäßig die Anpassung des Liniennetzes betreffen. Sie sehen für den Zeitraum von 2008 bis 2012 eine Gesamtersparnis beim Leistungsangebot ab dem Jahr 2011 in einer Höhe von 1,724 Mio. EUR und ab 2012 in einer Höhe von 2,174 Mio. EUR vor. Bis Ende 2010 sind bereits 1,439 Mio. EUR erreicht. Aufgrund der Leistungserweiterung im Abendnetz und dem hieraus resultierenden Aufwand ab Sommer 2010, Beginn des Nachtnetzes wieder ab 23.00 Uhr, sowie den bisher erreichten Einsparungen vor dem Jahr 2010 ergibt sich eine notwendige Leistungsreduzierung um 800 TEUR/Jahr. Diese Summe resultiert aus dem zu erreichenden Ziel für 2012 von 2,174 Mio. EUR abzüglich der erreichten 1,439 Mio. EUR und den Mehrkosten für das Nachtnetz ab Juni 2010. Dies entspricht einem Leistungsvolumen von ca. 400.000 Buskilometer pro Jahr.

Mit dem Fahrplanwechsel im Juni 2011 wird ein neues Tagnetz eingeführt. Um die Qualität des Angebotes weitestgehend zu erhalten, sind Umstellungen der gesamten Buslinien erforderlich. Die Änderungen werden nachfrageabhängig vorgenommen, sodass nur mit einem leichten Fahrgastrückgang zu rechnen ist.

Die Stadt Oberhausen steht vor weiteren Konsolidierungsmaßnahmen und Haushaltsumstrukturierungen. Über das Haushaltskonsolidierungskonzept 2008/2009 mit einem Volumen von rund 240 Mio. EUR über 2012 hinaus müssen weitere Einsparpotentiale generiert werden.

Die finanzielle Anpassung des städtischen Haushalts an den demographischen Wandel und den Einwohnerrückgang in Oberhausen wird auch zur Infrastrukturüberprüfung führen. Auswirkungen auf den Nahverkehr sind grundsätzlich nicht auszuschließen. Die STOAG wird auf diese Entwicklung durch ständige Überprüfung ihres Angebotes an die sich ändernden Bevölkerungsstrukturen und Mobilitätsbedürfnisse reagieren.

Gegenwärtig wird der Nahverkehrsplan, auf dessen Basis die STOAG die Nahverkehrsleistung im VRR erbringt, von der Stadt Oberhausen als Aufgabenträger und der STOAG aktualisiert. Er soll im dritten Quartal 2011 in Kraft treten. Die

geplanten Straßenbahnerweiterungsprojekte Strecke Ia und Strecke VI sind trotz unveränderten Sachstands im Nahverkehrsplan enthalten. Beide Strecken wurden nicht in das Förderprogramm nach dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden aufgenommen, so dass eine Realisierung nicht vor dem Jahr 2015 erfolgen kann.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2011 bis 2015 weist für das Jahr 2011 bei weiter leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2010 deutlich erhöhte Planverluste aus. Grund hierfür sind neben geringeren Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten sowie Übersteigerbeträgen an die Deutsche Bahn AG und die Busverkehr Rheinland GmbH die gestiegenen Aufwendungen bei der Wartung und Instandsetzung der Straßenbahnfahrzeuge und deren Infrastruktur.

Die STOAG rechnet für die Jahre 2011 und 2012 mit einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse. Die elektronische Ticketkontrolle sowie der spätere Beginn des Nachtnetzes werden sich über das Jahr 2010 hinaus auswirken. Langfristig betrachtet werden sich die demographische Entwicklung und die Einwohnerentwicklung deutlicher als bisher in den Verkaufserlösen niederschlagen. Im Jahr 2023 wird die Einwohnerzahl in Oberhausen unter die 200.000-Marke sinken. Bis zum Jahr 2018 wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Oberhausen um 14,5 % zurückgehen. Bereits heute ist ein Rückgang der verkauften SchokoTickets um 1.000 Abonnements in den vergangenen zwei Jahren festzustellen. Die sinkenden Schülerzahlen führen zu jährlich ca. 50 TEUR Mindereinnahmen bei den Abgeltungszahlungen.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren leicht zurückgehen und im Jahr 2011 voraussichtlich 14.415 TEUR betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig, da nach einer Änderung der Altersversorgung bei der STOAG in Zukunft keine neuen Ansprüche auf Betriebsrenten bestehen.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geht grundsätzlich von der Einführung eines SozialTickets zum 01. Juni 2011 zu einem monatlichen Preis von 22,50 EUR in der Preisstufe A aus. Die Mindereinnahmen durch das SozialTicket sollen weder zu Lasten der kommunalen Haushalte und Verkehrsunternehmen gehen noch andere Nutzergruppen belasten. Die Einführung des Sozialtickets erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung und in Abhängigkeit der vertrieblichen Umsetzbarkeit. Die Generierung neuer Kunden sowie der Wechsel innerhalb der bestehenden Ticketgruppen mit seinen Auswirkungen auf die Verkaufserlöse sind derzeit nicht abschließend konkretisierbar.

Bei der Entwicklung der Energiekosten sind höhere Energieaufwendungen für Fahrstrom und Dieselkraftstoff zu erwarten. Durch Auswirkungen der Steuerreform sowie weitere Anstiege der Rohstoffpreise werden erhebliche Mehrbelastungen auf die STOAG zukommen.

Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen.

Die zu erwartenden Kürzungen öffentlicher Mittel für den ÖPNV bleiben ein Risiko bei der künftigen Entwicklung. So führen Änderungen in den Rahmenbedingungen des § 45a PBefG sowie die Reform des ÖPNV-Gesetzes dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge für die Schülerbeförderung reduzieren. Gleichzeitig wird die STOAG mit höheren Ausgleichsbeträgen für den SPNV belastet.

Nachdem die Europäische Kommission das VRR Finanzierungssystem positiv beurteilt hat, werden die übernommenen Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 in das nationale Personenbeförderungsrecht (PBefG) künftig den nationalen Rechtsrahmen bestimmen.

Die Verwendungsprüfung der Jahre 2006 bis 2008 ist durch die VRR AöR in 2010 zum Abschluss gebracht worden. Nach den Regularien des VRR-Finanzierungssystems wurde für die STOAG in dem Betrachtungszeitraum keine Überkompensation festgestellt.

6 Chancen

Die bestehende Betrauung der Stadtwerke Oberhausener AG mit der Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wurde vom Rat der Stadt Oberhausen im September 2009 konkretisiert und ist derzeit bis zum 31. Dezember befristet. Der VRR hat der STOAG auskömmliche Finanzierungsbescheide für 2010 und 2011 erteilt. So besteht für die STOAG Planungssicherheit und damit die Möglichkeit zur weiteren Gestaltung des ÖPNV-Angebotes in Oberhausen.

Bei den aktuellen Diskussionen über Nachhaltigkeit und die optimale Nutzung von Ressourcen spielt der ÖPNV eine herausragende Rolle. Die Wahl des Verkehrsmittels entscheidet über die Höhe des Schadstoffausstoßes und somit über die Umweltfreundlichkeit. Busse und Straßenbahnen stehen für nachhaltige und umweltbewusste Mobilität. Langfristig betrachtet besteht hier eine besondere Chance auch für die STOAG. In diesem Kontext wird der Mobilitätsmix mit der Möglichkeit, verschiedene Verkehrsmittel zu kombinieren und nach Bedarf flexibel einzusetzen, eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Auch in Oberhausen gibt es hierzu erste Ansätze, von denen die STOAG ebenfalls langfristig profitieren wird.

7 Abhängigkeitsbericht

Die STOAG ist nach herrschender Meinung gegenüber seiner Alleinaktionärin, der Stadt Oberhausen, anhängiges Unternehmen im aktienrechtlichen Sinne. Da kein Beherrschungsvertrag besteht, ist die STOAG nach § 312 AktG zur Aufstellung eines Abhängigkeitsberichtes verpflichtet. Alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die die STOAG mit der Stadt Oberhausen und den Unternehmen, die im Verhältnis zu ihr als verbundenes Unternehmen anzusehen sind, getroffen oder unterlassen hat, sind seitens des Vorstands im Abhängigkeitsbericht aufgeführt. Der Vorstand hat erklärt, dass die STOAG nach den Umständen, die ihm zum Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.

Andere Maßnahmen im Sinne von § 312 Abs. 1 AktG wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht getroffen oder unterlassen. Der Abhängigkeitsbericht ist vom Abschlussprüfer geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

8 Nachtragsbericht

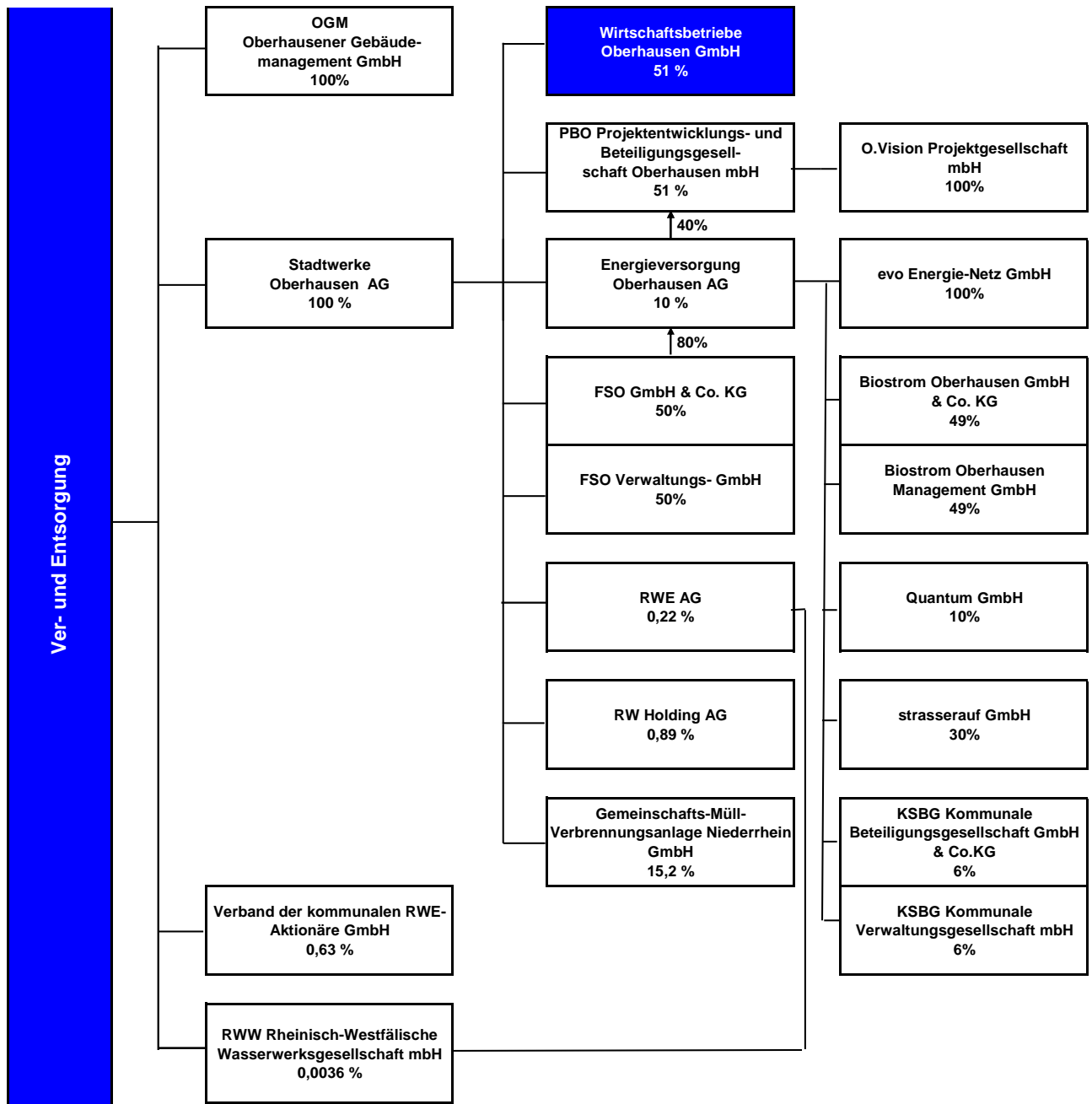
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Oberhausen, den 17. März 2011

Stadtwerke Oberhausen Aktiengesellschaft

Peter Klunk, Vorstand

Werner Overkamp, Vorstand



WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 8587-30
Fax 0208 / 8578-404
e-Mail info@wbo-online.de
Internet <http://www.wbo-online.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:	T€	%
REMONDIS GmbH, Essen	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen
 - 1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
 - Entwässerung
 - Müllabfuhr
 - Straßenreinigung
 - 1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
 - Fließgewässer
 - Straßenunterhaltung
 - Kfz-Werkstattbetrieb
 - Aufgaben im Rahmen des DSD
 - Abfallwirtschaft
 - Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen
2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.
3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Guthoff, Maria
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Wehling, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	Emmerich, Karl-Heinz
	stellv. Vorsitzender (AN)	Crämer, Wolfgang
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bankamp, Andreas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Grefermann, Jürgen
	Mitglied	Hols, Werner
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen
	Mitglied	Ruschewey, Roland
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Meschede, Raphael
	Mitglied	Pléw, Peter
	Mitglied	Schucker, Rainer
	Mitglied (AN)	Bußkamp, Klaus
	Mitglied (AN)	Czekan, Peter
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	di Lorenzi, Ursula
Mitglied (AN)	Schüll, Michael	
Mitglied (AN)	Horatz, Stefan	
Prokura:	Prokurist	van Gemmeren, Heinz

c) Beteiligungen

unmittelbar

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

T€	%
12,50	4,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17.575,33	63,8	16.363,08	57,4	15.523,35	59,3	-839,73	-5,13
Umlaufvermögen	9.905,31	36,0	12.121,69	42,6	10.626,20	40,6	-1.495,49	-12,34
Rechnungsabgrenzungsposten	51,58	0,2			48,25	0,2	48,25	
Passiva								
Eigenkapital	5.273,59	19,2	5.835,95	20,5	4.471,27	17,1	-1.364,68	-23,38
Rückstellungen	3.595,81	13,1	3.332,67	11,7	4.324,38	16,5	991,71	29,76
Verbindlichkeiten	18.662,82	67,8	19.316,15	67,8	17.402,15	66,4	-1.914,00	-9,91
Bilanzsumme	27.532,23	100,00	28.484,77	100,00	26.197,80	100,00	-2.286,97	-8,03

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	48.710,34	39.798,12	41.746,75
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-9.667,90	773,21	470,47
andere aktivierte Eigenleistungen	15,32	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	1.333,29	554,73	480,65
Materialaufwand	13.469,61	13.187,56	14.811,97
Personalaufwand	16.877,18	17.523,93	18.655,16
Abschreibungen	1.953,25	1.825,02	1.839,21
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.834,74	1.762,34	1.784,79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	132,54	22,02	267,53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	587,45	530,73	578,87
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.801,36	6.318,49	5.295,39
außerordentliche Erträge			87,11
außerordentliches Ergebnis			87,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.996,10	1.952,68	2.428,57
sonstige Steuern	72,06	73,45	69,32
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.733,19	4.292,36	2.884,61
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.401,28	3.734,47	4.296,83
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.134,47	8.026,83	7.181,45

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,66	10,79	6,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	-200,61	-195,92	-106,44	%
Cash-Flow:	5.686,44	6.117,38	4.723,82	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	110,96	112,98	116,03	T€
Personalaufwandsquote:	41,78	42,61	43,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,30	57,07	58,96	%
Eigenkapitalquote:	19,15	20,49	17,07	%
Fremdkapitalquote:	80,85	79,51	82,93	%

e) Lagebericht**1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft**

Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einer Gesamtleistung von TEUR 42.698 ab. Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2010	2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	41.747	39.798	1.949
Bestandsveränderungen	470	773	-303
Sonstige betriebliche Erträge	481	555	-74
Gesamtleistung	42.698	41.126	1.572

Das Umsatzvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 4,9 %. Wesentlichen Anteil an der Umsatzausweitung haben die schlussgerechneten Kanalbaumaßnahmen mit einem Mehrerlös von TEUR 1.147 bzw. 23,4 %. Bereinigt um das Kanalbauprogramm wäre eine Erhöhung der Umsatzerlöse um 2,3 % zu verzeichnen gewesen.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen im Kanalbauprogramm erhöht sich um TEUR 528. Saldiert mit den Bestandsverminderungen für den Bebauungsplan Koppenburgstraße sowie für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von TEUR 470 für die WBO.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere Rückstellungsaufösungen in Höhe von TEUR 257, eine Erstattung des Deutschen Straßendienstes NRW für Ersatz-Salzzukäufe in Höhe von TEUR 78 sowie Gewinne aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 44 enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die reinen Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2010	2009	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	26.139	25.829	310	1,20
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	3.292	3.106	186	5,99
Sonderbauprogramme Stadt OB	6.059	4.912	1.147	23,35
sonstige Umsätze	6.257	5.951	306	5,14
Summe	41.747	39.798	1.949	4,90

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Steigerungen in sämtlichen Umsatzkategorien erwirtschaftet werden.

Im Leistungsvertrag war ein Anstieg von rund 1,20 % aufgrund der Erhöhung der Preisindizes zu verzeichnen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,99 % gestiegen.

Die Erlöse aus Sonderbauprogrammen im Berichtsjahr sind im Verhältnis zum Vorjahr deutlich angestiegen (23,35 %). Unter Einbeziehung der zugehörigen Bestandserhöhungen ergibt sich eine Leistungssteigerung von TEUR 5.800 auf TEUR 6.587, was einer Erhöhung zum Vorjahr von 13,57 % entspricht.

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr um 5,14 % gestiegen. Die Erhöhung betrifft maßgeblich den Bereich der Stadtentwässerung.

	2010	2009	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Imm. Vermögensgegenstände	11	25	-14	-56,00
Grundstücke und Bauten	0	27	-27	0,00
Andere Anlagen, BGA	757	581	176	30,29
Anlagen im Bau	182	0	182	0,00
Finanzanlagen	50	0	50	0,00
Summe	1.000	633	367	50,08

Die Investitionstätigkeit (TEUR 1.000) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Rund 49 % der Ausgaben betrafen die Modernisierung des Fuhrparks (Position Andere Anlagen, BGA).

Die Investitionen bedurften keiner Fremdfinanzierung.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Trotz der Umsatzsteigerung hat sich der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.407 auf TEUR 2.885 reduziert. Ausschlaggebend hierfür sind im Wesentlichen die Steuernachzahlungen einschließlich Zinsen gemäß Betriebsprüfung für die Jahre 2004 bis 2007 in Höhe von rd. T€ 590, die Bewertungsänderung im Rahmen der Altersteilzeit-Rückstellungen durch Zuführung der Aufstockungsbeträge (nach Saldierung der Abzinsungserträge) in voller Höhe (TEUR 470) und die erstmalige Bildung von Altersteilzeit-Rückstellungen für Beamte in Höhe von TEUR 219 (nach Saldierung der Abzinsungserträge) sowie gegenüber dem Vorjahr reduzierte Grundstückserlöse „Koppenburgstraße“ (TEUR 267).

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2010	2009
Umsatzrentabilität*	6,9%	10,8%
Gesamtkapitalrentabilität**	13,2%	16,9%
Eigenkapitalrentabilität***	182,6%	278,9%

* Gewinn x 100 / Umsatz

** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]

*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Die Verringerung der Eigenkapital- und Gesamtkapitalrentabilität resultiert aus dem niedrigeren Jahresüberschuss. In Verbindung mit den Umsatzerlösen führt dies auch zu einer niedrigeren Umsatzrentabilität.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2010	2009
Eigenkapital	TEUR 4.471	TEUR 5.836
Eigenkapitalquote*	17,1%	20,5%
Verschuldungsgrad**	82,9%	79,5%
Anlagendeckungsgrad***	28,8%	35,7%

* $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme [Gesamtkapital]}$

** $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme [Gesamtkapital]}$

*** $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Anlagevermögen}$

Die Eigenkapitalquote bzw. der Verschuldungsgrad bleiben auf relativ konstantem Niveau. Der Anlagendeckungsgrad reduziert sich, weil das Eigenkapital aufgrund des geringer ausgefallenen Bilanzgewinnes stärker rückläufig ist, als das Anlagevolumen zu Restbuchwerten gegenüber dem Vorjahr.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) beläuft sich im Berichtsjahr auf einen Betrag von TEUR 5.100. Sie fällt gegenüber dem Vorjahr (TEUR 6.180) um TEUR 1.080 niedriger aus.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2010

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2010 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO GmbH agiert auf der Grundlage langfristiger Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen.

Die WBO GmbH konnte die Ausschreibung der DSD GmbH zu Sammlung und Transport von LVP- (bis 2013) und Glasmengen (bis 2012) im Stadtgebiet Oberhausen gewinnen.

Die noch zu erwartenden Umsatzerlöse aus den Verkäufen der restlichen Baugrundstücke „Koppenburgstraße“ betragen ab 2011 ca. TEUR 200.

Die WBO GmbH ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Risiken und Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO GmbH haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Bis zum Jahre 2015 werden Zinsaufwendungen für Bestandsdarlehen in Höhe von TEUR 1.144 die Ergebnisse belasten.

Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

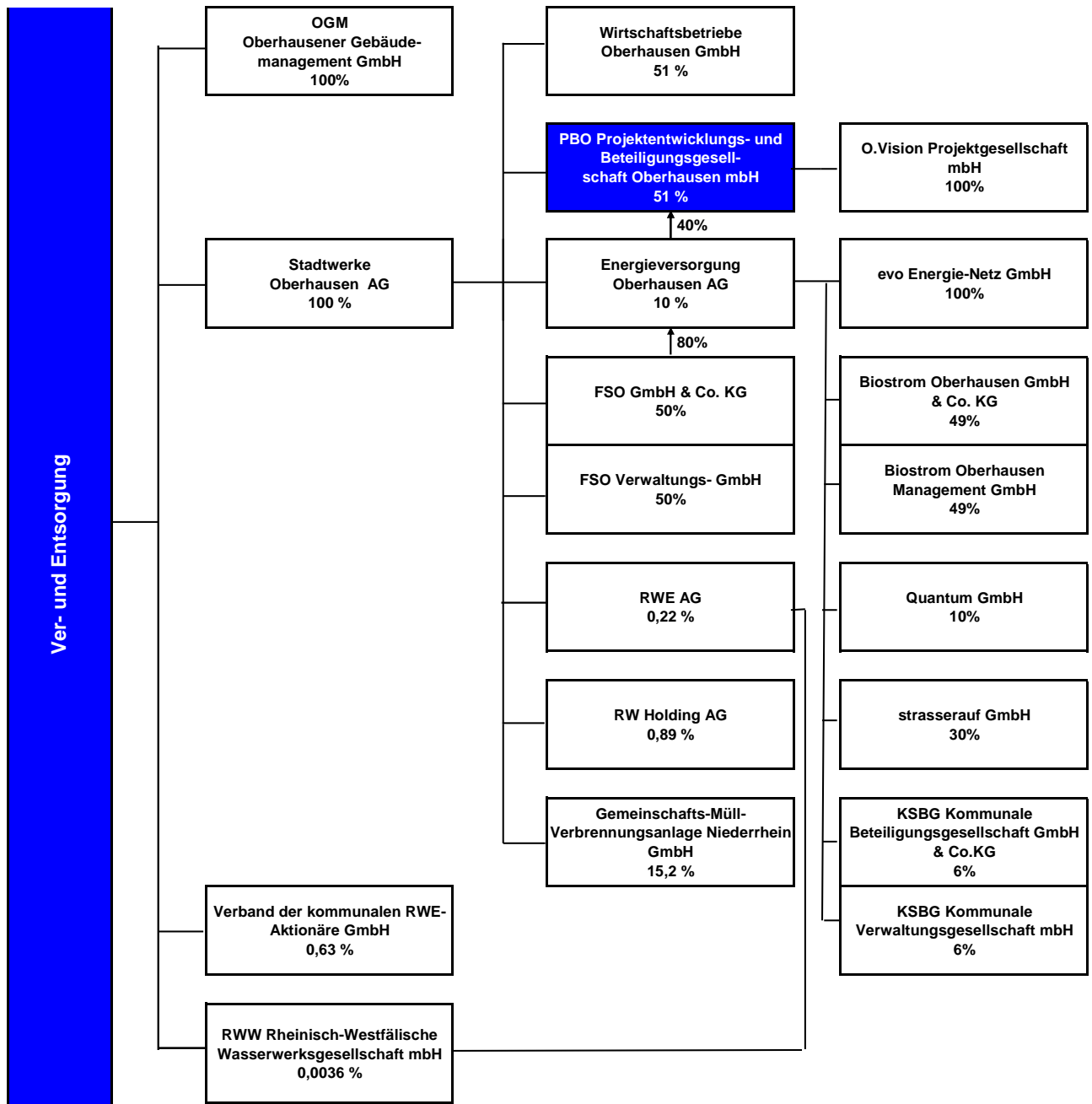
Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2010. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 14. Februar 2011

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Maria Guthoff

Karsten Woidtke



PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5301
Fax 0208/853983
e-Mail lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Lichtenheld, Frank

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Overkamp, Werner

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Dr. Mathenia, Thomas
	Mitglied	Merzig, Karlheinz
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Wilke, Volker
	Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

T€	%
25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1,51	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	7.489,67	58,8	4.350,42	51,4	3.234,16	41,0	-1.116,26	-25,66
Rechnungsabgrenzungsposten	0,07	0,0					0,00	
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.250,92	41,2	4.121,01	48,6	4.650,14	59,0	529,13	12,84
Passiva								
Rückstellungen	2.353,94	18,5	1.909,53	22,5	1.344,47	17,1	-565,06	-29,59
Verbindlichkeiten	10.388,23	81,5	6.561,90	77,5	6.539,84	82,9	-22,06	-0,34
Bilanzsumme	12.742,17	100,00	8.471,43	100,00	7.884,31	100,00	-587,12	-6,93

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.193,36	234,87	39,50
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0,00	
andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	
sonstige betriebliche Erträge	370,78	1.150,00	183,45
Materialaufwand	20,00	0,00	
Personalaufwand	151,32	88,00	
Abschreibungen	1,01	1,01	
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.539,08	318,05	1.084,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	461,87	442,69	523,92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	290,58	259,14	182,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.024,02	1.161,37	-520,51
außerordentliche Erträge	577,05		
außerordentliches Ergebnis	577,05		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5,15	22,88	-0,00
sonstige Steuern	37,21	8,59	8,62
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.569,00	1.129,91	-529,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.569,00	1.129,91	-529,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	37,42	481,07	-1.339,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	1.570,01	1.130,92	-529,13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	4.564,14			T€
Personalaufwandsquote:	3,32	6,35		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,00		%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Restarbeiten Grundstück

Die Reparatur des durch Vandalismus zerstörten Pumpwerks wurde 2010 beendet und das Pumpwerk an die Stadt Oberhausen übergeben.

Die Herstellung der Beleuchtung von der Osterfelder Straße bis zu Landgard und die Feinschicht im Bereich Landgard erfolgten 2010.

Rechtsstreit EAI

Den Rechtsstreit und die Klage gegen EAI und die Bürgin Danske Bank hat das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Urteil vom 24.02.2011 im Urkundenprozess im Wesentlichen zu Gunsten der Klägerinnen PBO und OVP entschieden. Der PBO und OVP ist der gleiche Zinsbetrag zugesprochen worden wie vom Landgericht Duisburg am 20.04.2010. Das Gericht hat insbesondere das Vorliegen sämtlicher Kaufpreiserhöhungstatbestände über insgesamt 6,4 Mio. € bejaht. EAI und die Danske Bank sind in dem Urteil zur Zahlung von Zinsen in Höhe von 223 T€ verurteilt worden, hiervon entfallen 89 T€ auf die OVP und 134 T€ auf die PBO. Der Rechtsstreit ist jetzt noch im Nachverfahren beim Landgericht Duisburg anhängig.

Jahresabschluss 2010

Im Geschäftsjahr 2010 haben PBO (einschließlich der zum 1.1.2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH, Oberhausen – OVZ) und O.Vision Projektgesellschaft mbH, Oberhausen, (OVP) keine Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertungen durch EAI erzielt.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2010 einen Jahresfehlbetrag von 529 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 4.650 T€ erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Zuführung zu der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (1.000 T€) und Zinsaufwendungen (183 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch einen Ertrag aus der Auflösung der Rückstellung für die Pumpwerksanierung (133 T€) sowie durch Zinserträge aus interner Verrechnung mit der OVP (386 T€) und aus dem gerichtlich fixierten Anspruch gegen EAI (134 T€) bestimmt.

Ausblick

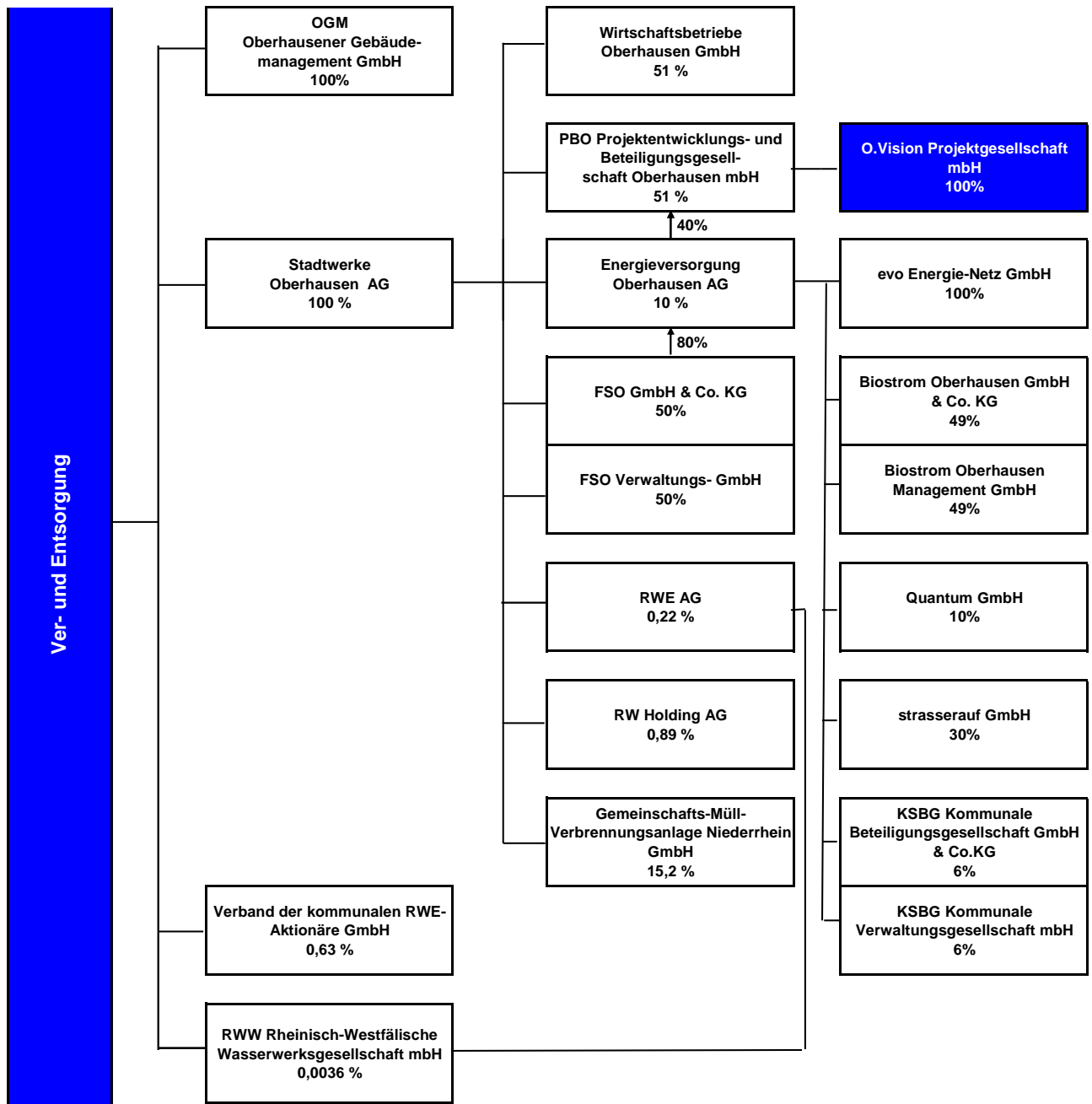
In 2011 werden Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen - insbesondere für das Projekt Skihalle (650 T€) - erwartet.

Die Emschergenossenschaft prüft für das Projekt Lämpkes Mühlenbach (Umbau des Gewässers) den Ankauf von Grünflächen der PBO.

Oberhausen, 22.März 2011

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld



OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 825 2010
Fax 0208/ 825 5222
e-Mail -
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH
---	--

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Klunk, Peter

**Vertreter der Stadt / der
städt. Beteiligung in der
Gesellschafterversammlung:** Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0,08	0,0	0,03	0,0			-0,03	-100,00
Umlaufvermögen	2.565,93	23,8	1.734,27	16,7	1.894,41	17,5	160,14	9,23
Rechnungsabgrenzungsposten	0,21	0,0					0,00	
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	8.221,68	76,2	8.658,47	83,3	8.907,24	82,5	248,77	2,87

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Rückstellungen	1.157,79	10,7	1.006,30	9,7	1.006,60	9,3	0,30	0,03
Verbindlichkeiten	9.630,12	89,3	9.386,46	90,3	9.795,05	90,7	408,59	4,35

Bilanzsumme	10.787,91	100,00	10.392,76	100,00	10.801,65	100,00	408,89	3,93
--------------------	-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	--------	------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.565,30	0,00	8,82
sonstige betriebliche Erträge	284,29	6,81	
Abschreibungen	0,06	0,06	0,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.066,07	56,87	57,78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		49,20	172,04
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	489,07	431,24	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.294,39	-432,16	-262,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43,34	0,00	-18,35
sonstige Steuern	4,41	4,63	4,63
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.246,64	-436,79	-248,78
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.246,64	-436,79	-248,78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	48,60		-2.820,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	1.246,70	-436,73	-248,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Nachdem in 2006 der Verkauf der gewerblich nutzbaren Flächen an die Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) erfolgt ist, hat die Gesellschaft seit dem Geschäftsjahr 2007 keine eigene Geschäftstätigkeit mehr entwickelt. Die weiteren Arbeiten im Zusammenhang mit der Abwicklung des mit EAI geschlossenen Kaufvertrages wurden vereinbarungsgemäß in den Geschäftsjahren ab 2007 ausschließlich von der Gesellschafterin PBO übernommen.

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2010 nicht erzielt werden.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 249 T€ resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2010 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2010 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 9,8 Mio. €. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2010 nicht gegeben.

Den Rechtsstreit und die Klage gegen EAI und die Bürgin Danske Bank hat das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Urteil vom 24.02.2011 im Urkundenprozess im Wesentlichen zu Gunsten der Klägerinnen PBO und OVP entschieden. Den Klägerinnen PBO und OVP ist der gleiche Zinsbetrag zugesprochen worden wie vom Landgericht. Das Gericht hat im Urkundenprozess insbesondere das Vorliegen sämtlicher Kaufpreiserhöhungstatbestände über insgesamt 6,4 Mio. € bejaht. EAI und die Danske Bank sind in dem Urteil zur Zahlung von Zinsen in Höhe von 223 T€ verurteilt worden, hiervon entfallen 89 T€ auf die OVP und 134 T€ auf die PBO. Der Rechtsstreit ist jetzt noch im Nachverfahren beim Landgericht Duisburg anhängig.

Ausblick / Risiken

Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

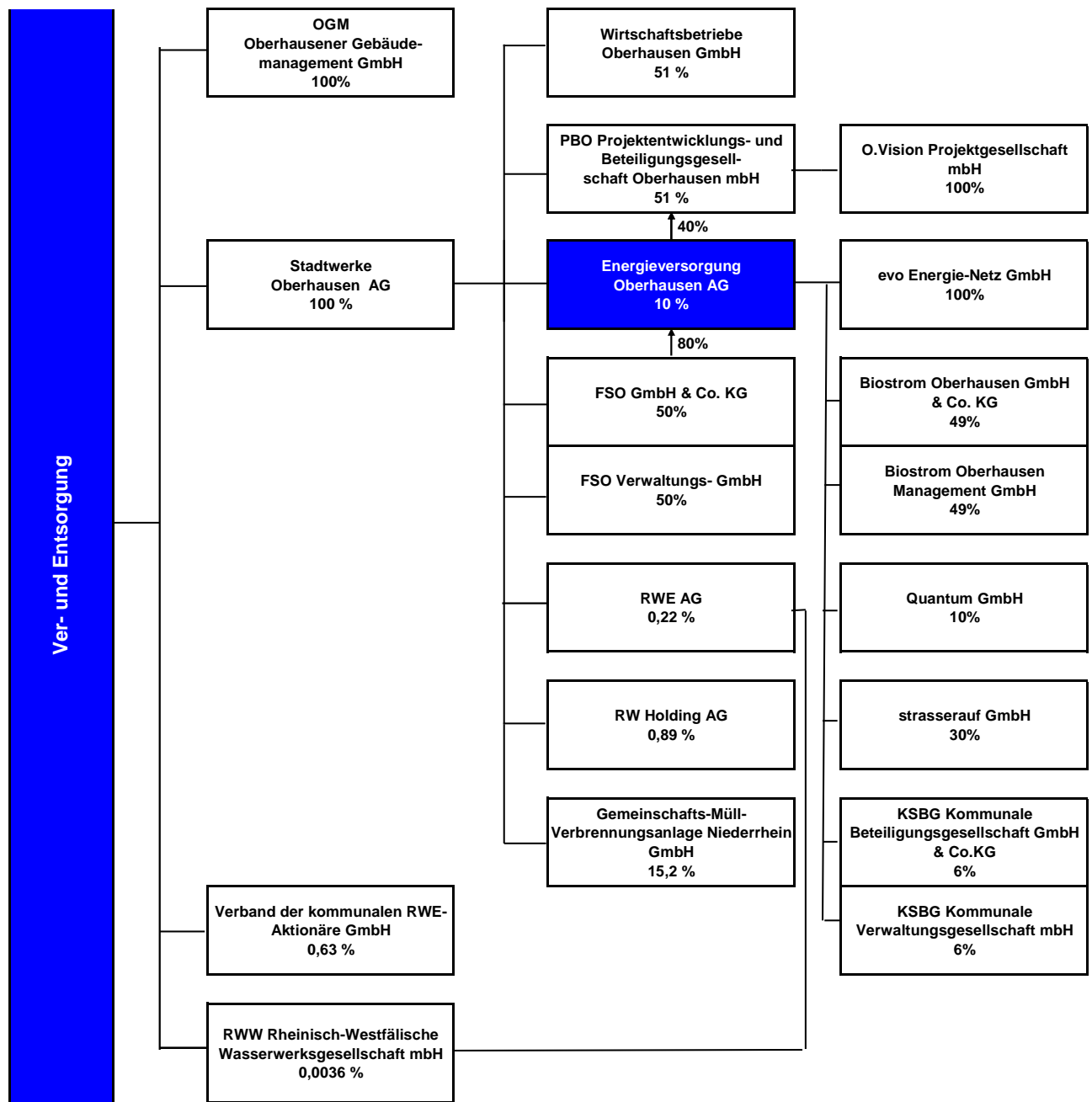
Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2010 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Aufgrund des Verkaufs des Stahlwerksgrundstücks ergeben sich Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückführungen der gezahlten Fördermittel an das Land / die EU. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass die Gesellschaft zukünftige Umsatzerlöse aus dem mit EAI geschlossenen Grundstückskaufvertrag an den Fördermittelgeber abführen muss.

Oberhausen, 22.03.2011

O.VISION Projektgesellschaft mbH

Peter Klunk



evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/ 8352620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet <http://www.evo-energie.de/>

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
RWE Deutschland AG	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben;

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Wichtige Verträge

E.ON Ruhrgas AG	Erdgaslieferungsvertrag mit der E.ON Ruhrgas AG vom 7.11.2007
evo Energie-Netz GmbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energie-Netz GmbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Dampfliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008; Erdgaslieferungsvertrag vom 16.05.2007
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der evo vom 23.11.1995 über die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme in Oberhausen; Gebäudeenergie-Servicevertrag mit der Stadt Oberhausen vom 31.01.1997
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der EVO vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 18.10.2004 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für GEG und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut	
	Mitglied	Dr. Mathenia, Thomas	
Hauptversammlung:		Vorstand der STOAG	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus	
	1. stellv. Vorsitzender	Böddeling, Bernd	
	Mitglied	Kühr, Gretel	
	Mitglied	Loege, Josef (+ 15.05.2011)	
	Mitglied	Reichardt, Jürgen	
	Mitglied	Schranz, Daniel	
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef	
	Mitglied	Vöpel, Dirk	
	Mitglied	Bernert, Roland	
	Mitglied	Dr. Müller, Hanns-Ferdinand	
	Mitglied (AN)	Göllner, Gido	2. stellvertretender Vorsitzender
	Mitglied (AN)	Grefer, Stefan	
	Mitglied (AN)	Heitmann, Rudolf	

Mitglied (AN)	Michel, Ralf
Mitglied (AN)	Ocklenburg, Raimund

Prokura:

Prokuristin	Slomma, Claudia
Prokurist	Homberg, Bernd
Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	490,00	49,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,25	49,00
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,00
evo Energie-Netz GmbH	30,00	100,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	10,00
strasserauf GmbH	7,50	30,00
mittelbar	T€	%
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	74.321,00	43,4	83.326,24	47,6	91.920,29	54,0	8.594,05	10,31
Umlaufvermögen	96.889,00	56,6	91.324,35	52,2	78.004,00	45,8	-13.320,35	-14,59
Rechnungsabgrenzungsposten	42,00	0,0	334,77	0,2	216,31	0,1	-118,46	-35,39
Passiva								
Eigenkapital	36.992,00	21,6	30.223,97	17,3	30.304,99	17,8	81,02	0,27
Sonderposten mit Rücklagenanteil	13.117,00	7,7	11.494,62	6,6	10.744,43	6,3	-750,19	-6,53
Rückstellungen	53.057,00	31,0	78.230,54	44,7	81.392,09	47,8	3.161,55	4,04
Verbindlichkeiten	63.005,00	36,8	51.163,33	29,2	45.619,96	26,8	-5.543,37	-10,83
Rechnungsabgrenzungsposten	5.081,00	3,0	3.872,91	2,2	2.079,12	1,2	-1.793,79	-46,32
Bilanzsumme	171.252,00	100,00	174.985,36	100,00	170.140,59	100,00	-4.844,77	-2,77

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	225.438,00	228.025,46	227.630,55
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	58,00	193,66	-152,09
andere aktivierte Eigenleistungen		246,33	71,18
sonstige betriebliche Erträge	6.023,00	6.223,10	6.130,74
Materialaufwand	154.656,00	159.171,27	159.770,23
Personalaufwand	33.934,00	34.813,71	31.820,31
Abschreibungen	9.641,00	9.345,75	9.995,65
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.272,00	11.076,40	14.171,07
Erträge aus Beteiligungen		1,35	1,50
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	589,00	652,22	576,79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		816,94	1.303,86
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	7.517,00	5.566,05	1.130,18
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		13,32	216,33
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		187,41	2.511,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.088,00	15.985,16	15.947,30
außerordentliche Erträge			152,21
außerordentliche Aufwendungen			2.291,59
außerordentliches Ergebnis			-2.139,37
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.186,00	4.743,86	2.236,66
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.902,00	11.241,30	11.571,26
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

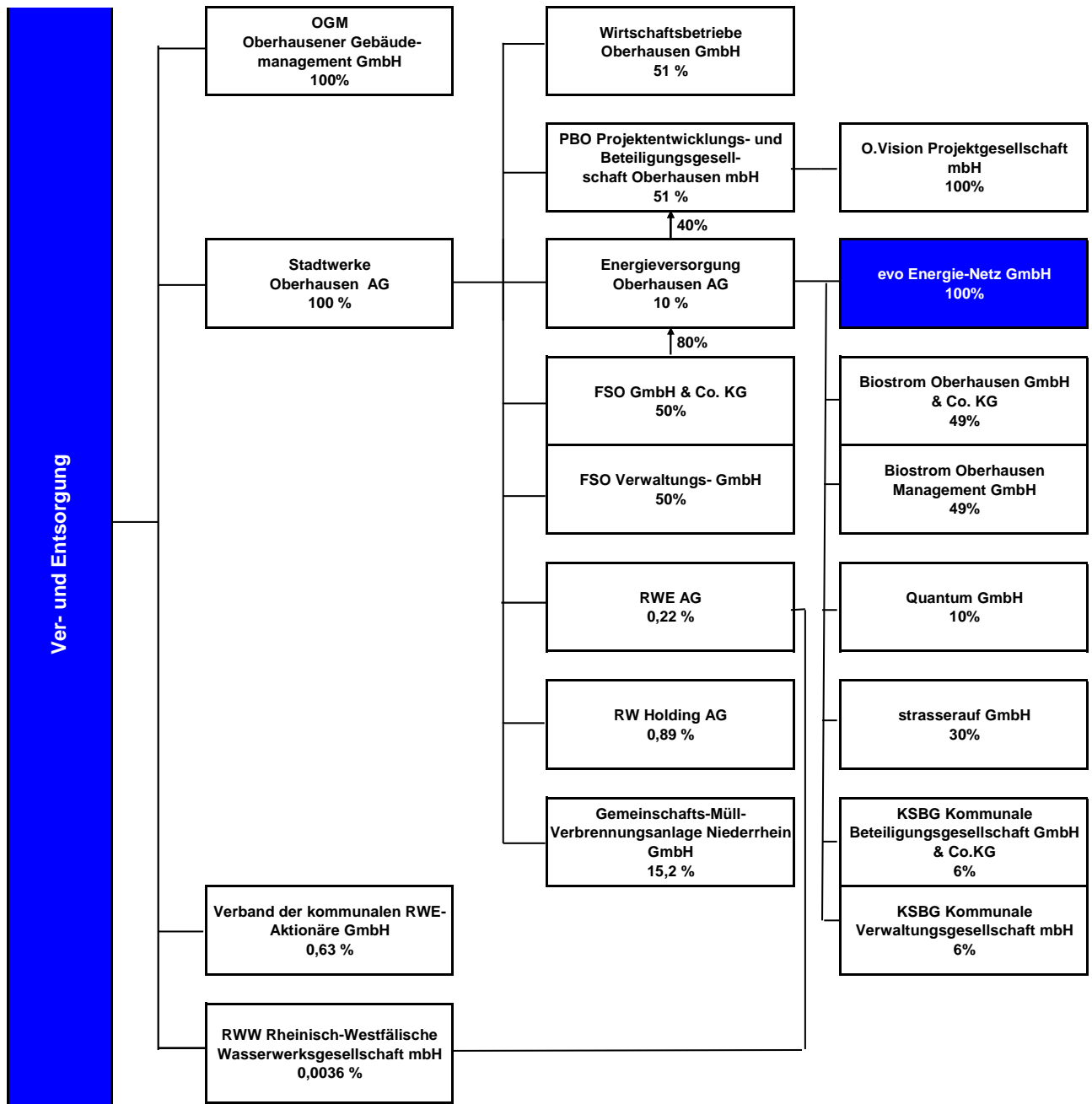
	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,28	4,93	5,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	32,17	37,19	38,18	%
Cash-Flow:	21.543,00	20.600,37	21.783,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	515,63	530,97	526,31	T€
Personalaufwandsquote:	14,66	14,83	13,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	40,85	44,31	50,79	%
Eigenkapitalquote:	21,60	17,27	17,81	%
Fremdkapitalquote:	78,40	82,73	82,19	%

e) Lagebericht

vgl. Konzernlagebericht bei FSO GmbH & Co. KG (Seite 99)



evo Energie-Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 15
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
 Fax 0208/ 8352620
 e-Mail service@evo-energie-netz.de
 Internet <http://www.evo-energie-netz.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an Ihnen beteiligen.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo-netz vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Dr. Zahn, Günter

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

Prokura: Prokurist Dr. Jaeger, Herbert
Prokurist Krapoth, Georg

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	32,00	0,2	22,17	0,1	18,96	0,1	-3,21	-14,48
Umlaufvermögen	15.847,00	99,7	20.945,04	99,8	22.981,74	99,9	2.036,70	9,72
Rechnungsabgrenzungsposten	11,00	0,1	11,02	0,1	11,02	0,0	0,00	0,00

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.142,00	7,2	1.142,48	5,4	1.142,48	5,0	0,00	0,00
Rückstellungen	8.746,00	55,0	8.926,73	42,6	9.490,68	41,2	563,95	6,32
Verbindlichkeiten	4.366,00	27,5	8.346,57	39,8	8.851,25	38,5	504,68	6,05
Rechnungsabgrenzungsposten	1.636,00	10,3	2.562,46	12,2	3.527,31	15,3	964,85	37,65

Bilanzsumme

15.890,00	100,00	20.978,24	100,00	23.011,72	100,00	2.033,48	9,69
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	71.085,00	76.206,30	82.395,47
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-141,00	91,01	-30,71
sonstige betriebliche Erträge	370,00	1.190,26	581,96
Materialaufwand	38.980,00	45.222,89	44.541,30
Personalaufwand	1.203,00	1.242,65	1.040,39
sonstige betriebliche Aufwendungen	38.896,00	38.083,21	39.140,44
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	248,00	58,75	299,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		8,99	589,49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.517,00	-7.011,41	-2.065,08
außerordentliche Erträge			842,92
außerordentliche Aufwendungen			273,11
außerordentliches Ergebnis			569,81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.295,00	-1.445,36	-365,09
Erträge aus Verlustübernahmen	6.222,00	5.566,05	1.130,18
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

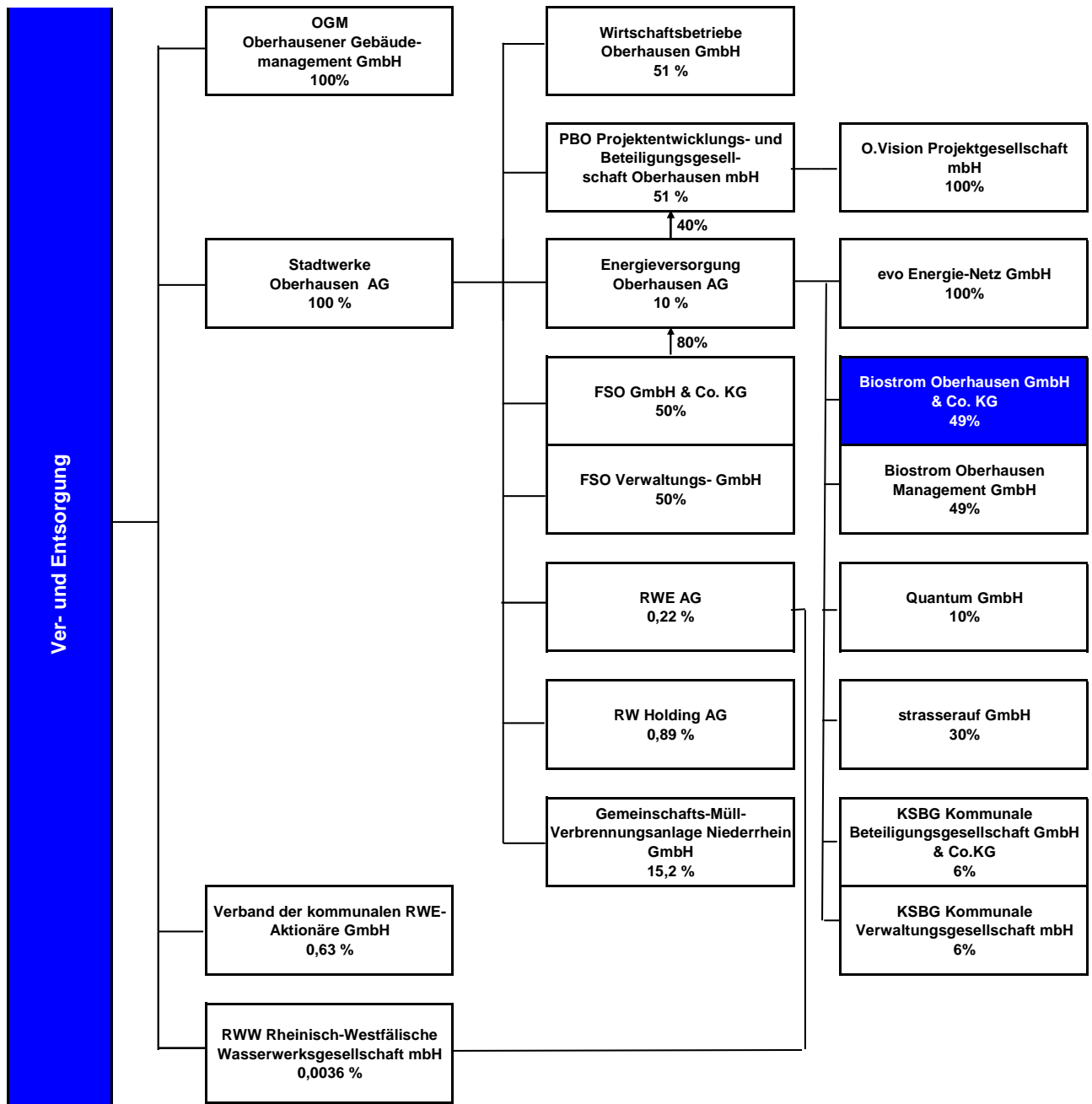
	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,75	-7,30	-1,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	-544,83	-487,19	-98,92	%
Cash-Flow:	-6.222,00	-5.566,05	-1.130,18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	8.914,25	9.685,95	11.849,53	T€
Personalaufwandsquote:	1,69	1,60	1,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	7,19	5,45	4,96	%
Fremdkapitalquote:	92,81	94,55	95,04	%

e) Lagebericht

vgl. Konzernlagebericht bei FSO GmbH & Co. KG (Seite 99)



Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet <http://www.evo-energie.de/>

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	490,00	49,00
Proenergy Contracting GmbH & Co. KG	510,00	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	2.902,79	78,8	13.102,23	98,6	10.199,44	351,37
Umlaufvermögen	780,87	21,2	192,19	1,4	-588,68	-75,39
Passiva						
Eigenkapital	3.663,66	99,5	3.632,43	27,3	-31,23	-0,85
Rückstellungen	20,00	0,5	42,21	0,3	22,21	111,05
Verbindlichkeiten			9.619,77	72,4	9.619,77	
Bilanzsumme	3.683,66	200,00	13.294,41	200,00	9.610,75	260,90

bb) GuV

	2009	2010
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge		0,34
Abschreibungen		0,15
sonstige betriebliche Aufwendungen	26,34	353,11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		188,31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-26,34	-541,23
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-26,34	-541,23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-26,34	-541,23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,71	-12,97	%
Cash-Flow:	-26,34	-541,08	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,74	98,47	%
Eigenkapitalquote:	99,46	27,32	%
Fremdkapitalquote:	0,54	72,68	%

e) Lagebericht

Das Unternehmen Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (Biostrom Oberhausen) ist Ende September 2009 von den Gesellschaftern Proenergy Contracting GmbH & Co. KG (Proenergy) mit einem Geschäftsanteil von 51% und der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) mit einem Geschäftsanteil von 49% gegründet worden.

Die Biostrom Oberhausen wird auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (BMK) errichten und über eine Laufzeit von 20 Jahren betreiben.

Das Oberhausener BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. In dem Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers evo Energie-Netz GmbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz des Energieversorgers Energieversorgung Oberhausen AG eingespeist. Das BMK erzeugt eine Feuerungswärmeleistung von 14,2 MWth und eine elektrische Leistung von 2,9 MWe.

Biostrom Oberhausen verfügt über kein eigenes Personal. Sie profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der Unternehmen Proenergy und evo hinsichtlich Planung und Bau sowie technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-) Kraftwerken.

Proenergy hat durch seine Biomasse-Projekte große Erfahrung in der Umsetzung und dem Betrieb von Biomasse-Heizkraftwerken und übernimmt für die Biostrom Oberhausen die kaufmännische Betriebsführung sowie das technische Anlagencontrolling. Die evo hat für den geeigneten Standort gesorgt und stellt qualifizierte Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb sicherstellen und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Zudem ist die evo Abnehmer der anfallenden Wärme und

die evo-Energie-Netz GmbH Abnehmer des erzeugten Stromes.

Durch die Einbindung der kaufmännischen und technischen Aufgaben für die Biostrom Oberhausen in die jeweiligen Funktionsbereiche der Proenergy und evo stehen der Gesellschaft eine sichere Infrastruktur, wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme, sowie risikovermeidende Regelungen und Vorgaben der Konzerngesellschaften für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff soll ausschließlich Material aus der Landschaftspflege / Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) zum Einsatz kommen. Die Stoffströme werden über langfristige Lieferverträge (20 Jahre) abgesichert. Pro Jahr müssen rd. 38.000 t Brennstoff bereitgestellt werden. Die gesamte Logistik der Brennstoffbeschaffung sowie das Einbringen des Brennstoffes in das Kraftwerk wird durch den Brennstofflieferanten sichergestellt, ebenso die Entsorgung der Asche. Der Brennstofflieferant hat bereits frühzeitig im Jahr 2010 damit begonnen, Brennstoff für die spätere Lieferung an die Biostrom Oberhausen einzulagern, per Dezember 2010 wurden bereits rd. 18.000 t Rohbiomasse gesichert.

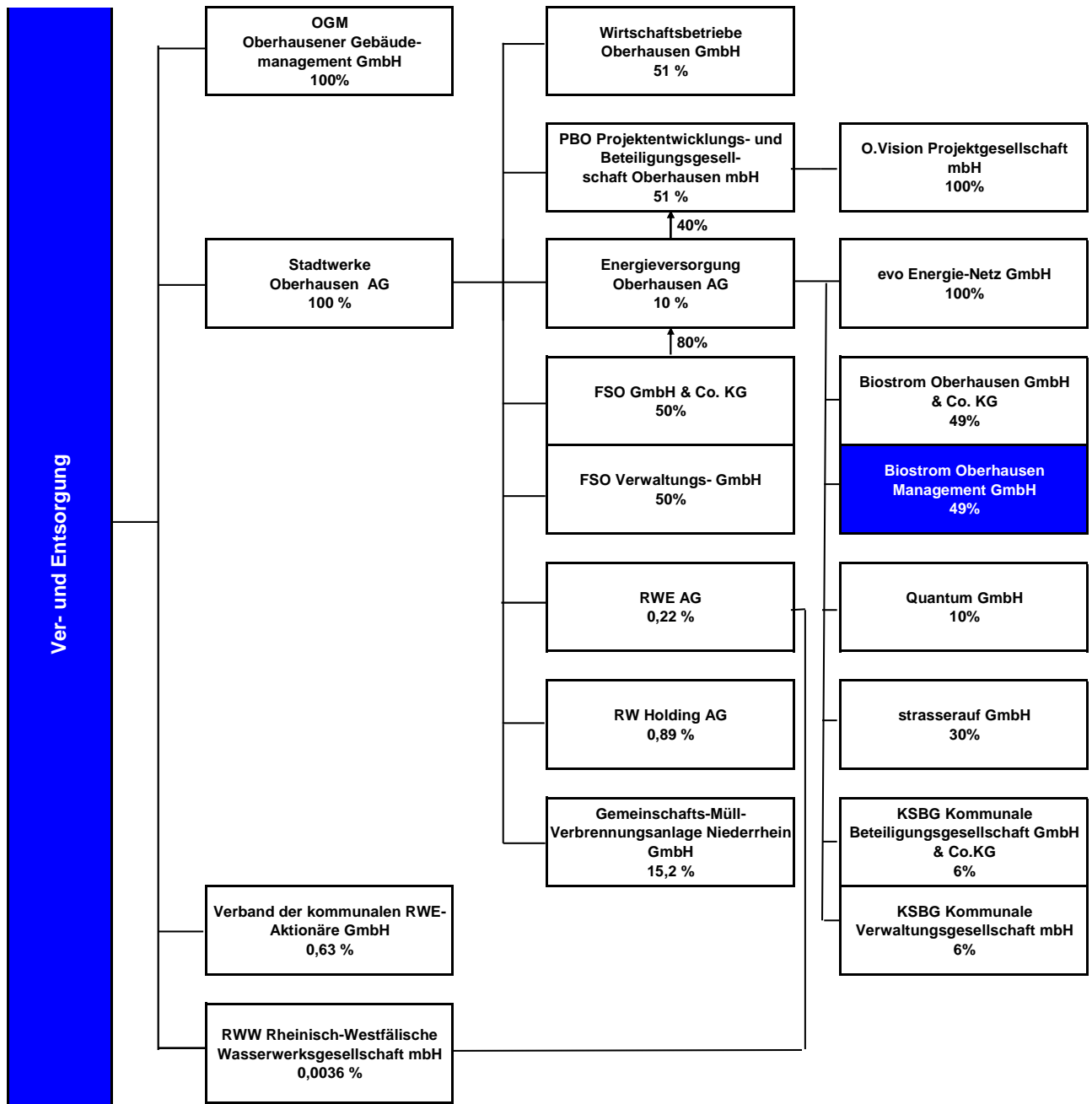
Mit der Errichtung des BMK wurde im März 2010 begonnen. Für den Bau der gesamten Anlage hat Biostrom Oberhausen namhafte und erfahrene Unternehmer beauftragt. Erfahrene und qualifizierte Mitarbeiter der Proenergy und evo haben persönlich die Bauleitung vor Ort übernommen und die Gewerke und Lieferanten koordiniert, so dass ein direkter und schneller Durchgriff bei Problemen möglich ist und die Geschäftsleitung laufend über den Projektfortschritt informiert ist. Auf diese Weise konnte ein reibungsloser Ablauf innerhalb der sehr kurzen Bauphase im Geschäftsjahr 2010 sichergestellt werden. Die Bauphase zur Errichtung des Kraftwerkes wurde planmäßig im Dezember 2010 abgeschlossen. Die Inbetriebnahme des BMK hätte sofort erfolgen können. Da jedoch noch nicht alle brand-schutztechnischen Auflagen der Genehmigungsbehörden vollständig erfüllt bzw. von diesen abgenommen werden konnten, hat die Geschäftsleitung entschieden, die Inbetriebnahme auf das Jahr 2011 zu verschieben. Die Gesellschaft befindet sich in engem Kontakt mit den behördlichen Stellen um einen schnellen und vor allem sicheren Betrieb der Anlage noch zu Beginn des Jahres 2011 zu gewährleisten.

Im Geschäftsjahr 2010 sind neben sonstigen Verwaltungsaufwendungen im Wesentlichen Zahlungen für die Anlagenkomponenten des BMK in Höhe von 10,2 Mio. EUR geleistet worden. Das gesamte Investitionsvolumen beläuft sich auf ca. 14,9 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2010 weist die Gesellschaft ein Kommanditkapital einschließlich Kapitalrücklagen von 4,2 Mio. EUR aus, welches in bar erbracht und vollständig eingezahlt worden ist. Die Finanzierung der Biostrom Oberhausen wird zu rd. 30% aus Eigenkapital und zu rd. 70% aus Fremdkapital sichergestellt. Zur Sicherung des Fremdkapitals wurden im Mai 2010 langfristige Bankdarlehensverträge abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete die Gesellschaft Anlaufverluste in Höhe von T€ 541, welche mit T€ 188 auf die Zinsbelastung aus den Darlehen und mit T€ 353 aus in Anspruch genommenen Dienstleistungen resultieren.

Die Wirtschaftlichkeit des Projektvorhabens ist durch die Verschiebung der Inbetriebnahme auf das Jahr 2011 grundsätzlich nicht gefährdet.

Erste Umsätze aus der Wärmeabgabe und Stromeinspeisung sind für das Geschäftsjahr 2011 mit rd. 4,1 Mio. EUR geplant. Die Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2011 ein positives Ergebnis vor Steuern von rd. + 0,6 Mio. EUR erwirtschaften. Für das Geschäftsjahr 2012 werden Umsatzerlöse und ein Ergebnis vor Steuern in ähnlicher Größenordnung erwartet.



Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet <http://www.evo-energie.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,25	49,00
Proenergy Contracting GmbH & Co. KG	12,75	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Speckmann, Norbert

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Umlaufvermögen	26,57	100,0	28,73	100,0	2,16	8,13
Passiva						
Eigenkapital	26,32	99,1	27,98	97,4	1,66	6,31
Rückstellungen	0,25	0,9	0,64	2,2	0,39	156,00
Verbindlichkeiten			0,11	0,4	0,11	
Bilanzsumme	26,57	100,00	28,73	100,00	2,16	8,13

bb) GuV

	2009	2010
	T€	T€
Umsatzerlöse	2,50	
sonstige betriebliche Erträge		2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	0,93	0,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,57	1,97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,25	0,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1,32	1,66
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,32	1,66

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

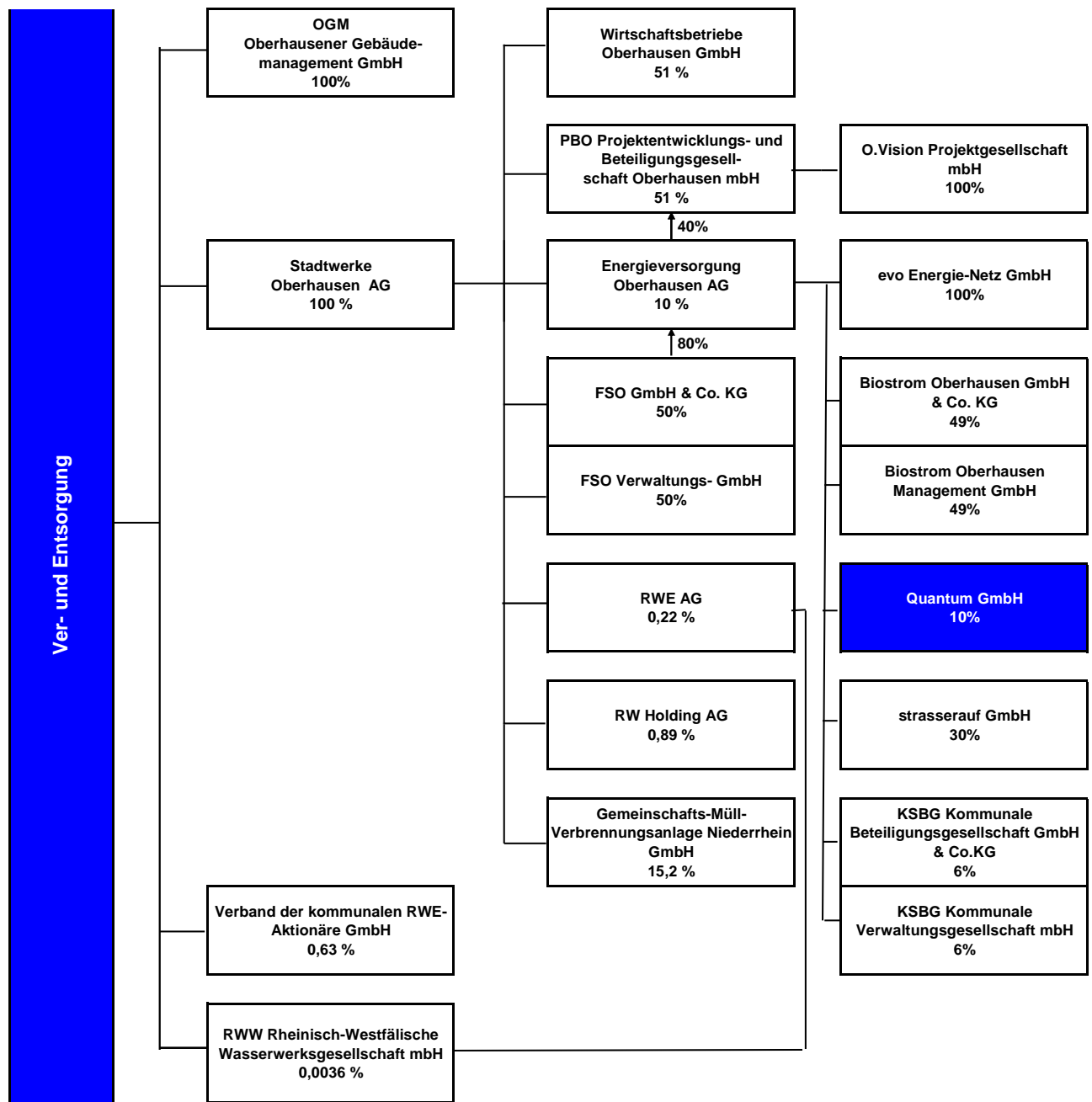
	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	52,75		%
Eigenkapitalrentabilität:	5,27	6,32	%
Cash-Flow:	1,32	1,66	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	99,07	97,40	%
Fremdkapitalquote:	0,93	2,60	%

e) Lagebericht

vgl. Lagebericht der Biostrom Oberhausen GmbH & Co.KG (S. 99)



Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kokkolastraße 2
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon 02102 939 77-0
Telefon 0211-4369270
Fax 02102 939 77-33
Fax 0211-43692733
e-Mail info@quantum.de
Internet -
Internet <http://www.quantum.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:	T€	%
Ahauser Energie und Dienstleistungs-GmbH	33,00	4,00
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,00
Energie AG Iserlohn-Menden	82,50	10,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	33,00	4,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	10,00
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,00
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,00
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,00
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,00
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,00
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,00
Stadtwerke Rhede GmbH	16,50	2,00
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,00
SWK Energie GmbH	313,50	38,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Hardt, Dirk

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden exklusiv für die Gesellschafter und weitere Stadtwerke mit einem Partnerstatus erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind; sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen
- sowie die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen sukzessive erweitert und ausgebaut.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen:

- Beschaffungsportfoliomanagement,
- Beschaffungsabwicklung,
- Bilanzkreismanagement,
- Risiko- und Vertragsmanagement.

Zum 1. April 2010 wurde der Online-Portfoliobericht Strom im Mitgliederbereich der Unternehmens-Website veröffentlicht. Mit diesem Werkzeug ergänzt die Quantum das Online-Bestellwesen Strom um ein umfangreiches Online-Berichtswesen, mit dem die Gesellschafter und Partner sich tagtäglich über den kompletten Stand ihres Portfolios informieren können.

Die Überarbeitung des Besicherungskonzepts wurde 2010 erfolgreich fortgeführt. Zur Besicherung von Energiegeschäften wurde über Gesellschafterbürgschaften hinaus ein Vertrag mit einem Kreditversicherer abgeschlossen.

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden können.

Zusatzdienstleistungen:

- Produkt-/Vertriebs-Management
- Prognosemanagement,
- Absatzportfoliomanagement,
- Erzeugungsportfoliomanagement,
- Speicherportfoliomanagement,
- erweitertes Bilanzkreismanagement sowie
- Projektbegleitung

Seit dem Oktober 2010 führt die Quantum GmbH auch im Gasbereich eigene Bilanzkreise. Die Prozesse und Dienstleistungen zur Bewirtschaftung der Gas-Bilanzkreise der Quantum wurden nach dem Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2010/11 weiterentwickelt und optimiert, darunter insbesondere die Zusatzdienstleistung Prognosemanagement für die Gaskunden der Quantum. Die hierfür eingesetzte Software „BoFiT“ wird noch um ein

Modul erweitert, mit dem die Optimierung von Energieverträgen sowie die Bewirtschaftung z.B. von Kraftwerken und Gasspeichern unterstützt werden. Damit stehen der Quantum weitere Möglichkeiten zur Verfügung, um die Chancen des sich weiter öffnenden Gasmarktes zum Vorteil der Gesellschafter und Partner zu nutzen.

Die im Jahre 2010 in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren neu angebotene Zusatzdienstleistung Kraftwerksbewirtschaftung findet großes Interesse und wurde von mehreren Kunden beauftragt.

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Partnern offen.

Im April 2010 wurden neue Geschäftsräume in Ratingen in der Kokkolastraße 2 bezogen. Die damit verbundene Erweiterung der Bürofläche lassen Raum, die Personalressourcen der weiteren positiven Geschäftsentwicklung anzupassen.

Gesellschafterangelegenheiten

Die Stadtwerke Jülich haben um Aufnahme als Gesellschafter bei der Quantum GmbH zum 01.01.2011 gebeten. Die SWK Energie GmbH wird einen Anteil von 2 % an die Stadtwerke Jülich verkaufen.

Die Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH ist zum 31.12.2010 ausgeschieden. Den Anteil von 4 % hält nun vorübergehend die Quantum GmbH. Die Stadtwerke Emmerich haben den Partnerschaftsvertrag mit der Quantum GmbH fristgerecht zum 31.12.2011 gekündigt.

Neben den 13 Gesellschaftern werden fünf weitere kommunale Energieversorger als

gleichberechtigte Partner von der Quantum mit Energie versorgt:

- Stadtwerke Emmerich GmbH, Emmerich,
- Stadtwerke Heiligenhaus GmbH, Heiligenhaus,
- Stadtwerke Jülich GmbH, Jülich,
- Stadtwerke Neuwied GmbH, Neuwied,
- Stadtwerke Rees GmbH, Rees.

Aus dem Partnerkreis und darüber hinaus gibt es mehrere Unternehmen, die ernsthaftes Interesse bekundet haben, Gesellschafter der Quantum zu werden.

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2010 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

2. Konjunkturelle Entwicklung

Geschäft und Rahmenbedingungen / Entwicklung 2010

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland 2010 stellte sich günstiger dar, als Ende 2009 von den Instituten erwartet wurde. Die Wachstumsprognosen der einschlägigen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 reichten von 1,2 % bis 2,0 %. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs gegenüber 2009 um 3,6 %.

Die deutsche Wirtschaft ist auf gutem Wege, den krisenbedingten Produktionseinbruch wettzumachen. Im Berichtsjahr hat dabei die Erholung an Breite gewonnen. Der Zuwachs wurde nicht mehr allein durch die Exporte getragen. Vielmehr ist in diesem Jahr auch die Binnenkonjunktur angesprungen.

Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Unternehmensinvestitionen legten spürbar zu. Vor allem beim privaten Konsum bahnt sich eine Wende an. Hier ist erstmals nach mehreren Jahren ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Laufe 2010 weiter verbessert. Die Arbeitslosenquote sank von 8,2 % auf 7,7 % und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2008.

Preisentwicklung Strom und Gas

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Erholung lagen 2010 die Spotmarktpreise von Kohle, Erdgas, Strom und CO₂-Zertifikaten über dem Niveau von 2009. Auf den Terminmärkten für Lieferungen im Kalenderjahr 2011 fiel der Anstieg geringer aus. Die Preise für Strom und Erdgas verzeichneten im Mittel sogar Stände unter dem der Vorjahreswerte.

Strommarkt

Der durchschnittliche Preis für das Grundlastprodukt Base am Spotmarkt der European Energy Exchange, EEX, verzeichnete 2010 mit 44,49 €/MWh ein Plus von 14,5 % im Vergleich zum Vorjahreswert mit 38,85 €/MWh. Die Ursachen für diese Entwicklung waren eine verstärkte Stromnachfrage auf Basis der konjunkturellen Erholung und höhere Spotmarktpreise für Primärenergieträger und CO₂-Zertifikate im Vergleich zu 2009. Die Preisbewegung am Terminmarkt reflektierte 2010 den Verlauf der Brennstoff- und CO₂-Notierungen. Ferner wirkten sich erhöhte Zubauraten für Fotovoltaikanlagen und der Beschluss zur Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke preissenkend aus. Es ergab sich eine leichte Abwärtsbewegung der Base- und Peak-Produkte für das Jahr 2011.

Gasmarkt

Der Spotmarkt im Jahr 2010 war durch einen mit starken Preisausschwankungen einhergehenden deutlichen Preisanstieg gekennzeichnet. Der Tiefststand von 10,5 €/MWh wurde an der TTF (Title Transfer Facility) im März fixiert. Der Höchststand wurde im Dezember mit einem Wert in Höhe von 25,05 €/MWh erreicht. Der im Jahr 2008 eingeleitete Preisverfall am Terminmarkt setzte sich bis ins Jahr 2010 fort. Am 01. April 2010 erreichte das Frontjahr mit einem Wert in Höhe von 14,79 €/MWh an der TTF seinen Tiefststand. Der Höchststand im Jahr 2010 wurde Ende Dezember mit 23,98 €/MWh verzeichnet. Damit entwickelten sich der Spotmarkt und der Terminmarkt im Jahresverlauf synchron. Zu Beginn des Jahres 2010 zeigte sich der Gasmarkt stark vom Ölmarkt entkoppelt. Im Jahresverlauf korrelierten die beiden Märkte zunehmend stärker.

3. Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2010 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich „1:1“ an ihre Kunden weitergegeben werden, bleibt sie von Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung unbelastet.

Die Umsatzerlöse der Quantum GmbH im Jahr 2010 betragen 353.230 T€. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 4,0 % gestiegen. Die Erlöse stammen zu 75,3 % aus dem Stromverkauf. Weitere 23,3 % resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse mit einem Anteil von 1,4 % gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner zurück.

Infolge von günstigeren Konditionen bei Preisgleitklauseln und Neuabschlüssen sanken im Bereich Gas die Umsatzerlöse um 16,9 % auf 82.216 T€ (2009: 98.941 T€). Im Bereich Strom stiegen die Umsatzerlöse bedingt durch Absatzzuwächse bei den Gesellschaftern und Partnern sowie die Marktpreisentwicklungen um 12,0 % und belaufen sich damit auf 266.135 T€ (2009: 237.650 T€).

Überwiegend wurde an die Gesellschafter der Quantum bzw. an deren verbundene Unternehmen verkauft; im Rahmen der Bezugsoptimierung und Kraftwerksbewirtschaftung auch an Dritte (Handelshäuser).

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Durch erhöhte Dienstleistungsentgelte ist im Jahre 2010 ein nennenswerter Gewinn erzielt worden. Bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung wird dieser zur Stärkung der Rücklagen der Gesellschaft verwendet.

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert vor allem aus dem Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl.

	2010	2009	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
+ Umsatzerlöse	353.230	339.672	13.558	4,0
-Materialaufwand	-348.929	-336.732	-12.197	-3,6
Rohrertrag	4.301	2.940	1.361	46,3
-Personalaufwand	-1.692	-1.417	-275	-19,4
-Abschreibungen	-136	-78	-58	-74,4
-Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.235	-1.354	119	8,8
+ Sonstige betriebliche Erträge	9	5	4	80,0

Betriebsergebnis	1.247	96	1.151	1.199,0
+ Zinserträge	79	61	18	29,5
-Zinsaufwendungen	-132	-8	-124	-1.550,0
Finanzergebnis	-53	53	-106	-200,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.194	149	1.045	701,3
-Ertragsteuern	-248	-34	-214	-629,4
Jahresüberschuss	946	115	831	722,6

4. Finanz- und Vermögenslage

Kapitalflussrechnung	2010 -T€-	2009 -T€-
Jahresüberschuss	945,6	115,4
± Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	135,7	78,0
± Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions-oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.320,0	36.629,0
± Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions-oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	11.530,6	-17.760,9
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	9.291,9	19.061,5
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-115,6	-8,1
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-394,0	-54,5
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-509,6	-62,6
- Auszahlungen aus Eigenkapitalabgang	-44,2	253,7
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-44,2	253,7
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	8.738,1	19.252,6
Fin Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	24.207,0	4.954,4
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	32.945,1	24.207,0

Aufgrund des weiteren Rückgangs des Net Working Capitals wurde im Geschäftsjahr 2010 ein hoher positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Insbesondere der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen trug zu dem positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bei.

	2010	2009	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	1.907,6	1.006,2	901,4	89,6
Summe Fremdkapital	54.073,5	42.542,9	11.530,6	27,1
Bilanzsumme	55.981,1	43.549,1	12.432,0	28,5
	%	%		
Eigenkapitalquote	3,4	2,3		
Fremdkapitalquote	96,6	97,7		

Das Anlagevermögen der Quantum wird in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt.

Es ist geplant, als Vorsorge für künftige operative Risiken weitere Beträge in die Gewinnrücklagen einzustellen.

5. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

6. Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Partnern einen Zugang zu den Beschaffungsmöglichkeiten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Im Berichtsjahr wurde das Geschäftsmodell von der Gesellschafterversammlung bestätigt und konkretisiert. Somit werden weiterhin im Kerngeschäft Beschaffung und Vermarktung keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen und kein Eigenhandelsgeschäft durchgeführt. Marktpreisrisiken bestehen lediglich bei einem Ausgleichsenergieprodukt, das nur vereinzelt nachgefragt ist. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum Produkte und Dienstleistungen weiter. Als Konsequenz hält die Quantum GmbH keine Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter, die somit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge erhalten. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte gedeckt, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Auf der Grundlage des Geschäftsmodells wurde das Risikohandbuch der Quantum neu gefasst und nach Zustimmung des Risiko-Komitees in Kraft gesetzt. Es enthält neben grundsätzlichen Regelungen die für die Quantum zugelassenen Produkte, Marktplätze und Geschäftspartner.

Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung insbesondere von Beschaffungsvorgängen wurden die wesentlichen Prozesse dokumentiert und weiterentwickelt. Schwerpunkt war dabei die konsequente Beachtung von Kontrollschritten. Die eingesetzten IT-Systeme wurden ebenfalls weiterentwickelt und auf den neuesten Stand gebracht und -soweit für Quantum relevant -es wurden Schnittstellen zwischen IT-Systemen optimiert.

Ebenfalls weiterentwickelt wird das internetbasierte Auftrags- und Berichtssystem für die Gesellschafter und Partner, mit dem sowohl die Bedienerfreundlichkeit als auch die Prozesssicherheit gesteigert werden.

Besonderes Augenmerk wird weiterhin auf die Sicherstellung der Liquidität gerichtet, die durch konsequente und zeitnahe Überwachung der Zahlungsziele sowie ein effektives Mahnwesen erreicht wird.

Die Quantum GmbH erstattet regelmäßig Bericht über die wesentlichen Risiken im Risiko-Komitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem Risikomanager der Quantum GmbH besteht, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum GmbH erfolgen in enger Abstimmung mit diesen Gremien.

7. Prognosebericht

Rahmenbedingungen

Für Deutschland wird gemäß der Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2010 für 2011 von einer Verlangsamung des konjunkturellen Wachstums und nur einer geringen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung ausgegangen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten diese einen Anstieg des realen BIP um 2,0 %.

Laut IHK-Konjunkturbericht zum Jahresbeginn 2011 für die Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein ist die regionale Wirtschaft für den weiteren Jahresverlauf optimistisch. Konkret rechnet mehr als die Hälfte der Betriebe mit einer weiteren Verbesserung. Für die Stabilität des Aufschwungs sprechen mehrere Faktoren: Er umfasst alle Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen, und die Erwartungsindikatoren liegen alle im „grünen Bereich“. Es wird erwartet, dass v. a. die Inlandsnachfrage auf breiter Front weiter anziehen wird. Konjunkturrisiken werden insbesondere in Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen sowie in der noch unbewältigten europäischen Staatsschuldenkrise, etwa durch steigende Zinsen und eine stark gebremste Konjunktur in den Schuldnerländern, gesehen.

Die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingten Absatzrückgänge bei den Gesellschaftern und Partnern der Quantum GmbH wurden im Jahr 2010 zum Teil wieder ausgeglichen. Die derzeitige wirtschaftliche Erholung lässt einen weiteren Anstieg des gewerblichen und industriellen Energieverbrauchs erwarten. Gegenläufig wirkt die höher werdende Wahrscheinlichkeit von Kundenverlusten bei den Gesellschaftern und Partnern durch den intensiveren Wettbewerb. Die Quantum GmbH wird ihre Gesellschafter und Partner weiterhin unterstützen, sich im Wettbewerb zu behaupten und Absatzrückgänge zu begrenzen oder mit entsprechenden Maßnahmen zu kompensieren.

Darüber hinaus werden in der Gesellschaft mehrere strategische Projekte verfolgt, die einerseits der Konsolidierung und Festigung vorhandener Aktivitäten dienen und andererseits die Weiterentwicklung der Gesellschaft mit Ausweitung der Produktpalette und Dienstleistungen für die Gesellschafter und Partner vorantreiben.

Gesellschafter

Im Gesellschafter- und Partnerkreis werden im kommenden Jahr positive Veränderungen erwartet, insgesamt geht die Geschäftsführung weiterhin von einem moderaten Wachstum der Kundenbasis und des Dienstleistungsangebotes der Quantum aus.

Für Basisdienstleistungen wird die Quantum den Gesellschaftern im Jahre 2011 absolut niedrigere Dienstleistungsgebühren gegenüber 2010 in Rechnung stellen. Ebenfalls werden auch in 2011 weitere Dienstleistungsentgelte in gleicher Höhe wie 2010 den Gesellschaftern berechnet mit dem Ziel, durch Zuführung von Gewinnen im Folgejahr die Rücklagen der Quantum dauerhaft zu stärken.

Ein Großteil der Geschäfte wird zurzeit im Namen und für Rechnung eines großen Gesellschafters getätigt. Im Laufe des Jahres 2011 werden nach erfolgreicher Überarbeitung und Umsetzung des Besicherungskonzepts alle Neugeschäfte im Namen und für Rechnung der Quantum GmbH abgeschlossen.

Markt

Mit dem Projekt „Absatzportfoliomanagement“ entwickelt die Quantum GmbH zusammen mit zwei Pilotgesellschaftern eine systemgestützte Lösung zur Abdeckung des Prozesses von der Vertriebsabsatzprognose, der Kalkulation, der Beschaffungsauslösung bis hin zur Darstellung einer vertriebssegmentierten Deckungsbeitragsrechnung. Großes Augenmerk besteht dabei auf einer weiteren Optimierung der Bestellprozesskette zwischen den Gesellschaftern und der Quantum GmbH. Aus dem bereits ausgesprochenen Interesse wird die Quantum GmbH das Instrument Absatzportfoliomanagement in den Folgejahren sukzessive ihrem Gesellschafterkreis anbieten und weiter operativ setzen.

In einem weiteren Projekt wird das Online-Mitglieder-Portal der Quantum weiter ausgebaut und zu einem umfassenden Management-Cockpit „Portfoliomanagement“ hin entwickelt. Dazu werden zunächst die bestehenden Strom-Module um entsprechende Module für den Gas-Bereich sowie für das Berichtswesen des Absatzportfoliomanagements erweitert.

Mit dem Zuwachs physischer Kraftwerksscheiben in den Gesellschafter-Portfolios baut die Quantum GmbH sukzessive ihre bestehende Dienstleistung im Bereich Kraftwerksoptimierung aus. Neben der systemtechnischen Vervollständigung wird sich die Quantum auch mit personellem Know-how ergänzen. Weitere konkrete Anfragen zur Kraftwerksbewirtschaftung, die auch außerhalb des eigenen Gesellschafterkreises an die Quantum GmbH gerichtet sind, zeigen weiteres Wachstumspotenzial.

Im Strombereich ist ein Schwerpunkt die Vorbereitung auf die Umsetzung der Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom (MaBiS), die nach Maßgabe der Bundesnetzagentur bis Mitte des Jahres 2011 schrittweise angewandt werden soll. Grundsätzlich begrüßt die Quantum als Bilanzkreisverantwortliche die Einführung dieser neuen Regeln, da sie bisher in der deutschen Stromwirtschaft bestehende Unschärfen bei der

Zuordnung von Liefermengen zu Bilanzkreisen beseitigen wird. Die Einführung und Anwendung ist jedoch für alle Beteiligten, Netzbetreiber, Lieferanten und Bilanzkreisverantwortliche, mit erheblichem Aufwand verbunden.

Organisation

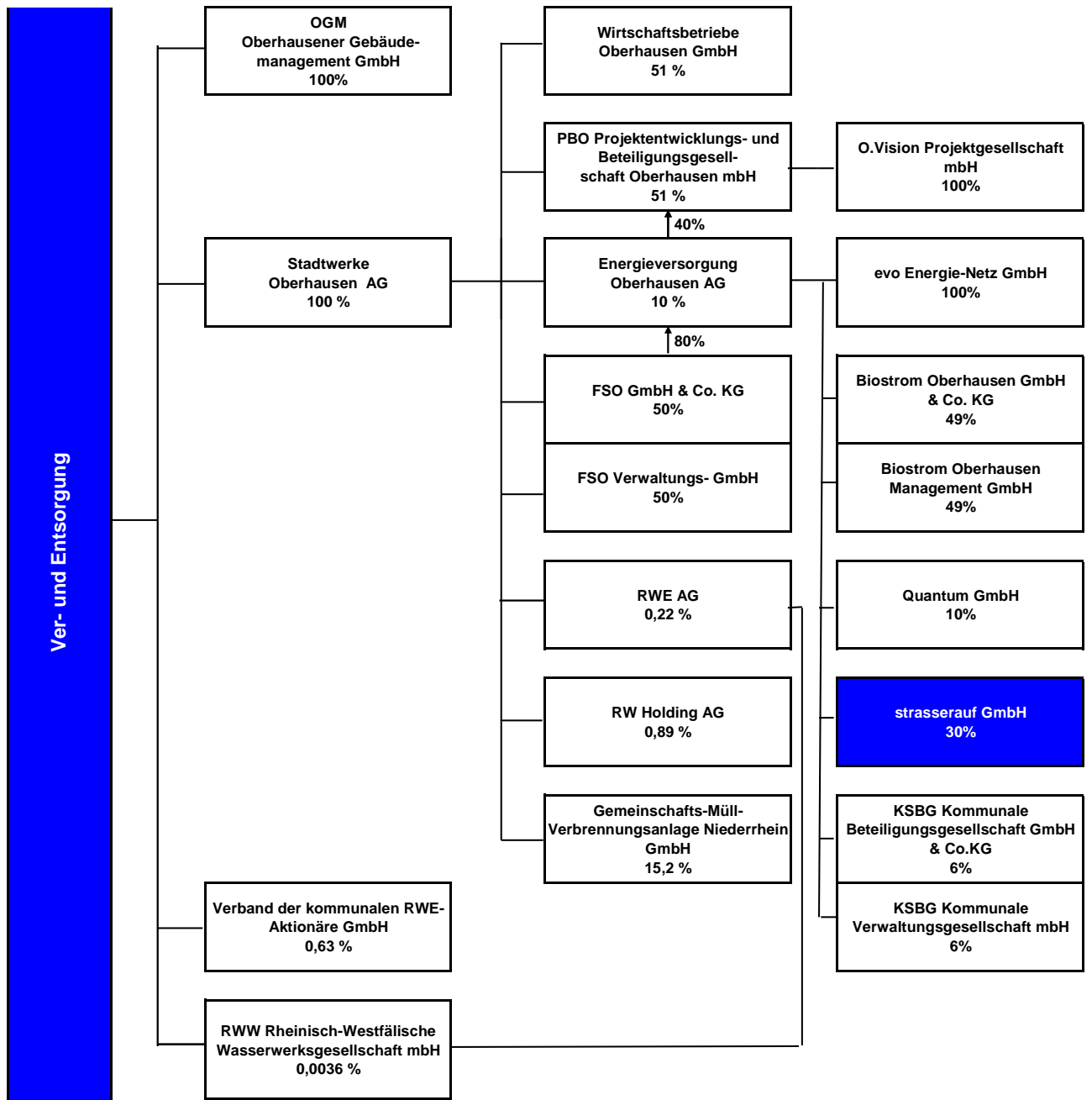
Der zunächst vorgesehene personelle Ausbau wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2010 mit 22 Personen erreicht. Ein weiterer vorsichtiger Ausbau der Personalkapazitäten ist abhängig von der Inanspruchnahme neuer Dienstleistungen, die sich aus der Umsetzung strategischer Projekte ergeben.

Düsseldorf, 31. März 2011

Quantum GmbH

Die Geschäftsführung

Dirk Hardt



strasserauf GmbH**a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen**

Anschrift: Ronsdorfer Straße 74
40233 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0800-78727737283
 Fax 0211-73288872
 e-Mail info@strasserauf.de
 Internet <http://www.strasserauf.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Wichtige Verträge**b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)**

Geschäftsführung: Geschäftsführer Divé, Michael

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

e) Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft und damit nach dem HGB nicht zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet. Ein Lagebericht ist jedoch nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags in entsprechender Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Nach der Gründung der strasserauf GmbH (strasserauf) im September 2009 startete am 22. Oktober 2009 der Online-Stromvertrieb von strasserauf an private Endkunden. strasserauf liefert ausschließlich Ökostrom aus vom TÜV-Süd zertifizierter Schweizer

Wasserkraft. Neben hoher Transparenz und einer fairen Preisgestaltung soll durch innovative Produktmerkmale, wie z. B. den Bali-Button, das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzt werden. Im stark umkämpften wettbewerblichen Strommarkt sollte strasserauf zudem als Erfahrungsfeld fungieren und die

Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschafter sichern. Zwischenzeitlich haben sich die Gesellschafter auf Grund der fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven dazu entschieden, den Geschäftsbetrieb von strasserauf zum 31. Dezember 2011 einzustellen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

Vorrangiges Ziel des ersten vollen Geschäftsjahres 2010 war der Aufbau der Marke „strasserauf“ in der anzusprechenden Zielgruppe. Die Kernzielgruppe besteht aus den sogenannten „BoBos“ (Bourgeoise Bohemians), die auch als moderne Informationseleite bezeichnet werden. Um diese Zielgruppe herum wurde die gesellschaftliche Strömung der „Lohas“ (Lifestyle of health and sustainability) für die Produkt- und Markenentwicklung antizipiert (Ökostrom, gesellschaftlich korrektes Verhalten). Um diese Zielgruppe zu erreichen, wurden verschiedene Marketinginstrumente eingesetzt, um möglichst umfassend Bestandteil des Lebensstils zu werden (Ladeboxen, Party Sponsoring, Kunstförderung, Kooperation mit Szenemagazinen, Social Media Marketing, etc.). Einziger Vertriebsweg war das Internet. Durch eine zielgruppengerechte Gestaltung der Webseite sollte zusätzliche Aufmerksamkeit erreicht werden.

Mit der Platzierung der vorgenannten Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen erwartete strasserauf einen stetigen Kundenzuwachs im Jahr 2010. Eine zunächst respektable Anzahl von insgesamt gut 5.000 Abschlüssen relativierte sich im Laufe des Jahres, da durch die Grundpreisfreiheit unprofitable Kleinstverbraucher in nennenswerter Anzahl Kunden von strasserauf geworden waren. Einen weiteren wesentlichen Einfluss auf die Neukundenentwicklung im Geschäftsjahr 2010, hatte eine zeitlich begrenzte Preisaktion in vier ausgewählten Städten. Hier kam es zu beachtlichen Kundenzuwächsen durch entsprechende Platzierung in den Preisvergleichsportalen, allerdings zu nicht auskömmlichen Vertriebsmargen. Durch Einführung eines Staffelpreissystems fand eine Bereinigung der Kleinkunden statt, die allerdings dazu führte, dass strasserauf mit 3978 Neukunden zum Jahresende 2010 deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Insgesamt zeigte sich, dass die Marktdurchdringung für ein auf den Markenaufbau ausgerichtetes Geschäftsmodell im stark preisgetriebenen Strommarkt langsamer voran schreitet als erwartet.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ist in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt worden.

Das Geschäftsjahr 2010 konnte die Erwartungen nur teilweise erfüllen. Die Umsätze blieben bedingt durch die moderate Neukundenentwicklung deutlich hinter den Erwartungen zurück.

	Plan	2010 Ist	Abweichung
Umsatz in TEUR	782	467	-315
Rohertrag in TEUR (ohne FL-Aufwendungen für Kundenbetreuung)	0	7	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in TEUR	-1.664	-1.533	131
Neukunden in 2010	8.617	3.978	-4.639

Im Berichtszeitraum wurden noch insgesamt 113 TEUR in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Bereitstellung des Gesellschafterdarlehens zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Hauptziel des Finanzmanagements des Unternehmens ist auch weiterhin die Sicherstellung der Unternehmensliquidität. Diese ist durch vertraglich zugesagte Gesellschafterdarlehen für das Jahr 2011 gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren	2010 TEUR	2009 TEUR
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	346	0
Cash Flow		
-aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.283	-200
-aus der Investitionstätigkeit	-113	-181
-aus der Finanzierungstätigkeit	1.413	727
	363	346

Infolge der Anlaufverluste und des Wegfalls der Fortführungsprognose hat sich die Eigenkapitalsituation erwartungsgemäß weiter verschlechtert.

Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 2.134 TEUR stehen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 2.100 TEUR gegenüber, die im Rang hinter sämtlichen Verbindlichkeiten zurückstehen.

Aufgrund der Unternehmensgröße ist ein formales Risikomanagementsystem nicht implementiert. Die Geschäftsführung ist jedoch kontinuierlich über vorliegende Erkenntnisse in allen Bereichen durch regelmäßige stattfindende Sitzungen informiert.

Falls notwendig werden risikobegrenzende Maßnahmen in diesen Sitzungen besprochen, festgelegt und die Risiken in ihrer Entwicklung verfolgt. Auf diese Weise wird die Risikoerfassung eng mit dem bestehenden Controlling-Prozess verbunden.

Ausblick

Bis zum Ende des Jahres 2011 ist geplant, nach einer intensiven Kundenanalyse die Kunden der strasserauf GmbH auf die Energieversorgung Oberhausen AG zu übertragen. Die Gesellschaft soll nicht liquidiert werden, und die Unternehmenshülle soll bestehen bleiben. Die ordnungsgemäße Einstellung des operativen Geschäfts schließt auch die finanziellen Verpflichtungen der Gesellschafter über den 31. Dezember 2011 hinaus ein.

Mögliche Liquiditätsengpässe bis zur Einstellung des Geschäftsbetriebes werden durch das Gesellschafterdarlehen ausgeglichen.

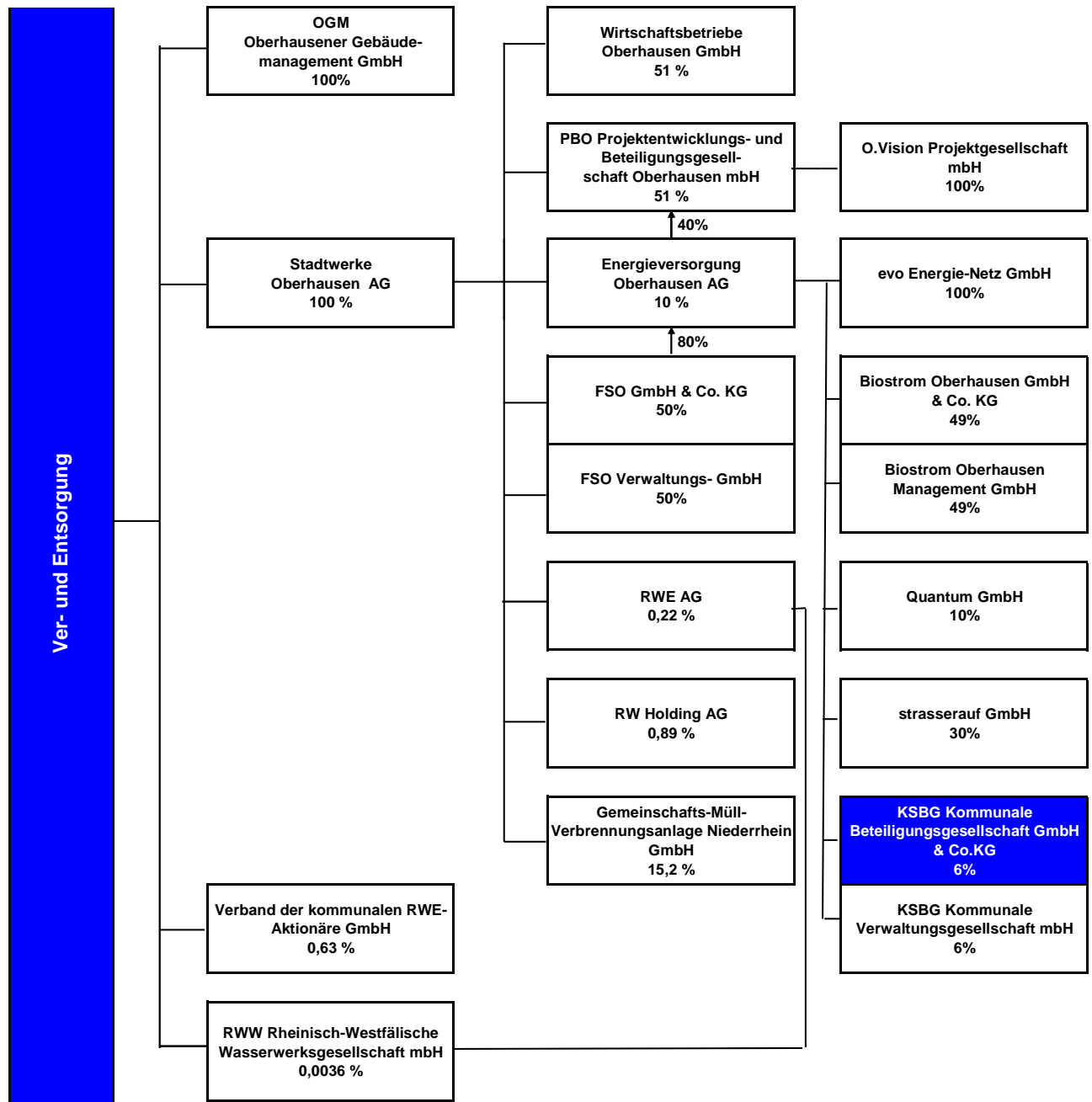
Auf die Rückzahlung des Darlehens der Gesellschaft gegenüber den Gesellschaftern soll durch eine entsprechende Erklärung der Gesellschafter verzichtet werden. Die Arbeitsverträge sollen bis zum 31. Dezember 2011 fristgerecht gekündigt werden. Im Idealfall können die Mitarbeiter in den Mutterhäusern untergebracht werden. Die Marke „strasserauf“ kann von der Energieversorgung Oberhausen AG, Oberhausen, fortgeführt werden und bedingt in diesem Falle eine Umbenennung der Gesellschaft. Der Dienstleistungsvertrag soll möglichst bis zum 31. Dezember 2011 verlängert werden, um einen reibungslosen Ablauf einer möglichen Migration zu gewährleisten.

Nachtragsbericht

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03. Mai 2011 wird der Geschäftsbetrieb von strasserauf zum 31. Dezember 2011 eingestellt.

Düsseldorf, den 14. Juni 2011

strasserauf GmbH
Geschäftsführung



KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet -

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum AG	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

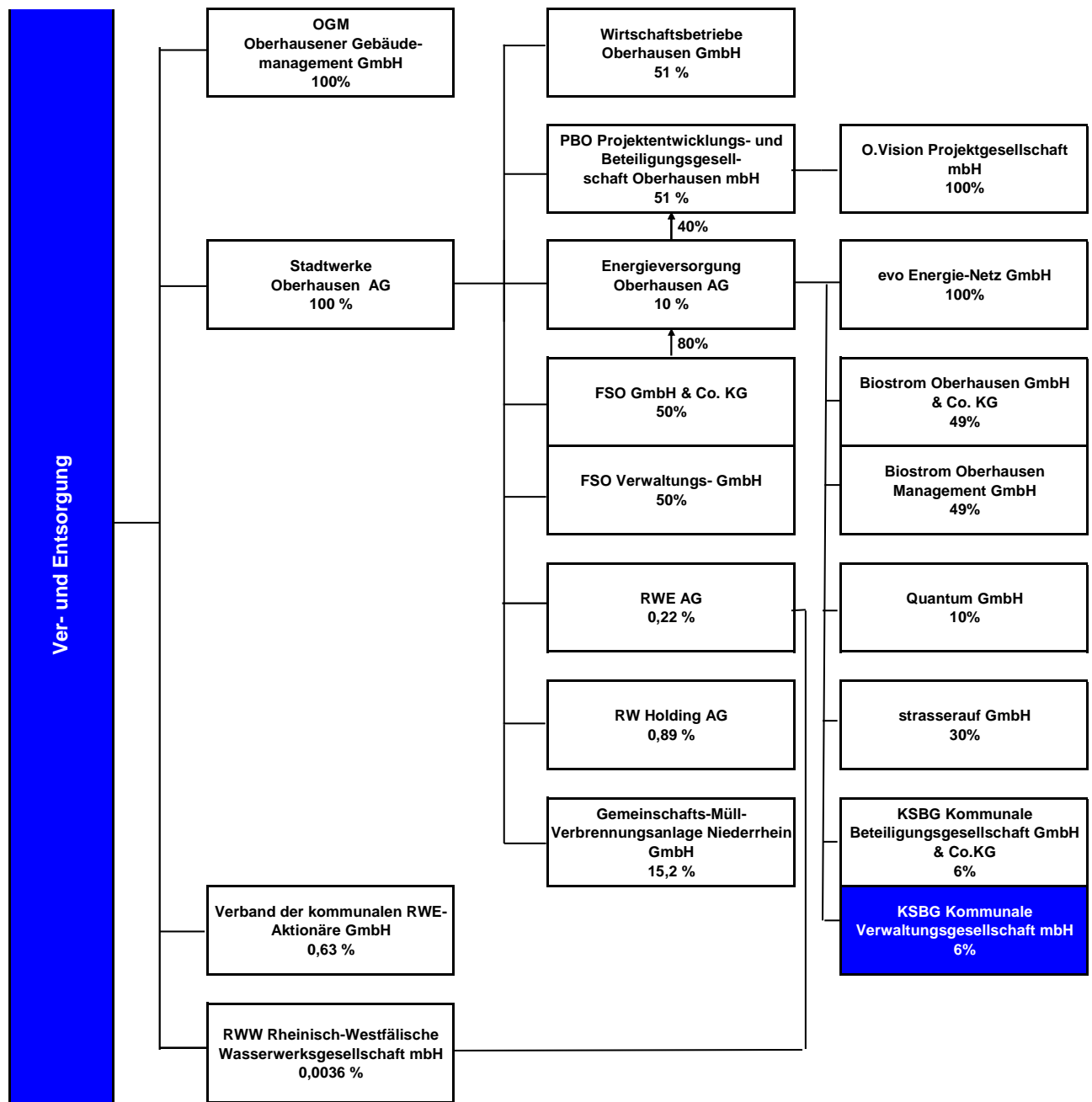
Der Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

e) Lagebericht

Die Gesellschaft hat ihre operative Geschäftstätigkeit im März 2011 aufgenommen.



KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0208/8350
Fax 0208/835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum AG	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG.

Wichtige Verträge

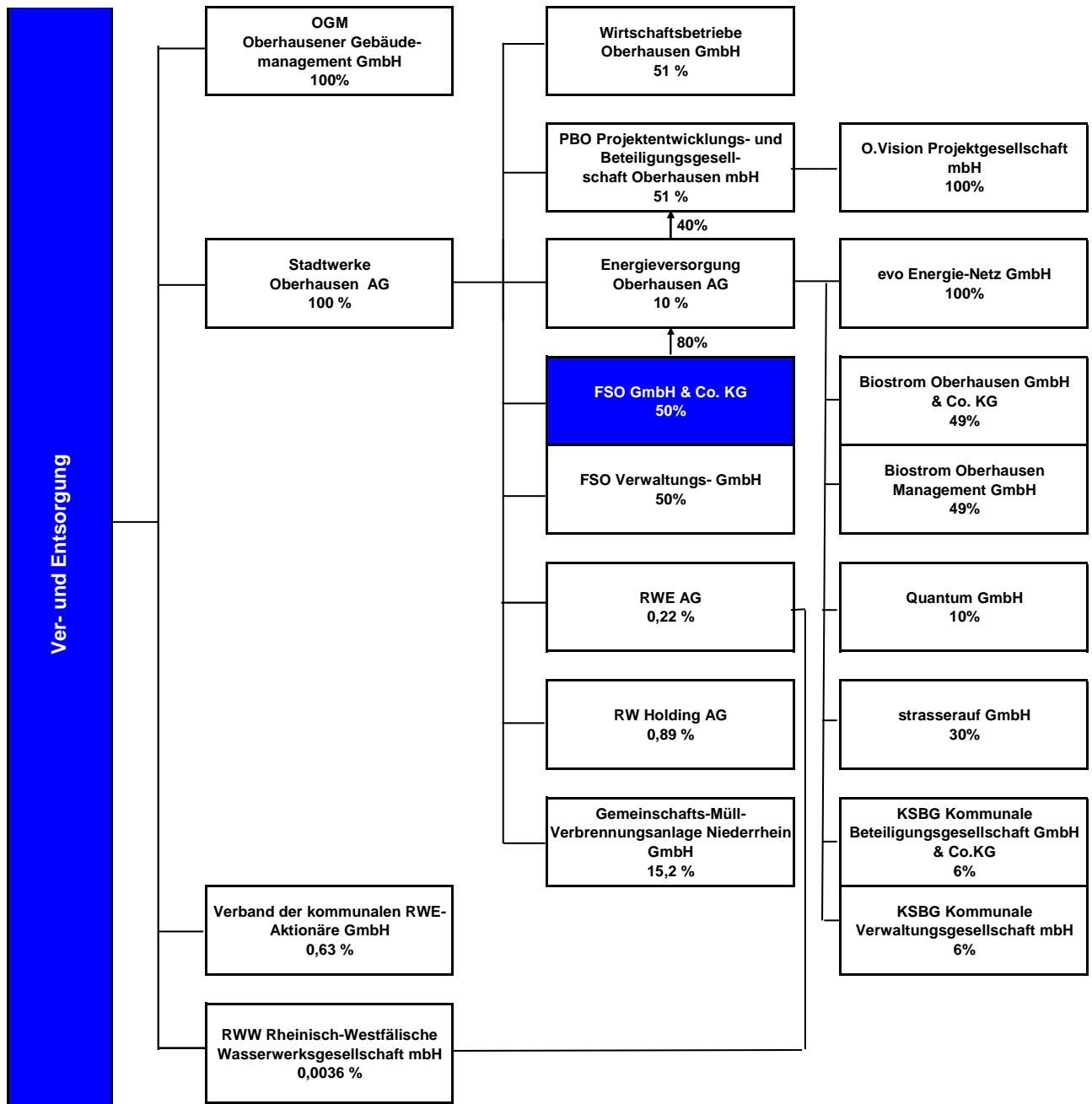
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Brückemeyer, Dietmar
Pehlke, Guntram
Wilmert, Bernhard

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Bevollmächtigte/r der Gesellschafter

e) Lagebericht

Die Gesellschaft hat ihre operative Geschäftstätigkeit im März 2011 aufgenommen.



FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/ 835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet -

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH
	Bevollmächtigte/r der STOAG
	Bevollmächtigter der RWE Deutschland AG

c) Beteiligungen**unmittelbar**

evo Energieversorgung Oberhausen AG

T€	%
20.800,00	80,00

mittelbar

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

392,00 39,20

Biostrom Oberhausen Management GmbH

9,80 39,20

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

10,00 3,20

evo Energie-Netz GmbH

24,00 80,00

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

0,05 4,80

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

4,80 4,80

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

8,00 32,00

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

81,81 32,00

Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien

0,01

Quantum GmbH

66,00 8,00

strasserauf GmbH

6,00 24,00

e) Lagebericht**1 Konzernunternehmen**

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernkelin evo Energie-Netz GmbH (evo-netz).

Als Kommanditisten sind die RWE Deutschland AG (RWE), die unter anderem aus der früheren RWE Rheinland-Westfalen-Netz AG hervorgegangen ist, und die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt.

Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der evo-netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine steuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen flächendeckend den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme und Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Der Bezug von Erdgas erfolgt aktuell von E.ON Ruhrgas AG und RWE Vertrieb. Zukünftig erfolgt er von mehreren Lieferanten und wird über die Quantum GmbH abgewickelt. Fernwärme und Strom werden in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs) an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von weiteren Stromhändlern und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) (nur Wärme) bzw. der OXEA Group (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Die evo ist adäquat auf dem vom Wettbewerb geprägten Markt aufgestellt. Dies zeigt sich in folgenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren:

innovative Produkte und Dienstleistungen, die dem Markt und den Bedürfnissen der Kunden ständig angepasst werden,

innovative Arbeitsabläufe und interne Prozesse, die ständig optimiert werden,

innovative Technologien (u. a. zum Schutz der Umwelt), Erhaltung der Netze und Organisationsmanagement (durch Zertifizierung bestätigt),

innovative Mitarbeiter, die durch Führungskräfteentwicklung und Mitarbeiterentwicklung sowie eine leistungsorientierte Bezahlung optimal eingesetzt und gefördert werden.

Die Strategie der evo zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird seit dem 1. Januar 2007 durch die evo-netz realisiert.

Alle Konzerngesellschaften sind bemüht, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks, bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit, zu gewährleisten.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs beim Strom- und Erdgasvertrieb konnte die evo ihre wirtschaftlichen Interessen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll und kundenverträglich weiter verfolgen. Durch die gemeinsame Energiebeschaffung der Gesellschaft Quantum GmbH wurden für die evo optimale Konditionen realisiert.

Die vertrieblichen Aktivitäten wurden durch die Beteiligung an der strasserauf GmbH in 2009 ausgeweitet. In dieser Gesellschaft sollte nach einem eigens entwickelten Konzept eine spezielle Zielgruppe – insbesondere im Online-Segment – angesprochen werden. Durch den bislang fehlenden Markterfolg haben sich jedoch zwischenzeitlich erhebliche Zweifel an diesem Geschäftsmodell ergeben. Die Gesellschafter werden sich noch im ersten Halbjahr 2011 über den Fortbestand und die strategische Neuausrichtung der strasserauf GmbH verständigen.

Durch die Projekte „Biostrom Oberhausen“ und „Fernwärmeausbau Oberhausen-Osterfeld“ sowie der Beteiligung am Erwerb der Evonik Steag GmbH (siehe Kapitel 8.1) wird nach außen eine strategische Neuausrichtung der evo sichtbar. Wachstumsmöglichkeiten werden konsequent ergriffen und umgesetzt.

Die evo hat gemeinsam mit der Proenergy Contracting GmbH & Co. KG die Biostrom Oberhausen GmbH gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Biomasse Heizkraftwerks in Oberhausen-Sterkrade. Nach Gründung der Gesellschaft und Genehmigung des Projektes durch Aufsichtsbehörden wurden bereits wesentliche Baufortschritte im Geschäftsjahr 2010 realisiert. Inzwischen ist die Anlage fertiggestellt. Die Anlage wird im Frühjahr 2011 in Betrieb genommen. Der Abschluss der Inbetriebnahmaßnahmen ist für Mai 2011 geplant.

Das Kerngeschäft der evo-netz - mit der alleinigen Gesellschafterin evo - ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotentiale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der evo-netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die evo-netz verpachtet.

Das gesamte Netzbetriebspersonal - mit Ausnahme von sechs Mitarbeitern und dem Geschäftsführer - wird durch die evo im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung der evo-netz zur Verfügung gestellt. Gemäß Vorgaben der Regulierungsbehörde werden ab 2011 weitere Schlüsselpositionen von der evo-netz selbst wahrgenommen. Infolgedessen wird voraussichtlich auch weiteres Personal von der evo auf die evo-netz überführt (vgl. Kapitel 7.2). Durch weitere Dienstleistungsverträge werden zudem zusätzliche Aufgaben, Rechte und Pflichten zwischen der evo und der evo-netz geregelt.

2 Rahmenbedingungen

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich in Kapitel 2.1 im Wesentlichen auf die Aktivitäten der evo. Das Kapitel 2.2 widmet sich dagegen vornehmlich Fragen die evo-netz betreffend.

2.1 *Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage*

Der Wettbewerb auf den Energiemärkten hat 2010 weiter zugenommen. Vor allem bei der Energieart Gas drängten neue Anbieter auf den Markt. Verstärkt wurde dieser Effekt noch dadurch, dass sich die Beschaffungsstruktur auf dem Gasmarkt verändert. Somit zeigte sich das Marktumfeld auch 2010 schwierig. Die Wechselbereitschaft der Endverbraucher ist gestiegen und die Energiepreise stehen weiterhin im Fokus. Zu spüren ist besagte Wechselbereitschaft insbesondere im Falle von angekündigten Preiserhöhungen. Jedoch bleibt die evo mit einem Marktanteil von rund 92 % beim Strom und fast 97 % beim Erdgas ein starker Partner für ihre Privatkunden.

Die internationale und nationale Energiepreisentwicklung stand weiterhin im Zeichen der weltweiten wirtschaftlichen Krise. Während die Rohstoffpreise Anfang des Jahres 2010 weiterhin sanken, stiegen sie gegen Ende 2010 wieder an. Da der nationale Erdgasmarkt größtenteils von den Ölpreisentwicklungen abhängig ist, konnte die evo in 2010 den

Verkaufspreis für Erdgas zum Jahreswechsel 2009/2010 stabil halten. Im Laufe des Jahres mussten die Preise jedoch wieder erhöht werden.

Aufgrund der sich verändernden Endverbraucherpreise für Energie steht die Branche weiterhin im Fokus der Politik und der Öffentlichkeit. Die Energieversorgungsunternehmen werden in die Pflicht genommen, den Kunden einen marktkonformen und möglichst günstigen Preis anzubieten. Hinzu kommt, dass durch den gestiegenen Wettbewerb der Druck auf die Preise zugenommen hat. Darüber hinaus fordert die Politik von den Unternehmen ein starkes Engagement für Umwelt- und Klimaschutz.

Mit attraktiven Preisen, lokalem Engagement und einem guten Service vor Ort versucht die evo, ihr Image und Ansehen in der Oberhausener Bevölkerung zu prägen. Das Unternehmen unterstützt zahlreiche Vereine und Institutionen in der Stadt. Dazu gehören viele kleine Sportvereine sowie kulturelle und soziale Einrichtungen. Das Engagement geht über Sponsoring, Spenden und Ausbildung hinaus. Zahlreiche Förderprogramme unterstützen Bürger und Stadt zum Beispiel beim Klimaschutz.

Als Beitrag zum Klimaschutz stand im Jahr 2010 insbesondere der Ausbau der Fernwärmeversorgung in Osterfeld im Mittelpunkt der Aktivitäten. Bis 2011 wird die evo den Stadtteil Osterfeld entlang einer Haupttrasse mit Fernwärme erschließen. Dies trägt nachhaltig zur CO₂-Reduzierung in der Stadt Oberhausen bei. Denn mit einem Primärenergiefaktor, der 0,34 beträgt, werden bei der Oberhausener Fernwärme 34 % Primärenergie für 100 % Heizenergie eingesetzt.

Die evo hat 2010 die Produktpalette der TOB-Tarife um die Gewerbeprodukte für die Energieart Gas weiter ausgebaut. Seit Mitte 2010 wird zusätzlich eine Fix-Preis Zusatzvereinbarung angeboten. Die Tarife sind transparent und einfach, weil Leistungsmerkmale wie Kesselgröße und Wohneinheiten entfallen. Bei den TOB-Tarifen gibt es bei Strom und Erdgas nur noch einen Grund- und einen Arbeitspreis. Außerdem bietet die evo damit neben der Grundversorgung auch noch weitere attraktive Preisgestaltungen an. Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sind ebenfalls sehr wichtige Aspekte der neuen Tariflandschaft. So wird neben Ökostrom auch CO₂-neutrales Erdgas angeboten. Die evo ist davon überzeugt, ihren Kunden damit attraktive Angebote bereithalten zu können.

Im Laufe des Jahres stieg die evo in die Elektromobilität ein. Mit der Aufstellung von Ladesäulen wurde in der zweiten Jahreshälfte 2010 begonnen.

Die Rahmenbedingungen auf dem deutschen Energiemarkt verändern sich permanent. Die Energiemärkte unterliegen starken preislichen Schwankungen und die gesetzlichen Vorgaben werden häufig verändert. Gerade für kleine und mittlere Energieversorgungsunternehmen wird es aufgrund der Personalkapazitäten immer schwieriger, die komplexen Energiebeschaffungsaufgaben für Strom, Erdgas, Wärme und CO₂-Zertifikate zu bewältigen. Um im Energiebeschaffungsbereich langfristig effizient zu sein und Synergieeffekte zu erreichen, haben sich mehrere Energieversorgungsunternehmen in der Beschaffungsgesellschaft Quantum GmbH zusammengeschlossen. Dazu zählt auch die evo. Seit Anfang des Jahres 2008 wurden bei der evo die entsprechenden Voraussetzungen für die Beteiligung an dieser Beschaffungsgesellschaft geschaffen. Die evo hält am Stammkapital der Quantum GmbH einen Anteil von 10 %.

Hauptaufgabe der Quantum GmbH ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum GmbH aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und wird in absehbarer Zeit Erdgas und Strom direkt an den Großhandelsmärkten beschaffen. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

In den letzten beiden Jahren gab es besonders im Bereich Erdgasbeschaffung fundamentale Veränderungen. evo reagierte auf diese Veränderungen mit einer geänderten Beschaffungsstrategie. Dadurch gelang es, die traditionelle Ölpreisbindung zu konterkarieren und den Erdgaspreis für die Kunden der evo trotz eines aktuell starken Ölpreisanstiegs für die nächste Zeit weitgehend konstant zu halten.

Um erfolgreich im Endkundengeschäft zu bestehen, ist die genaue Analyse von Kundenbedürfnissen und -verhalten von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die evo in 2009 gemeinsam mit den Stadtwerken Duisburg AG, der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG eine Vertriebsgesellschaft gegründet. Diese Gesellschaft mit dem Namen „strasser auf“ vertreibt ihre Energieprodukte insbesondere über das Internet, zugeschnitten auf die dort aktive Kundschaft.

Darüber hinaus ist die evo mit 6 % an dem Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr beteiligt, das seit dem 1. März 2011 nunmehr 51 % an der Evonik Steag GmbH hält. (vgl. Kapitel 8.1).

2.2 Regulierungssituation

Seit dem 1. Januar 2009 regelt die Anreizregulierung die Netzentgelte für Strom und Gas. Für das erste Jahr der Anreizregulierung wurden der evo-netz Effizienzwerte von 93,7 % beim Strom und 93,4 % beim Erdgas zugewiesen. Diese Effizienzwerte gelten auch für die gesamte erste Regulierungsperiode. Im Vergleich zu anderen

Energieversorgungsunternehmen ist die evo-netz damit sehr gut aufgestellt. Diese Effizienzwerte sind die wesentlichen Bausteine bei der Ermittlung der Erlösbergrenzen für die erste Regulierungsperiode.

Das Jahr 2010 war im Hinblick auf die zweite Regulierungsperiode bereits wieder Fotojahr für den Bereich Gas. Dies bedeutet, dass das Jahr 2010 Grundlage für die Kostengenehmigung der zweiten Regulierungsperiode sein wird. Das Jahr 2011 ist entsprechend das Fotojahr für den Bereich Strom.

Im Rahmen des Unbundling fordert die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Energieversorger in Deutschland auf, alle Prozesse und alle IT-Systeme explizit einer der Marktrollen „Lieferant“ oder „Netz“ zuzuordnen. Der Datenaustausch zwischen Verteilnetzbetreiber und Vertrieb darf demnach ausschließlich nach definierten einheitlichen Prozessen und Datenformaten erfolgen (informatorisches Unbundling).

Mit der Einführung des 2-Mandanten-Modells hat das Unternehmen die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Entflechtung der Geschäftsfelder von Netz und Vertrieb vorangetrieben. Dieses Projekt band in 2009 und 2010 erhebliche Ressourcen. Der produktive Start der Systeme erfolgte am 17. Mai 2010.

Einigung zum Thema Strom-Verlustenergie

Zu Beginn der ersten Regulierungsperiode hat die BNetzA die Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie im Bereich Strom nur in einer so niedrigen Höhe anerkannt, wie sie in der Praxis nicht erzielbar waren. Als Folge hiervon gab es eine Reihe von Klagen gegen diese Bescheide und auch intensive Verhandlungen zwischen den Branchenverbänden und der BNetzA. Auch die evo-netz hat Klage gegen ihren Bescheid erhoben. Mitte 2010 wurde dieser Streit nun mit einem Vergleich beigelegt, dem sich die Branche in weiten Teilen angeschlossen hat, so auch die evo-netz. Dieser Vergleich bietet den Netzbetreibern nun die Möglichkeit, höhere Kosten für Verlustenergiebeschaffung geltend zu machen, und zwar in Höhe eines Referenzpreises, der jährlich auf der Basis von Börsenpreisen ermittelt wird. Diese Vereinbarung gilt zunächst nur für die Jahre 2011 bis 2013. Der evo-netz ermöglicht diese Vereinbarung eine Erhöhung der Erlösbergrenze Strom.

Intelligente Zähler

Die Einführung sogenannter intelligenter Zähler (elektronische Zähler) ist für Neubauten und im Fall von größeren Sanierungen bereits seit 1. Januar 2010 Pflicht. In der Branche ist man dieser Verpflichtung, die für Strom und Gas gilt, in aller Regel nur unvollständig nachgekommen, weil nicht klar war, welche Anforderungen an diese Zähler überhaupt gestellt werden. Um hier Fehlinvestitionen zu vermeiden, hat sich die Branche deshalb sehr zurückhaltend gezeigt. Dazu hat auch beigetragen, dass seitens der Kunden bisher so gut wie kein Interesse an dieser Innovation besteht.

Erst mit einem am 23. Juni 2010 veröffentlichten Positionspapier hat die BNetzA klargestellt, welche Mindestanforderungen Strom- und Gaszähler erfüllen müssen, um der Verordnung zu genügen. Erst danach war es der Branche möglich, entsprechende Zähler zu entwickeln und anzubieten. Die neuen Zähler werden bei der evo-netz erst mit Beginn 2011 zur Verfügung stehen können.

Wechselprozesse im Messwesen (WiM)

Im Zusammenhang mit den sogenannten „intelligenten Zählern“ hat die BNetzA am 9. September 2010 eine Festlegung über einheitliche Geschäftsprozesse, Datenformate und Standardverträge für den Messstellenbetrieb und die Messung von Strom und Gas festgelegt. Die Einführung dieser festgelegten Prozesse und Datenformate wird die evo erneut vor hohe

Anforderungen stellen. Die Netzbetreiber mussten die festgelegten Standardverträge bei Neuabschlüssen mit Wettbewerbern bereits ab 15. Oktober 2010 anwenden. Die elektronische Abwicklung der Geschäftsprozesse muss spätestens zum 1. Oktober 2011 umgesetzt sein.

Netzentgelte öffentliche Beleuchtung

Die BNetzA hat im Laufe des Jahres ihre Position zu den Netzentgelten der Straßenbeleuchtung bekannt gemacht. Heute werden öffentliche Beleuchtungsanlagen in der Regel wie leistungsgemessene Sondervertragskunden behandelt. Dies ist nach Auffassung der Branche deshalb möglich, weil der Leistungsverlauf der öffentlichen Beleuchtung als Tagesgang genau bekannt ist, auch wenn keine registrierende Leistungsmessung vorliegt. Dadurch, dass die Höhe der Leistung und der Ein- und Ausschaltzeitpunkt bekannt ist, lässt sich der Lastgang eindeutig nachvollziehen.

Die BNetzA stellt sich jetzt jedoch auf den Standpunkt, dass ohne eine wirkliche Messung keine Sondervertragskundenkonditionen vorliegen, sondern vielmehr Netzentgelte wie für normale Standardlastprofilkunden im Niederspannungsbereich gezahlt werden müssen. Dies bedeutet, dass im Extremfall für jede Laterne ein Grundpreis sowie die höheren Niederspannungsnetzentgelte von Standardlastprofilkunden zu entrichten sind.

Nach entsprechenden Verhandlungen mit den Verbänden hat sich die BNetzA nun im November 2010 offiziell und vorläufig abschließend zur Entgeltbildung für Straßenbeleuchtungsanlagen ab dem 1. Januar 2011 geäußert. Demnach muss für die Zwecke der Entgeltbildung immer angenommen werden, dass Straßenbeleuchtungsanlagen in

Niederspannung angeschlossen sind und zwingend das entsprechende Grundpreis- / Arbeitspreissystem anzuwenden ist. Dies führt zu einer erheblichen Erhöhung der Netzentgelte für die öffentliche Beleuchtung. Die evo-netz stellt diese Entgelte dem Stromlieferanten der Stadt Oberhausen (zurzeit evo AG) in Rechnung. Aufgrund der festgelegten Erlösobergrenze hat dies keine Auswirkungen auf die evo-netz, da im Gegenzug die anderen Netzentgelte mittelfristig geringfügig sinken.

Für die Margenentwicklung der evo AG ist dieser Umstand im Übrigen unerheblich, da die Netzentgelte unabhängig von ihrer jeweiligen Höhe an die Stadt Oberhausen weitergegeben werden.

2.3 Belegschaft

Die evo reagiert schnell und flexibel, mit intelligenten Antworten auf Veränderungen des Marktes, der Politik, der Gesellschaft und der technischen Anforderungen. Dabei sind die „evo“ die Mitarbeiter, Führungskräfte, Projektteams oder auch Entscheider, also die Menschen, die dahinter stehen.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Mitarbeiter auf ihre Rolle gut vorzubereiten, indem wir beispielsweise passgenaue Förderung von Qualifikationen anbieten. Neben der rein fachlichen Kompetenz setzen wir insbesondere auf die Förderung der sozialen Fähigkeiten, zum Beispiel durch Führungskräfteentwicklung, Veränderungsmanagement sowie der Entwicklung von Fach- und Führungskarriere. Unser Denkansatz ist dabei ganzheitlich, das heißt Ausbildung der fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen im Hinblick auf die Anforderungen des Unternehmens.

Nachhaltigkeit ist uns auch für die Mitarbeiterperspektive wichtig. Wunsch ist es, mit den Investitionen in die Mitarbeiter die Loyalität zum Unternehmen zu erhöhen, indem die eigenen Lebenswünsche mit dem Arbeitsplatz vereinbar sind. Dies fließt ein in Projekten zu Familie und Beruf oder dem demografischen Wandel, die immer neben vielen anderen Aspekten auch das Ziel der langfristigen Bindung an das Unternehmen haben und eher vorausschauend und präventiv ansetzen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

Die Ausführungen in den Kapiteln 3.1.1 und 3.1.2 betreffen die Aktivitäten der evo-netz GmbH bezogen auf assoziierte und fremde Vertriebe. Die nachfolgenden Unterkapitel geben dagegen durchgängig die Aktivitäten der evo wieder.

3.1.1 Netz Strom

Im zweiten Jahr der Regulierungsperiode wurde die Erlösobergrenze für den Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierungsverordnung um die zulässigen Erhöhungen angepasst. Die genehmigten Netzentgelte wurden bei den Transportkunden in Rechnung gestellt. Es wurde in 2010 eine Menge von 804 GWh durch die gepachteten Stromnetze der evo-netz geleitet. Dies waren 2,6 GWh weniger als im vorherigen Geschäftsjahr.

3.1.2 Netz Erdgas

Die Netzentgelte für den Bereich Erdgas wurden für das Jahr 2010 ebenso im Bereich Strom nach § 4 der Anreizregulierung angepasst. Im Geschäftsjahr 2010 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der evo-netz 1.143,8 GWh an Erdgaskunden verteilt. Damit wurden im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr 115,4 GWh mehr Erdgas durch die Netze geleitet.

3.1.3 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2010 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen leicht zurück. Er sank insgesamt um - 3,4 % auf 593,6 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit - 3,8 % und bei den Industriekunden mit - 3,6 % wieder. Der Absatz an Nachtstromspeicherheizungen stieg um 6,3 % auf 15,3 GWh.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum 1. April 2010 um 0,65 Cent/kWh (netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2010 neu festgesetzt.

3.1.4 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2010 zum Zeitpunkt des vorgezogenen Jahresabschlusses um 12 % über dem Wert des Jahres 2009. Des Weiteren hatte das Jahr 2010 eine längere Heizperiode. Die Monate April/Mai und November 2010 waren kühler als im Durchschnitt. Der Erdgasabsatz stieg insgesamt um 9,5 % auf 1.077,3 GWh.

Aufgrund der stärkeren Witterungsabhängigkeit stieg der Absatz bei den Privat- und Gewerbekunden mit 9,5 % deutlich gegenüber dem Vorjahr. Auch bei den Geschäfts- und Industriekunden ist mit 9,4 % ein Absatzzuwachs zu verzeichnen.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden zum 1. Januar 2010 um 0,2 ct/kWh und zum 1. September 2010 um weitere 0,55 ct/kWh an die gestiegenen Bezugskosten angepasst.

Der Marktanteil beim Erdgas lag zum Jahreswechsel bei knapp unter 97 %.

3.1.5 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme spiegelt sich ebenfalls die Witterungsabhängigkeit wider. Hier stieg der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) um 16,6 % auf 444,7 GWh. Die Nettopreise wurden zum 1. Januar 2010 um 0,16 ct/kWh und zum 1. September 2010 um weitere 0,4 ct/kWh erhöht.

3.1.6 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo ab 2010 eines Dienstleisters, der Quantum GmbH. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen Vertriebsbedarf; insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent an dem Absatzportfolio aus.

3.2 Entwicklung Dienstleistungen

3.2.1 Gebäude-Energieservice

Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) stieg um 8,1 % auf 58,3 GWh. Diese Absatzsteigerung liegt analog des Gas- und Fernwärmeabsatzes in der Witterung des Jahres 2010 begründet.

3.2.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt technische Dienstleistungen für die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG sowie Contracting-Leistungen für das Heizkraftwerk Duisburg-Meiderich/Bakelite.

Weiterhin betreut die evo mit der externen Geschäftsbesorgung als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren Klein- und Mittelstandsunternehmen aus verschiedensten Branchen mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

4 Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2010 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft Position	FSO TEUR	evo TEUR	evo-netz TEUR	Summe TEUR	Konzern TEUR
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern)	557	227.631	82.395	310.583	194.092
Materialaufwand	230	159.770	44.541	204.541	117.992
Personalaufwand	251	31.820	1.040	33.111	33.111
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	9.996	0	9.996	9.838
Konzessionsabgabe	0	0	9.801	9.801	9.801
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 25	17.077	- 2.065	14.987	14.656
Außerordentliches Ergebnis	- 34	- 2.140	570	- 1.604	- 1.604
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	10	- 2.236	365	- 1.861	- 1.854
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	- 49	12.701	- 1.130	11.522	11.198
Mitarbeiter (Köpfe im Jahres-durchschnitt)	5	468	7	480	480

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Darüber hinaus ist das Ergebnis durch eine Erhöhung der aktiven und passiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 21 positiv beeinflusst (Vorjahr TEUR 5.215 negativ). Da der Konzern ausschließlich gewerbesteuerpflichtig ist, wird - wie im Vorjahr - ein Ertragsteuersatz von 17,15 % zur Berechnung zugrunde gelegt.

Aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG kam es im Wesentlichen bei den Personalrückstellungen zu Bewertungsunterschieden, welche den Jahresüberschuss des Konzerns negativ beeinflussten. Dies spiegelt sich in einem negativen Außerordentlichen Ergebnis in Höhe von TEUR 1.604 wider.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 185.993), diese haben sich im Vergleich zum Vorjahr witterungsbedingt um TEUR 4.949 erhöht. Dieser positive Effekt wird durch den absatzbedingten Anstieg der Bezugskosten (TEUR 1.216) teilweise kompensiert.

Das negative Ergebnis der FSO basiert im Wesentlichen auf die im Zuge der Einführung des BilMoG durchzuführenden Bewertungsunterschiede im Bereich der Personalrückstellung, welche vollumfänglich im Berichtsjahr bei der FSO umgesetzt wurden. Es ist davon auszugehen, dass der Wegfall dieses Einmaleffekts wieder zu positiven Ergebnissen in den Folgejahren führen wird.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit minderte sich in 2010 um rund TEUR 17.041 auf TEUR 8.057, dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Rückstellungen und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Minderung des Bestandes an Verbindlichkeiten zurückzuführen. Wie in den Vorjahren reichen der operative Cashflow und die Liquiditätsreserven aus, um den Finanzbedarf des operativen Geschäfts sowie den Bedarf im Zuge der laufenden Investitionstätigkeiten zu decken.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet die konsolidierte Zuführung in andere Gewinnrücklagen der evo AG aufgrund von BilMoG sowie die Ergebnisabführung aus dem Vorjahr, er liegt um TEUR 7.454 über dem Vorjahreswert, dies ist dadurch begründet, dass im Vorjahr eine ordentliche Kapitalherabsetzung durchgeführt wurde.

Es kommt zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres, welcher sich mit TEUR 3.332 noch immer positiv darstellt.

5.2 Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind fast ausschließlich durch Maßnahmen der evo geprägt. Diese wurden im Jahr 2010 durch Mittel der Innenfinanzierung realisiert. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2010 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände beträgt rd. 72 %. Zudem wurden weitere Schritte zur Erneuerung der Leittechnik des HKW I umgesetzt.

	Budget 2011 in TEUR	Ist 2010 in TEUR	Ist 2009 in TEUR
Investitionen	18.500	19.496	16.566
Abschreibungen	10.000	9.839	9.346

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 15.515 zur Erneuerung der Netze und für sonstige Anschaffungen sieht das Investitions-Budget 2011 weitere Sondermaßnahmen durch unvermeidbare Erneuerungen in den Heizkraftwerken über TEUR 2.985 vor, welche planungsgemäß auch in den nachfolgenden Jahren bis 2013 den Sachinvestitionsverlauf prägen werden.

Darüber hinaus wird der Ausbau der Fernwärme im Stadtgebiet Oberhausen-Osterfeld vorangetrieben.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betragen rund TEUR 19.496 und teilen sich wie folgt auf:

	<u>Ist 2010 in TEUR</u>	<u>Ist 2009 in TEUR</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	146	193
Sachanlagen		
Stromversorgung	6.007	4.536
Erdgasversorgung	4.070	3.930
Fernwärmeversorgung	7.374	6.462
Energieservice	282	51
Gemeinsame Anlagen	1.617	1.394
Gesamtbetrag	<u>19.496</u>	<u>16.566</u>

Auch für das kommende Geschäftsjahr gehen wir davon aus, dass die Mittel aus der Innenfinanzierung die erforderlichen Investitionen decken, die von der technisch-wirtschaftlichen Optimierung der Versorgungsnetze, dem Ausbau der Fernwärmeversorgung und der Kraftwerkssanierung geprägt sein werden.

5.3 Anlagestrategie

Das Finanzergebnis des Konzerns wird insbesondere durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine konzernweite Cash-Pooling-Vereinbarung getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Nach einer Vertragsverlängerung mit dem bisherigen Finanzdienstleister erfolgt die Anlage liquider Mittel unter folgenden Prämissen:

Kurzfristige Anlagen erfolgen in geldmarktnahen und risikofreien Investmentfonds; neben einer marktkonformen Verzinsung ist eine jederzeitige Veräußerung möglich. Zudem erfolgen Anlagen in Tages- und Festgeldern, sofern der Anlagehorizont unter sechs Wochen liegt. Das Portfolio wird ergänzt durch die Anlage in Aktien und Schuldverschreibungen mit einem Wertsicherungskonzept.

Grundsätzlich ist für alle Anlagen ein Rating der Bonitätsklasse „BBB“ oder besser Voraussetzung.

Neben den kurzfristigen liquiden Mitteln wurden in 2007 zur nachhaltigen Wertsteigerung und zur Schaffung einer soliden Basis für die nächsten Jahre zwei Spezialfonds mit unterschiedlichen Partnern aufgelegt. Die Vorteile von Spezialfonds lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Die Absicherung erfolgt über eine mit dem Partner vereinbarte Sicherungsstrategie (95 % des bei der Anlage eingebrachten Buchwertes) mit Anlagehorizont bis ursprünglich Ende 2010, welcher zwischenzeitlich bis Ende 2013 erweitert wurde, und über die Zulassung durch das BaFin.

Mit den Vertragsparteien konnte eine Umkehr der Beweislast zugunsten der evo herbeigeführt werden.

Die Wertentwicklung der beiden Spezialfonds in 2010 war, nach einem temporären Einbruch während der Finanzkrise in 2008, weiterhin positiv, sodass ein weiterer Anstieg des Kurswertes über die Anschaffungskosten hinaus zu verzeichnen war. Trotz der Ausweitung des Anlagehorizonts sind beide Fonds kurzfristig veräußerbar und könnten zur Deckung eines temporären Liquiditätsbedarfs herangezogen werden. Aufgrund der aktuellen Situation auf den Finanzmärkten wird weiterhin von einer positiven Entwicklung der Kapitalanlagen ausgegangen.

Die evo wirkt im Anlageausschuss aktiv durch mindestens eine Person mit und kann so die Anlagestrategie bei Bedarf maßgeblich selber beeinflussen.

Die längerfristigen Kapitalanlagen dienen hauptsächlich zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas, welche in der Regel durch kurzfristig angelegte Mittel ausgeglichen werden.

5.4 Rating

Bereits im September 2009 wurde ein Rating bei der evo durchgeführt, um das Unternehmen auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten sowie seine Entwicklungspotenziale untersuchen zu lassen. Anhand eines Folgeratings hat die evo erneut ihre positiven Zukunftsaussichten von einem unabhängigen Sachverständigen bestätigen lassen.

Im Berichtsjahr hat die Euler Hermes Rating GmbH ein Folgerating bei der evo durchgeführt.

Die Bonität und Zukunftsfähigkeit der evo wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt erneut mit „A“ bewertet, das Unternehmen wird damit im Vergleich zur Gesamtwirtschaft als stark überdurchschnittlich beurteilt. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Geschäftsentwicklung geht man für die kommenden zwölf Monate weiterhin von einer stabilen Entwicklung des Ratingurteils aus.

Die starke Verankerung im lokalen Markt, das erfahrene und kompetente Management sowie die reaktions- und anpassungsfähige Organisation wurden weiterhin neben der guten finanziellen Lage als Stärke des Unternehmens ausgemacht.

In einem weitem Ratingverfahren hat die Stadtparkasse Oberhausen ein Stärken-Potenzial-Profil für die evo erstellt. Dieses Verfahren dient zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und wird auf Basis von Bilanzkennzahlen, qualitativen Faktoren und sonstigen Bonitätsmerkmalen erstellt und gibt Auskunft darüber, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass Kreditnehmer auf Sicht der nächsten zwölf Monate ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Bei einer statistischen Ausfallwahrscheinlichkeit von 0,26 % hat die evo auch bei diesem Rating eine gute Beurteilung bekommen.

Darüber hinaus wurde der evo auf Basis eines Bonitätsbeurteilungsverfahrens durch die Deutsche Bundesbank erneut die Notenbankfähigkeit zugesprochen.

Zum Aufstellungszeitpunkt dieses Konzernabschlusses können die vorgenannten Aussagen von der Konzernleitung uneingeschränkt bestätigt werden. Dem betriebsnotwendigen Konzernvermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber. Die gute finanzielle Ausstattung ermöglicht eine erfolgreiche Fortsetzung der Geschäfte, ohne dass in absehbarer Zeit Bankkredite aufgenommen werden müssen. Nach dem heutigen Kenntnisstand können die Ergebnisbeiträge des Geschäftsjahres 2010 auch in 2011 gehalten bzw. sogar leicht übertroffen werden.

Zusammenfassend wird die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses als gut betrachtet.

6 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses 2010 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage beeinflussen.

7 Risikobericht

7.1 Risikomanagementsystem

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die evo-netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Bestand gefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7.2 Grundlegende Rahmenbedingungen ausgewählter Einzelrisiken

Der Wettbewerb auf dem lokalen Energiemarkt wird weiter zunehmen. Der starke Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt sorgt dabei für ein vielfältiges Angebot, aus dem der Verbraucher wählen kann. Mit einem Marktanteil im Privatkundengeschäft bei der Stromversorgung von über 90 % hat die evo eine starke Position. Mit nahezu 97 % Marktanteil beim Erdgas ist die Position der evo zwar gefestigt, aber hier wird erwartet, dass die Anzahl der neuen Anbieter auf dem Gasmarkt sprunghaft in die Höhe steigen wird.

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo AG eine risikoaverse Strategie. Insofern betreibt die evo AG keinen reinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d.h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss

beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden

Energien. Bedingt durch die geringen Wechselraten in dieser Kundengruppe kann der sich ergebende Durchschnittspreis vergleichsweise risikolos weitergegeben werden. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtumsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken, operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen minimiert.

Die evo-netz befindet sich bezüglich der regulierten Bereiche Strom und Gas in der ersten Regulierungsperiode. Noch nicht endgültig geklärt ist der Umgang der Regulierungsbehörden mit den sogenannten Personalzusatzkosten als Bestandteil der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten. Im Rahmen eines Projektes, in dem die evo erneut ihre Unbundling-Strategie überprüft hat, wurde auch dieser Aspekt mit untersucht. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die evo unter Abwägung einer Reihe von Vor- und Nachteilen die Entscheidung getroffen hat, einige weitere Mitarbeiter in die Netzgesellschaft zu überführen.

Darüber hinaus soll die bei der evo gewählte Konstruktion der überlassenen Arbeitnehmer, die in direkter Weisungsbefugnis dem Leitungspersonal des Netzes unterstehen, deutlicher herausgestellt werden. Damit sollen die wirtschaftlichen Risiken des Themas Personalzusatzkosten möglichst abgewendet werden.

8 Prognosebericht

Wettbewerb, Regulierung, politischer Einfluss und die öffentliche Meinung - diese Bereiche werden auch in 2011 die Herausforderungen für das Unternehmen darstellen. Die öffentliche Diskussion über Energiepreise wird weiter anhalten. Langfristig ist davon auszugehen, dass die Kosten für Energie weiter steigen werden. Die Politik wird auch zukünftig nicht bereit sein, Steuern und Abgaben zu senken, um die Verbraucher zu entlasten. Die evo wird neben wirtschaftlichen Aspekten die Ökologie in den Mittelpunkt ihrer Handlung stellen und insbesondere hierzu den Ausbau der Fernwärme forcieren, um ihren Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele zu leisten.

Der Wettbewerb und die Wechselbereitschaft der Endverbraucher werden weiter zunehmen. Vor allem im Erdgasmarkt werden neue Anbieter mit neuen Produkten auf den Markt drängen. Das Internet wird dabei in Zukunft verstärkt zur Vermarktung genutzt. Dieser Trend wird anhalten. Das bedeutet einen steigenden Druck auf die Margen. In diesem Zusammenhang ist der Internetauftritt der evo neu überarbeitet und den Kundenbedürfnissen angepasst worden.

Das Unternehmen wird, um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, weitere Effizienzsteigerungen vornehmen. Kooperationen oder gemeinsame Gesellschaften mit anderen Energieversorgungsunternehmen werden weiterentwickelt.

Für die Erschließung neuer Wachstumsmärkte werden Potentiale im Bereich Contracting und der Neukundengewinnung außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes gesehen. Contracting-Angebote wurden bisher meist im Bereich der Geschäftskunden angeboten und sollen zukünftig auf die Segmente Gewerbe und Wohnungswirtschaft ausgeweitet werden. Der Privatkundenvertrieb außerhalb des eigenen Stammgebietes wird zurzeit konzeptionell vorbereitet. Dabei wird möglicherweise eine Zusammenarbeit mit geeigneten Kooperationspartnern, insbesondere bei der Prozessabwicklung, angestrebt.

Unsere alten Erdgaslieferungs-Sonderverträge mit den Preisregelungen LN, GN, ZN96 oder LN94 sind zum Teil seit Jahrzehnten fast unverändert bis zum heutigen Tag gültig. Inzwischen haben sich jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen erheblich verändert, so dass die vertraglichen Regelungen der o. g. Verträge nicht mehr aktuell sind. Vor diesem Hintergrund werden 2011 die bestehenden Erdgaslieferungs-Sonderverträge mit unseren Haushaltskunden aus formalen Gründen gekündigt. Gleichzeitig werden attraktive TOB Gas-Sonderverträge angeboten, die den aktuellen Rechtsrahmen berücksichtigen und die Rechte der Kunden stärken.

Zudem steht in 2011 ein Wechsel im Vorstand der evo an. Der technische Vorstand Dr. Thomas Mathenia stellte sein Mandat nach 20 Jahren in diesem Amt auf eigenen Wunsch zum September 2011 zur Verfügung. Als Nachfolger bestimmte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 20. Dezember 2010 Bernd Homberg, der sein Amt zum 1. September 2011 antreten wird. Bernd Homberg, der seit 1994 bei der evo tätig ist, 2002 Prokura erhielt und seitdem auch die Hauptabteilung Marktmanagement leitet, ist bisher zudem verantwortlich für die Bereiche Energieerzeugung und Organisation/Datenverarbeitung. Mit dieser Nachfolgeentscheidung vollzieht die evo nicht nur eine wichtige personelle Weichenstellung, sondern garantiert zugleich ein hohes Maß an unternehmerischer Kontinuität in der Konzernleitung.

Im Rahmen der Mittelfristplanung werden für die nächsten zwei Jahre steigende Gewinne prognostiziert. Dies ist in Anbetracht der Rahmenbedingungen ein ambitionierter, aber realistisch erreichbarer Plan. Er gründet sich im Einzelnen auf folgende Aspekte:

Die Konsolidierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre sind inzwischen weitgehend abgeschlossen und zeigen die angestrebte Wirkung.

Durch die Projekte „Biosstrom Oberhausen“ und „Fernwärmeausbau Osterfeld“ wird auch nach außen die strategische Neuausrichtung des Unternehmens sichtbar. Entsprechende Wachstumsmöglichkeiten werden konsequent ergriffen und umgesetzt.

Trotz zunehmenden Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt sollen die spezifischen Margen durch ein aktives Marktmanagement und innovative Produkte maßvoll gesteigert werden.

Durch die gemeinsamen Beschaffungsaktivitäten der Quantum GmbH werden optimale Konditionen der Energiebeschaffung realisiert.

Die Entwicklung der zukünftigen Finanz- und Vermögenslage wird ebenfalls stabil bewertet; zwar wird sich der Bestand an liquiden Mitteln in den kommenden Jahren sukzessive durch zusätzliche Mittelabflüsse aufgrund von Rückstellungs-Entnahmen (insbesondere für Altersteilzeitrückstellungen) sowie durch die in der Umsetzungsphase befindlichen Investitionsprojekte (im Wesentlichen Fernwärme-Ausbau im Stadtteil Osterfeld und Kraftwerkserüchtigungen) verringern, trotzdem wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass laufende Investitionstätigkeiten weiterhin durch Mittel der Innenfinanzierung gedeckt werden können. Dabei ist jedoch nicht auszuschließen, dass größere Investitionsprojekte - auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen - teilweise fremdfinanziert werden.

8.1 Erwerb der Evonik Steag GmbH

Ein Konsortium aus sieben kommunalen Unternehmen wird zukünftig neue Eigentümerin der Evonik Steag GmbH sein. Das Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr (SKRR), ist ein Zusammenschluss der evo, der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH, der Dortmunder Stadtwerke AG, der Stadtwerke Bochum GmbH, der Stadtwerke Essen AG, der Stadtwerke Dinslaken GmbH und der Stadtwerke Duisburg AG. Das Konsortium hat zum Erwerb der Steag-Anteile eine kommunale Beteiligungsgesellschaft gegründet, die künftig Mehrheitseigentümerin der Steag sein wird. Die evo ist mit 6 % an dieser Gesellschaft beteiligt.

Ziel des Konsortiums ist es, diese Stadtwerkegemeinschaft zur größten kommunalen Erzeugungsplattform im konventionellen und regenerativen Bereich in Deutschland auszubauen. Aus Sicht der evo bietet die Kooperation im Rahmen des Verbundes des SKRR eine ganze Reihe Synergiepotenziale, nicht zuletzt im Bereich der Fernwärme.

Der Kaufvertrag zur Übernahme von 51 % an der Steag wurde noch im Dezember 2010 unterzeichnet und - nachdem alle erforderlichen Gremien der Transaktion zugestimmt hatten - zum 1. März 2011 vollzogen. Weitere Optionsverträge regeln die Modalitäten, nach denen das SKRR in den Jahren 2014 bis 2017 auch die verbleibenden Anteile von 49 % an der Steag erwerben kann.

Die Kosten des SKRR für die Übernahme der Steag werden zu 70 % über Fremdkapital auf Ebene der gemeinsamen Vorschaltgesellschaft finanziert. Die übrigen 30 % werden über Eigenkapital der Konsortialpartner aufgebracht. Gemäß der 6 % Beteiligung der evo am Konsortium beläuft sich deren Eigenkapitalbeitrag auf etwa EUR 12 Mio.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Evonik-Konzerns stehen auch die weiteren 49 % Anteile an der Steag zum Verkauf an. Das Konsortium hat im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklung der Steag-Unternehmensstrategie daran Interesse, die Steag komplett zu übernehmen. Vorbehaltlich der notwendigen Zustimmung der unternehmerischen sowie politischen Gremien können ab 2014 und spätestens bis 2017 die verbliebenen 49 % der Steag an das SKRR übergehen. Die Konsorten werden zwischenzeitlich prüfen, ob sie - und wenn ja, welche - Partner oder strategische Investoren sie für den weiteren Anteilserwerb mit ins Boot holen.

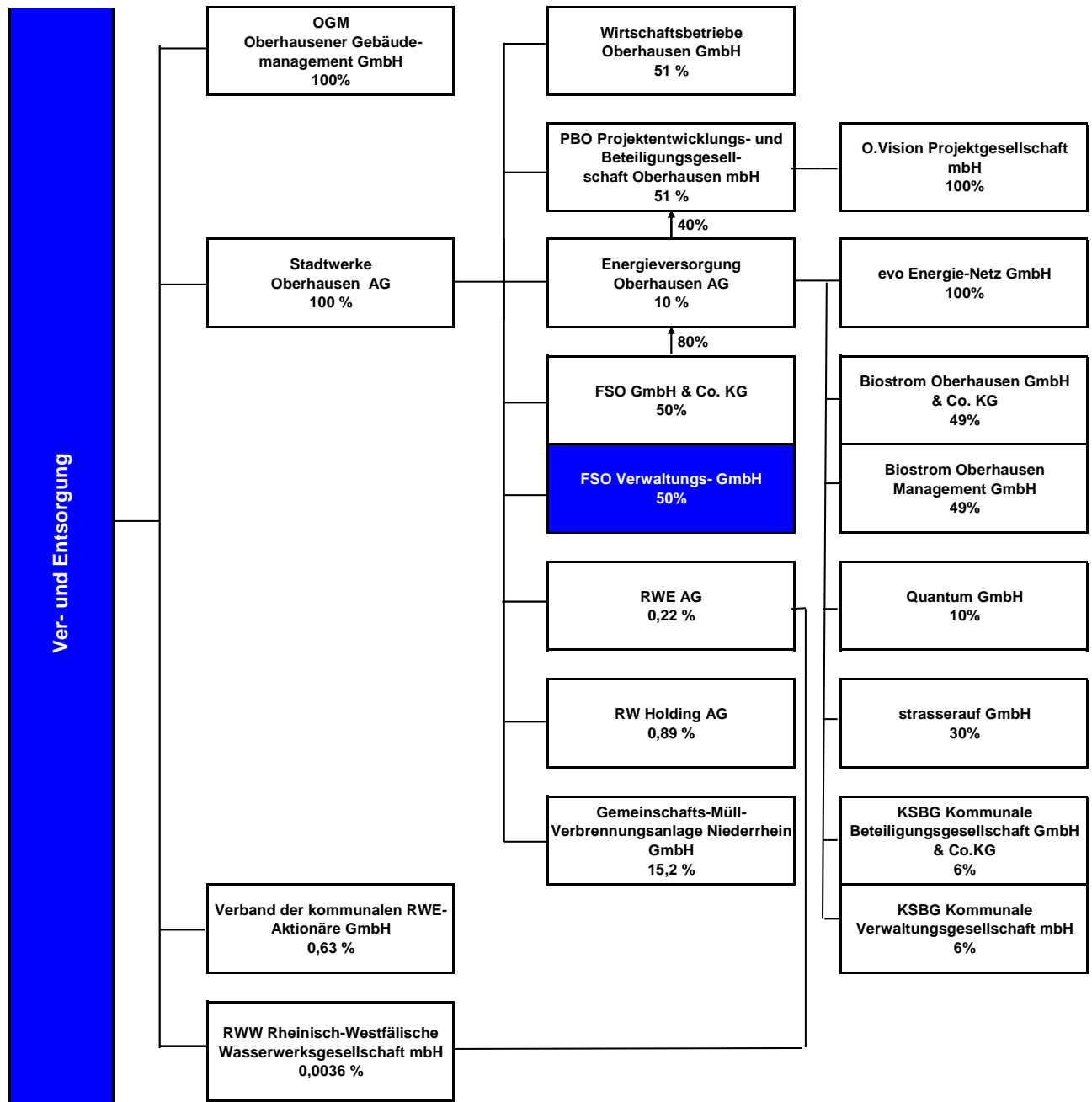
Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass der Konzern für die kommenden Jahre gut positioniert ist. Auf Basis der aufgestellten Mittelfristplanung erwarten wir, dass sich die positiven Wertbeiträge von evo AG und FSO weiterhin positiv entwickeln werden. Dauerhaft erwarten wir darüber hinaus auch von der evo-netz GmbH einen positiven Wertbeitrag. Ferner sind von der Steag und sonstigen Beteiligungen des Unternehmens weitere, nachhaltige Stärkungen des Konzernergebnisses zu erwarten.

Oberhausen, den 24. März 2011

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske

Dr. Thomas Mathenia



FSO Verwaltungs- GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 8350
Fax 0208/ 835 2620
e-Mail service@evo-energie.de
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
RWE Deutschland AG	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

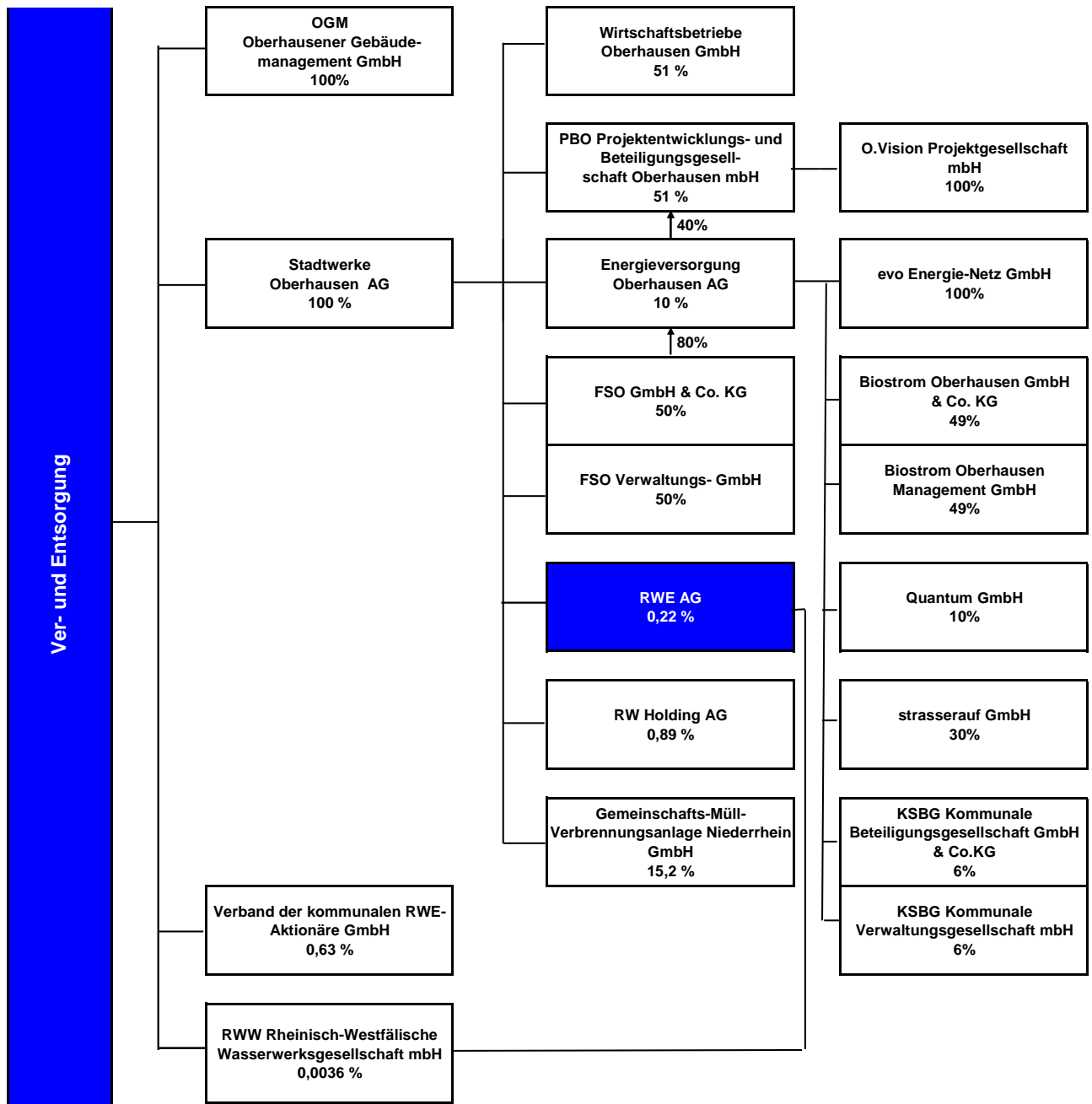
Geschäftsführung: Geschäftsführer Gieske, Hartmut
Geschäftsführer Dr. Mathenia, Thomas

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG
Bevollmächtigter der RWE Deutschland AG

Prokura: Homberg, Bernd
Seifert, Eckhard

e) Lagebericht

vgl. Konzernlagebericht bei FSO GmbH & Co. KG (Seite 99)



RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Opernplatz 1
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 1200
Fax 0201/ 1215199
e-Mail -
Internet <http://www.rwe.de/>

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 1.439.756,80

Gesellschafter:	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	3.012,68	0,21

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

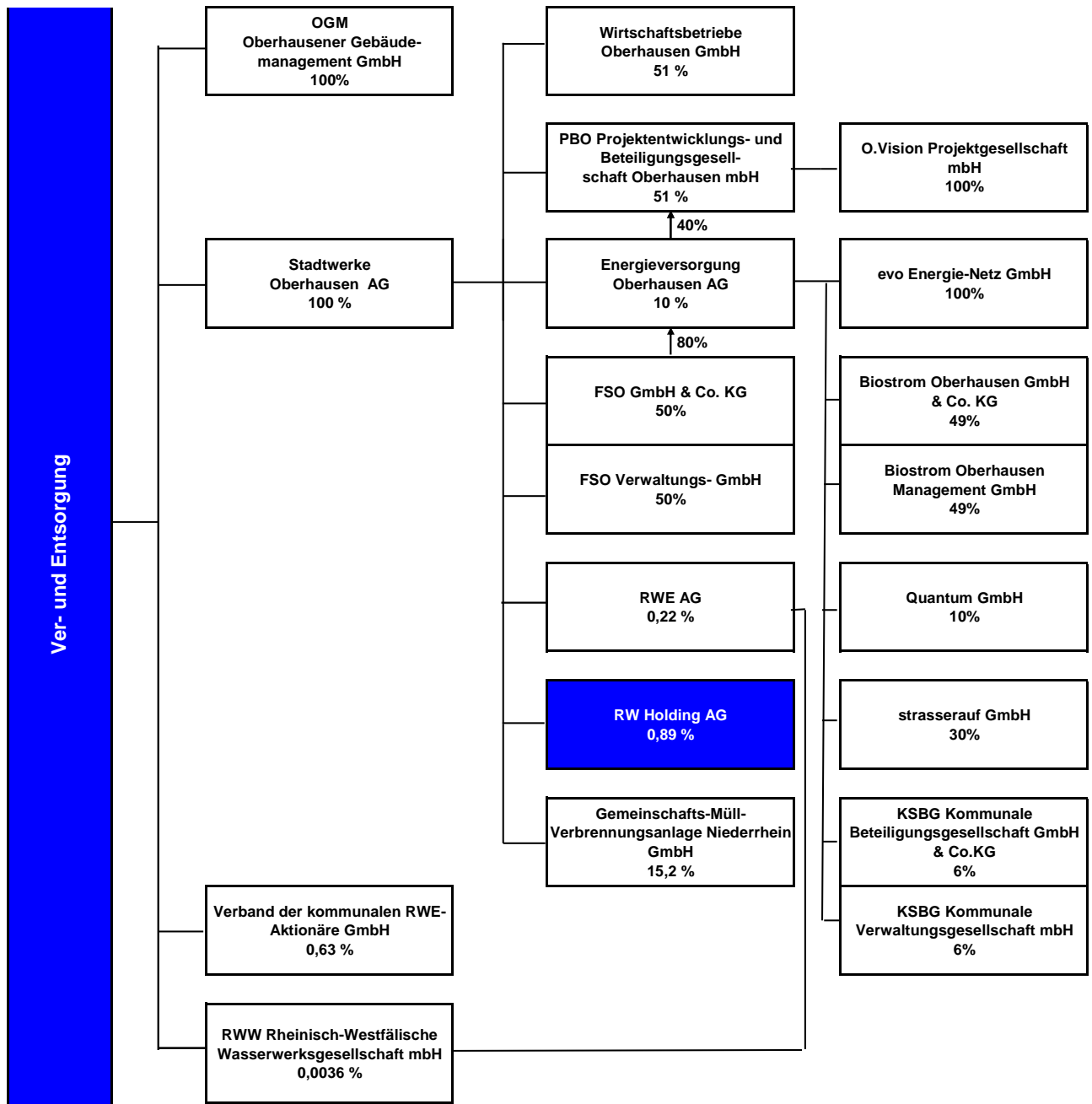
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vorstand: Vorsitzender Dr.-Ing. Großmann, Jürgen

Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der
STOAG

e) Lagebericht

Der Lagebericht wird auf Grund des Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.de, Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2010“ nachlesbar.



RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Herzogstr. 15
40199 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 826-4623
Fax 0211 826-6168
e-Mail -
Internet <http://www.westlb.de/>

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	661,83	0,89

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Hauptversammlung:	Bevollmächtigte/r der STOAG
Aufsichtsrat:	Mitglied Wehling, Klaus sowie weitere acht Mitglieder

e) Lagebericht

Über die Gesellschaft werden gemeinsam mit dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre die Interessen der Kommunen in der RWE AG vertreten.

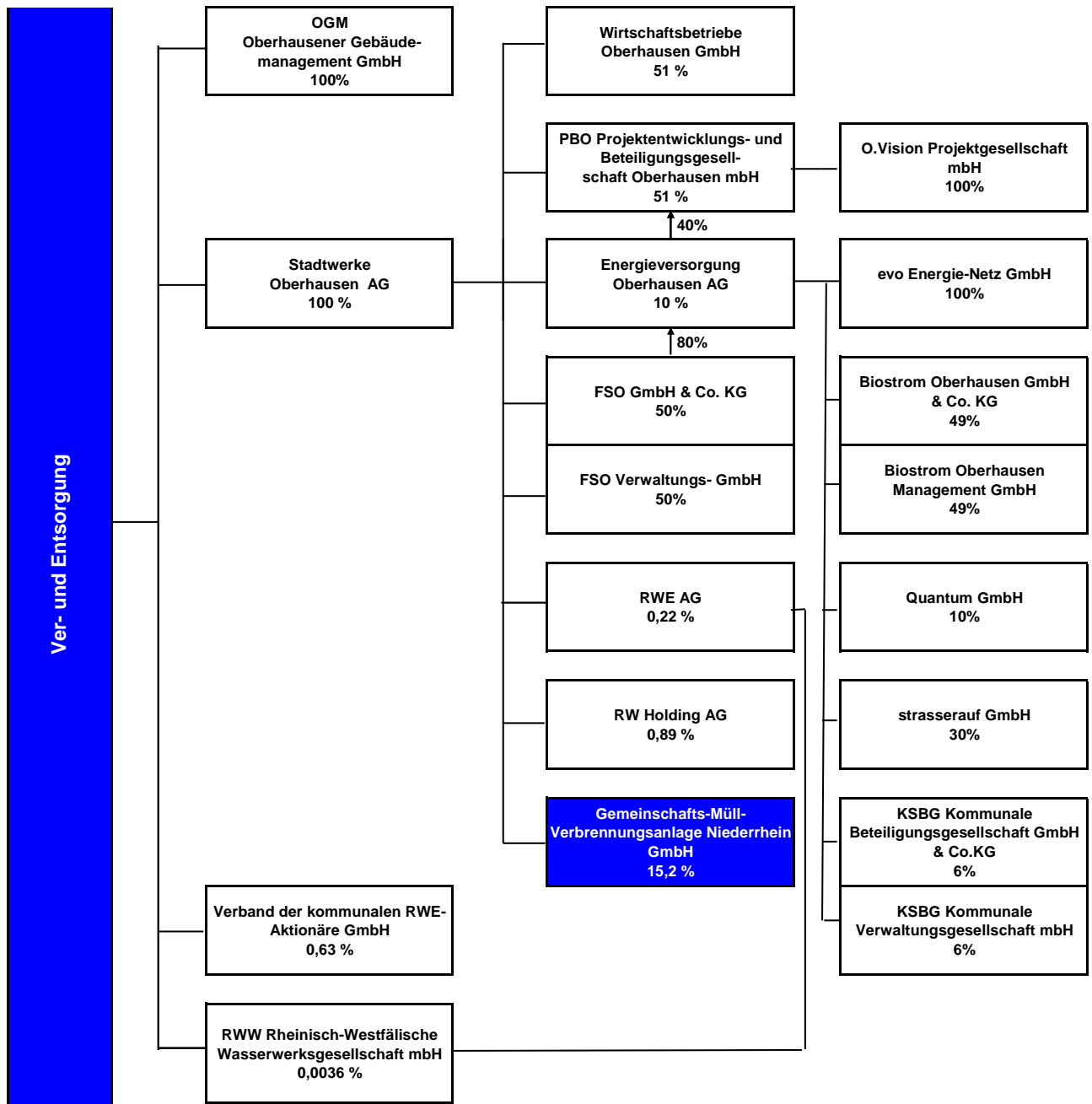
Die RW Holding AG hält eine Beteiligung von 31,21 % am Haftkapital der RW Energie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund (RWEB), welche eine Beteiligung in Höhe von 16,35 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 17,55 % hält.

Die wirtschaftliche Entwicklung der RW Holding AG hängt von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der RWEB und somit der indirekten Beteiligung an der RWE AG ab.

Da die Gesellschaft über die Beteiligung an RWEB hinaus keine weiteren wirtschaftlichen Tätigkeiten entfaltet, wird auf eine Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet.

Die Wahrnehmung der Interessen in der Hauptversammlung erfolgt durch einen Vertreter der STOAG. Ein Aufsichtsrat ist bestellt.

Die STOAG erhält jährlich eine Gewinnausschüttung in Höhe der jeweiligen Dividende auf die RWE-Stammaktien über die Beteiligung an der RWEB. In Höhe dieser Dividende verringert sich der verbleibende Finanzierungsbetrag gegenüber der STOAG und damit auch die Belastung der Stadt.



GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8594-0
Fax 0208/8594-210
e-Mail info@gmva.de
Internet <http://www.gmva.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:	T€	%
REMONDIS Oberhausen GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Dampfliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996
Stadt Duisburg	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
Geschäftsführer	Schusky, Karl Bernhard
Geschäftsführer	Dr. Terbeck, Gerd

**Vertreter der Stadt / der
städt. Beteiligung in der
Gesellschafterversammlung:**

Wehling, Klaus

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Enzweiler, Rainer	
1. stellv. Vorsitzender	Hols, Werner	
2. stellv. Vorsitzender	Loege, Josef (+ 15.05.2011)	wird vertreten durch Herrn Dirk Vöpel
3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner	
Mitglied gem. § 113 GO	Elsemann, Bernhard	wird vertreten durch Herrn Helmut Czichy
Mitglied	Bandel, Frank	wird vertreten durch Frau Christa Müthing
Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar	
Mitglied	Dr. Foppe, Johannes- Gerhard	
Mitglied	Dr. Greulich, Peter	
Mitglied	Hanning, Guido	
Mitglied	Mauthe, Jürgen	
Mitglied	Niederrau, Franz	
Mitglied	Dr. Reloe, Hubertus	
Mitglied	Slykers, Manfred	
Mitglied	Steinberg, Wolfgang	
Mitglied	Susen, Thomas	
Mitglied	Woidtke, Karsten	
Mitglied	Dr. Feldmann, Detlef	
Mitglied (AN)	Küster, Helmut	
Mitglied (AN)	Linden, Stefan	
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Czichy, Helmut	Pers. Stellvertreter für Herrn Bernhard Elsemann
stellv. Mitglied	Müthing, Christa	Pers. Stellvertreterin für Herrn Frank Bandel
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertreter für Herrn Josef Loege

Prokura:

Prokurist Arens, Matthias

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	211.235,11	80,6	188.152,98	76,7	164.116,23	71,6	-24.036,75	-12,78
Umlaufvermögen	49.258,15	18,8	55.135,57	22,5	64.042,99	27,9	8.907,42	16,16
Rechnungsabgrenzungsposten	1.491,39	0,6	2.134,08	0,9	1.095,83	0,5	-1.038,25	-48,65

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	24.484,08	9,3	20.365,72	8,3	20.963,90	9,1	598,18	2,94
Rückstellungen	8.342,59	3,2	11.026,60	4,5	11.360,71	5,0	334,11	3,03
Verbindlichkeiten	14.050,60	5,4	14.766,87	6,0	12.945,08	5,6	-1.821,79	-12,34
Rechnungsabgrenzungsposten	215.107,38	82,1	199.263,44	81,2	183.985,35	80,3	-15.278,09	-7,67

Bilanzsumme

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	261.984,65	100,00	245.422,63	100,00	229.255,05	100,00	-16.167,58	-6,59

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	98.766,75	100.007,83	90.929,17
andere aktivierte Eigenleistungen	31,36	38,50	4,35
sonstige betriebliche Erträge	623,88	353,16	182,23
Materialaufwand	20.791,15	22.476,79	22.780,74
Personalaufwand	10.941,17	11.468,28	11.587,81
Abschreibungen	22.709,70	24.731,85	24.414,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.646,84	9.281,10	9.238,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	958,15	462,82	383,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	680,70	502,32	492,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35.610,57	32.401,99	22.984,74
außerordentliche Aufwendungen			88,33
außerordentliches Ergebnis			-88,33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.418,55	12.203,77	7.090,94
sonstige Steuern	155,15	88,14	197,21
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	24.036,88	20.110,07	15.608,26
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	191,56		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	24.228,44	20.110,07	15.608,26

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	24,34	20,11	17,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	9.402,41	7.866,38	291,44	%
Cash-Flow:	46.746,58	44.841,92	40.022,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	537,42	534,04	484,66	T€
Personalaufwandsquote:	11,00	11,42	12,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,55	76,60	71,53	%
Eigenkapitalquote:	9,35	8,30	9,14	%
Fremdkapitalquote:	90,65	91,70	90,86	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts - Müll - Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GMVA) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Umwandlung eines

seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden andienungspflichtige Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts - (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen AG (15,18 %) und die REMONDIS Oberhausen GmbH (49,0 %).

Zwischen den Städten Duisburg und Oberhausen, der REMONDIS Oberhausen GmbH und der GMVA bestehen langfristige Verträge, die Mindestanlieferungsmengen und Preise festlegen.

Ein wesentlicher Teil der zukünftig entstehenden Forderungen an die Städte Duisburg und Oberhausen wurden in 2002 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG verkauft.

2. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Auch im Jahr 2010 haben sich die Überkapazitäten im deutschen Abfallentsorgungsmarkt weiter erhöht. Die zu Beginn des Jahres noch ruhige Konjunkturlage und der strenge Winter haben zu einem merklichen Rückgang der Abfallanlieferungen geführt. Die GMVA hat von Januar bis Mitte März ihre Kapazität nicht voll nutzen können. Die extrem winterlichen Witterungsverhältnisse im Dezember 2010 und die daraus resultierenden Anlieferprobleme führten ebenfalls dazu, dass die Anlagenkapazität nicht vollumfänglich genutzt werden konnte.

Durch den harten Wettbewerb wurde der dramatische Preisverfall auf dem kurzfristigen, aber auch auf dem mittel- und langfristigen Abfallmarkt deutlich verstärkt. Erst ab Mitte März 2010 stand wieder ausreichend Abfall auf dem Spotmarkt zur Verfügung. Die Abfallpreise konnten nur auf niedrigem Niveau stabilisiert werden.

Die GMVA hat ihre Akquisitionsbemühungen im Ausland verstärkt. Leider weisen auch viele angrenzende Staaten, z. B. Niederlande, Schweiz, Österreich, inzwischen Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich auf. Durch Abfallimporte sind daher keine wesentlichen Preiserhöhungen zu erwarten.

Der von vielen Marktforschern vorgeschlagene Abbau von Behandlungskapazitäten ist derzeit nicht zu beobachten.

In den nächsten Jahren muss weiterhin mit einem harten Konkurrenzkampf bei einem relativ niedrigen Preisniveau auf dem Abfallmarkt gerechnet werden.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die dargestellte Marktsituation hat auch bei der GMVA zu einer deutlichen Umsatzminderung von 100,0 Mio. € (2009) auf 90,9 Mio. € im Jahr 2010 geführt.

Diese Umsatzminderung ist nicht nur auf die gesunkene Durchsatzmenge (686.726 Tonnen im Jahr 2010 gegenüber 713.398 Tonnen im Jahr 2009) sondern im Wesentlichen auf die deutlich reduzierten Preise auf dem Spotmarkt zurückzuführen.

So sanken die Umsatzerlöse aus der Abfallbehandlung von 76,7 Mio. € auf 71,7 Mio. €. Auf den Abfalltausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen (Entsorgungsleistungen Dritte) entfielen 5,9 Mio. €.

Die Erlöse aus dem Energieverkauf sanken ebenfalls aufgrund des geringeren Strompreises von 22,6 Mio. € im Jahr 2009 auf 18,3 Mio. € in 2010. Der Strom wird an der EEX-Börse verkauft.

Mit dem örtlichen Fernwärmeversorger besteht ein mittelfristiger Vertrag, nach dem der Preis der Wärmeabgabe an den Preis des verkauften Stromes gebunden ist.

Durch die gestiegenen Preise für die Papierverwertung konnten die Erlöse aus dem Bereich DSD/Papier von 748 T€ auf 937 T€ gesteigert werden.

4. Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 23 Mio. € (2010) deutlich unter dem Ergebnis von 2009 (32,4 Mio. €).

Dies ist insbesondere auf die dargestellte Verminderung der Abfall- und Energieerlöse zurückzuführen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2010	2009	2008	2007
Anlagenintensität in %	71,6	76,6	80,6	85,5
Bilanzsumme in T€	229.255	245.423	261.985	271.218
Fremdkapitalquote in % *	90,9	91,7	90,7	95,1
Jahresergebnis in T€	15.608	20.110	24.037	4.295
Umsatzerlöse in T€	90.929	100.008	98.767	97.493
Materialaufwand in T€	22.781	22.477	20.791	19.898
Personalaufwand in T€	11.588	11.468	10.941	11.081

* inkl. passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität und die Bilanzsumme sind wiederum planmäßig gesunken.

Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile (z. B. Leittechnik) ist erst ab 2013 erforderlich.

Der Materialaufwand ist auch 2010 durch einen intensiven Müll austausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen (5,9 Mio. €; Vorjahr 6,5 Mio. €) geprägt.

Die Tarifsteigerungen haben zu einem leichten Anstieg des Personalaufwandes geführt.

In den letzten Jahren waren die Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Im Jahr 2010 hat sich daher der Abschreibungsaufwand vermindert.

Die Zinserträge wurden deutlich durch die gesunkenen Zinssätze verringert.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben sich aufgrund des geringeren Ergebnisses und der Verringerung der latenten Steuern erheblich reduziert.

Der Jahresüberschuss hat sich durch die dargestellte Entwicklung um 22,4 % vermindert.

6. Produktion

Der Durchsatz hat sich um 26.672 t auf 686.726 t verringert (= - 3,7 %).

Der Abfallmangel in den ersten Monaten und im Dezember des Jahres 2010 hat hauptsächlich zu dieser Durchsatzminderung geführt.

Die Bruttostromerzeugung ist aufgrund des geringeren Durchsatzes von 415 GWh auf 399 GWh gesunken. Auch die Fernwärmelieferung an die Energieversorgung Oberhausen (gemessen als fiktive Stromerzeugung) hat sich um 5,0 GWh verringert. Der Stromeigenverbrauch ist dagegen um 0,7 GWh gestiegen.

Die durchschnittliche Verbrennungsleistung belief sich auf 21,86 t/Betriebsstunde (Vorjahr 22,29 t/Betriebsstunde).

7. Beschaffung

Gut 80 % des Müllaufkommens sind durch langfristige Verträge mit REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der Kreis-Kleve-Abfallgesellschaft gesichert. Die erforderliche Restmenge in Höhe von ca. 100.000 t musste auf dem Abfallmarkt akquiriert werden. Neben den verstärkten Akquisitionsbemühungen im Ausland hat sich die GMVA auf die Beschaffung von niedrigkalorischen Abfällen konzentriert. Mit Ausnahme des I. Quartals 2010 konnte damit eine angemessenen Auslastung der Anlage erreicht werden.

8. Investitionen

Im Jahr 2010 wurden lediglich Ersatzinvestitionen in Höhe von 0,4 Mio. € (2009: 1,2 Mio. €) getätigt. Die Ersatzinvestitionen wurden schwerpunktmäßig zur Optimierung der Kessellinie 4, den Werkstätten, in den Funk- und Fernsprechanlagen sowie im Verwaltungsbereich durchgeführt.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Die bestehende Darlehensverbindlichkeit hat einen festen Zinssatz für ihre gesamte Laufzeit.

Aufgrund der weiterhin guten Liquiditätslage musste 2010 die eingeräumte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden.

Darlehen wurden nicht aufgenommen. Auch in den nächsten beiden Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant.

10. Personal- und Sozialbereiche

Bei der GMVA waren am 31.12.2010 201 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 12 Auszubildende (2009 198 Beschäftigte, davon 11 Auszubildende) bei der GMVA beschäftigt.

Der geringe Anstieg des Personalaufwandes beruht im Wesentlichen auf den tariflichen Entgeltsteigerungen und den Aufwand für die Altersteilzeit.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung wurden bei fast allen Parametern deutlich unterschritten. Investitionsvorhaben, die wesentliche Umweltveränderungen bewirken könnten, sind in den nächsten Jahren nicht geplant.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2010 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 90,929 Mio. € (Vorjahr 100,008 Mio. €) gesunken.

Diese deutliche Minderung ist bei einem um 3,7 % verminderten Durchsatz auf die drastisch gesunkenen Abfallpreise zurückzuführen.

Weiterhin haben die an der EEX-Börse gesunkenen Strompreise zu einer Verminderung der Energieerlöse um 4,3 Mio. € geführt.

Lediglich die Papiererlöse sind um 0,188 Mio. € gestiegen.

Die Abschreibungen sind leicht gesunken (minus 0,317 Mio. €), der Materialaufwand (plus 0,304 Mio. €), der Personalaufwand, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Zinsen und ähnliche

Aufwendungen haben sich nur unwesentlich verändert.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind der Müll austausch mit anderen Müllverbrennungsanlagen in Höhe von 5,9 Mio. € ausgewiesen.

Das Finanzergebnis ist durch den für kurzfristige Geldanlagen drastisch gesunkenen Zinssatz negativ.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um 9,417 Mio. € verringert.

2. Finanzlage

Das Vermögen ist zu 80,3 % aus dem Forderungsverkauf (Forfaitierung) finanziert (passiver Rechnungsabgrenzungsposten). Die Fremdfinanzierungsquote des Gesamtvermögens ist dadurch weiterhin sehr gering (10,6 %). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gem. DRS 2 ist auf 25,1 Mio. € gesunken (Vorjahr 32,3 Mio. €).

Eine Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten war aufgrund der weiterhin guten Liquiditätslage nicht erforderlich. Die Zahlungsbereitschaft war jederzeit gewährleistet.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten problemlos erfüllen können. Darlehensaufnahmen sind nicht beabsichtigt.

3. Vermögenslage

Der Gewinnvortrag in Höhe von 5,1 Mio. € hat das Eigenkapital stabilisiert.

Das langfristig gebundene Vermögen hat sich planmäßig auf 164 Mio. € (Vorjahr 188 Mio. €) verringert. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich von 199 Mio. € auf 184 Mio. € (-15,3 Mio. €). Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden durch eine außerordentliche Tilgung von 12,2 Mio. € auf 10,5 Mio. € reduziert.

Die Neuinvestitionen, die 2010 lediglich 0,4 Mio. € betragen wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen minderten sich auf 24,4 Mio. € (Vorjahr 24,7 Mio. €).

Die Vorräte waren fast unverändert. Während sich die Forderungen aus Lieferung und Leistung um 2,5 Mio. € reduziert haben, stiegen die sonstigen Vermögensgegenstände um 3,9 Mio. € auf 7,8 Mio. €. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Ertragsteuererstattungsansprüche (+5,2 Mio. €) bei gleichzeitig um 1,2 Mio. € niedrigeren Vorsteuerguthaben.

Der Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten stieg auf 42,4 Mio. €.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

In den ersten Monaten des Jahres 2010 wurde die GMVA durch den Abfallmangel merklich beeinträchtigt. Die deutlich gesunkenen Preise auf den Spotmarkt haben diese Entwicklung verstärkt. Die 2009 gesunkenen Strompreise wirkten sich erst 2010 auf der Ergebnis der GMVA aus. Die gestiegenen Erlöse bei der Papierverwertung tragen nur unerheblich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bei.

Im Jahr 2011 wird eine weitere Umsatz- und Gewinnreduzierung aufgrund der niedrigen Abfallpreise und der stagnierenden Strompreise erwartet.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen, z. B. Krefeld, und die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen, z. B. Infraser in Frankfurt-Höchst, werden sich die vorhandenen Überkapazitäten im Abfallentsorgungsbereich in Deutschland verstärken.

Da in den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz ebenfalls Überkapazitäten bei den

thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise bestehen. Derzeit bestehen keine Anzeichen dafür, dass die von den Marktbeobachtern empfohlene Reduzierung der Überkapazitäten in Angriff genommen wird.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung stagniert der Strompreis. Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Emissionshandel, Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke, Förderung der erneuerbaren Energien) lassen keine Erholung des Strompreises erwarten.

Die Novellierung des Kreislauf- und Abfallgesetzes ist nunmehr für Ende 2011 vor-gesehen. Die beabsichtigte flächendeckende Einführung der Biotonne und der Wert-stofftonne wird die Restabfallmenge, die die Müllverbrennungsanlagen verwerten, weiter senken. Durch die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Biomassenutzung wird der Markt für Restabfälle beeinträchtigt.

Nur durch eine verstärkte Akquisition von Abfällen aus dem Ausland ist eine geringe Entspannung auf dem Abfallmarkt zu erwarten.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Ober-hausen sowie durch eine verstärkte Akquisition niederkalorischer Abfälle und von Abfällen aus dem Ausland ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich derzeit aus nicht vorhersehbaren rechtlichen Änderungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, die den Abfall-anfall weiter reduzieren, aus gebührenrechtlichen Entscheidungen sowie aus den niedrigen Abfallpreisen und dem niedrigen Strompreis ergeben.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungs-wirt-schaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben.

Das deutlich erhöhte Recycling und die verstärkte Biomassenutzung verschlechtern die Qualität der thermisch zu behan-delnden Abfälle.

Durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme wird die GMVA diesem Risiko begegnen.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind im Jahr 2011 nicht zu erwarten.

5. Sonstige Risiken

Mehrere Bürger haben gegen die Abfallgebührenbescheide der Stadt Oberhausen geklagt. Die Verfahren sind seit 2009 beim Oberverwaltungsgericht Münster anhängig. Aus den 2011 zu erwartenden Gerichtsentscheidungen können sich nicht bezifferbare Auswirkungen auf die Preise für kommunale Abfälle zur Beseitigung bei der GMVA ergeben.

D. Prognosebericht

Die Überkapazitäten bei den Abfallbehandlungsanlagen wird in den nächsten Jahren eine Erholung der Abfallpreise verhindern. Die relativ gute konjunkturelle Entwicklung wird nur vorübergehend eine Verbesserung bringen. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist nicht mit einer deutlichen Strompreiserhöhung zu rechnen.

Die verstärkten Bemühungen um Sekundärrohstoffe werden das Abfallangebot für thermische Abfallbehandlungsanlagen weiter verknappen.

Eine Erweiterung der Anlage ist nicht geplant. Es werden lediglich geringe Ersatz-investitionen vorgenommen.

Durch eine Erhöhung ihres Gewinnvortrages will die GMVA ihre Eigenkapitalquote verbessern.

Sollten die befürchteten Entwicklungen auf dem Abfall- und dem Strommarkt sowie bei den gebührenrechtlichen Entscheidungen nicht auftreten, erwartet die GMVA für 2011 und 2012 wieder ein angemessenes, wenn auch deutlich unter den Vorjahren liegendes Ergebnis nach Steuern.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des Abfallrechts, des Abfallmarktes und des Strommarktes.

Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), der Meinungs austausch im Rahmen des VKS/VKU, der Besuch von Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Im Zeitraum der Berichterstellung trat bei der GMVA ein Vorgang auf, der für die wirtschaftliche Entwicklung in 2011 von besonderer Bedeutung ist. Am 29.1.2011 ereignete sich ein Schaden an der Turbine 1 (DT1). Es wurden erhebliche Schäden an den Schaufeln von zwei Turbinenstufen festgestellt. Der Stillstand für Reparatur und Ersatzteilbeschaffung wird bis Ende Juni 2011 erwartet. Der Schaden wurde der Versicherung (Maschinenbruch) vorgestellt.

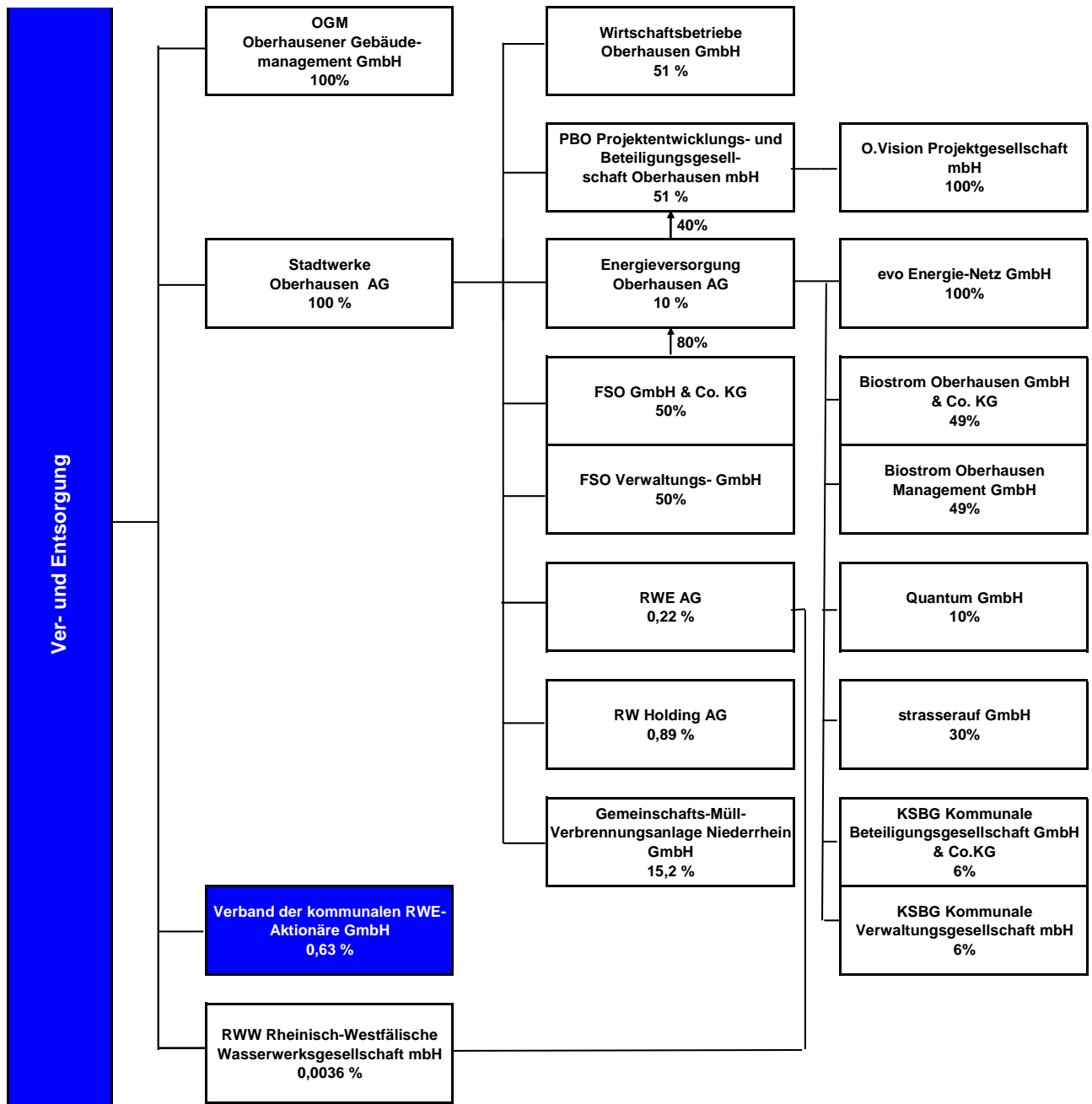
Bedingt durch die verringerte Stromproduktion werden Erlösminderungen in Höhe von 1,0 - 1,5 Mio. € erwartet. Darüber hinaus steigt durch den Turbinenausfall die Abhängigkeit der Gesamtanlage von den verbleibenden Dampf abnehmern (DT2 und dem HIKO). Das Risiko der Lastreduzierung oder des Anlagen (teil-)ausfalls ist erhöht.

Oberhausen, den 11. Februar 2011

gez. I. Schellenberger

gez. B. Schusky

gez. Dr. G. Terbeck



VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Baedeker Straße 5
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 221377
Fax 0201/ 222974
e-Mail info@vka-rwe.de
Internet <http://www.vka-rwe.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	0,81	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

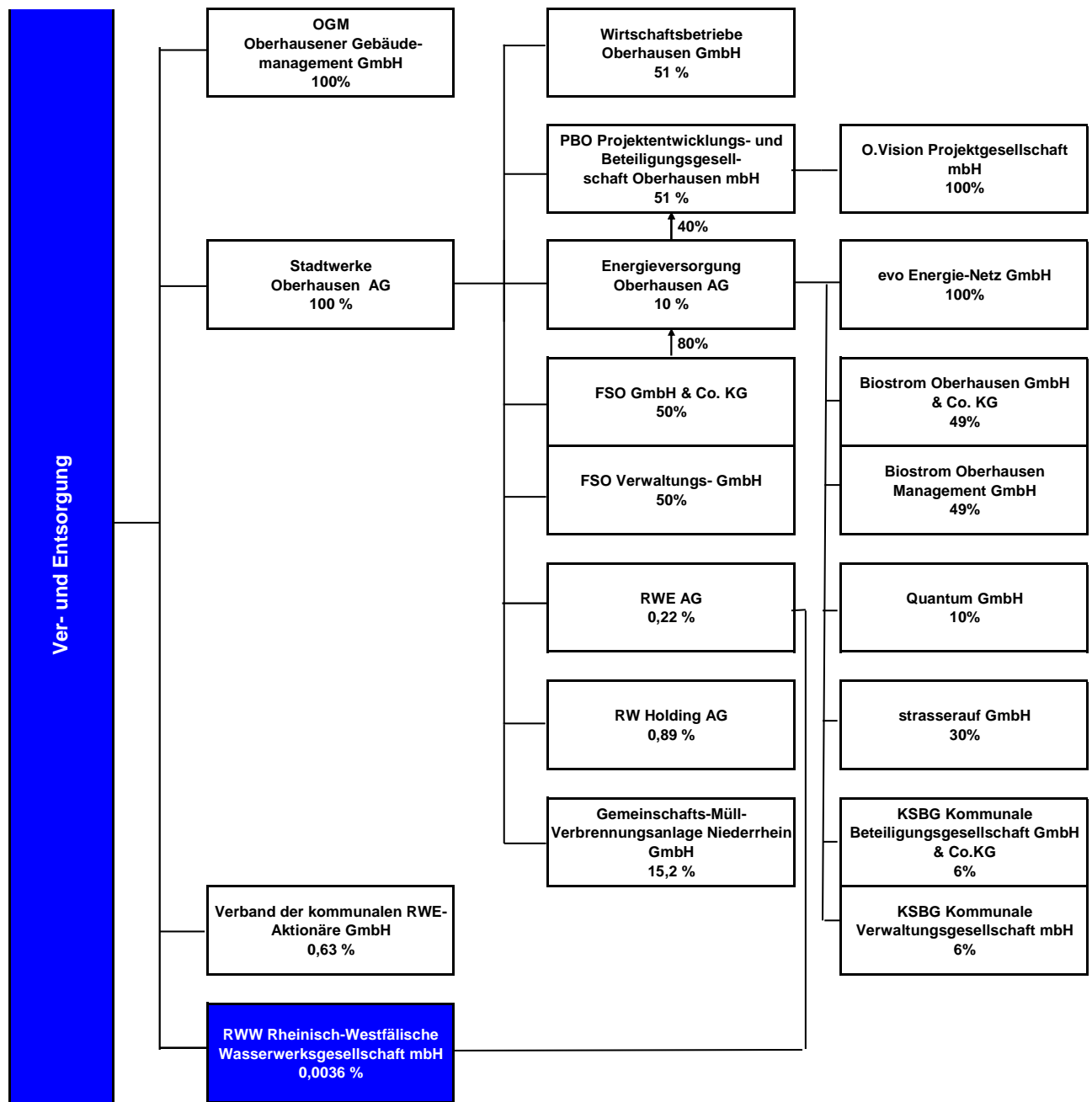
Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Gerlach, Ernst
Geschäftsführer Graef, Roger

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Wehling, Klaus

Verwaltungsrat: Vorsitzender Kühn, Frithjof
1. stellv. Vorsitzende Mühlenfeld, Dagmar
2. stellv. Vorsitzender Bröring, Hermann
sowie weitere 10 Mitglieder



RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon 0208/ 44331
Fax 0208/ 4433233
e-Mail rww@rwe.com
Internet <http://www.rww.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:	T€	%
RWE Aqua GmbH	12.274,80	79,80
Stadt Bottrop	861,39	5,60
Stadt Gladbeck	646,04	4,20
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,55	0,00
Stadt Recklinghausen	61,53	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Arnold, Lothar

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Janßen, Anne

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Böddeling, Bernd
stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
Mitglied	Dr. Hilz, Christoph
Mitglied	Püll, Markus

	Mitglied	Bernert, Roland
	Mitglied	Dr. Müller, Hanns-Ferdinand
	Mitglied	Holzmann, Jürgen
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Randazzo, Gaetano
Prokura:	Prokurist	Kaudelka, Andreas
	Prokurist	Schubert, Achim
	Prokurist	Dr. Donner, Christoph

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,04
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop		1,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH		19,02
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH		48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH		26,00
WIN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH		0,83

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit hochwertigem Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke, die ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung in einem modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozess qualitativ hochwertiges Trinkwasser liefern. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die natürliches Grundwasser fördern. Betriebswasser fördert RWW aus dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 3.000 km. Zur Wartung und Reparatur des Rohrnetzes sind sechs regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Vertrieb, Marketing, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung und Strategie. Der größte Bereich Technik gliedert sich weiter in die Organisationseinheiten Engineering, Netze, Produktion, Instandhaltung, Facility-Management, Qualität und den Stab Technik. Die Organisationseinheiten Interne Revision sowie Arbeitsschutz und Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Zur Steuerung des Unternehmens setzt RWW das Kennzahlensystem des RWE-Konzerns ein, das sich an ergebnis- und liquiditätsorientierten Kennzahlen ausrichtet.

RWE Aqua GmbH ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen, für die wasserwirtschaftliche Dienstleistungen erbracht werden, sind darüber hinaus Gesellschafter des Unternehmens. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den dringenden öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107f GO NW). Die Kommunen sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens unmittelbar vertreten.

Ab 2011 wird die RWW von der RWE Deutschland AG geführt (vormals: Rheinland Westfalen Netz AG). Die neue Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. Die RWE Deutschland AG ist die größte Beteiligungsgesellschaft im RWE Konzern.

RWW gehört mehrheitlich zum RWE Konzern. Die operative Führung obliegt der RWE Deutschland AG, Essen.

RWE zählt zu den fünf größten Versorgungsunternehmen in Europa. Die Aktivitäten umfassen die Erzeugung, den Transport sowie den Handel und Vertrieb von Strom und Gas. Auch im Wassergeschäft ist RWE in Kontinentaleuropa aktiv.

RWW stellt als regionales Kompetenzzentrum Wasser die Expertise der RWE Deutschland AG im Wassergeschäft dar.

Vertriebliche Themenstellungen, die Weiterentwicklung betrieblicher Prozesse sowie die Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungsleistung bildeten Schwerpunkte der Aktivitäten auch im Jahr 2010:

- Die Absatzsituation hat sich im Jahr 2010 in allen Segmenten positiv entwickelt. Im mengenmäßig stärksten Segment der Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden hat der äußerst warme Sommer 2010 dafür gesorgt, die auch in diesem Jahr beobachteten strukturellen Mengenrückgänge größtenteils zu kompensieren. Die rasche konjunkturelle Belebung in 2010 führte im Vergleich zum Krisenjahr 2009 zu einer deutlichen Steigerung der Absatzmengen an unsere industriellen Kunden. Das Vorkrisenniveau konnte dennoch nicht vollständig erreicht werden.

- Die Konzession für den Ortsteil Gescher-Hochmoor konnte zu Jahresbeginn 2010 um mindestens weitere zehn Jahre verlängert werden.

Die Konzession für den Ortsteil Raesfeld-Erle wurde von der Gemeinde zum 30.04.2011 ordnungsgemäß gekündigt. In dem darauf eingeleiteten Vergabeverfahren sieht sich RWW als aussichtsreicher Bewerber.

- Die Strategie, das ausgeprägte Know How der RWW in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung technischer Dienstleistungen einzusetzen, konnte auch im Jahr 2010 erfolgreich weitergeführt werden. So sind zum Beispiel die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) gut im Markt etabliert und werden entsprechend nachgefragt. Das Produkt Trinkwasserspender wurde im Jahr 2010 erfolgreich in den Markt eingeführt. Die Zusammenarbeit der Bereiche Vertrieb, Marketing und Technik wurde durch die Schaffung neuer Prozessabläufe für die systematische Entwicklung neuer Produkte und die kontinuierliche Steuerung des Produktportfolios der Gesellschaft effektiver gestaltet. Darüber hinaus erfolgte die Implementierung von sogenannten technischen Leistungsverantwortlichen, die die gesamte Auftragsumsetzung und Kundenbetreuung aus einer Hand verantwortlich koordinieren.

- Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2010 lagen naturgemäß im ca. 3.000 km umfassenden Verteilnetz sowie der Anlagentechnik in den Bereichen Wassergewinnung und –aufbereitung.

Von den in 2010 getätigten Investitionen entfiel mit rd. 4,0 Mio. € der wesentliche Anteil auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Verteilnetzes. RWW setzt dabei auf eine effektive Netzplanung und entschied sich in 2010 für den Einsatz der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) als computergestützte Rehabilitationsplanung im Bereich des (Netz-)Asset Management. PiReM ist ein Entscheidungshilfesystem für die Erneuerungsplanung von Netzsystemen auf Basis effizienter Weiterverarbeitung bestehender GIS-Daten, Schadensstatistiken und verwendeter Rohrnetzmaterialien. Es stellt einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der Erneuerungsplanung der sicherheitskritischen Verteilnetzinfrastruktur der RWW dar.

Einen Investitionsschwerpunkt im Bereich der Wasseraufbereitung bildet die Optimierung des „Multi-Barrieren-Konzeptes“ im Rahmen des Mülheimer Verfahrens. Die zentrale Maßnahme stellt der Bau einer unterirdischen Dichtwand im Wasserwerk in Essen-Kettwig dar. Die Errichtung der Dichtwand dient einerseits dem Hochwasserschutz, andererseits wird durch die Dichtwand das Volumen zur Speicherung aufbereiteten Trinkwassers wesentlich erweitert. Im Jahr 2010 erfolgte die Projektplanung und der Projektstart (0,5 Mio. €), die wesentlichen Leistungen fallen jedoch in das Jahr 2011. Mit dieser Investitionsmaßnahme setzt RWW auch bereits einen Schritt der notwendigen Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels um (No regret-Maßnahme), da das Wasserwerk Kettwig wesentlich besser aufgestellt sein wird. Die Gesamtmaßnahme Dichtwand Kettwig ist mit einem Gesamtvolumen von 2,5 Mio. € geplant.

- Die weitreichende Reorganisation des gesamten technischen Bereiches wurde bereits in 2009 erfolgreich abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2010 erfolgte auf dieser Basis eine forcierte Weiterentwicklung. Zielsetzung war, die Aufgabenstellung der geschaffenen Funktionsbereiche detaillierter und operativ nachhaltig festzulegen, Zuständigkeiten zwischen den Organisationseinheiten überschneidungsfrei abzustimmen und damit die Kernkompetenzen des Unternehmens weiter zu stärken. Die sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse für Aufbau- und Ablauforganisation werden kontinuierlich vorgenommen.

Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an die Organisation des Unternehmens. RWW verfolgt daher eine stringente Zertifizierungsstrategie (Bsp. Technisches

Sicherheitsmanagement, DIN 14001, EMAS III und zukünftig DIN16001). Die fachliche Umsetzung der Regeln und Normen soll unter allen Umständen gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen sowie für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. RWW forciert im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg“ die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen und Sachwerte, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen.

- RWW verfolgt die Umsetzung einer langfristigen Maßnahmenplanung für den gesamten Bereich der vorhandenen Wasserversorgungsinfrastruktur (Wassergewinnung, -aufbereitung, Verteilnetz und Energieerzeugung). Die Basis hierfür schafft das in 2010 neu geschaffene RWW Wasserversorgungskonzept, das die zukünftigen technischen Anforderungen spezifiziert sowie einzelne Handlungsoptionen bewertet und entsprechend priorisiert. Diese modulare Adaptionsstrategie soll eine nachhaltige technische Ausrichtung der RWW an zukünftige Entwicklungen und sich hieraus ergebender Anforderungen sicherstellen. Das RWW Wasserversorgungskonzept gibt somit den Leitfaden für das langfristige Investitions- und Instandhaltungsbudget des Unternehmens.
- RWW führte in 2010, nach Aussage der angefragten Aktivkohlehersteller, die innovativste Ausschreibung Europas für den Bezug von Frischkohlen und die Reaktivierung von gebrauchten Aktivkohlen zur Wasseraufbereitung durch. Hierdurch wurde neben einer erhöhten Transparenz der Materialeigenschaften sowie einer Steigerung der Gesamtadsorptionsleistung der Aktivkohlen auch eine wesentliche finanzielle Verbesserung erzielt. Mit der Optimierung des Aktivkohlemanagements konnte darüber hinaus am Standort Wasserwerk Kettwig eine Erhöhung der Filteraufbereitungskapazitäten zwischen 10 -15 % erzielt werden. Die Umstellung der Filter auf einen einheitlichen Aktivkohletyp in allen Wasserwerken vereinfacht die zukünftige Reaktivierung der Aktivkohlen.
- Benchmarking hat sich in der Wasserwirtschaft in NRW zu einem festen Bestandteil der effizienz- und kundenorientierten Unternehmenssteuerung entwickelt. RWW betreibt Benchmarking aktiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Landesbenchmarkingprojekte in NRW, zum anderen durch Beteiligung an sich auf einzelne operative Prozesse beziehende Leistungs- und Effizienzvergleichsprojekte.

Das 2009 gestartete NRW-Landesprojekt Benchmarking „Wasserversorgung“ erreichte in 2010 mit 97 Teilnehmern und 81% Abgabequote eine deutliche Steigerung. Erstmals wurden zudem Kundenbefragungen in ein Landesbenchmarking-Projekt aufgenommen. Daran beteiligten sich 31 Unternehmen. Diese Befragungen belegten die einerseits überdurchschnittlich hohe Kundenzufriedenheit im Vergleich zu anderen Branchen, aber auch andererseits die erhebliche Unkenntnis über die Versorgungssysteme und die Wasserpreise. Die Bedeutung des Benchmarking-Projektes hat auch die Landesregierung anerkannt. Das Wirtschaftsministerium würdigte diesen Erfolg, in dem es auf kartellrechtliche Preisprüfungen verzichtete, auch um die Modernisierung und Leistungsfähigkeit der Wasserwirtschaft nicht durch Kartellverfahren wie in Hessen zu beeinträchtigen und forderte aber im Gegenzug eine Steigerung der Ergebnisse. Die zwischenzeitlich im Herbst 2010 gestartete dritte Runde konnte mit 101 Teilnehmern (einschließlich RWW) eine weitere Teilnahmesteigerung verzeichnen.

RWW beteiligte sich im abgeschlossenen Geschäftsjahr mit zwei Wasserwerken an dem von IWW bundesweit durchgeführten Prozess-Benchmarking-Projekt Wasserwerke. Gemeinsam mit einem anderen großen Wasserwirtschaftsunternehmen initiierte RWW in 2010 darüber hinaus einen bundesweiten Erfahrungsaustausch für den Bereich Netze, in dem die beteiligten Unternehmen gezielte Themenstellungen erfolgreich bearbeiten konnten. Durch die Teilnahme an einem weiteren Prozess-Benchmarking-Projekt „Verbrauchsabrechnung und Zählerwechsel“ erhielt RWW wertvolle Hinweise, um weitergehende Optimierungen durchzuführen.

- Regionale Gegebenheiten prägen die Wasserversorgung stärker als andere Versorgungsleistungen. Das gilt in besonderem Maße für die strukturellen Rahmenbedingungen, also u. a. die naturräumlichen, geologischen, siedlungsstrukturellen und demografischen Gegebenheiten. Preise, Qualität oder auch die Sicherheit der Versorgung sind in Folge dessen mit anderen Unternehmen nur vergleichbar, wenn sie auf gleichen strukturellen Rahmenbedingungen beruhen. Strukturelle Unterschiede führen zwangsläufig zu Unterschieden im Aufwand, den ein Unternehmen zur Erbringung seiner Versorgungsleistung betreiben muss. RWW beteiligte sich in 2010 im Rahmen eines Leitprojektes des Deutschen Verbandes der Gas- und Wasserwirtschaft an einer so bisher noch nicht durchgeführten Untersuchung zur „Vergleichbarkeit von Wasserversorgern“ (DVGW-Projekt W 11/01/10).
- Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung“, „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen“ und „Mikroverunreinigungen“. Das Umweltministerium in Düsseldorf verfolgt dabei im Rahmen des Programms „Reine Ruhr“ als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung“ beim integrierten Gewässerschutz mehrere Stoßrichtungen.
 - Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
 - Verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
 - Weitere Aufrüstung der Kläranlagen
 - Einführungs- von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
 - Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?“

Obwohl nicht unmittelbar betroffen, war auch für RWW bedeutsam, dass Ende April 2010 die schriftliche Ankündigung einer Anpassungsverfügung der Bezirksregierung Arnsberg zur „Ertüchtigung von Wasseraufbereitungsanlagen“ entsprechend dem Erlass des MUNLV vom 01.04.2010 erfolgte. Der Erlass formuliert die Forderungen nach Implementierung eines Verfahrens zur sicheren Partikelabtrennung aus dem Rohwasser (z. B. Mehrschichtfiltration), nach chemischer Oxidation (z. B. Ozonung), nach Adsorption und biologischem Abbau von Schadstoffen (z. B. permanente Aktivkohle-Festbettfiltration) sowie nach sicherer Desinfektion des Trinkwassers (UV-Entkeimung) als Stand der Technik. RWW wendet diese Verfahren seit langer Zeit an.

- RWW beschäftigte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv mit der Entwicklung eines neuen, verursachungsgerechten, solidarischen und nachhaltigen Tarifmodells für Haushalts- und Gewerbekunden. Die Änderungserfordernisse begründen sich in der Entwicklung und Struktur der Kosten und Entgelte sowie der Verursachungsgerechtigkeit der bisherigen Tarifsystematik.

Während mit rund 80% der überwiegende Teil der Gesamtkosten wegen des sehr anlagenintensiven Wassersystems mengenbezogen fix ist („Systemkosten“), liegt der fixe Erlösanteil im Durchschnitt über alle RWW-Kunden nur bei rund 20%. Demzufolge stammen 80% der Umsatzerlöse aus variablen Preisbestandteilen. Diese Dominanz der Mengenpreise hat zu einer zunehmend unausgewogenen Verteilung der Systemkosten bei den Verbrauchern in Haushalt und Gewerbe geführt. Der anhaltende, kontinuierliche Rückgang der Wasserabnahme führt in der Wasserversorgung insgesamt zu betrieblichen und qualitativen Problemen. Die ursprünglich unter den Planungsprämissen des wirtschaftlichen und demografischen Wachstums auf Versorgungssicherheit ausgelegten Versorgungsnetze verzeichnen mittlerweile aufgrund gegenläufiger Entwicklungen in Folge demografischen Wandels, Wassersparens und industrieller Strukturveränderung eine zunehmend reduzierte Auslastung der Infrastruktur. Einerseits können Stagnationen aufgrund zu geringer Durchflüsse Beeinträchtigungen der Trinkwasserqualität nach sich ziehen und andererseits müssen die Gesamtkosten auf immer geringer werdende Abnahmemengen verteilt werden.

RWW will mit einem neu entwickelten Tarifsystem hierauf reagieren. Seit 2009 entwickelt das Unternehmen unter Einbeziehung externer Experten und Erfahrungen anderer Infrastrukturen ein neues Tarifmodell. Im Kern sollen im so genannten Systempreis in stärkerem Maße als im heutigen Grundpreis die Fixkosten abgebildet werden. Der mengenbezogene Arbeitspreis kann im Gegenzug deutlich abgesenkt werden. Damit wird ein Tarifsystem geschaffen, das zu mehr Verursachungsgerechtigkeit und Solidarität beitragen sowie die Tragfähigkeit der Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur nachhaltig sicher stellen soll.

2. Ertragslage

Nachfolgende strukturierte Gewinn- und Verlustrechnungen geben einen Überblick über die wesentlichen Posten.

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	107,6	103,9
Sonstige betriebliche Erträge	6,2	7,8
Materialaufwand	- 26,9	- 26,9
Personalaufwand	- 29,2	- 35,1
Abschreibungen	- 10,6	- 10,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	- 25,3	- 25,0
Zins- und Finanzergebnis (einschl. außerordentliche Aufwendungen)	- 6,1	1,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 5,4	- 5,4
Jahresüberschuss	10,3	10,3

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen liegen mit 107,6 Mio. € um 3,7 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Der Anstieg der Umsatzerlöse um 3,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen nahezu ausschließlich aus dem Anstieg der Wasserabgabe.

Die Umsatzerlöse aus Anschlussarbeiten und Reparaturen sowie Rohrnetzkostenzuschüssen bewegten sich insgesamt auf Vorjahresniveau.

Die Umsatzerlöse der Tarifkunden erhöhten sich um 1,4 Mio. € auf 78,9 Mio. €.

Die Summe der Umsatzerlöse der Wiederverkäufer, des Handelsgeschäftes und der Sondervertragskunden stieg im Wesentlichen konjunkturbedingt um 2,2 Mio. € auf 24,3 Mio. € an. Der Anstieg zeigt sich am deutlichsten mit 1,9 Mio. € im Sondervertragskundensegment, mit 0,2 Mio. € bei den Wiederverkäufern und mit 0,1 Mio. € im Handelsgeschäft.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2010 in Mio. m ³	2009 in Mio. m ³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	75,0	68,9
Fremdbezug	15,4	15,3
	90,4	84,2
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	29,4	27,7
Betriebswasser	18,4	14,8
	47,8	42,5
Tarifkunden	36,7	36,9
	84,5	79,4
Unentgeltlicher Verbrauch und Netzverluste Eigenverbrauch, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülung, Netzverluste	5,9	4,8

Mit 84,5 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 5,1 Mio. m³ über der Vorjahresmenge von 79,4 Mio. m³. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 47,8 Mio. m³. Auf die Trinkwasserabgabe entfielen 66,1 Mio. m³, davon 36,7 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden – das sind 0,2 Mio. m³ weniger als im Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 6,2 Mio. € um 1,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau, im Wesentlichen bedingt durch geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (- 2,1 Mio. €) sowie höhere Erträge aus Abgängen des Sachanlagevermögens (+ 0,5 Mio. €).

Der Materialaufwand lag mit 26,9 Mio. € auf Vorjahresniveau. Während sich die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 1,0 Mio. € erhöhten, reduzierten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen und die Energieaufwendungen insgesamt um diesen Betrag.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich um insgesamt 5,9 Mio. €.

Während die Aufwendungen für Löhne und Gehälter nahezu auf Vorjahresniveau verblieben, erhöhten sich die Aufwendungen der sozialen Abgaben geringfügig.

Die Aufwendungen für Altersversorgung reduzierten sich um 6,0 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch den geänderten Ausweis des Zinsaufwandes der Pensionsrückstellungen. Diese Zinsaufwendungen (5,6 Mio. €) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr im Zinsergebnis ausgewiesen. Darüber hinaus verringerten sich die Beiträge an den Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG) konjunkturbedingt.

Zum Stichtag 31.12.2010 beschäftigt die RWW 453 (Vorjahr: 457) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich 20 Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Die Zahl der kaufmännisch und technisch Angestellten beträgt 229 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 224 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 18,3% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 29,3%. Auch im Berichtsjahr bildet RWW über den eigenen Bedarf hinaus aus. Am 31.12.2010 befinden sich 18 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Industriemechaniker, Elektroniker/in für Betriebstechnik. RWW beschäftigt zum Jahresende 28 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 10,6 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 25,3 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Während die Aufwendungen für Altersteilzeit um 0,6 Mio. € zurückgingen, stiegen im Wesentlichen die Aufwendungen für Konzessionsabgaben umsatzbedingt um 0,7 Mio. € und die Aufwendungen für wasserwirtschaftliche Abgaben um 0,2 Mio. € an.

Das Zins- und Finanzergebnis (einschließlich der außerordentlichen Aufwendungen) lag mit - 6,1 Mio. € um 7,9 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Diese Ergebnisverschlechterung ergab sich im Wesentlichen mit 5,6 Mio. € aufgrund der unter den Personalaufwendungen bereits beschriebenen Ausweisänderung der Zinsaufwendungen der Pensions-, Altersteilzeit- und der Jubiläumsgeldrückstellung, mit 1,0 Mio. € aufgrund gesunkener Zinserträge, mit 0,5 Mio. € aufgrund außerordentlicher Aufwendungen aufgrund der Neubewertung von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen, mit 0,4 Mio. € aufgrund der Verzinsung von Steuernachforderungen sowie mit 0,2 Mio. € aufgrund einer im Geschäftsjahr vorgenommenen Abschreibung auf das Finanzanlagevermögen.

3. Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Deutschland AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich einschließlich der Führung von Cash Pools sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2010 waren insgesamt 61,6 Mio. € bei der RWE Deutschland AG verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 5,6 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand zuzüglich der konzerninternen Geldanlagen.

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	27,2	16,1
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-7,1	- 8,3
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-14,5	- 11,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	5,6	- 3,3

Sämtliche Investitionen des Geschäftsjahres konnten aus dem Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit finanziert werden. Darüber hinaus wurden die Bankverbindlichkeiten um 4,5 Mio. € planmäßig reduziert.

Der dynamische Verschuldungsgrad (Differenz zwischen Fremdkapital und flüssige Mittel im Verhältnis zum Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit) ist im Berichtsjahr auf 1,7 (Vorjahr 3,3) gesunken.

Zur Absicherung eines variabel verzinslichen Darlehns hat die RWW ein Zinsswapgeschäft abgeschlossen. Dadurch wurde eine Festverzinsung erreicht. Das Geschäft endet zum 31.10.2011.

4. Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.10.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
Anlagevermögen	122,6	125,0
Umlaufvermögen	72,0	69,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	1,1
Bilanzsumme	194,7	195,8
Eigenkapital	75,7	75,5
Rohrnetzkostenzuschüsse	11,2	12,1
Rückstellungen	103,5	98,4
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	4,3	9,8
Bilanzsumme	194,7	195,8

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum 31.12.2009 um 1,1 Mio. € reduziert.

Bei Gesamtinvestitionen von 8,9 Mio. €, Abgängen von 0,5 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 10,8 Mio. € reduzierte sich das Anlagevermögen um 2,4 Mio. € auf 122,6 Mio. €.

Von den Gesamtinvestitionen (einschließlich geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen 0,1 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände, 0,4 Mio. € auf Grundstücke und Bauten, 2,6 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen, 4,0 Mio. € auf Rohrnetz und Wasserzähler, 1,4 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 0,4 Mio. € auf die Finanzanlagen.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen betreffen mit 0,2 Mio. € den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährte Wohnungsbaudarlehen sowie mit 0,2 Mio. € Ausleihungen gegenüber Beteiligungen.

Das Umlaufvermögen einschließlich des Rechnungsabgrenzungspostens erhöhte sich - im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der kurzfristigen Finanzforderungen - um 1,3 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss von 10,3 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2010 sind den Gewinnrücklagen 0,3 Mio. € zugeführt und 10,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 38,9% (Vorjahr 38,6%).

Die Rückstellungen erhöhten sich insgesamt um 5,1 Mio. € auf 103,5 Mio. €. Die Erhöhung betrifft mit 3,0 Mio. € die Pensionsrückstellungen.

Die Verbindlichkeiten reduzierten sich insgesamt um 5,5 Mio. € auf 4,3 Mio. €. Der mit Abstand größte Rückgang ist mit 4,5 Mio. € bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zu verzeichnen, deren Bestand zum Jahresende mit 0,8 Mio. € valutierte.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6. Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher vollständig auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Deutschland AG abgestellt.

Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien entsprechend berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entsprechend dem Bedarf Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotential minimiert werden.

Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Bestandsgefährdende sowie sonstige wesentliche Risiken bestanden weder im zurückliegenden Geschäftsjahr, noch sind solche derzeit im laufenden Geschäftsjahr erkennbar oder zu erwarten.

Transparenz, offene Kommunikation sowie eine klare Ausrichtung der Gesellschaft und deren Organisation auf die vereinbarten Ziele bilden einen wesentlichen Baustein innerhalb des Risikomanagements der Gesellschaft. Wöchentlich erfolgen im Rahmen eines Jour Fixe die Abstimmung und Behandlung aktueller Themen zwischen der Geschäftsführung und dem Kreis der Prokuristen (erweiterte Geschäftsführungssitzung). Monatliche Sitzungen des Management-Teams, dem Vertreter der wichtigen Funktionsbereiche des Unternehmens angehören, geben der Geschäftsführung die Möglichkeit, alle relevanten Themen mit den Verantwortlichen eingehend und zeitnah zu diskutieren. Ergänzend hierzu werden die verantwortlichen Leiter der Linienbereiche zu regelmäßigen Jour-Fixe-Terminen oder erweiterten Geschäftsführungssitzungen hinzugezogen.

7. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, seine Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der RWE Deutschland AG weiter etablieren, seine Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der RWE-Gruppe erschließen. RWW ist bestrebt, seine Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung als Wasserwirtschaftsunternehmen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW und das Wassergeschäft der RWE Deutschland AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens.

Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind ausschlaggebend für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten konzentrieren.

Die Überprüfung der Professionalität und Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich insbesondere darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Investitionen der kommenden Jahre konzentrieren sich mit einem Jahresvolumen von ca. 9,0 Mio. € bis 10,0 Mio. € auf die Kernbereich des Unternehmens mit einem Schwerpunkt auf Erhaltungsinvestitionen im Verteilnetz.

Die Aktivitäten zur Ausweitung der Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. RWW wird sich in erster Linie auf Ausschreibungen von Betriebsführungen konzentrieren. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen in (Teil-) Privatisierungsverfahren angestrebt.

RWW steht in einem sich nur langsam entwickelnden und verändernden Wassermarkt in einem starken Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. In diesem Zusammenhang wird RWW die Möglichkeit von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen auch weiter in Betracht ziehen.

Die Arbeiten zur Entwicklung eines neuen Tarifsystems im Bereich der Haushalt- und Gewerbekunden sollen in 2011 abgeschlossen werden, so dass die Umstellung zum Jahresende 2011 vorgenommen werden kann.

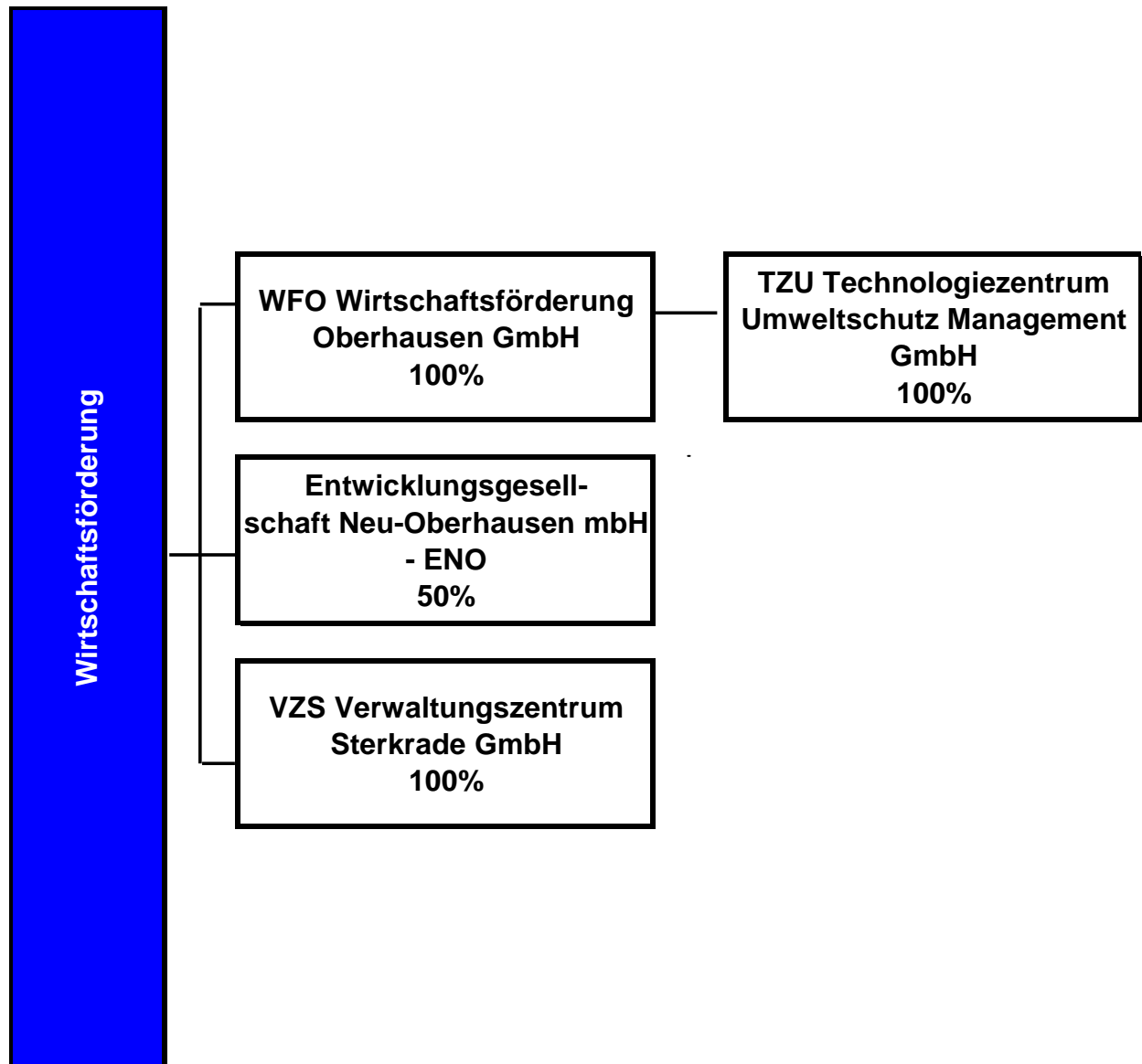
Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist positiv - für 2011 wird ein ähnlich zufrieden stellendes Ergebnis wie 2010 prognostiziert. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiter entwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Die Geschäftsführung erwartet auch für die Zukunft eine weiterhin solide Fortentwicklung der finanziellen und technischen Kenngrößen des Unternehmens.

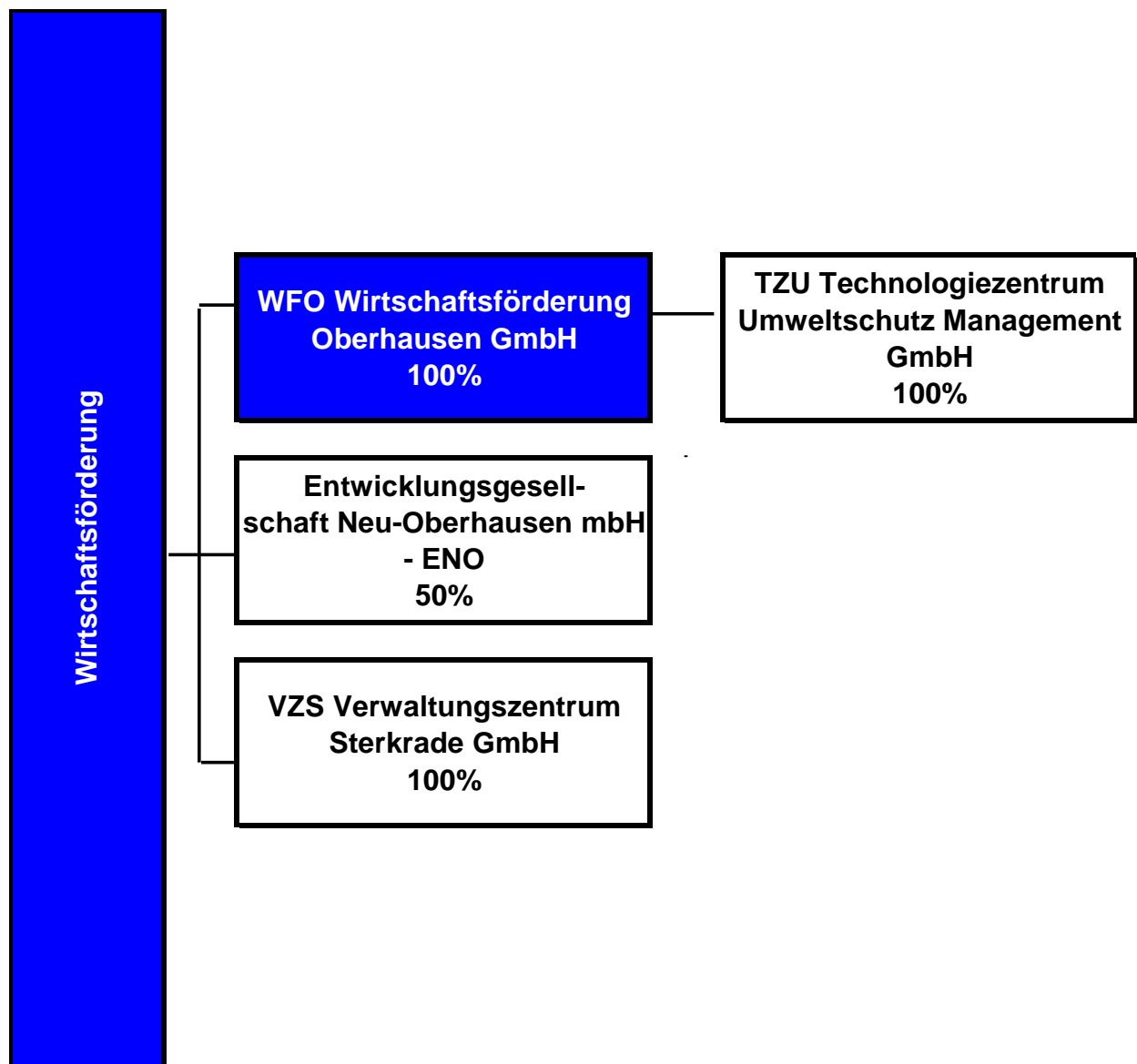
Mülheim an der Ruhr, 17.01.2011

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung





WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 263
46047 Oberhausen

ab 01.07.2011:
Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208 / 853983
e-Mail info@wfo-gmbh.de
Internet <http://www.wfo-gmbh.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch die Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes
Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 18.10.2004 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für GEG und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Lichtenheld, Frank
Geschäftsführer Koch, Burkhard

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Elsemann, Bernhard

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Hausmann, Wilhelm
	Mitglied gem. § 113 GO	Wehling, Klaus
	Mitglied	Grünewald, Dirk
	Mitglied	Merzig, Karlheinz
	Mitglied	Motschull, Frank
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Vöpel, Dirk
	Mitglied	Wilke, Volker
	Mitglied	Wingens, Ursula
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Hake, Michael

Prokura:	Prokurist	Siegers, Norbert
-----------------	-----------	------------------

c) Beteiligungen

unmittelbar

Gasometer Oberhausen GmbH

TDM %

50,00 100,00

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

300,00 100,00

mittelbar

T€ %

TheatrO. CentrO. GmbH i. L.

24,50 24,50

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.591,18	33,0	3.447,27	35,3	3.302,95	39,3	-144,32	-4,19
Umlaufvermögen	5.344,77	49,2	4.281,90	43,9	5.111,52	60,7	829,62	19,38
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.938,43	17,8	2.034,53	20,8			-2.034,53	-100,00

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital					3.213,90	38,2	3.213,90	
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.275,75	11,7	1.212,10	12,4	970,04	11,5	-242,06	-19,97
Rückstellungen	769,19	7,1	778,39	8,0	1.197,83	14,2	419,44	53,89
Verbindlichkeiten	8.829,45	81,2	7.773,21	79,6	3.032,69	36,0	-4.740,52	-60,99

Bilanzsumme

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	10.874,39	100,00	9.763,70	100,00	8.414,47	100,00	-1.349,23	-13,82

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	625,05	725,45	2.259,27
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			-1.339,54
sonstige betriebliche Erträge	681,73	769,97	1.150,35
Personalaufwand	651,21	678,08	774,74
Abschreibungen	150,59	144,43	144,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	559,80	613,80	684,37
Erträge aus Beteiligungen	120,00		900,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44,72	9,60	4,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	123,68	109,17	163,74
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13,78	-40,45	1.207,58
außerordentliche Erträge			4.649,72
außerordentliches Ergebnis			4.649,72
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			553,22
sonstige Steuern	53,02	55,64	55,64
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-66,80	-96,10	5.248,43
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.189,26	-2.256,07	-2.352,16
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2.256,07	-2.352,16	2.896,27

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-10,69	-13,25	232,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,96	-4,09	1.652,37	%
Cash-Flow:	83,79	48,33	5.392,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	118,80	135,95	172,51	T€
Personalaufwandsquote:	49,83	45,34	37,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	19,77	20,54	22,12	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	38,19	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	61,81	%

e) Lagebericht

Das strategische Ziel der Wirtschaftsförderung ist es, Oberhausen als zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort zu stärken, auszubauen und zu entwickeln und zusätzliche Arbeitsplätze durch Bestandsentwicklung, Neuansiedlung und Unternehmensgründungen zu schaffen. Dabei kommt der regionalen und interkommunalen Vernetzung in der Metropole Ruhr eine besondere Bedeutung zu.

Unsere Ziele erreichen wir durch eine konsequente Kundenorientierung in der Wirtschaftsförderung. Als ersten Schritt hat sich das Team der WFO branchenspezifisch aufgestellt. Für den Kunden heißt das: Persönlicher Kontakt zu seinem WFO-Berater.

Serviceleistungen der WFO im Einzelnen

- Wirtschaftliche Beratung von Unternehmen (Standortberatung, Gründungsberatung, Festigungsberatung, Krisenprävention, Förder- und Finanzierungsmittel).
- Mitgestaltung und Moderation der Kommunikation zwischen Unternehmern/innen und städtischen Ämtern im Sinne eines Kundenbeziehungsmanagements. Wir sind für Unternehmen Ansprechpartner und Interessenvertreter gegenüber der Verwaltung.
- Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit
- Erwerb, Entwicklung und/oder Veräußerung von Grundstücken, die in Gewerbe-, Industrie-, Sondernutzungs-, Mischgebiets- und Kerngebietsflächen zur Zweck-erfüllung für die WFO eingesetzt werden können.
- Immobilienservice (Vermittlung von Gewerbeflächen und Begleitung bei Kauf- und Mietverhandlungen).
- Besondere Maßnahmen, Aktionen und Projekte der WFO, die der Sicherung und Ausweitung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes dienen (z. B. Organisation von Gemeinschaftsständen der Stadt Oberhausen und örtlicher Partnerunternehmen auf verschiedenen Messen).
- Vernetzung von Unternehmen, Institutionen, Verbänden und Organisationen – Kontaktmanagement.

Im Rahmen der Kooperation mit der ENO und auf Grundlage des Geschäftsbesorgungs-vertrages vom 02.01.2007 wurden zahlreiche Projekte konzipiert, initiiert und umgesetzt. 2010 wurden 13 Projektverträge mit einem finanziellen Volumen von rd. 830 TEUR geschlossen.

Themen, die uns 2010 besonders bewegt haben - Auch im Kulturhauptstadtjahr hatte die Wirtschaftsförderung ganz unterschiedliche Handlungsfelder. In diesem Jahr war es uns besonders wichtig, die Initiativen und Impulse der Kulturhauptstadtaktivitäten in unsere Arbeit einzubinden und insbesondere die touristische Infrastruktur in enger Zusammenarbeit mit der TMO – Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH - zu stärken und zu fördern.

In zahlreichen Projekten, auch im Zusammenwirken in der MEO-Region, konnte die Wirtschaftsförderung in einem engen Netzwerk mit Unternehmern den Wirtschaftsstandort voranbringen. Die Zahlen aus dem Immobilien- und Grundstücksgeschäft unterstreichen, dass Unternehmen vor Ort weiterhin Raum für ihr Wachstum benötigen.

Mit dem neuen Portal "Gründercity Oberhausen" ist für Existenzgründer eine in NRW einzigartige Informationsplattform entstanden. Ferner hat die „Vierte Oberhausener Gründermesse“ Bürger und Jungunternehmer ins Gespräch gebracht.

Als Wirtschaftsfaktor hat sich besonders der Tourismus weiterentwickelt. Allein die Übernachtungszahlen sind in 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 23,6 Prozent, mit 321.465 Übernachtungen, gestiegen.

Kreativwirtschaft - Ein besonderer Schwerpunkt lag im Geschäftsjahr 2010 im Sinne der Kulturhauptstadtaktivitäten auf der Entwicklung des Clusters Creative Industries.

Neben dem bereits entwickelten Kreativquartier „Steigerhaus am Olgapark“ mit der Landmarke Fördergerüst, lag der Focus der Wirtschaftsförderung darauf, ein weiteres Kreativquartier in der Innenstadt zu entwickeln. Nucleus hierbei ist der Hauptbahnhof. Die WFO konnte hier gemeinschaftlich mit der Ruhr.2010 GmbH, FROG. (Freie Oberhausener Kreativwirtschaft e.V.) und kitev (Kultur im Turm e.V.) Impulse und Anstöße geben. Besonders bemerkenswert ist dabei auch die Zusammenarbeit mit den Niederlanden, hier unter anderem mit den Projekten GastGastgeber und Dutch DFA (Dutch Design Fashion Architecture).

Insgesamt konnten durch die Kreativwirtschaft annähernd EUR 1,0 Mio. Fördermittel in 2010 akquiriert werden, die nachhaltig der Infrastruktur des Standortes zugutekommen und somit nachhaltig auf die Kreativwirtschaft in Oberhausen wirken.

Darüber hinaus wurden mit Hilfe der Wirtschaftsförderung mehr als 250.000 EUR Fördermittel akquiriert – mehr als je zuvor. So flossen 20 Prozent mehr Mittel in die Oberhausener Wirtschaft wie noch ein Jahr zuvor. Nicht zuletzt kann und konnte Oberhausen von Förderszenarien wie meotec und der Kreativwirtschaft profitieren und wird dies auch in Zukunft tun.

Akquisition und Neuansiedlung – mehr als nur verkaufen: Wirtschaftsförderung ist deutlich mehr als Standortwerbung und Vermarktung von Gewerbeflächen – andererseits ist sie aber auch genau das. Es geht z. B. auf Messen und in persönlichen Gesprächen vor allem darum, Investoren davon zu überzeugen, dass der Standort Oberhausen für ihr Unternehmen besser geeignet ist als alle anderen. Es geht, schlicht gesagt, darum, den Standort zu vermarkten und damit Arbeitsplätze und Wachstum zu generieren.

Kernaufgabe Bestandsentwicklung - Die Bestandspflege ist ein bedeutendes Element der Wirtschaftsförderung. In diesem Zusammenhang bilden neben regelmäßigen persönlichen Kontakten und telefonischen Nachfragen auch die 2010 durchgeführten Firmenbesuche einen wichtigen Bestandteil. Darüber hinaus kommt der Unterstützung der Betriebe bei Problemen mit Behörden eine wesentliche Bedeutung zu. Hier spielt die Lotsenfunktion der Wirtschaftsförderung eine besondere Rolle.

Gewerbeflächennachfrage - Auch im Jahre 2010 konnten durch die Wirtschaftsförderung wieder Gewerbeflächen in Größe von **mehr als 30.000 qm** für Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen vermittelt werden. Dabei handelte es sich bei den realisierten Maßnahmen zwar schwerpunktmäßig um innerstädtische Verlagerungen, es waren aber auch sehr interessante Neuansiedlungen aus den Städten Düsseldorf, Marl, Duisburg und Bottrop zu verzeichnen. Die Grundstücksverkäufe konzentrierten sich in diesem Zusammenhang auf die Gewerbeparks „Am Kaisergarten“ und „Im Erlengrund“.

Dennoch konnten nicht alle Nachfragen befriedigt werden. Insbesondere bei Anfragen aus dem Bereich Logistik, der in der Regel Industrieflächen benötigt und die Zulässigkeit eines 24-Stunden-Betriebs voraussetzt, musste häufiger „Fehlanzeige“ gemeldet werden.

Objektvermittlung - Aufgrund der geringen Verfügbarkeit an vermarktbareren Gewerbe-flächen rückt die Vermittlung von Bestandsimmobilien immer stärker in den Fokus. Auch hier konnte die Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr einige Unternehmen bei ihrer Suche

nach geeigneten Objekten aktiv und erfolgreich unterstützen. Diesem Bereich wird künftig eine größere Bedeutung im Tagesgeschäft zuteil werden.

Gründer und Jungunternehmer - Die intensive Beratung von Gründern und Jungunternehmern vor und nach der Gründung hatte auch 2010 einen großen Stellenwert in unserer Arbeit. Stellvertretend wird hier auf die Durchführung von Seminaren, Intensivworkshops, monatlichen GründerTREFFs, der „Vierten Oberhausener Gründermesse“, die Teilnahme an der Startmesse und das Gründercity-Portal als Informations- und Kommunikationsplattform mit mehr als 100 Veranstaltungsterminen und über 40 Unternehmensprofilen von jungen Oberhausener Unternehmen verwiesen.

Neues Projekt – meotec - Die MEO-Region Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen ist geprägt von Unternehmen, die in vielen Bereichen eine dynamische Entwicklung und eine hohe Innovationsfähigkeit aufweisen. Eingebunden ist die Region in eine umfassende Hoch- und Fachhochschullandschaft. Hinzu kommen zahlreiche wissenschaftliche und forschende Institutionen. Aus diesem vielseitigen Umfeld heraus gilt es, Innovationen zu fördern und wirtschaftlich starke Bereiche weiter zu entwickeln. Um dieses Ziel schneller und effizienter zu erreichen, haben die Städte der MEO-Region ein Regionalbudget erhalten, mit dem das Land und die EU die Arbeit des regionalen Technologiemanagements „meotec“ fördert. Träger dieses interkommunalen Projektes mit einer Laufzeit von zwei Jahren sind die Wirtschaftsförderungen der drei Städte Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen.

Aufgabe von meotec ist es, das innovative Potential in der Region zu stärken. Das Angebot beinhaltet Innovationsgespräche mit Unternehmen, Durchführung von Veranstaltungen und gemeinsame Messebesuche. Gegenwärtig wird ein Technologieportal erstellt, das für Unternehmen Daten zu den Themen Innovationen, Wachstum und Kooperationsmöglichkeiten beinhaltet.

Grundstücksentwicklung „Zeche Osterfeld“ - Im Geschäftsjahr 2010 ist es der WFO mit dem Verkauf der laut Bebauungsplan Nr. 540 „Vestische Straße / Zum Steigerhaus“ vorgesehenen Wohnbaufläche (ca. 17.000 qm) gelungen, rd. 50 % des Grundstücks der ehemaligen Zeche Osterfeld zu vermarkten. Als Käuferin konnte die WGZ Immobilien + Treuhand GmbH Münster, WGZ I + T, gewonnen werden. Der Kaufpreis beträgt 1.428 TEUR.

Der auf WFO entfallende Anteil an den Erschließungskosten der Planstraße 1, die nicht nur das Wohn- sondern gleichermaßen das nördlich gelegene Mischgebiet erschließt, beläuft sich auf 132 TEUR.

Für das städtebauliche Konzept, das teilweise eine Wohnbebauung anstelle der öffentlich geförderten gewerblichen Nutzung vorsieht, ist der anteilige Zuschuss in Höhe von 421 TEUR (s. Bilanz 2009) zzgl. Zinsen in Höhe von rd. 276 TEUR per 31.12.2010 also insgesamt rd. 700 TEUR zurückzuzahlen und über den Kaufpreis zu finanzieren. Die Rückzahlungsmodalitäten werden derzeit mit dem Land und der NRW-Bank verhandelt. Die Zahlung wird voraussichtlich im Geschäftsjahr 2011 fällig.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im Bebauungsplangebiet weitere Erschließungsmaßnahmen durchzuführen und zu finanzieren sind.

Die Vermarktungsbemühungen für die gewerblichen Flächen im Bereich der ehemaligen Zeche Osterfeld werden fortgesetzt.

Auch 2010 konnte der Status der Vollvermietung des Steigerhauses und der Torhäuser aufrecht erhalten werden. Ebenso wie in den Vorjahren waren auch in diesem Geschäftsjahr umfangreiche Instandsetzungsmaßnahmen von rd. 35 TEUR notwendig.

Quartier 51 - Essener Straße 51 wird neues Domizil - Bereits in der Vergangenheit haben die Wirtschaftsförderungsgesellschaften ENO und WFO sowie die TMO in verschiedenen Projekten eng zusammengearbeitet.

Ob im Geschäftsstraßenmanagement, bei der Entwicklung von Immobilien, in der Standortkommunikation, bei der Weiterentwicklung einer touristischen Infrastruktur oder bei Messeauftritten, es gab und gibt viele Berührungs- und Anknüpfungspunkte.

Kooperationen sind das A und O für einen professionellen Unternehmensservice und die Betreuung von Kunden und Geschäftspartnern. Deshalb ist es nur ein konsequenter Schritt für die Zukunft, mit den Gesellschaften unter ein

gemeinsames Dach zu ziehen, damit die Wege kürzer sind und die Abstimmung optimaler erfolgen kann. Alle Weichen hierfür wurden in 2010 gestellt.

Am 09. Dezember 2010 haben die Aufsichtsräte der Gesellschaften ENO mbH, WFO GmbH und TMO GmbH entschieden, die Tätigkeit dieser Gesellschaften zukünftig unter einem Dach mit neuer Adresse zu bündeln. Der neue Standort wurde bewusst in der Neuen Mitte, der Nähe zum TZU und den Gewerbegebieten gesucht – denn hier befinden sich zahlreiche Unternehmen mit dem Schwerpunkt der unternehmensnahen Dienstleistungen.

Ab dem 1. Juli 2011 werden die Unternehmen im Gebäude der Stadtparkasse Oberhausen, Essener Str. 51, mit ihrer neuen Ausrichtung an den Start gehen.

Es wird angestrebt, in diesem WirtschaftsQuartier weitere Unternehmen und Verbände anzusiedeln, die das Serviceangebot für ansässige und neue Unternehmen ergänzen.

Wirtschaftliche Entwicklung - Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2010 wesentlich von folgenden Faktoren geprägt:

- Verkauf der Wohnbaufläche auf dem Areal der ehemaligen „Zeche Osterfeld“
 - steuerliche Auswirkungen einer Betriebsprüfung des Finanzamtes für die Geschäftsjahre 2004 bis 2007
 - Gewinnausschüttung der TZU GmbH sowie
 - außerordentliche Erträge in Höhe von insgesamt 4.648 TEUR
- Diese resultieren aus der finanzwirtschaftlichen Restabwicklung aus dem Erwerb der ehemaligen Thyssen-Fläche (Neue Mitte Oberhausen) in Höhe von 3.159 TEUR und der Neubewertung des Vorratsvermögens - Zuschreibung in Höhe von 1.489 TEUR.

Das Geschäftsjahr 2010 endet nach Abzug des Verlustvortrages aus Vorjahren mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 2.896 TEUR.

Unter Zugrundelegung der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 01.12.2009 beschlossenen Wirtschaftsplanung lag der erwartete Jahresüberschuss bei 1.081 TEUR. Hier waren zwar die Erträge aus dem Grundstücksverkauf „Zeche Osterfeld“ und aus der Gewinnausschüttung TZU berücksichtigt, nicht jedoch die vorgenannten Einflüsse im Rahmen der Restschuldaabwicklung gegenüber dem Land NRW und der Betriebsprüfung.

Das tatsächliche Ergebnis liegt damit um 1.815 TEUR über dem Planansatz.

Auswirkungen auf das laufende Geschäftsjahr 2011 ergeben sich aufgrund der Verbindlichkeiten aus Vorjahren noch im Hinblick auf die Fälligkeit tatsächlicher Zahlungen, d. h. im Rahmen der Liquidität der Gesellschaft.

Unter Zugrundelegung des vom Aufsichtsrat am 18.11.2010 verabschiedeten Wirtschaftsplans 2011 ist im Jahre 2011 mit einem vorläufigen Jahresüberschuss von ca. 36 TEUR zu rechnen, wobei notwendig werdende Aufwendungen für den Umzug der Wirtschaftsförderung in das „Haus der Wirtschaftsförderung“ noch nicht berücksichtigt sind.

Mit dem Gesamt-Finanzierungskonzept für die Wirtschaftsförderung, das im Wesentlichen auf die Steigerung der Umsatzerlöse im Rahmen der Projektbeauftragung durch ENO, Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge im Rahmen der Geschäftsbesorgung für Tochtergesellschaften und Mieteinnahmen aus der Vermietung des Gasometer beruht, konnte eine nachhaltige Verbesserung der Finanzlage der Gesellschaft im Rahmen des laufenden Geschäfts erreicht werden.

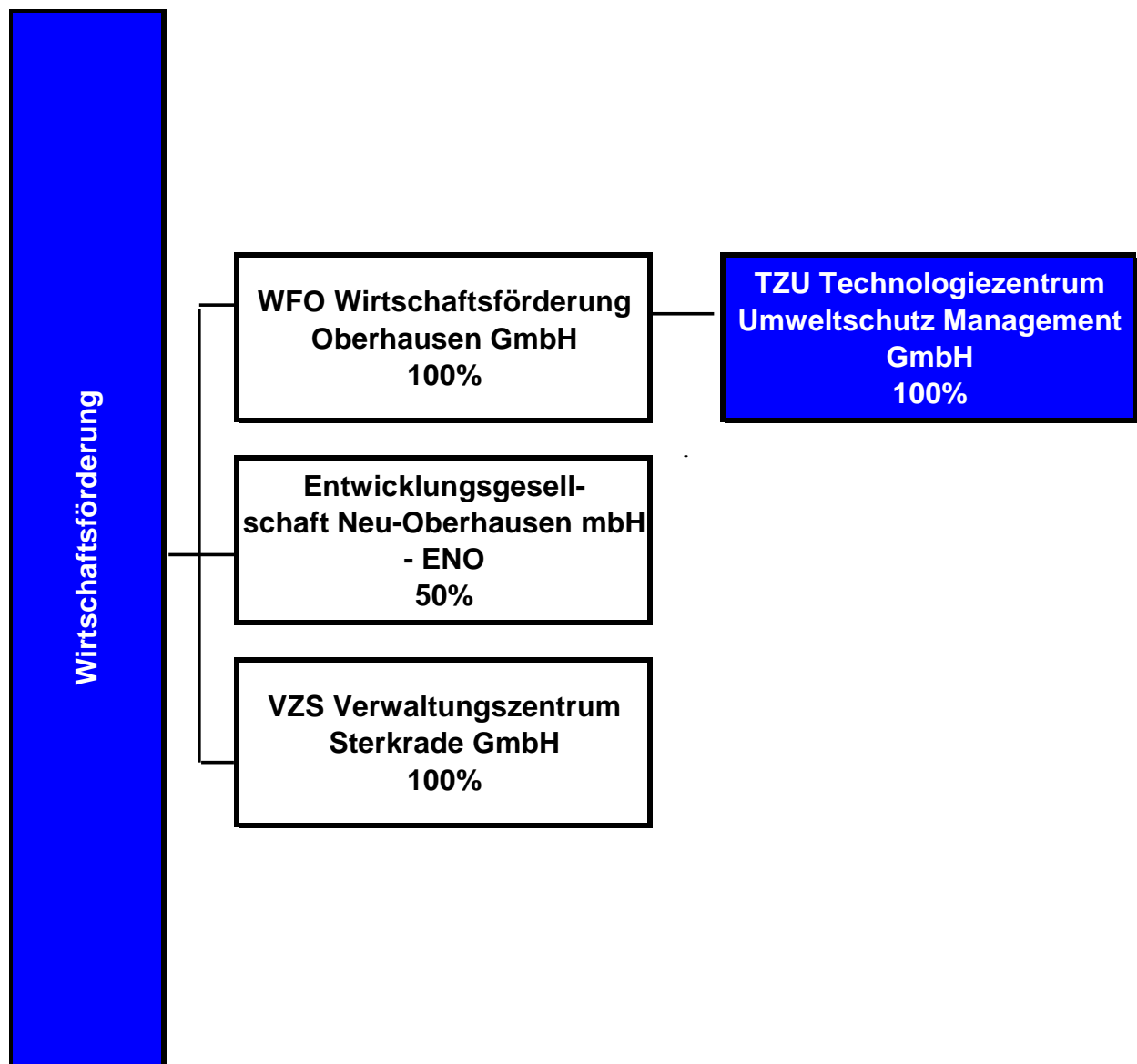
In Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der Gesellschafter der ENO und damit auch die Gesellschafterzuschüsse zur Finanzierung der Projekte der Wirtschaftsförderung immer wieder Schwankungen unterliegen, die zeitnah nicht ausgleichbar sind, werden zur Stabilisierung der Gesellschaft zzt. mögliche weitere Finanzierungskonzepte innerhalb der WFO-Gruppe geprüft.

Oberhausen, den 07. April 2011

WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Geschäftsführung

Lichtenheld

Koch



TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85037-0
Fax 0208/851518
e-Mail lerch@tzu.de
Internet <http://www.tzu.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH Stadt Oberhausen	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011 Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Lerch, Klaus

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Wehling, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.783,96	60,1	8.917,11	64,1	8.174,66	68,0	-742,45	-8,33
Umlaufvermögen	5.008,22	30,7	4.677,80	33,6	3.608,89	30,0	-1.068,91	-22,85
Rechnungsabgrenzungsposten	16,98	0,1	10,99	0,1	7,67	0,1	-3,32	-30,21
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.478,53	9,1	306,41	2,2	228,12	1,9	-78,29	-25,55

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.864,96	36,0	5.430,52	39,0	4.996,08	41,6	-434,44	-8,00
Rückstellungen	3.671,18	22,5	704,37	5,1	458,82	3,8	-245,55	-34,86
Verbindlichkeiten	6.751,55	41,5	7.777,43	55,9	6.564,43	54,6	-1.213,00	-15,60

Bilanzsumme

16.287,69	100,00	13.912,32	100,00	12.019,34	100,00	-1.892,98	-13,61
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	741,00	708,00	709,45
sonstige betriebliche Erträge	2.085,20	2.978,02	568,95
Materialaufwand	0,00		
Personalaufwand	3,70	18,40	0,48
Abschreibungen	754,05	866,85	743,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	115,15	289,37	227,43
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25,93	5,25	50,67
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	281,76	280,18	278,90
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.697,48	2.236,48	79,25
außerordentliche Erträge			4,48
außerordentliche Aufwendungen			5,44
außerordentliches Ergebnis			-0,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	91,28	164,36	-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.606,20	2.072,11	78,30
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-36.584,76	-34.978,56	-33.806,45
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.978,56	-32.906,45	-33.728,15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	216,76	292,67	11,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,59	6,30	0,23	%
Cash-Flow:	2.360,25	2.938,96	821,30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,13	0,50	0,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	60,07	64,10	68,01	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht**Geschäftsverlauf und Lage**

Im Geschäftsjahr 2010 wurden, bedingt durch den mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH abgeschlossenen Pachtvertrag einschließlich Sondervereinbarung, Mieteinnahmen i. H. v. EUR 709.500 erzielt.

Die STAGE Entertainment GmbH hat den Kaufpreis i. H. v. EUR 4.486.000 einschließlich in 2010 vereinbarter und geleisteter Zinsen, datiert bis zum 31.12.2010, gezahlt.

Damit ist der Verkauf des Metronom-Theaters für die TZU Management GmbH abgeschlossen.

Da in den vergangenen Jahren eine Abzinsung des Kaufpreises auf Grund der fehlenden Fälligkeitsvoraussetzung vorgenommen wurde, ist mit Zahlung der letzten Rate eine Aufzinsung des Kaufpreises i. H. v. EUR 106.000 fällig.

Durch die Zahlung des Kaufpreises und die konstanten Mieteinnahmen war die Liquidität der Gesellschaft für das gesamte Jahr gesichert.

Zur Stärkung der Muttergesellschaft WFO – Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH wurde eine Ausschüttung des Gewinns i. H. v. EUR 900.000 vorgenommen, woraus sich bereits im Jahresabschluss 2009 der Ausweis eines negativen Eigenkapitals ergab.

Insbesondere die oben genannten Einmaleffekte Kaufpreisaufzinsung und Zinsen auf die Kaufpreiszahlung durch STAGE Entertainment GmbH trugen zu einem Jahresüberschuss in Höhe von € 78.000,00 bei, der das negative Eigenkapital zum 31. Dezember 2010 auf EUR 228.000 reduzierte.

Die bilanzielle Überschuldung hat aufgrund der stillen Reserven in den Grundstücken keine rechnerische Überschuldung zur Folge.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Dezember 2006 wurde ein fünfjähriger Pachtvertrag mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH abgeschlossen. Dadurch sind bis zum 31.12.2011 alle im normalen Geschäftsbetrieb der TZU Management GmbH anfallenden Kosten gedeckt.

Zurzeit steht noch nicht fest, ob der Pachtvertrag verlängert wird oder ausläuft.

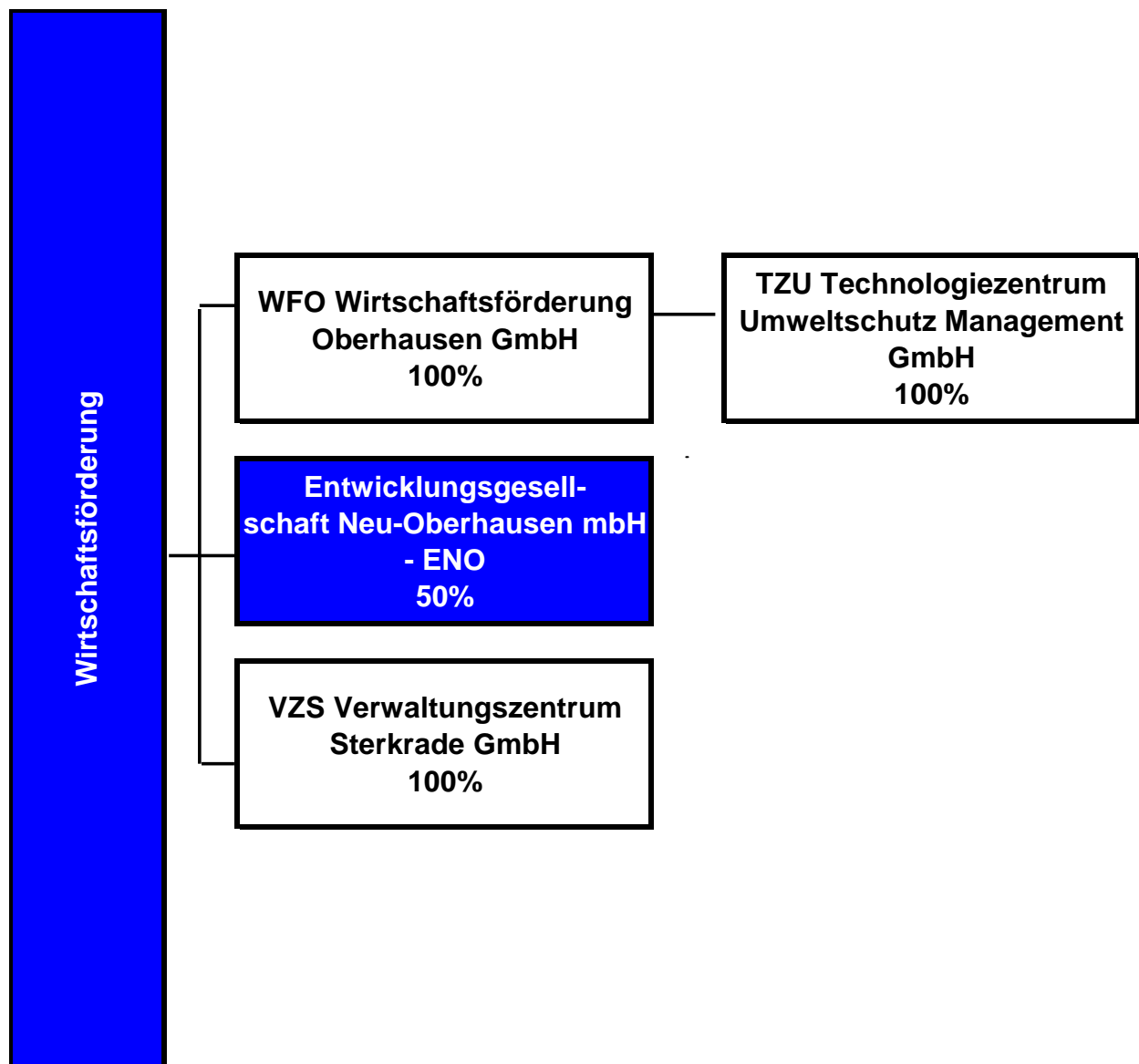
Es muss damit gerechnet werden, dass die einsturzgefährdete Einfriedungsmauer auf Kosten der TZU Management GmbH saniert wird. Daneben müssen eine Reihe von technischen Anlagen wie Transformatoren und Kältemaschinen auf Grund der langen Laufleistung erneuert werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese werterhaltenden Investitionen von der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH oder von der TZU Management GmbH aufgebracht werden müssen. Insgesamt handelt es sich hierbei um eine Summe von etwa EUR 450.000.

Sollten die oben genannten Investitionen von der TZU Management GmbH getragen werden, verfügt sie durch den von der Stage Entertainment GmbH gezahlten Kaufpreis über genügend liquide Mittel, diese Summe aufzubringen. Auch darüber hinaus dürften sich zukünftig keine liquiditätsmäßigen Probleme ergeben.

Die Fortführung des Unternehmens ist somit sicher gestellt.

Oberhausen, 17. März 2011

Klaus Lerch (Geschäftsführer)
TZU Technologiezentrum Umweltschutz
Management GmbH



Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 263
46047 Oberhausen

ab 01.07.2011:
Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/853983
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet <http://www.eno-gmbh.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:	T€	%*
ABConcepts Verpflegungsmanagement mit System GmbH	0,50	0,16
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,08
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,20
Autohaus Krufft GmbH	0,26	0,08
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	1,28	0,41
Bangel & Plaßmeier GbR	0,41	0,13
Bassier, Bergmann & Kindler	0,50	0,16
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,20
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,16
binary GmbH & Co.KG	0,50	0,16
BIT Beratung Integration und Training gGmbH	0,50	0,16
b+w Electronic Systems GmbH	1,02	0,33
Contact gmbH	0,50	0,16
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,16
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,00
Fritz Effekt GmbH	0,50	0,16
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,16
Gerstmann Holding GmbH & Co. KG (in Insolvenz)	0,77	0,25
GEWA GmbH	0,50	0,16
GHH Radsatz International Holding GmbH	0,51	0,16
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	1,50	0,48
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,20
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,16
Heinrich Grünwald Bauunternehmung GmbH & Co. KG	0,51	0,16
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,16
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,08

Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,08
LMI Lean Management Institut GmbH	0,52	0,17
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,20
MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,04
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,16
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,21
molve elevator GmbH	0,31	0,10
National-Bank AG Essen	1,00	0,32
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,00
Oxea Deutschland GmbH	6,39	2,04
Pantecta GmbH	0,31	0,10
PHOENIX Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	0,50	0,16
Platzmeier GmbH	0,50	0,16
Radio NRW GmbH	0,26	0,08
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,16
Real Trust GmbH	0,50	0,16
REMONDIS Oberhausen GmbH	1,00	0,32
Rheinische Grundbesitz AG	0,51	0,16
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,04
Schneider Electric Buildings Germany GmbH	0,50	0,16
Stadt Oberhausen	159,40	50,99
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	18,04
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	12,50	4,00
Tersus Gebäudedienste GmbH & Co KG	0,50	0,16
TZU Akademie GmbH	0,50	0,16
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,24
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,16
Versatel West GmbH	0,26	0,08
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,16
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,00
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,51	0,16

* prozentualer Anteil unter Berücksichtigung der von der ENO gehaltenen eigenen Anteile

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Wichtige Verträge

CGE Grünwald GmbH & Co KG	Mietvertrag
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
	Geschäftsführer	Koch, Burkhard

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Elsemann, Bernhard

Aufsichtsrat:

Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Wehling, Klaus
stellv. Vorsitzender	Grünewald, Dirk
Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
Mitglied	Gieske, Hartmut
Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
Mitglied	Hausmann, Wilhelm
Mitglied	Janßen, Dieter
Mitglied	Merzig, Karlheinz
Mitglied	Schmidt, Hartmut
Mitglied	Walterfang, Heinrich
Mitglied	Wilke, Volker
Mitglied	Dr. Heine, Stephan
Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
Mitglied	Tscharke, Hans Josef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27,21	2,3	14,86	1,3	8,66	0,8	-6,20	-41,72
Umlaufvermögen	1.168,07	97,2	1.164,58	98,7	1.098,07	99,1	-66,51	-5,71
Rechnungsabgrenzungsposten	6,23	0,5	1,04	0,1	1,06	0,1	0,02	1,92
Passiva								
Eigenkapital	1.012,73	84,3	849,99	72,0	851,67	76,9	1,68	0,20
Sonderposten mit Rücklagenanteil			25,00	2,1	50,00	4,5	25,00	100,00
Rückstellungen	158,28	13,2	174,48	14,8	177,38	16,0	2,90	1,66
Verbindlichkeiten	30,49	2,5	131,01	11,1	28,74	2,6	-102,27	-78,06
Bilanzsumme	1.201,50	100,00	1.180,49	100,00	1.107,79	100,00	-72,70	-6,16

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11,27	35,81	28,99
sonstige betriebliche Erträge	234,98	216,88	217,79
Personalaufwand	285,61	373,75	293,27
Abschreibungen	17,63	15,62	9,08
sonstige betriebliche Aufwendungen	858,24	975,20	1.034,57
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28,36	7,68	3,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-886,87	-1.104,21	-1.086,64
außerordentliche Aufwendungen			4,48
außerordentliches Ergebnis			-4,48
sonstige Steuern	0,46	-0,03	0,42
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-887,34	-1.104,18	-1.091,54
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-887,34	-1.104,18	-1.091,54
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7.876,08	-3.083,42	-3.765,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	-87,62	-129,90	-128,17	%
Cash-Flow:	-869,70	-1.088,55	-1.082,46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	123,12	126,34	123,39	T€
Personalaufwandsquote:	115,98	147,91	118,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,23	1,26	0,78	%
Eigenkapitalquote:	84,29	72,00	76,88	%
Fremdkapitalquote:	15,71	28,00	23,12	%

e) Lagebericht

Gegenüber dem Wirtschafts- und Erfolgsplan für 2010 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.122 ergab sich tatsächlich ein Jahresfehlbetrag von T€ 1.092. Abgedeckt wird dieser Fehlbetrag über die Auflösung der Gewinnrücklage in Höhe von T€ 5, den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, den Betriebskostenzuschuss des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 614 sowie Entnahmen aus den Rücklagen in Höhe von T€ 38.

Die tatsächlichen Aufwendungen für Personalaufwand, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von T€ 1.035 lagen mit T€ 15 unter dem Planansatz in Höhe von T€ 1.050; die tatsächlichen Erträge lagen mit T€ 247 um T€ 7 geringfügig über dem Planansatz.

Die aufgezeigte Entwicklung führte dazu, dass die Entnahme aus der Kapitalrücklage zum 31.12.2010 um T€ 49 unter dem Planansatz lag.

Eigene Geschäftsanteile wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von € 5.181 (VJ € 4.661) gehalten.

Bezogen auf die in der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2009 beschlossene Kapitalerhöhung um € 50.000 konnten Geschäftsanteile in Höhe von € 25.000 auf einen Gesellschafter aus dem Gesellschafterkreis Wirtschaft, der Stadtsparkasse Oberhausen, übertragen werden. In gleicher Größenordnung wurde ein weiterer Geschäftsanteil an die Stadt Oberhausen übertragen.

Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist auf die Ausweitung der Projektarbeit zurückzuführen.

Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2010 T€ 1.108 (VJ T€ 1.180).

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2011 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 17.11.2010 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans 2011 voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.114 enden. Abgedeckt werden soll dieser über den Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von T€ 435, die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 600 sowie der Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von T€ 79.

Die Gesellschafterversammlung hat durch Gesellschafterbeschluss vom 17.11.2010 erneut eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals um höchstens € 15.000 für das Geschäftsjahr 2011 beschlossen, um die weitere Übernahme von Stammeinlagen zu ermöglichen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist wie im Vorjahr durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt.

Als Folge der veränderten Marktbedingungen in den Jahren 2008 / 2009 gab es eine höhere Fluktuation von Altgesellschaftern mit Wirkung auf die Geschäftsjahre 2010 / 2011, der allein mit der Akquisition neuer Gesellschafter bisher nicht begegnet werden konnte.

Selbstverständlich wird auch weiterhin intensiv versucht, neue Gesellschafter für die ENO zu gewinnen.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation mussten die Betriebe verstärkt auf Marktanpassung, Sicherung des Unternehmensbestandes und Flexibilität setzen, konnten aber auch in neue Technologien investieren und expandieren. Hier kam es den Unternehmen zugute, dass es verschiedene Förderprogramme des Landes und des Bundes gab. Oberhausen war dank der zumeist mittelständisch geprägten Unternehmen besser in der Lage, der Krise zu begegnen.

Die Zahlen aus dem Immobilien- und Grundstücksgeschäft unterstreichen, dass Unternehmen in Oberhausen weiterhin Raum für Wachstum benötigen. Auch dabei war Flexibilität die oberste Maxime: Firmen wollten im Jahr 2010 eher mieten als kaufen oder bauen.

Schließlich jedoch darf man eines nicht aus dem Blick verlieren: den steigenden Bedarf an Fachkräften in den Branchen Handwerk, Industrie, Dienstleistung und Handel. Angesichts der demografischen Entwicklung stellt der Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren eine Herausforderung für die Arbeitsmarktsituation des Standortes dar.

Quartier 51 - Essener Straße 51 wird neues Domizil

Bereits in der Vergangenheit haben die Wirtschaftsförderungsgesellschaften ENO und WFO sowie die TMO in verschiedenen Projekten eng zusammengearbeitet.

Ob im Geschäftsstraßenmanagement, bei der Entwicklung von Immobilien, in der Standortkommunikation, bei der Weiterentwicklung einer touristischen Infrastruktur oder bei Messeauftritten, es gab und gibt viele Berührungs- und Anknüpfungspunkte.

Kooperationen sind das A und O für einen professionellen Unternehmerservice und die Betreuung von Kunden und Geschäftspartnern. Deshalb ist es nur ein konsequenter Schritt für die Zukunft, mit den Gesellschaften unter ein gemeinsames Dach zu ziehen, damit die Wege kürzer sind und die Abstimmung optimaler erfolgen kann. Alle Weichen hierfür wurden in 2010 gestellt.

Am 09. Dezember 2010 haben die Aufsichtsräte der Gesellschaften ENO mbH, WFO GmbH und TMO - Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH - entschieden, die Tätigkeit dieser Gesellschaften zukünftig unter einem Dach mit neuer Adresse zu bündeln.

Der neue Standort wurde bewusst in der Neuen Mitte, der Nähe zum TZU und den Gewerbegebieten gesucht – denn hier befinden sich zahlreiche Unternehmen mit dem Schwerpunkt der unternehmensnahen Dienstleistungen.

Ab dem 1. Juli 2011 werden die Unternehmen im Gebäude der Stadtsparkasse Oberhausen, Essener Str. 51, mit ihrer neuen Ausrichtung an den Start gehen.

Es wird angestrebt, in diesem WirtschaftsQuartier weitere Unternehmen und Verbände anzusiedeln, die das Serviceangebot für ansässige und neue Unternehmen ergänzen.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) wurde die WFO seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und WFO realisiert, Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte. Zudem konnte die Zusammenarbeit mit der TMO intensiviert werden, so dass im Kulturhauptstadtjahr der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für die Stadt weiter ausgebaut werden konnte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Gründungsoffensive Oberhausen (in Kooperation mit dem STARTERCENTER NRW Oberhausen): Intensivberatungen, Durchführung von regelm. Workshops, Seminaren und GründerTREFFs, Klärung von Finanzierungen, Standortfragen, Fördermittelinformation, Gründermesse Oberhausen, START Messe, UnternehmerinnenBrief NRW, Projektwoche Ökonomie, Informationsplattform „GründerCity Oberhausen“, Gründerwoche, Unternehmerinnenbrief
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung und Bestandspflege (z. B. Business Breaks, Unternehmensbesuche, Wirtschaftsforum, Potentialberatung, Weiterbildungstag, Fraueninfobörse, ENO-Gesellschaftertreffen)
- Projektentwicklung (Leben und Arbeiten am OLGA-Park), Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Präsenz auf internationalen Immobilienmessen wie EXPO REAL München, MIPIM Cannes, touristische Messen
- Erweiterung und Pflege der Internetseiten WFO und ENO
- Beteiligungen an Veranstaltungen und Projekten: Regionales Entwicklungskonzept, Einheitlicher Ansprechpartner, Familienfreundliches Unternehmen, Unternehmen entdecken im Ruhrgebiet
- Mitwirkung bei: Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH, VWE – Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften in NRW
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken wie z.B. Business Partner Club, Unternehmerversbandsgruppe, IHK
- ForumQ – Qualifizierungsmaßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen
- Standortmarketing: E-Mail Newsletter, Magazin WFOinside., Herausgabe eines Jahresberichtes der Wirtschaftsförderung, Imagebroschüre sowie einer Investorenbroschüre (englisch)
- KreativWirtschaft Oberhausen / Entwicklung Kreativquartiere / Agenturatlant MEO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Clustermanagement

Neue Projekte und Projektbeteiligungen:

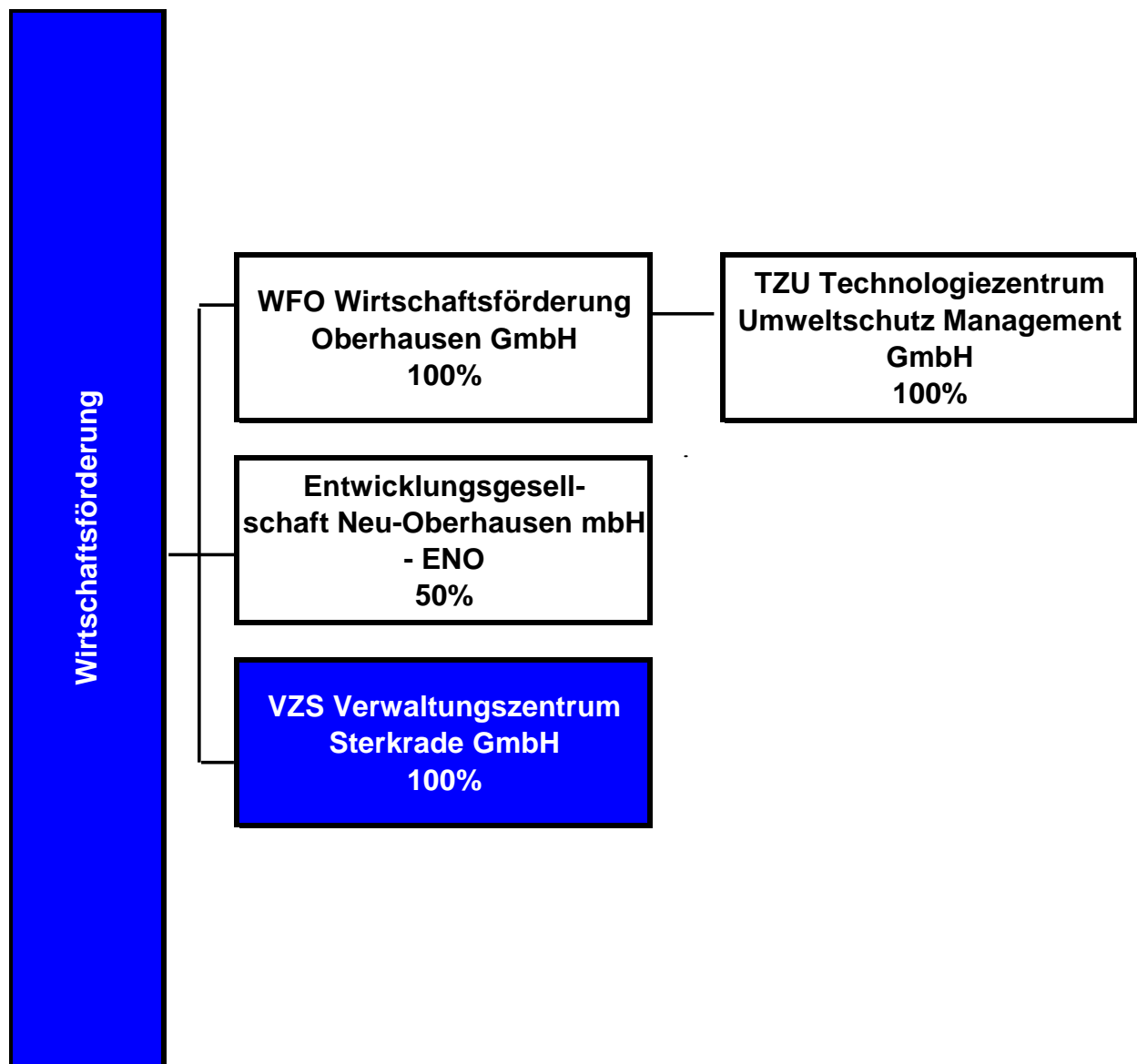
- meotec – „Innovation“ für Unternehmen
- Unternehmensservice Ruhr-West

Wie die neuen Projekte und Projektbeteiligungen deutlich machen, ist die Darstellung weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.

Oberhausen, den 07.04.2011

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer

Burkhard Koch
Geschäftsführer



VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/825-2230
Fax 0208/825-5001
e-Mail maria.guthoff@wbo.oberhausen.de
Internet -

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Umbau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung des Verwaltungszentrums Sterkrade.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführerin Guthoff, Maria
Geschäftsführer Kalthoff, Horst

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Klunk, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	29.982,23	96,5	30.845,86	96,7	29.452,14	97,4	-1.393,72	-4,52
Umlaufvermögen	131,95	0,4	2,81	0,0	1,86	0,0	-0,95	-33,81
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	951,74	3,1	1.062,07	3,3	823,01	2,7	-239,06	-22,51
Passiva								
Rückstellungen	8,12	0,0	60,10	0,2	9,40	0,0	-50,70	-84,36
Verbindlichkeiten	31.057,80	100,0	31.850,64	99,8	30.267,61	100,1	-1.583,03	-4,97
Bilanzsumme	31.065,92	100,00	31.910,74	100,00	30.227,01	200,33	-1.683,73	-5,28

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.308,18	3.579,23	3.726,17
sonstige betriebliche Erträge	145,14	0,00	36,39
Materialaufwand	233,53	293,09	331,56
Personalaufwand	25,19	17,37	16,24
Abschreibungen	1.387,12	1.430,55	1.439,40
sonstige betriebliche Aufwendungen	163,48	133,88	143,11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,27	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.602,87	1.670,51	1.500,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	41,13	34,11	332,19
sonstige Steuern		144,43	93,13
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	41,13	-110,33	239,06
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.807,39	-2.766,26	-2.876,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2.766,26	-2.876,59	-2.637,53

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,24	-3,08	6,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,49	-3,84	9,06	%
Cash-Flow:	1.428,25	1.320,22	1.678,46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,73	0,49	0,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,51	96,66	97,44	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Umkonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZS wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009, Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Auf Grund der aktuell günstigen Zinslage war es der VZS möglich, Darlehen, deren Zinsbindung in den Jahren 2010 bzw. 2011 ausgelaufen sind bzw. noch auslaufen, zu im Vergleich zum Ursprungsdarlehen günstigeren Konditionen zu prolongieren. Darüber hinaus wurden 2010 keine weiteren Darlehen aufgenommen. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Zum Stichtag 31.12.2010 waren bei der VZS lediglich 2 Geschäftsführer beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZS bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2010 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

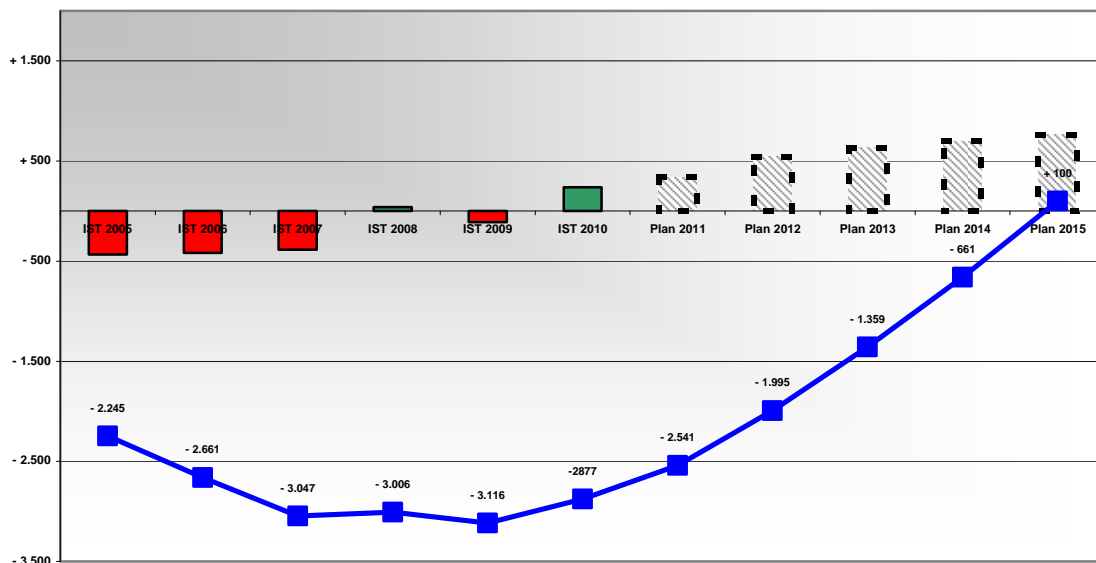
Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 239 T€ erwirtschaftet; davon resultieren 36 T€ aus Grundstücksgeschäften mit Einmalcharakter und aus dem Kerngeschäft der Gesellschaft ca. 203 T€. Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2010 einen Überschuss in Höhe von 100 T€ vor; dieses Ziel konnte somit um mehr als 100% überschritten werden.

Hierbei machten sich insbesondere die vorgenannten Darlehensprolongationen zu günstigeren als ursprünglich abgeschlossenen Konditionen auf Grund des allgemein niedrigen Zinsniveaus bemerkbar. Der Zinsaufwand wird auf Grund planmäßiger Tilgungsleistungen in Folgejahren weiter rückläufig sein.

Bei einem durch den Überschuss des Geschäftsjahres 2010 reduzierten Bilanzverlust von nunmehr -2.638 T€ ist das Eigenkapital der Gesellschaft aufgezehrt; zum 31.12.2010 ist ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 1.062 T€ auszuweisen. Dieser ist im mehrjährigen Wirtschaftsplan der Gesellschaft berücksichtigt.

Das Projekt "Technisches Rathaus Sterkrade" ist langfristig ausgerichtet. Bedingt durch anfänglich hohe Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu diesem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben. Ab dem Jahr 2010 werden auf Grund der sinkenden Zinslasten durch erfolgte Tilgungen Überschüsse erwartet, die dann zum Abbau des Fehlbetrages führen:

Jahresergebnisse / Bilanzverlust der VZS GmbH in T€



Eine Insolvenzantragspflicht ergibt sich auf Grund stiller Reserven im Grundbesitz, der Ausfallbürgschaft der Stadt Oberhausen, ausreichender Liquidität und einer positiven Fortbestehensprognose gemäß Bestätigung durch den Wirtschaftsprüfer jedoch nicht.

Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2010 nicht eingetreten.

Das Jahresergebnis 2011 wird aufgrund der o. g. Voraussetzungen wiederum positiv ausfallen und entspricht dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft. Gemäß der mittelfristigen Planung werden die Bilanzverluste aus der ersten Projektphase durch die nunmehr dauerhaften Überschüsse sukzessive reduziert.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Die der VZS zufließenden Mieterträge dienen somit nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZS in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen sowie die o. g. günstige Prolongation eines Darlehens zur Finanzierung des Umbaus ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Wegen den prolongierten langfristigen Darlehensverträgen mit festen Zinssätzen, den langfristigen Mietverträgen mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und den langfristigen OGM-Betreiberverträgen ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

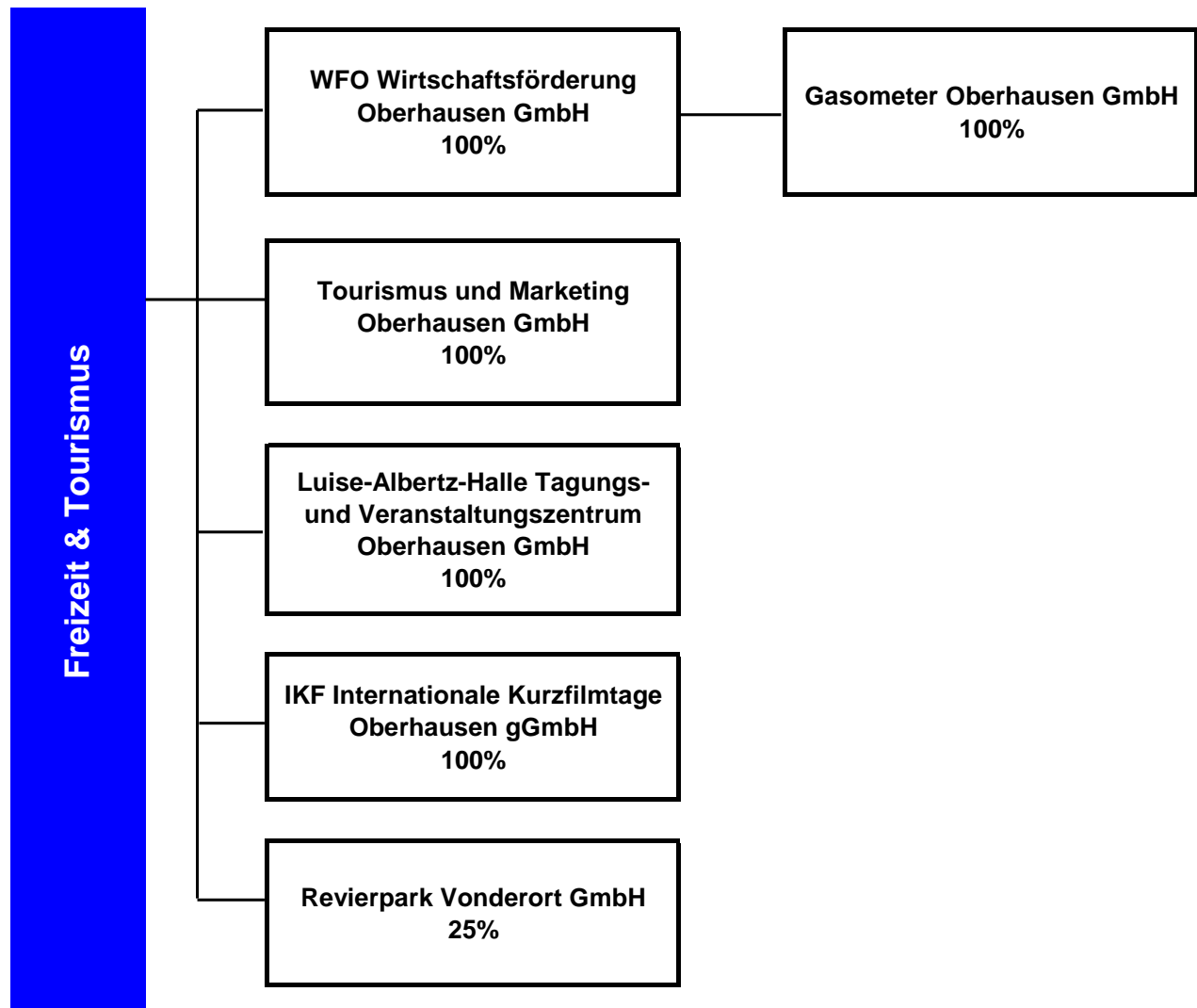
Weiterhin sind keine Änderungen rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen absehbar, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VZS GmbH haben.

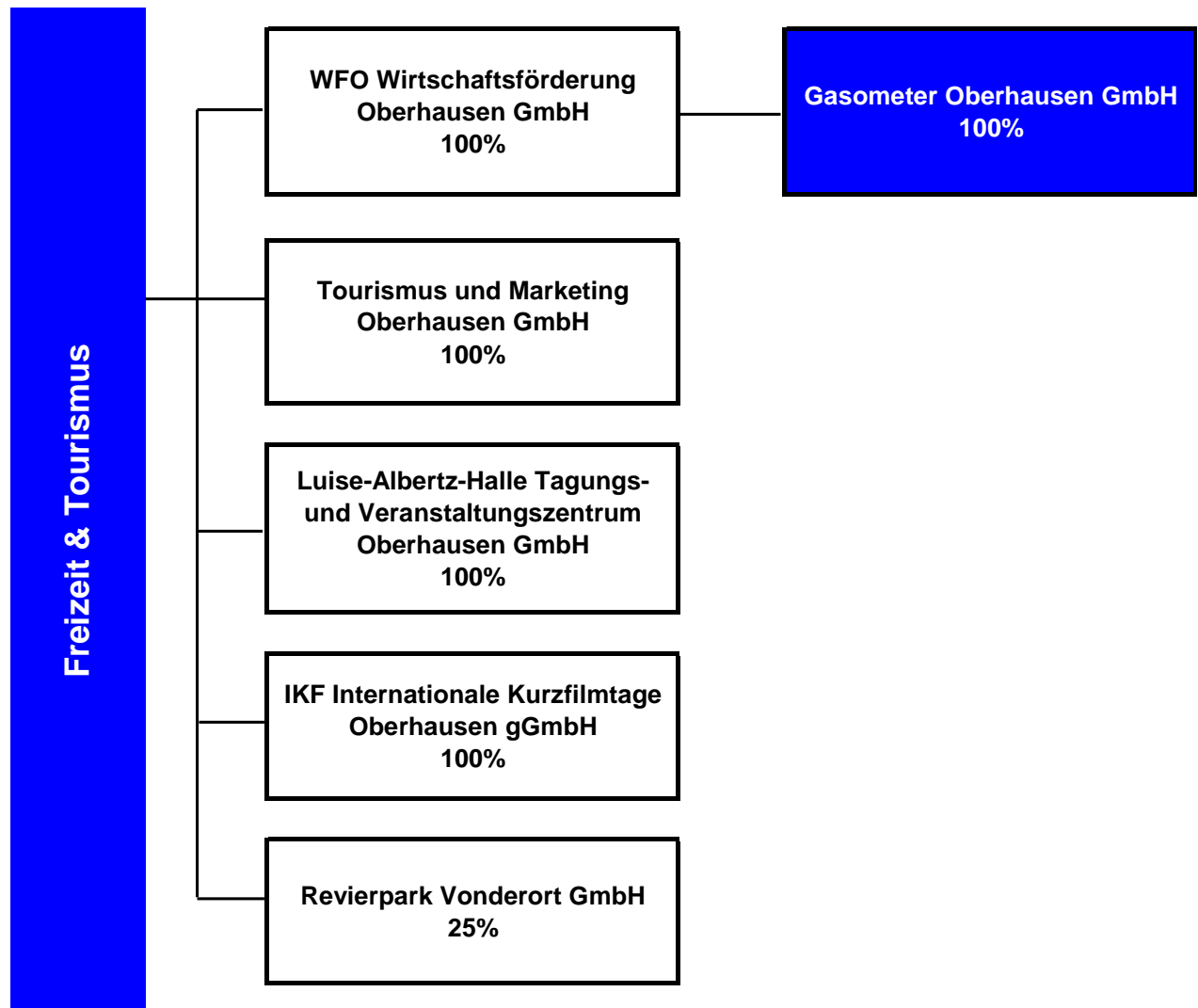
Oberhausen, im Mai 2011

Maria Guthoff

Horst Kalthoff

Freizeit und Tourismus





Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85037-30
Fax 0208/85037-33
e-Mail info@gasometer.de
Internet <http://www.gasometer.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	TDM	%
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Wichtige Verträge

WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführerin Schmitz, Jeanette

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	19,43	1,0	19,88	0,8	33,72	1,3	13,84	69,62
Umlaufvermögen	1.946,90	99,0	2.368,81	99,2	2.581,38	96,8	212,57	8,97
Rechnungsabgrenzungsposten			0,21	0,0	51,53	1,9	51,32	24.438,10
Passiva								
Eigenkapital	1.609,40	81,8	2.050,60	85,8	2.202,36	82,6	151,76	7,40
Rückstellungen	33,80	1,7	186,96	7,8	98,70	3,7	-88,26	-47,21
Verbindlichkeiten	108,96	5,5	151,32	6,3	346,05	13,0	194,73	128,69
Rechnungsabgrenzungsposten	214,17	10,9			19,52	0,7	19,52	
Bilanzsumme	1.966,32	100,00	2.388,89	100,00	2.666,62	100,00	277,73	11,63

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	979,46	2.114,62	2.142,23
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-0,43	1,27	-6,56
sonstige betriebliche Erträge	341,66	300,43	512,62
Materialaufwand	659,28	1.053,86	1.506,94
Personalaufwand	254,21	323,62	361,50
Abschreibungen	11,02	9,32	9,46
sonstige betriebliche Aufwendungen	474,33	406,61	536,06
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54,23	15,21	7,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-23,91	638,12	242,32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10,25	181,21	74,86
sonstige Steuern	14,97	15,71	15,71
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-28,62	441,20	151,75
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	316,59	167,97	609,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	287,97	609,18	760,93

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,92	20,86	7,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,17	30,61	10,53	%
Cash-Flow:	-17,60	450,52	161,21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	660,35	1.208,16	1.324,14	T€
Personalaufwandsquote:	19,25	13,39	13,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,99	0,83	1,26	%
Eigenkapitalquote:	81,85	85,84	82,59	%
Fremdkapitalquote:	18,15	14,16	17,41	%

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2010 stand – wie das Vorjahr 2009 – ganz im Zeichen der Ausstellung „Sternstunden – Wunder des Sonnensystems“.

Ursprünglich war für das Kulturhauptstadtjahr 2010 eine Ausstellung zum Thema „Weltreligionen“ angedacht. Aufgrund des begrenzten Budgets der Ruhr 2010 GmbH konnte diese Ausstellung nicht realisiert werden. In Absprache mit der Kulturhauptstadt wurde daher die Ausstellung „Sternstunden“ bis zum 30.12.2010 verlängert und als Kulturhauptstadtprojekt beworben. „Sternstunden“ endete im Dezember 2010 mit insgesamt 961.124 Besuchern. Damit war „Sternstunden“ die erfolgreichste Ausstellung, die bislang im Gasometer präsentiert wurde. Zudem konnte der Bekanntheitsgrad des Gasometers durch die verstärkten Werbeanstrengungen der Kulturhauptstadt erheblich erhöht werden.

Die gute Besucherresonanz spiegelte sich auch in den Einnahmen der Gesellschaft wider: So konnten Eintrittsgelder in Höhe von 1.929.648,86 € erzielt werden; außerdem Einnahmen aus der Vermietung des Bookshops, der Gastronomie, Führungen, etc. in Höhe von rund 99.000 €. Dem standen Betriebskosten der Ausstellung in Höhe von 614.519,60 € gegenüber. Die Ausstellung „Sternstunden“ hat somit im Geschäftsjahr 2010 einen Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Gesellschaftskosten erwirtschaftet. Darüber hinaus wird die Gasometer Oberhausen GmbH in die Lage versetzt, die Produktionskosten für die in 2011 geplante Ausstellung „Magische Orte“ zum größten Teil aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Auch die positive Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Wirtschaftsplan ist insbesondere in den höheren Einnahmen aus den Eintrittsgeldern begründet.

Anlässlich der Kulturhauptstadt wurde das Kassenhaus am Gasometer im Geschäftsjahr in eine Infolounge umgebaut. Das Gesamtkostenvolumen lag bei 440.319,99 €, vom Land gefördert wurden 245.011,64 €. Die restlichen 195.308,35 € finanzierte die Gasometer Oberhausen GmbH ebenfalls aus eigenen Mitteln. Da das Kassenhaus der WFO gehört und mit Mietvertrag vom 17./21. Dezember 2009 der Gasometer Oberhausen GmbH überlassen wurde, handelt es sich bei den oben genannten Aufwendungen nicht um Investitionen sondern um Betriebsausgaben, die das Ergebnis der Gesellschaft direkt belasten. Auch die jährliche Miete in Höhe von 70.000 €, die die Gasometer GmbH für die Überlassung des Gasometers an WFO zahlen muss, belasten das Ergebnis erheblich.

Für das Jahr 2011 plant die Gesellschaft eine neue Ausstellung mit dem Titel „Magische Orte“. Diese Ausstellung wird den Endpunkt einer Trilogie bilden, die mit „Das Auge des Himmels“ begann und mit „Sternstunden“ einen vorläufigen Höhepunkt fand. Der Focus dieser Ausstellungsreihe liegt auf der Betrachtung der Schönheit und Erhabenheit unserer Erde. Die Besucher begeben sich in „Magische Orte“ auf eine Weltreise zu den bedeutendsten Natur- und Kulturmonumenten unseres Planeten. Viele dieser dargestellten Monumente gehören zum Welterbe der UNESCO. Die deutsche UNESCO wird als Kooperationspartner die Ausstellung begleiten. Hauptsponsor mit 150.000 € wird TUI Deutschland. Das Produktionsbudget der Ausstellung liegt bei 900.000 €. 700.000 € trägt die Gasometer Oberhausen GmbH aus eigenen finanziellen Mitteln, die restlichen 50.000 € werden vom Klartextverlag als Zuschuss zum Katalog zur Verfügung gestellt.

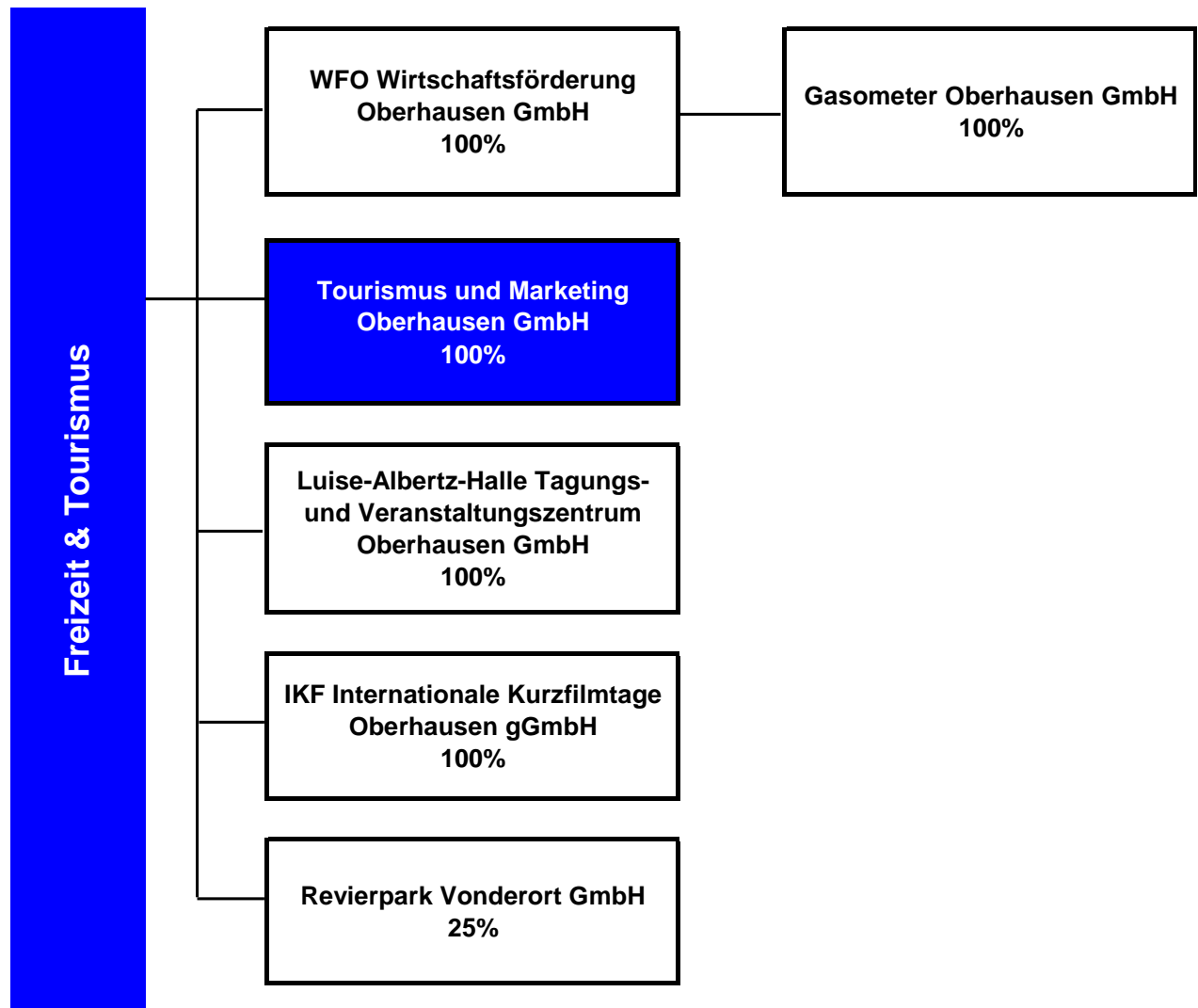
Wie in der Vergangenheit hat die Gasometer Oberhausen GmbH die Ausstellungskonzeption mit erarbeitet, die Finanzierung sichergestellt, den Aufbau organisiert und wird in bewährter Form die Durchführung übernehmen.

Jede realisierte Ausstellung im Gasometer ist ein positives Aushängeschild für die Stadt Oberhausen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation wird es jedoch in Zukunft nicht einfacher, Sponsoren zu finden, die durch ihre Unterstützung bei der Realisierung einer Ausstellung einen werblichen Effekt erwarten. Die Gesellschaft wird immer häufiger nur noch Ausstellungen durchführen können, wenn sie frei über ihre finanziellen Rücklagen verfügen und daraus Anschubfinanzierungen für neue, große Ausstellungen leisten kann.

Nur mit dem entwickelten Geschäftsmodell der Gasometer Oberhausen GmbH, in wirtschaftlich starken Zeiten Zuführungen zur Kapitalrücklage zu bilden, die dann in der schwächeren Periode als Puffer und für Anschubfinanzierungen für neue Ausstellungen dienen, kann der Gasometer langfristig betrieben werden.

30.03.2011

Jeanette Schmitz



TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 62
46045 Oberhausen

ab 01.07.2011:
Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/82457-0
Fax 0208/8245711
Fax 0208/8245721
e-Mail tourist-info@oberhausen.de
Internet <http://www.tmo-oberhausen.de/>

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag Projekt-TeamCity
Stadt Oberhausen	Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des Gesellschaftsvertrags

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Koch, Burkhard

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Wehling, Klaus

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Vorsitzende	Schmidt, Georgis
	Mitglied gem. § 113 GO	Klunk, Peter
	Mitglied	Bruns, Klaus
	Mitglied	Jäntsches, Angelika
	Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Antwerpen, Christina
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Stroh, Uly

Prokura: Prokurist Muckel, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	6,02	2,7	9,27	3,0	388,66	49,4	379,39	4.092,66
Umlaufvermögen	214,73	94,9	295,16	96,2	396,89	50,5	101,73	34,47
Rechnungsabgrenzungsposten	5,48	2,4	2,29	0,7	0,78	0,1	-1,51	-65,94

Passiva

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	36,92	16,3	55,64	18,1	56,40	7,2	0,76	1,37
Sonderposten mit Rücklagenanteil			56,85	18,5	375,73	47,8	318,88	560,91
Rückstellungen	57,86	25,6	55,93	18,2	83,35	10,6	27,42	49,03
Verbindlichkeiten	131,45	58,1	138,30	45,1	165,04	21,0	26,74	19,33
Rechnungsabgrenzungsposten					105,81	13,5	105,81	

Bilanzsumme

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
	226,23	100,00	306,72	100,00	786,33	100,00	479,61	156,37

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.040,00	1.015,84	666,93
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			4,50
sonstige betriebliche Erträge	176,02	240,47	591,32
Materialaufwand	843,18	795,31	441,26
Personalaufwand	519,62	594,90	820,16
Abschreibungen	2,07	2,55	80,37
sonstige betriebliche Aufwendungen	201,53	191,48	314,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,33	0,21	0,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,14	0,20	4,57
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-349,18	-327,92	-397,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,33	0,33	-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-348,85	-328,25	-397,51
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-359,55	-348,85	-328,25
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-359,55	-348,85	-328,25
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-348,85	-328,25	-397,51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-33,54	-32,31	-59,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	-90,43	-85,51	-87,57	%
Cash-Flow:	-346,78	-325,70	-317,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	101,33	89,74	70,15	T€
Personalaufwandsquote:	42,73	47,35	64,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,55	2,50	49,21	%
Eigenkapitalquote:	16,32	18,14	7,17	%
Fremdkapitalquote:	83,68	81,86	92,83	%

e) Lagebericht**A) Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis 2010**

Im Jahr der Kulturhauptstadt RUHR.2010 haben die Aktivitäten aller Oberhausener Leistungsträger aus Kultur, Freizeit und Tourismus Außerordentliches für ein positives Image der Stadt als Tages- und Städtereiseziel zustandegebracht. Eine ausgewogene Mischung von Veranstaltungen im Bereich der Hochkultur, einhergehend mit populären Events und Konzepten, haben zu diesem durchweg positiven Resultat geführt. Alle Erwartungen übertroffen hat das Ausstellungskonzept „Sternstunden“ im Gasometer mit 950.000 Besuchern. Genauso wie die local-heroes-Woche eine sehr gelungene Darstellung des breiten kulturellen Angebots der Stadt Oberhausen gewesen ist. Eine Begegnung mit der Popart von James Rizzi im CentrO, wie auch die Popularität des Kraken Paul haben Oberhausen weit über die Stadtgrenzen hinaus als Teil der Kulturhauptstadt Ruhr2010 erscheinen lassen. Als messbares Ergebnis konnten die Übernachtungszahlen von Januar bis Dezember 2010 zum Vorjahr um 23,6 % auf insgesamt 321.465 Übernachtungen gesteigert werden. Eine beachtliche Entwicklung.

Die TMO hat zwar den Zuwachs an Tagesgästen und Touristen aufgrund des extrem hohen Beratungsaufwandes in der RUHR.INFOLOUNGE (RIL) am Hauptbahnhof Oberhausen und im neu eröffneten RUHR.VISITORCENTER (RVC) gespürt, betriebswirtschaftlich hält sich der Kulturhauptstadteffekt jedoch für die TMO stark in Grenzen. So ist durch die Kulturhauptstadtaktivitäten keine signifikante Ergebnisverbesserung über das gesamte Geschäftsjahr erkennbar. Allerdings gibt es Teilbereiche die durchaus positiv zum Ergebnis der TMO beigetragen haben. Insbesondere die Eröffnung des RVC in der Neuen Mitte Oberhausen unmittelbar am CentrO ist aus Sicht der Geschäftsführung eine richtige Entscheidung gewesen, mit erheblichem Entwicklungspotential.

Die Geschäftsführung kann deshalb folgende Kernaussagen für den Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010 treffen:

Zur gesamten Gesellschaft:

1. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit (-) 397 TEUR im Rahmen des geplanten Ergebnisses für 2010 ((-) 394 TEUR) .
2. Die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen liegt mit 1.187 TEUR rd. 67 TEUR unter Plan.
3. Der Materialaufwand liegt inkl. der Ticketingumsätze allerdings ebenso rd. 95 TEUR geringer als geplant.
4. Somit ergibt sich bei der Betrachtung der Roherträge (bereinigt um die Umsätze aus Ticketing) für das Geschäftsjahr durchaus ein positives Bild.
Rohertrag IST 2010 = (+) 746 TEUR
Rohertrag Plan 2010 = (+) 718 TEUR

5. Der Personalaufwand für 2010 war mit 820 TEUR im Vergleich zum Plan 2010 (= 785 TEUR) deutlich höher. Hier sind in der Differenz Rückstellungen für erwartete zusätzliche Personalkosten der TMO Mitarbeiter aus 2010 berücksichtigt.

B) Lage des Unternehmens

Für die einzelnen vier Handlungsfelder kann der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010 somit wie folgt interpretiert werden:

Handlungsfeld TOURISMUS ohne RVC:

Das Ergebnis im Bereich Tourismus aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2010 liegt mit etwa 35 TEUR hinter dem Planansatz und bleibt somit hinter den Erwartungen an das Kulturhauptstadtjahr RUHR.2010 zurück. Insbesondere im Ticketing und somit in den Vorverkaufserlösen wurden nicht die geplanten Ergebnisse erzielt, da ein großer Teil der Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt für die Besucher kostenfrei war.

Die budgetierten Verkaufserlöse im Bereich Ticketing, Vorverkaufsgebühren und Artikelverkäufe weichen um ca. 126 TEUR ab. Erzielt werden konnten demnach 406 TEUR in der RIL.

Durch den hohen Arbeitsaufwand in Beratung und Kommunikation der zahlreichen Veranstaltungen im Kulturhauptstadtjahr ist der Personalaufwand insbesondere durch den hohen Aufbau an Überstunden deutlich über dem geplanten Ansatz.

Handlungsfeld RUHR.VISITORCENTER:

Das RVC hat ab April 2010 pünktlich zur Städtereisesaison als eines von fünf Informationszentren (in den Portalstädten Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg und Oberhausen) für Besucher und Touristen seinen Betrieb aufgenommen.

Folgende Kernaussagen können für das abgeschlossene Kulturhauptstadtjahr 2010 getroffen werden.

Insgesamt konnte das RVC einen Ergebnisbeitrag i. H. v. (-) 3 TEUR zur TMO leisten. Somit erzielt das RVC für sich betrachtet ein um 25 TEUR besseres Ergebnis als geplant. Im ersten Betriebsjahr lagen die Umsatzerlöse aber dennoch um 15 TEUR unter der Prognose von 124 TEUR. Insbesondere das Segment der RUHR.2010 Merchandising Artikel blieb sehr deutlich hinter den Erwartungen. Der Materialaufwand fiel allerdings ebenso entsprechend geringer aus. Der Personalaufwand im RVC entspricht der im Förderantrag dargestellten Summe. Es gilt separat darauf hinzuweisen, dass sich die Souvenirs für die RUHR.2010 zu "Ladenhütern" entwickelt haben. Somit weichen die Umsätze, aber auch Aufwand erheblich vom Planansatz ab.

Die Ausstattung und die technische Einrichtung des RVC konnten unterhalb des im Förderszenario erwarteten Planansatzes von 654 TEUR mit 451 TEUR umgesetzt werden.

Handlungsfeld CITYMARKETING/-MANAGEMENT:

Der Bereich Citymarketing/-management bewegt sich im prognostizierten Plan 2010. Das Ergebnis fällt um 38 TEUR besser aus, da der Materialaufwand deutlich reduziert werden konnte. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sichtweise, stellt der Oberhausener Weihnachtswald eine enorme Belastung und ein finanzielles Risiko für die Gesellschaft dar. Bereits ohne Berücksichtigung der entstehenden Personalkosten ist der Weihnachtswald eine Veranstaltung, die in der Regel keinen zusätzlichen Ertrag für die TMO erzielen kann. Im Gegenteil; das Einwerben von Kooperationspartnern wird immer schwieriger. Eine Veränderung der Entwicklung ist für 2011 nicht erkennbar.

In den dargestellten Personalkosten wurden ebenfalls Rückstellungen aus Urlaubansprüchen der Mitarbeiter in 2010 berücksichtigt.

Handlungsfeld STADTMARKETING:

Im Wirtschaftsjahr 2010 konnte durch Marketingkooperationen mit nicht städtischen Partnern ein erheblicher, positiver Beitrag für den Bereich der Stadtwerbung geleistet werden. Hier ist es gelungen einige werbliche Kooperationen mit den touristischen Leistungsträgern einzuwerben.

Zusammenfassend stellen sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslagen wie folgt da:

Vermögenslage	31.12.2010		31.12.2009		Delta
	t€	%	t€	%	
Anlagevermögen	389	49,4%	10	3,3%	379
Umlaufvermögen	397	50,4%	295	96,1%	102
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,1%	2	0,7%	-1
Summe Aktiva	787	100,0%	307	100,0%	480
Eigenkapital	57	7,2%	55	17,9%	2
Sonderposten	376	47,8%	57	18,6%	319
Rückstellungen	83	10,5%	56	18,2%	27
Verbindlichkeiten	165	21,0%	139	45,3%	26
Rechnungsabgrenzungsposten	106	13,5%	0	0,0%	106
Summe Aktiva	787	100,0%	307	100,0%	480

Finanzlage	31.12.2010	31.12.2009
	t€	t€
Mittelzufluss/-abfluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit	54	-282
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-461	-6
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	398	347
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-9	59
Finanzmittelbestand am 01. Januar	177	118
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	168	177

Ertragslage	2010		2009		Delta
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	667	53%	609	72%	58
sonstige betriebliche Erträge	591	47%	240	28%	351
betriebliche Gesamtleistung	1.258	100%	849	100%	409
Materialaufwand	437	35%	388	46%	49
Rohergebnis	821	65%	461	54%	360
Personalaufwand	820	65%	595	70%	225
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	80	6%	3	0%	77
sonstige betriebliche Aufwendungen	314	25%	191	22%	123
sonstige Steuern	0	0%	0	0%	0
Betriebsaufwendungen	1.214	97%	789	93%	425
Betriebsergebnis	-393	-31%	-328	-39%	-65
Finanzergebnis	-5	0%	0	0%	-5
Ergebnis vor Steuern	-398	-32%	-328	-39%	-70
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0%	0	0%	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-398	-32%	-328	-39%	-70

C) Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Im Jahr „Eins“ nach der Kulturhauptstadt RUHR.2010 werden besondere Anstrengungen notwendig sein, die Euphorie des Erfolges in der Entwicklung der touristischen Infrastruktur und der touristischen Angebote weiter zu forcieren und ggf. zu übertreffen. Da die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft auch in den Wirtschaftsjahren 2011 ff beschränkt sein wird, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Akquise zusätzlicher externer Unterstützung in den Bereichen Sponsoring und/oder in Marketingkooperationen. Weiterhin liegt ein Schwerpunkt auf der Entwicklung des RVC, als zusätzlichen Standort nicht nur für touristische Informationen, sondern insbesondere auch um zusätzliche Umsatzerlöse für die Gesellschaft zu erzielen. Hier ist insbesondere Fingerspitzengefühl gefragt, sich in das Portfolio der Aktivitäten der Leistungsträger in der Neuen Mitte Oberhausen einzubringen. Der Aufwand in der Stadtwerbung sollte in 2011 deutlicher reduziert werden. Dies scheint realisierbar, weil nicht mit der Vielfalt und Auflagenhöhe von Printprodukten wie in 2010 zu rechnen ist. Wie in den vergangenen Geschäftsjahren wird für das Citymarketing/-management insbesondere die Planung, Organisation und Durchführung des Weihnachtswaldes eine Herausforderung bleiben. Hinzu kommt nach der Fertigstellung die Kommunikation und Entwicklung des Bert-Brecht-Quartiers sowie die „Bespielung“ des neugestalteten Saporishja-Platzes. Der finanzielle Aufwand ist für die Gesellschaft kaum leistbar. Das Risiko ein erhebliches Defizit zu erwirtschaften ist permanent vorhanden und nicht auszuschließen. Daher erwarten wir für 2011 einen Jahresfehlbetrag auf Basis des abgelaufenen Geschäftsjahres. Allerdings ist aufgrund der vorgenannten Faktoren auch ein höherer Verlust als der des abgelaufenen Geschäftsjahres denkbar. Aufgrund der auch nach der Wirtschaftskrise anhaltenden, außergewöhnlich hohen Unsicherheit in der Bevölkerung sowie bei dem noch nicht bekannten Veranstaltungsportfolio für 2011 und 2012 können keine verlässlichen Verkaufsprognosen abgegeben werden. Daher kann die Geschäftsführung keine konkreten, detaillierten Aussagen zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 abgeben. Allerdings erscheinen Jahresergebnisse für 2011 und 2012, auf Basis des Ergebnisses für 2010 realistisch. Die Geschäftsführung weist bei zukunftsbezogenen Aussagen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

E) Nachtragsbericht

Im neuen Geschäftsjahr 2011 planen wir den Umzug der Gesellschaft in neue Räumlichkeiten.

F) Berichterstattung über Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr standen die Aktivitäten rund um die Kulturhauptstadt RUHR.2010 im Mittelpunkt der Gesellschaft. Gleichzeitig war und ist ein wesentlicher Fokus der Gesellschaft die Etablierung des neuen RVC zu einer touristischen Informationseinrichtung für Oberhausen und die anderen Städte des Ruhrgebiets. Es muss erreicht werden, dass das RVC in der neuen Mitte Oberhausen und die RIL am Hauptbahnhof Oberhausen dauerhaft positive Erlöse und Erträge für die TMO erzielen.

Die TMO sollte in der Zukunft weiter als „Spinne im Netz“ fungieren und als aktive Netzwerkgestaltung sämtliche Aktivitäten zur touristischen Weiterentwicklung des Standortes Oberhausen anstoßen, begleiten und zu deren Umsetzung beitragen. Hierbei stehen natürlich zum einen die Gäste und Besucher im Mittelpunkt, zum anderen aber auch die touristischen Leistungsträger und Einrichtungen. Insbesondere hier gilt es, die Bemühungen weiter zu intensivieren und Oberhausen als attraktiven Standort für Investoren zu stärken. Hier kommt der Zusammenarbeit mit der WFO - Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH eine ganz besondere Bedeutung zu.

Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Gesellschaft räumlich mit der WFO und der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO an einem neuen Standort in der Essener Strasse 51 zur Jahresmitte 2011 zusammenziehen. Die Herausforderung für die TMO wird sein, unter Beibehaltung des eigenständigen Profils Synergien mit den anderen Gesellschaften zu erkennen und zu nutzen und noch enger zusammenzuarbeiten.

Die finanzielle Belastung für den Umzug der Gesellschaft in die neuen Geschäftsräume scheint hierbei überschaubar und angemessen.

Nichtsdestotrotz ist die finanzielle Ausstattung der TMO gemessen an den Anforderungen mäßig. Eine genau Liquiditätsplanung und ein exaktes Umsatz- und Kostencontrolling ist unerlässlicher Teil unseres Risikomanagementsystems. Dringend notwendige Investition in die Weiterbildung und Schulung von Mitarbeitern ist notwendig, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können. Hierfür stehen zurzeit nur geringe Mittel zur Verfügung.

Im Bereich Citymarketing/-management wird auch im Geschäftsjahr 2011 der Weihnachtswald eine große finanzielle Herausforderung für die TMO sein und birgt erhebliche finanzielle Risiken.

Leider ist es bisher auch noch nicht gelungen, das Ausscheiden des Gesellschafters Stadtsparkasse Oberhausen und deren finanzielles Engagement seit dem Jahr 2009 zu kompensieren. Durch den aktuellen Rahmenleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der TMO ergeben sich weiterhin reduzierte finanzielle Mittel durch die Vorgaben der Haushaltskonsolidierung der Stadt Oberhausen. Der Handlungsspielraum für die TMO wird somit erneut eng. Hieraus können sich entwicklungs-beeinträchtigende Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden können. Im Geschäftsjahr 2011 wird die Geschäftsführung mit der Beteiligungsverwaltung in erneute Gespräche eintreten, um das Leistungsspektrum des Rahmenleistungsvertrages zu definieren und die sich daraus ergebenden Erwartungen an die TMO neu festzulegen.

Die für die RUHR.INFOLOUNGE und das RUHR.VISITORCENTER zur Verfügung stehenden Fördermittel müssen gemäß der Bewilligungsbescheide verwendet werden. Neue Mitarbeiter können nur aus dem Förderszenario und nur befristet für zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Betriebes des RUHR.VISITORCENTER beschäftigt werden. Es besteht das Risiko, dass zusätzliche Personalaufwendungen wegen der 7-tägigen Öffnungszeiten und die Rahmenbedingungen des TvöD entstehen (Sonntagszuschläge).

Wartungsverträge der eingesetzten multimedialen Informationssystem sind nicht förderfähig. Daraus entstehende Kosten sind zu 100% von der TMO zu tragen.

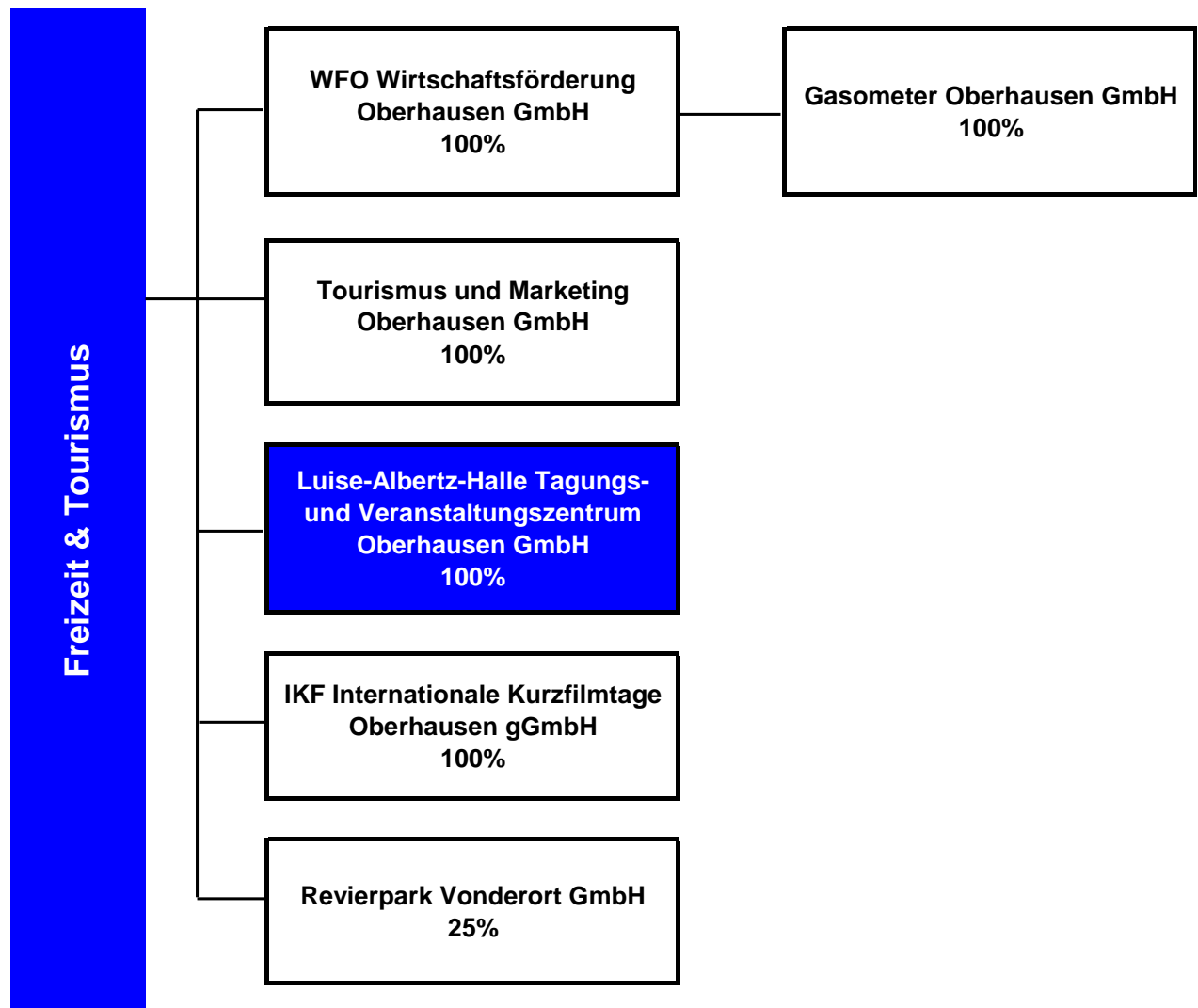
Die Anforderungen an die TMO und die Mitarbeiter sind gestiegen. Finanzielle Mittel zur Qualifizierung der Mitarbeiter sind nicht vorgesehen. Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sind bereits jetzt erheblich. Positiv ist der Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen, ab 2010 die Personalkosten der Gesellschaft gemäß der realen wirtschaftlichen Situation anzuerkennen und anzupassen.

Die Ausstattung der IT Infrastruktur entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Der Investitionsstau beträgt ca. 20 T€.

Zusammengefasst steht die Gesellschaft auch im ersten Jahr nach der Kulturhauptstadt RUHR.2010 vor einer großen Aufgabe und Herausforderung. Es gilt, die erreichten positiven Effekte aus den touristischen Aktivitäten zu stabilisieren und wenn möglich diese Chance zu Gunsten der TMO zu nutzen. Die beiden Touristen-Informationszentren RUHR.INFOLOUNGE und RUHR.VISITORCENTER müssen weiterhin die Bemühungen verstärken, positive Beiträge für die TMO zu erwirtschaften. Im Citymarketing/-management werden die Stadtfeste, insbesondere der Weihnachtswald eine besondere finanzielle Betrachtung notwendig machen, um Risiken und Aufwand so gering wie möglich zu halten. In der Stadtwerbung wird das Kostencontrolling - um den materiellen Aufwand einzugrenzen - ein besonderes Augenmerk der Geschäftsführung erhalten.

Oberhausen, 15. April 2011

Burkhard Koch



LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 859080
Fax 0208 / 8590811
e-Mail Info@luise-albertz-halle.de
Internet <http://www.luise-albertz-halle.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Gesellschaften beteiligen.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
Elektrolux Financial Services GmbH	Mietkaufvertrag zur Finanzierung der neuen Großkücheneinrichtung vom 02.12.1999. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2008 durch die Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH abgelöst.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999
Stadtsparkasse Oberhausen	Leasingvertrag Klimaanlage vom Juli 2006.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Raith, Jörn
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Elsemann, Bernhard
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Loege, Josef (+ 15.05.2011)
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Guthoff, Maria
	Mitglied	Jäntsches, Angelika
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gödderz, Sandra

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	31,25	0,4	30,63	0,4			-30,63	-100,00
Anlagevermögen	6.981,28	80,8	6.711,67	80,2	6.489,93	80,7	-221,74	-3,30
Umlaufvermögen	304,57	3,5	280,53	3,4	178,59	2,2	-101,94	-36,34
Rechnungsabgrenzungsposten	157,41	1,8	126,19	1,5	93,08	1,2	-33,11	-26,24
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.169,14	13,5	1.216,02	14,5	1.284,78	16,0	68,76	5,65
Passiva								
Rückstellungen	35,30	0,4	44,70	0,5	48,62	0,6	3,92	8,77
Verbindlichkeiten	8.608,36	99,6	8.320,34	99,5	7.997,76	99,4	-322,58	-3,88
Bilanzsumme	8.643,66	100,00	8.365,04	100,00	8.046,38	100,00	-318,66	-3,81

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	929,14	923,54	914,09
andere aktivierte Eigenleistungen		29,25	
sonstige betriebliche Erträge	156,77	16,42	5,20
Materialaufwand	719,23	712,24	664,58
Personalaufwand	399,19	431,17	430,45
Abschreibungen	310,22	309,68	318,12
sonstige betriebliche Aufwendungen	346,69	276,73	316,97
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,47	0,19	2,84
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	423,78	401,90	358,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.112,73	-1.162,30	-1.166,02
außerordentliche Aufwendungen			3,07
außerordentliches Ergebnis			-3,07
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	-0,01
sonstige Steuern	57,74	60,56	75,65
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,52	-46,89	-68,76
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,52	-46,89	-68,76

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-125,97	-132,41	-136,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	21.223,26	-2.608,10	-1.810,27	%
Cash-Flow:	-860,24	-913,19	-926,62	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	108,59	88,11	114,91	T€
Personalaufwandsquote:	36,76	44,49	46,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,77	80,23	80,13	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist es, die für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebaute Luise-Albertz-Halle zu bewirtschaften. Darüber hinaus darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und alles tun, was dem Zweck der Gesellschaft förderlich ist.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft in ihrer fast 50-jährigen Entwicklung Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld war 2010 noch beeinflusst von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Dieser allgemeinen Entwicklung dringt auch bis in die Veranstaltungsbranche durch.

Diese kritische Branchensituation wird noch dadurch verstärkt, dass der Betrieb eines bundesdeutschen, kommunalen Veranstaltungshauses erst durch die finanzielle Hilfe der Kommune ermöglicht wird, da ein kostendeckender Betrieb der Veranstaltungshäuser im Regelfall nicht möglich ist. Da die finanzielle Ausstattung der LAH aufgrund der schwierigen Haushaltslage der Stadt Oberhausen im interkommunalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich ist, verschärft sich die wirtschaftliche Situation gegenüber der Branche noch mal deutlich.

Wesentliche Erfolgsfaktoren für heutige Veranstaltungsdestinationen sind ein professionelles Management, eine gute Erreichbarkeit und Leistungen gebündelt aus nur einer Hand. Bestätigung finden diese Maximen in den laufenden Branchen-Umfragen des deutschen Kongressfachverbandes degefest und dem Europäischen Verband der Veranstaltungszentren (EVVC).

Gute Erreichbarkeit, eine ausreichende Anzahl Parkplätze und eine professionelle Betreuung sind nach wie vor die herausragenden Anforderungen der Tagungskunden an Tagungsstätten. Das ist erneut das Ergebnis der jüngsten Trendanalyse „Kundenerwartung 2011“ der degefest, des Verbandes der Kongress- und Seminarwirtschaft.

Der Veranstaltungs-Markt ist immer schnelllebig; die Anbuchungszeiten verkürzen sich weiterhin. Kunden an das eigene Haus zu binden, bedeutet zunehmend, schnell und sehr flexibel auf alle Wünsche eingehen zu können. Das alles passiert auch vor dem Hintergrund eines – insbesondere im Ballungszentrum Ruhrgebiet – weitestgehend gesättigten Angebots an Veranstaltungsflächen.

Diesen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begegnet die LAH mit ihrem Qualitätsmanagement-System nach ISO 9001:2008, das auf die „Akquise, Beratung, Planung und Durchführung von Veranstaltungen“ ausgerichtet ist. In 2010 ist das QM-System - auch im Hinblick auf die Ausrichtung hin zur Bespielung weiterer Veranstaltungsflächen – erfolgreich einer Systembegutachtung durch die Deutsche Gesellschaft zur Qualifizierung von Management-System (DQS), Frankfurt unterzogen worden.

Das ausgeklügelte und in der Branche einmalige Customer Relationship Managementsystem (CRM) der LAH, ein unternehmensweit integriertes Führungs- und Organisationsprinzip, welches alle Aktivitäten, Maßnahmen und Instrumente umfasst, die auf eine verbesserte Kundenorientierung und Kundenzufriedenheit ausgerichtet ist, unterstützt dabei die Kundenbindung. Im Rahmen dieses CRM werden alle Veranstalter-Kontakte dokumentiert (in 2010 über 4.500; siehe auch „C/d. – Kennzahlen“) und ausgewertet.

Mit der erfolgreichen Bespielung weiterer Veranstaltungsstätten (LVR-Industriemuseum „RIM“; TZU; Zentrum Altenberg) trägt die LAH dem Wunsch der Veranstalter Rechnung, insbesondere auch im gastronomischen Umfeld auf Alternativen setzen zu können. Gebündelt werden die Informationen seit Anfang 2010 auf den LAH-Internet-Seiten. Da die LAH mit nur wenigen Mitarbeitern im eigenen Haus agiert, muss sich das Unternehmen auf seine umfangreichen Dienstleister verlassen können, die dafür sorgen, dass die Veranstaltungen reibungslos stattfinden können. Mit vielen Dienstleistern unterhält die LAH feste Rahmenabkommen, um die Kommunikationswege zu verkürzen und preisliche Vorteile zu erzielen. Die eigenen Personalkosten werden dadurch erheblich reduziert. Durch dieses 'Outsourcing' konzentriert sich die Gesellschaft auf ihre eigene Kernkompetenz.

Zur Kompensation fehlender Marketing-Gelder setzt das Management konsequent auf PR-Maßnahmen, auf die Aussendung informativer Newsletter sowie auf Internet-Aktivitäten. So hat die Gesellschaft in 2010 fünf Newsletter verschickt, die mit steigender Tendenz durchschnittlich 2.500 potentielle Veranstalter in gesamt Deutschland erreicht haben.

Mit dem Fachverband für die Kongress- und Seminarwirtschaft (degefest) im eigenen Haus hat die LAH zudem die Nähe zur Veranstaltungswirtschaft (MICE – Meetings, Incentives, Conferences, Events) hergestellt.

Der in 2010 gestartete neue Internet-Auftritt, dessen Fertigstellung in 2011 sein wird, hat bereits im frühen, online geschalteten Entwicklungsstadium rd. 40.000 Besucher mit über 700.000 Hits angelockt.

Gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass mit diesen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen fehlende Marketing-Gelder nicht vollständig kompensiert werden können.

Alle diese Maßnahmen führten in 2010 dazu, dass die LAH im Veranstaltungsbereich das Niveau der Vorjahre sowohl im Bereich der Veranstaltungsdichte als auch inhaltlich nahezu halten und damit den Kongressstandort Oberhausen sowie das Image der Stadt nachhaltig stärken konnte.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2010 sind durch nachfolgende Einflüsse gekennzeichnet:

Show-Veranstaltungen

Die Umsatzerlöse aus den Show-Veranstaltungen 2010 sind deutlich zurückgegangen. In den Vorjahren lagen die Erlöse bei durchschnittlich 75.000 €; im Kulturhauptstadtjahr war eine Erlöserwartung in Höhe von ca. 100.000 €

eingepplant. In 2010 wurden nur 27.500 € erzielt. Für 2011 liegen zum Berichtszeitpunkt bereits Anbuchungen für Show-Veranstaltungen in Höhe von 50.000 € vor. Die Veranstalter von Show-Veranstaltungen haben im Rahmen der Kundenbetreuung signalisiert, dass sie aufgrund der besonderen Vorteile (keine oder nur geringe Mietkosten) im Kulturhauptstadtjahr 2010 in andere Destinationen ausweichen.

Ungeachtet dessen war die LAH ein guter Botschafter der Kulturhauptstadt. In 6 Newslettern, die im Zeitraum 2009/2010 an durchschnittlich 2.500 Veranstalter-Kunden verschickt wurden, ist mit dem Kulturhauptstadtjahr intensiv geworben worden.

Kongress- und Seminar-Veranstaltungen

Mehreinnahmen über Plan wurden mit Kongressen und Tagungen erzielt. Damit konnte ein Teil der Mindererlöse aus den Show-Veranstaltungen kompensiert werden. Neben vielen kleinen und mittelgroßen Veranstaltungen konnten auch überregional bedeutsame für die LAH gewonnen werden. Ein Veranstaltungsauszug: Fachveranstaltungen der Landesministerien (Ø 500 Teilnehmer (TN)); das EKO-Hebammensymposium (500 TN); medizinischer Fachkongress der katholischen Kliniken Oberhausen (250 TN); Fachverband Betonbohren (3 Tage – 120 TN); Kongress „Rhein-Ruhr-Pflege tage“ (2 Tage – 400 TN); Branchentag „Windenergie“ (300 TN); Messe „QVC“ (4 Tage); unterschiedliche Voll- und Betriebsversammlungen (Ø 500 TN); „Autokino“ im Saal Berlin (3 Tage).

Traditions-Veranstaltungen

Die Einnahmen aus den Traditionsveranstaltungen bewegten sich auf ähnlich hohem Niveau der Vorjahre.

Weiter ausgebaut wurden die Diversifikations-Maßnahmen: das Bespielen dritter Veranstaltungsstätten. Dabei mietet die LAH Veranstaltungsflächen in Oberhausen an und bespielt sie mit ihren Spezialistenteams. Während die LAH in den Vorjahren diese Veranstaltungsstätten nur dann angemietet hat, wenn das eigene Haus mit Veranstaltungen besetzt war, begannen in 2006 erste Aktivitäten, dritte Häuser auch dann den Kunden anzubieten, wenn auch das eigene Haus noch nicht belegt war. Damit entsprach die LAH den besonderen Kundenwünschen – insbesondere auch im Bereich der gastronomischen Veranstaltungen.

In diesem Umsatzsegment wurden in 2010 auch durch umfangreiche Vermarktungsmaßnahmen zusätzliche Umsätze generiert werden, die in den nächsten Jahren das Geschäftsbild der LAH deutlich prägen sollen. Die notwendigen Ressourcen sind bereits geschaffen. Diese Aspekte der zusätzlichen Bespielung von fremden Veranstaltungshäusern zeigen deutlich, dass das LAH-Team mit dem vorhandenen Know-How und Fachwissen gute Gründe für diese Diversifikations-Maßnahmen mitbringt.

Ein wichtiger Umsatzträger der LAH ist die Verpachtung der Gastronomie. Um auch hier eine Optimierung der Einnahmen zu erreichen, hat die LAH der Option des Pächters widersprochen, dass Pachtverhältnis über den 31.12.2010 hinaus für weitere fünf Jahre zu verlängern. Der daraufhin eingereichten Klage durch den Pächter auf Unwirksamkeit der Kündigung wurde seitens des Landgerichts Duisburg entsprochen. Die anschließend vor dem OLG Düsseldorf eingelegte Berufung durch die LAH wurde zurückgewiesen. Vor diesem Hintergrund verlängert sich der Pachtvertrag letztmalig um 5 Jahre bis zum 31.12.2015. Die Kosten für die Verfolgung des Rechtsstreits sind deutlich unter den prognostizierten geblieben.

C. Lage des Unternehmens

Die unter Teil B. geschilderten Entwicklungen und Umstände haben sich im Zahlenwerk der Gesellschaft wie folgt ausgewirkt:

a. Ertragslage

Die LAH hat im Jahr 2010 inklusive der Pacht- und Nebenkosteneinnahmen Umsatzerlöse von 914 T€ erbracht und liegt damit – trotz krisenbedingtem Umsatzrückgang der Branche - nahezu auf Vorjahresniveau (924T€).

Der Kernmarkt für die Kongress- und Seminarwirtschaft fand von März bis Mai und von September bis November statt; die Traditionsveranstaltungen (Sinfonie, Gesang, Karneval, Abiturbälle etc.) bestätigten ihre Veranstaltungszeiten analog zu den Vorjahren in den Monaten Januar, Februar, Juni, November und Dezember.

Das Preisniveau konnte durch eine im Wettbewerb gut platzierte Preispolitik von der LAH gehalten werden. Die Umsatz-Mindereinnahmen finden ihre Ursache in kürzeren und von weniger Gästen aufgesuchten Veranstaltungen. Aufgrund der noch intensiveren Marktbearbeitung (CRM, Akquise) konnten die Erlöse nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Wesentlich für die Erreichung des Vorjahresniveaus war die Akquisetätigkeit. Nachfolgend eine Übersicht über die Kontakte und den Auftragsbestand.

Kontakte gesamt	2010	01-03/2011
Gesamt	4.611	1.252
Davon in die weitere Betreuung übernommen	4.540	1.231

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung lagen an Buchungen (Erlöse) für 2011 vor:

FIX (gebucht mit Vertrag am 05.05.2011) 533 T€

Der Waren-/Leistungseinsatz (665 T€) hat sich gegenüber dem Vorjahreswert (712T€) deutlich reduziert und ist damit unter den prognostizierten geblieben.

Die Personalkosten, bedingt durch Zuführungen zur Altersteilzeit-Rückstellung, auf Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen (267 T€) liegen unter denen des Vorjahres und entfallen im Wesentlichen auf die Immobilie. Wesentliche Neuinvestitionen wurden nicht vorgenommen. Abschreibungen auf Forderungen, die das übliche Maß überstiegen haben, betragen 51 T€. Diese Abschreibungen betrafen Forderungen und waren notwendig, da bedingt durch einen Vergleich nicht alle Forderungen realisiert werden konnten.

Die Kosten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 277 T€ in 2009 auf 317 T€ in 2010 gestiegen. Das liegt im Wesentlichen an den erhöhten Rechts- und Beratungskosten.

Der Zinsaufwand betrug 358 T€ in 2010 nach 402 T€ in 2009.

Dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -1.166 T€ steht ein Vorjahreswert von -1.162 T€ gegenüber.

Grundsteuern von 76T€ in 2010 (61 T€ in 2009) reduzieren die jeweiligen Jahresergebnisse.

Nach deren Abzug und Berücksichtigung des festgeschriebenen Verlustübernahmebetrages der Stadt Oberhausen von 1.176 T€ ergibt sich für 2010 ein Jahresfehlbetrag von 69 T€ gegenüber einem Fehlbetrag von 47T€ in 2009.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Sondereinflüsse das Ergebnis 2010 belasten. Zum einen waren Aufwendungen aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz in Höhe von 3 T€ zu verzeichnen. Des Weiteren mussten nach einem geschlossenen Vergleich Forderungen in einer Höhe von 51 T€ abgeschrieben werden, zudem bedingte die rechtliche Auseinandersetzung, die zu dem Vergleich führte, erhöhte Rechts- und Beratungskosten in Höhe von ca. 25 T€. Neben diesen Sachverhalten ergab für das Jahr 2010 noch eine Erhöhung der Grundsteuer um 15 T€. Das um diese Posten bereinigte Ergebnis 2010 beträgt danach + 25 T€ und liegt damit deutlich über dem Vorjahresergebnis.

	31.12.2010 Euro / Wert	31.12.2009 Euro / Wert	Veränderung zum Vorjahr
Kennzahlen zur Rentabilität			
Jahresüberschuss			
+ Fremdkapitalzinsen			
+ EE-Steuern x 100	289.270,10	355.023,87	-65.753,77
<u>Gesamtkapital</u>	6,761.596,65	7.149.024,54	-387.427,89
Gesamtkapitalrentabilität vor Zinsen und Steuern in %	4,28	4,97	-0,69

Der Jahresüberschuss beinhaltet den Zuschuss des Gesellschafters.

b. Finanzlage

Das langfristige Anlagevermögen ist durch langfristige Darlehen bei der Stadtparkasse Oberhausen und der KfW finanziert. Der laufende Finanzbedarf ist durch einen Kontokorrentkredit gewährleistet, dessen Höhe fortlaufend eng mit der Stadtparkasse Oberhausen abgestimmt wird. Zusätzlich verbessert sich die Sicherheitenstellung durch die planmäßigen Darlehenstilgungen.

c. Vermögenslage

Der wesentliche Vermögensposten der LAH ist das Kongress- und Veranstaltungsgebäude und die dazu gehörigen Außenanlagen mit einem Buchwert von 6.264 T€ zum Bilanzstichtag. Dem stehen korrespondierende langfristige Darlehen in Höhe von 6.319T€ gegenüber.

Die übrigen Posten des Anlagevermögens sind ebenfalls kreditfinanziert. Die jeweilige Laufzeit der Darlehen entspricht der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag ist durch stille Reserven des Anlagevermögens gedeckt.

	Geschäftsjahr Wert	Vorjahr Wert
Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur		
<u>Anlagevermögen x 100</u>	6.489.925,89	6.742.300,42
Gesamtvermögen	6.761.596,65	7.149.024,54
Anlagenintensität in %	95,98	94,31
Kennzahlen zur Finanz- und Liquiditätsstruktur		
Fremdkapital	8.046.377,07	8.365.044,86
- Flüssige Mittel	6.248,87	9.472,87
Nettoverschuldung	8.040.128,20	8.355.571,99

d. Nicht finanzielle Faktoren

Kongresshäuser wie die Luise-Albertz-Halle müssen heutzutage als „Agentur“ für Dienstleistungen rund um den Gast agieren, um den Wettbewerb auf Abstand zu halten.

Ständige Erfolgskontrollen in Form von Kundenzufriedenheitsabfragen bestätigen die Qualität der Mitarbeiter in allen Bereichen. Dieser Feedback-Mechanismus wird von der LAH genutzt, um den kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Unternehmen aufrecht zu erhalten. Die Kundenzufriedenheit dient als Indikator für die Qualität – eingebunden in die ISO 9001:2008 - von Kundenbindungsmaßnahmen und Qualitätsmanagement und wird in der Luise-Albertz-Halle durch persönliche Interviews durch die Mitarbeiter im Event-Management zeitnah nach einer Veranstaltung ermittelt.

Im Überblick ergibt sich folgende Auswertung (Kennzahlen):

	2010	01 – 03 2011
Sales-Management: Betreuung	5,3	5,7
Sales-Management: Erwartungserfüllung	5,3	5,4
Event-Management: Fachkompetenz	5,3	5,4
Event-Management: Zeitnahe Bearbeitung der Kundenwünsche	5,5	5,8
Operation-Management: Flexibilität/Erfüllg.v.Sonderwünschen	5,3	5,6
Operation-Management: Freundlichkeit der Mitarbeiter	5,5	5,4
Gastronomie*: Erwartungserfüllung	4,6	5,2
Gastronomie*: Preis-/Leistungsverhältnis	4,2	4,0
Werte über alles / Gesamtbewertung	5,1	5,3

* Incl. externe Gastronomie – 2009 verstärkt außerhaus (Diversifikation)

Die Bewertungszahlen:

- 1 Punkt: Mangelhaft
- 2 Punkte: Ausreichend
- 3 Punkte: Befriedigend
- 4 Punkte: Gut
- 5 Punkte: Sehr gut
- 6 Punkte: „Ich bin begeistert.“

Gemessen wird die Kundenzufriedenheit in 8 Bereichen / 46 Unterpunkten.

e. Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft erwirtschaftet weiterhin keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere die finanzielle Belastung aus der Immobilie ist ein wesentlicher Grund für die Deckungslücke. Zum Ausgleich der Liquiditätslücke gewährt der Gesellschafter einen Verlustausgleichsbeitrag in max. Höhe von 1.176 T€. Unter Ausschöpfung des Kreditrahmens war die Gesellschaft im Jahr 2010, trotz der gegebenen wirtschaftlichen Umstände, in der Lage ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Gesellschaft ist zum 31.12.2010 so aufgestellt, dass die Positionierung gegenüber dem Wettbewerb zumindest gehalten werden kann. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen sind so geschaffen, dass unter Beibehaltung des Zuschusses des Gesellschafters in gleich bleibender Höhe und bei Eintritt der prognostizierten Umsätze, eine Fortführung der Gesellschaft möglich erscheint. Allerdings besteht aufgrund des fehlenden Eigenkapitals eine erhöhte Abhängigkeit von der Darlehensgewährung der finanzierenden Banken.

D. Ereignisse nach dem Stichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind, sind nicht zu verzeichnen.

E. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

E1. Organisation der Risikoanalyse

Die Geschäftsführung der LAH hält u. a. mit der ISO9001:2008-Zertifizierung geeignete Maßnahmen sowie ein Überwachungssystem aufrecht, um den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis. Dadurch können frühzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden und die weiteren Vorgehensweisen angepasst werden.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements wird darauf geachtet, dass Risikofaktoren bereits im Vorfeld vermindert oder komplett vermieden werden. Hierzu hat die LAH in hauseigenen Prozessen Strategien entwickelt, die diese Maßnahmen unterstützen.

Die Verantwortung der Führung ist im Qualitätsmanagementsystem verankert.

Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert.

Die Akquisition im Rahmen des CRM-Systems ist ein wichtiger Bestandteil, um Ausfälle im Anbuchungsverhalten auszugleichen

E2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Wie schon erläutert ist die LAH abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Das eingerichtete Qualitätssicherungs- und CRM-System ist jedoch Garant für eine überdurchschnittliche Entwicklung im Verhältnis zur Branche. Hinzu kommt die erfolgreiche Bespielung weiterer Veranstaltungsstätten, da mit diesem Konzept dem Wunsch der Veranstalter nach Alternativen Rechnung getragen wird.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. In Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter und der Stadtparkasse Oberhausen wurde ein Kreditrahmen vereinbart, der den aufgrund kontinuierlicher Liquiditätsplanung ermittelten Kapitalbedarf sicherstellen soll. Voraussetzung ist, dass die an die Stadtparkasse Oberhausen abgetretenen Sicherheiten die Kreditinanspruchnahme ausreichend deckt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

F. Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in dem sehr guten Personal und der hervorragenden Kundenbetreuung, so dass trotz aller geschilderten Schwierigkeiten eine leichte Umsatzsteigerung zu erwarten ist. Das restriktiv umgesetzte Kostenmanagement führt zu einer Verbesserung der Unternehmensergebnisse.

Aufgrund der Entwicklung der ersten Monate des Jahres 2011 und den Anbuchungszahlen für das Jahr 2011, gehen wir davon aus, dass der reine Veranstaltungsumsatz 800 T€ betragen wird. Dies wird voraussichtlich zu einem positiven Jahresergebnis führen. Für das Jahr 2012 erwarten wir ausgehend von stabilen Rahmenbedingungen derzeit einen nochmals gegenüber 2011 leicht gestiegenen Umsatz mit einem positiven Jahresergebnis. Hierbei ist weiterhin unterstellt, dass der Verlustausgleich des Gesellschafters auch zukünftig in Höhe von 1.176 T€ p.a. übernommen wird und der Erbbauzins weiterhin ausgesetzt bleibt.

Alle getroffenen Annahmen unserer Prognose basieren auf unserem derzeitigen Wissensstand.

Die Erfahrungswerte der Vergangenheit und die Einschätzung der Zukunft haben wir in einer Planrechnung für 2011 bis 2015 abgebildet. Hiernach ergeben sich nach unserer Überzeugung dauerhaft positive, steigende Ergebnisse und eine signifikant verbesserte Liquiditätssituation. Vor diesem Hintergrund sehen wir den Bestand der Gesellschaft derzeit nicht gefährdet. Allerdings ist eine verlässliche Prognose der zukünftigen Entwicklung, neben den planungsimmanent nicht vorhersehbaren Unwägbarkeiten, in dem gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Umfeld nicht sicher möglich. Dieses Risiko der wirtschaftlichen Entwicklung und der gegenüber vorangegangenen Jahren deutlich höheren Prognoseunsicherheit bedingt die Darstellung eines Negativszenarios. Sollten sich die, der Prognose zugrunde liegenden Annahmen, z.B. die von uns derzeit erwarteten Umsätze, nicht realisieren lassen oder Kostensteigerungen

nicht zu einem angepassten Marktpreis unserer Leistung führen, so ist die Gesellschaft aufgrund der fehlenden Eigenkapitalausstattung und eines ggf. nicht zu erweiternden Kreditrahmens in ihrem Bestand gefährdet.

Die LAH unterliegt einer Vielzahl von Risiken, deren Eintreten die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens negativ beeinflussen kann. Im Einzelnen sind folgende Risikobereiche zu nennen, auf die bereits durch unterschiedliche Maßnahmen reagiert wurde.

Seit 2006 sind mit Blick auf die Zukunft eine Vielzahl von Maßnahmen von der LAH entwickelt worden, um das Geschäftsrisiko so gering wie möglich zu halten. Zu nennen sind hier, neben strukturellen Veränderungen im Umsatzbereich, allgemeine Kostenreduzierungen und die strikte Einhaltung von Kostenrelationen durchgeführter Veranstaltungen.

Flankiert wurden diese Maßnahmen „aus eigener Kraft“ durch umfangreiche Vertragsanpassungsverhandlungen (OGM, EVO, Stadtparkasse Oberhausen und Electrolux). Hinzu kommen seit Mitte 2009 verbesserte Konditionen aus Darlehen der KfW und der Stadtparkasse Oberhausen aus der Finanzierung des Umbaus in 1999/2000.

Im Personalbereich setzt die LAH auch künftig auf einen Kernstamm von Mitarbeiter-Spezialisten, die in allen Bereichen von Auszubildenden ergänzt werden. Diese „Kaderschmiede“ findet ihre Berechtigung in den Kompetenzen des Kernstammes sowie dem IHK-Prüfungsvorsitz für Veranstaltungskaufleute durch die Geschäftsführung. Allerdings ergeben sich Risiken aus der sehr dünnen Personaldecke.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen).

Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse des Risikomanagements für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren.

Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Dazu hat die LAH ein Controlling- und Berichtssystem aufgebaut, mit dem im monatlichen Rhythmus über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse berichtet wird. Das Risikoprofil der LAH hat sich die sich auf der allgemeinen Wirtschaftskrise ergeben, im Hinblick auf die wesentlichen Risikofelder im Geschäftsjahr 2010 zu den Vorjahren kaum verändert.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt. Die in der Planrechnung 2011-2015 berücksichtigten Umsätze von anfänglich 800 T€ müssen trotz der Prognoseunsicherheit erreicht werden, da nicht von einer Erhöhung der Verlustübernahme durch die Gesellschafterin für das „operative Geschäft“ auszugehen ist.

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

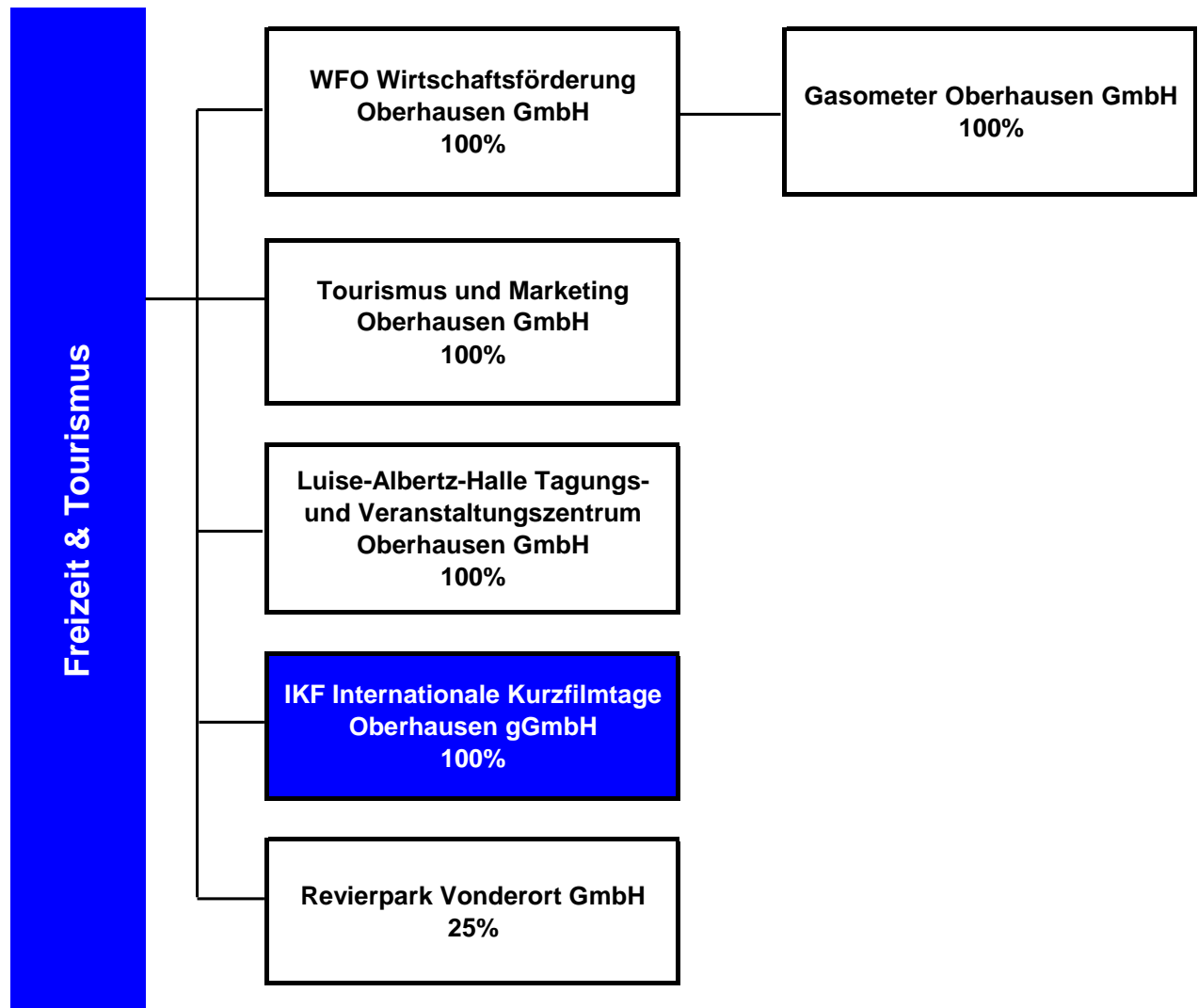
Ein latentes Risiko besteht darin, dass sich der Erbbaurechtsgeber für den Fall der Insolvenz den entschädigungslosen Rückfall des Erbbaurechts nebst aufstehendem Gebäude im Erbbaurechtsvertrag vorbehalten hat.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Mitarbeitern über die Zusatzversorgungskasse (ZVK) Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Mitarbeiter. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke erhebt die ZVK derzeit einen jährlichen Sanierungsbeitrag von ihren Mitgliedern in Höhe von derzeit 3,5% auf die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

Den Risiken stehen Chancen gegenüber, bei deren Eintreten die LAH ihre Ziele übertreffen könnte. Wesentliche Chancen liegen in dem Kundenstamm, dem Markennamen Kongresszentrum Oberhausen und der Leistung der Mitarbeiter, vor allem derjenigen mit Vertriebs- und Kundenbetreuungsaufgaben.

Oberhausen, den 05. Mai 2011

Jörn Raith
Geschäftsführer



IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 825 2420
 Fax 0208 / 825 5413
 Internet info@kurzfilmtage.de
 Internet <http://www.kurzfilmtage.de/>

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Dr. Gass, Lars Henrick

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsches, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied gem. § 113 GO	Hüttemann, Claudia	wird vertreten durch Neumann, Jürgen
	Mitglied	Benter, Christian	wird vertreten durch Hausmann, Willi
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Köhler, Hans-Jürgen

Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
Mitglied	Leppes, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian
Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Pflugbeil, Karl-Heinz
Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)
Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Ostendorf, Anke(Bgm.)
Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Janßen, Dieter
Mitglied	Wittmann, Regina	wird vertreten durch , Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Neumann, Jürgen	Pers. Stellvertretung für Hüttemann, Claudia
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Hausmann, Wilhelm	Pers. Stellvertretung für Benter, Christian
stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	persönliche Stellvertretung für Leppes, Gerd (Bgm.)
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntschi, Angelika
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra	Pers. Stellvertretung für Wittmann, Regina
stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Ostendorf, Anke	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17,90	5,9	13,19	4,9	10,89	3,3	-2,30	-17,44
Umlaufvermögen	284,52	93,3	253,33	94,4	313,15	94,1	59,82	23,61
Rechnungsabgrenzungsposten	2,66	0,9	1,71	0,6	8,80	2,6	7,09	414,62
Passiva								
Eigenkapital	98,07	32,1	84,75	31,6	99,06	29,8	14,31	16,88
Rückstellungen	152,37	49,9	124,08	46,3	142,60	42,8	18,52	14,93
Verbindlichkeiten	11,63	3,8	26,58	9,9	29,67	8,9	3,09	11,63
Rechnungsabgrenzungsposten	43,00	14,1	32,83	12,2	61,50	18,5	28,67	87,33
Bilanzsumme	305,08	100,00	268,23	100,00	332,83	100,00	64,60	24,08

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	197,06	131,41	126,15
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2,80		
sonstige betriebliche Erträge	1.089,36	1.077,01	1.199,41
Materialaufwand	727,17	668,99	725,10
Personalaufwand	459,74	452,31	495,28
Abschreibungen	20,18	10,20	5,33
sonstige betriebliche Aufwendungen	108,31	95,07	86,66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,35	4,82	1,12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-25,43	-13,33	14,32
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-25,43	-13,33	14,32
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-13,33	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-25,43	0,00	14,32

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2008	31.07.2009	31.07.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,90	-10,14	11,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	-20,59	-15,72	16,89	%
Cash-Flow:	-5,25	-3,12	19,65	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	142,63	151,05	165,70	T€
Personalaufwandsquote:	35,82	37,43	37,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2008	31.7.2009	31.7.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,55	4,92	3,27	%
Eigenkapitalquote:	32,15	31,59	29,76	%
Fremdkapitalquote:	67,85	68,41	70,24	%

e) Lagebericht**Entwicklung**

Neben einer finanziellen Auswertung des vorangegangenen Geschäftsjahres fand zu Beginn des Geschäftsjahres 2009/2010 eine ausführliche Rückschau auf das Festival 2009 statt. Mit Verantwortlichen aus allen Bereichen des Festivals, sowohl Festangestellten als auch freien Mitarbeitern, wurden die Erfahrungen in der Vorbereitung und Durchführung des Festivals intensiv besprochen. Ein Ergebnis dieses Austauschs war, dass die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen mit dem Rekord-Festival 2009 die Grenzen ihrer Kapazität im Bereich des Personals und auch der Sachmittel erreicht und teilweise bereits überschritten hatte.

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 bis zum Jahr 2009 sämtliche Preis- und Gehaltskostensteigerungen mit einer deutlichen Erhöhung des Umsatzerlösanteils und einem sehr wirtschaftlichen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ausgleichen können. Gleichzeitig hat die Gesellschaft ihr Leistungsspektrum deutlich gesteigert. Das Leistungsspektrum liegt derzeit etwa 50% über dem Stand des Jahres 2000.

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde jedoch deutlich, wie anfällig die Finanzierung des Festivals bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerglösen, ist. Bei sinkenden Umsatzerlösen und stagnierenden Zuschüssen war es der Gesellschaft nicht mehr möglich Kostensteigerungen im bisherigen Umfang zu tragen. Um das erreichte Niveau des Festivals zu halten und Einschnitte im Leistungsumfang und Leistungsspektrum zu vermeiden, wurden Anpassungen der Zuschüsse unumgänglich. Zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Bereich Personal wurden bei der Stadt Oberhausen und im Bereich der Sachmitteln beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen beantragt und bewilligt. Mit den erreichten Zuschussanpassungen ist der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben bis zu einer Erholung der Wirtschaftslage gesunkene Umsatzerlöse auszugleichen sowie mittelfristig Kostensteigerungen aufzufangen. Zudem wurde begonnen, dringend notwendige Anpassungen in der Personalausstattung und bei den Sachmitteln vorzunehmen.

Auch im Festivaljahr 2010 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen. Die Personalkosten liegen nur unwesentlich über den Kosten des Jahres 1997, in dem der Personalkostenanteil 44 v.H. betrug. Zwar stiegen die nominalen Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr, der Personalkostenanteil konnte jedoch auch im Geschäftsjahr 2009/10 mit knapp 38 v.H. weiterhin konstant gehalten werden. Bereinigt um einmalige Einflüsse liegt der Index für allgemeine Kostensteigerungen der Gesellschaft derzeit bei 104,0 (Basisjahr 2005) und damit weiterhin unter dem vom statistischen Bundesamt angegebenen Index für inflationsbedingte Kostensteigerungen von 108,3.

Der Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtbudget (ohne Sonderzuschüsse) im Berichtsjahr beträgt 11,4 v.H. und der Erlösanteil des Vorjahres konnte knapp gehalten werden. Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 war ein deutlicher Rückgang des Sponsorenengagements zu verzeichnen. Unter Einbeziehung von projektbezogenen Sponsorenerlöse von Stiftungen konnte im Berichtsjahr eine Steigerung von knapp 10 v.H. zum Vorjahr erreicht werden.

Die Sponsorenerlöse von reinen Wirtschaftsunternehmen gingen im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 5,6 v.H. zurück.

Mit rund 18.400 Eintritten erreichte das Festival das hervorragende Vorjahresergebnis, dem bislang besten seit 1998, dem ersten Jahr der Erhebung von Eintrittszahlen.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2009/10 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist einen leichten Überschuss aus, der zur Finanzierung besonderer Projekte und Maßnahmen der satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt werden sollte. Entgegen der ursprünglichen Planung konnten zusätzlichen Maßnahmen aus den laufenden Mitteln finanziert und die zu Beginn des Geschäftsjahres angenommene Rücklagenentnahme vermieden werden.

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2009/10 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie den genannten Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 29.06.2009 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2009/10 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 20.04.2010 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2009/10 wurden weitgehend erreicht. Beantragte Zuschüsse waren in diesem Geschäftsjahr nicht von Kürzungen betroffen und wurden in voller Höhe bewilligt. Beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien konnte im Festivaljahr 2009 eine höhere Förderung erreicht werden. Allerdings konnte der Komplettausfall des Zuschusses aus dem Auswärtigen Amt nur mit ganz erheblichem politischen Druck abgewendet werden, so dass dieser Zuschuss als keinesfalls gesichert für die Zukunft angesehen werden kann.

Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen trugen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei. Sponsorenerlöse und Anzeigenerlöse des Vorjahres konnten knapp erreicht werden. Die Erlöse aus dem Verleih konnten im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden. Die Eintrittserlöse entsprechen denen des Vorjahres. In der Summe lagen die Umsatzerlöse geringfügig unter denen des Vorjahres. Das Festival war zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Die Steuererklärungen der Gesellschaft für das vorangegangene Geschäftsjahr wurden beim Finanzamt Oberhausen-Süd eingereicht. Die Bescheide zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie Umsatzsteuer sind jedoch bis zur Berichtserstellung noch nicht ergangen. Zuletzt erhielt die Gesellschaft am 08.09.2009 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2008. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Die für das Festival 2010 beantragten Zuschüsse öffentlicher Geldgeber wurden vollständig gewährt.

Die Umsatzerlöse unterschreiten den angepassten Planansatz um 1,78 v.H. Im Bereich Anzeigen wurde, unter Berücksichtigung von Gegengeschäftsanzeigen, der angepasste Planansatz erreicht. Im Bereich Sponsoring wurde der angepasste Planansatz um knapp 9 v.H. unterschritten. Die Umsatzerlöse im Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2009/10 mit rund 15 v.H. über dem angepassten Plansoll. Es ist weiterhin festzustellen, dass zwar die Zahl der Verleihanfragen stabil ist, jedoch Goethe-Institute und insbesondere auch kommunale Kinos auf Grund geringerer Mittel insgesamt weniger Titel ausleihen. Die Umsatzerwartungen im Bereich Eintrittsgelder wurden erfüllt und entsprachen denen des Vorjahres. Mit rund 18.400 Eintritten erreichte das Festival das Vorjahresergebnis. Der Anteil der Kaufkarten konnte leicht gesteigert werden, die Anzahl der Fachbesucher entsprach denen des Vorjahres. Trotz der positiven Entwicklung bei den Besucherzahlen erreichten die Umsatzerlöse nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Im Vergleich zum Vorjahr war lediglich ein leichter Anstieg von knapp 2 v.H. zu verzeichnen. Als Hauptursache ist weiterhin der Rückgang der Sponsorenerlöse zu sehen.

Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2009/10 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen überwiegend durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte entsprechen die Aufwendungen für Sachmittel in der Summe den Planansätzen. Die Abweichung vom Planansatz im Bereich der Personalkosten resultiert überwiegend aus höher zu bildenden Rückstellungen sowie dem verstärkten Einsatz von Aushilfen zur Durchführung von einmaligen Projekten.

Personal

Im Personalbereich ergaben sich im Geschäftsjahr 2009/10 Veränderungen zum Vorjahr. Nach dem Ausscheiden der bisherigen Mitarbeiterin wurde die Stelle der Organisationsleitung neu besetzt. Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH acht fest angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers sowie eine Auszubildende. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, drei auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Drei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich zwei Aushilfen und stundenweise einen freien Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 20 und 25 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werks- und Honorarverträgen beschäftigt.

Perspektiven

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung und Vermarktung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Akquise von neuen Besuchergruppen und die Erschließung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Mit Blick auf das wirtschaftliche Ergebnis des Festivals 2010 wird jedoch erneut deutlich, wie anfällig die Finanzierung des Festivals bei einem Rückgang der Umsatzerlöse, besonders bei den Sponsoringerlösen, ist. Sie zeigt auf, dass nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Entscheidungen von potenziellen Sponsoren fallen meist erst im Frühjahr vor dem Festival und damit lange nach Abschluss der Programmplanung. Überdies sind Sponsoren nur in Ausnahmefällen für ein Engagement im Rahmen bestehender Programmangebote zu interessieren; zumeist werden Initiativprojekte, die sich schlecht verstetigen lassen, als Darstellungsfläche bevorzugt. Mit Sponsoringerlösen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals ist daher keine geeignete Perspektive; dies mag bei Kulturveranstaltungen mit vollkommen anderem Angebot und Profil, etwa dem Klavierfestival Ruhr o.ä., anders sein. Die diesjährige Situation bestätigt, dass nur ein Teil der Sponsorerlöse (insbesondere die langjähriger Partner) als gesichert angesehen und zur Finanzierung des Festivals herangezogen werden kann. Als besonderes Problem wurde erkennbar, dass projektgebundene Förderung (insbesondere auch im Rahmen der Aktivitäten für RUHR.2010) oftmals noch nicht einmal den innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. finanziell abdeckt. Im Gegenteil, aus dem damit einhergehenden Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Weiter wird deutlich, dass bei stagnierenden Zuschüssen eine Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar ist. Mit der Zuschussanpassung des BKM im Jahr 2009 war es möglich, einen Teil des Mehraufwands durch allgemeine Kostensteigerungen aufzufangen. Erst mit den im Berichtsjahr erreichten Zuschusserhöhungen bei der Stadt Oberhausen und dem Land Nordrhein-Westfalen ist der Gesellschaft zunächst der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Der Gesellschaft ist es in den letzten Jahren mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Es ist jedoch absehbar, dass dies nicht ausreichen wird, den Mehraufwand in der Zukunft aufzufangen und das Leistungsspektrum aufrecht zu erhalten. Die 5-Jahresplanung der Gesellschaft zeigt, dass bereits in wenigen Jahren die erreichten Zuschusserhöhungen allein bei sehr moderat angenommenen allgemeinen Kostensteigerungen aufgezehrt sein werden. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Professionalisierung der Sponsoringakquise wurde seit dem Jubiläumsfestival 2004 erheblich verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Die im Herbst 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlicht jedoch die Schwierigkeit, die Erlössituation zu halten oder gar zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die schlechte Konjunkturentwicklung ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Kultur- bzw. Bildungsbereiche. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das sehr zurückhaltende Engagement auch in den kommenden zwei Jahren beibehalten wird. Zumindest ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Die Prognose aus den Vorjahren, dass noch zur Verfügung stehende Sponsorenmittel größtenteils RUHR.2010 zufließen werden, hat sich leider bestätigt und ist auch nicht weiter überraschend, so dass man hier von

Kannibalisierungseffekten sprechen muss. Es ist davon auszugehen, dass aus den vorgenannten Gründen eine positive Entwicklung frühestens ab dem Geschäftsjahr 2010/2011 sichtbar werden wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2011 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2010 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Vom Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits eine Zusicherung in Höhe der diesjährigen Förderung für 2011 ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat zuletzt nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung entschieden, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Zur Vermeidung von Unterdeckung wurde die erste Anhebung des Betriebskostenzuschusses seit 1999 für das Festivaljahr 2010 bewilligt. Das verschafft der Gesellschaft wieder etwas Luft, da überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen seit geraumer Zeit bereits zurückgestellt worden waren. Allerdings konnten die Anpassungen wegen der relativ späten Entscheidung im Rat der Stadt Oberhausen bislang noch nicht vollumfänglich umgesetzt werden; diese werden in den nächsten Monaten zügig umgesetzt.

Die Geschäftsführung sieht weitere Anträge auf EU-Fördermittel als nicht aussichtsreich an, da die Kurzfilmtage die Förderkriterien nicht erfüllen können.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2006/07 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Durch verkürzte Auf- und Abbauzeiten der Technik, konnte eine leicht verringerte Mietdauer vereinbart und damit das Niveau des Mietzinses gehalten werden. Für die Folgejahre wurde zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Berichtsjahr wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen.

Im Personalbereich werden im Geschäftsjahr 2010/11 verschiedene Änderungen vorgenommen. Zum 01.09.2010 wurde erstmalig eine Ausbildungsstelle zur Veranstaltungskauffrau besetzt. Mit dem stetig gestiegenen Leistungsspektrum und -umfang wurde es zunehmend schwieriger alle kontinuierlich anfallenden Arbeiten mit der bestehenden Personaldecke zu betreuen, die auf volle Stellen berechnet knapp unterhalb der Personalkapazität des Jahres 1999 liegt. Daher ist im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres die Einrichtung einer Teilzeitstelle für den Bereich Sekretariatswesen und allgemeine Verwaltung geplant, die zu einer allgemeinen Entlastung aller Arbeitsbereiche führen soll. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun fest angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, sowie eine Auszubildenden beschäftigen. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

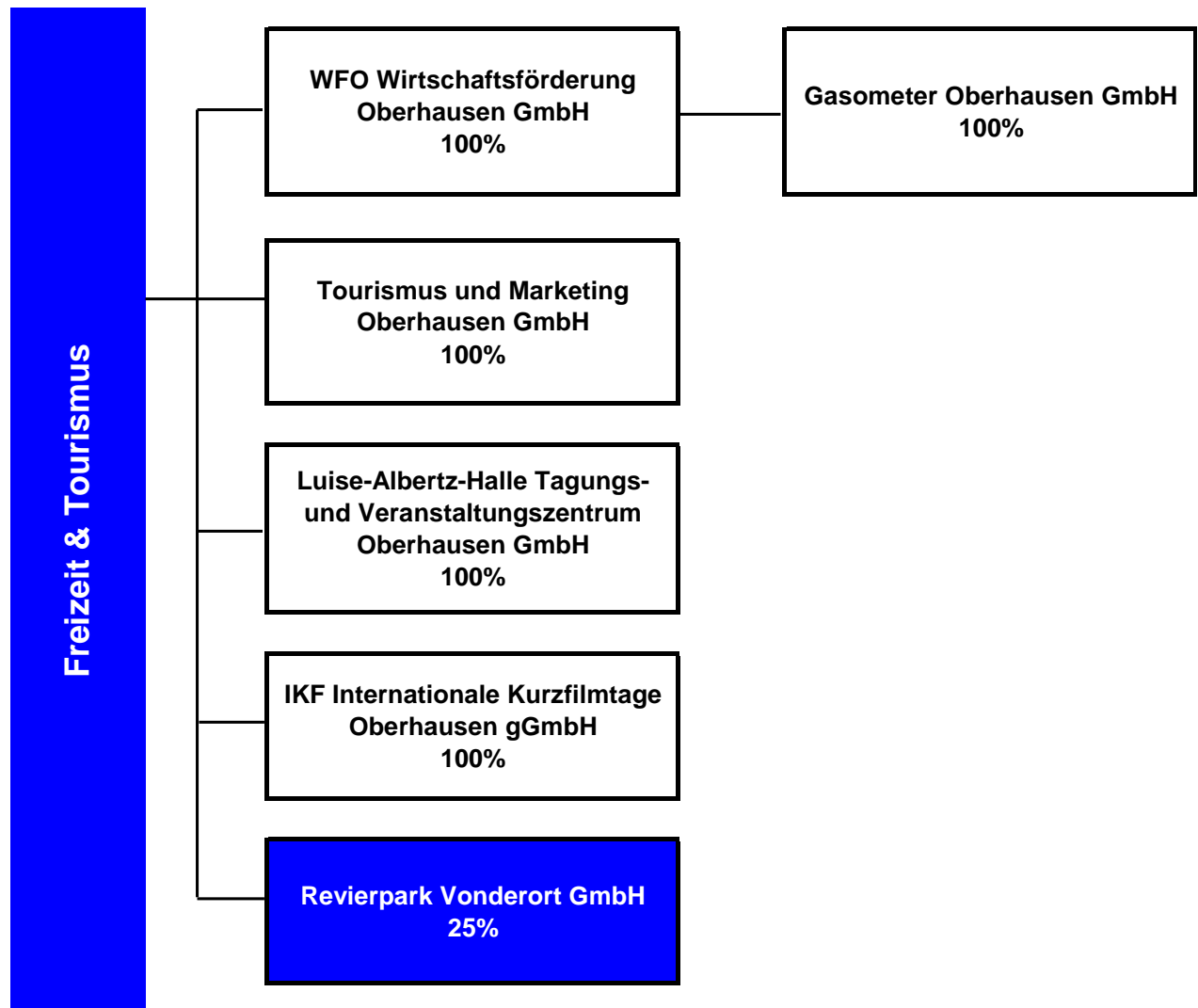
An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ wird auch für das Geschäftsjahr 2009/10 festgehalten.

Das Festival ist bestrebt, seine internationale Bedeutung und Anerkennung fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Hier wurden in den letzten zehn Jahren zahlreiche erhebliche Erfolge erzielt, etwa durch den „MuVi-Preis“, das Onlinemagazin „shortfilm.de“ oder durch „reelport“. Fortgeführt wird diese Weiterentwicklung durch die im Festivaljahr 2006 neu eingeführten und sehr gut angenommenen Programmsegmente „Podium“ und „Screenings“. In diesem Zusammenhang wurde, um noch mehr regionale Aufmerksamkeit zu erreichen, zum Festival 2009 der NRW-Wettbewerb eingeführt sowie die „Open Screenings“, in dessen Rahmen eingereichte, aber abgelehnte Arbeiten von den Filmemacherinnen und Filmemachern selber vorgestellt werden können. Für die Zukunft steht eine strategische Weiterentwicklung der Bereiche Online, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren und sie in Programme zu übertragen, hat in Oberhausen Tradition. Mit den jüngsten Neuerungen, der Erweiterung des Filmmarktes um Vorführungen internationaler Verleiher aus dem Bereich Video und Experimentalfilm, der Etablierung der Diskussionsforen „Podium“ und der verstärkten Ansprache der Kunstszene, verfolgt die Geschäftsführung eine Unternehmensstrategie, die dem Festival fortwährend neue Zielgruppen erschließen soll. Nur eine strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern,

ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Oberhausen, 19. Oktober 2010

gez. Dr. Lars Henrik Gass



Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/999680
Fax 0208/9996899
e-Mail info@revierpark.com
Internet <http://www.revierpark.com/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Wichtige Verträge

Diverse Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Frind, Reinhard
Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
Geschäftsführer	Dr. Kreul, Klemens

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Mitglied	Barkowsky, Arndt
----------	------------------

Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Dr. Hubbert, Eva-Maria
	Mitglied gem. § 113 GO	Klunk, Peter
	Mitglied	Marschan, Rainer
	Mitglied	Partenheimer, Gabriele
	Mitglied	Paßgang, Walter
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz
	Mitglied	Tönsgerlemann, Willi
	Mitglied	Höving, Norbert
	Mitglied	Kersch, Christoph
	Mitglied	Nakot, Werner (für RVR)
	Mitglied	Vöpel, Dirk (für RVR)

Prokura: Prokurist Wesely, Herbert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.399,57	64,9	3.312,80	79,9	3.228,72	92,4	-84,08	-2,54
Umlaufvermögen	1.291,63	35,0	829,09	20,0	263,25	7,5	-565,84	-68,25
Rechnungsabgrenzungsposten	4,02	0,1	3,19	0,1	3,25	0,1	0,06	1,88

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	3.085,62	83,5	2.785,42	67,2	2.182,31	62,4	-603,11	-21,65
Sonderposten mit Rücklagenanteil					208,13	6,0	208,13	
Rückstellungen	123,89	3,4	226,21	5,5	206,87	5,9	-19,34	-8,55
Verbindlichkeiten	484,59	13,1	1.132,30	27,3	895,53	25,6	-236,77	-20,91
Rechnungsabgrenzungsposten	1,12	0,0	1,16	0,0	2,39	0,1	1,23	106,03

	3.695,22	100,00	4.145,09	100,00	3.495,22	100,00	-649,87	-15,68
Bilanzsumme								

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.950,33	1.673,07	1.860,82
sonstige betriebliche Erträge	738,43	1.015,03	839,77
Materialaufwand	1.224,16	1.100,29	1.284,67
Personalaufwand	1.442,28	1.480,09	1.381,64
Abschreibungen	247,19	248,73	354,67
sonstige betriebliche Aufwendungen	440,96	475,11	374,53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47,10	11,03	0,92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,57	14,77	17,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-620,30	-619,87	-711,61
außerordentliche Aufwendungen			2,07
außerordentliches Ergebnis			-2,07
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,05		12,29
sonstige Steuern	13,51	70,96	11,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-633,85	-690,83	-737,80
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-633,85	-690,83	-737,80
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-32,50	-41,29	-39,65	%
Eigenkapitalrentabilität:	-20,54	-24,80	-33,81	%
Cash-Flow:	-386,66	-442,10	-383,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	99,58	99,56	100,02	T€
Personalaufwandsquote:	53,64	55,06	51,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	64,88	79,86	92,34	%
Eigenkapitalquote:	83,50	67,20	62,44	%
Fremdkapitalquote:	16,50	32,80	37,56	%

e) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

1.1 Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das

Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen:

- Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport- und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Minigolfanlage, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn
- Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbekken,
- Frei- und Wellenbad,
- Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

1.2 Rahmenbedingungen

Das Geschäft der Gesellschaft ist von zahlreichen externen Faktoren abhängig. Neben saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen zählen dazu insbesondere die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, zunehmende Konkurrenz durch neue Freizeitbäder im Umkreis von Oberhausen, die Entwicklung der Energie- und Wasserpreise sowie die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Im Geschäftsjahr 2010 war der Saunabetrieb durch die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen in Verbindung mit ermäßigten Eintrittspreisen während der Bauphase im ersten Quartal beeinträchtigt. Zudem musste im Herbst 2009 die Eislaufhalle aufgrund baulicher Mängel geschlossen werden.

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat deutliche Auswirkungen auf das Freizeitverhalten der Bevölkerung. Bei rückläufigen verfügbaren Einkommen der Privathaushalte werden die Ausgaben für Sport und Freizeit deutlich reduziert.

Das soziale Umfeld der Gesellschaft ist geprägt vom Umbruch in der Arbeitswelt, insbesondere durch den Wegfall des Bergbaus und seiner Zulieferer. Die Besucherstruktur des Revierparks Vonderort lässt erkennen, dass noch ein relativ hoher Anteil an finanziell gut gestellten Senioren vorhanden ist, der einen höheren Rückgang der Besucherzahlen in den letzten Jahren verhinderte.

Die unmittelbare Konkurrenz innerhalb der Stadtgrenzen deckt im Wesentlichen das Niedrigpreis-Segment ab oder positioniert sich als Erlebnisbad, wie der im Dezember 2009 eröffnete Aquapark Oberhausen. Der Aquapark Oberhausen, der von einer städtischen Gesellschaft betrieben wird, verzichtet bislang auf ein eigenes Saunaangebot. Die Eintrittspreise im Badbereich liegen auf vergleichbarem Niveau, wenn auch originär andere Zielgruppen angesprochen werden.

Die Entwicklung der Energiepreise in den letzten Jahren hat gezeigt, dass sich die Kosten für Wasserbezug, Entwässerung, Gas und Strom stetig erhöht haben. Da sich dieser Trend voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht umkehren wird, muss hier langfristig mit einem zunehmenden Anteil an den Gesamtkosten gerechnet werden. Wir haben in diesem Bereich durch kleinere Investitionen zur Energieeinsparung bereits Maßnahmen zur Einschränkung der laufenden Kosten durchgeführt. Größere, erforderliche Investitionen sind aufgrund der finanziellen Situation nicht möglich.

Aufgabenbedingt kann die Gesellschaft – ohne Zuschüsse der Gesellschafter – kein kostendeckendes Geschäft betreiben. Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten und zu Investitionen durch die Gesellschafter.

Wir bemessen unser Geschäftsergebnis im Wesentlichen nach der Erfüllung unserer öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung und der Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans; dabei spielen die Besucherzahlen, die Eintrittspreise, die erzielten Umsätze sowie unsere Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Der Geschäftsverlauf der Revierpark Vonderort GmbH war nicht zufriedenstellend. Einnahmen in Höhe von 1.957 T€ (Vorjahr 1.985 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.440 T€ (Vorjahr 3.390 T€) gegenüber.

Der Zuschussbedarf beläuft sich somit auf 1.483 T€ (Vorjahr: 1.405 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 56,9 % (Vorjahr 58,6 %).

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 745 T€ gezahlt; der Jahresfehlbetrag von 738 T€ wurde der Kapitalrücklage entnommen.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war ein Rückgang um 28 T€ (1,4 %) von 1.985 T€ auf 1.957 T€ zu verzeichnen, der ausschließlich durch einen in 2009 erfolgten Grundstücksverkauf (228 T€) begründet ist. Die Umsätze in den Bereichen Solbad, Freibad und Sauna haben sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Die Umsatzsteigerungen ergeben sich wie folgt:

	2010	2009	Steigerung	
	T€	T€	T€	%
Solbad	981	881	100	11,4
Freibad	81	63	18	28,6
Sauna	601	475	126	26,5

Die Umsatzsteigerungen in 2010 gegenüber dem Vorjahr sind darauf zurückzuführen, dass der Saunagartenausbau zum März 2010 fertiggestellt wurde und die Eintrittspreise in der Umbauphase ab Juni 2009 für Solbad und Sauna gesenkt waren. Gegenläufig verminderten sich die Erträge aus Weiterberechnungen um 53 T€ wegen der Schließung der Eislaufhalle.

Gesamtausgaben

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Erhöhung um 50 T€ (1,5 %) von 3.390 T€ auf 3.440 T€ zu verzeichnen.

Von den Gesamtkosten in Höhe von 3.442 T€ entfallen

1.382 T€ = 40,2 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.480 T€ = 43,7 %)

640 T€ = 18,6 % auf Energiekosten, incl. Frisch- und Abwasser (Vorjahr 647 T€ = 19,1 %)

345 T€ = 10,0% auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr 249 T€ = 7,3%)

241 T€ = 7,0 % auf Instandhaltungen (Vorjahr: 207 T€ = 6,2 %)

Die Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 37 T€ auf 150 T€ = 4,4 % der Gesamtkosten.

Die Energiekosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 7 T€. Ursache hierfür ist der eingeschränkte Saunabetrieb im 1. Quartal 2010, bedingt durch den Umbau der Saunalandschaft, sowie die Schließung der Eislaufhalle im Oktober 2009. Die Instandhaltungskosten (bezogene Leistungen) erhöhten sich um 34 T€.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Personalkosten eine Verringerung um 98 T€ festzustellen, die mit der Verringerung des Mitarbeiterstamms einher geht.

Der erhöhte Abschreibungsaufwand korrespondiert mit den hohen Investitionen in die Saunalandschaft.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden durch eine Verminderung des Aufwandes wegen der Schließung der Eislaufhalle um T€ 96 entlastet.

Im Jahresdurchschnitt wurden 27 Vollzeitkräfte, 70 Teilzeitkräfte und 1 Auszubildende beschäftigt. Zu berücksichtigen sind weiter die Rückstellungen für Altersteilzeit von 2 Mitarbeiter/innen der GmbH und notwendige Urlaubsrückstellung als eigenständiger Kostenblock. Seitens des Gesellschafters RVR bestand die Vorgabe, die Zuschüsse der Gesellschafter für 2010 auf dem Stand von 2007 zu belassen.

2.2 Finanz- und Vermögenslage

92,4% der Bilanzsumme von 3.495 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 62,4% der Passivseite auf das Eigenkapital. Die bedeutende Veränderung gegenüber dem Vorjahr betrifft die Verminderung der liquiden Mittel um T€ 404, die in Zusammenhang steht mit Tilgungsleistungen in Höhe von T€ 200 für ein Bankdarlehen sowie mit den Investitionen (T€ 271). Hinzu kommt ein Rückgang der Vorsteuererstattungsansprüche wegen der im Vorjahr höheren Saunainvestitionen.

Im Geschäftsjahr betragen die Investitionen 271 T€ (Vorjahr: 1.162). Nach Auffassung der Gesellschaft war eine zeitnahe Umsetzung des geplanten Ausbaus der Saunalandschaft in 2009 und 2010 erforderlich, damit sie in Zukunft wettbewerbsfähig sein kann.

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je T€ 113 in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Die Sonderinvestitionskostenzuschüsse wurden in einen Sonderposten eingestellt. Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Jahresfehlbetrag von 738 T€ der Kapitalrücklage entnommen.

Der eingezahlte Investitionskostenzuschuss (T€ 247) wurde der Kapitalrücklage gutgebracht. Die Sonderzuschüsse wurden in einen Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen eingestellt.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist zum größten Teil durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2010

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2010 (gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB) haben sich nicht ereignet.

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten für die Parkleitung festgelegt. Dazu wurde ein Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten.

In 2010 blieb, auch wegen der unplanmäßig späten Fertigstellung des Saunaumbaus, vor allem die Entwicklung der Besucherzahlen unter den Erwartungen. Ein potenzielles Risiko besteht in weiterhin stark steigenden Energiepreise für Strom, Gas und Wasser.

Durch die erheblichen Saunainvestitionen ist die Substanz der Gesellschaft gestärkt worden, was sich in den Instandhaltungsaufwendungen der nahen Zukunft positiv bemerkbar machen wird.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter und des reduzierten Bestandes an liquiden Mitteln hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab. Bei der Gestaltung der Rückzahlungsvereinbarungen des Investitionsbankdarlehens wurde diesem Umstand ausreichend Rechnung getragen.

Insgesamt sind derzeit aber keine den Bestand oder die Entwicklung gefährdenden Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

6. Prognosebericht

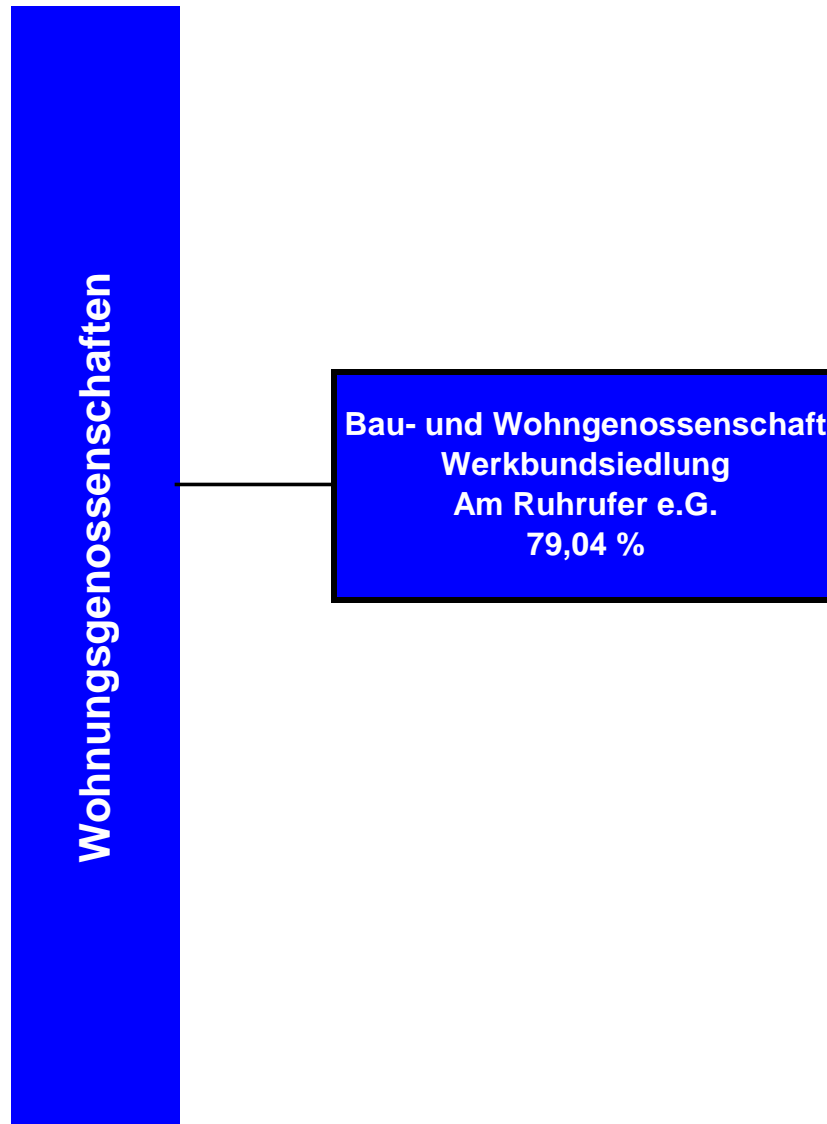
Für das Geschäftsjahr 2011 sind nach dem genehmigten Wirtschafts- und Betriebsplans Einnahmen in Höhe von T€ 2.109, Ausgaben von T€ 3.210, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von T€ 743 sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) von T€ 249 vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von T€ 109 gegenüber. Eine durchgreifende Änderung der Verhältnisse wird für 2012 nicht erwartet.

Durch den Ausbau der Saunanlage hat die Revierpark Vonderort GmbH eine Attraktivitätssteigerung erfahren, die den Bestand der Anlage sichern kann. Daher sah die Geschäftsleitung Spielraum für eine moderate Anpassung der Eintrittspreise für die Inanspruchnahme von Saunaleistungen, die im Februar 2011 erfolgt ist.

Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig Kosten zu senken.

Es wird erwartet, dass die hohen Energiepreise das Betriebsergebnis in 2011 negativ belasten werden. Die Badezone weist in den ersten drei Monaten des Jahres 2011 eine Besucherzahl auf Vorjahresniveau aus. Der Zuspruch der Saunakunden entwickelte sich mit + 4.270 Besuchern bzw. + 13% im ersten Quartal 2011 positiv; hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Vergleichszeitraum des Vorjahres durch die Umbaumaßnahmen beeinträchtigt war.

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/845534
Fax 0208/8485464
e-Mail gar-boehm@web.de
Internet -

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 212,19

Gesellschafter:	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	44,48	20,96
Stadt Oberhausen	167,70	79,04

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungsformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr./Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vorstand:

Mitglied	Böhm, Hartmut
Mitglied	Jörchel, Erwin
Mitglied	Vatterot, Gerd

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Hammen, Margret
Mitglied	van Bremen, Harald
Mitglied	Mühle, Stefan
Mitglied	Nagel, Werner
Mitglied	van Suntum, Ute

Generalversammlung: Guthoff, Maria

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.370,73	90,7	1.347,41	90,2	1.324,09	88,3	-23,32	-1,73
Umlaufvermögen	139,22	9,2	143,81	9,6	174,57	11,6	30,76	21,39
Rechnungsabgrenzungsposten	1,42	0,1	2,05	0,1	1,32	0,1	-0,73	-35,61

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	452,46	29,9	446,30	29,9	467,29	31,2	20,99	4,70
Rückstellungen	8,95	0,6	10,35	0,7	9,67	0,6	-0,68	-6,57
Verbindlichkeiten	1.047,04	69,3	1.029,80	69,0	1.023,03	68,2	-6,77	-0,66
Rechnungsabgrenzungsposten	2,92	0,2	6,82	0,5			-6,82	-100,00

Bilanzsumme

	1.511,37	100,00	1.493,26	100,00	1.499,98	100,00	6,72	0,45
--	-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	-------------	-------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	131,80	133,29	134,34
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,21	1,85	0,80
sonstige betriebliche Erträge	18,83	1,01	0,16
Materialaufwand	43,04	74,93	47,81
Abschreibungen	23,32	23,32	23,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	11,36	5,20	4,78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,47	1,53	1,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35,96	34,59	34,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	41,64	-0,37	26,79
sonstige Steuern	5,52	5,80	5,80
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	36,11	-6,16	20,99
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2,33	1,83	0,67
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	36,61	-5,00	20,10
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,83	0,67	1,56

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,40	-4,62	15,63	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,01	-1,38	4,51	%
Cash-Flow:	59,44	17,16	44,31	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

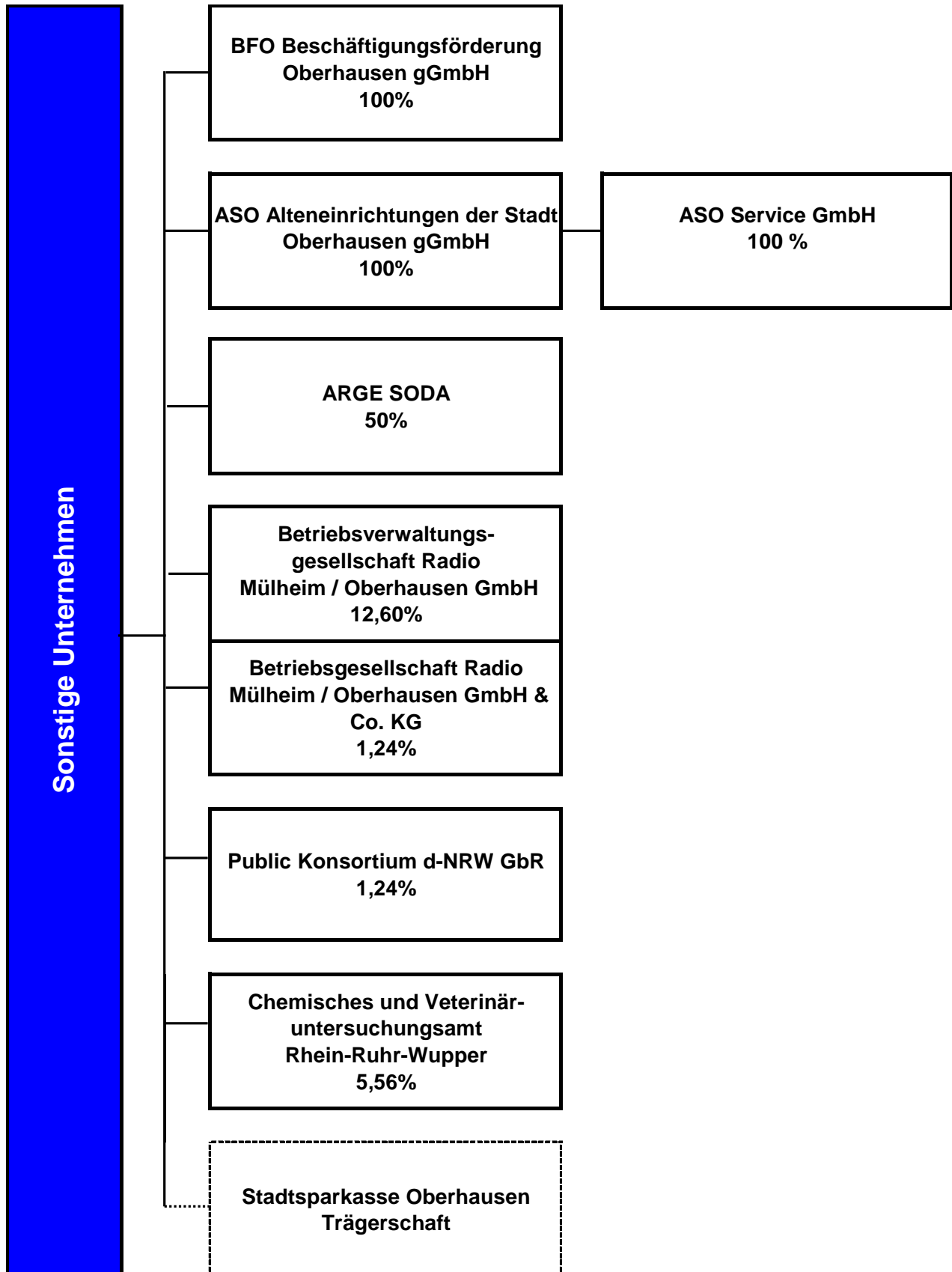
**dd) Kennzahlen zur
Vermögens- und
Kapitalstruktur**

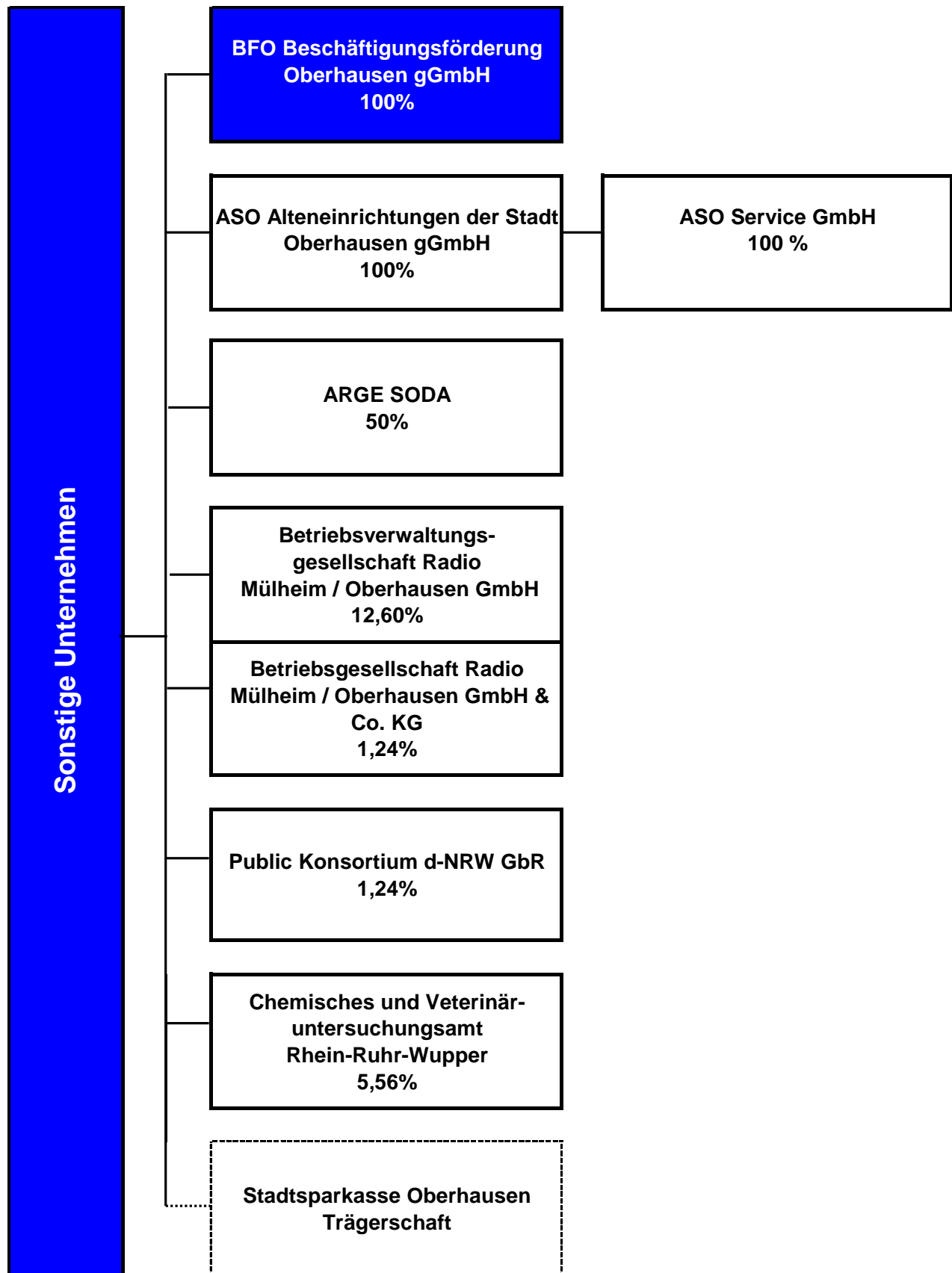
	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,69	90,23	88,27	%
Eigenkapitalquote:	29,94	29,89	31,15	%
Fremdkapitalquote:	70,06	70,11	68,85	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Gesellschaften





BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/46839100
Fax 0208/46839111
e-Mail achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet -

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
 - Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
 - Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
 - Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
 - Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.2000
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.2000 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Kawicki, Achim

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Frind, Reinhard

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied gem. § 113 GO	Siodmak, Brigitte	wird vertreten durch Poß, Hans-Georg
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)

Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Koppers, Peter (Bgm.)
Mitglied	Leischen, Claudia	wird vertreten durch Kanders, Gerlind (Bgm.)
Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Loege, Josef (+ 15.05.2011)
Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Janßen, Anne
Mitglied	Kleine, Sancho	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm)
Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Schröckert, Sarah (Bgm.)
Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Poß, Hans-Georg	Pers. Stellvertretung für Siodmak, Brigitte
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Koppers, Peter	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen (Bgm.)
stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
stellv. Mitglied	Loege, Josef (+ 15.05.2011)	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Kanders, Gerlind	Pers. Stellvertretung für Leischen, Claudia (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Kleine, Sancho (Bgm.)
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Schröckert, Sarah	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	57,84	3,7	51,83	4,8	40,19	3,5	-11,64	-22,46
Umlaufvermögen	1.494,80	96,3	1.010,44	94,3	1.120,32	96,5	109,88	10,87
Rechnungsabgrenzungsposten	0,02	0,0	9,26	0,9	0,02	0,0	-9,24	-99,78
Passiva								
Eigenkapital	240,01	15,5	184,77	17,2	183,22	15,8	-1,55	-0,84
Rückstellungen	36,07	2,3	28,81	2,7	75,09	6,5	46,28	160,64
Verbindlichkeiten	1.276,57	82,2	820,32	76,6	902,22	77,7	81,90	9,98
Rechnungsabgrenzungsposten			37,63	3,5			-37,63	-100,00
Bilanzsumme	1.552,66	100,00	1.071,53	100,00	1.160,53	100,00	89,00	8,31

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			6.431,21
sonstige betriebliche Erträge	6.093,16	5.853,79	1,22
Materialaufwand	632,23	598,52	622,59
Personalaufwand	4.749,78	5.057,16	5.616,76
Abschreibungen	19,33	15,58	14,37
sonstige betriebliche Aufwendungen	296,80	248,83	182,74
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29,81	11,54	2,54
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,42	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	424,83	-55,18	-1,49
außerordentliche Aufwendungen	392,24		
außerordentliches Ergebnis	-392,24		
sonstige Steuern	0,07	0,07	0,07
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	32,52	-55,25	-1,55
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	32,52	-55,25	-1,55
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:			-0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,55	-29,90	-0,85	%
Cash-Flow:	51,86	-39,67	12,82	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28,88	30,17	29,11	T€
Personalaufwandsquote:	77,95	86,39	87,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,73	4,62	3,35	%
Eigenkapitalquote:	15,46	17,24	15,79	%
Fremdkapitalquote:	84,54	82,76	84,21	%

e) Lagebericht**1. Ausgangslage**

Mit in Kraft treten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch SGB II) im Jahr 2005 wurde die BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO) auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 des Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft in Oberhausen (ARGE SODA) vom 16.11.2004 mit der Organisation und Koordination sämtlicher von der ARGE SODA bewilligten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II (bis 31.12.2008 = § 16 Abs. 3 SGB II) beauftragt. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 stand fest, dass die bisherige Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen als Arbeitsgemeinschaft gem. § 44 b -alt- SGB II nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar ist und spätestens zum 01.01.2011 eine Neuregelung zur Umsetzung des SGB II erfolgen musste. Auch die Beauftragung der BFO mit der Organisation und Koordination sämtlicher von der ARGE SODA bewilligten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II lief damit zum 31.12.2010 aus. Im Rahmen der in Oberhausen zu treffenden Neuregelungen, war zwangsläufig auch die Zukunft der BFO zu regeln.

Für Oberhausen haben die beiden Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende Agentur für Arbeit Oberhausen (BA) und Stadt Oberhausen auf der Grundlage der Neuregelungen gegen Ende des Jahres 2010 entschieden - Entscheidungen des Rates der Stadt Oberhausen vom 20.09.2010 und 13.12.2010 -, die Aufgaben nach dem SGB II ab dem Jahr 2011 in der Organisationsform einer "Gemeinsamen Einrichtung als Jobcenter gem. § 44 b SGB II" (Jobcenter) wahrzunehmen. Die BA sah sich in den Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen nicht in der Lage, die Beauftragung der BFO in der bisherigen Form über den 31.12.2010 hinaus fortzusetzen. Tragendes Argument der BA war, die im Jahre 2004 - über die Stadt - vorgenommene vertragliche Einbindung der BFO, beinhalte die Übertragung von Kernaufgaben der BA auf die BFO. Das Kerngeschäft sei jedoch ausschließlich auf das Jobcenter übertragbar bzw. werde von diesem für die BA ausgeübt.

Vor diesem Hintergrund wurde daher zwischen Stadt und BA vereinbart, dass das neue Jobcenter Oberhausen "...mit bewährten Trägern in Oberhausen - dies schließt u. a. die BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH mit ein - ..." Rahmenvereinbarungen nach § 17 Abs. 2 SGB II über die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung gemäß § 16d Satz 2 SGB II schließen soll.

Es musste nun zunächst von einem Auslaufen der bewilligten Arbeitsgelegenheiten zum 31.12.2010 ausgegangen werden. Darüber hinaus war andererseits aber auch klar, dass das ab dem 01.01.2011 für die Umsetzung des SGB II zuständige Jobcenter Oberhausen erst zum 01.01.2011 seine Geschäfte aufnehmen konnte und erste Maßnahmebewilligungen erst im Laufe des ersten Halbjahres 2011 erfolgen werden können.

Um im Interesse aller Beteiligten, einen möglichst nahtlosen Übergang vom alten ins neue System zu gewährleisten, wurde mit Vereinbarung unter dem 20.08.2010 eine letzte Regelung nach dem alten System getroffen. In der Präambel dieser letzten Vereinbarung heißt es: „Um die laufenden Eintritte in Arbeitsgelegenheiten (AGH) in 2010 und den Übergang 2011 zu gewährleisten, verlängert sich vorbehaltlich anderslautender gesetzlicher Regelungen die Zielvereinbarung in 2011 zunächst für die Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.08.2011. Dies gilt für alle bis zum 31.12.2010 zugewiesenen AGH - Fälle. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird das Kündigungsrecht zum 30.11.2010 für das Jahr 2011 bezüglich dieser vorzeitigen Verlängerung aufgehoben“.

Zur Ausführung dieser „Übergangsregelung“ wurden durch die ARGE SODA im Jahr 2010 bewilligt:

- 40 Entgeltstellen vom 1.10.2010 bis zum 31.03.2011
- 75 Mehraufwandsstellen für selbstbetreuende Träger vom 01.12.2010 bis zum 31.03.2011
- 180 Mehraufwandsstellen für das BFO - Netzwerk gestaffelt ab 01.11.2010 und 01.12.2010 bis zum 31.08.2011.

2. Maßnahmeentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Zusammen mit den bereits für das Jahr 2010 bewilligten Stellenkontingenten stand im Jahr 2010 insgesamt wieder eine große Anzahl besetzbarer Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung. Trotz der fast über das ganze Jahr 2010 andauernden großen Unsicherheit zum weiteren Bestand der BFO, konnte durch den engagierten Einsatz der BFO - Stammbesellschaft sowohl im wirtschaftlichen als auch im maßnahme-bezogenen Bereich ein sehr positives Ergebnis erzielt werden.

Insgesamt wurden durch die BFO

- rund 2.000 Oberhausener Bürger/innen - zum Teil mehrfach - beraten und im Bedarfsfall sozialpädagogisch betreut,
- 1.182 Oberhausener Bürger/innen in Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante vermittelt,

- 281 Oberhausener Bürger/innen in Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante vermittelt,
 - 1.297 Teilnehmer/innen in Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante und 899 Beschäftigte in der Entgeltvariante (Mehrfachnennungen, da mehrere Schulungen pro Teilnehmer/in) wurden begleitend in 267 Projekten qualifiziert oder an externe Qualifizierungsträger für individuelle Qualifizierungen vermittelt.
- Die Inhalte der Qualifizierungen richteten sich nach den individuellen Bedürfnissen der Teilnehmer/innen. Im Hinblick auf die bereits erworbenen fachlichen und sozialen Kompetenzen wurden, in Bezug auf das anvisierte Tätigkeitsfeld auf dem 1. Arbeitsmarkt, die hierfür förderlichen Qualifizierungen durchgeführt. Eine steigende Zahl von Teilnehmer/innen haben keine Berufsausbildung und / oder sind den Strukturen des Arbeitsmarktes entwöhnt, so dass die Qualifizierungen für diesen Personenkreis zunächst sehr niedrigschwellig angelegt sein mussten.

Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2010 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

Wie unter 1. dargelegt, war das Jahr 2010 insbesondere von der Unsicherheit des Fortbestandes der BFO geprägt. Auf der Grundlage der gegebenen Ausgangslage und der von Bundesseite angekündigten erheblichen Mittelkürzung für Arbeitsmarktprojekte, musste im Rahmen einer Prognoseentscheidung davon ausgegangen werden, dass für die BFO zunächst nur die Tätigkeitsbereiche „Beratungsstelle Jugend und Beruf“ und „Übergangslösung für die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II“ für das Jahr 2011 feststehen. Darüber hinaus war klar, dass eine Neubeauftragung der BFO, wenn überhaupt nur in erheblich reduziertem Umfang möglich sein wird. Entsprechende Personalanpassungsmaßnahmen waren deshalb unvermeidbar und wurden im Jahr 2010 eingeleitet bzw. bereits konkret umgesetzt.

4. Ausblick

Neben den noch zu erledigenden Restarbeiten aus den am 31.12.2010 ausgelaufenen Maßnahmen und der Umsetzung der „Übergangslösung“ ist die BFO zwischenzeitlich durch Abschluss einer „Rahmenvereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II“ mit der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung gemäß § 16 d Satz 2 SGB II beauftragt worden. Allerdings ist dies nur in erheblich verringertem Umfang und - aufgrund der „Kernaufgabenproblematik“ - auch mit verändertem Inhalt geschehen. Konkret sind nur noch 165 Plätze mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2011 in der zusätzlich gem. § 1 der Rahmenvereinbarung abzuschließenden Teilvereinbarung - diese setzt die konkreten Kontingente fest - vereinbart. Die bislang neben den Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung auch durch die BFO wahrgenommene Koordination und Organisation der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante entfällt zukünftig ganz. Mit Ausschlaggebend für die starke Verringerung der Maßnahmeplätze ist insbesondere auch die für das Jahr 2011 vorgenommene starke Kürzung der entsprechenden Haushaltsmittel des Bundes (-25 % bei den Eingliederungsleistungen).

Die Geschäftsführung der BFO hat unter Beachtung der erforderlichen und teilweise bereits im Jahr 2010 durchgeführten bzw. eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen einen Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 aufgestellt, der den Bestand der BFO für das Jahr 2011 sichert.

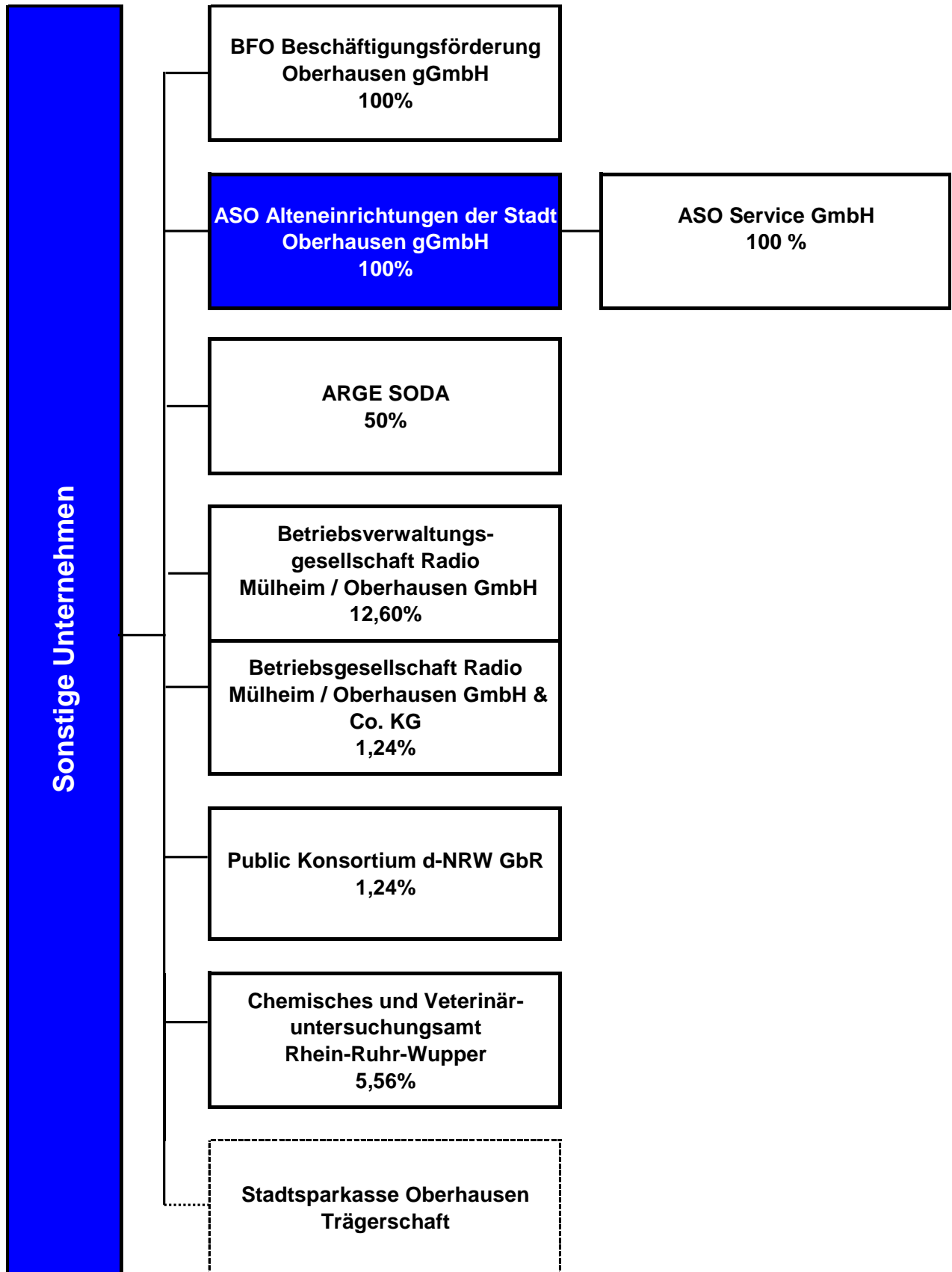
Eine Prognose über das Jahr 2011 hinaus ist derzeit leider nur bedingt möglich. Die Rahmenvereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II hat zwar eine Laufzeit bis zum 28.02.2013, beinhaltet jedoch keinen Anspruch auf Abschluss weiterer über den 31.12.2011 hinausgehender Teilvereinbarungen. Darüber hinaus ist in der Präambel der Rahmenvereinbarung festgelegt, „Die konkrete Anzahl der Plätze wird durch die Teilvereinbarung geregelt, deren Abschluss unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der erforderlichen Haushaltsmittel stehen.“

Fazit

Es ist gelungen, die BFO auch unter den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen in die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante nach § 16 d SGB II einzubeziehen. Damit ist der Betrieb der BFO in kleinerem Umfang – zunächst bis zum 31.12.2011 – gesichert. Ob und welche Perspektiven über das Jahr 2011 hinaus bestehen, ist insbesondere von der Höhe der für Arbeitsgelegenheiten in Zukunft bereitgestellten Mittel und von der Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitischen Instrumente abhängig.

Oberhausen, 12.04.2011

Achim Kawicki
Geschäftsführer



ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911
Fax 0208/691770
e-Mail udo.spiecker@oberhausen.de
Internet <http://www.aso-ggmbh.de/>

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Spiecker, Udo

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Frind, Reinhard

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Maria
	Mitglied gem. § 113 GO	Poß, Hans-Georg	wird vertreten durch Siodmak, Brigitte
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Koppers, Peter (Bgm.)

Mitglied	Leischen, Claudia	wird vertreten durch Kanders, Gerlind (Bgm.)
Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus (Bgm.)
Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Pascheberg, René
Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Loege, Josef (+ 15.05.2011)
Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Janßen, Anne
Mitglied	Kleine, Sancho	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm)
Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Schröckert, Sarah (Bgm.)
Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Siodmak, Brigitte	Pers. Stellvertretung für Poß, Hans-Georg
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Koppers, Peter	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen (Bgm.)
stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
stellv. Mitglied	Loege, Josef (+ 15.05.2011)	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten
stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Kanders, Gerlind	Pers. Stellvertretung für Leischen, Claudia (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Kleine, Sancho (Bgm.)
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Schröckert, Sarah	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Holtz, Gerd

c) Beteiligungen

unmittelbar

ASO Service GmbH

T€ %

25,00 100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes					578,76	5,4	578,76	
Anlagevermögen	1.264,99	11,5	1.709,09	15,3	998,81	9,3	-710,28	-41,56
Umlaufvermögen	9.733,11	88,4	9.450,87	84,7	9.156,23	85,3	-294,64	-3,12
Rechnungsabgrenzungsposten	10,09	0,1	1,16	0,0	1,57	0,0	0,41	35,34
Passiva								
Eigenkapital	3.625,90	32,9	3.956,20	35,4	4.327,43	40,3	371,23	9,38
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,90	0,0	0,22	0,0	0,18	0,0	-0,04	-18,18
Rückstellungen	5.249,35	47,7	5.030,53	45,1	4.660,00	43,4	-370,53	-7,37
Verbindlichkeiten	2.132,04	19,4	2.174,17	19,5	1.747,76	16,3	-426,41	-19,61
Bilanzsumme	11.008,18	100,00	11.161,11	100,00	10.735,37	100,00	-425,74	-3,81

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.697,05	22.476,56	21.008,68
andere aktivierte Eigenleistungen	1,73	0,68	
sonstige betriebliche Erträge	790,42	1.449,24	3.049,56
Materialaufwand	4.003,29	4.345,37	4.359,42
Personalaufwand	14.259,97	14.182,56	13.311,02
Abschreibungen	264,87	235,41	223,33
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.677,20	4.913,43	5.807,52
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			0,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	294,59	102,40	33,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23,06	21,89	20,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	555,40	330,22	370,66
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,38	-0,08	-0,57
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	555,77	330,30	371,23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	555,77	330,30	371,23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,45	1,47	1,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,10	9,11	9,38	%
Cash-Flow:	820,65	565,71	594,56	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	52,43	55,00	58,54	T€
Personalaufwandsquote:	60,71	59,28	55,33	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,22	9,92	9,07	%
Eigenkapitalquote:	32,94	35,45	40,31	%
Fremdkapitalquote:	67,06	64,55	59,69	%

e) Lagebericht**I. Entwicklung des operativen Geschäfts**

Erwartungsgemäß hatten sich der Rat der Stadt und der ASO Aufsichtsrat gegen den ursprünglich geplanten Ersatzneubau und für die Aufgabe des Heimbetriebs im „Haus am Brunnen“ ausgesprochen. Während die ASO gGmbH noch zum Beginn des Berichtsjahres 4 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 581 Plätzen betrieben hatte, wurden von ihr zum 31.12.2010 insgesamt noch 479 Plätze angeboten. Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA Park“ sowie 320 Plätze auf das „Louise Schroeder Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 96,9 Prozent ohne Haus am Brunnen ein nahezu gleiches Auslastungsniveau erreicht werden.

Mit 99,3 Prozent liegt die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ und mit 99,0 Prozent in der „Seniorenresidenz am OLGA Park“ auf ungefähr gleicher Höhe wie im Jahr 2009. Dort wurden 99,1 Prozent bzw. 99,0 Prozent erreicht. Trotz der anfänglich niedrigen Auslastung von nur etwa 94,0 Prozent konnte diese im „Louise Schroeder Heim“ im Laufe des Berichtsjahres auf insgesamt 95,7 Prozent gesteigert werden.

Das „Louise Schroeder Tagespflegezentrum“ kann ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 100,8 Prozent bzw. 102,4 Prozent auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Häuslichen Pflegedienst der Elly Heuss Knapp Stiftung“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz in etwa auf Vorjahresniveau halten können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände der Elly Heuss Knapp Stiftung.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst unverändert insgesamt 180 Wohnungen. Die Auslastung lag wie im Vorjahr bei 100 Prozent. Auch im Berichtsjahr hat sich gezeigt, dass freiwerdende Wohnungen sofort erneut vermietet werden können. Dies belegt die Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes, die nicht allein in der Gebäudesubstanz, sondern vor allem in dem praktizierten Betreuungssystem wurzeln dürfte.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres**Vor dem Landgericht Duisburg anhängiges Verfahren gegen Bangel und Pläßmeier GBR**

Im Juni 2008 ist vor dem Landgericht Duisburg Klage erhoben worden. Am 05.08.2010 fand der erste mündliche Verhandlungstermin statt. Dieser hatte noch keine abschließenden Ergebnisse zu Tage gefördert. Aus Sicht des Unternehmens war jedoch ausgesprochen positiv, dass seitens des Gerichts ausgeführt wurde, dass entgegen dem Standpunkt der Beklagten – auch nach der erfolgten Inbetriebnahme der Seniorenresidenz am OLGA Park – noch Einrichtungsgegenstände aus der vertraglich vereinbarten Inventarliste abgerufen werden könnten. Die Gegenseite hatte bestritten, nach Abnahme des Gebäudes noch Gegenstände zur Verfügung stellen zu müssen. Die Weigerung der Gegenseite war seinerzeit ein Schwerpunkt der Klage bzw. der geltend gemachten Forderung.

Das Gericht hatte sich in dem Termin damit einverstanden erklärt, einen schriftlich begründeten Vergleichsvorschlag zu unterbreiten. Dazu ist es jedoch im Berichtsjahr nicht mehr gekommen.

Das Landgericht Duisburg hat jedoch unter dem 04.01.2011 einen Beschluss erlassen und darin noch einmal im Hinblick auf die Inventargegenstände seine Auffassung wiederholt. Unter anderem hat das Gericht in seinem Beschluss angeregt, hinsichtlich der anzuschaffenden Einzelgegenstände eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts wird zwischen den Anwälten ein Termin für eine Vergleichsverhandlung abgestimmt.

Klageerhebung gegen die Rechtsnachfolger der Firma Bangel und Plaßmeier GbR

Die Bangel und Plaßmeier GbR hatte das gepachtete Gebäude an die dänische Investorengruppe „K/S Zum Steigerhaus Oberhausen Tyksland“ veräußert. Im Mai 2009 musste diese vor dem Landgericht Duisburg verklagt werden, weil sie sich geweigert hatte, diverse Einrichtungsgegenstände im Gesamtwert von ca. 70.000,00 Euro zu beschaffen. Darüber hinaus wurde mit der Klage die Feststellung begehrt, dass das pro Jahr zur Verfügung zu stellende Budget jeweils auf die Folgejahre beaufschlagt wird, sofern es nicht verbraucht wurde.

Mit Urteil vom 25.02.2010 hatte das Landgericht Duisburg der Klage stattgegeben und die Kosten des Rechtsstreits voll umfänglich der Beklagten auferlegt. Die Gegenseite hat am 26.03.2010 Berufung eingelegt. Ein Senatstermin vor dem OLG Düsseldorf war für den 28.10.2010 geplant, hatte aber nicht stattgefunden. Gegenüber den Anwälten unseres Unternehmens hatte sich das OLG dahingehend erklärt, zur Erledigung des Rechtsstreits einen Vergleichsvorschlag zu unterbreiten. Dieser liegt jedoch zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch nicht vor.

Rechtliche Auseinandersetzung mit der jetzigen Verpächterin wegen eines Feuchtigkeitsschadens

In den Monaten April und Mai 2010 wurden in fünf Zimmern des Erdgeschosses der „Seniorenresidenz am OLGA Park“ feuchte Stellen bemerkt. In den Folgemonaten wurden unter Begleitung eines von der Gebäudeversicherung beauftragten Sachverständigen verschiedene Untersuchungen durchgeführt. Dabei wurde in einem Zimmer ein Abwasserrohrschaden festgestellt. Die von dem Sachverständigen veranlasste Sanierung war u.a. damit verbunden, dass dieses Zimmer für knapp drei Monate „freigezogen“ werden musste. Ein weiteres Zimmer war aufgrund der sichtbaren Feuchtigkeitsschäden an den Wänden und der fehlenden Instandsetzungsbereitschaft der Verpächterin knapp sechs Wochen nicht vermietet gewesen. Seitens des Sachverständigen wurde zunächst nicht ausgeschlossen, dass ggf. ein kompletter Gebäudeabschnitt mit 13 Zimmern „freigezogen“ werden müsste. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts wird damit jedoch nicht mehr gerechnet, sondern angenommen, dass die ggf. noch vorhandene Restfeuchte im Boden und/oder Wandbereich sich von selbst verflüchtigt.

Der ASO gGmbH ist durch die fehlende Vermietungsmöglichkeit der beiden Zimmer ein Entgeltausfallschaden in Höhe von knapp 10.000,00 Euro entstanden. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts muss davon ausgegangen werden, dass der vorgenannte Betrag von der Verpächterin nicht freiwillig anerkannt wird, sondern klageweise geltend gemacht werden muss. Da im Rahmen der Sanierung eines der beiden Zimmer ohne vorherige Absprache anstelle der in allen Nasszellen verlegten bräunlichen Fliesen ein grauer Fliesenbelag verbaut wurde, besteht auch insoweit im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch ein weiterer Streitgegenstand.

Abwicklung der Aufgabe des Heimbetriebs im „Haus am Brunnen“

Unmittelbar nachdem feststand, dass es nicht zur Errichtung des ursprünglich geplanten Ersatzneubaus, sondern allein zur Aufgabe des Heimbetriebs im „Haus am Brunnen“ kommen würde, wurde das Prozedere mit allen Betroffenen (Bewohnerinnen und Bewohner, Angehörige und Betreuer) kommuniziert. Zugesagt wurde allen Betagten, die bereits in einem Einzelzimmer leben würden, ihnen ebenfalls ein solches in einem der anderen drei Heime des Unternehmens anzubieten. In der zweiten Maiwoche wurde mit den ersten Umzügen begonnen und bereits am 02.10.2010 konnte die Heimaufgabe abgeschlossen werden. Mit Ausnahme von vier Bewohnern wollten alle anderen 90 weiterhin in einer der anderen drei ASO Einrichtungen wohnen bleiben. Insgesamt wurden 74 Umzüge vorbereitet und durchgeführt, und zwar 60 zum „Louise Schroeder Heim“ sowie 14 Umzüge zum „Haus Bronkhorstfeld.“

Erfreulich ist, dass sich Betagte und Angehörige gleichermaßen positiv zu dem praktizierten Verfahren der Heimaufgabe und zu dem angebotenen neuen Heimplatz geäußert hatten. Insgesamt ist es gelungen, während des Aufgabeprozesses die stellenmäßige Besetzung aller Einrichtungen dem jeweils geringeren Platzangebot anzupassen. Dadurch konnten personelle Überhänge bzw. nicht refinanzierte Personalkosten weitestgehend vermieden werden. Insgesamt reduzierte sich der Kreis der im Unternehmen Beschäftigten von 442 auf 386. Der Abbau wurde ohne betriebsbedingte Kündigungen vorgenommen, erfolgte insbesondere durch das Auslaufen befristeter Verträge.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly Heuss Knapp Stiftung

Im Lagebericht 2009 wurde umfassend dargestellt, aus welchen Gründen es aller Voraussicht nach nicht zu dem im Februar 2009 beschlossenen Ersatzneubau auf dem Gelände der Elly Heuss Knapp Stiftung kommen würde. Der Aufsichtsrat der ASO gGmbH hatte sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorgesehen hatte. Formal wurde abschließend vom Rat der Stadt am 03.05.2010 beschlossen, den ursprünglichen Baubeschluss aufzuheben und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ einzustellen. Zugleich wurde beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Diese wurde zugleich verpflichtet, die noch auf dem Haus liegenden Darlehensverpflichtungen auch nach dem Abriss dauerhaft zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO Aufsichtsrat hatten sich im Berichtsjahr dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss freiwerdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer vom Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen und den Erwerb durch die ASO gGmbH vorzubereiten. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly Heuss Knapp Stiftung bzw. die damit verbundenen Kosten über das Architekturbüro Dr. Schramm Frohnemann Partner/Gelsenkirchen geklärt werden.

Die Abarbeitung der Prüfaufträge hat im Dezember 2010 hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gebäudestruktur zu abschließenden Entscheidungen geführt:

- Der Saal der Elly Heuss Knapp Stiftung wird nicht abgerissen, sondern soll unter Berücksichtigung der dem Aufsichtsrat vorgelegten Grobplanung neu gestaltet werden.
- Die mit dem Abriss vom „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten trägt die ASO gGmbH.
- Die durch den Abriss freiwerdende Fläche soll zum Bau betreuter Altenwohnungen genutzt werden.

Der bereits im Mai 2010 vorgestellte Nutzungsvorschlag für die freiwerdende Fläche wurde im Dezember um die Erarbeitung einer weiteren Nutzungsalternative ergänzt. Diese sah nunmehr die Errichtung von zwei sich gegenüberliegenden Gebäuden mit 26 bzw. 24 öffentlich geförderten Wohnungen vor. Von den geplanten 50 Wohnungseinheiten sollen 38 als Ein Personen Wohnungen sowie 12 als Zwei Personen Wohnungen errichtet werden. Den geschätzten Kosten von 6,3 Millionen Euro könnten eventuell Förderungsmöglichkeiten in Höhe von ca. 4,5 Millionen Euro gegenüberstehen. Ob und wann gegebenenfalls Fördermittel in Anspruch genommen werden können, ließ sich zum Ende des Berichtsjahres noch nicht sagen und dürfte sich wohl auch erst im Laufe des ersten Halbjahres 2011 abzeichnen. Sollte das geplante Projekt nicht in dem erhofften Umfang oder in dem erhofften Zeitrahmen gefördert werden, müsste vom Aufsichtsrat entschieden werden, ob mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln des Unternehmens ein kleineres frei finanziertes Projekt realisiert werden soll.

Am 24.01.2011 wurde der Förderantrag gestellt. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichts kann über den Ausgang des Antragsverfahrens noch nichts gesagt werden.

Abbau von 20 stationären Pflegeplätzen im Louise Schroeder Heim

Seit dem Abschluss der umfassenden Modernisierung von Haus 2 des „Louise Schroeder Heims“ im Jahre 2003 umfasst dieses insgesamt 320 stationäre Pflegeplätze.

Die Baumaßnahme wurde seinerzeit durch eine Darlehensgewährung über den Landschaftsverband Rheinland gefördert. Der damalige Zuwendungsbescheid sah unter anderem als spätere Zielgröße eine Platzzahl von 300 stationären Plätzen vor. Mit dem LVR wurde damals vereinbart, den Zeitpunkt der Zielerreichung unter anderem von der Bedarfssituation bzw. der örtlichen Nachfragesituation abhängig zu machen.

In der Vergangenheit standen Nachfrage bzw. der Bedarf dem geplanten Abbau von 20 Plätzen entgegen. Im Berichtsjahr hat sich jedoch die seit geraumer Zeit beobachtete Entwicklung bestätigt, dass gerade die Nachfrage nach Einzelzimmern enorm gestiegen und zugleich die Nachfrage nach den im Haus 3 des „Louise Schroeder Heims“ vorhandenen Doppelzimmern stark zurückgegangen ist.

Deshalb wurde mit dem Landschaftsverband erneut das Gespräch gesucht und der beabsichtigte Platzabbau einvernehmlich abgestimmt: Im Rahmen der normalen Fluktuation sowohl aufseiten der Pflegebedürftigen als auch aufseiten des Personals soll der angedachte Platzabbau durch Umwandlung von insgesamt 20 Doppelzimmern zu künftigen Einzelzimmern umgesetzt werden, und zwar ausnahmslos im Bereich von Haus 3. Der Platzabbau wird – verteilt auf alle Funktionsbereiche – insgesamt zu einem Abbau von insgesamt etwa 10 Vollkraftstellen führen. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts sind bereits 13 Pflegeplätze abgebaut worden.

III. Darstellung der Ertrags , Vermögens und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2010 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 371 TEUR (Vorjahr 330 TEUR).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 1.468 TEUR von 22.476 TEUR auf 21.008 TEUR und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung) sowie aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein Westfalen).

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Geschäftsjahr um 1.601 TEUR auf 3.050 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen mit 2.318 TEUR.

Der Materialaufwand erreichte mit 4.359 TEUR in etwa das Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand ging um 707 TEUR auf 13.311 TEUR durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der Abwicklung des Heimbetriebs im „Haus am Brunnen“ zurück.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 856 TEUR auf 5.808 TEUR. Während insbesondere die Aufwendungen für Instandhaltung aufgrund von Zuführungen zu Rückstellungen des Vorjahres stark zurückgingen, kam es bei den Mieten und Pachten durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung zu erheblichen Mehrbelastungen, die diesen positiven Effekt überkompensierten.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich schließlich aufgrund gesunkener Verzinsung von Guthabenkonten um 67 TEUR.

Vermögens und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 4.474 TEUR (Vorjahr 2.511 TEUR) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 56 % nach 38 % am Vorbilanzstichtag gestiegen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 4.657 TEUR (Vorjahr 2.605 T€) gestiegen und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 2,3 Monate (Vorjahr 1,3 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2010 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes im März 2011 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

V. Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

VI. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich das Unternehmen auch in Zukunft gegenüber der örtlichen Konkurrenz am Pflegemarkt behaupten kann. Erfreulicherweise ist auch die Auslastung des „Louise Schroeder Heims“ gestiegen. Für die beiden anderen stationären Einrichtungen wird aufgrund der ausschließlichen Einzelzimmer auch weiterhin mit einer nahezu vollständigen Auslastung gerechnet. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts wird ferner davon ausgegangen, dass der im vergangenen Jahr festgestellte Feuchtigkeitsschaden im Gebäude der „Seniorenresidenz am OLGA Park“ behoben ist und es deshalb auch nicht zu dem befürchteten Freiziehen eines ganzen Gebäudeabschnittes kommen wird.

Im Laufe des Jahres ist in Sterkrade mit der Eröffnung eines neuen Pflegeheims eines Mitbewerbers zu rechnen. Erfahrungsgemäß geht von neuen Einrichtungen in deren Eröffnungsphase eine gewisse Sogwirkung aus. Eine andauernde Schwächung der eigenen Wettbewerbsposition wird von dem neuen Haus jedoch nicht erwartet.

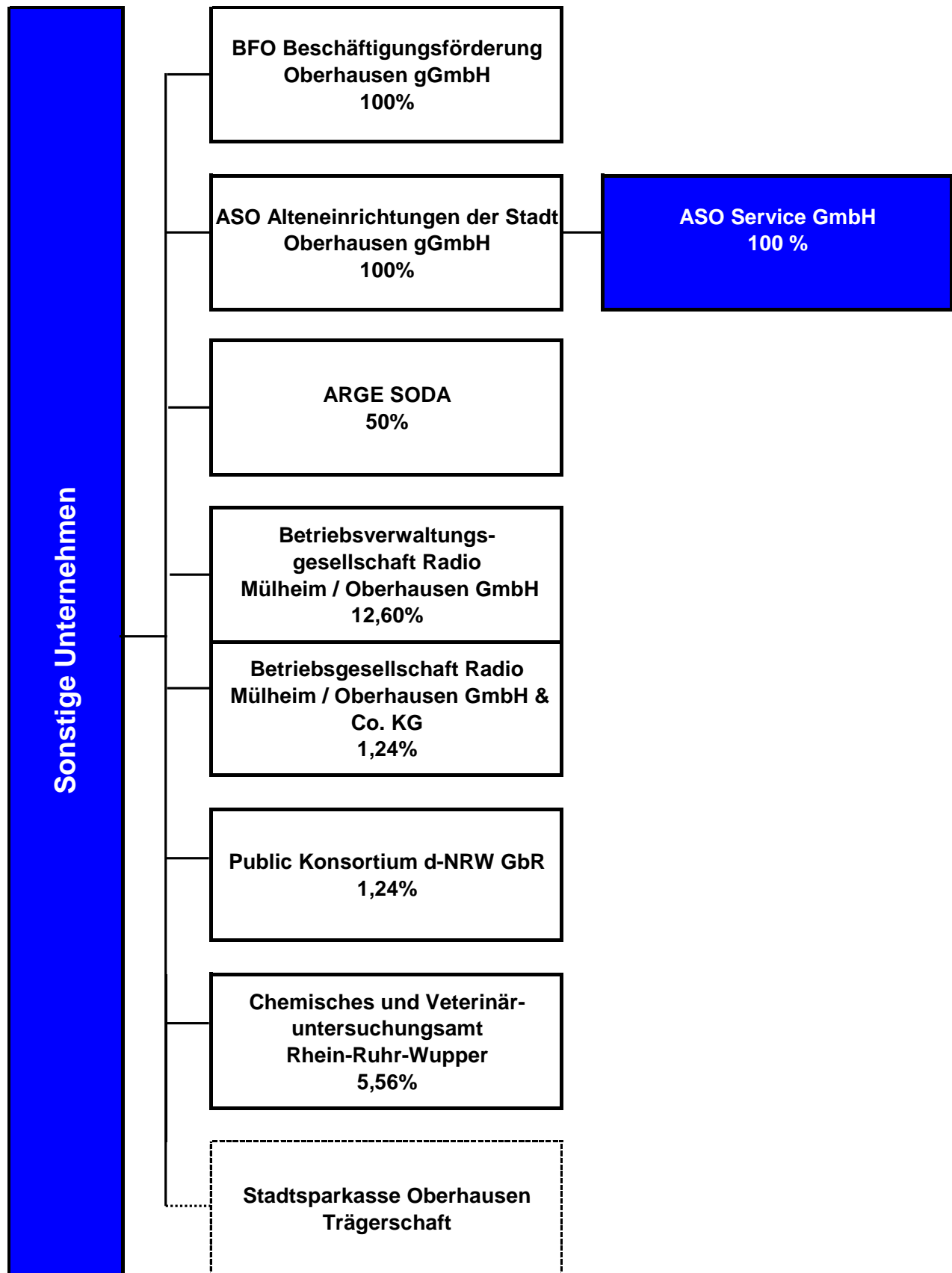
Der beabsichtigte Ausbau des Angebots an betreuten Wohnungen wird zweifellos zu einer Stärkung der eigenen Wettbewerbsposition führen. Die geplante Ergänzung stellt eine sinnvolle Stärkung dieses bewährten und stark nachgefragten ASO Betriebszweiges dar und wird zu einer weiteren Stabilisierung auch der Arbeitsplätze im Bereich des häuslichen Pflegedienstes führen. Durch die künftigen Mieterinnen und Mieter ist mit wünschenswerten Synergieeffekten im Sinne zusätzlicher Aufträge für den ambulanten Betriebszweig zu rechnen. Denn auch wenn die Mietparteien nicht verpflichtet sind und auch nicht vertraglich verpflichtet werden können, im Bedarfsfall den betriebseigenen ambulanten Dienst in Anspruch zu nehmen, so kann aufgrund der bisherigen Erfahrungen doch davon ausgegangen werden, dass sich die meisten Mietparteien im Bedarfsfall für den ASO eigenen Dienst entscheiden.

Oberhausen, den 25. Februar 2011

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

gez. Udo Spiecker

Geschäftsführer



ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911
Fax 0208/691770
e-Mail udo.spiecker@oberhausen.de
Internet -

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Spiecker, Udo

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Frind, Reinhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	32,55	100,0	34,48	100,0	37,23	100,0	2,75	7,98
Passiva								
Eigenkapital	25,00	76,8	25,00	72,5	25,00	67,1	0,00	0,00
Rückstellungen	3,00	9,2	3,00	8,7	6,04	16,2	3,04	101,33
Verbindlichkeiten	4,55	14,0	8,48	24,6	6,20	16,6	-2,28	-26,89
Bilanzsumme	32,55	100,00	34,48	100,00	37,23	100,00	2,75	7,98

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	467,23	589,37	645,13
sonstige betriebliche Erträge	1,11	0,50	
Personalaufwand	458,45	578,59	631,89
sonstige betriebliche Aufwendungen	9,89	11,27	13,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,01	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	14,30	14,60	33,12	T€
Personalaufwandsquote:	97,89	98,09	97,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	76,81	72,51	67,14	%
Fremdkapitalquote:	23,19	27,49	32,86	%

e) Lagebericht

1. Geschäfts und Rahmenbedingungen

1.1 Der ASO Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100% ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf 645.130,08 Euro.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2010 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 19,48 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 1,01 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 43,17 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2010 waren insgesamt 18 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 41 Mitarbeitenden besetzt.

Die veränderten Zahlenwerte sind auf den im Berichtsjahr vorgenommenen Abbau der 102 stationären Pflegeplätze im Haus am Brunnen und den damit korrespondierenden Stellenabbau im hauswirtschaftlichen Bereich zurückzuführen, insbesondere im Rahmen des Wohnbereichsassistenzdienstes.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 68 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2010 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 25 TEUR (Vorjahr 25 TEUR) der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 54 TEUR (Vorjahr 49 TEUR) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 2010 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes Anfang April 2010 hat es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation gegeben.

4. Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht ersichtlich.

5. Prognosebericht

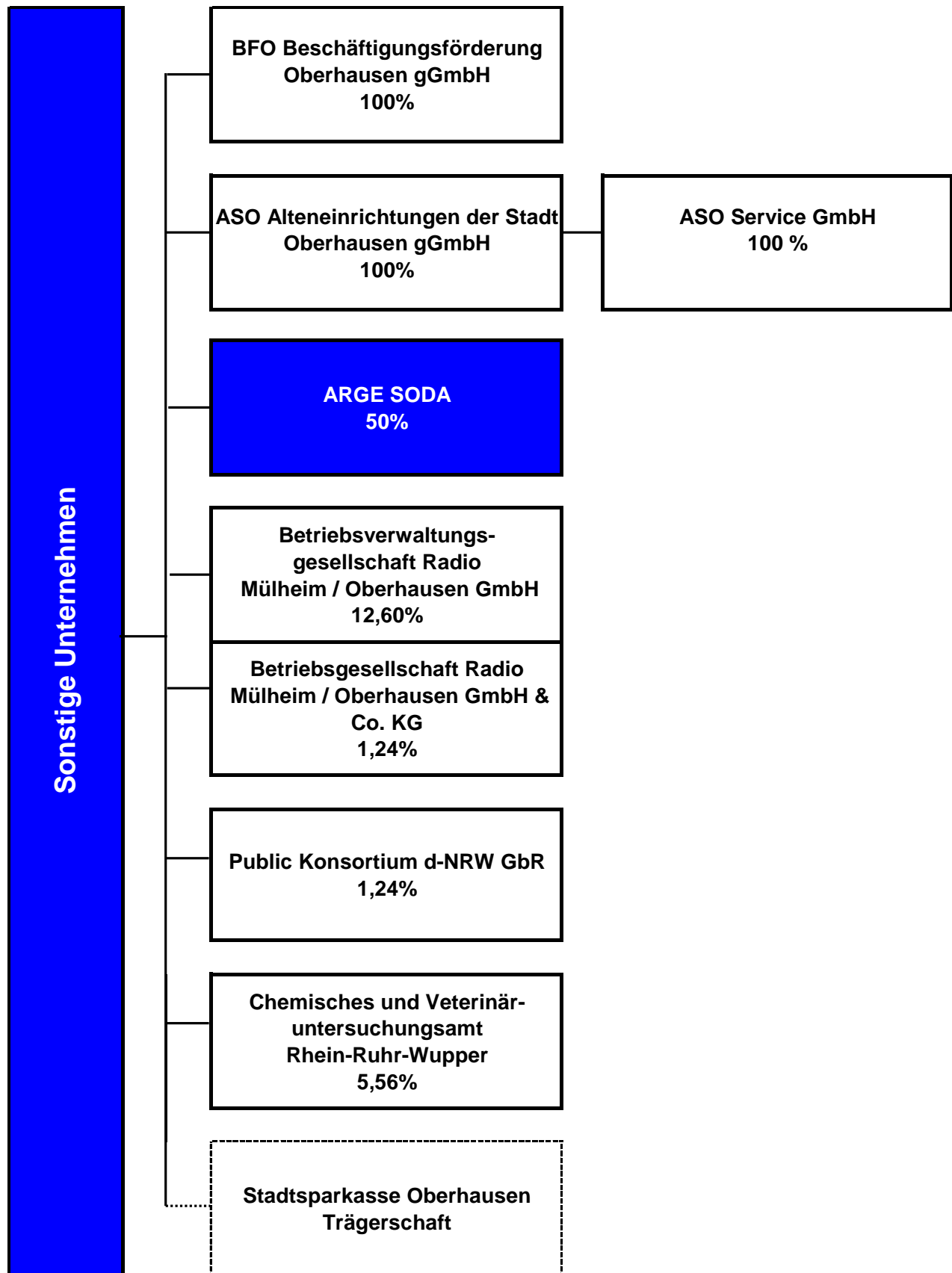
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese konnte in den letzten Jahren ihre Attraktivität durch die Eröffnung der beiden neuen stationären Einrichtungen (Haus Bronkhorstfeld, Seniorenresidenz am OLGA Park) und durch die Inbetriebnahme einer zweiten teilstationären Einrichtung (Tagespflegezentrum am Steigerhaus) erheblich steigern. Eine weitere Stärkung der Wettbewerbssituation des Mutterunternehmens wäre möglicherweise mit der Errichtung eines Ersatzneubaus für das "Haus am Brunnen" verbunden gewesen. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen hatten sich die Entscheidungsträger des ASO Eigenbetriebs und der ASO gGmbH jedoch gegen den zunächst geplanten Neubau und statt dessen für den Bau betreuter Altenwohnungen ausgesprochen.

Aus Sicht des Unternehmens wird sich auch die Erweiterung dieses Betriebszweiges positiv auf die Entwicklung der Muttergesellschaft am Markt auswirken. Zugleich ergäben sich durch die zu erwartende Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen zusätzliche Aufgaben für die Beschäftigten der ASO Service GmbH.

Oberhausen, 28. Februar 2011

Udo Spiecker

Geschäftsführer



ARGE SODA (Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt)**a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen**

Anschrift: Centroallee 273-277
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-62134301
 Fax 0208/8506855
 e-Mail SODA-Oberhausen@arge-sgb2.de
 Internet <http://www.arge-oberhausen.de/>

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der ARGE ist die Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende für die Agentur und die Kommune, die der ARGE durch Gesetz zugewiesen sind oder ihr von den Vertragspartnern auf der Grundlage dieses Vertrages übertragen werden.

Die ARGE nimmt gemäß § 44 b Abs. 3 Satz 1 SGBII sämtliche der Agentur nach dem SGB II obliegenden Aufgaben wahr.

Wichtige Verträge

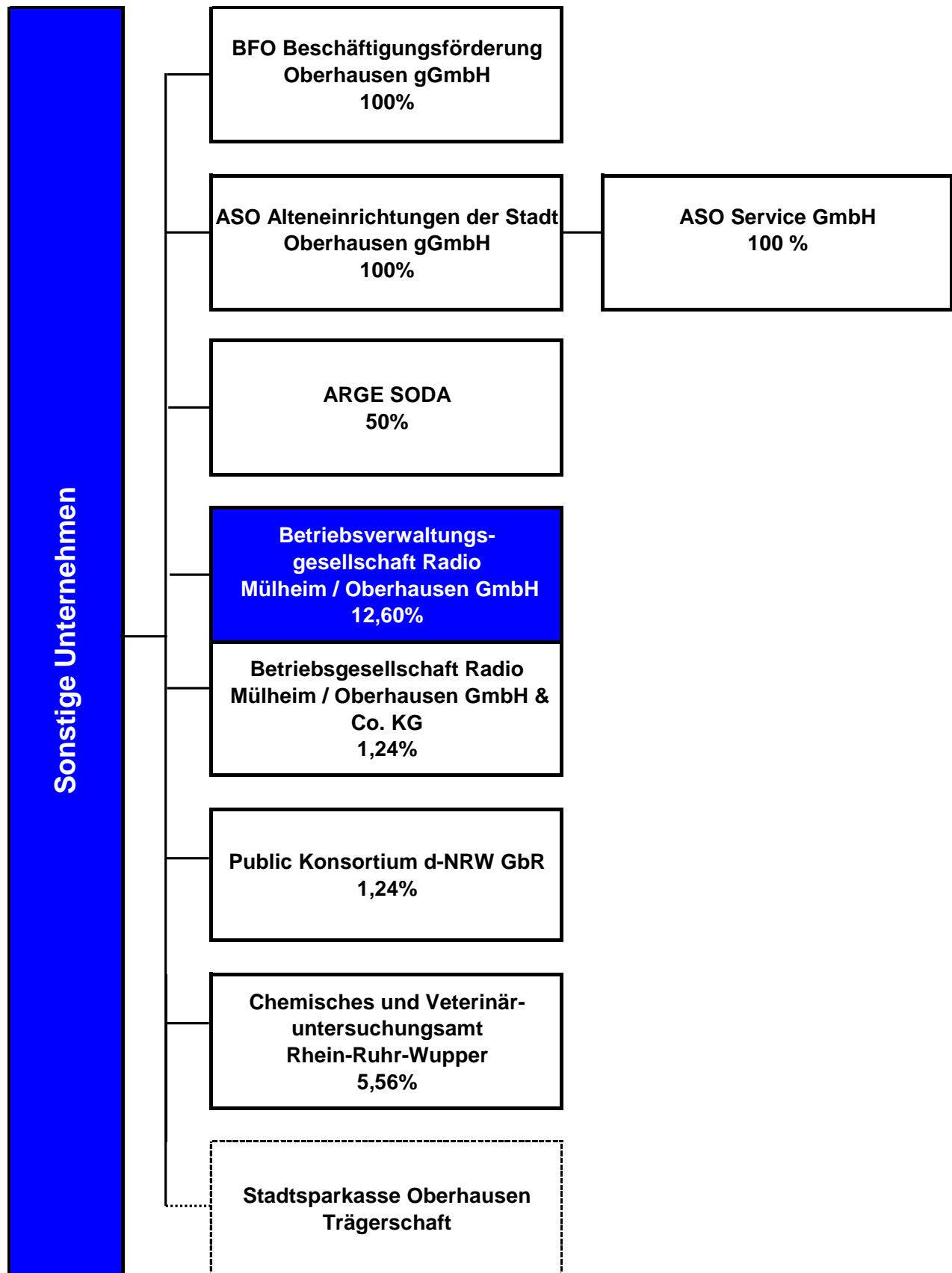
Stadt Oberhausen Vertrag über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß 44 b SGB II vom 16.11.2004

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:		Gleibs, Annette	
Trägerversammlung:		Frind, Reinhard	
		Klar, Andreas	
		Lehnert, Heinrich	
		Muss, Ralf	
		Nagels, Hans-Jürgen	
		Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
		Telli, Ercan	
		Draeger, Wolfgang	
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Poß, Hans-Georg	Stellvertretung für Herrn Frind
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks	Stellvertretung für Herrn Telli
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie	Stellvertretung für Frau Oberste-Kleinbeck
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike	Stellvertretung für Herrn Nagels
	stellv. Mitglied	Hübner, Katja	
Beirat:		Frind, Reinhard	
		Oberste-Kleinbeck, Kirsten	
		Willing-Spielmann, Ulrike	
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Poß, Hans-Georg	Stellvertretung für Herrn Frind
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks	Stellvertretung für Frau Oberste-Kleinbeck
	stellv. Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	Stellvertretung für Frau Willing-Spielmann

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.



Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0201/319390
Telefon 0208/4500794
Fax 0201/3193918
Fax 0208/4500739
e-Mail -
Internet <http://www.106.2radiooberhausen.de/>
Internet <http://www.92.9radiomuelheim.de/>

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Wichtige Verträge

Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für das Vertretungsgebiet der Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

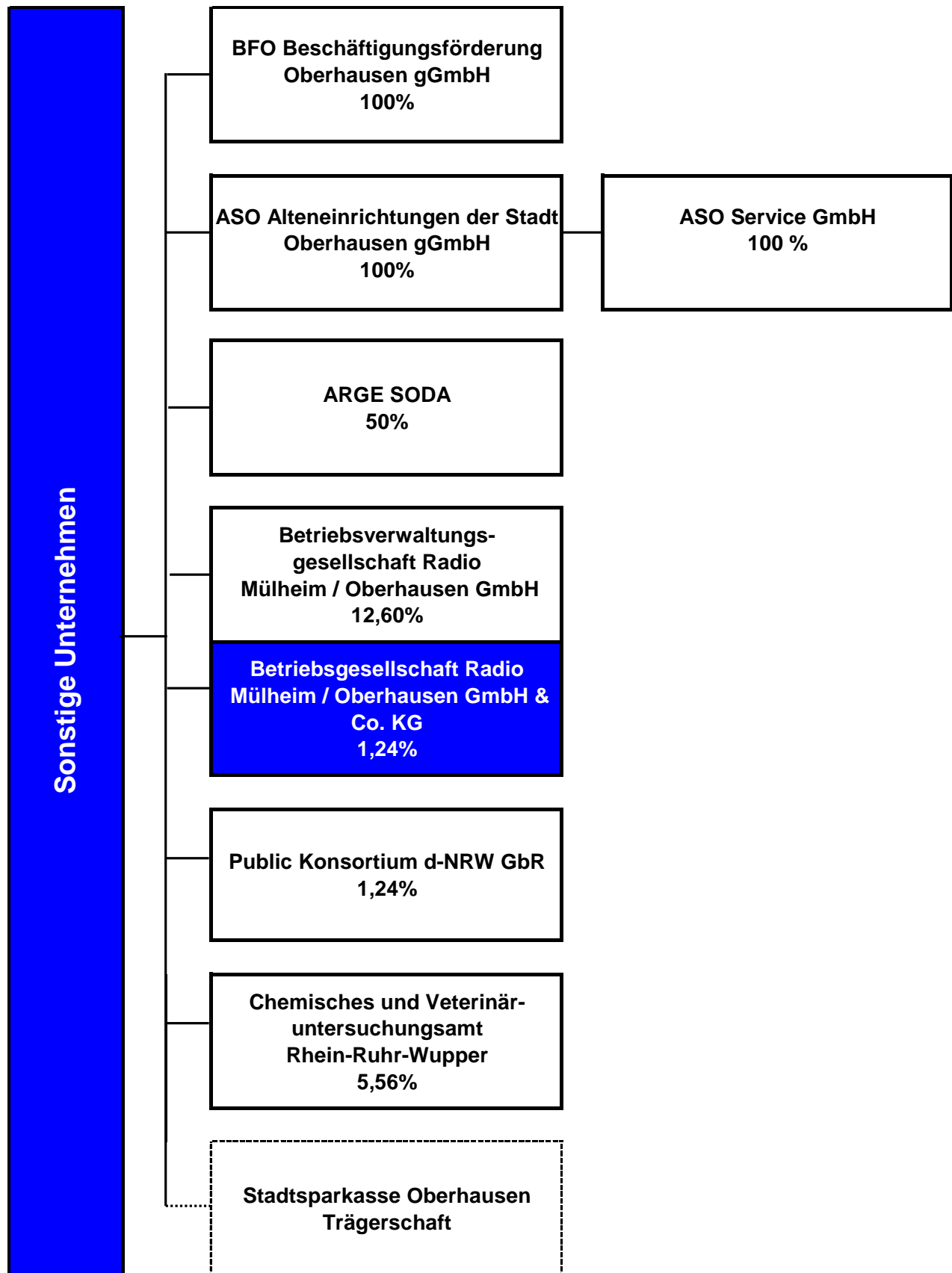
Geschäftsführung: Geschäftsführer Weske, Hans-Jürgen
Geschäftsführer Hölscher, Ulrich

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Prokura: Prokurist Raußmüller, Willy

e) Lagebericht

Mit Datum vom 06.10.2009 teilte die Bezirksregierung Düsseldorf mit, dass künftig für die Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH auf die Erstellung der Lageberichte verzichtet werden kann. Somit wurde kein Lagebericht erstellt.



Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0201/319390
Telefon 0208/4500764
Fax 0201/3193918
Fax 0208/4500739
e-Mail -
Internet <http://www.106.2radiooberhausen.de/>
Internet <http://www.92.9radiomuelheim.de/>

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.915,00

Gesellschafter:	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele	476,27	24,87
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.436,25	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weske, Hans-Jürgen
	Geschäftsführer	Hölscher, Ulrich
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht**Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken "Radio Mülheim" und "Radio Oberhausen". Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

radio NRW produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von Radio Mülheim und Radio Oberhausen gesendet wird. radio NRW lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2010 verbesserte sich das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland stetig. Der ifo-Geschäftsklima-Index verbesserte sich von Januar 2010 mit 95,9 Punkten bis Dezember 2010 auf 109,9 (Indexwert 2000 = 100,0). Vor allem die Einzelhändler stufen ihre aktuelle Geschäftslage im Dezember 2010 als sehr gut ein. Die Entwicklung in 2010 und die positive Erwartungshaltung, gerade bei den werbetreibenden Einzelhändlern, macht Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. (Quelle: www.ifo.de, "ifo Geschäftsklima Deutschland", Dezember 2010)

Der positive Trend zeigt sich ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt. Mit 7,7 % Arbeitslosenquote im Dezember 2010 liegt dieser Wert um 0,5 % unter dem Vorjahr. In ihrem Monatsbericht Dezember 2010 gibt die Bundesagentur für Arbeit an, dass „[...] die deutsche Wirtschaft 2010 eine starke konjunkturelle Erholung“ erlebte. „Das reale Bruttoinlandsprodukt ist nach aktuellen Einschätzungen jahresdurchschnittlich um 3,7 Prozent gewachsen, nach einem Einbruch von – 4,7 Prozent in 2009.“ (Quelle: www.arbeitsagentur.de, "Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland", Dezember und das Jahr 2010)

Auch der Werbemarkt 2010 entwickelte sich positiv. Die Werbeaufwendungen der Werbetreibenden in Deutschland erhöhten sich zum Vorjahr um 11,0 %. Auch wenn der Anteil der Gattung Radio auf 5,5 % zurückging (-0,3 %) konnten die Bruttowerbeumsätze um 5,2 % gesteigert werden. (Quelle: Nielsen Media Research GmbH/ RMS Werbetrend Januar-Dezember 2010)

Ertragslage

Die Umsätze konnten im Geschäftsjahr 2010 deutlich gesteigert werden und liegen mit 1.655 T€ um 256 T€ (+18,3 %) über dem Vorjahr.

Die Überschussbeteiligung von Radio NRW verbesserte sich für Radio Oberhausen und Radio Mülheim im Geschäftsjahr 2010 um 40 T€ auf 386 T€. Dieses ist vor allem auf die gestiegenen Reichweiten der Senders „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ zurückzuführen. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim“ lag mit 4,2 % (gem. E.M.A. NRW 2010 I) um 0,3 % über dem Vorjahreswert; dieser Wert verbesserte sich bei „Radio Oberhausen“ um 0,6 % auf 6,5 %. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag“ bei „Radio Mülheim“ verbesserte sich – gem. E.M.A. NRW 2010 I – auf 18,4 % (Vorjahr: 16,7 %). Bei „Radio Oberhausen“ steigerte sich die Anteil um 0,2 % auf 29,6 %.

Bei den Aufwendungen verringerten sich die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 198 T€. Dieses ist vor allem auf die Kostenreduzierungen beim Etat der Veranstaltergemeinschaften im Zuge des Restrukturierungsprozesses der Jahre 2009 und 2010 zurückzuführen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 503 T€ und liegt im Geschäftsjahr 2010 bei 51 T€.

Finanzlage

Der Cashflow ist positiv und hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.

Kapitalflussrechnung nach DRS 2:

	2010 T€	2009 T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit:</u>		
Periodenergebnis	50,8	-452,3
Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und auf immaterielle Vermögensgegenstände	79,5	91,5
Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	21,6	8,6
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0
Zunahme / Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12,8	-58,1
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-44,9	117,3
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	94,2	-293,0
<u>Investitionstätigkeit:</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände	-2,3	-4,9
Erlöse aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen	0,0	0,3
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2,3	-4,6
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Einzahlung aus Kapitalerhöhung der Gesellschafter	0,0	395,0
Haftungsrisikovergütung der Komplementärin	0,0	-2,6
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	392,4

Entwicklung des Finanzmittelfonds

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds

- Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	94,2	-293,0
- Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2,3	-4,6
- Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	0,0	392,4
	<u>91,9</u>	<u>94,8</u>
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>-94,1</u>	<u>-188,9</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	<u>-2,2</u>	<u>-94,1</u>
Veränderung Finanzmittelbestand	<u><u>91,9</u></u>	<u><u>94,8</u></u>

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbformen (inklusive Onlineangebote).

Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der WAZ Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert, da die Gesellschaft von der allgemein bekannten Bonität der WAZ Mediengruppe profitiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2010 bei 3.170 T€ und damit um 510 T€ unter dem Vorjahr. Auf der Passivseite verringerten sich die zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleisteten Einlagen um 395 T€ und die Verbindlichkeiten um 137 T€. Auf der Aktivseite reduzierte sich das Anlagevermögen um 77 T€ und der nicht gedeckte Fehlbetrag um 446 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme verringerte sich auf 3 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt 88 T€.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Im Geschäftsjahr 2010 war eine wirtschaftliche Erholung in Deutschland erkennbar. Für 2011 besteht die Hoffnung, dass dieser Trend gehalten und fortgeführt wird. Der deutsche Markt entwickelt sich deutlich positiver als im europäischen Ausland. Ein Rückschlag ist momentan nicht ersichtlich, jedoch noch nicht ganz auszuschließen.

Die Konkurrenzsituation für die Betriebsgesellschaften im Lokalfunk NRW ist unverändert. Neben der Konkurrenzsituation der verschiedenen Mediengattungen (Print, TV, Plakat, Online), stehen die privaten Radiogesellschaften weiter im Wettbewerb mit den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sendern. Der Marktdruck auf die Privatsender ist hoch, da sich diese ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanzieren müssen, was bei der gebührenfinanzierten Konkurrenz in dem Maße nicht gegeben ist.

Der Verkauf plant auch für das Geschäftsjahr 2011 innovative Angebote und Aktionen. In der 1. Jahreshälfte wird ein weiteres Neukundenprogramm starten, was die Werbetreibenden an das Medium Radio und die damit verbundenen, weiteren Werbemöglichkeiten (z. B. Mobile und/ oder Online über Sender-Homepages) binden soll. Durch die in der Zwischenzeit angewachsene Produktpalette und der weiteren Fortentwicklung von neuen Angebotsformen kann den Kunden ein attraktives Angebotsportfolio geboten werden. Diese vielfältigen Angebote sollen dazu führen, dass die Werbetreibenden ihre Werbe-Budgets verstärkt bei der Berichtsgesellschaft buchen bzw. dort belassen.

Rechtliche Risiken

Die befristet erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2010 um 5 Jahre bis zum 31.08.2015 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen.

Gesamtrisiko

In der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine bestandsgefährdenden Risiken identifiziert. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2011 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und, falls notwendig, entgegen getreten werden. Die Gesellschaft und der Sender sind wichtiger Bestandteil der Hörfunkbeteiligungen der WAZ Mediengruppe. Eine flächendeckende Verbreitung im Verbreitungsgebiet der WAZ Mediengruppe ist für die Vermarktung von Hörfunkwerbung für alle Sender ein wichtiger Faktor. Um den Fortbestand der Berichtsgesellschaft dauerhaft zu sichern, ist, neben der eigenen positiven Entwicklung, vor allem eine positive Geschäftsentwicklung samt positiver Ergebnisse der gesamten Hörfunkbeteiligungen der WAZ Mediengruppe entscheidend. Im Geschäftsjahr 2010 konnten die Ergebnisse über alle Hörfunkbeteiligungen verbessert werden und ein positives Ergebnis erzielt werden.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung der Betriebsgesellschaft verfügt über geeignete Planungs-, Reporting- und Controllingsysteme, die eine Risikobewertung und Steuerung der Gesellschaft ermöglicht. Durch ein implementiertes Risikomanagement können Risiken rechtzeitig erkannt werden. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2011 wird eine weitere positive Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in Deutschland erwartet. Das Geschäftsklima bei den Unternehmen steigt momentan stetig. Durch gezielte Aktivitäten im Verkauf soll das hohe Umsatzniveau von 2010 auch in diesem Jahr gehalten und möglichst ausgebaut werden. „Crossmediale“ Produkte sollen dazu dienen, individuelle Angebote für die Werbetreibenden zu entwickeln und die Intensität im Werbemarkt hoch zu halten. Neben dem Anspruch, langjährige Bestandskunden an die Gesellschaft zu binden, sollen weitere Neukunden durch eine spezielle Verkaufsaktion gewonnen werden. Die Kosten sollen auf Vorjahresniveau verbleiben.

Die landesweite Programmberatung im Jahr 2010 wird im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. Das Programm soll weiter optimiert und somit sowohl für Stamm-, als auch für Neuhörer, attraktiv gestaltet werden. Ein Ziel ist es, mit dem Programm die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre an den lokalen Hörfunk zu binden. Das Internetangebot des Senders wird stetig erweitert und bildet einen wichtigen Baustein bei der Hörer- und Kundenbindung.

Im Geschäftsjahr 2010 sind die Reichweiten gesunken, so dass hier für die E.M.A I 2011 mit geringeren Reichweiten für die Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gerechnet werden muss. Dieses wird sich negativ auf die Ausschüttungsbeträge von Radio NRW auswirken, was insgesamt zu Mindereinnahmen bei konstantem Kostenniveau führen wird.

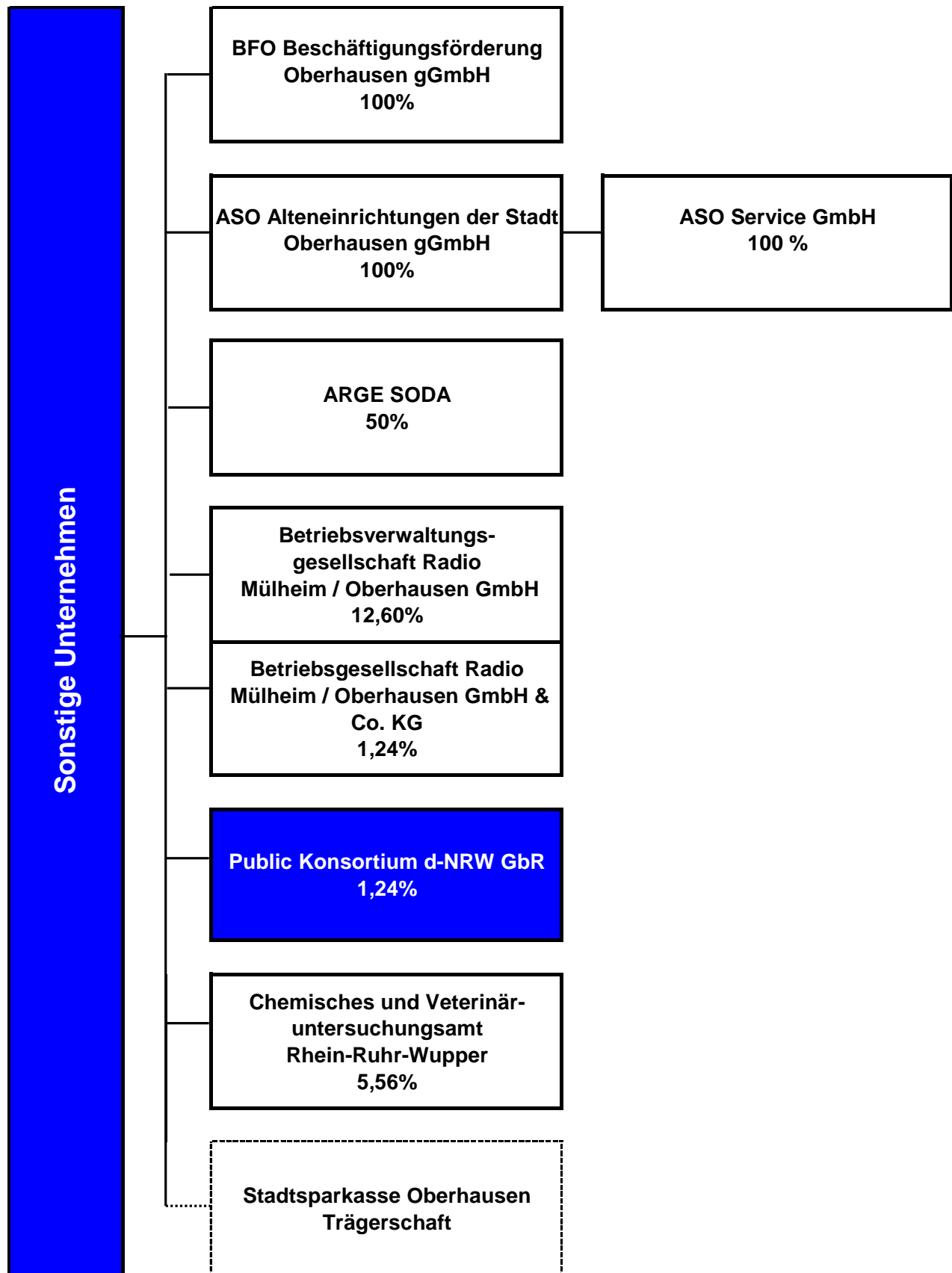
Für das Geschäftsjahr 2011 erwartet die Geschäftsführung daher ein schlechteres Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird angestrebt. Durch Reichweitensteigerungen des Senders erwartet die Geschäftsführung ab 2012 höhere Ausschüttungsbeträge seitens radio NRW. Dieses soll ab 2012 zu einer Verbesserung des Ergebnisses führen.

Eine Inanspruchnahme durch Gläubiger der Kommanditgesellschaft aus der persönlichen Haftung für Schulden der Kommanditgesellschaft ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt und ist auch nicht zu erwarten. Die bilanzielle Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen, die nur bedingt rückzahlbar sind, keine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne.

Essen, 04.03.2011

Hans-Jürgen Weske

Ulrich Hölscher



Public Konsortium d-NRW GbR

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lise-Meitner-Allee 4
44801 Bochum

Kontakt:

Telefon 0234/43870330

Fax 0234/43870335

e-Mail info@d-nrw.de

Internet -

Rechtsform: GbR

Stammkapital in T€: 1.321,04

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Systemhaus	35,33	2,67
GKD Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	35,73	2,70
(HABIT) Hagener Betrieb für Informationstechnologie Kreis Mettmann	8,81	0,67
krz Komm. Rechenzentrum Minden- Ravensberg/Lippe	10,90	0,83
KRZN Kamp-Lintfort	101,89	7,71
Land NRW	115,75	8,76
regio iT Aachen Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	963,62	72,94
Stadt Monheim	9,32	0,71
Stadt Oberhausen	16,33	1,24
	16,44	1,24

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung: Both, Markus

Konsortialversammlung: Mitglied gem. § 113 GO Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	20,00	80,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.020,00	87,5	1.250,00	87,7	1.250,00	94,6	0,00	0,00
Umlaufvermögen	146,01	12,5	176,06	12,3	71,28	5,4	-104,78	-59,51

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	1.159,21	99,4	1.291,87	90,6	1.318,30	99,8	26,43	2,05
Rückstellungen	4,59	0,4	3,29	0,2	2,98	0,2	-0,31	-9,42
Verbindlichkeiten	2,21	0,2	130,90	9,2			-130,90	-100,00

Bilanzsumme	1.166,01	100,00	1.426,06	100,00	1.321,28	100,00	-104,78	-7,35
--------------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	----------------	--------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0,62	1,35	0,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,03	4,24	3,05
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,15		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4,26	-2,88	-2,74
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-4,26	-2,88	-2,74
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-4,26	-2,88	-2,74

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,37	-0,22	-0,21	%
Cash-Flow:	-4,26	-2,88	-2,74	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	0,62	1,35	0,32	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	99,42	90,59	99,77	%
Fremdkapitalquote:	0,58	9,41	0,23	%

e) Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2010 war geprägt durch eine Erholung der Wirtschaftslage nach der weltweiten Bankenkrise. Hiervon hat auch die IT-Branche profitiert.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Einziges Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als Kommanditistin an der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund. Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur Beteiligungserträge aus der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Die d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2010 einen Gewinn von 54 T€ erwirtschaftet.

c) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2010 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Konsortialversammlung vom 17.11.2010 hat u.a. den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2009 festgestellt. Es erfolgte der Beschluss, dass gemäß § 10 (7) der Satzung ein Betrag in Höhe von 130.000 EUR als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG geleistet wird.

e) Personal- und Sozialbereich

Bei der Gesellschaft ist ausschließlich der Geschäftsführer angestellt.

f) sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Gruppe der Konsorten hat sich im Jahr 2010 um die Stadt Aachen und die regio iT aachen erweitert. Gespräche mit weiteren Kommunen in NRW zur Gewinnung weiterer Konsorten wurden im Jahr 2010 geführt und sollen im Jahr 2011 zu weiteren Beitritten führen.

Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für eine Veränderung dieser Situation im Jahr 2011 bestehen nicht.

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsgelde der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

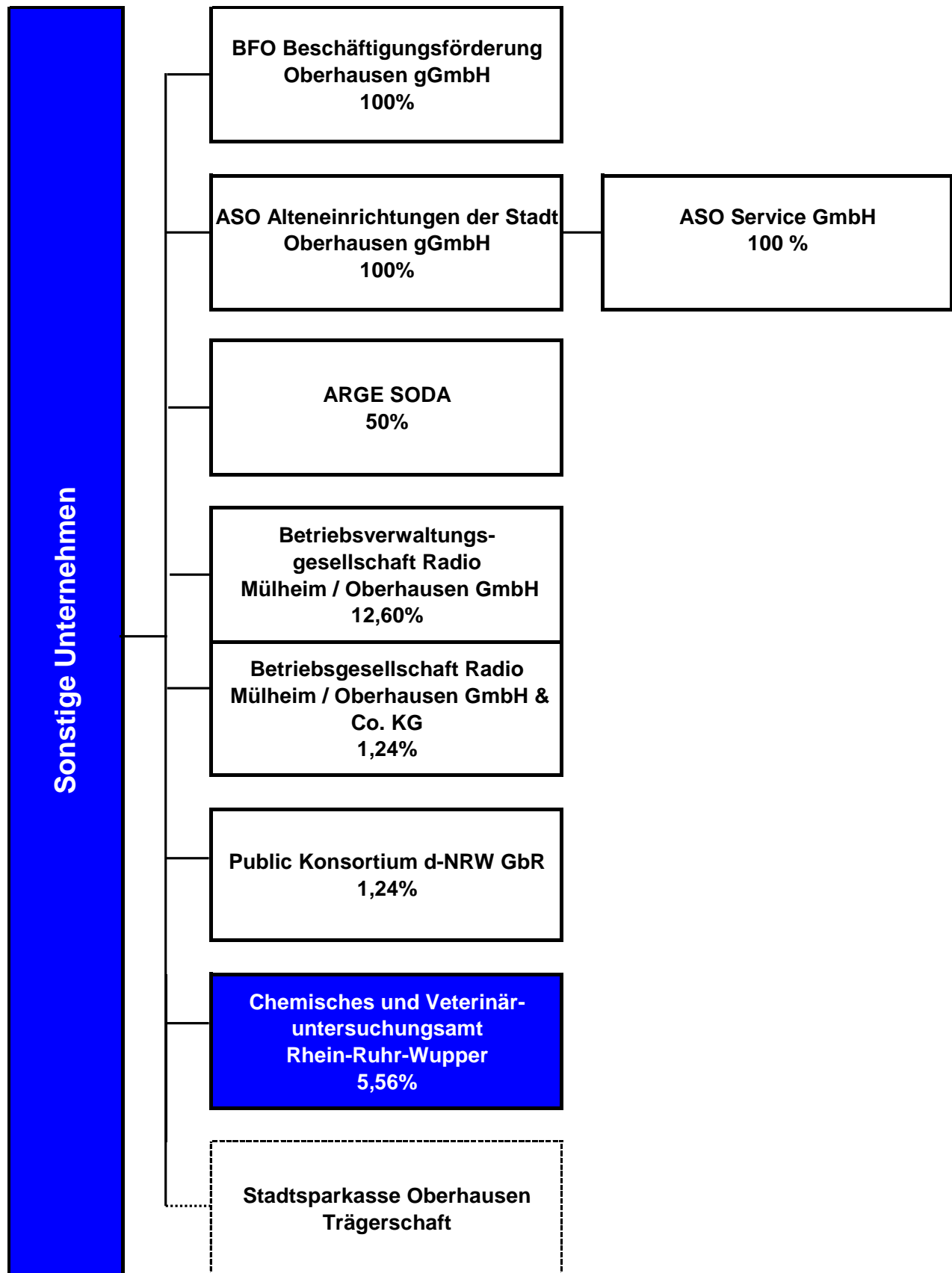
c) Ertragslage

Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG keine weiteren Erträge erwirtschaften.

Ausblick, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Chance sieht die Gesellschaft den Beitritt weiterer Konsorten. Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes und der positiven Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft nicht erkennbar.

Bochum, im Mai 2011
Markus Both (Geschäftsführer)



Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:
 Telefon 02151-849-0
 Fax 02151-849110
 e-Mail poststelle@cvua-rrw.nrw.de
 Internet <http://www.cvua-rrw.de/>

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Vorstand:

Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef Pöll, Reiner
--------------	----------------------------------

Verwaltungsrat:

Vorsitzender	Dr. Bottermann, Heinrich
stellv. Vorsitzende	Raskob, Simone
Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
Mitglied	Dr. Greulich, Peter
Mitglied	Bayer, Harald
Mitglied	Becker, Juliane
Mitglied	Beckmann, Jürgen

Mitglied	Dr. Steinfurt, Frank
Mitglied	Giesen, Peter
Mitglied	Krumbein, Robert
Mitglied	Zielke, Beate

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	31.12.2009		01.01.2009 Eröffnungsbilanz	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	4.766,67	23,8	5.221,48	42,0
Umlaufvermögen	15.132,52	75,5	7.210,68	58,0
Rechnungsabgrenzungsposten	138,35	0,7		

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	5.779,63	28,8	2.781,82	22,4
Rückstellungen	10.487,19	52,3	9.576,99	77,0
Verbindlichkeiten	3.403,32	17,0	73,36	0,6
Rechnungsabgrenzungsposten	367,40	1,8		

Bilanzsumme	20.037,54	100,00	12.432,16	100,00
--------------------	------------------	---------------	------------------	---------------

bb) GuV

	2009
	T€
Umsatzerlöse	18.165,72
sonstige betriebliche Erträge	3,55
Materialaufwand	8.305,51
Personalaufwand	2.208,06
Abschreibungen	1.021,80
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.867,24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	85,39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.852,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.852,06
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2.514,74
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	337,32

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

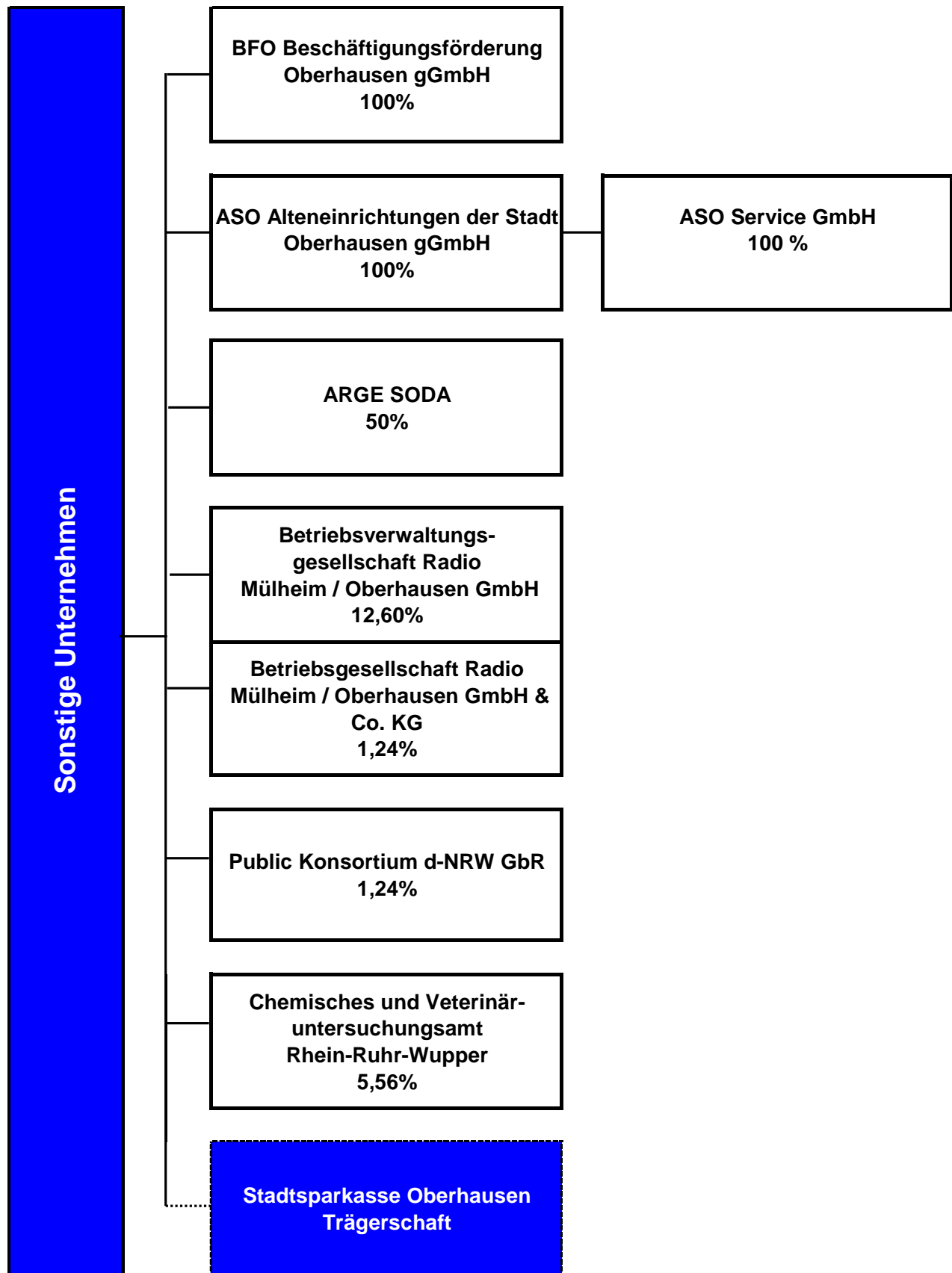
	31.12.2009	01.01.2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,70		%
Eigenkapitalrentabilität:	52,41		%
Cash-Flow:	3.873,86		T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	342,82		T€
Personalaufwandsquote:	12,15		%

**dd) Kennzahlen zur
Vermögens- und
Kapitalstruktur**

	31.12.2009	1.1.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,25	40,56	%
Eigenkapitalquote:	28,84	22,38	%
Fremdkapitalquote:	71,16	77,62	%

e) Lagebericht

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 lag bei Drucklegung des Beteiligungsberichtes nicht vor.



Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8340

Fax 0208/8343231

e-Mail info@stadtsparkasse-oberhausen.de

Internet <http://www.stadtsparkasse-oberhausen.de/>

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 0,00

Träger:		T€	%
	Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2010)

Vorstand:	Vorsitzender	Merzig, Karlheinz
	stellv. Vorsitzender	Salhofen, Ulrich J.
	Mitglied	de Koster, Thomas

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Wilke, Volker
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied	Janßen, Anne
	Mitglied	Nockmann, Thomas
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Scheike, Thomas
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef
	Mitglied	Steinke, Holger
	Mitglied	Wingens, Ursula
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied	Zimmermann, Thomas
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
stellv. Mitglied	Cordes, Hubert	
stellv. Mitglied	Flore, Manfred	

stellv. Mitglied	Jäntsich, Angelika
stellv. Mitglied	Loege, Josef (+ 15.05.2011)
stellv. Mitglied	Lorenschat, Manfred
stellv. Mitglied	Müthing, Christa
stellv. Mitglied	Nakot, Werner
stellv. Mitglied	Neumann, Britta
stellv. Mitglied	Schawohl, Holger
stellv. Mitglied	Schreiber, Reinhard (+ 24.04.2011)
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel
stellv. Mitglied	Zorn, Klaus
stellv. Mitglied	Zwingmann, Nina

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	18,04
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	30.614,64	1,75
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.612,29	1,65
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	744,34,00	1,57
S-Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
SDR S Dienstleistungs Rheinland GmbH & Co. KG	314,98	2,18
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & CO. KG	53,00	2,94
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	13,00
S-Service Rhein-Ruhr GmbH	127,00	51,00
S-Versicherungs- und Immobilienvermittlungs GmbH	100,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	T€	%
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	73.181,33	2,9	78.605,62	3,4	70.173,23	2,9	-8.432,39	-10,73
Forderungen an Kreditinstitute	408.974,69	16,3	294.224,16	12,5	317.352,70	13,2	23.128,54	7,86
Forderungen an Kunden	1.529.274,28	60,9	1.509.838,19	64,4	1.470.983,65	61,3	-38.854,54	-2,57
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	276.022,44	11,0	249.350,09	10,6	330.338,22	13,8	80.988,13	32,48
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	104.917,61	4,2	95.024,28	4,1	95.598,66	4,0	574,38	0,60
Beteiligungen	43.950,60	1,7	43.891,65	1,9	43.018,15	1,8	-873,50	-1,99
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	252,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	293,98	0,0	256,26	0,0	220,01	0,0	-36,25	-14,15
Immaterielle Anlagewerte	55,46	0,0	13,38	0,0	20,44	0,0	7,06	52,77
Sachanlagen	72.561,03	2,9	70.575,73	3,0	68.746,83	2,9	-1.828,90	-2,59
Sonstige Vermögensgegenstände	2.845,13	0,1	3.251,74	0,1	3.386,85	0,1	135,11	4,16
Rechnungsabgrenzungsposten	553,45	0,0	303,40	0,0	246,08	0,0	-57,32	-18,89
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	829.827,05	33,0	692.976,09	29,5	711.460,21	29,6	18.484,12	2,67
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.488.253,52	59,2	1.455.005,64	62,0	1.518.359,03	63,3	63.353,39	4,35
Verbriefte Verbindlichkeiten	52.860,03	2,1	43.230,55	1,8	15.573,75	0,6	-27.656,80	-63,98
Treuhandverbindlichkeiten	293,98	0,0	256,26	0,0	220,01	0,0	-36,25	-14,15
Sonstige Verbindlichkeiten	3.899,05	0,2	3.689,85	0,2	2.889,27	0,1	-800,58	-21,70
Rechnungsabgrenzungsposten	924,16	0,0	731,77	0,0	598,52	0,0	-133,25	-18,21
Rückstellungen	30.799,51	1,2	30.998,19	1,3	27.286,19	1,1	-3.712,00	-11,97
Nachrangige Verbindlichkeiten			10.497,13	0,4	13.167,77	0,5	2.670,64	25,44
Genußrechtskapital	2.407,63	0,1	2.332,93	0,1	2.271,24	0,1	-61,69	-2,64
Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.505,00	0,1	2.715,58	0,1	1.210,58	80,44
Eigenkapital	103.617,59	4,1	104.363,60	4,4	105.795,75	4,4	1.432,15	1,37
Bilanzsumme	2.512.882,51	100,00	2.345.587,01	100,00	2.400.337,33	100,00	54.750,32	2,33

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Zinserträge	127.972,69	107.034,58	99.092,46
Zinsaufwendungen	79.290,77	57.725,83	48.195,07
Laufende Erträge	5.924,65	5.044,07	5.637,27
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1.097,07	1.117,36	1.293,79
Provisionserträge	15.378,72	16.111,99	17.767,51
Provisionsaufwendungen	693,83	783,90	831,60
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	19,87	32,94	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	3.465,39	4.027,00	2.396,06
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	49.029,82	49.804,81	47.526,33
Personalaufwand	25.261,82	26.852,67	25.430,46
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.724,16	4.835,55	4.667,96
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.507,62	1.511,28	1.319,48
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	3.803,06	19.307,57	21.852,55
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	14.319,79		
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		2.223,58	315,86
Aufwendungen aus Verlustübernahmen			0,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	489,36	1.622,59	899,38
Außerordentliche Erträge			0,00
Außerordentliche Aufwendungen			482,04
Außerordentliches Ergebnis			-482,04
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-162,95	614,88	-590,15
Sonstige Steuern	215,53	261,70	-63,64
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	436,78	746,01	1.071,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	436,78	746,01	1.071,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,29	0,58	0,87	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,42	0,72	1,02	%
Cash-Flow:	436,78	746,01	1.071,13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	264.741,43	249.629,34	239.441,07	T€
Personalaufwandsquote:	16,80	20,77	20,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,89	3,01	2,86	%
Eigenkapitalquote:	4,12	4,45	4,41	%
Fremdkapitalquote:	95,88	95,55	95,59	%

e) Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs der Stadtparkasse Oberhausen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft

Insgesamt konnte sich die Weltwirtschaft unerwartet schnell und deutlich von dem starken konjunkturellen Einbruch in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise erholen und befand sich im Jahr 2010 auf dem Wachstumspfad. Das Bruttoinlandsprodukt stieg mit 4,8 % deutlich im Vergleich zum Vorjahr (BIP -0,7 %). Die höchsten Wachstumsraten wurden, wie auch in den Vorjahren, in den Schwellenländern Asiens, angeführt von China mit einem Wachstum von 10,3 %, erzielt. Die fortgeschrittenen Länder konnten dagegen nur ein Wachstum von 2,9 % erreichen.

Nach Abschluss der Phase der unmittelbaren Erholung von dem tiefen Einbruch zu Beginn des Jahres, die mit einer Wiederaufstockung der in der Krise deutlich zurückgefahrenen Lagerbestände einherging, folgte eine konjunkturelle Verlangsamung während des Sommerhalbjahres. Diese war allerdings nur vorübergehender Natur, da es ausgehend von den asiatischen Schwellenländern zu einer Belebung des Welthandels zum Jahreswechsel 2010/2011 gekommen ist. Wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gingen im Jahr 2010 zunehmend von den Ausgaben der privaten Haushalte aus und dies, obwohl die stimulierende Wirkung der im Rahmen der Krise aufgesetzten Konjunkturprogramme geringer wurde. Der private Konsum legte auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften spürbar zu. Das Preisklima hat sich im vergangenen Jahr weltweit eingetrübt. Vor allem die Preise für Energie (insbesondere Ölpreis) und Nahrungsmittel ließen die Inflationsraten weltweit steigen. Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich im Gefolge der Finanzkrise besonders in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich verschlechtert.

Europa

Auch der Euroraum konnte sich von der vorangegangenen Rezession erholen. Zu einer deutlichen Erholung wie in einzelnen Mitgliedsländern oder anderen Regionen der Weltwirtschaft ist es insgesamt allerdings nicht gekommen. Mit einem Wachstum von lediglich 1,7 % liegt der Euroraum hinter den Werten anderer Regionen. Die Konjunkturdynamik zwischen den einzelnen Ländern des Euroraumes ist nach wie vor sehr unterschiedlich groß. Teils ist dies darauf zurückzuführen, dass es in einigen Ländern große Belastungen der Staatsfinanzen in Folge der Finanzkrise gibt. Beispielfähig sei hier die Lage von Griechenland und Irland genannt. Die hohe Verschuldung einzelner Staaten führte im Frühling 2010 zu einer massiven Vertrauenskrise gegenüber dem Euro, die durch konzertierte Aktionen der EU bekämpft wurde. Eine nachhaltige Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Euroraumes konnte so verhindert werden. Der Arbeitsmarkt konnte von der leichten wirtschaftlichen Erholung noch nicht profitieren, so dass im Mittel die Arbeitslosenquote auf 10,0 % nach 9,4 % anstieg.

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft kann auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 3,6 % und damit so stark wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Rekordrückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2009 (-4,7 %) konnte damit zu einem Großteil kompensiert werden, das Ausgangsniveau vor der Weltwirtschaftskrise ist allerdings noch nicht wieder erreicht. Die Stärke des Konjunkturaufschwungs hatte vor dem Jahreswechsel zum Jahr 2010 kaum jemand erwartet. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten zwar eine Rückkehr in den Bereich der positiven Wachstumszahlen, aber nur in einer Bandbreite von 1,2 % bis 2,1 %.

Zu dieser sehr erfreulichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnten in 2010 alle Verwendungskomponenten beitragen, wobei die Wachstumsbeiträge des Außenhandels und der Investitionen am deutlichsten ausfielen. Die deutsche Wirtschaft konnte ganz besonders von der weltweit steigenden Nachfrage, gerade aus Schwellenländern, profitieren, so dass die deutschen Ausfuhren um 14,2 % zulegen konnten.

In Folge der verbesserten Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation erholte sich auch der private Konsum und konnte gemeinsam mit den nochmals gesteigerten Konsumausgaben des Staates die Binnennachfrage ebenfalls positiv beeinflussen.

Im Vergleich zum Euroraum weist Deutschland ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum auf (Deutschland 3,6 % zu Euroraum 1,7 %).

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist in 2010 nochmals auf -3,3 % nach -3,0 % in 2009 angestiegen. Hier zeigen sich die Folgen der Wirtschaftskrise für den Staatshaushalt. Das Maastrichter-Defizit-Kriterium von maximal -3,0 % konnte nicht eingehalten werden. Der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stieg von 73,4 % auf 75,7 % (Quelle: WestLB).

Auch am Arbeitsmarkt kam es zu einer unerwartet positiven Entwicklung. Nachdem sich der Arbeitsmarkt in der Krise als relativ stabil erwiesen hat, war lange Zeit erwartet worden, dass sich die tiefe Rezession doch noch auf den Arbeitsmarkt auswirken würde. Im Rahmen der Prognosen wurde daher allgemein von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl sank jedoch von 3,4 Mio. Personen auf 3,2 Mio. Personen. In % der zivilen Erwerbspersonen macht das einen Rückgang der Arbeitslosenquote von im Jahresdurchschnitt 8,2 % in 2009 auf 7,7 % in 2010 aus. Im Oktober 2010 unterschritt die Arbeitslosenzahl erstmals seit November 2008 wieder die 3-Millionen-Marke.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist bedingt durch die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt in 2010 voraussichtlich um 2,6 % (Vorjahr -1,0 %) gestiegen. Ein großer Teil des Einkommenszuwachses wurde zunächst gespart. Die Sparquote lag mit 11,4 % um 0,3 %-Punkte höher als im Jahr 2009.

Der Anstieg der Verbraucherpreise lag mit einem Wert von 1,1 % zwar deutlich über dem Vorjahreswert von 0,3 %, im längerfristigen Vergleich blieb sie 2010 jedoch weit unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahren.

Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung und der Bekämpfung der im Frühjahr ausbrechenden EU-Staatschuldenkrise setzte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre geldpolitischen Maßnahmen fort. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquiditätsversorgung erfolgte z. B. die Bereitstellung langlaufender Offenmarktgeschäfte bei fester Zuteilung. Der Leitzins blieb konstant auf dem historisch einmaligen Niveau von 1,00 %. Zur Abwendung der Spekulationen gegen den Euro bzw. auf die Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten der Währungsunion beschloss die EZB weitere Maßnahmen wie z. B. den Ankauf von Staatsanleihen. Die Zinsstrukturkurve blieb in Folge der geldpolitischen Maßnahmen der EZB im Jahresverlauf 2010 weiter steil. Die Sätze der Einlagefazilität, der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungsfazilität betragen seit der letzten Anpassung im Mai 2009 0,25 %, 1,00 % bzw. 1,75 %.

Die Renditen für sichere Staatsanleihen entwickelten sich im Jahr 2010 unter dem Eindruck der EU-Staatschuldenkrise sehr volatil. Die Rendite einer zehnjährigen Bundesanleihe betrug zu Beginn des Jahres 2010 noch 3,35 %. Im Zuge der Staatschuldenkrise suchten viele Anleger wieder den sicheren Hafen Bundesanleihe, so dass die Rendite im August 2010 auf das Rekordtief von 2,1 % fiel. Zum Jahresende kletterten die Renditen für Bundesanleihen dann wieder auf einen Stand von 3,0 %. Die von den Kreditinstitute für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln zu zahlenden Spreads entwickelten sich tendenziell rückläufig. Bei den Risikoprämien z. B. für Unternehmensanleihen musste im Zuge der eskalierenden Staatschuldenkrise ein temporärer Anstieg verzeichnet werden, der sich zum Jahresende allerdings wieder zurückgebildet hat. Ein deutlicher Anstieg der Risikoprämien war auch bei den Anleihen der von der Staatschuldenkrise betroffenen Länder zu verzeichnen.

Nach einem schwachen Start in das Jahr 2010 bewegte sich der DAX ab April in einer Bandbreite von 5.700 bis 6.300 Punkte. Die positive wirtschaftliche Entwicklung sorgte dann ab August für einen Anstieg auf 6.914 Punkte. Auf Jahressicht betrug der Anstieg 16 %. Innerhalb Europas konnte der DAX den größten Wertzuwachs verzeichnen.

Regionale wirtschaftliche Entwicklung

Von der raschen wirtschaftlichen Erholung in 2010 konnte auch das Ruhrgebiet profitieren. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs fanden die Betriebe zu alter Stärke zurück und konnten ihre Ertragslage laut Ergebnis der IHK-Umfrage aus Herbst 2010 erheblich verbessern. Maßgeblich für diese positive Entwicklung waren insbesondere der kräftig anziehende Export und steigende Investitionsausgaben. Auch der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet entwickelte sich im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs positiv.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch in der Stadt Oberhausen, wenn auch aufgrund ihrer weniger stark exportorientierten Wirtschaftsstruktur in abgeschwächter Form, nieder. Seit der Eröffnung des Centro's stellt der Bereich Dienstleistungen und Tourismus den wirtschaftlichen Schwerpunkt in einer ansonsten eher klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaft dar. Neben der allgemeinen Entwicklung wird die wirtschaftliche Lage durch die schwierige Finanzsituation der Stadt Oberhausen belastet. Wirtschaftliche Impulse außerhalb der Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes konnten in 2010 seitens der Kommune kaum geleistet werden. Belastend wirkt sich zudem der Mangel an Gewerbeflächen aus. Die Einwohnerzahl weist seit Jahren eine rückläufige Entwicklung auf und ging auch im Jahr 2010 um 0,5 % weiter zurück. Zum Jahresende 2010 liegt die Einwohnerzahl bei 212.091 Personen. Die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich die Stadt Oberhausen nach wie vor befindet, zeigt sich auch in der deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote, die im Dezember 2010 10,9 % betrug (Deutschland 7,2 % per 12.2010). Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung konnte gegenüber dem Dezember des Vorjahres allerdings ein Rückgang der Arbeitslosenquote in Höhe von 0,9 %-Punkten verzeichnet werden.

Branchensituation

Die bereits im Jahr 2009 einsetzende allmähliche Erholung bei der Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Banken hat sich in 2010 trotz der Auswirkungen der EU-Schuldenkrise grundsätzlich weiter fortgesetzt. Hierzu trugen die positive wirtschaftliche Entwicklung, das stabile Kapitalmarktumfeld und die Fortsetzung der Geldpolitik der EZB bei. Das Bereitstellen günstiger Refinanzierungsmittel und die Fortschreibung der niedrigen Leitzinsen einschließlich der damit einhergehenden Versteilerung der Zinskurve haben (z. B. über die Nutzung bzw. den Ausbau der Fristentransformation) eine Steigerung der Ergebnisse ermöglicht. Hinzu kommt eine im Rahmen der wirtschaftlichen Erholung deutlich reduzierte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft. Durch die weiterhin erfolgte großzügige Versorgung der Banken mit Notenbankgeldern kam es auch in 2010 zu keinem massiven Wettbewerb um Kundengelder, so dass auch hierüber eine Ergebnisstabilisierung erfolgte.

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung entwickelte sich das Kundengeschäft der Kreditinstitute insgesamt positiv. Im Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr eine kontinuierliche Steigerung bei den Krediten an Nichtbanken erreicht werden und eine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Kreditmitteln sichergestellt werden.

Ebenfalls positiv entwickelt haben sich die Einlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten, die auch in 2010 weiter angestiegen sind. Korrespondierend hierzu ist aber der starke Rückgang bei den begebenen Schuldverschreibungen zu berücksichtigen. Die Veränderung des Anlageverhaltens zu Gunsten der täglich fälligen Gelder und der Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten hat sich auch in 2010 fortgesetzt. Aufgrund der guten Versorgung der

Kreditinstitute mit Liquidität durch die Geldpolitik der Notenbanken und der hohen Sparquote war der Wettbewerb um Kundeneinlagen im Jahr 2010 weniger stark ausgeprägt.

Die rheinischen Sparkassen konnten im Jahr 2010 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung erreichen. Besonders erfreulich haben sich hierbei die Kundeneinlagen entwickelt, die deutliche Mittelzuflüsse verzeichnen konnten. Der Trend zur Umschichtung in liquiditätsnahe, schnell verfügbare Einlagen setzte sich auch in 2010 fort. Das Kundenkreditgeschäft konnte ebenfalls weiter ausgebaut werden, wobei der Zuwachs in Hinblick auf das unerwartet hohe und dynamische gesamtwirtschaftliche Wachstum gering ausfiel. Im Mittelpunkt stand die Kreditnachfrage der privaten Haushalte, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte anzog.

Das bilanzunwirksame Kundenwertpapiergeschäft hat sich in 2010 weiter abgeschwächt. Trotz teilweise deutlicher Zuwächse bei den Umsätzen in Aktien und Investmentfonds ging der gesamte Wertpapierumsatz in Folge rückläufiger Umsätze in festverzinslichen Wertpapieren insgesamt zurück. Hierbei spielte die Diskussion um die Stabilität des Euros, rückläufige Anleiherenditen, die schwindende Bonität vieler privater und öffentlicher Emittenten sowie die Unsicherheit darüber, zu welchem Zeitpunkt eine grundlegende Zinswende eintreten könnte eine wesentliche Rolle für die Anlageentscheidung der Kunden. Ein Beleg für die abwartende Haltung vieler Anleger ist das hohe Volumen liquider Kundeneinlagen bei Kreditinstituten.

Insgesamt war die private Vermögensbildung der Kunden der rheinischen Sparkassen positiv.

Im Jahr 2010 hat sich die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland weiter reduziert. Insgesamt ging die Anzahl der Institute um 20 und davon die der Sparkassen um 2 Institute zurück.

Die Diskussion um die in Folge der Finanzmarktkrise geplanten weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Regelungen hat das Jahr 2010 bereits ein Stück weit geprägt. Weitere Ausführungen hierzu enthält der Prognosebericht für das Jahr 2011.

Rechtliche Grundlagen

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.

Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft verbunden sind:

- dem Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen,
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Die Ansprüche unserer Kunden können somit bei Fälligkeit in voller Höhe ohne betragsmäßige Begrenzung erfüllt werden.

Geschäftsentwicklung der Stadtparkasse Oberhausen

Das Geschäftsvolumen der Stadtparkasse Oberhausen hat sich im Jahr 2010 weiter positiv entwickelt, womit die Position als größtes örtliches Kreditinstitut verteidigt werden konnte. Besonders erfreulich ist, dass das Wachstum des Geschäftsvolumens größtenteils von Zuwächsen im Kundengeschäft getragen wurde. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir aufgrund der hohen Risikovorsorge für das Kreditgeschäft nicht zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Entwicklung:

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.400,3	2.345,6	54,7	2,3
Geschäftsvolumen	2.469,4	2.407,1	62,3	2,6
Jahresüberschuss nach Steuern	1,1	0,7	0,4	57,1
Forderungen an Kreditinstitute	317,4	294,2	23,2	7,9
Forderungen an Kunden	1.471,0	1.509,8	-38,8	-2,6
Eigene Wertpapierbestände	425,9	344,4	81,5	23,7
Sachanlagen	68,7	70,6	-1,9	-2,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	711,5	693,0	18,5	2,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.518,4	1.455,0	63,4	4,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	15,6	43,2	-27,6	-63,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,2	10,5	2,7	25,7
Sicherheitsrücklage	104,7	103,6	1,1	1,1
Eventualverbindlichkeiten	69,1	61,5	7,6	12,4
Nettoabsatz Wertpapiere	15,4	18,2	-2,8	-15,4
Vermittlungssumme Lebensversicherungen (Wertungssumme)	28,7	21,9	6,8	31,1
Abschlusssumme Bausparverträge	50,3	59,9	-9,6	-16,0
Vermittlung von Konsumentenkrediten	15,3	15,6	-0,3	-1,9

Bilanzsumme

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme deutlich um absolut 54,7 Mio. € (= 2,3 %) erhöht. Ursächlich für diesen Zuwachs ist die Steigerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Da eine Anlage der Kundengelder im Kreditgeschäft nicht erreicht werden konnte, haben sich korrespondierend unsere eigenen Wertpapierbestände und die Forderungen an Kreditinstitute erhöht.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft hat sich im Jahr 2010 mit -38,8 Mio. € weiter rückläufig entwickelt. Wesentlich für den Rückgang ist das Privatkundengeschäft, das sich deutlich negativ entwickelt hat, sowie die bilanziellen Auswirkungen aus der Vornahme von Risikovorsorgemaßnahmen. Bei der Beurteilung des Privatkundengeschäfts muss berücksichtigt werden, dass in 2010 15,3 Mio. € Konsumentenkredite vermittelt wurden. Im gewerblichen Kreditgeschäft inklusive der Kredite an öffentliche Haushalte konnten wir eine Seitwärtsentwicklung erreichen.

Eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände und Forderungen an Kreditinstitute haben sich in Folge der gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und dem Rückgang bei den Forderungen an Kunden um 104,7 Mio. € erhöht. Im Zuge dieser Veränderungen erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,7 %.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2010 konnten wir einen deutlichen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erreichen, nachdem im Jahr 2009 noch ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Unter Berücksichtigung der nachrangigen Verbindlichkeiten und der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt der Anstieg bei den bilanziellen Kundeneinlagen insgesamt 38,5 Mio. € oder 2,6 %.

Im Zentrum des Kundeninteresses lagen wie im Jahr 2009 wieder die Spareinlagen. Diese konnten gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2009 um 99,3 Mio. € gesteigert werden.

Bilanzneutrales Geschäft

Mit dem bilanzunwirksamen, provisionstragenden Kundengeschäft in 2010 sind wir insgesamt zufrieden, auch wenn nicht in allen Bereichen die Vorjahresergebnisse erreicht werden konnten. Der Nettoabsatz von Wertpapieren hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 15,4 Mio. € reduziert. Auch der Absatz von Bausparverträgen ging gegenüber dem Vorjahr deutlich um 9,6 % zurück, wohingegen der Absatz von Lebensversicherungsprodukten um 6,8 Mio. € oder 31,1 % gesteigert werden konnte. Im Bereich der Vermittlung von Konsumentenkrediten haben wir trotz des Wegfalls der Abwrackprämie das gute Vorjahresergebnis gehalten.

Weiter gut entwickelt hat sich die Vermittlung innovativer Finanzprodukte, wie z. B. Finanzswaps, an unsere Kunden über die □ International Rhein-Ruhr GmbH. Die Stellung der Stadtparkasse Oberhausen in diesem Marktsegment konnte mit der Beratungs- und Produktqualität der □ International Rhein-Ruhr in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden.

Unsere Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2010 um 4 Personen erhöht. Insgesamt wurden zum 31.12.2010 607 Personen (mit Mitarbeitern/-innen in der Freizeitphase der Altersteilzeit und mit ruhenden Beschäftigungsverhältnissen) beschäftigt. Allein 45 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen gehörten zum Stichtag 31.12.2010 zu unseren Mitarbeitern.

Die Stadtparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft.

Im Januar 2010 haben 14 Auszubildende die Abschlussprüfung zum Bankkaufmann /-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 9 Auszubildende übernahmen wir in ein unbefristetes und 3 weitere in ein befristetes Angestelltenverhältnis.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 147 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 84 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

Sonstiges

Die Stadtparkasse Oberhausen bleibt mit ihrem gemeinnützigem Engagement weiter ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring haben wir in 2010 um 100.000 Euro auf 1,6 Mio. Euro nochmals ausgeweitet.

Die Stiftungsinitiative der Stadtparkasse Oberhausen versammelt acht Stiftungen unter einem Dach. Dazu gehören die [Sparkassen-Bürgerstiftung](#) sowie die [Stiftung Oberhausener Bürger](#). Letztere verwaltet als Dachstiftung weitere sechs nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen und die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung. Jede verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen. Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Umweltschutz, Völkerverständigung, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2010 2,9 Mio. €. Von Testaments wegen sind der Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch weitere zehn Stiftungen zugesichert.

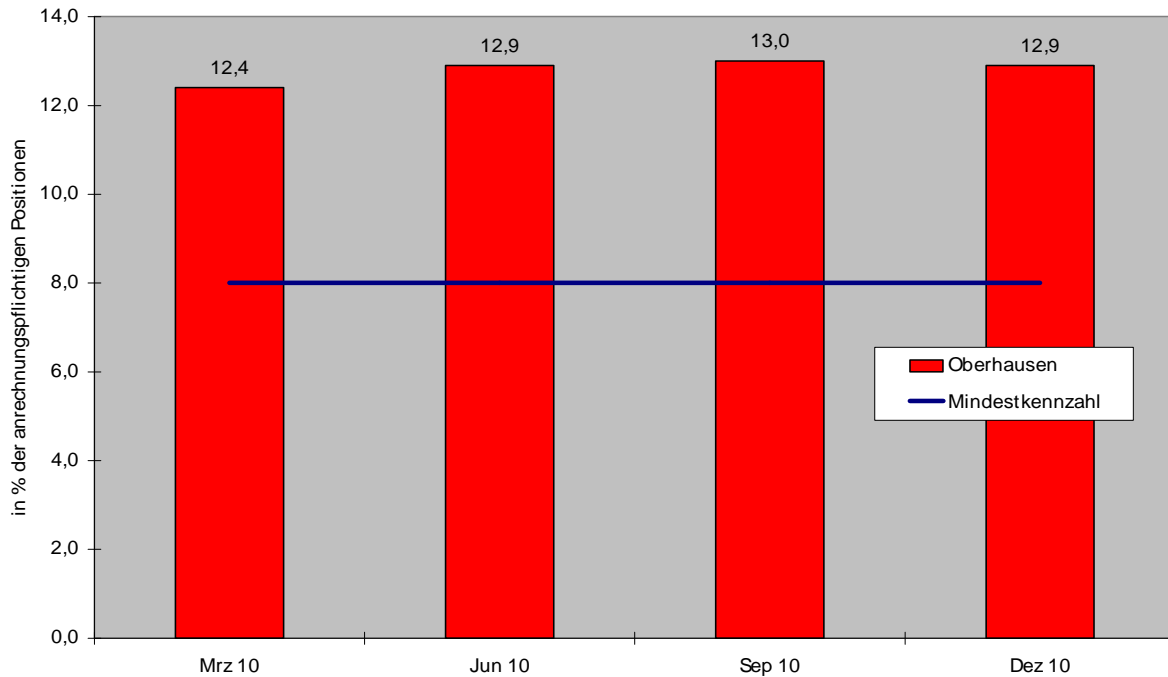
Die Sparkassen-Bürgerstiftung wurde bereits 1983 gegründet und ist somit die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtparkasse Oberhausen. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Im vergangenen Jahr wurden 52 Förderanträge im Gesamtvolumen von 450.000,- € bewilligt.

Seit ihrer Gründung hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen sowie vielfältige kulturelle Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 13,4 Mio. € gefördert. Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2010 bei rund 4 Mio. €.

Lage der Stadtsparkasse Oberhausen**Vermögenslage**

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2009 und den Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes beträgt die Sicherheitsrücklage 104,7 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinns 2010 in Höhe von 1,1 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. Die erstmalig im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden in 2010 aufgestockt und betragen nunmehr nominal 13,0 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenkapitalquote gemäß Solvabilitätsverordnung wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der Adressrisiken, operationellen Risiken und Marktrisikopositionen überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2010 mit einer Gesamtkennziffer von 12,9 % deutlich den von der Bankenaufsicht geforderten Mindestwert von 8 %.

**Kennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung 2010**

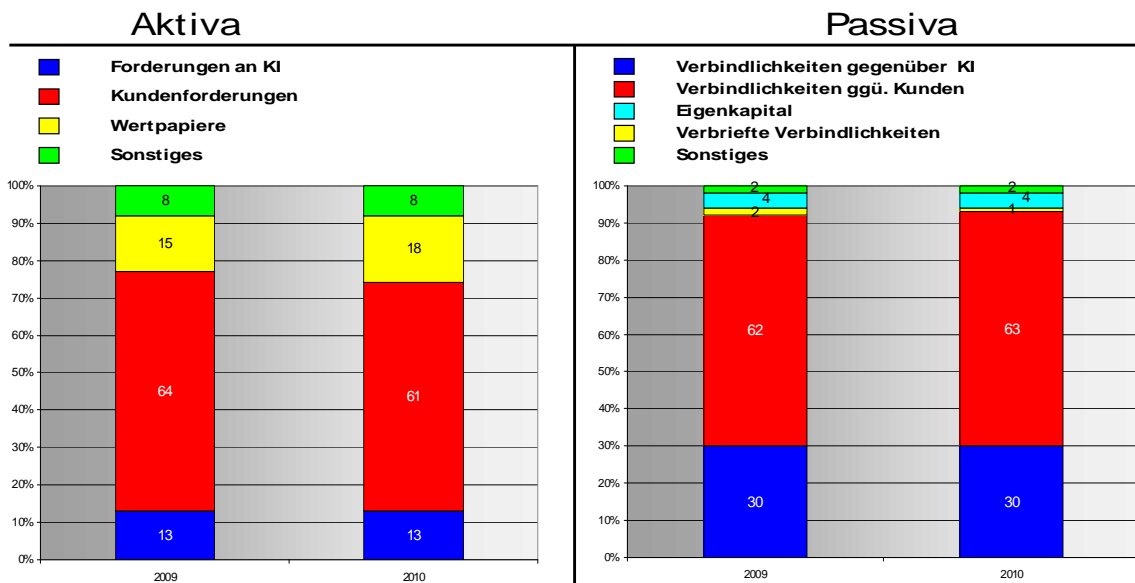
Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch ein starkes Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 61 % den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden bei steigender Bilanzsumme allerdings deutlich zurückgegangen und liegt jetzt um 7 %-Punkte unter dem Durchschnittswert der rheinischen Sparkassen (Verbandswert 68 %). Hier zeigen sich die Auswirkungen des schwachen Kreditneugeschäfts im Jahr 2010.

Der Anteil der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute hat sich insgesamt um 3 %-Punkte gesteigert. Im Verbandsdurchschnitt hat sich der Anteil dieser Positionen an der Bilanzsumme seitwärts entwickelt.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 63 % dar. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der gesamten Passivseite um 1 %-Punkte erhöht. Der Anteil der gesamten Kundenverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten) ist trotz des absoluten Anstiegs relativ betrachtet konstant geblieben. Dies resultiert daraus, dass die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten prozentual in ähnlicher Höhe angestiegen sind. Der Abstand zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 5 %-Punkte.

Relativ betrachtet ist der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) aufgrund des rückläufigen Kundenkreditgeschäftes zurückgegangen.

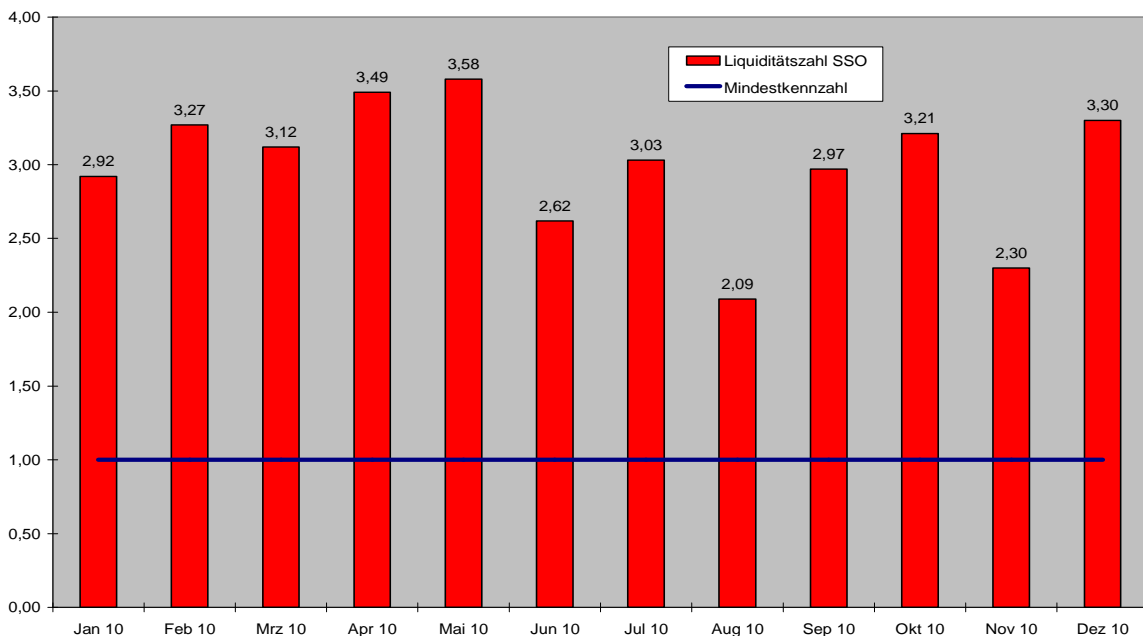
Bilanzstruktur



Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute besteht zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet. Dieser steht im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag in 2010 in einer Bandbreite zwischen 2,09 und 3,58.



Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung 2010

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe unterhalten.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Westdeutschen Landesbank wurde dispositionsbedingt zeitweilig in Anspruch genommen. Die Möglichkeit, bei der Deutschen Bundesbank Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im abgeschlossenen Geschäftsjahr in unterschiedlicher Höhe genutzt.

Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgt eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2010 von 1,1 Mio. € konnte das Vorjahresergebnis (0,7 Mio. €) übertroffen werden. Aufgrund der gestiegenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind wir mit dem erzielten Ergebnis nicht zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	50,9	49,3	1,6	3,2
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	5,6	5,1	0,5	9,8
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1,3	1,1	0,2	18,2
Provisionsüberschuss	16,9	15,3	1,6	10,5
Sonstige betriebliche Erträge	2,4	4,0	-1,6	-40,0
Summe Erträge	77,1	74,8	2,3	3,1
Personalaufwand	25,4	26,9	-1,5	-5,6
Sachaufwand	22,1	22,9	-0,8	-3,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	4,7	4,8	-0,1	-2,1
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	1,2	1,5	-0,3	-20,0
Überschuss aller sonstigen und a. o. Aufwendungen über die übrigen Erträge	23,3	17,1	6,2	36,3
Jahresüberschuss vor Steuern	0,4	1,6	-1,2	-75,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag („+“ = Erstattung)	+0,6	0,6	-1,2	-200,0
Sonstige Steuern	+0,1	0,3	0,4	-133,3
Jahresüberschuss nach Steuern	1,1	0,7	0,4	57,1
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	1,1	0,7	0,4	57,1

Insgesamt konnten die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 2,3 Mio. € oder 3,1 % auf 77,1 Mio. € gesteigert werden. Der gesamte ordentliche Aufwand vor Bewertung und Steuern sank um 2,6 Mio. € = -4,6 %. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich in Folge auf 69,4 % (Vorjahr 75,0 %). In den Aufwendungen enthalten sind Effekte aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 1,1 Mio. € aus der Aufzinsung von Rückstellungen und 0,5 Mio. € außerordentlicher Aufwand aus Übergangseffekten aufgrund des BilMoG.

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine verbesserte CIR von 73,2 % gegenüber 75,4 % im Vorjahr.

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Im Jahr 2010 hat sich der Zinsüberschuss insgesamt aufgrund eines etwas stärker gesunkenen Zinsaufwandes verbessert. Sowohl Zinsertrag als auch Zinsaufwand sind infolge des im Jahresverlauf 2010 vorherrschenden niedrigeren Zinsniveaus deutlich gesunken. Die vorhandene Steilheit der Zinskurve ermöglichte die Erzielung von Erträgen aus der Fristentransformation. Im Kundengeschäft konnten wir das Zinsergebnis stabil halten. Auf Basis der durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich bei gesunkener Durchschnittsbilanzsumme für die Stadtsparkasse Oberhausen ein Rückgang der Zinsspanne von 2,13 % in 2009 auf 2,10 % im Jahr 2010 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um 10,5 % oder 1,6 Mio. € gesteigert werden. Ursächlich für diese Verbesserung ist hauptsächlich die Steigerung des Provisionsertrages aus dem Geschäfts- und Privatgiroverkehr.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Erträge aus Provisionen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Provisionserträge aus dem Verbundgeschäft in der □-Versicherungs- und Immobilien-Vermittlungsgesellschaft mbH anfällt, der als „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließt. Dieser Wert konnte gegenüber dem Vorjahresergebnis weiter gesteigert werden.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) reduzierten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 2,3 Mio. € oder 4,6 %. Ursächlich sind hierfür sowohl gesunkene Personal- als auch Sachkosten.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen lagen im Jahr 2010 mit insgesamt 4,7 Mio. € um 0,1 Mio. € geringfügig unter dem Wert des Vorjahres. Größere Investitionen sind in 2010 nicht getätigt worden.

Aufgrund der erforderlichen hohen Risikoversorge im Kreditbereich wurden nach Verrechnung von Kursgewinnen, Zuschreibungen, Eingängen auf abgeschriebene Forderungen und der Auflösung von Vorsorgereserven Aufwendungen in Höhe von 21,5 Mio. € (Vorjahr 15,6 Mio. €) ausgewiesen (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Im Wertpapierbereich konnte auch im Jahr 2010 ein positives Bewertungsergebnis erzielt werden. Im Kreditgeschäft musste dagegen ein deutlicher Anstieg der Risikoversorge gegenüber dem Vorjahreswert verzeichnet werden.

Aufgrund der Auflösung von Steuerrückstellungen und Erstattungen für Vorjahre ergibt sich ein positives Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag. Auch bei den sonstigen Steuern kommt es aufgrund der Festsetzung neuer Einheitswerte für Teile des Gebäudebestandes zu einem positiven Ergebnis. Insgesamt liegt das Steuerergebnis um 1,6 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Sofern eine Zuführung zur Sicherheitsrücklage beschlossen wird, ermöglicht das Gesamtergebnis eine Aufstockung des Eigenkapitals um maximal 1,1 Mio. €.

Abweichend von unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2010 mussten wir beim Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Alle übrigen Ergebniskomponenten haben sich entsprechend unserer Einschätzung entwickelt, wobei der Anstieg beim Provisionsergebnis deutlicher als erwartet ausfiel. Mit dem erzielten Ergebnis sind wir aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Risikoversorge im Kreditgeschäft nicht zufrieden.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen ist insgesamt als positiv zu werten. Das vorhandene Kundenpotenzial, die operative Ertragskraft und die Eigenkapitalausstattung bilden eine gute Basis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadtsparkasse Oberhausen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risikoberichterstattung

Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes sind durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in einer einheitlichen Form zusammengefasst worden. Seit dem 01. Januar 2008 sind diese Mindestanforderungen von allen Kreditinstituten in Deutschland zu beachten. Die zweite MaRisk-Novelle aus dem Jahr 2009 hat die Stadtsparkasse Oberhausen mittlerweile vollständig umgesetzt; die am 15.12.2010 veröffentlichte dritte Novelle müssen die Institute bis Ende 2011 vollumfänglich umsetzen.

Risikomanagementziele und -methoden

Die geschäftliche Tätigkeit einer Sparkasse beinhaltet das bewusste Eingehen von Risiken. Deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen unserer Sparkasse. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht. Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen eingebunden in eine ertrags- und wertorientierte Gesamtbanksteuerung, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellt. Als Fundament unserer Risikosteuerung dienen perioden- und wertorientierte Risikotragfähigkeitskonzepte, welche die dauerhafte Bestandssicherung des Unternehmens zur Aufgabe haben.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Revisionsabteilung beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Im Rahmen des Portfoliomanagements, insbesondere bei der Steuerung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken, ist sie zudem für die Erarbeitung von Handlungsvorschlägen für den Vorstand verantwortlich. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Revisionsabteilung prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich in dem Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und, soweit möglich, zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungsstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitskonzepte Rechnung. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Bei der Durchführung der Stresstests werden vorhandene Risikokonzentrationen entsprechend berücksichtigt.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Die per 31.12.2010 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2010 Finanzderivate zur Absicherung von Aktienkurs- und Währungsrisiken eingesetzt.

Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung sind die implementierten Risikotragfähigkeitskonzepte. Die Stadtsparkasse Oberhausen setzt gleichberechtigt sowohl ein perioden- als auch ein wertorientiertes System ein. Beiden Ansätzen liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. Darüber hinaus erfolgt eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Basel-II-Koeffizient, Solvabilitätskoeffizient und Liquiditätskennzahl).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Solvabilitätskoeffizienzquote hinausgehende freie haftende Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung abzüglich eines definierten Mindestergebnisses die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Die so ermittelte Deckungsmasse wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Zinsspannenrisiko, Provisionsüberschussrisiko, Risiko Verwaltungsaufwand, Operationelle Risiken, Kreditrisiken aus dem Kundengeschäft, Marktpreisrisiko Wertpapiere, Kreditrisiken aus dem Eigengeschäft, Beteiligungsrisiko, Liquiditätsrisiko sowie Modellrisiko verteilt.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung bestimmt sich das Risiko als Vermögensminderung, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintritt. Für die Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgt zunächst die Ermittlung des Reinvermögens nach Erträgen und Kosten. Hiervon wird der strategische Eigenkapitalbedarf zur Einhaltung der internen Mindest-Solvabilitätsquote in Abzug gebracht. Die verbleibende Risikodeckungsmasse wird auf die Risikokategorien Adressenausfallrisiken im Eigen- sowie im Kundenkreditgeschäft (unerwartete Kreditrisiken), Beteiligungsrisiken, Marktpreisrisiken (Zinsbuch, Aktien/Fonds und Immobilien), Modellrisiko und Operationelle Risiken verteilt.

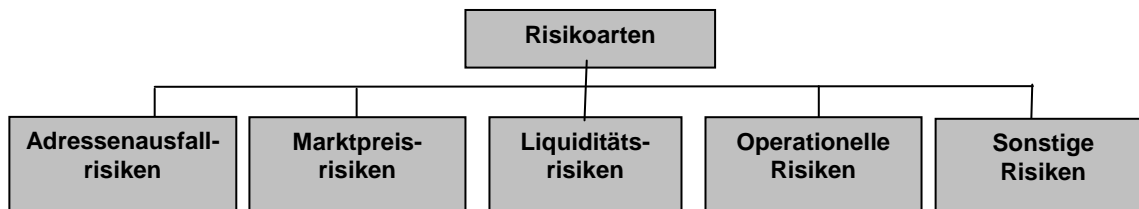
Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus erhält der Vorstand mindestens wöchentlich, in der Regel täglich, einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert, der wiederum den Verwaltungsrat regelmäßig über seine Sitzungen berichtet.

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko
Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.
2. Kontrahentenrisiko
Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebезustand von Geschäften ab.
3. Emittentenrisiko
Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.
4. Strukturrisiko
Das Strukturrisiko beschreibt die mangelnde Diversifikation des Kreditportfolios. Es handelt sich folglich um Risikokonzentrationen, die immer dann entstehen, wenn eine bedeutende Anzahl oder ein bedeutendes Volumen von Krediten ähnliche Risikoeigenschaften aufweisen. Zu den typischen Risikokonzentrationen zählen insbesondere Risiken, die aus einer Fokussierung auf bestimmte Branchen, Größen- oder Risikoklassen sowie Sicherheiten entstehen.
5. Länderrisiko
Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.
6. Beteiligungsrisiko
Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in zwei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der

Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitäts- und Konzentrationsrisiken eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringmodelle des DSGV ein. Firmenkunden, Gewerbekunden, Geschäftskunden, Freiberufler und Existenzgründer werden grundsätzlich mit dem Standardrating, Bauträger, Investoren und Wohnungsbaugesellschaften mit dem Immobiliengeschäftsrating bewertet. Gewerbliche Kunden, die über ein Gesamtbligo von weniger als 250 T€ verfügen, werden monatlich mit automatisierten Verfahren (KundenKompaktRating bzw. KundenKompaktRating ohne Girokonto) bewertet. Im privaten Kreditgeschäft wird seit Ende 2009 das KundenScoring eingesetzt, welches die Ergebnisse der einzelnen Scoringverfahren (Antragsscorecard Private Baufinanzierung bzw. Konsumentenkredite sowie Verhaltensscorecard Girokonto) zu einer monatlich automatisch ermittelten Note vereint. Die Rating- und Scoringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 39,7 % (Vorjahr 41,1 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Kunden-geschäft gemäß der Risikostrategie konzentrieren sollen, liegt bei 72,9 % (Vorjahr 75,6 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 79,1 % (Vorjahr 80,5 %).

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die Zuordnung dieser Kreditnehmer zu den Segmenten Intensiv- und Sanierungsbetreuung erfolgt durch ein speziell hierfür eingerichtetes Gremium.

Für den Eintritt von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberichtigungen und Vorsorgereserven eine angemessene Vorsorge getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen sind Prüfungsgegenstand der Innenrevision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale und Bürgschaften) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2010 wie folgt:

	31.12.2010 %-Anteil	31.12.2009 %-Anteil
Firmenkunden	32,8	31,9
Gewerbekunden	9,4	9,5
Geschäftskunden	3,0	2,2
Bauträger	2,1	1,8
Existenzgründer	1,7	1,8
Kommunale Kunden	14,5	14,1
Großkunden	0,8	1,0
Privatkunden	35,7	37,7
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtl. Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die angesetzten Sicherheitenbeträge – ca. 86,5 % (Vorjahr: 86,3 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2010 wie folgt:

	31.12.2010 %-Anteil	31.12.2009 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,3	0,4
Energie, Wasser, Bergbau	1,2	1,4
Verarbeitendes Gewerbe	10,3	10,2
Baugewerbe	6,8	7,0
Kraftfahrzeughandel	5,1	5,0
Großhandel	6,5	6,2
Einzelhandel	4,7	5,1
Verkehr, Nachrichten	6,9	7,2
Kredit- u. Versicherungswesen	4,7	4,9
Gastgewerbe	1,7	1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,2	26,1
Dienstleistungen für Unternehmen	6,7	6,2
Öffentliche und private Dienstleistungen	18,3	18,1
Bauträger	0,6	0,4
Summe	100,0	100,0

Aufgrund der Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten sowie die vergleichsweise hohe Gewichtung der Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Baugewerbe im Kreditportfolio berücksichtigt die Sparkasse insbesondere das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen von Stresstests.

Die Großkredite gemäß § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2010 das 1,35-fache (Höchstgrenze gemäß § 13 Abs. 3 KWG: das 8-fache) des am Bilanzstichtag geltenden haftenden Eigenkapitals aus (31.12.2009: das 1,19-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.

Mit einem im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt leicht überproportionalen Anteil an Privatkunden weist das Kreditportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen insgesamt eine gute Diversifizierung auf. Risiken resultieren allerdings aus den in den letzten Jahren zu beobachtenden Verschiebungen innerhalb der Kundengruppenstruktur hin zu gewerblichen Kreditengagements. Damit verbunden ist ein leichter, aber stetiger Trend hin zu größeren Kreditengagements, welche im Wesentlichen zum Wachstum des Kreditvolumens beitragen.

	31.12.2010 %-Anteil	31.12.2009 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	7,1	6,5
Unselbstständige Privatpersonen	41,9	43,3
Unternehmen	50,4	49,6
Sonstige	0,6	0,6
Summe	100,0	100,0

In dem gewerblichen Kundensegment wirkten sich die Folgen des im Jahr 2009 erlebten wirtschaftlichen Abschwungs besonders stark aus, so dass die in 2010 erforderliche Bildung von Wertberichtigungen für Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft die für diese Risikoart vorgegebenen internen Grenzen zum zweiten Mal in Folge übersteigt. Gegenüber dem Vorjahr ist nochmals ein deutlicher Anstieg der Risikovorsorgeaufwendungen für Kreditrisiken zu verzeichnen. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft liegt somit auch in 2010 spürbar über dem Durchschnitt der Verbandsinstitute, nachdem es in 2008 noch leicht unterdurchschnittlich war.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Es werden beinahe sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-) Werte nicht mehr auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der insgesamt freundlichen Entwicklung der Wertpapiermärkte in 2010 konnte die Sparkasse zum 31.12.2010 ein positives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich erzielen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – sämtliche Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird zudem erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird. Die festgelegten Risikolimits zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken im Eigenhandelsgeschäft werden Ende 2010 eingehalten.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und beträgt 0,9 % per 31.12.2010.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften, d. h. sowohl des Zinsänderungsrisikos als auch des Risikos aus den in einem Spezialfonds gehaltenen Aktien, erfolgt zum einen anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos, zum anderen anhand von Value-at-Risk-Szenarien mit einer Haltedauer von 10 Tagen, bei denen das Risiko auf Basis der täglichen Kurs- bzw. Renditeveränderungen der letzten 250 Handelstage ermittelt wird. Dieser Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert. Darüber hinaus wird monatlich ein Worst-Case-Szenario für extreme Marktentwicklungen simuliert.

Die Entwicklung der Credit-Spreads war im Frühjahr 2010 geprägt durch die aufkommenden Finanzprobleme einiger europäischer Staaten. In der zweiten Jahreshälfte 2010 haben sich die Credit-Spreads dann allerdings wieder auf das Vorjahresniveau reduziert. Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch das absolut zur Verfügung gestellte Risikokapital determiniert wird. Abweichungen von dieser Benchmark zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Aktienposition sowie eines in US-Dollar notierten Publikumsfonds wurden während des Jahres 2010 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen erfolgten dabei über Future- bzw. Devisentermingeschäfte.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis der eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepte Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen. Analog zum Vorjahr wurden auch zum 31.12.2010 sämtliche Marktpreisrisiko-Limite eingehalten. Bedingt durch unterjährig durchgeführte Maßnahmen zur Risikoreduzierung unterlag das wertorientierte Zinsänderungsrisiko in 2010 erhöhten Schwankungen. Die Stadtparkasse Oberhausen war zu keinem Zeitpunkt in 2010 „Ausreißerinstitut“ im Sinne des Rundschreibens der BaFin Nr. 7/2007 vom 26.11.2007.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat), die im abgelaufenen Jahr – wie bereits in 2009 – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 lag und am Jahresende einen Wert von 3,30 % aufweist. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels fünf standardisierter Szenariorechnungen beurteilt. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der Westdeutschen Landesbank. Als weiteres Instrument nutzt die Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2010 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben. Dies ist zum einen vor dem Hintergrund erfreulich, dass sich die Aufschläge für institutionelle Refinanzierungsmittel immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise befinden und das Refinanzierungsrisiko somit gestiegen ist. Zum anderen ist das Refinanzierungsrisiko in den letzten Monaten durch die Veränderung der Kundeneinlagenstruktur hin zu variabel verzinslichen und kurzfristig verfügbaren Einlageprodukten gestiegen.

Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos treibt die Stadtparkasse Oberhausen seit Längerem die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Dabei stehen verschiedene Varianten gedeckter, d. h. grundpfandrechtlich gesicherter Refinanzierungen, im Vordergrund. So hat die Stadtparkasse Oberhausen in 2010 zum zweiten Mal an der Emission eines Structured Covered Bonds der Landesbank Berlin teilgenommen. Hierbei bündelt diese Forderungen aus privaten Wohnungsbaufinanzierungen von Sparkassen und emittiert darauf basierend eine gedeckte Schuldverschreibung. Im Gegenzug erhält die Sparkasse ein Refinanzierungsdarlehen, welches einen deutlichen Refinanzierungsvorteil gegenüber einer ungedeckten institutionellen Refinanzierung bietet. Darüber hinaus strebt die Stadtparkasse Oberhausen die eigenständige Emission von Pfandbriefen an. Zu diesem Zweck wurde im August 2010 ein Projekt gestartet, dessen Ziel es ist, die Pfandbrieffähigkeit der Sparkasse herzustellen und die Erlaubnis zum Betreiben des Pfandbriefgeschäftes von der BaFin zu erlangen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Grundsätzen für Eigenanlagen qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Stadtparkasse Oberhausen hat auch in 2010 Eigenbestandsaktivitäten betrieben. Die in 2010 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich auf Wertpapiere inländischer öffentlicher Stellen, Pfandbriefe deutscher Emittenten sowie Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten. Diese drei Vermögensklassen dominieren auch den Gesamtbestand der Wertpapierdirektanlagen der Stadtparkasse Oberhausen zum 31.12.2010. Das in 2010 eingeführte Limit für die G.u.V.-orientierten Liquiditätsrisiken ist per Jahresende nicht in Anspruch genommen.

Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder

Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Innenrevision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2010 keine nennenswerte Höhe auf. Die festgelegten Limite für operationelle Risiken werden zum 31.12.2010 eingehalten.

Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres G.u.V.-orientierten Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Provisionsüberschussrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Darüber hinaus hat die Stadtsparkasse Oberhausen in 2010 erstmalig Modellrisiken in ihren Risikotragfähigkeitskonzepten berücksichtigt. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten. Da eine belastbare Quantifizierung dieses Risiko derzeit noch nicht möglich ist, wurde in 2010 zunächst ein Puffer als Risikolimit eingeräumt.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Analog zum Vorjahr wurde auch für das Geschäftsjahr 2010 eine entsprechende Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Jahr 2010 war geprägt durch die negative Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner gewerblicher Kreditnehmer der Sparkasse. Als Folge dieser Entwicklung wird das definierte Risikolimit für das G.u.V.-orientierte Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft zum 31.12.2010 deutlich überschritten. Da die übrigen G.u.V.-Risikolimiten aufgrund der positiven ordentlichen Ergebnisentwicklung der Sparkasse sowie der insgesamt freundlichen Entwicklung an den Finanzmärkten kaum oder gar nicht beansprucht werden, steht zur Abdeckung der genannten Überschreitung bei den übrigen Risikoarten noch ein ausreichender Freiraum zur Verfügung. Die periodische Risikotragfähigkeit insgesamt war in 2010 jederzeit gegeben. Das gleiche gilt für das wertorientierte Risikotragfähigkeitssystem, bei dem per 31.12.2010 sämtliche Risikolimiten eingehalten werden. Das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage ist insgesamt als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Stadtsparkasse Oberhausen aufgrund der beschriebenen Entwicklung ein besonderes Augenmerk auf die Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft. Dabei wurden im Jahr 2010 u. a. ein ergänzendes Frühwarnsystem eingeführt sowie diverse Maßnahmen wie die Durchführung einer regelmäßigen Kreditrisikoprüfung umgesetzt. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Finanzmarktkrise bilden die Adressenrisiko tragenden Wertpapiere im Depot A einen weiteren Schwerpunkt im Risikocontrolling. Diese Anlagen erfolgten im Rahmen der strategischen Vermögensallokation und dienen der langfristigen Anlage. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Prognosebericht

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Erholung der Weltwirtschaft wird sich auch in 2011 weiter fortsetzen, wobei das Tempo und das Wachstum in den verschiedenen Regionen sich weiterhin sehr unterschiedlich entwickeln werden. Für das Gesamtjahr 2011 wird laut dem Frühjahrgutachten des Institutes für Weltwirtschaft ein Wachstum der Weltwirtschaft von 4,3 % erwartet. Die Streuung der Beiträge zum Weltwirtschaftswachstum stellt sich auch in 2011 wieder als sehr breit dar. Wachstumstreiber sind wiederum China, Indien und weitere Länder Asiens. Eine Unterstützung der Weltkonjunktur geht von der Geldpolitik aus, die nach wie vor einen extrem expansiven Kurs verfolgt. Im Prognosezeitraum dürfte die Geldpolitik zwar gestrafft werden. Spürbare Auswirkungen dürfte das allerdings nur in einigen Schwellenländern zeigen. Andere für die Entwicklung der Weltwirtschaft wesentliche Rahmenbedingungen haben sich allerdings verschlechtert. Die ungelöste Staatsschuldenkrise in den EU-Peripherieländern, der Umschwung der Politik hin zur Konsolidierung der Staatshaushalte und die steigenden Rohstoffpreise lassen erwarten, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung im Verlauf des Jahres 2011 an Dynamik verliert. Weitere Risiken für die erwartete wirtschaftliche Entwicklung bestehen in der noch unklaren Entwicklung nach dem Erdbeben in Japan und den Folgen der Unruhen im arabischen Raum.

Auch im Euroraum geht das Kieler Institut für Weltwirtschaft von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus, wobei die Erholung allerdings nur sehr schleppend verlaufen wird. Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung wird die konjunkturelle Entwicklung spürbar dämpfen. Nach der für das Jahr 2010 unerwartet starken Erholung des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von voraussichtlich 1,7 % wird für 2011 ein Wachstum von ebenfalls 1,7 % erwartet. Große Risiken für die öffentlichen Haushalte gehen allerdings von Banken in einigen Ländern der EU-Peripherie aus. Soweit hier weitere staatliche Eingriffe erforderlich sein sollten, so kann dies über die Verschärfung der EU-Staatsschuldenkrise zu einer massiven Belastung der konjunkturellen Entwicklung führen. Weitere Risiken resultieren aus möglicherweise stark steigenden Preise für Energierohstoffe infolge der politischen Krisen in den ölexportierenden Ländern.

Für Deutschland erwarten die Konjunkturforscher eine Fortsetzung des Aufschwungs, allerdings in einer etwas schwächeren Form als in 2010. Die Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegen in einer Bandbreite zwischen 2,2 % und 2,8 %. Anders als in den Jahren zuvor wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen und die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt stützen den privaten Konsum. Eine weitere Stütze der Konjunktur stellt die weitere Zunahme der Investitionstätigkeit, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen dar. Neben dem Nachholbedarf hinsichtlich von Ersatzinvestitionen sind aufgrund der deutlich gestiegenen Kapazitätsauslastungen auch Erweiterungsinvestitionen in zunehmendem Maße erforderlich. Im Zuge der Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung kommt es auf Basis der meisten Prognosen nur zu einer Abschwächung der Zunahme der Staatsausgaben. Eine massive Belastung der konjunkturellen Entwicklung ist hiermit nicht verbunden. Trotz weiterhin expandierender Ausfuhren wird die Bedeutung des Außenhandels für das gesamtwirtschaftliche Wachstum abnehmen. In Folge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung erwarten wir eine Zunahme der Beschäftigung und einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Für das Jahr 2011 wird ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf im Durchschnitt unter 3,0 Mio. erwartet. Einhergehend mit der Normalisierung der Beschäftigung, dem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit und höheren Tarifabschlüssen erwarten die Forschungsinstitute einen Anstieg der Arbeitnehmerinkommen. Das verfügbare Einkommen wird voraussichtlich um 3,1 % wachsen (Quelle Institut für Weltwirtschaft). Bei der Sparquote wird ein leichter Rückgang von 11,4 % auf 11,3 % erwartet.

Die befürchtete massive Ausweitung des negativen Finanzierungssaldos des Staates ist dank der unerwartet starken wirtschaftlichen Erholung ausgeblieben. Mit -3,3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wiesen die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 dennoch einen zu hohen negativen Finanzierungssaldo auf. Für das Jahr 2011 geht das Institut für Weltwirtschaft von einem signifikanten Rückgang des negativen Finanzierungssaldos auf -2,5 % aus. Damit wird das Maastricht-Kriterium wieder eingehalten.

Auf Basis einer aktuellen Umfrage zur konjunkturellen Lage und Entwicklung der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet schätzen die befragten Unternehmen die aktuelle Lage sehr positiv ein und sehen auch den weiteren Verlauf des Jahres 2011 optimistisch. Gegenüber der Herbstumfrage sind die Aussichten jedoch leicht gedämpft. Diese Einschätzung entspricht den gesamtwirtschaftlichen Prognosen für 2011, die eine Fortsetzung des Aufschwungs allerdings in einer schwächeren Form erwarten. Neben dem Auslandsgeschäft wirkt sich zunehmend die gestärkte Inlandsnachfrage positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Für Oberhausen erwarten wir grundsätzlich eine wirtschaftliche Entwicklung, die der für Deutschland und der Ruhrgebietswirtschaft prognostizierten Entwicklung entspricht. Die in Folge der positiven Arbeitsmarktlage gestärkte Inlandsnachfrage sollte auch in Oberhausen eine positive wirtschaftliche Entwicklung unterstützen. Belastend wirkt sich nach wie vor die schwierige wirtschaftliche Situation der Stadt Oberhausen aus. Aufgrund der verhängten Haushaltssperre und den Sparauflagen der Bezirksregierung ist der finanzielle Bewegungsspielraum sehr eingeschränkt. Mittlerweile haben auch Bund und Land die schwierige Situation der Kommunen erkannt, so dass sich hier möglicherweise neue Spielräume ergeben. Das knappe Angebot an Gewerbeflächen bzw. die stockende Vermarktung eines ehemaligen Stahlwerksgeländes sowie das begrenzte Angebot von Bauplätzen für den privaten Wohnungsbau wirkt sich ebenfalls belastend auf die wirtschaftliche Entwicklung in Oberhausen aus.

Aufgrund der gestiegenen Inflationserwartung hat die EZB eine erste Leitzinserhöhung im April vorgenommen. In Folge dessen ist es bereits zu einer deutlichen Verflachung der Zinskurve gekommen. Aufgrund des aktuellen wirtschaftlichen Umfeldes und dem bereits gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Zinsniveau gehen wir für den Rest des Jahres 2011 derzeit nur noch von einem weiteren leichten Anstieg der langfristigen Zinssätze (10 Jahre) aus. Drastische

Zinserhöhungen erwarten wir derzeit nicht. Leichte Korrekturen in Richtung einer etwas steileren Zinskurve könnten eher vom kurzen Ende ausgehen, wenn die derzeit bestehenden Leitzinserwartungen nicht eintreten.

Branchenentwicklung

Die von uns für das Jahr 2011 erwartete Zinsstrukturkurve wird die Generierung von Zinserträgen aus der Fristentransformation auch in 2011 ermöglichen. Aufgrund der mit unserer Zinserwartung verbundenen weniger steilen Zinskurve erwarten wir allerdings eine leichte Ergebnisbelastung aus dem Rückgang des Fristentransformationsergebnisses. Die grundsätzlich positive konjunkturelle Entwicklung sollte tendenziell zu einer Seitwärtsentwicklung bzw. einem Rückgang bei der Kreditrisikovorsorge führen. Negative Auswirkungen auf die Risikovorsorge könnten sich dagegen aus dem Wiederaufflammen der Schuldenkrise der Peripheriestaaten ergeben. Die Aktienmärkte werden sich nach unserer Einschätzung zwar volatil, in der Tendenz allerdings eher seitwärts bzw. leicht steigend entwickeln. Unter Berücksichtigung unserer Zinserwartung erwarten wir hieraus keine größeren Belastungen. Vor dem Hintergrund steigender aufsichtsrechtlicher Anforderungen und der Erwartung, dass die Notenbank ihre expansive Geldpolitik allmählich zurückführt, wird nach unserer Erwartung der harte (Konditionen-)Wettbewerb um Kundeneinlagen zur Sicherung einer preiswerten Refinanzierung wieder aufleben und die Ertragsentwicklung belasten. Der harte Preiswettbewerb in der privaten Baufinanzierung wird sich auch in 2011 fortsetzen. Die weitere Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Regelungen (Basel III, Bankenabgabe usw.) wird nach unserer Einschätzung deutliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in Hinblick auf die Ertragsituationen und die bisherigen Geschäftsstrukturen der Kreditinstitute haben.

Voraussichtliche Entwicklung der Stadtparkasse Oberhausen

Die Verbesserung der Rentabilität über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungs- und Risikokosten sowie die Steigerung des Kundengeschäftsvolumens stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar.

Hierbei steht die dauerhafte Bindung unserer Kunden an unser Haus im Fokus unserer Bemühungen zur Steigerung der Erträge. Die umfassende, ganzheitliche Beratung unserer Kunden mittels des

□-Finanzkonzeptes durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter ist Mittelpunkt unserer Vertriebsstrategie. Zentrales Merkmal hierfür ist eine enge Kunde/Berater-Verbindung. Unterstützt wird diese Strategie durch eine kundenorientierte und effiziente Vertriebsorganisation, attraktive und am Kundenbedürfnis ausgerichtete Produkte sowie ansprechende und moderne Geschäftsräume.

Die Fortsetzung unserer Bemühungen zur Senkung der Verwaltungskosten stellt die zweite Säule zur Erreichung unserer mittel- und langfristigen Ziele dar. Hierzu haben wir ein dauerhaftes Sachkostenmanagement eingerichtet. Über die Gewinnung neuer Mandanten für unsere Tochterunternehmen und die konsequente Hebung von Synergie- und Skaleneffekten wollen wir eine weitere Optimierung unserer Kostenstrukturen erreichen bzw. neue Erträge für unser Haus generieren.

Die Reduktion der Kreditrisikokosten über eine risikoorientierte Kreditpolitik, verbesserte Kreditprozesse, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement stellt einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt unserer Strategie zur Verbesserung der Ergebnissituation in den nächsten Jahren dar.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine Neuausrichtung des ImmobilienCenters, verbunden mit einer verbesserten Kundenansprache bei Prolongationen, die Intensivierung des Kreditgeschäftes im Renovierungs- und Modernisierungsbereich und einer verbesserten und intensivierten Zusammenarbeit mit Vermittlern wollen wir versuchen, den weiteren Bestandsabbau zunächst zu stoppen und perspektivisch unseren Marktanteil auszubauen. Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir einen Anstieg des Geschäftsvolumens.

Im gewerblichen Kreditgeschäft streben wir auf Basis einer risikoorientierten Kreditpolitik und vor dem Hintergrund der beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklung ein Wachstum an. Unterstützt wird dieses Ziel durch die Verbesserung der Vertriebsprozesse und der Kundenansprache.

Bei den Kundeneinlagen erwarten wir einen weiteren Anstieg gegenüber dem Jahr 2010. Dazu beitragen soll u. a. die Einführung des bilanziellen Riesterproduktes □-VorsorgePlus im Jahr 2011. Vor dem Hintergrund der angekündigten aufsichtsrechtlichen Änderungen (Basel III) und dem möglichen Ende der expansiven Geldpolitik der Notenbank gehen wir allerdings von einem Aufleben des massiven Wettbewerbs um Kundeneinlagen verbunden mit einem entsprechenden Druck auf der Ertragsseite aus. Für 2011 wollen wir den Trend hin zu den variablen Einlagen verändern und längerfristige Kundeneinlagen gewinnen.

Die Generierung von Erträgen aus der Durchführung von Fristentransformation werden wir auch in 2011 unter Berücksichtigung unserer Risikotragfähigkeit nutzen. Aufgrund unserer Zinserwartung gehen wir allerdings von einem Rückgang dieser Erträge aus.

Insgesamt erwarten wir, bedingt durch eine Steigerung des Kundengeschäftsvolumens, eine leicht steigende Bilanzsumme.

Im provisionstragenden Vermittlungsgeschäft gehen wir insgesamt von einer weiteren Steigerung der Absatzzahlen aus. Schwerpunkte bilden hierbei die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorgeprodukten, der Ausbau des Vermittlungsgeschäftes von Konsumentenkrediten sowie das Wertpapier-, Lebensversicherungs- und Bauspargeschäft.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen und unter Berücksichtigung der oben gemachten Erläuterungen gehen wir derzeit für die Jahre 2011 und 2012 von einem steigenden ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt weiterhin die wichtigste Ertragsposition.

Für das Provisionsergebnis erwarten wir trotz der angestrebten Steigerung bei den Absatzzahlen im provisionstragenden Vermittlungsgeschäft eine Seitwärtsentwicklung. Hauptergebnistreiber ist weiterhin das Geschäft im Privat- und Geschäftsgiroverkehr. Unter Berücksichtigung der Vertriebsziele im Geschäftsbereich der □-Versicherungs- und Immobilien- Vermittlungsgesellschaft mbH gehen wir auf Basis unserer Planungen von einer weiteren Verbesserung der Ergebnisse aus.

Bei den Verwaltungskosten führen Preis- und Tarifsteigerungen sowie neuen Belastungen (z. B. Bankenabgabe) zu einem Anstieg.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund des bestehenden Risikopotenzials auch für das Jahr 2011 von einer erhöhten Belastung des Jahresergebnisses durch erforderliche Risikovorsorgemaßnahmen im Kreditgeschäft aus. Gegenüber dem Vorjahr erwarten wir allerdings eine deutliche Reduktion der Belastung. Beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Aus den Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG heraus wird die Sparkasse wie in der Risikoberichterstattung unter Punkt „Sonstige Risiken“ dargestellt in den nächsten Jahren einen Teil ihres Gewinnes als bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einstellen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fonds in den Jahren 2011 und 2012 jeweils mit 1,3 Mio. € zu dotieren. Welche weiteren Auswirkungen die diskutierten Veränderungen bei der WestLB für die Stadtparkasse Oberhausen haben werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer einzuschätzen.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen der verschärfte, mit geringen Margen verbundene Konditionenwettbewerb, ein starker Abfluss von Kundengeldern, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung, verbunden mit steigenden Kreditrisiken, ein massiver schneller Zinsanstieg, eine deutliche Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen der Kapitalmärkte durch ein Wiederaufflammen der EU-Staatsschuldenkrise dar. Weitere Belastungen können aus der derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung entstehen.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren und einer erwarteten stetigen Geschäftsentwicklung gehen wir für das Jahr 2011 von einem Jahresüberschuss aus, der eine moderate Stärkung des Eigenkapitals zulässt. Für die weiteren Jahre nach dem Jahr 2011 erwarten wir steigende Jahresüberschüsse, die eine kontinuierliche Stärkung des Eigenkapitals der Stadtparkasse Oberhausen zulassen.

Der Prognosebericht gibt die Erwartung der Stadtparkasse Oberhausen zur zukünftigen Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes wieder. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen Ergebnisse von der Prognose abweichen.

STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

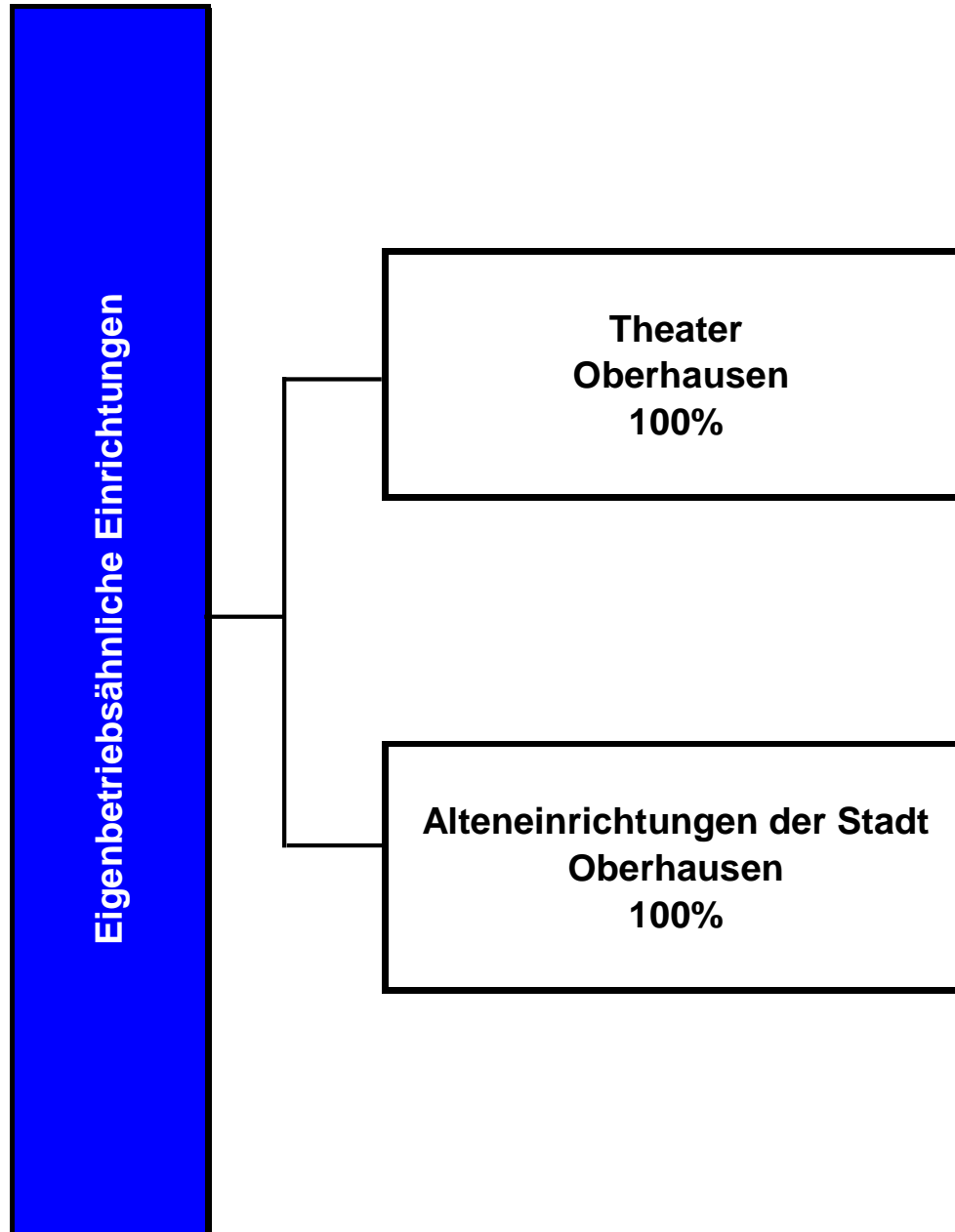
Oberhausen, im Mai 2011

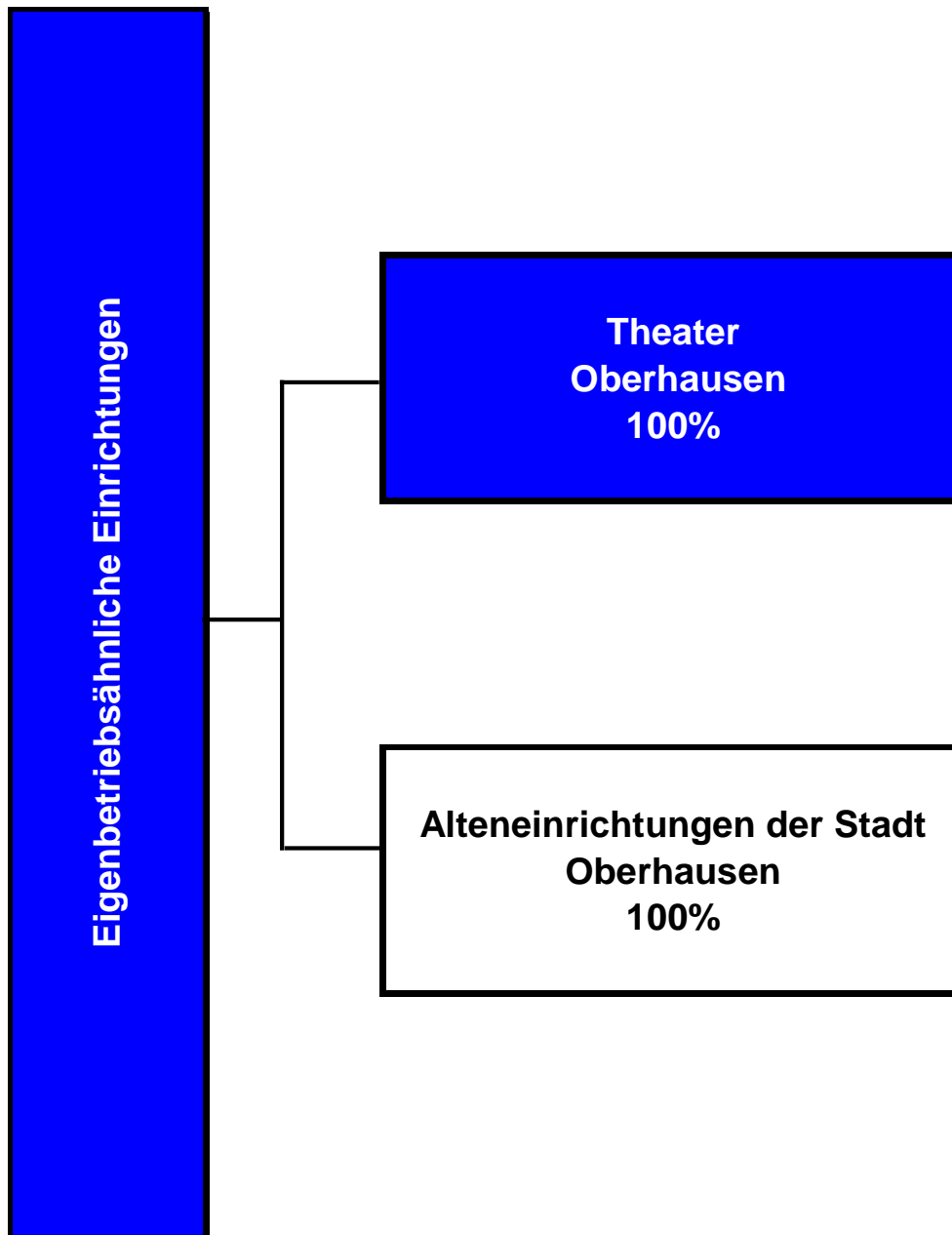
Merzig

Salhofen

de Koster

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen





Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85780
 Fax 0208/8578325
 e-Mail info@theater-oberhausen.de
 Internet <http://www.theater-oberhausen.de/>

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb

Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probephöhne vom 01.10.1998

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen	
	Betriebsleiter	Carp, Peter	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Schranz, Daniel	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	stellv. Vorsitzende	Jäntsich, Angelika	wird vertreten durch Wolter, Horst
	Mitglied	Benter, Christian	wird vertreten durch Hausmann, Wilhelm
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter	wird vertreten durch Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert	wird vertreten durch Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Flore, Manfred	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Grefermann, Jürgen	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Legges, Gerd	wird vertreten durch Heckhoff, Christian (Bgm.)
	Mitglied	Wingens, Ursula	wird vertreten durch Pflugbeil, Karl-Heinz
	Mitglied	Wolter, Marita	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana

Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Weingärtner, Helga
Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Radtke, Dorothee
Mitglied	Arlt, Gerd	wird vertreten durch Hoff, Marc (Bgm.)
Mitglied	Barwanietz, Thomas	wird vertreten durch Lenz, Eugen (Bgm.)
Mitglied	Flötgen, Michaela	wird vertreten durch Laß, Heike (Bgm.)
Mitglied	Imlau, Hartmut	wird vertreten durch Helvali, Raci (Bgm.)
Mitglied	Mertens, Ursula	wird vertreten durch Ostendorf, Anke (Bgm.)
Mitglied	Stroh, Uly	wird vertreten durch Jansen, Dieter
Mitglied	Wittmann, Regina	wird vertreten durch Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Hausmann, Wilhelm	Pers. Stellvertretung für Benter, Christian
stellv. Mitglied	Heckhoff, Christian	Pers. Stellvertretung für Legges, Gerd (Bgm.)
stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Grefermann, Jürgen
stellv. Mitglied	Janßen, Dieter	Pers. Stellvertretung für Stroh, Uly
stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen	Pers. Stellvertretung für Broß, Klaus-Dieter
stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Flötgen, Michaela (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pflugbeil, Karl-Heinz	Pers. Stellvertretung für Wingens, Ursula
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Wolter, Maria
stellv. Mitglied	Wolter, Horst	Pers. Stellvertretung für Jäntsch, Angelika
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Schranz, Daniel
stellv. Mitglied	Weingärtner, Helga	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra	Pers. Stellvertretung für Wittmann, Regina
stellv. Mitglied	Helvali, Raci	Pers. Stellvertretung für Imlau, Hartmut (Bgm.)
stellv. Mitglied	Hoff, Marc	Pers. Stellvertretung für Arlt, Gerd
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen	Pers. Stellvertretung für Barwanietz, Thomas (Bgm.)
stellv. Mitglied	Ostendorf, Anke	Pers. Stellvertretung für Mertens, Ursula (Bgm.)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2008		2009		2010		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	816,31	84,1	861,94	86,7	1.037,42	87,6	175,48	20,36
Rechnungsabgrenzungsposten	154,37	15,9	132,63	13,3	147,10	12,4	14,47	10,91

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	144,23	14,9	191,45	19,2	169,69	14,3	-21,76	-11,37
Rückstellungen	564,88	58,2	480,91	48,4	551,15	46,5	70,24	14,61
Verbindlichkeiten	148,77	15,3	199,62	20,1	273,73	23,1	74,11	37,13
Rechnungsabgrenzungsposten	112,80	11,6	122,59	12,3	189,95	16,0	67,36	54,95

Bilanzsumme	970,68	100,00	994,57	100,00	1.184,52	100,00	189,95	19,10
--------------------	--------	--------	--------	--------	----------	--------	--------	-------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	365,57	396,67	466,45
sonstige betriebliche Erträge	8.572,74	8.700,33	8.843,45
Materialaufwand	817,66	945,29	1.232,82
Personalaufwand	6.561,97	6.485,10	6.261,74
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.549,54	1.617,93	1.789,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1,46	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9,13	47,22	25,46
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	9,13	47,22	25,46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9,13	47,22	25,46

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2008	31.07.2009	31.07.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,50	11,90	5,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,76	32,74	17,65	%
Cash-Flow:	9,13	47,22	25,46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	67,71	71,63	76,94	T€
Personalaufwandsquote:	73,41	71,29	67,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2008	31.7.2009	31.7.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	14,86	19,25	14,33	%
Fremdkapitalquote:	85,14	80,75	85,67	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 215.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2009/10 wurden insgesamt 373 (353) Veranstaltungen mit 57.122 (50.151) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 61,2 % (59,3 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 15 (11), im Malersaal 9 (8) und in Außenspielstätten und Rauchbar 2 (5) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Außerdem fanden 48 (25) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen und 4 (2) eigene Abstecher statt.

Entwicklung der Umsatzerlöse:

	31.07.09	31.07.10
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Eintrittseinnahmen und Abstecher	396.672,72	466.395,65
Betriebl. Nebenerlöse	-,--	-,--
	<u>396.672,72</u>	<u>466.395,65</u>

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 25.455,55 (Vorjahr EUR 47.216,43) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 332 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen mit TEUR 336 insbesondere höhere Landeszuschüsse (134 TEUR) und Sonderzuschüsse, im wesentlichen im Zusammenhang mit Projekten der Ruhr 2010 (TEUR 204).

Auf der Kostenseite haben sich im Bereich der **Personalkosten** Mehrausgaben in Höhe von TEUR 58 ergeben. Diese betreffen spielplanbedingt das künstlerische Personal.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 248) betrafen überwiegend EDV-Kosten (79) und Investitionen (167).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.09	31.7.10	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,0	56,4	-0,6
Verwaltungspersonal	9,4	9,1	-0,3
Arbeiter	53,5	49,7	-3,8
	<u>119,9</u>	<u>115,2</u>	<u>-4,7</u>

Der Aufwand betrug TEUR 3.139 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2.564 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.224. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2009		31. Juli 2010		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Unfertige Ausstattungen	23	2,4	27	2,4	4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	0,2	5	0,4	3
Forderungen an die Stadt Oberhausen	662	70,2	688	60,8	26
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	201	21,3	288	25,4	87
Kasse / Bank	56	5,9	125	11,0	69
Gesamtvermögen	944	100,0	1.133	100,0	189
Rücklagen	82	8,7	79	7,0	-3
Gewinn	58	6,1	39	3,5	-19
Eigenkapital	140	14,8	118	10,5	-22
Sonstige Rückstellungen	481	51,0	551	48,6	70
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	185	19,6	211	18,6	26
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	138	14,6	253	22,3	115
Kurzfristiges fremdkapital	804	85,2	1.015	89,5	211
Gesamtkapital	944	100,0	1.133	100,0	189

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	<u>01.08.2009</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.07.2010</u>
Stammkapital	51.129,19	0,00	0,00	51.129,19
Allg.Rücklage	14.366,02	0,00	0,00	14.366,02
Zweckgebundene Rücklage Rücklage	68.001,85	0,00	3.579,04	64.422,81
Gewinn	57.953,55			
Aufl.		3.579,04		
zweckgeb.Rücklage			0,00	
Gewinnausschüttung			47.216,43	
Jahresüberschuss		25.455,55	0,00	
Gewinn				39.771,71
	<u>191.450,61</u>	<u>29.034,59</u>	<u>50.795,47</u>	<u>169.689,73</u>

Entwicklung der Rückstellungen:

	<u>01.08.2009</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.07.2009</u>
Instandhaltung	91.600,00	14.333,87	0,00	14.333,87	91.600,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlußprüfung	20.000,00	20.000,00	0,00	21.500,00	21.500,00
4 Ersatzscheinwerfer	0,00	0,00	0,00	55.000,00	55.000,00
Sanierung Vorbühnenzüge	53.000,00	0,00	0,00	0,00	53.000,00
Sanierung Lüftungsanlage	137.960,96	6.466,09	0,00	0,00	131.494,87
Übrige	90.844,45	72.504,26	4.457,67	97.171,70	111.054,22
	<u>480.905,41</u>	<u>200.804,22</u>	<u>4.457,67</u>	<u>275.505,57</u>	<u>551.149,09</u>

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Risikowahrscheinlichkeit verringert werden. So wird den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet. Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet. Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert. Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

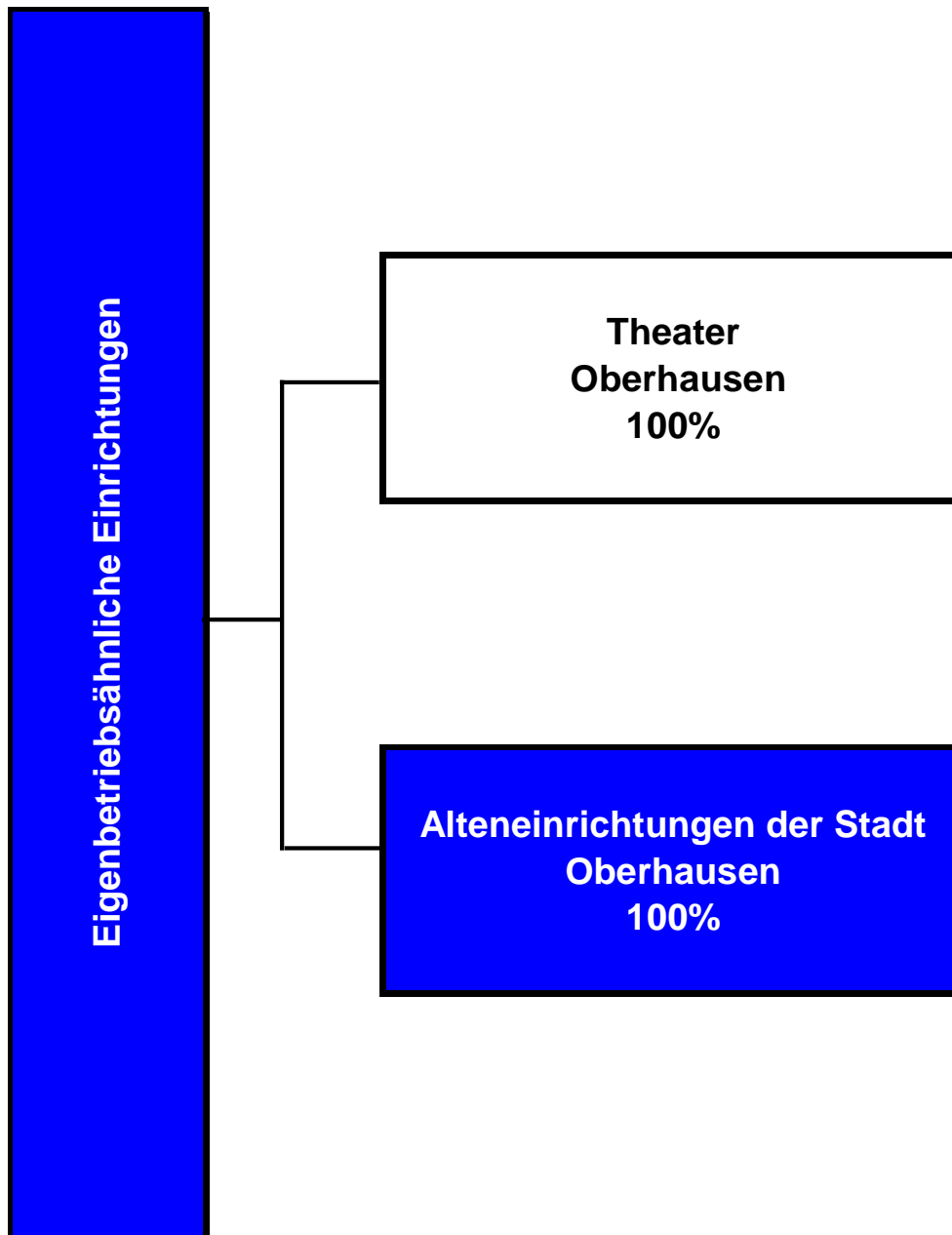
Zur künftigen Entwicklung ist festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Zuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die dramatisch angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2010/11 liegt ein mit Datum vom 03.05.2010 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 7.750 ausweist. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Datum vom 8.9.2008 die Stadt Oberhausen unter Bezug auf § 82 GO unter vorläufige Haushaltsführung gestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Stadt Oberhausen mittelfristig gezwungen sein wird, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen jenseits der 50-Mio Euro-Grenze umzusetzen. Inwieweit damit auch die sogenannten freiwilligen Leistungen (u. a. Theaterzuschuss) betroffen sein werden, ist derzeit offen. Bereits am 23. Juni 2008 hat der Rat der Stadt ein Konsolidierungspaket beschlossen, das u. a. beim Theater Einsparungen in Höhe von TEUR 750 in 2010 und 2011 und 1 Mio. Euro ab 2012 vorsieht. Diese Vorgabe ist ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar.

Oberhausen, den 08. Oktober 2010

Theater Oberhausen, Betriebsleitung

Peter Carp

Jürgen Hennemann



Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911
Fax 0208/691770
e-Mail udo.spiecker@oberhausen.de
Internet <http://www.aso-ggmbh.de/>

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb

Stammkapital in TDM: 3.500,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	3.500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die "Elly-Heuss-KnappStiftung" und das Louise-Schroeder-Heim" bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen".

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltungen sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln sind.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2010)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten	wird vertreten durch Vöpel, Dirk
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike	wird vertreten durch Wolter, Marita
	Mitglied	Brands, Beatriks	wird vertreten durch Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner	wird vertreten durch Stappert, Claudia (Bgm.)
	Mitglied	Holtz, Gerd	wird vertreten durch Fürth, Joachim (Bgm.)
	Mitglied	Kamps, Jochen	wird vertreten durch Koppers, Peter (Bgm.)
	Mitglied	Leischen, Claudia	wird vertreten durch Kanders, Gerlind (Bgm.)
	Mitglied	Nagels, Hans-Jürgen	wird vertreten durch Plitt-Vogt, Marlies
	Mitglied	Opitz, Stefanie	wird vertreten durch Laß, Heike
	Mitglied	Radtke, Dorothee	wird vertreten durch Kösling, Klaus
	Mitglied	Röder, Alfred	wird vertreten durch Fürth, Joachim
	Mitglied	Schepers, Hermann-Josef	wird vertreten durch Rubin, Dirk
	Mitglied	Telli, Ercan	wird vertreten durch Loege, Josef (+ 15.05.2011)
	Mitglied	Blanke, Andreas	wird vertreten durch Axt, Birgit
	Mitglied	Bongers, Sonja	wird vertreten durch Janßen, Anne
	Mitglied	Kleine, Sancho	wird vertreten durch Paß, Eugen (Bgm.)
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto	wird vertreten durch Schröckert, Sarah (Bgm.)
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef	wird vertreten durch Stehr, Simone-Tatjana
	Mitglied	Weingärtner, Helga	wird vertreten durch Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia	Pers. Stellvertretung für Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Janßen, Anne	Pers. Stellvertretung für Bongers, Sonja
	stellv. Mitglied	Koppers, Peter	Pers. Stellvertretung für Kamps, Jochen (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Kösling, Klaus	Pers. Stellvertretung für Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Laß, Heike	Pers. Stellvertretung für Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Loege, Josef (+ 15.05.2011)	Pers. Stellvertretung für Telli, Ercan
	stellv. Mitglied	Stappert, Claudia	Pers. Stellvertretung für Groß-Mühlenbruch, Werner (Bgm.)
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana	Pers. Stellvertretung für Tscharke, Hans Josef
	stellv. Mitglied	Vöpel, Dirk	Pers. Stellvertretung für Oberste-Kleinbeck, Kirsten

stellv. Mitglied	Wolter, Marita	Pers. Stellvertretung für Willig-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Kanders, Gerlind	Pers. Stellvertretung für Leischen, Claudia (Bgm.)
stellv. Mitglied	Pascheberg, René	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred
stellv. Mitglied	Paß, Eugen	Pers. Stellvertretung für Sancho, Kleine (Bgm.)
stellv. Mitglied	Plitt-Vogt, Marlies	Pers. Stellvertretung für Nagels, Hans-Jürgen
stellv. Mitglied	Rubin, Dirk	Pers. Stellvertretung für Schepers, Hermann-Josef
stellv. Mitglied	Schröckert, Sarah	Pers. Stellvertretung für Runkler, Hans-Otto
stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan	Pers. Stellvertretung für Weingärtner, Helga
stellv. Mitglied	Axt, Birgit	Pers. Stellvertretung für Blanke, Andreas
stellv. Mitglied	Fürth, Joachim	Pers. Stellvertretung für Röder, Alfred

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
Anlagevermögen
Umlaufvermögen

2008		2009		2010		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
				28.031,98	93,2	28.031,98	
34.939,68	95,3	31.999,40	93,2	148,89	0,5	-31.850,51	-99,53
1.730,40	4,7	2.345,42	6,8	1.884,74	6,3	-460,68	-19,64

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.719,20	23,8	7.051,14	20,5	4.488,90	14,9	-2.562,24	-36,34
626,02	1,7	607,41	1,8	589,01	2,0	-18,40	-3,03
305,00	0,8	423,50	1,2	306,00	1,0	-117,50	-27,74
27.019,86	73,7	26.262,76	76,5	24.681,71	82,1	-1.581,05	-6,02

Bilanzsumme

36.670,08	100,00	34.344,82	100,00	30.065,61	100,00	-4.279,21	-12,46
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------

bb) GuV

	2008	2009	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			2.606,42
andere aktivierte Eigenleistungen	18,61	18,61	
sonstige betriebliche Erträge	2.595,73	3.193,70	45,01
Abschreibungen	1.148,72	2.940,28	3.818,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	438,94	928,67	402,79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48,80	27,13	11,79
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	924,03	1.021,35	986,94
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	151,46	-1.650,85	-2.545,03
sonstige Steuern	16,40	17,21	17,21
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	135,06	-1.668,06	-2.562,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	135,06	-1.668,06	-2.562,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:			-98,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,57	-19,13	-36,34	%
Cash-Flow:	1.283,78	1.272,22	1.256,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,28	93,17	0,50	%
Eigenkapitalquote:	23,78	20,53	14,93	%
Fremdkapitalquote:	76,22	79,47	85,07	%

e) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Mai 2006 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der reinen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenvertriebsordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001 über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klaggestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurden die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neuerrichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichten den ASO-Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten.

Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss sowie aus einem dauerhaften jährlichen Zuschuss. Der einmalige Zuschuss besteht in Höhe von max. netto ca. 514.000,00 Euro für den vom ASO-Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II. Der dauerhafte jährliche Zuschuss ist von der Pächterin in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen zu entrichten.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Mit dem Abriss von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau ggf. verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Wie bereits im letzten Prognosebericht angemerkt, sollte die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien im Frühjahr 2010 getroffen werden. Insoweit erwartungsgemäß wurde vom Rat der Stadt am 03.05.2010 abschließend entschieden, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich im Berichtsjahr nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss freiwerdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Frohnemann Partner/Gelsenkirchen geklärt werden.

Nach Abarbeitung der Prüfaufträge wurden vom Aufsichtsrat der ASO gGmbH im Dezember 2010 hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gebäudestruktur folgende Entscheidungen getroffen:

- Der Saal der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Die mit dem Abriss vom „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten trägt die ASO gGmbH.
- Die durch den Abriss freiwerdende Fläche soll zum Bau betreuter Altenwohnungen genutzt werden.

Die zuletzt im Aufsichtsrat der ASO gGmbH vorgestellte Nutzungsalternative sieht die Errichtung von zwei sich gegenüber liegenden Gebäuden mit 26 bzw. 24 öffentlich geförderten Wohnungen vor. Von diesen sollen 38 als Ein-Personen-Wohnungen sowie 12 als Zwei-Personen-Wohnungen errichtet werden. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes lässt sich noch nicht sagen, ob das von der ASO gGmbH geplante Projekt die bereits beantragte öffentliche Förderung erfahren wird. Dies wird sich wohl auch erst im Laufe des ersten Halbjahres 2011 abzeichnen. Sollte das Projekt nicht in dem von der ASO gGmbH erhofften Umfang oder nicht in dem erhofften Zeitrahmen gefördert werden, müsste vom Aufsichtsrat entschieden werden, ob mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln des Unternehmens ein kleineres frei finanziertes Projekt realisiert werden soll.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Prüfung des Verwendungsnachweises hinsichtlich des Umbaus des „Louise-Schroeder-Heims“

Im Lagebericht 2009 ist im Rahmen des Risikoberichtes auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen worden, die sich aus einer Prüfung des im Jahre 2004 eingereichten Verwendungsnachweises ergeben könnten. Der Umbau selbst wurde in den Jahren 2001 – 2003 durchgeführt und der damit verbundene Verwendungsnachweis vom staatlichen Rechnungsprüfungsamt Düsseldorf überprüft. Nicht ausgeschlossen werden konnte, dass es aufgrund der damaligen Beanstandungen zu einem Widerruf des ursprünglichen Bewilligungsbescheides kommen könnte.

Die von der Betriebsleitung erarbeitete Stellungnahme konnte im Ergebnis dazu führen, dass der Landschaftsverband an einem Teil seiner Kritik nicht mehr festhielt und nur einen Teilbetrag in Höhe von 312.467,71 Euro widerrufen hatte. Dieser Betrag wurde ebenso wie der darüber hinaus vom Landschaftsverband erhobene Zinsanspruch in Höhe von 67.970,79 Euro seitens des Eigenbetriebs akzeptiert und von diesem getragen.

Rechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Eigenbetrieb und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Aufgrund des Vertrages vom 27.07.2005 und der entsprechenden Ergänzung vom 18.07.2006 ist die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (nachfolgend OGM genannt) für die ordnungsgemäße Instandhaltung und Instandsetzung des vom Eigenbetrieb errichteten „Haus Bronkhorstfeld“ zuständig.

Im Hinblick auf die vertraglich vereinbarte Preisanpassung wurden von den Vertragsparteien zu Beginn des Berichtsjahres unterschiedliche Auffassungen vertreten. Während OGM die Auffassung vertrat, einen Preissteigerungsanspruch gemäß § 4 Abs. 1 GesBerVO zu haben, wurde von der Betriebsleitung der Standpunkt vertreten, die Anpassung müsse sich nach § 4 Abs. 2 GesBerVO richten, zumal es so auch ausdrücklich im Vertrag stehen würde.

Unter dem 31.05.2010 hatte die OGM den fraglichen Vertrag fristlos mit sofortiger Wirkung gekündigt. Die von der Betriebsleitung veranlasste rechtliche Prüfung über eine Düsseldorfer Fachkanzlei hatte die Auffassung der Betriebsleitung hinsichtlich der Preisanpassung bestätigt und zugleich die von OGM ausgesprochene Kündigung für unberechtigt gehalten. Da die OGM an ihrer Auffassung festhielt, wurde der Oberbürgermeister um Vermittlung gebeten. In dieser ihm angetragenen Funktion hatte der Oberbürgermeister sowohl aus Konzerngesichtspunkten als auch zur Vermeidung eines kostspieligen Rechtsstreits den Eigenbetrieb gebeten, dem OGM-Anliegen zu entsprechen und einer Vertragsänderung zuzustimmen.

Der Sozialausschuss als Betriebsausschuss hat die Vertragsänderung am 22.12.2010 beschlossen und den Betriebsleiter beauftragt, die beschlossene Änderung rückwirkend zum 27.07.2005 zu vereinbaren.

Abwicklung des Abbruchvertrages hinsichtlich Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung

Die OGM hatte im Berichtsjahr aus dem Abbruchvertrag noch einen finanziellen Teilanspruch geltend gemacht. Im Jahre 2006 hatte OGM einen Vertragsstrafenanspruch wegen der verspäteten Fertigstellung von „Haus Bronkhorstfeld“ anerkannt. Seitens der Betriebsleitung sollte nun dieser Anspruch mit dem fraglichen Anspruch aus dem Abbruchvertrag (dessen Leistungen im Jahr 2009 erbracht wurden) aufgerechnet werden. Da die OGM sich insoweit auf Verjährung bzw. Verwirkung berufen hatte, sind der städtische Rechtsbereich und die städtische Beteiligungsverwaltung um Vermittlung gebeten worden. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes liegt noch kein Einigungsvorschlag vor.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2010 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von –2.562 TEUR (Vorjahr –1.668 TEUR).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 6 TEUR von 2.612 TEUR auf 2.606 TEUR und entfallen dabei auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.586 TEUR sowie Mieterlösen von Dritten mit 20 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Geschäftsjahr um 555 TEUR auf 27 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf den Zuschuss der ASO gGmbH zu den Abbruchkosten mit 15 TEUR (Vorjahr 582 TEUR).

Die Abschreibungen stiegen um 879 TEUR auf 3.819 TEUR. Ursache sind die vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen für Haus I bzw. „Haus am Brunnen“ mit 2.760 TEUR (Vorjahr für Haus II mit 1.776 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 554 TEUR auf 403 TEUR aufgrund der entsprechend niedrigeren Abbruchkosten für Haus II.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich schließlich aufgrund gesunkener Verzinsung von Guthabenkonten um 9 TEUR auf -975 TEUR.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 196 TEUR von 2.669 TEUR auf 2.865 TEUR erhöht. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 84 % nach 85 % am Vorbilanzstichtag zurückgegangen.

Die Liquidität II. Grades ist auf 731 TEUR (Vorjahr 1.034 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 6,3 Monate (Vorjahr 6,3 Monate).

IV. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2010 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes im März 2011 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

V. Risikobericht

Die gesamte Gebäudesubstanz ist langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins refinanziert die Erstellungskosten in vollem Umfang. Aufgrund der besonderen Konstruktion des ASO-Verbundes ist die Absicherung der Pächterlöse unmittelbar mit der finanziellen Entwicklung der ASO gGmbH als Betreiberin des operativen Geschäftes verbunden. Im Rahmen des Risikoberichtes kann insoweit positiv auf die hohe Auslastung der teilstationären Einrichtungen sowie auf die hohen Auslastungsquoten von „Haus Bronkhorstfeld“ und der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ und auf die verbesserte Auslastung im Bereich des „Louise-Schroeder-Heims“ hingewiesen werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht zu erkennen.

Mit der Eröffnung eines neuen Pflegeheimes in Oberhausen-Sterkrade wird im Laufe des Jahres 2011 gerechnet. Die Betriebsleitung geht jedoch nicht davon aus, dass sich dadurch die Wettbewerbsposition der ASO gGmbH als Vertragspartnerin wesentlich verändern wird.

VI. Prognosebericht

Aufgrund der bereits dargestellten politischen Entscheidungen wird es auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung zu dem Bau betreuter Altenwohnungen kommen. Es wird seitens der Betriebsleitung damit gerechnet, dass die von der ASO gGmbH benötigte Grundstücksfläche entsprechend ausparzelliert und an diese veräußert wird. Die unter 1.2. dargestellten Vertragswerke müssten dann entsprechend angepasst werden

Oberhausen, den 25. Februar 2011

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

gez. Udo Spiecker
Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Barkowsky, Arndt	Frind, Reinhard	Janßen, Anne	Klunk, Peter	Overkamp, Werner	Stühr, Rainer	Tsalatras, Apostolos	Wehling, Klaus	Der/die Vertreter/in der Stadt in der Hauptversammlung wird jeweils vom Rat der Stadt benannt.	Vorstand der evo AG	Vorstand der STOAG	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Bevollmächtigter der STOAG	Bevollmächtigter der RWE Deutschland AG	Bevollmächtigte/r der Gesellschafter	Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH
ASO gGmbH		X															
ASO Service		X															
BFO		X															
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG												X					
Biostrom Oberhausen Management GmbH									X								
d-NRW						X											
ENO							X										
evo										X							
evo Energie-Netz GmbH									X								
FSO GmbH & Co.KG											X		X	X			
FSO Verwaltungs- GmbH													X	X			
Gasometer							X										
GMVA								X									
IKF							X										
KSBG																	X
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH																X	
LAH							X										
Lokalfunk							X										
Lokalfunk Verw. mbH							X										
OGM								X									
OVP					X												
PBO					X												
Quantum										X							
Revierpark	X																
RWE Aktiengesellschaft															X		
RW Holding															X		
RWW			X														
STOAG									X								
strasserauf GmbH										X							
TMO								X									
TZU								X									
VKA								X									
VZS				X													
WBO								X									
WFO							X										

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RW Holding	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X			(X)			X					X		
Antwerpen, Christina															X		
Arlt, Gerd							X										
Axt, Birgit	(X)	(X)															
Bandel, Frank						X											
Barkowsky, Arndt													(X)				
Barwanietz, Thomas							X										
Benter, Christian							X						X				
Blanke, Andreas	X	X															
Bongers, Sonja	(X)	(X)					X	X									
Boos, Regina															X		
Brands, Beatriks	X	X											X				
Broß, Klaus Dieter							X	X					(X)			X	
Bruns, Klaus															X		
Carstensen, Jens														X			
Cordes, Hubert							X		X				(X)				
Czichy, Helmut						(X)											
Emmerich, Karl-Heinz							(X)							X		X	
Flore, Manfred							X		X				(X)				
Flötgen, Michaela							X										
Fürth, Joachim	(X)	(X)															
Gäng, Thomas									X								
Gödderz, Sandra							(X)	X							X		
Grefermann, Jürgen							X									X	
Große Brömer, Wolfgang				X		X				X			X				X
Groß-Mühlenbruch, Werner	X	X															
Guthoff, Maria								X									
Hake, Michael																	X
Hausmann, Wilhelm				X			(X)							X			X
Heckhoff, Christian							(X)										
Helvali, Raci							(X)										
Hoff, Marc							(X)										
Holtz, Gerd	X	X															
Hüttemann, Claudia							X										
Imlau, Hartmut							X										
Janßen, Anne	(X)	(X)					(X)						X				X
Janßen, Dieter				X			(X)							X			
Jäntsch, Angelika							X	X	X				(X)		X		
Kamps, Jochen	X	X															
Kleine, Sancho	X	X															
Klunk, Peter									X		X				X		
Köhler, Hans-Jürgen							(X)	X									

	ASO gGmbH	BFO	CVJA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RW Holding	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Koppers, Peter	X	X															
Kösling, Anja	(X)	(X)															
Kösling, Klaus	(X)	(X)															
Kühr, Gretel					X												
Laß, Heike	(X)	(X)					(X)										
Lenz, Eugen							(X)										
Legges, Gerd							X										
Lorenschat, Manfred									X				(X)				
Marx, Petra															X		
Mertens, Ursula							X										
Motschull, Frank																X	
Müthing, Christa						(X)							(X)	X			
Nagels, Hans-Jürgen	X	X														X	
Nakot, Werner									X				(X)				
Neumann, Jürgen							(X)										
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X												X			
Ohletz, Horst			X														
Opitz, Stefanie	X	X															
Osmann, Denis											X						
Ostendorf, Anke							(X)										
Paasch, Dirk									X								
Pascheberg, René	(X)	(X)						X									
Paß, Eugen	(X)	(X)															
Pflugbeil, Karl-Heinz							(X)				X			X			
Pléw, Peter																X	
Plitt-Vogt, Marlies	(X)	(X)					(X)								X		
Poß, Hans-Georg	X	(X)															
Pusch, Jörg	X	X															
Radtke, Dorothee	X	X					(X)										
Real, Ulrich															X		
Röder, Alfred	X	X															
Rubin, Dirk	(X)	(X)													X		
Runkler, Hans-Otto	X	X											X				
Sarrafi, Ramin	(X)	(X)															
Schepers, Hermann-Josef	X	X											X				
Schmidt, Georgis															X		
Schmidt, Jürgen						X											
Schranz, Daniel					X		X			X			X				X
Schröckert, Sarah	(X)	(X)															
Schucker, Rainer																X	
Schuler, Immanuel													(X)				
Siodmak, Brigitte	(X)	X															
Stappert, Claudia	(X)	(X)															

	ASO gGmbH	BFO	CVJA-RRW	ENO	evo	GMVA	IKF	LAH	OGM	PBO	Revierpark	RW Holding	SSO	STOAG	TMO	WBO	WFO
Stehr, Simone Tatjana	(X)	(X)					(X)		X								
Stroh, Uly							X								X		
Telli, Ercan	X	X					X									X	
Tsalastras, Apostolos				X													
Tscharke, Hans Josef	X	X		X													X
Vöpel, Dirk	(X)	(X)			X	(X)											X
Wehling, Klaus				X						X		X		X			X
Weingärtner, Helga	X	X					(X)										
Wilke, Volker				X	X					X			X				X
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X															
Wingens, Ursula							X						X				X
Wittmann, Regina							X							X			
Wolter, Horst							(X)						X				
Wolter, Marita	(X)	(X)					X							X			
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)							X								

- X Mitglied
- (X) stellvertretendes Mitglied
- ☐ Vertreter/in gem. § 113 (2) GO NRW

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Axt, Birgit	(X)	
Barwanietz, Thomas		X
Benter, Christian		X
Blanke, Andreas	X	
Bongers, Sonja	(X)	X
Brands, Beatriks	X	
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Emmerich, Karl-Heinz		(X)
Flore, Manfred		X
Flötgen, Michaela		X
Fürth, Joachim	(X)	
Gödderz, Sandra		(X)
Grefermann, Jürgen		X
Groß-Mühlenbruch, Werner	X	
Hausmann, Wilhelm		(X)
Heckhoff, Christian		(X)
Helvali, Raci		(X)
Hoff, Marc		(X)
Holtz, Gerd	X	
Imlau, Hartmut		X
Janßen, Anne	(X)	(X)
Janßen, Dieter		(X)
Jäntsch, Angelika		X
Kamps, Jochen	X	
Kleine, Sancho	X	
Köhler, Hans-Jürgen		(X)
Koppers, Peter	X	
Kösling, Anja	(X)	
Kösling, Klaus	(X)	
Laß, Heike	(X)	(X)

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Lenz, Eugen		(X)
Leppes, Gerd		X
Mertens, Ursula		X
Nagels, Hans-Jürgen	X	
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Ostendorf, Anke		(X)
Pascheberg, René	(X)	
Paß, Eugen	(X)	
Pflugbeil, Karl-Heinz		(X)
Plitt-Vogt, Marlies	(X)	(X)
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Röder, Alfred	X	
Rubin, Dirk	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Sarrafi, Ramin	(X)	
Schepers, Hermann-Josef	X	
Schranz, Daniel		X
Schröckert, Sarah	(X)	
Stappert, Claudia	(X)	
Stehr, Simone Tatjana	(X)	(X)
Stroh, Uly		X
Telli, Ercan	X	X
Tscharke, Hans Josef	X	
Vöpel, Dirk	(X)	
Weingärtner, Helga	X	(X)
Willing-Spielmann, Ulrike	X	
Wingens, Ursula		X
Wittmann, Regina		X
Wolter, Horst		(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Zimkeit, Stefan	(X)	

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Rechtsstand: 31.12.2009)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

- (1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn
1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
 3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

- (2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von
1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
 3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

- (3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- (4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- (5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.
- (6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.
- (7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts -

- (1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
 1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
 2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
 3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
 4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
 5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1b im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

- (2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. 2Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. 3Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von

Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

- (3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 - c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,
 2. in dem Lagebericht oder im Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,
 3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. 3Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

- (4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass
1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
 2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.
- (6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen
- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Sätze 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

- (7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

- (1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

- (1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i. S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

- (1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
 2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.
- (2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen

- (1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.
- (3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

- (4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.
- (5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- (6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

- (1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabchluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.
- (2) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabchluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.
- (3) In den Gesamtabchluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.
- (4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:
 1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
 2. der ausgeübte Beruf,
 3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
 4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
 5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.
- (5) Der Gesamtabchluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabchlusses entsprechende Anwendung.
- (6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

- (7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW – Beteiligungsbericht

- (1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlusstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.
- (2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

- (1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.
- (2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnermäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

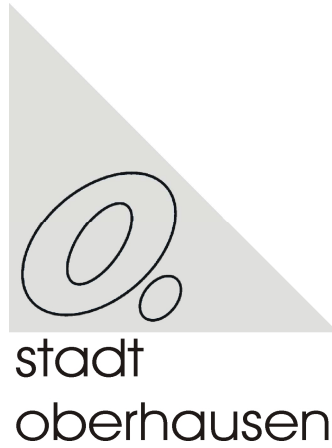
eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.



Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

**Richtlinien über die
wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche
Betätigung der Stadt Oberhausen**

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.

Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten

Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

4.2.5 Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. *Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten*

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

- 5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

- stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
- finanzwirtschaftliche Aspekte,
- Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

- innerorganisatorische Angelegenheiten,
- Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

- Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
- städtisches Vermögen,
- Anforderungen aus dem KonTraG,
- Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,
 - Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss
- über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am 01.01.2003 in Kraft.

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhauser Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

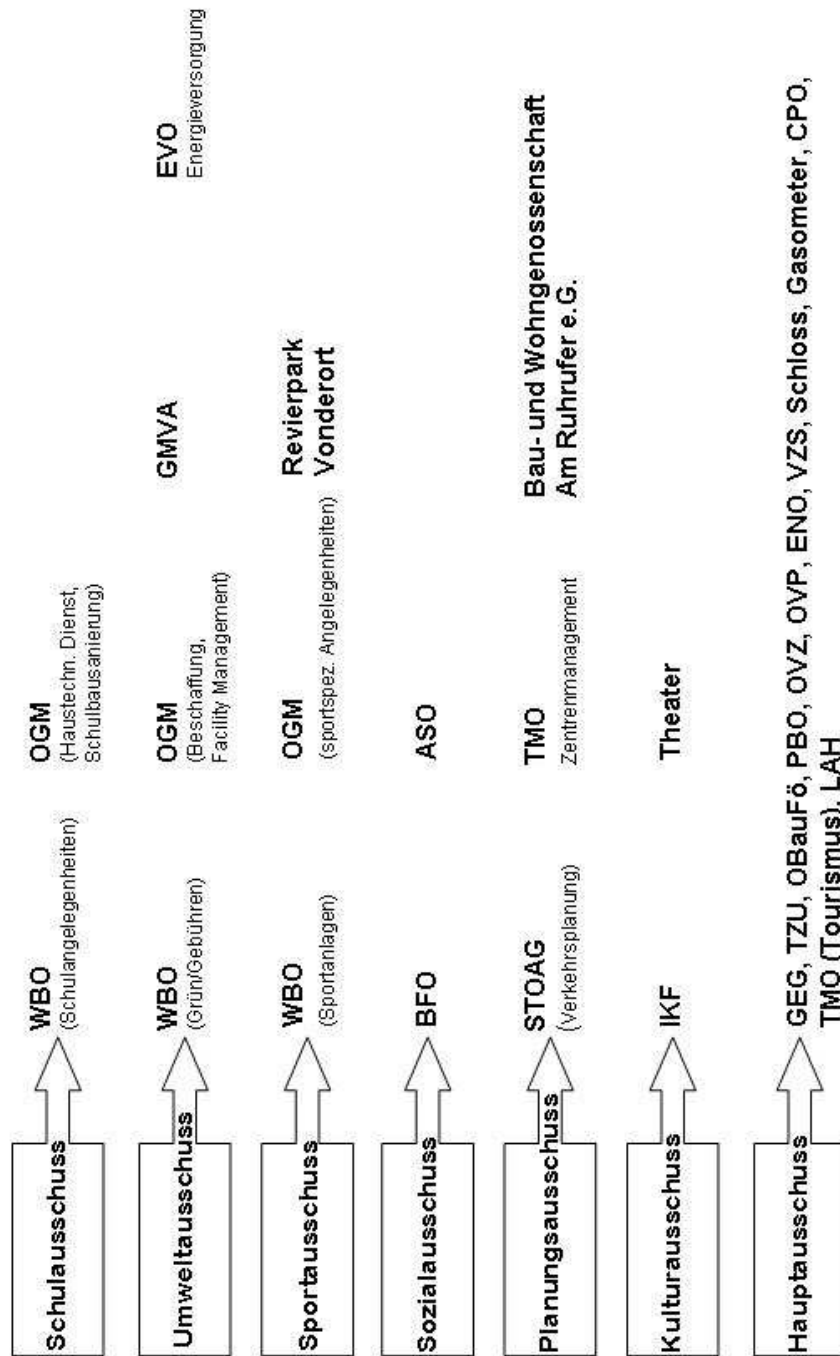
Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u. a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen • Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse • besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Strukturverträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere • Zuschüsse • Verlustabdeckungen • Bürgschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung 	<ul style="list-style-type: none"> • Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 1



Beteiligungsrichtlinien

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen
 (Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)



Anlage 2



Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

AB-Maßnahmen	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
ASS-Maßnahmen	"Arbeit statt Sozialhilfe"-Maßnahmen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
EVO	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HSt	Haushaltsstelle
IBA	Internationale Bauausstellung Emscherpark
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl	inklusive

KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KVR	Kommunalverband Ruhrgebiet
LAH	Luise-Albertz-Halle
LAGL	Landesarbeitsgemeinschaft für Gartenbau und Landespflege NW
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SODA	Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist

VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

<i>Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen</i>	296
<i>ARGE SODA (Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt)</i>	240
<i>ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH</i>	226
<i>ASO Service GmbH</i>	234
<i>Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.</i>	214
<i>Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG</i>	248
<i>Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH</i>	244
<i>BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH</i>	220
<i>Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG</i>	72
<i>Biostrom Oberhausen Management GmbH</i>	76
<i>Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)</i>	258
<i>Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO</i>	158
<i>evo Energie-Netz GmbH</i>	68
<i>evo Energieversorgung Oberhausen AG</i>	62
<i>FSO GmbH & Co.KG</i>	98
<i>FSO Verwaltungs- GmbH</i>	114
<i>Gasometer Oberhausen GmbH</i>	174
<i>GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH</i>	120
<i>IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH</i>	196
<i>KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG</i>	94
<i>KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH</i>	96
<i>LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH</i>	186
<i>OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH</i>	22
<i>OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH</i>	58
<i>PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH</i>	52
<i>Public Konsortium d-NRW GbR</i>	254
<i>Quantum GmbH</i>	80
<i>Revierpark Vonderort GmbH</i>	206
<i>RWE Aktiengesellschaft</i>	116
<i>RW Holding Aktiengesellschaft</i>	118
<i>RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH</i>	132
<i>Stadtsparkasse Oberhausen</i>	262
<i>STOAG Stadtwerke Oberhausen AG</i>	32
<i>strasserauf GmbH</i>	90
<i>Theater Oberhausen</i>	288
<i>TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH</i>	178
<i>TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH</i>	152
<i>VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH</i>	130
<i>VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH</i>	166
<i>WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH</i>	44
<i>WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH</i>	144